

9.-11. April 2000
Grugahalle Essen

PROTOKOLL



**13. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Essen, 10./11. April 2000

Herausgeber:
Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:
Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2,
53359 Rheinbach

INHALT

Seite

| | |
|---|----|
| Eröffnung und Begrüßung: Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU Deutschlands | 7 |
| Wahl des Tagungspräsidiums | 10 |
| Grußwort des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Rüttgers | 10 |
| Beschlussfassung über die Tagesordnung | 14 |
| Bestätigung der Antragskommission | 15 |
| Wahl der Mandatsprüfungskommission | 15 |
| Wahl der Stimmzählkommission | 16 |
| Grußworte | |
| – Dr. Wolfgang Reiniger, Oberbürgermeister der Stadt Essen | 16 |
| – Ministerpräsident a.D. Wilfried Martens, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei | 18 |
| – Vizepremierminister Sauli Niinistö, Vorsitzender der Europäischen Demokratischen Union | 19 |
| Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Schäuble | 21 |
| Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden | 35 |
| Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Matthias Wissmann, zugleich Einführung in die Anträge des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands zu den Konsequenzen der Finanzaffäre | 54 |
| Bericht der Rechnungsprüfer | 61 |
| Bericht der Mandatsprüfungskommission | 64 |
| Aussprache zu den Berichten des Bundesschatzmeisters und der Rechnungsprüfer sowie Beschlussfassung zu den Anträgen des Bundesvorstandes | 64 |

| | |
|--|----------|
| Entlastung des Bundesvorstandes | 92 |
| Bericht der Generalsekretärin der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „Essener Erklärung“ | 93 |
| Aussprache zum Bericht der Generalsekretärin | 114 |
| Wahl des Bundesvorstandes: | 118 |
| – Wahl des Vorsitzenden | 119 |
| – Wahl des Generalsekretärs | 120 |
| – Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden | 127 |
| – Wahl des Bundesschatzmeisters | 128 |
| – Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums | 131 |
| – Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes | 152 |
| Wahl des Bundesparteigerichts | 140 |
| Wahl der Delegierten und Stellvertretenden Delegierten zum XIV. EVP-Kongress | 141 |
| Wahl der CDU-Mitglieder und Stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) | 141 |
| Sonstige Anträge und Anträge zur Reform der Parteiarbeit | 144 |
| Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz | 170 |
| Grußwort des Vorsitzenden der Christlich- Sozialen Union in Bayern, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber | 183 |
| Aussprache und Beschlussfassung zum politischen Antrag des Bundesvorstandes „Essener Erklärung“ | 202, 215 |
| Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Aufbruch in die lernende Gesellschaft – Bildungspolitische Leitsätze“ Dr. Annette Schavan - mit anschließender Aussprache - | 220 |

| | |
|--|-----|
| Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel | 231 |
| ANHANG | |
| Beschlussprotokoll | 235 |
| Beschlüsse | |
| – Essener Erklärung | 267 |
| – Reform der Parteiarbeit | 279 |
| – Änderungen des Statuts der CDU | 282 |
| – Änderung der Finanz- und Beitragsordnung der CDU | 285 |
| – Finanzielle Konsolidierung der Bundespartei | 291 |
| – Sonstige Beschlüsse | 294 |
| Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hartmut Nassauer | 305 |
| Namensverzeichnis | 311 |

Montag, 10. April 2000

1. Plenarsitzung

Beginn: 10.38 Uhr

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Ich eröffne den 13. Parteitag der CDU Deutschlands und heiße Sie alle hier in Essen herzlich willkommen.

(Beifall)

Mein erster Gruß gilt den Delegierten aus den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden der CDU in Deutschland. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ganz besonders herzlich begrüße ich den ersten direkt gewählten Oberbürgermeister dieser schönen Stadt Essen, unseren Parteifreund Wolfgang Reiniger.

(Beifall)

Verbinden mit dem Gruß möchte ich zugleich den Dank an die Stadt, die Mitarbeiter der Verwaltung und an die Bürgerinnen und Bürger für die freundliche Aufnahme, die wir hier alle in Essen gefunden haben.

(Beifall)

Unter den vielen Gästen aus dem In- und Ausland möchte ich heute an erster Stelle die Tochter von Konrad Adenauer, Frau Libeth Werhahn-Adenauer, begrüßen.

(Beifall)

Wir freuen uns sehr, dass Sie wieder einmal zu einem Parteitag der CDU Deutschlands gekommen sind. Genauso freue ich mich, dass Rainer Barzel wieder einmal bei einem Parteitag der CDU Deutschlands ist. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße herzlich den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, meinen und unseren Freund Michael Glos.

(Beifall)

Mir ist gesagt worden, Thomas Goppel sei auch da. Ich sehe ihn aber nicht. Wenn er noch kommt, wird er nachher begrüßt. Dann begrüße ich unseren obersten Boss, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens. Lieber Wilfried, herzlich willkommen!

(Beifall)

Genauso herzlich begrüße ich den Vorsitzenden der Europäischen Demokratischen Union, den finnischen Finanzminister und Vizepremier Sauli Niinistö. Lieber Sauli, herzlich willkommen!

(Beifall)

Besonders gerne begrüße ich auch die Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Ich möchte vor allen Dingen Weihbischof Franz Grave und Vizepräsident Nikolaus Schneider herzlich danken für den so eindrucksvollen ökumenischen Gottesdienst, den wir eben in Sankt Ludgerus feiern konnten.

(Beifall)

Ich begrüße die Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen am Sitz von Regierung und Bundestag, in Berlin, Prälat Stephan Reimers und Prälat Karl Jüsten. Sie sind beide in dieser Funktion zum ersten Mal auf einem Parteitag der CDU Deutschlands. Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen. Wir freuen uns, dass Sie da sind!

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich den Präsidenten des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel. Herzlich willkommen, wir freuen uns sehr!

(Beifall)

Ich begrüße – zu diesem Zeitpunkt ganz pauschal – die Vertreter von Gewerkschaften, vieler Wirtschaftsorganisationen, Verbände und Organisationen. Ich begrüße die zahlreichen Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die von unserem Parteitag hoffentlich Gutes zu berichten haben. Denn wir stehen am Beginn eines für die CDU Deutschlands besonders wichtigen Parteitags.

Aber ehe wir uns den Aufgaben der Zukunft zuwenden, gedenken wir – das gehört zu den wichtigen Verpflichtungen auf Parteitag, denen wir stets nachgekommen sind – jener, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Von den vielen, die uns verlassen haben, möchte ich Hans Puvogel nennen, geboren am 25. September 1911, gestorben am 11. Juni vergangenen Jahres. Seit 1962 war er Mitglied der CDU, von 1963 bis 1978 Mitglied des Niedersächsischen Landtages, von 1967 bis 1975 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und von 1976 bis 1978 Justizminister in Niedersachsen.

Ich denke an Hans Stercken, geboren am 2. September 1923, gestorben am 26. Juni vergangenen Jahres. Seit 1964 war er Mitglied unserer Partei, von 1976 bis 1994 für den Wahlkreis Aachen Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1985 bis 1994 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und seit 1990 Ehrenpräsident der Interparlamentarischen Union.

Ich denke an Karin Hussing, geboren am 4. August 1941, gestorben am 1. August 1999. Sie war seit 1974 Mitglied unserer Partei, von 1979 bis 1990 Ratsmitglied der Stadt Herne und seit 1990 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Über viele Jahre war sie stellvertretende Vorsitzende der Frauen-Union in Nordrhein-Westfalen.

Ich denke an Reiner Klimke, geboren am 14. Januar 1936, gestorben am 17. August 1999. Seit 1969 war er Mitglied unserer Partei, von 1990 bis 1995 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Er war sechsfacher Olympiasieger im Dressurreiten und engagiert nicht nur in der Sportpolitik unserer Partei.

Ich erinnere an Karl Schiess, am 25. März 1914 geboren, am 8. September letzten Jahres gestorben, seit 1956 Mitglied der CDU, von 1956 bis 1972 Landrat des Landkreises Überlingen, von 1964 bis 1980 Mitglied des Landtages Baden-Württemberg, von 1972 bis 1978 Innenminister des Landes Baden-Württemberg.

Ich denke an Ottfried Hennig, am 1. März 1937 geboren, am 19. Oktober 1999 gestorben, seit 1961 Mitglied der CDU, von 1972 bis 1973 Bundesgeschäftsführer, von 1976 bis 1992 Mitglied des Bundestages, von 1982 bis 1991 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen sowie 1991 bis 1992 im Verteidigungsministerium. Von 1989 bis 1997 führte er den CDU-Landesverband Schleswig-Holstein und war 1992 bis 1997 Fraktionsvorsitzender im Landtag in Kiel. Von 1997 bis 1999 wirkte er als Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ich nenne Aloys Schäfer, geboren am 5. Januar 1911, gestorben am 7. November 1999, 1945 Gründungsmitglied der CDU im Eichsfeld und in Thüringen, 1945 bis 1946 Landrat in Heiligenstadt, von 1946 bis 1954 inhaftiert wegen angeblicher „konterrevolutionärer Sabotage und Nichtbefolgung der politischen Generallinie der sowjetischen Besatzungsmacht“. Nach seiner Übersiedlung in den Westen war er von 1959 bis 1966 geschäftsführender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Grafschaft Bentheim sowie von 1966 bis 1973 Kreisvorsitzender.

Ich nenne Hans-Jürgen Zobel, geboren am 24. Mai 1928, gestorben am 7. Februar dieses Jahres, seit 1952 Mitglied der CDU, von 1994 bis 1998 Mitglied des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzender des Kulturausschusses.

Ich denke an Rudolf Luster, geboren am 20. Januar 1921, gestorben am 13. Februar dieses Jahres. 1945 Gründungsmitglied der CDU Berlin, von 1950 bis 1952 Vorsitzender der Jungen Union Berlin, langjähriges Mitglied des Landesvorstandes der CDU Berlin und Kreisvorsitzender in Steglitz, von 1967 bis 1976 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, von 1976 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1978 bis 1994 des Europäischen Parlaments.

Ich denke an Walter Picard, geboren am 10. Dezember 1923, gestorben am 10. März, 1945 Gründungsmitglied der CDU in seiner Heimatstadt Hausen, von 1958 bis 1965 Mitglied des Hessischen Landtages, von 1965 bis 1983 des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Harry Blum, geboren am 18. Oktober 1944, gestorben am 17. März dieses Jahres, seit 1964 Mitglied unserer Partei, seit 1984 Mitglied des Kölner Stadtrates, von 1991 bis 1999 Bürgermeister der Stadt Köln und seit September 1999 der erste von den Bürgern direkt gewählte Oberbürgermeister dieser Stadt.

Ich denke an Gert Willner, geboren am 16. April 1940, gestorben am 23. März, seit 1974 Mitglied der CDU, seit 1988 stellvertretender Landesvorsitzender der KPV Schleswig-Holstein, seit 1991 Mitglied des Bundesvorstandes der KPV, seit 1996 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Pinneberg und seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich erinnere an Werner Zeyer, geboren am 25. Mai 1929, gestorben am 26. März, seit 1955 Mitglied der CDU, von 1961 bis 1972 Landrat des Kreises St. Wendel, von 1974 bis 1978 Vorsitzender des Kreisverbandes St. Wendel, von 1979 bis 1985 Landesvorsitzender der CDU

Saar, von 1972 bis 1979 Mitglied des Bundestages, von 1976 bis 1978 Mitglied des Europäischen Parlaments, von 1980 bis 1985 Mitglied des Saarländischen Landtages und von 1979 bis 1985 Ministerpräsident des Saarlandes.

Ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für die vielen genannt, um die wir in dieser Stunde trauern. Ihre Arbeit soll uns Verpflichtung sein. Wir wollen unseren verstorbenen Freunden ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir zu Punkt 2 der TAGESORDNUNG kommen:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

In den Tagungsunterlagen finden Sie den Vorschlag des Bundesvorstands für die Wahl des Tagungspräsidiums. Darf ich davon ausgehen, dass es keine anderen Vorschläge dazu gibt? – Wer dem vorgeschlagenen Tagungspräsidium mit Jürgen Rüttgers als Tagungspräsidenten seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der roten Stimmkarte.– Gegenstimmen? – Soweit ich das sehen kann, gibt es keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich darf Jürgen Rüttgers und das Tagungspräsidium bitten Platz zu nehmen. Ich wünsche dem Tagungspräsidium eine gute Hand, einen disziplinierten Parteitag und uns allen ein gutes Präsidium.

Ich erteile dem Landesvorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, den ich herzlich begrüße, das Wort für ein Grußwort als Vorsitzender des gastgebenden Landesverbandes. – Bitte sehr.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers: Lieber Wolfgang Schäuble! Liebe Parteifreunde! Verehrte Gäste! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der CDU Nordrhein-Westfalen heiße ich Sie alle in Essen – mitten im Ruhrgebiet – herzlich willkommen. Kennen Sie eigentlich den Song? „Tief im Westen, wo die Sonne verstaubt, ist es besser, viel besser als man glaubt.“ So, liebe Freunde, beginnt eine gesungene Liebeserklärung von Herbert Grönemeyer an das Ruhrgebiet, seine Heimat. Es enthält kein Wort von finsterner Industriekulisse. Kein gammlicher Kommissar und auch nicht der düstere Kohlenpott kommen vor. Es ist eine eindrucksvolle Hymne auf das Ruhrgebiet und seine Schönheit. Ich bin stolz auf unser Nordrhein-Westfalen. Ich bin stolz auf das, was die Menschen hier im Ruhrgebiet für unser Land nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet haben und auch heute noch leisten.

(Beifall)

Nordrhein-Westfalen liegt mitten im Herzen Europas. Wir verfügen hier über alles Wissen dieser Welt. Wir haben fleißige Menschen, die sich durch Stolz auf ihre Vergangenheit und durch Mut zur Zukunft auszeichnen. Was schade ist: Wir haben in Nordrhein-Westfalen leider eine schwache Regierung. Das wollen wir am 14. Mai ändern.

(Beifall)

Wir von der neuen CDU im Westen haben uns auf diesen Parteitag gefreut. Nach all den schwierigen Wochen und Monaten ist dies ein Parteitag des Aufbruchs. Wir im Westen wün-

schen uns deshalb von diesem Parteitag ein Signal der Geschlossenheit und des Neuanfangs. Das wird uns – da bin ich ganz sicher – bei der Landtagswahl am 14. Mai helfen.

(Beifall)

Auch Nordrhein-Westfalen braucht einen Neuanfang. Sie können sich erinnern: Bei der Bundestagswahl hieß es, dass 16 Jahre angeblich genug seien. Das war zwar falsch – wie wir jetzt wissen –, aber man muss sagen: Wenn damals 16 Jahre genug waren, dann sind 34 Jahre SPD in Düsseldorf mehr als genug.

(Beifall)

Wir sind entschlossen, die Landtagswahl zu gewinnen. Dass wir gewinnen können, haben wir im vergangenen Jahr gezeigt. Bei den Europawahlen lagen wir in Nordrhein-Westfalen 10 Prozentpunkte vor der SPD. Bei den Kommunalwahlen im Herbst haben wir sogar mit 50,3 Prozent gewonnen. Die CDU stellt jetzt 29 Landräte in Nordrhein-Westfalen; die anderen haben nur noch zwei.

(Beifall)

Die CDU stellt 14 Oberbürgermeister; die anderen haben nur noch neun.

(Beifall)

Die CDU stellt jetzt 249 Bürgermeister; die anderen nur noch die Hälfte. Das ist doch ein gutes Ergebnis!

(Beifall)

Wer hätte daran gedacht, dass wir auf einem CDU-Parteitag in Essen – Wolfgang Schäuble hat es gerade gemacht –, einen direkt gewählten CDU-Oberbürgermeister begrüßen können. Ich begrüße ebenso unseren Parteifreund Wolfgang Reiniger.

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich den Oberbürgermeister von Hamm, Thomas Hunsteger-Petermann.

(Beifall)

Ich begrüße den Landrat des Kreises Recklinghausen, Hans-Jürgen Schnipper.

(Beifall)

Ich begrüße den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Oliver Wittke. Stellen Sie sich einmal vor: Die CDU stellt den Oberbürgermeister auf Schalke.

(Beifall)

Die CDU im Westen ist die Kommunalpartei in Nordrhein-Westfalen. Das macht uns optimistisch für die Landtagswahlen. Die letzten Wochen und Monate waren für uns natürlich sehr schwierig. Wir haben verdammt viel einstecken müssen. In den Umfragen sind wir durch die Spendenaffäre auf bis zu 32 Prozent abgesackt. Jetzt geht es aber wieder aufwärts. Am

Samstag hat die Forschungsgruppe Wahlen als zweites Institut eine Umfrage vorgelegt, die uns wieder bei 38 Prozent sieht. Das ist besser als unser letztes Landtagswahlergebnis. Wir erwarten jetzt von diesem Parteitag einen Schub, damit es weiter nach vorne geht im Landtagswahlkampf.

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU Nordrhein-Westfalen hat ihre Politik unter zwei Leitsätze gestellt: „Nah bei den Menschen“ und „Ran an die Wirklichkeit“. Wer aber nahe bei den Menschen ist und sich an der Wirklichkeit orientiert, der weiß: Mehrheitsfähig ist die CDU nur als Partei der Mitte. Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir in Nordrhein-Westfalen haben diesbezüglich eine gute Tradition.

Die CDU muss auch im Zeitalter der Globalisierung die Partei der Mitte bleiben. Wer in diesen Tagen meint, die CDU müsse sich entscheiden zwischen Modernisierung und sozialer Reparatur oder zwischen konservativen Werten und globaler Mobilität, der hat nach meiner Auffassung die Aufgaben, die vor uns liegen, nicht verstanden. Ein Unternehmen besteht eben nicht nur aus Vorstandsvorsitzenden und Aktionären, sondern auch aus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Nur zusammen kann es einen wirtschaftlichen Erfolg geben.

(Beifall)

Deshalb muss die CDU Brücken bauen zwischen Markt und Menschlichkeit, zwischen Globalisierung und Heimat. Wer weiß, dass beim Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft Veränderungen notwendig sind – das ist unbezweifelbar –, der muss eben die Menschen mitnehmen, wenn er Zukunft gestalten will. Deshalb sagen wir in diesem Landtagswahlkampf auf unseren Plakaten: „Zukunft geht auch menschlich“

(Beifall)

Wir nehmen deshalb die Angst der Menschen hier im Land vor den großen Fusionen, vor der Globalisierung und vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze ernst. Clement hat 1998 versprochen, die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Daran will er sich messen lassen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen über 800 000 Arbeitslose. Seitdem er dieses Versprechen gegeben hat, ist die Arbeitslosigkeit um 15 000 gesunken. Wenn der so weitermacht, dauert es noch ein halbes Jahrhundert. So lange haben die Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen keine Zeit, zu warten.

(Beifall)

Wir sagen deshalb: Die Unternehmensteuerreform darf eben in erster Linie nicht Großfusionen fördern, sondern sie muss vor allen Dingen kleine und mittlere Unternehmen entlasten; denn dort entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft.

(Beifall)

Deshalb treten wir für mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung ein.

Als ich im Jahr 1996 die Aktion „Schulen ans Netz“ gestartet habe, wusste Bundeskanzler Schröder offensichtlich noch gar nicht, was ein Computer ist; denn sonst hätte er als Minister-

präsident niemals einen ganzen Informatikstudiengang einstampfen lassen, mit der Begründung, es gebe zu viele Informatiker in Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, im Vergleich zu Gerhard Schröder ist Boris Becker ein richtiger Computer-
experte; denn der ist wenigstens schon drin; der Schröder ist immer nur drüber.

(Beifall)

Deshalb ist es gut, dass in der Essener Erklärung, über die wir auf diesem Parteitag beraten,
geschrieben steht:

Statt als scheinbares Patentrezept ausländische Arbeitnehmer für den
IT-Bereich nach Deutschland zu holen, müssen in erster Linie unsere
Jugendlichen in Deutschland für die Zukunft fit gemacht werden.

Das ist richtig! Es ist gut, dass wir das so klar sagen. Seitdem wir diese Debatte führen, steht
das Thema „Bildung und Ausbildung“ im Mittelpunkt. Die Menschen wissen, wie schlimm
es um das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen bestellt ist. Wir wollen in Nordrhein-
Westfalen nicht hinnehmen, dass wir die größten Klassen haben, dass wir den meisten
Unterrichtsausfall haben, und dass wir zu wenige Lehrer haben. Wir wollen, dass jedes Kind
in Nordrhein-Westfalen wie auch in anderen Ländern, wo die CDU regiert, seine Chance
bekommt, unabhängig davon, ob seine Eltern arm oder reich sind oder ob es in einer Univer-
sitätsstadt oder auf dem Land geboren ist. Dafür treten wir ein! Das wollen wir verändern!

(Beifall)

Liebe Freunde, die SPD in Nordrhein-Westfalen ist ablösungsreif. Sie weiß es. Sie haben jetzt
sogar den alten Sozialistengruß, nämlich die erhobene Faust – sie alle kennen sie –, inzwi-
schen abgeschafft, weil die geballte Faust nicht mehr möglich ist; denn die SPD hat in Nord-
rhein-Westfalen überall ihre Finger drin.

(Beifall)

Mit einer unglaublichen Arroganz haben die Genossen auf ihre Plakate geschrieben:
„Manche Dinge müssen einfach rot bleiben!“ Sie meinen natürlich im Kern damit das Land
Nordrhein-Westfalen. Dabei gibt es manche Dinge in der SPD, angesichts derer die Ge-
nossen erst einmal rot werden müssten, zum Beispiel: Schleußer fliegt, ohne rot zu werden;
Müntefering lügt, ohne rot zu werden; Hombach manipuliert, ohne rot zu werden; Neuber
schmiert, ohne rot zu werden; Clement spekuliert, ohne rot zu werden. Das ist dann
der rote Filz und die Vetternwirtschaft, die wir am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen ablösen
wollen.

(anhaltender Beifall)

Wir wollen endlich Kompetenz statt Klüngel, Fairness statt Filz und Fortschritt statt Freiflüge
mit der West LB.

Liebe Freunde, Nordrhein-Westfalen ist ein wunderschönes Land. Ich habe eine herzliche Bitte: Helfen Sie uns, damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen neuen Anfang und eine gute Zukunft bekommen. – Glück auf und herzlich willkommen bei uns in Nordrhein-Westfalen.

(anhaltender Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Lieber Jürgen Rüttgers, der Beifall des Parteitags drückt nicht nur den Dank für diese muntermachende Begrüßungsrede aus, sondern er drückt auch aus, dass wir alle gemeinsam mit Ihnen und mit unseren Freunden in Nordrhein-Westfalen die bevorstehende Landtagswahl gewinnen wollen. Dafür stehen wir. Für dieses Ziel wollen wir auf dem Parteitag in Essen das Möglichste tun. Ich danke Ihnen für Ihr Grußwort. Ich sage Ihnen die Unterstützung aller Freunde für die entscheidenden Wochen bis zum 14. Mai zu und übertrage Ihnen jetzt die Leitung des Parteitags als Tagungspräsident.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wolfgang Schäuble. Vielen herzlichen Dank auch allen Delegierten sowie den Mitgliedern des Tagungspräsidiums für ihr Vertrauen. Wir haben uns vorgenommen, diesen Parteitag fair und zügig zu leiten. Das wird kein einfaches Stück Arbeit, weil wir dafür sorgen müssen, dass das, was wir gemeinsam beschließen und beraten wollen, auch in der vorgegebenen Zeit möglich ist. Ich rechne sehr auf Ihre Hilfe.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Sie alle haben die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag mit der Einladung zugesandt bekommen. Ihnen liegt jetzt eine aktualisierte Fassung der Tagesordnung vor. Ich möchte die Delegierten zunächst auf Folgendes hinweisen: Die ursprüngliche Fassung der Tagesordnung enthielt den Tagesordnungspunkt 21 „Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XIV. EVP-Kongress“. Dieser Tagesordnungspunkt soll auf dem kleinen Parteitag im Herbst dieses Jahres behandelt werden. Die Begründung ist, dass der EVP-Kongress, der ursprünglich am 11. und 13. Januar im Jahr 2001 stattfinden sollte, verschoben worden ist. Wenn wir im Herbst über diesen Tagesordnungspunkt entscheiden, dann liegt die Wahl der Delegierten zeitlich näher am Verhandlungstermin. Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, diese Veränderung bei der Abstimmung über die Tagesordnung zu berücksichtigen. Wenn Sie mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden sind, dann bitte ich Sie um das Kartenzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich möchte Ihnen jetzt einige Bemerkungen zum zeitlichen und organisatorischen Ablauf dieses Parteitags vortragen und damit gleichzeitig einige Vorschläge verbinden. Nach unserer Tagesordnung kann der Parteitag eine Meldefrist für Kandidaturen bestimmen. Wir schlagen Ihnen vor, diese Frist auf 11.30 Uhr festzulegen. Die Vorschläge müssen schriftlich im Tagungsbüro, das sich im Foyer befindet, eingereicht werden. Eine Liste mit den bisher vorliegenden Kandidatenvorschlägen befindet sich bereits in Ihren Unterlagen. Für diese Kandidaten erübrigt sich selbstverständlich eine weitere Nominierung; denn diese liegt ja bereits vor. Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Frist einverstanden sind, darf ich Sie um das Kartenzeichen bitten! – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Nach § 5 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung sind Anträge an den Parteitag der CDU Deutschlands dem Bundesvorstand schriftlich zuzuleiten. Sie müssen spätestens vier Wochen vor dem Beginn des Parteitages bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein. Das war diesmal der 13. März. Es gab einen triftigen Grund, der den Bundesvorstand veranlasst hat, die Frist für Anträge der Parteigliederungen zu den Anfang März 2000 noch ausstehenden Leit- anträgen des Bundesvorstands zu verlängern, und zwar auf Mittwoch, den 5. April 2000. Auf die entsprechenden Schreiben der Generalsekretärin vom 3. und 21. März nehme ich Bezug.

Wir müssen jetzt darüber befinden, ob wir diese Abweichung genehmigen. Wenn Sie das wollen, dann zeigen Sie bitte Ihre Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist die Verlängerung der Antragsfrist genehmigt.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Initiativanträge von 30 stimmberechtig- ten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann lassen Sie bitte den Text im Büro der Antragskommission in das Textverarbeitungssystem eingeben.

Damit diese Anträge auch ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung setzen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragsschluss auf 11.30 Uhr festzusetzen. Wenn Sie damit ein- verstanden sind, dann zeigen Sie bitte Ihre Karte. – Gegenprobe! – 5 Gegenstimmen. Enthaltungen? – 2 Enthaltungen. Damit ist entsprechend beschlossen.

Für die allgemeine Aussprache und die Aussprache zu den Anträgen darf ich Sie wiederum bitten, die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von Ihnen aus gesehen rechten Seite vor der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die diese Wortmelde- zettel entgegennimmt. Sie bittet darum, dass sie vollständig ausgefüllt werden. Geben Sie bitte an, welches der im Saal aufgestellten Mikrofone Sie benutzen wollen.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für diesen Parteitag bestellt. Sie finden eine Namensliste in den Unterlagen. Wenn Sie auch diesem Vorschlag zustimmen, darf ich Sie um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe dann den TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich weise darauf hin, dass gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung die Mandatsprüfungs- kommission für Parteitage vom Bundesausschuss gewählt wurde. Die Wahl für diesen Parteitag erfolgte auf dem Kleinen Parteitag in Berlin am 13. Dezember 1999.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich mit Beginn des Tages- ordnungspunktes 9 im Büro des Organisationsleiters einzufinden. Das Büro befindet sich hinter der Pressetribüne links.

Ich rufe dann den TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Erfreulicherweise haben sich wieder viele Damen und Herren bereit erklärt, in der Stimmzählkommission für diesen Parteitag mitzuarbeiten. Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Personen können Sie Ihren Unterlagen entnehmen. Falls Sie diesen Vorschlag unterstützen wollen, darf ich Sie um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das war ein einstimmiger Beschluss. – Danach drängelt sich keiner.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich 11.30 Uhr zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission, der ausgeschildert ist.

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Ich gebe das Wort an den Oberbürgermeister der Stadt Essen, Dr. Wolfgang Reiniger.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Reiniger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle zunächst einmal als Oberbürgermeister dieser Stadt hier in Essen, hier in der Essener Grugahalle, sehr herzlich. Es ist schön, dass nach 15 Jahren der Bundesparteitag der CDU wieder einmal hier in Essen Station macht – und dann gleich solch ein Parteitag.

Heute Morgen begann ein Kommentar in der FAZ mit dem Satz: „Endlich April – endlich Essen!“ Als Oberbürgermeister freue ich mich natürlich, dass unsere Stadt im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung steht. Unsere Stadt, die einstmalige Montanstadt, ist inzwischen auch Messe- und Kongressstadt – neben vielen anderen Merkmalen, die sie aufweist. Als Messe- und Kongressstadt können wir uns auch bei solchen Gelegenheiten darstellen, wie zuvor etwa beim EU-Gipfel 1994.

Im übrigen, meine Damen und Herren, das Medieninteresse, das diesem Parteitag entgegengebracht wird, kann eigentlich nur noch mit demjenigen beim EU-Gipfel in unserer Stadt verglichen werden.

Jürgen Rüttgers hat vorhin schon Herbert Grönemeyer mit seiner „Liebeserklärung an das Ruhrgebiet“ zitiert. Als Oberbürgermeister würde auch ich Ihnen natürlich gerne einiges über die Schönheiten unserer Stadt sagen. Nur, ich weiß, wie das so mit den Grußworten ist: Man lässt sie gewissermaßen doch über sich ergehen.

Meine Damen und Herren, ich verweise auf einen Informationsstand unserer Essen-Marketinggesellschaft unten in der Halle. Vielleicht haben Sie die Gelegenheit, sich dort das eine oder andere Mal während der Pausen des Parteitages über die anderen Seiten unserer Stadt zu informieren.

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie aber nicht nur als Oberbürgermeister, sondern auch als Parteifreund sehr herzlich. Dabei sage ich ganz offen: Ich hätte mir zunächst einmal andere Umstände erhofft, unter denen dieser Parteitag stattfindet. Aber ich bin zugleich

sicher, dass dieser Parteitag einen Neuanfang darstellen wird, dass wir zur Sachpolitik zurückkommen, dass wir zur Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zurückkommen.

(Beifall)

Jürgen Rüttgers hat vorhin von der Kommunalwahl im vergangenen Jahr gesprochen, die wir hier erfolgreich bestanden haben. Ich habe nach dem Wahlsieg im September 1999 bereits gesagt: Das ist nur die halbe Miete, wenn es uns nicht auch gelingt, die Landtagswahl zu gewinnen. Insofern ist das Aufbruchsignal von Essen, das ich mir von diesem Parteitag erhoffe und das ich erwarte, von so ungeheurer Wichtigkeit für die Landtagswahl.

Meine Damen und Herren, es gibt viele gute Gründe, warum die CDU die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gewinnen muss. Einer wird auch Gegenstand dieses Parteitages sein, nämlich die Bildungspolitik. Lassen Sie mich nur einen Gedanken aus städtischer, aus kommunaler Sicht hinzufügen: Es ist erklärte Politik der CDU in Nordrhein-Westfalen – dafür bin ich besonders dankbar –, den Kommunen wieder mehr Freiräume zu geben, sie vom Gängelband des Landes, vom goldenen Zügel des Landes oder – wie ich es mehr und mehr formuliere – von der goldenen Würgeleine des Landes zu lösen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist unerträglich, wie Entscheidungen der Kommune von einer Bewilligungsbürokratie dominiert werden. Hier gibt es ungenutzte Potenziale zur Verwaltungsvereinfachung und damit natürlich auch zur Kosteneinsparung.

Stattdessen werden wir seitens des Landes mit Gesetzesvorhaben überfrachtet, die unter dem Stichwort Verwaltungsmodernisierung laufen, in Wirklichkeit aber eher zusätzliche Komplikationen auslösen und insbesondere wieder eine finanzielle Mehrbelastung der Kommunen zur Folge haben. Damit muss Schluss sein. Kommunale Selbstverwaltung darf nicht auf der Strecke bleiben. Kommunale Selbstverwaltung bedarf vielmehr dringend der Stärkung, um auch innovative Kräfte vor Ort freizusetzen.

(Beifall)

Wir haben im Kommunalwahlkampf in unserer Stadt gesagt: Geben wir den Bürgerinnen und Bürgern ihre Stadt zurück. Meine Damen und Herren, in gleichem Sinne brauchen wir in Nordrhein-Westfalen einen neuen Anfang. Im gleichen Sinne brauchen wir auch in Nordrhein-Westfalen einen Wechsel – einen Wechsel von einer SPD, die das Land als ihr Eigentum begreift, hin zu einer auf die Bürger zugehenden Politik, zu einer Politik der CDU.

Dieser Parteitag muss deswegen für einen Neuanfang stehen. Ich bin sicher, er wird sich so begreifen: als Neuanfang auf dem Weg zu einem Wechsel in Düsseldorf, als Neuanfang auf dem Weg zu einem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers.

(Beifall)

Dieser Wechsel, meine Damen und Herren, würde uns hier im Lande weitere Schubkraft verleihen. Damit geht es weiter aufwärts.

In diesem Sinne wünsche ich dem Parteitag viel Erfolg. Zudem wünsche ich allen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wolfgang Reiniger. – Ich darf jetzt zu einem weiteren Grußwort dem Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens, das Wort erteilen.

Wilfried Martens: Herr Präsident! Lieber Wolfgang Schäuble! Liebe Angela Merkel! Liebe Freunde der CDU Deutschlands! Ich freue mich, hier heute als Vorsitzender der Europäischen Volkspartei einige Worte an Sie richten zu können. Die CDU Deutschlands hat schwere Wochen und Monate hinter sich. Wir alle erleben irgendwann einmal diese Art von Rückschlägen. Sie werfen uns nicht nur zurück, sondern bieten auch die Chance zu Reformen und zur Erneuerung. Die CDU hat diese Chance bereits genutzt.

Ich habe viele Jahrzehnte eng mit deutschen Christdemokraten zusammengearbeitet: als Mitgründer der Europäischen Volkspartei mit dem damaligen Oppositionsführer Helmut Kohl, als belgischer Ministerpräsident mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und als EVP-Vorsitzender mit Wolfgang Schäuble. Wir haben in den 80er- und 90er-Jahren gemeinsam die Europapolitik in der Europäischen Union bestimmt. Wir haben gemeinsam bei der Erweiterung der EVP neue Wege beschritten.

Die CDU war immer der ruhende Pol, und das nicht nur in der Europäischen Volkspartei. Ihre Stärke war es immer, einen Ausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen dem Konservativen und dem Christlich-Sozialen zu schaffen.

(Beifall)

Ich möchte dafür allen in der CDU, mit denen ich so vertrauensvoll zusammenarbeiten durfte, herzlich danken, ganz besonders Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Ich freue mich auf eine enge Zusammenarbeit mit der neuen Parteiführung. Ich bin mir sicher, dass die neue Generation in der CDU nahtlos das europapolitische Erbe übernehmen wird. Die CDU ist die deutsche Europapartei.

(Beifall)

Sie wird in unserer Bewegung weiterhin eine Schlüsselrolle einnehmen.

Viele Mitsreiter mit internationaler Erfahrung sind nun an führender Position. Friedrich Merz, von 1989 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments, ist jetzt Fraktionsvorsitzender.

(Beifall)

Ruprecht Polenz ist Vizepräsident der Christlich-Demokratischen Internationale und zukünftiger Generalsekretär.

(Vereinzelt Beifall)

Karl Lamers ist Vizepräsident der EVP und außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Hans-Gert Pöttering führt als Fraktionsvorsitzender die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, die wir gemeinsam und erstmalig zur stärksten Kraft gemacht haben.

(Beifall)

In der CDU haben Menschen mit europapolitischer und internationaler Erfahrung Gewicht. Die Europäische Volkspartei braucht eine starke CDU. Deutschland und Europa haben eine bessere Politik verdient als die der Sozialisten und Sozialdemokraten.

(Beifall)

Sie, liebe Frau Merkel, haben die Begabung und die Kraft, um die Erfolgsgeschichte der deutschen Christdemokratie fortzusetzen und den Sozialdemokraten das Leben schwer zu machen. Ich wünsche Ihnen dafür viel Erfolg und Ausdauer.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich bin davon überzeugt, dass die CDU auf dem besten Weg zu den nächsten Wahlerfolgen ist. Ich bin sicher, dass die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen ihr Vertrauen in Jürgen Rüttgers setzen. Ich wünsche dafür alles Gute. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Lieber Wilfried Martens, vielen Dank für dieses Grußwort. Es war zwischendurch ein klein wenig übertönt durch ein technisches Brummen. Aber wir haben Sie gut verstanden. Wir haben vor allen Dingen verstanden – darin stimmen wir Ihnen zu –, dass die CDU Deutschlands die Europapartei ist und bleibt. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall)

Ich darf dann den Vorsitzenden der Europäischen Demokratischen Union, den finnischen Vizepremier Sauli Niinistö, sehr herzlich begrüßen. Herzlich willkommen, Herr Vizepremier!

(Beifall)

Sie haben das Wort.

Sauli Niinistö: Ladies and Gentlemen, Dear Friends, I remember, as a youngster, attending party congresses in Finland. One of the most impressive events was when the CDU representative gave his greetings to the meeting.

(Beifall)

It is my honour now to bring you greetings and best wishes of the European Democrat Union EDU.

I remember, as a young member of the Parliament, having been invited to Germany by the Konrad Adenauer Stiftung, to learn more about democracy and the lack of democracy behind the „Iron Curtain“.

There is no more such a curtain, thanks to CDU.

(Beifall)

I remember, my country having difficult negotiations to join the European Union. There was always a helping hand from CDU. That's how we, all around Europe remember and know the CDU: You never left a friend alone!

(Beifall)

I assure you, now you are not left alone. Warm thoughts and wishes, follow this meeting.

Once upon a time a Fenix bird rose out of ashes. Even for a party, a deep going turbulence, gives an opportunity for a new start for a new era. We, your friends, are sure that it will be case of CDU.

(Beifall)

Europe is facing challenges. In the near future we will have a common currency which has to be strong and stable.

(Beifall)

We need to develop our education systems, to improve our skills, and we need to get ready for the global competition. We need European leadership. We need CDU.

(Beifall)

I take the opportunity to praise and to thank a person I give a lot of respect, Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Wolfgang, I have learned to know you as a statesman devoting to your values, to your party and to your country.

(Beifall)

I also welcome Angela Merkel to take her seat in the table of European Centre, Centre-Right leaders, and to play the key role that we expect from the First Lady of Europe.

(Beifall)

Dear Friends, when I arrived here this morning I learned a new wisdom: Zur Sache! That says it all.

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Vielen Dank für Ihr Grußwort, Herr Niinistö. Jeder von uns weiß, dass es gerade dann, wenn es mal schwierig ist, wichtig ist, Freunde zu haben. Wir sind froh, dass wir so viele Freunde in der Europäischen Demokratischen Union haben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS,
DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Ich erteile unserem Vorsitzenden, Dr. Wolfgang Schäuble, das Wort.

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident, lieber Jürgen Rüttgers! Verehrte Delegierte! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Zeit ist schnelllebig, habe ich vor einem Jahr auf unserem Parteitag in Erfurt gesagt. Damals flog die NATO Luftangriffe im Kosovo-Krieg. Wir, die Union, hatten uns ein gutes halbes Jahr nach der Wahlniederlage im September 1998 in der Oppositionsrolle gerade ganz gut zurechtgefunden: Die regelmäßige doppelte Staatsbürgerschaft war verhindert und die erste Landtagswahl in Hessen schon gewonnen. Rot-grünes Chaos und Substanzlosigkeit waren offenbar beworden und Lafontaine war schon davongelaufen.

Wir haben die Erfurter Leitsätze beraten und verabschiedet, unser Arbeitsprogramm für vier Jahre Opposition, und unser europapolitisches Programm, mit dem wir dann im Juni gemeinsam mit der CSU bei der Europawahl die absolute Mehrheit gewannen. Für den Dezember haben wir einen kleinen Parteitag zur Familienpolitik verabredet und für diesen April den Bundesparteitag zur Bildungspolitik. Weil die finanzielle Situation die Bundespartei zu äußerster Sparsamkeit zwingt, haben wir im Herbst beschlossen, die in diesem Jahr fälligen Vorstandswahlen mit diesem Parteitag zu verbinden.

Dazwischen haben wir Wahlen gewonnen: die Europawahl, Landtags- und Kommunalwahlen – teilweise fast erdrutschartig, jedenfalls schön und erfolgreich. Die CDU ist an allen Landesregierungen, die aufgrund der Wahlen im vergangenen Jahr neu gebildet wurden, maßgeblich beteiligt: In Hessen haben wir eine rot-grüne Koalition durch eine CDU/FDP-Regierung abgelöst. In Berlin, Brandenburg und Bremen – alle einst SPD-Hochburgen – gibt es große Koalitionen, und im Saarland, in Sachsen und in Thüringen regieren wir alleine.

(Beifall)

Bei der Europawahl haben CDU und CSU die absolute Mehrheit der deutschen Mandate gewonnen, und bei allen Kommunalwahlen – es gab im vergangenen Jahr eine ganze Menge davon – haben wir kräftig zugelegt. In Nordrhein-Westfalen haben wir landesweit 50,3 Prozent der Stimmen erhalten – Jürgen Rüttgers hat schon darauf hingewiesen –, die roten Rathäuser und Landratsämter sind weitgehend geräumt – eine gute Ausgangsposition, um am 14. Mai den roten Filz in Nordrhein-Westfalen zu beseitigen.

(Beifall)

Als ich am 7. November 1998 auf unserem Parteitag in Bonn ankündigte, wir wollten 1999 alle Wahlen gewinnen, hat das kaum einer für möglich gehalten. Liebe Freunde, es ist Wirklichkeit geworden. Auch bei der Bundespräsidentenwahl haben wir mit unserer Kandidatin Ehre eingelegt. Ich will mich bei Dagmar Schipanski noch einmal herzlich bedanken.

(Beifall)

Sie hat mit ihrer Kandidatur der demokratischen Kultur unseres Landes einen großartigen Dienst erwiesen.

Dann, liebe Freunde, kam die Krise – unvermittelt, wie der Blitz aus heiterem Himmel, und er hat kräftig eingeschlagen. Kein Blick zurück im Zorn, aber Lehren müssen wir ziehen – und wir haben sie gezogen. Wir haben aus eigener Kraft aufgeklärt, was nicht in Ordnung war. Es hat wehgetan und die Partei als Ganzes wie auch viele Einzelne manchmal fast zerrissen, aber es musste sein. Wir haben viel Vertrauen verloren und beschädigt. Und wenn wir das zurückgewinnen wollen, ist der Mut zur Wahrheit die erste und unerlässliche Voraussetzung.

(Beifall)

Gesetze gelten für alle. Es ist gegen das Parteiengesetz und, wie der Bundesvorstand formuliert hat, gegen Grundsätze innerparteilicher Transparenz und Demokratie verstoßen worden. In einer Größenordnung von 10 Millionen DM können unsere Wirtschaftsprüfer nicht mehr aufklären, woher das Geld kam und wie es wofür ausgegeben wurde. Das darf sich nicht wiederholen.

(Beifall)

Deshalb haben wir Roman Herzog, Paul Kirchhof und Hans Tietmeyer gebeten, uns Ratschläge zu geben, wie derlei in der Zukunft ausgeschlossen werden kann. Ich will mich für diesen Beitrag noch einmal bedanken. Es war nicht selbstverständlich, dass sich uns drei so herausragende Persönlichkeiten in dieser aufgeregten Zeit zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall)

Wir werden auf diesem Parteitag heute diese Vorschläge umsetzen müssen. Dabei liegt mir an der Feststellung – und das gehört ja auch zu einem Rechenschaftsbericht –, dass für die Zeit, für die der von mir geführte Bundesvorstand Verantwortung trägt, nicht die geringsten Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit unseres Finanzwesens aufgekommen sind.

(Beifall)

Und sparsam gewirtschaftet haben wir auch im vergangenen Jahr, wie der Rechenschaftsbericht von Matthias Wissmann ausweist.

Die Krise verschärft unsere finanziellen Probleme. Auch darüber ist auf diesem Parteitag zu beraten. Liebe Freunde, auch das ist nicht leicht. Manchmal habe ich in den Diskussionen den Satz gehört, die Bundespartei solle ihre Probleme selbst lösen; Orts-, Kreis- und Landesverbände hätten damit nichts zu tun. So geht das nicht. Wer, liebe Freunde, ist die Bundespartei? Jeder von uns ist Mitglied in einem Ortsverband, in einem Kreisverband, in einem Landesverband, und nur wir alle zusammen sind auch die Bundespartei.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Der Bundesvorstand legt diesem Parteitag einen Antrag vor, wie wir unser jährliches Defizit von 16,5 Millionen DM abtragen können. Äußerste Sparsamkeit: 9 Millionen DM Einsparungen; das wird von der künftigen Parteiführung gewaltige Anstrengungen erfordern. 7,5 Millionen DM Verbesserung der Einnahmen durch die Solidarität der Gesamtpartei! Matthias Wissmann wird das im Einzelnen erläutern. Ich bitte schon jetzt ganz herzlich um diese große Anstrengung, damit die Partei unter der neuen Führung handlungs- und kampagnefähig

bleibt.

Liebe Freunde, solche Affären haben es in unserer durch Medien stark geprägten Wirklichkeit an sich, dass andere politische Themen zeitweilig kaum noch wahrgenommen werden. Das mag unverhältnismäßig sein, aber es ist so. Die rot-grüne Bundesregierung konnte über Wochen fast tun und lassen, was sie wollte; meistens beschränkt sie sich inzwischen ja aufs Lassen. Auch deshalb musste ein Schnitt gemacht werden, muss ein Neuanfang gewagt werden. Die Union wird gebraucht – als starke Opposition und als zukunftsfähige Alternative.

(Beifall)

Das haben in diesen furchtbaren Wochen sogar viele gespürt, die gar nicht unbedingt zu unseren Anhängern gehören. Darin, liebe Freunde, liegt eine Chance, und darin liegt unsere Aufgabe. Diese Aufgabe ist größer und wichtiger als jeder Einzelne. Es geht ja nicht nur um die Union – wir sind kein Selbstzweck –, sondern es geht um den Beitrag, den diese Union für die Zukunft unseres Landes, für die Menschen zu leisten hat.

(Beifall)

Wir haben das halbe Jahrhundert seit dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mitgeprägt – von Westintegration, europäischer Einigung und sozialer Marktwirtschaft bis zur Wiedervereinigung. Die Union als auf Werte gegründete große Volkspartei der Mitte, diese Union ist die eigentliche Innovation im Parteiensystem nach den Katastrophen von Diktatur und Krieg, und diese Union hat die besten Voraussetzungen, um auch im neuen Jahrhundert mit seinen rasanten Veränderungen, mit seinen Herausforderungen und Chancen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in menschengerechte Politik umzusetzen – Schritt für Schritt, zielgerichtet, pragmatisch und konkret. Wir sind dabei, diese Chance zu nutzen.

Die Art, wie wir überall im Lande in Regionalkonferenzen und in jedem Ortsverband offen über Probleme und Neuanfang diskutiert haben, signalisiert einen neuen Aufbruch. Die Zeit der Hinterzimmer und der Strippenzieher geht zu Ende.

(Beifall)

Unsere Basis, unsere Mitglieder in den Orts- und Kreisverbänden haben standgehalten. Wie viel Kraft in dieser großartigen Partei steckt, das haben gerade die zurückliegenden Monate bewiesen. Der Wahlkampf unserer Freunde in Schleswig-Holstein steht dafür. Auch wenn der sichere Sieg, der Schleswig-Holstein die verdiente und dringend benötigte bessere Regierung gebracht hätte, durch die Krise unmöglich wurde: Wie unsere Freunde in dieser Zeit in Schleswig-Holstein gestanden und gekämpft haben mit Volker Rühle, das verdient Dank und Respekt.

(Beifall)

Diese Haltung unserer Mitglieder, der Aktiven in den Orts- und Kreisverbänden, verlangt Loyalität. Loyalität ist ja keine Einbahnstraße. Eine gemeinsame Sache verpflichtet; demokratische Mehrheitsentscheidungen zu Personen und Inhalten, das bindet uns alle, jeden. Wenn Führung auf undemokratische Mittel verzichten soll, braucht sie Unterstützung auf der Grundlage von Wahlen und Abstimmungen. Das ist Loyalität. Der Gegensatz heißt Abhängigkeit, Seilschaften, Druck oder Intrige. Aber Loyalität heißt auch Verpflichtung der Führen-

den auf die gemeinsame Sache. Ich habe versucht, meinen Beitrag zu leisten.

(Anhaltender Beifall)

- Ich bin aber noch nicht ganz am Ende!

Nach der verlorenen Bundestagswahl hieß die Aufgabe, die Union in der Opposition zusammenzuhalten, nicht in Resignation zu verharren oder sich in Flügelkämpfen zu verlieren. Nur eine starke Union kann ihren Auftrag erfüllen. Dazu muss die Union ihre Bandbreite und ihre Integrationskraft zur Mitte hin wahren. Liebe Freunde, andere europäische Länder zeigen, wie leicht das auch verspielt werden kann.

Wir haben das 1999 geschafft, und darauf bin ich stolz. Viele haben mitgeholfen, und ich schulde vielen Dank. Angela Merkel war eine gute Generalsekretärin.

(Lebhafter Beifall)

Die Mitarbeiter des Adenauer-Hauses mit Willi Hausmann an der Spitze haben unendlich viel Arbeit geleistet – bei den Programmdiskussionen, in den zahllosen Wahlkämpfen und Kampagnen und in den Turbulenzen der letzten Monate.

(Beifall)

Präsidium und Bundesvorstand sind in diesen Monaten mehr und mehr zu einem offen diskutierenden Team geworden; das war eine gute Erfahrung. Und unsere Schwesterpartei CSU mit Edmund Stoiber und Michael Glos an der Spitze hat sich gerade in schwieriger Zeit als verlässlicher Partner erwiesen; auch dafür danke ich.

(Beifall)

Jetzt muss der Neuanfang sein. Ich wusste es schon im Januar. Es fällt nicht leicht. Aber wenn Loyalität keine Einbahnstraße ist, dann muss sich gerade in schwieriger Zeit jeder fragen: Welchen Beitrag muss ich leisten, damit wir gemeinsam das Beste erreichen? Und dass wir auf dem richtigen Weg sind, dafür sprechen die letzten Wochen und die Reaktion der Menschen auf unsere offenen Diskussionen. Wir sind noch nicht über dem Berg, und ich warne davor, schon wieder weitermachen zu wollen wie in alten Zeiten. Aber wir sind auf dem richtigen Weg. Die Union muss nicht neu erfunden werden. Wir können anknüpfen an die Erfolge der Vergangenheit und an die programmatische Erneuerung im vergangenen Jahr.

Aus Grundwerten und Überzeugungen, getragen von unserem vom christlichen Glauben geprägten Bild vom Menschen und menschlicher Ordnung, Antworten zu suchen für die moderne Welt, Risiken zu wehren und Chancen zu nutzen im neuen Jahrhundert, Brücken zu schlagen für alle, damit keiner ausgegrenzt wird und wir unserer Verantwortung für diese eine Welt, für kommende Generationen gerecht werden, das, liebe Freunde, ist die Alternative christlich-demokratischer Politik zu rot-grüner Beliebigkeit. Das steht in unserem Zukunftsprogramm und in den Erfurter Leitsätzen.

(Beifall)

Die Millenniumsfeiern liegen ja erst ein paar Wochen zurück. Die Aussichten auf das neue

Jahrhundert sind faszinierend, aber die Beschleunigung der Prozesse in der Wirtschaft wie in der Wissenschaft kann auch bedrücken. Kann der Mensch, kann menschliche Ordnung mit dem Tempo von Innovation und Veränderung mithalten? Jedenfalls brauchen wir Maß und Mitte – die geben uns Werte. Wir müssen Brücken bauen in die Zukunft, Brücken, die die Menschen in die Lage versetzen, Freiheit zu leben, Talente zu entfalten, Gemeinschaft zu stiften und Solidarität zu leben, in Frieden und Toleranz miteinander auszukommen. Weil die Zukunft offen und immer ungewiss ist, finden wir Fundamente in den Grunderfahrungen des zu Ende gegangenen Jahrhunderts.

Die erste dieser Grunderfahrungen war die des Krieges. Kein Zeitalter zuvor hat so große und schreckliche Kriege geführt. Für uns war die europäische Einigung die zentrale Antwort auf die Gewaltexplosionen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Der Weiterbau der Europäischen Union bleibt eine Frage von Krieg und Frieden.

(Beifall)

Die Freiheitsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa hatten ja nicht nur die Bedingungen geschaffen, zukünftig selbst „in der Wahrheit zu leben“, wie Vaclav Havel es gesagt hat, sondern auch dafür, nun gemeinsam unser gesamteuropäisches Haus zu bewohnen. Der Balkan, liebe Freunde, ist Menetekel, wie es nicht werden darf.

Es kommt jetzt darauf an, die Entscheidungsstrukturen in der Europäischen Union zu reformieren, die Ebenen der Verantwortlichkeit gemäß dem Subsidiaritätsprinzip zu ordnen und neben der Vertiefung die Voraussetzungen für die Erweiterung zu schaffen. Dazu gehört auch eine Stärkung des europäischen Arms kollektiver Sicherheit, ohne unsere transatlantische Partnerschaft zu vernachlässigen, ja gerade um sie zu stärken. Aber das darf man nicht nur in Helsinki ankündigen, das muss man zu Hause auch machen, bei der Strukturreform der Bundeswehr wie bei der Finanzausstattung. Da ist Fehlanzeige bei Rot-Grün.

(Beifall)

Wir müssen künftig viel stärker Krisenprävention betreiben, um sich anbahnende Konflikte mit friedlichen Mitteln auf den Weg einer Einigung oder eines Kompromisses zu bringen. Die Globalisierung führt nicht nur zu neuem Wohlstand und schrankenloser Kommunikation, sondern sie führt eben auch zu weltweiter Verantwortung. Das führt dazu, die Geltung von Menschenrechten bei anderen Staaten und Völkern zu fördern, nicht schulmeisterlich, sondern mit der Macht der Überzeugung und der Anpassung der Menschenrechte an unterschiedliche Traditionen und kulturelle Ausprägungen. Vielleicht erreichen wir ja, dass sich die Menschen zunehmend auch als Weltbürger im Kantschen Sinn verstehen und sich auf Grundzüge eines gemeinsamen Weltethos verständigen. Wenn dieses 21. Jahrhundert von Kriegen der Staaten, vom Krieg der Kulturen verschont bleiben soll, dann ist die Sicherung und Gestaltung des Friedens durch Verständnis und Verständigung zwischen Bürgern und Völkern zentrale Aufgabe.

Und wenn dann die Weltbevölkerung von jetzt 6 Milliarden Menschen und bald 10 Milliarden und mehr die Ressourcen nicht erschöpfen und die Umweltbelastungen tragbar halten und nicht zu wenig berechenbaren Explosionen zwischen Arm und Reich führen soll, dann, liebe

Freunde, müssen wir Brücken bauen für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt. Auch das heißt Globalisierung, Globalisierung von Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten. Die soziale Marktwirtschaft ist die gerechteste und effizienteste Ordnung. Sie ist von Nutzen für die eine Welt, auch in ihrer ökologischen Dimension, um allen eine Chance auf Teilhabe zu bieten. Das ist unser Weg im 21. Jahrhundert, bei WTO-Verhandlungen, bei Klimaschutzkonferenzen, in der Stärkung der Vereinten Nationen genauso wie etwa der Nicht-Regierungs-Organisationen in der Entwicklungspolitik. Die Neue Soziale Marktwirtschaft muss die Prinzipien von wirtschaftlicher Effizienz, sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in globalen Dimensionen wie im globalen Wettbewerb sichern.

Das 20. Jahrhundert war auch ein Jahrhundert der Ideologien, deshalb ist es vielleicht die größte Herausforderung für dieses 21. Jahrhundert, dass die Menschen lernen, ungeachtet der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse den Versuchungen des Absoluten nicht wieder – in keiner Weise – nachzugeben. Also geht es darum, konsequent für die „offene Gesellschaft“ – wie es Karl Popper genannt hat – einzutreten. Das, liebe Freunde, kann nur eine lernende Gesellschaft sein, die sich immer wieder bemüht, ihren freiheitlichen Grundkonsens zu erneuern und auf die ständig neuen Herausforderungen mit Vernunft und Sachangemessenheit zu reagieren. Freiheit und Demokratie – das zeigt sich – braucht wirklich starke Bürger – Bürger, die mit der Einsicht umgehen können, dass sie es nicht besser wissen als andere, die aber gerade darum das Gespräch, die Diskussion suchen und für grundsätzliche Offenheit des Politischen eintreten. Deshalb kommt es auf die Stärkung der Demokratie an, und deshalb müssen wir nachdenken, wie wir unsere Demokratie zukunftstauglich halten. Dazu gehört, dass wir unsere Ansprüche an das Gemeinwesen überprüfen. In den letzten Jahrzehnten hat sich immer mehr die Haltung entwickelt, Leistungen zu aller erst vom Staat zu erwarten und zu fordern. Angesichts engerer finanzieller Spielräume werden wir uns das so nicht länger leisten können.

(Beifall)

Es ist auch gar nicht sinnvoll, weil dadurch die Kräfte des Einzelnen und der Gesellschaft unterfordert werden. Der umgekehrte Weg ist richtig. Was kann der Einzelne leisten, was die verschiedenen Gemeinschaften, was die Allgemeinheit? Dies erst führt dazu, dass die Bürger ihre eigenen, oft brachliegenden Potenzen entfalten. Starke Bürger können sich in ihren Ansprüchen bescheiden, weil sie um ihre eigenen Kräfte und Möglichkeiten wissen und diese auch einsetzen. Rot-Grün versteht davon nichts.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, ist die Staatsquote im vergangenen Jahr auch wieder angestiegen, gegen alles Gerede von den großen Sparpaketen. Zur Zukunftstauglichkeit gehört die Klärung, welcher Ebene unserer föderalen, bundesstaatlichen Ordnung wir welche Entscheidungskompetenz zuordnen. Verantwortungen müssen klarer zugeschrieben werden. Der Staat muss wieder überschaubar werden. Wer weiß denn heute noch, wer oder welche Institution für bestimmte Dinge zuständig ist? Wer trägt die Verantwortung in einem nicht mehr zu durchschauenden Wirrwarr der Regelungen? Wo die Verantwortung nicht definiert ist, kann

man auch von den Bürgern nicht erwarten, dass sie die Verantwortung selbst übernehmen.

Wenn wir im Grundsatz am Prinzip der Solidarität zwischen den Ländern und im Bund-Länder-Finanzausgleich festhalten, können wir auch mehr Wettbewerbselemente zwischen den Ländern einführen. Das kann innovativ sein. Vor allem aber müssen wir die kleinen Einheiten stärken, die Kommunen. Sie brauchen mehr Handlungsvollmachten, mehr Dispositionsfreiheiten und Gestaltungsräume.

(Beifall)

Das gilt nicht nur für den Bereich der Erneuerung der Verwaltung nach den Kriterien von Effizienz, Effektivität und „Kundennähe“. Eine bürgerorientierte Gemeinde bietet ihren Mitgliedern ein breites Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich der Planung, der Schulen, der sozialen Einrichtungen. Es gibt viele Gemeinden, die sich in Deutschland – auch anderswo in Europa und auf anderen Kontinenten – auf diesen Weg gemacht haben. Wir haben vor einem Jahr in Erfurt darüber gesprochen und Beispiele vorgestellt. Wer sich einmal anschaut, was da alles geleistet wird, der wird erstaunt sein, was sich alles an Reform- und Erneuerungspotenzialen jenseits zentralstaatlicher Regelungen bildet. Das hat Zukunft. Subsidiarität auf diese Weise ernst genommen, wird nicht nur einen höheren Grad an Freiheit und Mitbestimmung bringen, sondern auch eine größere Verantwortungsübernahme und Zufriedenheit der Bürger. Deshalb, liebe Freunde, ist die Arbeit der von Christa Thoben geleiteten Kommission, die sich damit beschäftigt, so wichtig.

Die soziale Frage ist eine dritte Grunderfahrung des 20. Jahrhunderts. Die Industrialisierung mit ihren neuen Produktionsformen hat im 19. Jahrhundert alte soziale Bindungen gelöst. Die gewohnten sozialen Versicherungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und Alter zerbrochen. Wachsen dem Reichtum stand zunehmend Verarmung, Verelendung gegenüber. Diesen großen Widerspruch hat das 20. Jahrhundert gelöst, durch die neuen Systeme der sozialen Sicherheit, durch Mitbestimmung und soziale Teilhabe. Der Sozialstaat ist Ausdruck von Gerechtigkeit und Solidarität.

Die Bereitschaft zu teilen brauchen wir auch in Zukunft. Doch wir wissen auch, dass der Sozialstaat umgebaut werden muss. Wir stoßen an finanzielle Grenzen. Die demographische Entwicklung erfordert Korrekturen. Die moderne Arbeitsgesellschaft wandelt sich. Flexibilität in den Arbeitszeiten, häufigere Berufswechsel, erzwungene und freiwillige Auszeiten – von der Arbeitslosigkeit bis zum Sabbatjahr –, vermehrter Wechsel zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung. Der Wandel der Arbeitswelt erfordert den Wandel des Sozialstaats. Unser Sozialstaat wird zukunftsfähig nur dann, wenn er eine größere Flexibilität in den Strukturen besitzt und eine Vielfalt von Lösungen aufweist. Das bedeutet: mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Freiräume, fließende Übergänge zwischen sozialer Sicherung und Arbeitswelt. Wir werden nicht umhin kommen, uns wieder neu zu verständigen über Quantität und Qualität der sozialen Güter und auch darüber, was gemeinschaftlich und was individuell zu tragen ist, welche Bereiche individueller Vorsorge und welche solidarischer Fürsorge obliegen sollen.

Deswegen haben wir Christian Wulff gebeten, mit der Kommission „Sozialstaat 21“ für ein neues Denken zu wirken – ein Denken, das weniger auf Absicherung als auf Ermöglichung, auf Chancen zielt, ein Denken, das auf Brückenbauen gerichtet ist. Sozialhilfe zu zahlen ist richtig;

aber vorausschauend ist, Möglichkeiten neuer Beschäftigung zu suchen. Familien finanziell zu unterstützen ist wichtig, vorausschauend ist, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen und die Akzeptanz für Kinder und Familie in unserer Gesellschaft zu fördern.

(Beifall)

Arbeitslosengeld zu zahlen ist notwendig; auf Dauer sinnvoller ist, Arbeitslose fit zu machen für neue Tätigkeitsfelder. Den Anspruch der älteren Mitbürger auf eine solide Rente zu sichern ist grundlegender Bestandteil der Generationensolidarität; aber sie stärker in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen und den dritten Lebensabschnitt als Zeit aktiver Teilhabe und Engagements zu begreifen – nicht zuletzt im Ehrenamt – ist eine Chance für die ganze Gesellschaft.

(Beifall)

Das ist fairer Ausgleich und Miteinander der Generationen – und dafür bauen wir Brücken.

Die alte soziale Frage bestand darin, Ausbeutung von Menschen zu verhindern. Die gefundenen Lösungen bleiben gültig, von den sozialen Sicherungssystemen über die betriebliche Mitbestimmung bis zum Vermögen in Arbeitnehmerhand. Aber zukunftsfähig werden nur, wenn wir ein neues Verhältnis von Freiheit und Solidarität, von Leistung und Fürsorge, von staatlicher Regelung und subsidiärer Verantwortung finden. Die neue soziale Frage, das ist vor allem „Arbeit für alle“, Teilhabe. Jeder wird gebraucht, keiner darf ausgegrenzt werden. Bei Ludwig Erhard war das noch „Wohlstand für alle“ – das bleibt wichtig –, aber dringender noch ist heute Beschäftigung für alle und das wird die Neue Soziale Marktwirtschaft leisten müssen. Neue Beschäftigungsfelder, vor allem Dienstleistungen, differenzierte Entgeltstrukturen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, bessere Übergänge zwischen Arbeits- und Transfereinkommen, Kombilohn, Zusammenlegung und Dezentralisierung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – so, liebe Freunde, bauen wir Brücken für faire Chancen auf Arbeit.

Wissenschaft und Technik – auch das gehört zu den grundlegenden Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts – bestimmen in einem früher nicht gekanntem Ausmaß unser Leben. Wissenschaftliche Dynamik und technische Umsetzung haben zu beständig schnellem Wandel in unserer Gesellschaft geführt. Aber wir können heute nicht mehr den unbegrenzten Fortschrittsoptimismus früherer Jahrhunderte teilen. Nicht erst seit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki wissen wir auch um die negativen Seiten technischen Fortschritts. Von den verheerenden Material- und Vernichtungsschlachten der Weltkriege bis zu den ökologischen Folgen unserer Produktionsweisen spannt sich ein weiter Bogen. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt wird ambivalent empfunden. Und doch haben Wissenschaft und Technik in einem ungeheureren Maß die Lebensmöglichkeiten erweitert. Sie haben einen Wohlstand für breite Schichten ermöglicht, der früheren Armutsgesellschaften wie ein Paradies erschienen wäre, und sie haben in vielfältiger Weise die Mühsal und Plackerei des Lebens erleichtert.

Angesichts der rasanten Vermehrung von Wissen und Informationen und der umwälzenden Fortschritte in den Naturwissenschaften, in der Kommunikationstechnologie, der Medizin reicht eine Haltung traditioneller Wissensaneignung nicht mehr aus. Unser Leitbild ist die lernende Gesellschaft, nicht nur im Verzicht auf allmächtige Besserwisserei, sondern auch

in der Fähigkeit, Neues aufzunehmen, und in der Fähigkeit, Information aufzusuchen, zu verwerten, zu filtern und kreativ zu vernetzen.

Auch dieser Trend, liebe Freunde, kann manchen ausgrenzen. Um das zu verhindern, wollen wir Brücken bauen für faire Teilhabe an Wissen. Deshalb müssen wir unser Bildungs- und Ausbildungssystem reformieren. Das hat Annette Schavan für diesen Parteitag vorbereitet, mit dem wir eine breite Debatte in der Partei für den Rest des Jahres starten wollen. Wir brauchen eine Revision der Lerninhalte. Wir brauchen Schulen, in denen die Arbeit mit moderner Technik selbstverständlich ist, Universitäten, die auf die neuen Anforderungen von Wissenschaft und Wirtschaft ausgerichtet sind. Auch hier wollen wir mehr Eigenständigkeit der kleinen Gemeinschaft – der Schulen und Hochschulen, der Universitäten und Bildungseinrichtungen. Mehr Wettbewerb zwischen verschiedenen Schulen und Hochschulen wird alte Verkrustungen aufbrechen.

Das erfordert auch neue Finanzierungssysteme. Wir wollen Begabungen stärker fördern, also stärker differenzieren. Unser Ziel ist eine lernende Gesellschaft, an der alle teilhaben können, in der jeder Chancen besitzt, jeder seinen Platz und sein Auskommen findet. Jeder soll seine Begabungen und Talente entfalten, jeder das Beste aus sich machen können. Schwächere wie Leistungsstärkere sollen auf die ihnen gemäße Weise gefördert werden. Aber sie sollen auch mehr gefordert werden.

(Beifall)

Eliten haben mehr Verpflichtung als Privileg, werden aber gebraucht.

Und die Familie, liebe Freunde, ist und bleibt der erste und wichtigste Ort für die Ausbildung und Einübung von Werthaltungen und Überzeugungen.

(Beifall)

Kinder und Jugendliche brauchen ein zu Hause. Sie brauchen Liebe und Zuwendung, sie brauchen Vorbilder und Orientierungsmöglichkeit. So können sie die Werte ausbilden, die sie brauchen, um selbstständig zu urteilen und zu entscheiden, um Verantwortung für sich selbst und für andere zu entwickeln. Deswegen stand die Familienpolitik am Anfang unserer inhaltlichen Arbeit in dieser Periode; Angela Merkel war federführend. Der Mensch in seiner Freiheit, Würde und Verantwortlichkeit ist auf Gemeinschaft angewiesen und deshalb bleibt die Familie von zentraler Bedeutung. Natürlich verändern sich Lebensstile, Einstellungen, Sozialstrukturen. Die Wirklichkeit muss man zur Kenntnis nehmen, man muss für diese Wirklichkeit taugliche Antworten geben. Aber das ersetzt nicht die Familie, sondern stellt neue Aufgaben an Familienpolitik.

Dazu gehören faire Partnerschaften zwischen Mann und Frau, für die wir Brücken bauen – nicht erst seit heute, sondern schon auf dem Parteitag in Essen vor 15 Jahren; auch daran ist zu erinnern.

(Beifall)

Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit durch bessere Rahmenbedingungen in Schule und Kindergarten, Weiterbildungsmöglichkeiten, Teilzeitarbeit, Ladenöffnungszeiten, Wahlfreiheit etwa auch durch bessere Berücksichtigung der Familien im Generationenvertrag

der Alterssicherung, Förderung von Nachbarschaften, Netzwerken in Stadtplanung und Kommunalpolitik – um nur wenige Stichworte zu nennen.

Da ich an den Parteitag in Essen vor 15 Jahren erinnert habe, will ich hinzufügen: Uns ist oft vorgeworfen worden, wir hätten in den 16 Jahren, in denen wir Regierungsverantwortung getragen haben, die Familienpolitik vernachlässigt. Bei diesem ungerechten Urteil wird vergessen, dass wir die Einführung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung der Frau überhaupt erst durchgesetzt haben, dass wir Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub eingeführt haben, dass wir die Pflegeversicherung eingeführt haben.

(Beifall)

Natürlich sind die Aufgaben nicht zu Ende. Aber wir können an das anknüpfen, was wir geleistet haben.

1967 war der erste Mensch auf dem Mond. Das war bedeutsam, weil der Mensch den Schritt in das Weltall getan hat. Es ist aber auch bedeutsam, weil wir uns seitdem an das Bild von der blau-weißen Kugel als unsere Heimat gewöhnt haben. Das hat uns vielleicht mehr als vieles andere bewusst gemacht, dass wir eine Verantwortung tragen, die global geworden ist, und es hat uns die Endlichkeit unseres Planeten näher gebracht. Begrenztheit von Ressourcen und natürlichen Lebensgrundlagen, auch das hängt mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik zusammen, positiv wie negativ. Deshalb wollen wir Brücken bauen für einen fairen Ausgleich zwischen Mensch, Natur und Technik, regional etwa zwischen Verkehrsplanung und Landschaftsschutz oder Landwirtschaft und Naturschutz; aber auch global durch die Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Emissionen, durch Nachhaltigkeit, durch Verantwortung für kommende Generationen.

Auch die lernende Gesellschaft darf nicht dem Machbarkeitswahn verfallen. Der Mensch, liebe Freunde, darf nicht alles, was er kann. Je größer das Wissen scheint, umso mehr brauchen wir Ehrfurcht vor dem Leben.

(Beifall)

Manchmal – bei den Meldungen der letzten Tage wieder – denke ich an die Geschichte vom Turmbau zu Babel. Ohne Grenzen, liebe Freunde, hält es der Mensch nicht aus, aber nicht Grenzen aus Mauer und Stacheldraht, sondern Grenzen aus freiheitlicher Verantwortung und Demut. Deshalb haben Werte bei uns Zukunft.

(Beifall)

Der Staat kann nicht alles, er muss dem Bürger mehr Freiräume lassen. Mit noch mehr zentralistischer Bürokratie schafft man das nicht. Die Linken werden das nie lernen. Wann immer die ein Problem erkannt zu haben glauben, rufen sie gleich nach noch mehr Bürokratie und noch mehr Staat, am besten nach einer noch zentralistischeren Ebene. Beschäftigungspolitik durch die Europäische Union ist so ein Monstrum. Deswegen ist die Staatsquote unter Schröder wieder angewachsen.

(Vereinzelt Beifall)

Steuerentlastungen tun Not. Gut, dass das jetzt endlich auch Rot-Grün zu begreifen beginnt. Aber Steuerentlastungen nur für die Großunternehmen und nicht für den Mittelstand – das ist der falsche Weg.

(Beifall)

Im Mittelstand entstehen die Arbeitsplätze und die kleinen und mittleren Unternehmen in Handwerk, Handel und Dienstleistungen aller Art, die Existenzgründer sind anpassungs- und innovationsfähig. Das ist unsere Stärke in Deutschland, auch und gerade in Zeiten der Globalisierung.

Ohne Eigenverantwortung bleibt unser Gesundheitssystem so wenig bezahlbar wie die Rente sicher. Man sieht ja, welchen Schaden die konzeptionslose Gesundheitspolitik dieser Bundesregierung anrichtet. Die zuständige Ministerin kann zwar manchmal noch herzhafte lachen, aber die Patienten kaum noch.

(Vereinzelt Beifall)

Und erst die Rente! Erst hat man unseren richtigen Reformansatz zurückgenommen, wider besseres Wissen, dann hat der Kanzler versprochen, es bleibe bei der nettolohnbezogenen Rentenanpassung. Das ist gerade ein Jahr her, liebe Freunde. Drei Monate später hieß es „Kaufkraftausgleich“ und jetzt ist auch davon keine Rede mehr. So geht das nicht.

(Beifall)

Gerade weil wir um Änderungen in der Alterssicherung nicht herumkommen, sind Ehrlichkeit und Verlässlichkeit die erste Voraussetzung, um alle Generationen für eine zukunftssichere Reform zu gewinnen. Deshalb haben wir der Regierung vorgeschlagen, das gemeinsam zu machen. Aber aus der Verantwortung für zukunftsste, tragfähige Lösungen kann die Regierung nicht entlassen werden. Wenn die Eigenvorsorge wichtiger wird, um den Lebensstandard im Alter zu sichern, dann brauchen die Menschen Zeit, um das aufzubauen. Kurzfristige Manipulationen und Trickereien schaden da nur. Es wird Zeit, langfristig klar die Weichen zu stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Weniger Zentralismus und Bürokratie und mehr Subsidiarität, das gilt auch und vor allem für Europa. Wir wollen ein großes und starkes Europa, und die Union ist und bleibt die große Kraft der politischen Einigung Europas. Aber das erfordert mehr Substanz, als im vergangenen Jahr auf europäischen Gipfeln zustande kam. Wir haben schon vor einem Jahr gesagt, dass das Ergebnis des Berliner Gipfels, die so genannte Agenda 2000, nicht annähernd ausreicht, um die Europäische Union auf die Osterweiterung vorzubereiten. Inzwischen gibt das sogar die Bundesregierung zu. Aber in Helsinki hat man den Kreis der Beitrittskandidaten noch einmal erweitert und das Mandat für die Regierungskonferenz greift zu kurz. Ohne eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen Brüssel einerseits und den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen andererseits wird Europa scheitern, an finanzieller Überforderung und an zu viel zentralistischer Bürokratie.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Probleme darf man nicht verschweigen. Nicht wer die Fragen und Schwierigkeiten benennt, gefährdet Europa, sondern wer darüber hinweg reden will. Man kann Europa nicht ohne und nicht gegen die Menschen bauen. Die Menschen müssen dieses Europa wollen, und sie werden es nur wollen, wenn sie es auch verstehen. Sie werden es nur verstehen, wenn Europa in seinen Strukturen überschaubar und durchschaubar bleibt. Deshalb brauchen wir eine offene und breite Debatte über Grundlagen, Ziele und Grenzen europäischer Einigung. Wir, die Europaparteien CDU und CSU, wir müssen diese Diskussion einfordern, wir müssen sie vorantreiben, weil sonst die europäische Idee vor die Hunde geht.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Schröder und sein grau gewordener Außenminister Fischer haben bisher nichts zustande gebracht außer großspurigen Ankündigungen und anschließendem bedauernden Schulterzucken, sie hätten sich leider nicht durchsetzen können. Die Wahrheit ist, dass sie gar nicht wissen, was sie eigentlich im Sinne einer guten europäischen Zukunft durchsetzen sollen.

Aufgaben, liebe Freunde, in Hülle und Fülle – das zeigt: Die Union wird gebraucht. Rot-Grün kann es schlecht und ohne Druck und Alternativen schon gar nicht.

Die vergangenen 18 Monate haben bewiesen: Niederlagen werfen die Union nicht um und Krisen auch nicht. Deshalb, liebe Freunde, muss der Neuanfang gelingen, hier und heute, auf unserem Parteitag in Essen. Ich habe viel Vertrauen und Unterstützung erfahren. Dafür danke ich und ich wünsche der neuen Parteiführung am liebsten noch mehr. Was ich dazu beitragen kann, will und werde ich gerne tun.

Jeder an seinem Platz und alle gemeinsam, so werden wir Erfolg haben, am 14. Mai Jürgen Rüttgers in Nordrhein-Westfalen und im kommenden März in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. So, liebe Freunde, können wir unseren Dienst für die Menschen und für die Zukunft unseres Landes leisten, und darum geht es: im neuen Jahrhundert für unser vereintes Deutschland, mitten im Leben und mitten in Europa.

(Lang anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble, der Parteitag dankt Ihnen für diese wichtige Rede, die wie immer ein Stück Standortbestimmung war und die ganz sicher über den Tag hinaus Bestand haben wird. Wir wollen Ihnen aber nicht nur für diese wichtige Rede, sondern auch für Ihre Arbeit danken. Deshalb gebe ich das Wort dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, Peter Müller.

Peter Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Lieber Wolfgang Schäuble! Ich bin mir sicher, dass ich im Namen des ganzen Parteitages spreche, wenn ich mich bei Ihnen für alles, was Sie als Vorsitzender der CDU Deutschlands, aber auch darüber hinaus in unterschiedlichen Funktionen über viele Jahre für unsere gemeinsame politische Sache geleistet haben, ganz herzlich bedanke.

(Beifall)

Um es klar und deutlich zu sagen: Dies sind keine Worte des Abschieds. Dies sind Worte der Dankbarkeit für Geleistetes, verbunden mit der Erwartung weiterer Zusammenarbeit in der

Zukunft in veränderter Formation. Denn, lieber Wolfgang Schäuble: Sie haben in der Vergangenheit Enormes geleistet. Ihre Mitarbeit wird aber auch in der Zukunft gebraucht. Die CDU Deutschlands kann und will auf Ihre Hilfe nicht verzichten.

(Beifall)

Sie haben unserer gemeinsamen politischen Sache und unserem Land in unterschiedlicher Weise gedient: Bundesinnenminister, Chef des Kanzleramtes, Architekt des Einigungsvertrages, Fraktionsvorsitzender im Bundestag und Parteivorsitzender der CDU Deutschlands. Dies sind nur einige Stichworte mit Blick auf die Aufgaben, die Sie in der Vergangenheit wahrgenommen haben.

Sie selbst haben die politische Arbeit einmal unter Rückgriff auf das Bild von Sisyphus beschrieben. Ich glaube, Sie waren ein solcher politischer Sisyphus, der den Stein unermüdlich immer wieder den Berg heraufgerollt hat. Die Partei hat von Ihnen vieles verlangt; die Partei hat sich Ihrer immer wieder bedient. Sie haben sich ihr nie verweigert. Sie haben dabei ungleich mehr getragen und ungleich mehr ertragen als andere. Die Partei hat Ihnen viel, Sie selbst haben sich viel zugemutet. Sie haben damit Beispiel gegeben und Maßstäbe gesetzt.

(Beifall)

Es ist sicher kein Zufall, dass Sie auch heute in Ihrer Rede wieder viel davon gesprochen haben, dass wir Brücken bauen müssen. Das war das Thema Ihrer Rede auf der Glienicker Brücke am 7. November des vergangenen Jahres. Sie sind ein Brückenbauer in der Politik, ein Brückenbauer für die Union. Ihr Handeln hat sich an einer Maxime orientiert, die Gotthold Ephraim Lessing Nathan, den Weisen, so formulieren lässt: „Wie viel leichter ist es, andächtig zu schwärmen, als gut zu handeln.“ Gutes zu tun, konsequent zu handeln, fest in den Grundsätzen und kompromissbereit im Detail zu sein, auch das hat Ihre Arbeit ausgezeichnet. Dadurch haben Sie Beispiel gegeben und Maßstab gesetzt.

(Beifall)

Sie haben in der Stunde der Niederlage und in der Stunde der Niedergeschlagenheit nach der verlorenen Bundestagswahl vor anderthalb Jahren nicht resigniert. Im Gegenteil: Sie haben zusätzliche Verantwortung und den Parteivorsitz übernommen; Sie haben der Partei neuen Mut gegeben. Auf der Basis der Zuversicht, die Sie vermittelt haben, haben wir im Jahr 1999 eine beispiellose Reihe von Erfolgen bei Landtagswahlen, bei der Europawahl und bei den Kommunalwahlen erzielt. Es ist eben von Ihnen zu Recht angesprochen worden: Hessen, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Berlin und Bremen. Dass ich heute diese Worte des Dankes als saarländischer Ministerpräsident zu Ihnen sprechen kann, das ist für einige Genossen im Saarland bis heute nicht verstehbar. Das ist aber gut für das Saarland, für die saarländische CDU und auch gut für die CDU Deutschlands. Diesen Erfolg haben Sie mit herbeigeführt.

(Beifall)

Dann, lieber Wolfgang Schäuble, sind Sie in den Strudel einer Affäre gezogen worden, die von Ihnen weder verursacht noch verschuldet war und die die CDU in ihren Grundfesten erschüttert hat. Es mag sein, dass im Zuge dieser Affäre auch von Ihnen nicht alles richtig gemacht

worden ist. Ich sage: Dies zu erwarten heißt – mit Blick auf den Druck, unter dem Sie gestanden haben –, Unmenschliches zu erwarten.

(Beifall)

Es ehrt Sie, dass Ihre Entscheidung, vor diesem Hintergrund heute nicht mehr als Bundesvorsitzender zu kandidieren, ausschließlich erfolgt, weil Sie dadurch einen Beitrag leisten wollten, die Union schnellst möglich aus der gegenwärtigen Krise zu führen. Dies verdient Respekt, Anerkennung und Dank.

(Beifall)

Ich sage aber auch: Dies darf nicht dazu führen, dass wir in der Krise Ursache und Wirkung, Subjekt und Objekt miteinander verwechseln. Diese Abläufe geben Anlass, zu fragen: Wie ungerecht, wie gnadenlos darf Politik eigentlich sein? Mit Ihnen, lieber Wolfgang Schäuble, ist die Politik, sind in der Politik Handelnde, sind publizistische Begleiter gnadenlos umgegangen. Was Ihnen widerfahren ist, ist ungerecht. Auch dies möchte ich heute deutlich feststellen.

(Beifall)

Deshalb sage ich im Namen des Parteitag: Respekt für Ihre Entscheidung, Dank für Ihre Arbeit, aber auch die Bitte, diese Arbeit an anderer Stelle fortzusetzen. Die Partei dankt Ihnen. Wir sagen aber auch: Die Ära Wolfgang Schäuble ist in der Union nicht zu Ende.

(Beifall)

Dank, lieber Wolfgang Schäuble, verlangt nach einem äußeren Zeichen der Anerkennung in Form eines Geschenkes. Wir haben nachgedacht, wie wir denn ein Geschenk finden können, dass die Notwendigkeit weiterer Präsenz dokumentiert. Um in den heutigen Tagen präsent zu sein, muss man online sein, das möglichst überall. Es gibt daher kein Bild und auch kein Buch. Wir möchten Ihnen vielmehr einen Laptop schenken.

(Beifall)

Damit die Menschen Sie im Internet auch finden, haben wir schon einmal damit begonnen, den Speicher des Gerätes mit Leben zu erfüllen. Herzlich willkommen auf der Homepage von Wolfgang Schäuble: www.wolfgangschaeuble.de

(Beifall)

Ich bin sicher, dass sich schon viele Zeitgenossen auf Ihren Auftritt im Netz freuen. Die ersten Grüße sind – ganz zufällig – schon eingetroffen, nämlich von Mark Wössner, Professor Dr. Richard Schröder und Bischof Karl Lehmann, wie Sie sehen können. Eines darf auf der Homepage von Wolfgang Schäuble nicht fehlen, nämlich ein kleiner Rückblick auf das vergangene Wahljahr 1999. Dies zeigt, wie erfolgreich die CDU unter dem Vorsitz von Wolfgang Schäuble war. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam in den kommenden Monaten und Jahren wieder so schöne Bilder wie in der Vergangenheit sehen können, Bilder, die Wolfgang Schäuble mit seiner Arbeit ermöglicht hat. Deshalb schließe ich und sage: Danke, Wolfgang Schäuble!

(Anhaltender Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Ihnen, Peter Müller, herzlichen Dank. Sie haben mit dem, was Sie gesagt haben, die Stimmung und die Seele des Parteitags getroffen. – Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN

Es liegen jetzt schon eine Anzahl von Wortmeldungen vor. Ich erteile als erstem Carsten Schwarz, Bundesvorsitzender des RCDS, das Wort.

Carsten Schwarz: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble! In Ihren Tagungstaschen finden Sie die RCDS-Zeitung „Civis mit Sonde“. Diese trägt den schönen Titel: „Die CDU nach dem Boxenstopp – Europas große Volkspartei geht neu ins Rennen“. Passender könnte man die heutige Situation nicht beschreiben. Nach vielen gewonnenen Landtagswahlen, in voller Fahrt sozusagen, hat die CDU einen Unfall erlebt wie noch nie zuvor in ihrer Geschichte. Ich möchte nichts zu den Vorgängen der letzten Monate sagen. Ich möchte nur eine klare Forderung aufstellen: Nach dem heutigen Parteitag muß die CDU wieder neu ins Rennen gehen!

(Vereinzelter Beifall)

Beim heutigen Boxenstopp wird nicht zuletzt auch der Fahrer ausgewechselt. Ich möchte mich dem Dank an Wolfgang Schäuble anschließen und diesen auch mit der Forderung verbinden, dass er weiter für die CDU da ist und ihr weiter als programmatischer Kopf zur Verfügung steht.

(Beifall)

Nach den heutigen Personalentscheidungen muss wieder an die normale Arbeit gegangen werden. Wir müssen nicht nur wieder in die normale Arbeit in den Kommunen, in den Landtagen und im Bundestag, sondern auch innerhalb der Partei in die programmatische Arbeit einsteigen. Der RCDS wird die CDU bei diesem Prozess begleiten.

Die Aufgaben und Probleme, vor denen die Politik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten steht, sind klar. Sie wurden auch schon formuliert. Es stellt sich zum Beispiel die Frage nach der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und nach der Zukunft unseres Sozialsystems. Es stellt sich nicht zuletzt die Frage, wie wir die Herausforderungen der Informationstechnologie und der Globalisierung angehen werden. Gerade die Kombination der beiden letzten Themen, Informationstechnologie und Globalisierung, stellt unsere Wirtschaft vor eine große Herausforderung. Ein Slogan wie „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ oder – die Presse hat diesen Slogan so verkürzt – „Kinder statt Inder“ – greift hier zu kurz. In den nächsten Jahren wird unsere Wirtschaft ohne den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland nicht klarkommen können. Die Gefahr besteht darin, dass die Unternehmen dann, wenn die Fachkräfte nicht zu ihnen kommen, zu den Arbeitskräften hingehen.

Schauen Sie sich die Entwicklung der letzten Jahre an: Aus einer guten Idee entsteht eine Firma. Diese geht kurze Zeit später an die Börse und besorgt sich dort Kapital in Millionenhöhe. Firmen mit einem Marktwert von mehreren Millionen DM bestehen oft nur aus einer guten Idee, ein paar klugen Köpfen und paar Computern. Damit sind sie auch viel mobiler als Unter-

nehmen aus der alten Zeit. Sie können sehr schnell ihre Zelte bei uns abbauen und im Ausland wieder aufbauen. Diese Entwicklung gilt es zu verhindern. Ohne Fachkräfte aus dem Ausland werden wir wieder zum Exportweltmeister, aber diesmal leider zum Exportweltmeister von Arbeitsplätzen.

Hinwegtäuschen darf die Debatte über die Green Card allerdings nicht über die Fehler, die in der Vergangenheit begangen worden sind. Wie konnte es dazu kommen, dass von 16 000 Bewerbern um einen Informatikstudienplatz an einer Fachhochschule nur jeder Vierte genommen wird? Wie konnte es dazu kommen, dass die durchschnittliche Studienzeit für das Fach Informatik viele Semester über der Regelstudienzeit liegt? Wie ist es generell zu der Technologiefreundlichkeit unserer Gesellschaft gekommen? Nicht zuletzt müssen wir auch die Frage stellen, warum Schröder als Ministerpräsident einen ganzen Informatikstudiengang an einer Hochschule in Niedersachsen schließen ließ. Das ist keine zukunftsweisende Politik.

(Vereinzelter Beifall)

Jetzt bekommen wir alle die Versäumnisse der letzten Jahre zu spüren. Jetzt bekommen wir nämlich zu spüren, dass der Bildung nicht die nötige Priorität eingeräumt wurde. Bezüglich dieser Priorität unterstützt der RCDS die Kampagne der nordrhein-westfälischen CDU. Ein Blick in das Wahlprogramm verrät jedem sehr schnell, dass erkannt wurde, in welchem Bereich die Priorität zu setzen ist.

Auch die Bundes-CDU hat den Zeitenwechsel erkannt. Auch sie hat erkannt, dass die Priorität auf den Bildungsbereich gelegt werden muss. Ich bin deshalb sehr froh, dass wir auf diesem Parteitag das Bildungsprogramm nur im Rahmen einer ersten Lesung behandeln, um uns später auf einem kleinen Parteitag genug Zeit zu lassen, dieses Programm zu bearbeiten.

Ein wenig stolz bin ich darauf, dass der RCDS Ihnen schon heute sein Bildungsprogramm vorlegen kann. In diesem Programm betrachten wir die Bildung nicht nur als Suche nach Lösung einzelner Probleme, sondern als einen größeren Komplex. Wir betrachten die Bildung ganzheitlich, angefangen vom Kindergarten bis hin zur Erwachsenen- und Weiterbildung, von der Wiege bis zur Bahre sozusagen.

Ich möchte zum Schluss noch einmal das Bild vom Anfang meiner Rede aufgreifen und zum Rennsport zurückkehren: Schröder hat uns im Moment zwar überrundet, aber deswegen müssen wir keine Angst haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir vor Schröder ins Ziel kommen werden, dass wir also 2002 die Bundestagswahl gewinnen werden, ganz einfach deshalb, weil wir den besseren Wagen fahren.

(Beifall)

Jürgen Zander: Danke, Carsten Schwarz. – Als nächster spricht Herr Staatsminister Tillich. Ich möchte Ihnen im Namen aller herzlich zu Ihrem heutigen Geburtstag gratulieren. Sie werden 41 Jahre jung. Herzlichen Glückwunsch! – Sie haben das Wort.

Stanislaw Tillich: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Erinnern wir uns 10 Jahre zurück: 1990 hatten wir die ersten freien Wahlen in Ostdeutschland. Damals wurden Wetten abgeschlossen: Wie hoch wird die SPD die Wahlen im Osten Deutschlands gewinnen?

Doch es gab damals die „Allianz für Deutschland“. Während Oskar Lafontaine noch darüber nachsann, wie teuer die Wiedervereinigung wird, hat die Allianz für Deutschland die Wahlen gewonnen, und wir haben die Wiedervereinigung gemacht.

Wir sind eine große Volkspartei. Wir sind aber auch eine große mehrheitsfähige starke konservative Partei in Europa. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten wünschten sich für die CDU nichts sehnlicher als ein Schicksal, wie es die Christdemokraten in Italien erfahren haben oder wie sich die Situation der konservativen Kräfte in Frankreich darstellt.

Die Sozialdemokraten selbst scheuen sich nicht, bei eigener Schwäche mit den Kommunisten zusammenzugehen. Wir sehen das in Italien, in Frankreich, in Sachsen-Anhalt oder in Mecklenburg-Vorpommern.

Jetzt sind wir scheinbar der Kindergarten der Sozialdemokratie. Haben wir eigene Auffassungen von Politik in Europa, bei der Rente oder bei der Familie, dann spricht Herr Müntefering mittlerweile schon von „Haiderisierung“ der CDU-Politik. Lassen wir uns das nicht gefallen, liebe Parteifreunde!

(Beifall)

Der Bürger, der Wähler möchte Führung; er will Antworten auf seine Probleme. Die Hessen haben uns das im letzten Jahr vorgemacht, und sie sind dabei, es uns das zweite Mal vorzumachen. Aufgrund von Konsequenz und Geschlossenheit haben sie vor kurzer Zeit einjähriges Regierungsjubiläum gefeiert.

(Vereinzelt Beifall)

Was die CDU in Hessen gezeigt hat, das braucht die CDU auch in Deutschland: Geschlossenheit.

(Vereinzelt Beifall)

Angela Merkel ist kein kleines Mädchen. Angela Merkel war unsere Generalsekretärin - sie ist es noch heute, bis jetzt; dann wird sie hoffentlich unsere Parteivorsitzende. Sie hat als Generalsekretärin erfolgreich Wahlkämpfe gemanagt, sie hat die Partei inhaltlich nach vorne geführt, und sie war eine gute Krisenmanagerin.

(Beifall)

Lassen Sie uns, liebe Parteifreunde, einen Neuanfang machen. Totgeglaubte leben länger. Deutschland braucht die CDU, Europa braucht die CDU, die Menschen in Deutschland brauchen die CDU. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Herr Tillich, herzlichen Dank. – Jetzt spricht zu uns Hildegard Müller.

Hildegard Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir stehen heute an einem Wendepunkt: Die CDU ging in den letzten Monaten durch die schwerste Krise seit ihrer Gründung: „CDU-Spendenaffäre“, „CDU in der Krise“, „CDU vor der Spaltung“ – so titelten viele Zeitungen und Magazine.

Damals, als alles ans Licht kam, war das Entsetzen groß. Mir ging es so wie den meisten hier im Saal, wie den meisten der Mitglieder: „Das kann nicht wahr sein!“, war die erste Reaktion. Aus der anfänglichen Ungläubigkeit wurde zunehmend Enttäuschung.

Fakt ist: Es gab neben dem offiziellen Rechenwerk der Partei ein System von Konten und Zahlungsabwicklungen. Über dieses System wurde an innerparteilichen Gremien vorbei Geld transferiert. Das war ein eindeutiger Verstoß gegen das Parteiengesetz. Bargeldübergaben in Aktenkoffern verstärkten in der Öffentlichkeit den Eindruck dubioser Machenschaften.

Was dann geschah, war eine für die Glaubwürdigkeit unserer Partei extrem belastende Situation: täglich neue Meldungen über Geldsummen, die nicht offiziell angegeben wurden. Plötzlich wurde jeder, der sich bei uns engagiert, in die Ecke finsterner Machenschaften gerückt. Die CDU wurde öffentlich in Sippenhaft genommen für Verfehlungen, die Einzelne begangen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Die CDU-Führung versprach Aufklärung, und das war und bleibt richtig. Von der Affäre getrieben sind nun diejenigen, die sie aufklären wollen. Sie befinden sich in einem Spagat zwischen Bewahrung des positiven Teils der Parteigeschichte und der Aufklärung der Fehler. Die letzten Monate waren keine gute Zeit für uns. Sie war geprägt von schmerzhaften Auseinandersetzungen sowohl mit unserer Vergangenheit als auch mit den handelnden Personen. Es gab herbe Enttäuschungen. Jahrzehntelange Freundschaften haben tiefe Wunden bekommen, und so mancher hat an sich und seiner Arbeit in der CDU persönliche Zweifel bekommen – Zweifel, die nach jahrzehntelanger Arbeit und leidenschaftlichem Engagement schwer ins Gewicht fallen.

Hätten wir mehr Acht geben müssen? Hätten wir mehr fragen müssen? - Das sind Fragen, die quälen und die jede Art von Häme und Besserwisseri verbieten. Dies zu fragen fällt schwer, aber es ist notwendig. Ich habe Respekt vor jedem, der auf sein Lebenswerk zurückschaut und sich diesen bohrenden Zweifeln stellt.

Die Aufdeckung des Schattensystems der Partei legte auch erschreckende strukturelle Defizite frei. Es hat nicht nur einen Verstoß gegen das Gesetz gegeben, auch die innerparteiliche Demokratie wurde verletzt. Einen hat es dabei besonders hart getroffen, einen, der die Krise nicht zu verantworten hat, der sie vielmehr bewältigen wollte. In diesen Tagen sind die Aufklärer zu Verdächtigen geworden. Meine Damen und Herren, es gibt Leute, die von einer „Episode Schäuble“ sprechen. Ich sage: Wir danken Ihnen für eine Ära, in der Sie die CDU geprägt, vorangetrieben und zum Erfolg geführt haben.

(Beifall)

Klug, sachlich und mit einem hohen Maß an parlamentarischer Leidenschaft haben Sie seit langem unsere Partei und unser Land mit geprägt und vorangetrieben. Lieber Wolfgang Schäuble, Ihnen gehören der Dank und der Respekt der Jungen Union Deutschlands.

(Beifall)

Jetzt steht die CDU unmittelbar vor einem Neubeginn. Wir müssen ihn als Chance begreifen und nutzen. Jetzt ist die Zeit für einen Aufbruch zu neuen Ufern. Die Entscheidung, wer an der

Spitze der Partei steht, ist wichtig – keine Frage. Echte Erneuerung ist aber die Aufgabe von allen Mitwirkenden. Es geht um jeden Einzelnen von uns. Kein Wolfgang Schäuble, keine Angela Merkel, niemand kann diese Aufgabe alleine lösen. Wer glaubt, dass mit der Auswechslung von Gesichtern das Soll erfüllt ist, geht fehl; denn die Arbeit geht erst richtig los, und der Aufbruch darf nicht an der Spitze hängen bleiben.

Von Essen muss ein Signal zur Erneuerung ausgehen: inhaltlich, strukturell und personell. Nur wenn alle drei Komponenten umgesetzt werden, wird der Neubeginn gelingen.

Die Öffnung der Partei zu Diskussionen intern, mit Fachleuten und mit kompetenten Bürgern muss auf allen Ebenen als Bereicherung empfunden werden. Wer bei uns mitmachen will, muss auch mitmachen können. Der Veränderungsdruck ist so groß wie nie zuvor.

Mit einem glaubwürdigen Angebot an Werten und Lösungsansätzen hat die Union die Chance, eine faszinierende Gestaltungsvision zu entwickeln, eine Vision, die zum gesellschaftlichen Engagement einlädt. Wir müssen uns von lieb gewonnenen Ritualen und Verhaltensmustern verabschieden, wenn wir unsere Botschaft zeitgemäß übermitteln wollen.

Vor wenigen Wochen, als die Partei mitten in der Krise war, kamen viele, die meinten, jetzt müsse sich die Junge Union profilieren, jetzt müsse sie dafür sorgen, dass Köpfe rollen, jetzt hätten wir die Chance draufzuhauen. Liebe Freunde, das haben wir nicht gemacht. Natürlich hätten wir dicke Schlagzeilen machen können und hätten mit einer Rücktrittsforderung jeden dritten Tag in der Zeitung stehen können. Aber ich sage all denen, die meinen, dass das besonders mutig oder jugendlich sei: Wer nichts anderes als schnelle Schlagzeilen im Kopf hat, der ist bei uns fehl am Platze. Wir geben uns nicht für billige Effekthascherei her.

(Beifall)

Die Ziele und Grundlagen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sind mehr wert als eine billige Headline. Wir haben eine Geschichte, auf die wir stolz sein können. Die Geschichte der Union muss auch nicht umgeschrieben werden. Westintegration, Soziale Marktwirtschaft, deutsche Einheit – hätte es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Christdemokraten nicht gegeben, wo stünden wir heute?

Aber jetzt ist es auch nicht an der Zeit, sich wegzuducken. Es ist nicht die Zeit, den Kopf in den Sand zu stecken. Jetzt heißt es Flagge zeigen, den Aufbruch wagen und Vertrauen zurückgewinnen.

Ich bin erst seit 14 Jahren in der CDU; viele von Ihnen sind viel länger dabei.

Sie lebt in vielen hunderttausenden Mitgliedern, die für ihre Überzeugung auf die Straßen und Plätze gehen.

Meine Damen und Herren, nach langer Zeit, in der es anders war, müssen wir die Partei an die Mitglieder zurückgeben. Ich will uns Mut zu einer wirklichen Erneuerung machen. In diesen zwei Tagen haben wir die Chance, ein Zeichen zu setzen. Gemeinsam mit Ihnen will die junge Generation in der CDU einen Aufbruch wagen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir – bis in die Gesellschaft hinein – Impulse setzen.

Es geht darum, die Seele dieser Partei zu bewahren, sie zu festigen und für die Zukunft stark zu machen. Diese Stärkung erreichen wir nicht allein, indem wir ein paar Köpfe austauschen. Wir erreichen sie, indem wir den Mut zur inhaltlichen Auseinandersetzung aufbringen, indem wir den Mut aufbringen, Neues zu wagen und eingefahrene Rituale zu beseitigen. Die Schnelllebigkeit der gesellschaftlichen Prozesse verunsichert die Menschen in unserem Land. Wir als CDU müssen Perspektiven aufzeigen und durch einen Gesellschaftsvertrag Berechenbarkeit für die Zukunft bieten. Daran müssen wir heran.

Die Schröder-Regierung bekommt das nicht in den Griff. Deshalb müssen wir uns aufrappeln. Es gibt für Christdemokraten in diesem Land eine Aufgabe. Diese Aufgabe heißt, für die Menschen in unserem Land zu sorgen. Wir dürfen die Zukunft der kommenden Generationen nicht den Schröders, Münteferings oder Gysis überlassen.

(Beifall)

Lassen Sie uns unaufhörlich weiterdenken. Es geht um die Chancen und die Zukunft der Menschen in unserem Land. Gemeinsam mit ihnen will die Junge Union die christdemokratische Idee zur faszinierendsten Gestaltungskraft im neuen Jahrtausend entwickeln. Machen Sie mit! Helfen Sie uns! Seien Sie versichert: Die junge Generation steht an der Seite der CDU, auch wenn wir sie manchmal in dieselbe zwicken müssen. Aber heute haben wir es in der Hand. Lassen Sie uns mutig die entscheidenden Schritte tun. Lassen Sie uns mit Angela Merkel eine Vorsitzende wählen, die das Vertrauen der Mitgliedschaft hat.

(Vereinzelt Beifall)

Aber eines ist mir auch wichtig: Lassen Sie uns auch dann zusammenstehen, wenn die Veränderung unbequem wird. Erneuerung ist keine Hexerei. Die Botschaft von Essen muss lauten: Wir sind immer noch da; wir bleiben da und wir werden wieder stark. Dann kann sich Herr Schröder 2002 warm anziehen. Wenn er glaubt, dass er uns am Boden hat, dann irrt er. Denn eines ist klar: Phönix kam aus der Asche und nicht aus dem Kaschmirmantel. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Hildegard Müller, vielen Dank. Sie haben gezeigt, dass Sie nicht nur an der Seite der CDU, sondern auch in ihr stehen. Das ist gut so. – Als Nächster spricht zu uns Herr Dr. Harald Noack und anschließend Herr Dr. Friedbert Pflüger.

Dr. Harald Noack: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich erlaube mir, vom Rednerpult zu sprechen; dies als kleiner Hinweis darauf, dass ich das Mandat aller Delegierten als gleichgewichtig ansehe und die Erhöhung des Podiums nur aus optischen Gründen und nicht aus Gründen des Ranges erfolgt ist.

Dies ist nämlich ein Parteitag der Basis. Es muss ein Parteitag der Basis werden. Bis zum Wortbeitrag von Frau Müller hatte ich Bedenken, ob ich auf der richtigen Veranstaltung bin. Es ist doch nicht so, als ob wir so tun könnten, dass Kontinuität bestehe und nichts verändert werden müsse, als ob wir keine neuen Strukturen bräuchten. Wir sind doch schon fast wieder dabei, die alten Rituale aufzuwärmen. So geht es nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall)

Die Basis will, dass dies ihr Parteitag ist. Die Basis ist sich darüber im Klaren, dass wir eine neue Programmdiskussion eigentlich erst an dritter Stelle brauchen. Wir haben über die programmatischen Grundlagen unserer Partei in den letzten zwei, drei Jahren gerungen. Wir haben die Erfurter Leitsätze verabschiedet. Wolfgang Schäuble hat heute noch einmal die Basis, das Postament, unserer Vorschläge und politischen Ideen zusammengestellt.

Es geht nicht darum, die Diskussion in der Partei wie eine neue Programmdiskussion zu führen. Die Frage lautet: Wie können wir unsere Strukturen unter Berücksichtigung dessen, was in den letzten vier Monaten über uns hereingebrochen ist, verändern? Wie können wir erzielen, dass – erstens – so etwas in Zukunft nicht mehr passiert und – zweitens – die Basis wieder stärker an der Verantwortung in der Partei beteiligt wird. Das ist die Frage, der wir uns stellen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin der Auffassung: Die Basis hat Verantwortung delegiert und sie muss Verantwortung einfordern. Das bedeutet: Die Basis erwartet – ich spreche hier als Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Göttingen –, dass all diejenigen, die in den letzten Jahren für das miserable Finanzgebaren auf Bundesebene und in manchen Verbänden Verantwortung getragen haben, hierfür zur Rechenschaft gezogen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir erwarten, dass das ohne Ansehen der Person und in Verantwortung mit der Basis geschieht. Den finanziellen Schaden müssen diese Personen, soweit es geht, wieder gut-machen. Den politischen Schaden können sie ohnedies nicht wieder ausgleichen.

Dies erreicht man nicht durch Delegation auf den Bundesvorstand. Dies muss vielmehr in enger Abstimmung mit uns, den Delegierten, und den Parteigliederungen vor Ort erfolgen. Nur so sind wir in der Lage, in der Partei Befriedung zu schaffen. Die Partei erwartet das auch von uns. Die Partei erwartet ebenfalls, dass die Basis über die Zusammensetzung des Vorstandes – gegebenenfalls auch über die Kooptierung von Personen – mit entscheidet. Wir haben doch mit diesen Entscheidungen gute Erfahrungen gemacht. Sie alle haben an den Regionalkonferenzen, die durchgeführt worden sind, teilgenommen. Da haben Sie gespürt, wie sich in der Basis der Wille manifestiert. Angela Merkel wird von diesem Willen der Basis getragen. Die an der Basis getroffene Entscheidung ist offensichtlich keine schlechte.

Vor Ort sind wir stark. Vor Ort arbeiten 640 000 Mitglieder in den kommunalen Räten, in den Parlamenten, in den entsprechenden Organisationen, Vereinigungen und Verbänden. Dieses Kapital müssen wir in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren stärker nutzen. Wir müssen weg von dem hierarchischen System der Vergangenheit, das Friedbert Pflüger als das System Kohl beschrieben hat. Wir müssen wieder dazu kommen, dass die Basis, die Parteimitglieder, in die Willensbildung eingebunden wird. Dann ist sie durchaus bereit, den entstandenen finanziellen Schaden mitzutragen. Wenn wir eine Synthese zwischen der Basis und unseren wirklich guten Kräften im Vorstand schaffen, dann werden wir unschlagbar sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Sozialismus – darüber sind wir uns alle einig – hat nach 40 Jahren Feldversuch abgewirtschaftet. Der weichgespülte Sozialdemokratismus,

den wir vorfinden, führt zum Kanzler der Beliebigkeit. Wir sollten innerhalb unserer Partei nicht über Programme streiten, sondern über neue Strukturen. In diesem Sinne muss dieser Parteitag ein neues Aufbruchsignal geben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Noack. – Es spricht jetzt Herr Dr. Pflüger und danach Herr Niedergesäß.

Dr. Friedbert Pflüger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Lieber Herr Martens! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass es nach den vergangenen quälenden Wochen wieder Freude macht, an einem Parteitag teilzunehmen. Ich glaube, dass die Stimmung gut ist und dass wir hier auf diesem Parteitag mit Frau Merkel, Herrn Merz und anderen ein kraftvolles Signal für einen Neubeginn der CDU Deutschlands leisten werden. Das ist gut so; das braucht unser Land.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben jede Chance, aus dem historischen Tief herauszukommen. Angela Merkel liegt im direkten Vergleich zu Schröder schon einen Punkt in Führung. Das macht Hoffnung und gibt all den denen Kraft, die in den letzten Wochen und Monaten bei uns viel auszuhalten hatten.

Aber ich glaube auch, dass diejenigen Recht haben, die sagen: Wir sind noch nicht über den Berg und sollten uns jetzt nicht schönreden. Wir haben unsere Stammwähler gehalten. Das ist gut; dafür sind wir dankbar. Aber wenn wir wieder dahin wollen, wo wir im Oktober letzten Jahres unter Wolfgang Schäuble waren, und zwar bei einer Zustimmung in der Bevölkerung von 45 Prozent und mehr, dann müssen wir auch die kritischen Wechselwähler ansprechen. Wenn wir wieder in Deutschland regieren wollen, dann müssen wir mehr tun, als den Beifall in den eigenen Reihen hervorzukitzeln. Ich glaube, dann ist es auch notwendig, aufzuarbeiten. Zu jedem Neuanfang gehört auch die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Klärung des Verhältnisses zu Helmut Kohl, zu dem Mann, der unsere Partei über 25 Jahre mehr als jeder andere geprägt hat, der zu unserer Identität gehört.

(Vereinzelt Beifall)

Helmut Kohl hat unendlich viel für dieses Land getan. Er hat die deutsche Einheit und die europäische Einigung zusammengebracht. Wir sind das erste Mal in unserer Geschichte nur von Freunden und Partnern umgeben.

Darauf dürfen wir auch in Zukunft stolz sein. Das bleibt für uns als Union eine Leitschnur. An dieser Leitschnur werden wir alle in den nächsten Jahren immer wieder erinnern, vor allen Dingen den Bundeskanzler, Gerhard Schröder.

(Vereinzelter Beifall)

Was sich Herr Schröder in der „Bild“-Zeitung von heute leistet, ist ein unglaublicher Skandal. Er rückt Friedrich Merz in die Nähe von Haider – nur, weil er gegen die Sanktionen der EU gegen Österreich ist. Meine Damen und Herren, wer Gaddafi trifft und umarmt, wer Castro bei der Expo 2000 in Hannover den roten Teppich ausrollen will, wer gleichzeitig Herrn Klestil und

Herrn Schüssel nicht wirklich wahrnehmen will, sondern mit der Kneifzange anfasst, der verspielt Europa, der verspielt die Freundschaft zwischen den Völkern unseres Kontinentes.

(Beifall)

Wir haben nichts mit Haider zu tun. Die Sanktionen gegen Österreich aber nutzen Haider und schaden Europa. Das ist die Lage, das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Zu dem Bild von Helmut Kohl gehört aber auch ein Blick auf die innerparteilichen Machtstrukturen. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir nicht zu oft Loyalität mit Gehorsam verwechselt haben. Liefern die Meinungsbildungsprozesse nicht viel zu oft von oben nach unten? Bestand nicht unsere Hauptfunktion als Delegierte oft darin, minutenlang zu klatschen und gute Stimmung zu verbreiten, nicht aber darin, zu diskutieren?

Damit kein Missverständnis aufkommt: Politische Führung ist notwendig. Geschlossenheit, Solidarität und Disziplin sind notwendig. Das ist erforderlich. Bevor aber diese Disziplin eingefordert wird, muss es erst innerparteiliche Demokratie geben, müssen sich erst die Delegierten, die Abgeordneten, alle einzelnen Mitglieder ernst genommen fühlen mit ihren Meinungen und Erfahrungen. Ich finde, das hat in der letzten Zeit nicht immer so gut geklappt, wie wir es uns vorstellen und wie es notwendig ist, wenn wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen wollen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein System Kohl hat es gegeben. Es wird auch immer wieder Systeme von Führungen geben. Jeder braucht Gefolgschaft, jeder braucht Unterstützung. Die Frage ist, ob das System am Schluss zu mächtig war, ob es zu lange gedauert hat, ob es noch kontrollierende Kräfte und Gegenmächte gegeben hat. Ich bin mir nicht so sicher, ob das funktioniert hat.

Ein System gibt es sicher auch in Nordrhein-Westfalen. Wir alle hoffen, Jürgen Rüttgers, dass das System in Nordrhein-Westfalen, das Neuber-, Rau- und Schleusser-System, in Kürze abgelöst wird und dass du, lieber Jürgen, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen wirst.

Damit der Aufbruch gelingt, müssen wir unsere Vergangenheit kennen und zu ihr stehen, müssen wir dafür sorgen, dass wir die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Fritz Niedergesäß aus Berlin.

Fritz Niedergesäß: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Wolfgang Schäuble, ich möchte mich zuerst bei Ihnen für die konstruktive Arbeit bedanken. Sie sind für mich der Architekt der deutschen Einheit, wenn Helmut Kohl der Baumeister ist. Sie haben mit Ihrem brillanten Kopf die Dinge geordnet und auf den Weg gebracht. Dass wir heute darüber reden können, dass wir überhaupt in diese großartige CDU und vor allen Dingen wieder in unser Deutschland eingebunden sind, haben wir in erster Linie Ihnen zu verdanken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir als CDU sagen, wir seien die große Freiheitspartei; dabei führen wir den Begriff der Freiheit im Munde. Ich muss aber anmerken, dass in den letzten 50 Jahren die CDU fast 40 Jahre regiert hat und dass die Paragraphen und die Bürokratie, die in dieser Zeit entstanden sind, nicht nur die anderen geschaffen haben, sondern dass wir als CDU wesentlich mit dazu beigetragen haben. Wenn wir uns heute darüber aufregen und darüber lamentieren, dass vieles nicht mehr funktioniert, dann sollten wir in Zukunft etwas intensiver darüber nachdenken – das ist meine Bitte –, wie wir als CDU dazu beitragen können, diese Bürokratie wieder etwas auszudünnen und die Freiheit, von der wir immer reden, in allen unseren Lebensbereichen wieder in Kraft gesetzt wird und die Menschen wieder kreativ werden können. Dann werden wir die Zukunft gestalten können.

Durch unsere letzte, von der CDU geführte Bundesregierung wurden einige richtige Schritte in Sachen Arbeitsmarkt getan. Es wird sehr viel davon gesprochen. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Schritte, die wir unternommen haben, nur drei oder vier Schritte von 30 oder 40 Schritten waren, die wir gehen müssen, um in diesem Bereich wirklich etwas zu leisten und den Menschen wieder die Hoffnung zu geben, dass wir nicht bei einer Arbeitslosenquote von 10 Prozent oder, im Osten, bei 15 oder 20 Prozent hängen bleiben. Wir müssen den Acker umpflügen.

Ich bin wirklich davon überzeugt, dass wir als CDU nicht von oben, in irgendwelchen abgeschirmten Gremien, diese Probleme werden lösen können, sondern dass wir so genannte Regionalkonferenzen – dies hat Frau Merkel angeführt – in Sachen Arbeitsmarktpolitik durchführen müssen. Ein paar Leute hinter verschlossenen Türen können gar nicht auf so viele gescheite Ideen kommen, wie wir brauchen, um in diesem Bereich etwas zu bewegen und letztendlich voranzukommen.

Schröder hat, bevor er gewählt wurde, großspurig behauptet, dass er die Arbeitslosenquote, wenn er an die Regierung kommt, wesentlich senken wolle. Dass das nicht funktioniert, sehen wir schon heute: In den zwei Jahren, in denen Rot-Grün regiert, ist so gut wie nichts passiert – Stillstand! Alle richtigen Dinge, die von unserer Regierung auf den Weg gebracht worden sind, wurden ausgehebelt. Das kann nur nach hinten losgehen.

Meine Damen und Herren, der Rechtsstaat ist für mich eine tolle Sache. Wenn der Rechtsstaat aber nur noch durch Rechtsanwälte zu begreifen ist und selbst von denen, wie wir in den letzten Monaten gesehen haben, auch nicht mehr so richtig, dann muss ich schlussfolgern, dass der Rechtsstaat, wenn er nicht mehr beherrschbar ist, den kleinen Mann irritiert und damit die Gefahr besteht, dass die Demokratie aus dem Ruder läuft. Es muss also endlich dazu beigetragen werden, dass es wieder Gesetze und Handlungsweisen gibt, die auch der kleine Mann auf der Straße begreift. Wir als CDU haben daran zu arbeiten, diese Menschen mit ihrer Kreativität wieder an uns heranzuführen und einzubinden.

Wir haben in der CDU eine Struktur – auch darüber muss man einmal reden dürfen –, die in erster Linie durch Rechtsanwälte geprägt wird. Mit der Wahl unserer Bundesvorsitzenden, so hoffe ich, werden wir eine Wissenschaftlerin auf den Thron heben. Ich bin fest davon überzeugt: Wenn wir die Parteiarbeit in Zukunft so gestalten, dass auch mehr Wissenschaftler und Ingenieure in die Politik eingreifen können, dann wird vieles besser werden. Also: Vorwärts mit den Wissenschaftlern und Ingenieuren innerhalb der CDU!

(Vereinzelter Beifall)

Ich glaube, dass der Slogan, den wir zur Europawahl aufgestellt hatten: Europa muss man richtig machen!, richtig ist. Dann aber dürfen wir nicht nur oberflächlich darüber plappern, sondern müssen dies auch tun. Wenn wir uns hinstellen und sagen, dass heute im Zuge der Globalisierung unsere Arbeitsmärkte überschwemmt werden und dass gerade die Ostdeutschen wegen der hohen Arbeitslosigkeit darunter zu leiden haben, dann hängt das doch gerade im Baubereich ursächlich damit zusammen, dass Arbeitskräfte hinzukommen, denen nicht 20 DM in der Stunde gezahlt werden, wie es sein müsste, sondern nur 3 DM, 4 DM oder 8 DM. Das halte ich ohnehin für eine große Sauerei; denn dadurch werden die Strukturen zerstört, wird die Zahl der Arbeitslosen künstlich hochgetrieben und laufen letztendlich wir Gefahr, eines Tages von unseren eigenen Leuten eins aufs Haupt zu kriegen. Wenn es nämlich heißt, dass ein großer Teil der Arbeit Knochenarbeit, also schwere Arbeit, nur noch von denen übernommen wird, die nicht in unseren Breitengraden zu Hause sind, dann wird man eines Tages sagen: Naja, die Deutschen sind sich zu fein für diese Knochenarbeit. Das lass mal lieber die anderen machen. – Das kann doch so nicht weitergehen. Wir müssen also endlich darüber nachdenken, wie die Schwarzarbeit in allen Bereichen zurückgedrängt werden kann. Das geht nicht, indem pauschal und oberflächlich etwas behauptet wird. Hier muss man Europa richtig machen.

Darüber, dass Tarife, die einmal abgeschlossen werden, eingehalten werden müssen, gibt es in unseren Reihen keinen Streit. Auch darüber, dass wir mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt brauchen, sind wir uns alle im Klaren. Die Firma, der ich seit 35 Jahren angehöre, ein ehemaliges Kombinat, hat schon vor fünf Jahren für Flexibilisierung gesorgt. Wir haben damals 300 Speicherstunden eingerichtet. Deshalb sind wir verklagt worden. Herr Wiesehügel hat uns in drei großen Verhandlungen versucht in die Knie zu zwingen. Wir haben alle drei Prozesse gewonnen und haben für 1 500 Leute die Arbeitsplätze erhalten. Heute können wir sagen: Wir sind eines der größten Straßenbauunternehmen in Deutschland. Das ist der Weg, meine Damen und Herren. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, hier auch ein paar unangenehme Dinge laut zu sagen.

Meine Damen und Herren, Frau Müller hat vorhin eine Frage gestellt, die ich ihr beantworten möchte: Wenn es die CDU Deutschlands nicht gegeben hätte, dann würde heute der T 34 am Rhein stehen und die deutsche Einheit nicht bis an die Oder reichen. Das ist doch wohl klar.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind. Die CDU wird aber über ihren eigenen Schatten springen müssen, und das wird so einfach nicht werden. Darüber, dass wir innerhalb unserer eigenen Reihen einige Arbeitsweisen verändern müssen, dürften wir uns wohl auch alle im Klaren sein. Aber das darf natürlich nicht mit oberflächlichem Harken abgehen; da werden wir wohl zwei Spatenstiche tief graben müssen, um den Acker anschließend wieder neu zu bestellen. Das ist richtig harte Arbeit, und da sollte den 640 000 Mitgliedern, die wir haben, der Schweiß richtig den Rücken hinunterlaufen. Dann werden wir im Kopf wohl wieder klar werden, und dann, so denke ich, können wir es in Zukunft packen.

Frau Merkel, zum Schluss möchte ich Sie noch einladen, wieder einmal in Ihren alten Arbeitsbereich zurückzukommen, und zwar nach Adlershof, dorthin, wo Ihre Kollegen heute noch

arbeiten. Wir haben inzwischen wieder 5000 Menschen, die in Adlershof arbeiten, und wir sind wohl der einzige Kreisverband in ganz Deutschland, der einen Ortsverband Wissenschaft hat. Der Ortsvorsitzende ist ein Professor, ein ehemaliger Kollege von Ihnen. Wenn Sie gewählt sind, erwartet er Sie in Adlershof, wenn Sie dort einmal zu einer Stippvisite aufkreuzen. Kommen Sie nach Adlershof! Da hat der Fortschritt schon begonnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Frau Veronika Bellmann.

Veronika Bellmann: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kürzlich habe ich einen Spruch gelesen, der mir sehr gut gefallen hat. Er hieß: Die Wahrheit ist mehr als die Wirklichkeit. – Die Wirklichkeit ist die CDU-Krise, die wir als Parteivolk nur durch die Medien mitbekommen haben. Die Wahrheit kennen wohl nur wenige Personen, mit Sicherheit Helmut Kohl. Ich möchte hier keine Wertung seiner historischen Leistungen oder auch seines gesetzwidrigen Verhaltens abgeben; da lagen wohl Segen und Fluch nahe beieinander. Aber bei einer ernsthaften Aufklärung müssen sich Personen um Kohl Nachfragen gefallen lassen. Schließlich haben sich nicht wenige in der Partei bis an die Grenze der Entmündigung Kohls eindrucksvoller Führungspersönlichkeit anvertraut. Ich wünsche uns gemeinsam – und sage das hier sehr drastisch –, dass wir diesen Opportunisten und heimlichen Diktatoren tatsächlich den Garaus machen können. Heute brauchen wir keine Opportunisten, sondern kreative, standhafte und unabhängige Leute, die Politik nicht nur zum Selbstzweck machen.

Innerparteilich brauchen wir eine konstruktive Streitkultur. Da können auch ruhig einmal die Fetzen fliegen. Wir müssen auf jeden Fall die Basis mehr beteiligen. Da sind Befragungen zu politischen Themen genauso wichtig wie solche zum Führungspersonal. Die Parteireform darf sich nicht nur hinsichtlich der Finanzen abspielen.

Mehr Leute an politischen Entscheidungen zu beteiligen, das heißt, dass wir uns konsequent gegen Ämterhäufung wenden, dass wir Mandatsbesitz auf eine bestimmte Zeit einschränken; denn alles andere konzentriert Informationsflüsse, und die wiederum konzentrieren die Macht. Wohin das führt, haben wir jetzt ja wohl gemerkt.

Verteilung von politischer Macht und von Funktionen auf mehr Personen erfordert sicher sehr mühselige Abstimmungsprozesse, aber das ist eben Demokratie, und Demokratie ist eben anstrengend. Wenn ich mir diese oder jene Lebensläufe anschau, finde ich es manchmal bedenklich, wie viele Funktionen manche Leute auf sich vereinigen. Auch in der JU gibt es schon jede Menge Multifunktionäre. Wer zu viele Funktionen hat, kann letztendlich keine richtig ausfüllen. Die eigentliche Politik machen dann die Hintermänner, und das sind mitunter eben auch die Terlindens, Weyrauchs und Leisler Kieps. Der Wert eines Politikers bestimmt sich nicht nach der Anzahl seiner Funktionen, sondern nach den Ergebnissen seiner Arbeit. Teilhaben lassen heißt für mich auch ganz praktisch, dass bei Vorstandsämtern die Leute, die kraft Amtes sowieso schon kooptiert sind, sich nicht unbedingt noch extra wählen lassen; sie lassen den Platz besser frei für andere.

Breite Streuung politischer Verantwortung ist aber auch gut gegen Politik- und Parteienverdrossenheit. Kungelrunden und Hinterzimmerpolitik gehören zu den Ritualen, die so langsam

der Vergangenheit angehören sollten. Offener und ehrlicher Umgang mit den Bürgern und untereinander ist das Gebot der Stunde. Das ist der Maßstab der Politik gegenüber den Bürgern.

Angela Merkel macht es uns eigentlich vor: Bescheiden, ruhig, entschlossen, überzeugend wirkt sie glaubwürdig. Sie verunsichert damit diejenigen in unserer Mediengesellschaft, die nur als Model in Lifestyle-Magazinen oder als Schauspieler in Seifenopfern denken bestehen zu müssen. Der Effekt in beiden Fällen: Es sinken die Quoten.

Umfrageergebnisse für Angela Merkel zeigen, dass sich die Bürger nicht von medialem Blendwerk verunsichern lassen. Wir haben große Hoffnung, dass dieser neue Politikstil bis in die letzte Niederung herabreicht. Aus der Krise heraus ergibt sich eine Chance für den Neuanfang. Letztendlich haben wir es dadurch geschafft, endlich den notwendigen Schritt zu machen und mit neuen Leuten neu anzufangen – in einer Welt, in der sowieso nichts mehr nach den alten Mustern abläuft, in der „konservativ“ nicht mit dem Konservieren des Status quo zu verwechseln ist, sondern Mut zur Veränderung bedeutet.

Nur eines bleibt beim Alten: Auch die neue Welt braucht Orientierungsmaßstäbe, die selbst dann Geltung haben, wenn sie nicht Buchstabe für Buchstabe in Gesetzen stehen. Sie spiegeln sich in unseren politischen Aussagen genauso wider wie im Verhalten untereinander. Wir werden verlorene Kompetenzen wiedergewinnen, wir müssen sie wiedergewinnen. Das wird ein harter politischer Kampf, den die CDU nur gemeinsam führen kann. Teamfähigkeit ist gefragt. Da ist weder Platz für übertriebene Anpassung noch Platz für überzogene Profilierung Einzelner. Denn die Wahrheit lässt sich nicht auf Ewigkeit verdrängen. Sie ist mehr als die Wirklichkeit. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Erwin Teufel.

Erwin Teufel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die CDU hat die schwierigsten Wochen und Monate ihrer bewegten Geschichte erlebt. Wir sind noch nicht über den Berg, aber wir kommen langsam heraus aus dem Tal. Dieser Parteitag wird zeigen, dass es mit der CDU wieder aufwärts geht.

Als Landesvorsitzender der CDU von Baden-Württemberg möchte ich zuerst ein herzliches Wort des Dankes an unseren Vorsitzenden und Freund Wolfgang Schäuble richten. Er hat als Chef des Bundeskanzleramtes, als Bundesinnenminister, in der Phase der Wiedervereinigung Deutschlands, als Vorsitzender unserer gemeinsamen Bundestagsfraktion für unser Land und für unsere Partei Herausragendes geleistet. Als er 1998 zum Bundesvorsitzenden der CDU gewählt wurde, sagte er, die CDU werde alle Wahlen des Jahres 1999 gewinnen. Kaum einer außer ihm hat es damals geglaubt, aber er hat Recht behalten. Nicht nur dafür verdient er unseren Respekt und unsere Anerkennung. Wir brauchen dich, lieber Wolfgang Schäuble, auch in Zukunft!

(Beifall)

In den vergangenen Monaten hat sich die CDU zwangsläufig hauptsächlich mit Problemen aus der Vergangenheit beschäftigt. Wir werden auch in Zukunft Wahlen gewinnen, wenn wir jetzt aufhören, uns mit uns selbst zu beschäftigen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns mit einer Regierung Schröder auseinandersetzen, die einen Fehler nach dem anderen macht, die ein Versprechen nach dem anderen bricht und die unser Land weit unter Niveau regiert.

(Beifall)

In den nächsten Monaten werden wir uns wieder mit Perspektiven beschäftigen und werden das tun, wofür wir gewählt sind, nämlich die Herausforderungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels begreifen und die Zukunft gestalten.

In den vergangenen Jahren haben wir in Deutschland hauptsächlich Risiken und Gefahren, die von den großen Veränderungen ausgehen können, gesehen. Jetzt müssen wir uns in Staat und Gesellschaft darauf konzentrieren, was wir tun müssen, damit aus diesen Veränderungen Chancen werden. Das Motto muss heißen: von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft.

Die derzeitige Bundesregierung gibt keine Antworten auf die großen Fragen von Gegenwart und Zukunft, sie gibt keine Antwort auf die Frage, wie mehr Generationengerechtigkeit erreicht werden kann, sie gibt keine Antwort auf die Frage, wie wir als alternde Gesellschaft unsere Kreativität erhalten, wie wir zu einer lernenden Gesellschaft werden können.

Sie hat kein Konzept, wie es in Europa weitergehen soll. Die Bundesregierung hat keine Antwort auf die Frage, wie wir vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Megafusionen den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und ihre Integrationsfähigkeit bewahren können und wie wir durch Bildung und Forschung neue Arbeitsplätze schaffen können. Das ist ein Armutzeugnis für eine Regierung, die sich Innovation und Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat. Dies ist aber auch eine Chance für die CDU. Die Regierung Schröder/Fischer darf nicht zu einer Ära werden, sondern sie muss eine Episode bleiben.

(Beifall)

Keine Regierung in Deutschland hat es jemals gewagt, ein Versprechen nach dem anderen zu brechen, wie das bei Rot-Grün der Fall ist. Maximal 6 Pfennig mehr für den Liter Benzin – so Schröder im Oktober 1998. Bis zum Jahr 2003 werden es 35 Pfennig mehr sein. Versprochen und gebrochen! Erhöhungen der Ökosteuer nur im europäischen Einvernehmen – so hieß es immer. Jetzt aber gibt es einen nationalen Alleingang. Versprochen und gebrochen! Der Anstieg der Renten bleibt nettolohnbezogen – so Schröder noch vor einem Jahr. Sechs Wochen danach: Inflationsausgleich – und jetzt nicht einmal mehr das. So lange gilt in Deutschland heute ein Kanzlerwort. Das ist beschämend für den Kanzler und seine Regierung.

(Beifall)

Es wurde eine Verdoppelung der Ausgaben für Bildung und Forschung in fünf Jahren versprochen. Schon im ersten Jahr – im Bundeshaushalt 2000 – gab es aber Kürzungen von 400 Millionen DM. Es wurde eine Ausbildungs Offensive, insbesondere im Bereich der modernen Berufe, versprochen. Jetzt kommt die Greencard, die nichts anderes ist als das Eingeständnis der eigenen Hilflosigkeit und auch des eigenen Versagens des Ministerpräsidenten Schröder, der eine Informatikfakultät in seinem Land Niedersachsen geschlossen hat, während wir neue Informatikfakultäten in den von der CDU regierten Länder aufbauen.

Meine Damen und Herren, keine Regierung hat die Menschen in Deutschland so systematisch getäuscht wie die von Herrn Schröder. Von diesen Leuten brauchen wir keine Belehrungen zum Thema Glaubwürdigkeit.

(Beifall)

Es geht auch anders. Ich habe auf der diesjährigen CeBit nicht zum ersten Mal erfahren, dass die IT-Unternehmen Fachkräftemangel haben. Ich habe davon vor drei oder vier Jahren auf der CeBit erfahren. Wir haben daraus Konsequenzen gezogen. Ich habe alle Abiturientinnen und Abiturienten in Baden-Württemberg dreimal persönlich angeschrieben und sie zum Studium in diesen Fachbereichen aufgerufen.

(Beifall)

Wir haben in den letzten drei Jahren in Baden-Württemberg die Studienanfängerplätze in den IT-Bereichen von 2 200 auf 4 600 mehr als verdoppelt. Wir haben die Ausbildungsplätze in diesem Bereich, also im dualen System, in Baden-Württemberg in drei Jahren versechsfacht. Wenn andere Länder, die von der SPD regiert werden, so gehandelt hätten, hätten wir keinen Fachkräftemangel in Deutschland, sondern unserer jungen Generation Chancen gegeben.

(Beifall)

Dies muss auch das Erste sein, für das wir verantwortlich sind: Zukunftschancen für die eigene junge Generation.

Gleiches gilt im Hinblick auf eine mittelstandsfeindliche Steuerreform. Meine Damen und Herren, ich habe nichts gegen eine nennenswerte Senkung des Körperschaftsteuersatzes, bin aber rundum dagegen, dass 90 Prozent der Personenunternehmen nicht gleichbehandelt werden. Wir werden einer Steuerreform im Bundesrat nicht zustimmen, wenn sie dem Mittelstand nicht die gleichen Chancen und Entlastungen wie den Großunternehmen gibt.

(Beifall)

Liebe Freunde, das heißt, die CDU muss sich als Motor der Neuorientierung, als die politische Kraft bewähren, die den Menschen Mut macht. Das müssen wir auf Bundesebene programmatisch aufzeigen. Wir müssen es aber vor allem konkret in den Ländern, Städten und Gemeinden, in denen wir Verantwortung tragen, aufzeigen. Dazu sind beide Seiten, die CDU und das Land, nur in der Lage, wenn wir uns vor allem auf unsere gemeinsamen Werte und Ziele besinnen. Politik ist dazu da, dass die Menschen in Zukunft bessere Chancen haben, dass jeder mehr aus seinem Leben machen kann, dass jeder seine eigenen Fähigkeiten, Talente und Möglichkeiten entwickeln kann. Niemand darf ausgegrenzt werden. Ich habe mich über diesen Satz von Wolfgang Schäuble vorhin ganz besonders gefreut: Jeder wird gebraucht. – Jeder kann einen Beitrag zum Gelingen des Ganzen leisten. Die neuere katholische Soziallehre bringt diese beiden Ziele auf den Begriff der Beteiligungsgerechtigkeit. Es kann in einem Gemeinwesen eben nicht nur um Verteilungsgerechtigkeit gehen, sondern es muss auch um Beteiligungsgerechtigkeit gehen.

(Beifall)

Diese Ziele erfordern eine andere Bildungspolitik und sie erfordern auch eine Weiterentwicklung der Sozialpolitik.

Wir brauchen mehr Initiative und Eigenverantwortung und mehr Wettbewerb auch in den Bereichen Soziales und Bildung. Den Sozialstaat neu denken heißt nicht, ihn preiszugeben und die Menschen der sozialen Kälte auszusetzen. Es heißt aber auch nicht, den real existierenden Sozialstaat in allen seinen Teilen zu tabuisieren.

Es waren CDU und CSU, die in den 50er- und 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts den Sozialstaat in der Bundesrepublik Deutschland gebaut und später ausgebaut haben. Jetzt muss der Sozialstaat besser, treffsicherer und gerechter werden. Er ist ungerecht, wenn er Hilfe verweigert, wo Menschen sie brauchen. Er ist aber auch ungerecht, wenn er jenen Hilfe gibt, die sie gar nicht brauchen. Bei der Modernisierung des Sozialstaates werden wir uns von zwei Maximen leiten lassen. Es bleibt die staatliche Aufgabe, den Menschen Sicherheit für den Fall zu geben, dass sie in Not geraten. Hinzu kommt die neue Aufgabe des Staates, die Menschen zu aktivieren und ihnen Mut zu machen, Risiken einzugehen und selbst etwas zu unternehmen. Wir brauchen also eine neue Balance zwischen Staat, Markt und aktiver Bürgergesellschaft. Wir Christlichen Demokraten waren nie staatsgläubige Etatisten, die alles Heil vom Staat erwarten. Wir Christlichen Demokraten werden keine marktgläubigen Neoliberalen, die alles Heil von der Wirtschaft erwarten. Familie, Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement sind und bleiben ganz unverzichtbar für ein gutes Leben und für eine gute Zukunft. Wir müssen den Staat wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Es wird zu viel in Berlin und Brüssel gemacht, was besser in den Ländern, in den Städten und in den Gemeinden gelöst werden könnte.

(Beifall)

Liebe Freunde, Subsidiarität war noch nie so notwendig wie heute.

Viele haben gefragt, ob sich die Koordinaten der CDU verändern. Ich antworte mit einem Dreisatz: veränderte Zeiten, alte Werte, neue Prioritäten. Die Zeiten ändern sich, wobei der Prozess der Veränderungen immer schneller vor sich geht. Die Werte bleiben. Strukturen müssen sich, wo notwendig, anpassen. Die CDU hat vor 50 Jahren als eine Reformpartei angefangen, die für neue Ideen aufgeschlossen war. So werden wir auch die Zukunft gewinnen. Schaffen wir ein wirtschaftlich starkes und ein menschliches attraktives Land! Das ist unsere Aufgabe. Darauf warten unsere Anhänger und die Bürger.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Erwin Teufel. – Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich habe noch zwei Wortmeldungen vorliegen. Zunächst spricht nun Thomas Stritzl aus Schleswig-Holstein. Anschließend spricht Norbert Blüm. Herr Stritzl!

Thomas Stritzl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich als Schleswig-Holsteiner möchte mich erst einmal ganz herzlich bei Dr. Wolfgang Schäuble bedanken für die unermessliche Unterstützung, die Sie in unserem schwierigen Landtagswahlkampf geleistet haben. Herzlichen Dank dafür! Sie haben deutlich gemacht, dass wir uns Wahlen gestellt haben, die trotz eines äußerst engagierten Wahlkampfes unter der Führung von Volker Rühle

im Ergebnis nicht mehr zu gewinnen war. Wir haben Höhen und Tiefen in dieser Form erlebt, wie Sie es beschrieben haben: im Oktober letzten Jahres bei 47 Prozent und im Februar dann bei 35 Prozent. Das macht den Turnaround sichtbar. Wir hatten fast die absolute Mehrheit und sind jetzt nicht einmal mehr in der Position, die strategische Mehrheit zu haben.

Deshalb ist das, was Friedbert Pflüger gesagt hat, richtig: Der Neuanfang hängt wesentlich damit zusammen, wie wir uns zu Helmut Kohl stellen bzw. in welchem Maße es gelingt, unser Verhältnis zu Helmut Kohl zu klären. Dabei ist für mich wichtig: Einen aktiven Beitrag in der Politik kann er nicht mehr leisten und soll er nicht mehr leisten. Aber er bleibt Teil unserer Geschichte, mit seinen wahrlich geschichtlichen Leistungen – ob Nachrüstungsbeschluss, deutsche Wiedervereinigung oder der Prozess der europäischen Einigung. Das ist Teil unserer Identität und davon können wir uns nicht lösen, unabhängig davon, dass er in großem Umfang gefehlt hat: Spendenaffäre, Verletzung der innerparteilichen Demokratie. Daran ändert auch seine gigantische Spendensammelaktion nichts. Wir können das nicht gegeneinander aufwiegen. Meine These ist: Wir als CDU müssen im Hinblick auf Helmut Kohl die Kraft haben, mit diesem Widerspruch zu leben, um ihn so zu bewältigen.

Wenn wir als CDU jetzt, nachdem eine Figur wie Helmut Kohl zu Recht abgetreten ist, neu anfangen müssen, so schaffen wir es nur, wenn wir die Kraft der Volkspartei sichtbar machen, den Fächer weit aufspannen, die konservative Wurzel deutlich machen genauso wie das Liberale und das Christliche. Wir dürfen uns nicht verengen auf eine Seite. Nur wenn wir in der Sache deutlich machen, dass wir die Volkspartei der Mitte sind, und personell die beste Mannschaft stellen, dann haben wir die große Chance, im Jahr 2002 auf Bundesebene wieder zu siegen und in den Ländern – dort, wo in den kommenden Jahren Wahlen anstehen – die Mehrheiten weiter auszubauen, insbesondere hier in Nordrhein-Westfalen. Insoweit: Glück auf, Angela Merkel und Jürgen Rüttgers. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Stritzl. – Jetzt darf ich Norbert Blüm bitten.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es ist ja Schichtwechsel angesagt. Ich mache bei dem Schichtwechsel mit. Ich habe 30 Jahre in Vorstand und Präsidium malocht. Ich komme auf kommenden Parteitagen also nicht mehr von der Seite, sondern von unten – aber ich komme!

(Beifall)

Mir geht es nicht um eine große Botschaft – so weit ist es noch nicht –, ich wollte eigentlich nur ein paar Bemerkungen machen: Warum geht jemand in die CDU? Warum wählt jemand CDU? Es darf dabei nicht nur um kunstvolle Reflexionen gehen, man muss diese Frage schon beantworten. Ich habe diese Frage vor 50 Jahren beantwortet: Mir war die SPD zu muffig, da war zu viel Apparat – heute ist sie nicht mehr muffig, heute ist sie modisch –, mir war die FDP zu flott. Das ist die FDP noch heute. Sie ist die einzige Partei, die nach dem olympischen Motto verfährt: Dabeisein ist alles – auch hier in Nordrhein-Westfalen. Der Möllemann springt überall ab, Hauptsache, er landet in der Regierung. Die Grünen gab es damals noch nicht. Zu

denen kann ich nur sagen: Die wechseln zwischen Turn- und Lackschuhen schneller, als ich meine Hemden wechseln kann. Das wäre auch heute keine Alternative. Was also ist es? Liebe Freunde, für mich war und ist es das „C“ in unserem Parteinamen.

(Beifall)

Jetzt keine frommen Sprüche! Ich glaube, man braucht große Sachkenntnis. Du kannst ein Rentenmodell nicht bis auf die dritte Stelle nach dem Komma genau von Prinzipien ableiten. Aber du brauchst Orientierung. Das ist wie bei einer Landkarte: Du brauchst Sachkenntnis, aber ohne Kompass nutzt dir die ganze Landkarte nichts, da kannst du im Kreise herumlaufen. Für mich bleibt das „C“ das, was unseren Laden zusammenhält.

Wir haben nicht nur Gemeinsamkeiten. Das wäre eine Lebenslüge. Bei uns gibt es Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Junge und Alte, protestantische Christen und katholische. Es muss doch etwas geben, was mehr ist als alle Teilaspekte zusammen. Für mich ist im Christentum sehr wohl auch Konservatives enthalten. Nicht immer ist das Neue besser. Es gibt Altes, das noch in 2000 Jahren richtig sein wird: dass der Mensch nicht manipuliert werden darf, dass jeder Mensch, ob weiß, ob schwarz, ob arm, ob reich, ein Kind Gottes ist. Das ist eine revolutionäre Botschaft des Christentums und so sentimental nicht, wie es klingt.

Und liberal: Die mächtigen Institutionen müssen sich rechtfertigen, wie sie dem Einzelnen dienen. Und sozial: Eine christliche Partei ohne Sinn für die Schwachen, ohne Empfindsamkeit in diesem Bereich wäre keine christliche Partei. Nun einmal runter vom hohen Ross: Auch die Starken sind nicht nur stark. Der Mensch ist ein unvollständiges Wesen. Jeder war Kind – da war er schwach. Und jeder wird alt – auch wenn er Millionär ist –, da wird er nicht nur stark sein. Wir brauchen einen Sinn für die Schwachen, eine Partei, die – das meine ich nur als frommen Spruch – erbarmensfähig ist.

Seht euch einmal die Welt an: Wir sitzen doch hier in einer Festung. 12 Millionen Kinder verrecken draußen Jahr für Jahr. Da können wir Christen ruhig sein! Die 225 Reichsten dieser Erde besitzen so viel wie 47 Prozent der Bevölkerung. Da können die Christen doch nicht ruhig bleiben. Die Welt kann nicht so bleiben, wie sie jetzt ist. Manche unserer Wohlstandprobleme sind ja geradezu Pipifax gegenüber den Ungerechtigkeiten dieser Erde.

(Beifall)

Globalisierung – ein wichtiges Stichwort mit vielen Chancen. Aber das kann nicht bedeuten – um ganz aktuell zu werden –, dass die Finanzströme die Erde auf der Datenautobahn umkreisen und die Menschen hinterherreisen wie die Zugvögel: Dort, wo die Sonne der Konjunktur scheint, da lassen sie sich nieder. Wenn das Globalisierung heißt, dass die Menschen keine Heimat mehr haben, dann sind wir auf dem falschen Wege. Die Arbeitsplätze müssen dorthin, wo die Menschen ihre Heimat haben, und nicht die Menschen dorthin, wo die Arbeitsplätze sind. Das ist eine verkehrte Welt.

(Beifall)

Was wäre das für eine Welt, in der die totale Mobilmachung herrschte – ohne Heimat, ohne Treue? Wir können es ja so machen: Deutsche stechen keinen Spargel mehr; die essen ihn

nur. Dafür halten wir uns die Polen. Und die polnischen Spargelfelder werden von ukrainischen Spargelstechern geerntet. So können wir die Welt organisieren.

Zwei Drittel der Beschäftigten sind im Handwerk. Aber das Handwerk bietet 80 Prozent der Ausbildungsplätze an. Wie viel macht denn die Großindustrie? Die holt nur ab. Genauso können wir es beim Computer machen: Wir lassen die Menschen dorthin reisen, wo sie gerade gebraucht werden. Das ist nicht die Welt der Zukunft: totale Mobilmachung, ein flexibler Mensch ohne Rückrat, ein Mensch ohne Heimat. Das kann nicht die globale Welt der Zukunft sein, jedenfalls nicht meine.

(Beifall)

Da mögen kluge Leute viel darüber reden und große volkswirtschaftliche Theorien entwickeln. Mir können sie jene Mode nicht erklären: Je mehr Entlassungen, umso höher die Kursgewinne. Das kann nicht stimmen – da könnt ihr noch so gescheit daherreden –: ein Management, das stolz ist auf Entlassungen, das mit Arbeitsplätzen an der Börse würfelt. Das kann nicht die soziale Marktwirtschaft sein. Das kann auch Ludwig Erhard nicht gemeint haben.

(Beifall)

Auch das kann nicht sein: Je größer die Fusionen, umso höher das Ansehen der Manager. Liebe Leute, wenn ich einen solchen Fehler wie die Deutsche Bank gemacht hätte, hätten sie mich in die Wüste gejagt. Wenn die Politik schon immer kritisiert wird, dann wollen wir in Deutschland auch einmal über Managementfehler diskutieren. So ist es ja nicht; ich rede nicht nur über Gewerkschaften.

(Beifall)

Eine Teilhabergesellschaft – man muss ja eine Utopie haben –, ja, das wär's, nicht die Gesellschaft der Selbstverwirklichung, nicht jeder für sich, sondern teilhaben an einem Ganzen, das auch Pflichten hat. Wir sollten jenseits der Ideologien von einer nachbarschaftlichen Gesellschaft träumen.

Wenn es um die Rentenversicherung geht, könnt ihr euch immer auf mich verlassen. Sie muss reformiert werden, damit die Rente sicher ist. „Die Rente ist sicher“ gilt nur, wenn man sie nicht als Geschenk betrachtet. Ich werde immer eine beitragsbezogene Rente verteidigen. Ich werde stets dagegen sein, dass Schwarzarbeiter oder Aussteiger genauso behandelt werden wie fleißige Malocher.

(Vereinzelt Beifall)

In der Sozialpolitik, für die ich eintrete, geht es nicht nur um die Bedürftigen – um die geht es auch –, sondern auch um die Fleißigen. Die halten nämlich den Laden zusammen. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, wer fleißig war, muss besser dastehen als jemand, der das nicht getan hat. Wenn sich jemand ein Häuschen vom Munde abgespart hat, geht das die Rentenversicherung einen Dreck an, wie es die SPD bei der Bedürftigkeitsprüfung vorhat. Wo kämen wir denn da hin: Da hat einer sein Geld versoffen und soll eine sozialdemokratische bedarfsabhängige Grundrente bekommen?

(Beifall)

Mein Vater und meine Mutter haben sich ein Haus vom Munde abgespart. Die haben abends ein Fläschchen Bier weniger getrunken. Sie würden die Grundrente nicht bekommen. Der Nachbar August, der sein Geld versoffen hat, würde sie bekommen. Das ist nicht mein Sozialstaat. Vergesst die Malocher nicht, wenn sie die SPD längst vergessen hat!

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich sind wir für die Schwachen da, für jeden. Aber vergesst die nicht, die den Laden zusammenhalten! Die Welt besteht nämlich nicht nur aus Global Players. Das Internet wird gebraucht, natürlich; modern bin ich auch. Aber im Internet kann man kein Bier zusammen trinken. Man wird immer Gemeinschaften und Nachbarschaften brauchen. Im Internet kannst du deiner Freundin nicht die Hand geben, geschweige denn mehr.

(Beifall)

Lasst euch nicht unterpflügen. Für eine Partei mit dem C im Namen stellt sich auch die Frage: Wer hält den Laden zusammen? Was ist der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält? Nicht die Yuppie-, Ellenbogengesellschaft, sondern die Fleißigen und die Solidarischen. Deren Partei muss die CDU sein.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank an Norbert Blüm.

(Beifall)

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 9. Ich möchte allen Rednerinnen und Rednern für ihre Beiträge danken. Es hat sich gezeigt, dass wir uns mit den Herausforderungen der Zukunft befassen, dass wir die Zukunft gemeinsam annehmen wollen und dass wir die Partei der Zukunft sind. Die Weichen dazu wollen wir heute weiter stellen. Herzlichen Dank.

Ursula Heinen, Tagungspräsidium: Ich rufe nun den TAGUNGSORDNUNGSPUNKT 10 auf:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS,
MATTHIAS WISSMANN

zugleich

EINFÜHRUNG IN DIE ANTRÄGE DES BUNDESVORSTANDES DER
CDU DEUTSCHLANDS ZU DEN KONSEQUENZEN DER FINANZAFFÄRE
- ANTRÄGE AUF ÄNDERUNG DES SATZUNGSRECHTS (C)
- ANTRÄGE ZUR FINANZIELLEN KONSOLIDIERUNG DER BUNDESPARTEI (D)

Matthias Wissmann, Sie haben das Wort.

Matthias Wissmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sicher findet der Bericht des Bundesschatzmeisters aus gebotenem Anlass ein größeres Interesse als in früheren Jahren. Natürlich hängt das mit den schweren Fehlern der Vergangenheit und unseren erheblichen finanziellen Problemen zusammen.

Mein Bericht erstreckt sich zunächst auf den Zeitraum von November 1998 bis März 2000, also die Amtszeit der damals neu gewählten Parteiführung.

Nachdem ich die Aufgabe des Bundesschatzmeisters im November 1998 übernommen habe, habe ich zunächst einen Finanzstatus zum 31. Dezember 1998 bei unseren Wirtschaftsprüfern in Auftrag gegeben, um einen Überblick über die finanzielle Situation der Bundespartei über das Zahlenmaterial aus dem Rechenschaftsbericht hinaus zu gewinnen.

Mit Vorlage des Finanzberichts 1999 ist deutlich geworden, in welcher schwieriger finanzieller Situation sich die Bundespartei nach der verlorenen Bundestagswahl befand. Die Wirtschaftsprüfer hatten festgestellt, dass die Bundespartei einen rigorosen Sparkurs fahren muss, wenn 2002 die erforderlichen Gelder für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf zur Verfügung stehen sollen. Nicht erst aus den Offenbarungen über Fehler der Vergangenheit haben wir Finanzprobleme bekommen, sie waren bereits vorher da. Wir haben sie zum Teil über Jahre mitgeschleppt. Sie haben sich dadurch aber erheblich verschärft.

Präsidium und Bundesvorstand sind 1999 über unsere Finanzlage umfassend informiert worden. Für die neue Parteiführung hatte daher die Einleitung eines Konsolidierungsprozesses allererste Priorität. Ich nenne nur die wichtigsten Punkte: strikte Ausgabenbegrenzung beim Europawahlkampf, Absenkung des Etats der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1999, Ausschöpfung aller Kostenoptimierungen beim Neubau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin, soweit dies bei einem derart vorangeschrittenen Projekt noch möglich war, und schließlich Begrenzung der Zahl der Parteitage und massive Reduzierung aller anderen Kosten.

Meine Damen und Herren, in allen Bereichen konnten bereits 1999 Einsparungen in Millionenhöhe erreicht werden. Beim Europawahlkampf konnte zum Beispiel der Etatansatz um 1 Million DM unterschritten werden. Beim Neubau der Bundesgeschäftsstelle in Berlin konnten rund 4 Millionen DM gespart werden. Die Kosten für Parteitage 1999 und 2000 wurden erheblich gesenkt, bei diesem Parteitag gegenüber manchem früheren Parteitag in siebenstelliger Höhe.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wenn Sie an der einen oder anderen Stelle, vielleicht auch beim heutigen Abend feststellen, dass manches etwas sparsamer ausfällt, dann werden Sie das, glaube ich, sicher akzeptieren. Denn wir können nicht ein Sparprogramm verkünden, ohne bei uns selbst, beim Bundesparteitag, beim Bundesvorstand, beim Präsidium, bei der Bundesgeschäftsstelle, zu beginnen.

(Vereinzelt Beifall)

Der Rechenschaftsbericht 1998 ist mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt und fristgerecht beim Bundestagspräsidenten abgegeben worden. Mit Bekanntwerden der Unregelmäßigkeiten in den Finanzen der Bundespartei mussten entsprechende Nachbesserungen vorgenommen werden, die im Rechenschaftsbericht vom 23. Dezember 1999 und im Vermerk vom 28. Januar 2000 erfasst sind. Diese Berichte sind in den Tagungsunterlagen enthalten.

Aufgrund der durch die Ereignisse hervorgerufenen schwierigen Situation sind vier Sachverhalte offenkundig geworden:

Erstens. Die Bundespartei schleppt seit Jahren ein strukturelles Defizit mit sich, das von unabhängigen Wirtschaftsprüfern auf eine Höhe von jetzt 16,5 Millionen DM pro Jahr beziffert wird.

Zweitens. Eine der wesentlichen Ursachen für dieses strukturelle Defizit liegt in den Schulden, die wir nach der Bundestagswahl in Höhe von über 25 Millionen DM übernommen haben. Seit Mitte der 80er-Jahre hat sich dieses strukturelle Defizit Schritt für Schritt aufgebaut. Es ist in dieser Zeit unter anderem deswegen nicht klar zutage getreten, weil die CDU zweimal durch Sonderzahlungen aus der öffentlichen Kasse, nämlich 1990 und 1994, einmal wiedervereinigungsbedingt, einmal wegen Inkrafttretens eines neuen Parteiengesetzes, Übergangsgelder in Höhe von insgesamt rund 70 Millionen DM erhalten hat.

Das strukturelle Defizit hat damit erst Mitte der 90er-Jahre voll durchgeschlagen, weil keine zusätzlichen Zahlungen mehr zu erwarten waren.

Drittens. Die Bundespartei ist durch den Neubau ihrer Geschäftsstelle in Berlin mit weiteren Darlehen in Höhe von rund 65 Millionen DM belastet. In schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, den Grad der Ausstattung abzusenken und damit weitere Kostensteigerungen zu verhindern. Außerdem ist es gelungen, Kreditverträge neu zu verhandeln, wodurch Belastungen in Millionenhöhe gesenkt werden konnten. Da die Bundesgeschäftsstelle in räumlicher Hinsicht nicht in vollem Umfang genutzt werden muss, können mindestens zwei Stockwerke vermietet werden. Dies wird zu einer entsprechenden Kostenentlastung in der Größenordnung von mindestens 700 000 DM pro Jahr führen.

Viertens. Schließlich kommen die Belastungen durch die Rückforderungen des Bundestagspräsidenten aufgrund des falschen Rechenschaftsberichtes 1998 sowie die noch zu erwartenden Sanktionsbescheide bezüglich der nicht korrekt verbuchten Spenden nach § 23 a Parteiengesetz hinzu. Der Bundestagspräsident hat, wie Sie wissen, aufgrund des nach seiner Ansicht nicht korrekt erstellten Rechenschaftsberichts zum 31. Dezember 1999 wegen der Probleme im Landesverband Hessen den Zuwendungs- und Beitragsanteil in Höhe von 41 Millionen DM für 1998 von der CDU zurückverlangt. Gegen diesen Bescheid haben wir Rechtsmittel eingelegt, weil wir der Auffassung sind, dass die Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahme im Hinblick auf die Tatsache, dass ein Bericht eines Landesverbandes, der Grundlage für den Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei ist, fehlerhaft war, nicht mehr gewahrt worden ist.

Wir klagen gegen die Entscheidung auch deswegen, weil sich in der Zwischenzeit herausgestellt hat, dass wichtige rechtliche Überlegungen bei der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigt worden sind. Ich füge hinzu: Wir wissen heute, dass der Bundestagspräsident auch einige der Ratschläge seiner juristischen Berater bei der Entscheidungsfindung nicht in vollem Umfang berücksichtigt hat.

Der Landesverband Hessen ist bereit, zur Vorsorge für die Zahlung der nach Ansicht der CDU Deutschlands vom Bundestagspräsidenten zu Unrecht geforderten Zahlung von 41 Millionen DM der Bundespartei eine Summe in Höhe von mindestens 15 Millionen DM – zunächst als Darlehen – zu gewähren. Diese Sonderrücklage dient dem ausschließlichen Zweck, in größtmöglichem Umfang Sanktionsvorsorge zu treffen. In diesem Zusammenhang sind einige schwierige rechtliche Fragen gemeinsam zu beantworten gewesen. Ich bedanke mich bei dem Landesverband Hessen und seinem Landesvorsitzenden Roland Koch für die zügige Bereitschaft zur Lösung dieser schwierigen Fragen; denn wir sind auf eine solche Lastenteilung zwingend angewiesen.

Wir dürfen uns aber keine Illusionen machen. Derzeit ist noch nicht absehbar, in welchem Umfang der Bundestagspräsident Sanktionsbescheide bezüglich der nicht korrekt verbuchten Spenden in der Zeit von 1989 bis 1998 gegen die CDU erlässt. Unser früherer Vorsitzender, Altbundeskanzler Helmut Kohl, hat zur Wiedergutmachung dieses Schadens Spenden in Millionenhöhe für die CDU eingeworben und damit ebenfalls eine Teilvorsorge für diese Sanktionen getroffen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich betone: Jede legale Spende muss uns herzlich willkommen sein. Wir brauchen diese Spenden auch in der Zukunft.

(Beifall)

Deshalb nenne ich auf diesem Parteitag unser Solidaritätskonto bei der Deutschen Bank in Berlin. Es hat die leicht zu merkende Kontonummer 9000 555 01. Wir haben in den letzten Wochen nicht nur große Spenden, worüber wir uns freuen, sondern auch Hunderte von kleinen Spenden in Höhe von 10, 20, 50 und 100 DM erhalten. Wir müssen den treuen Spendern einmal Danke für diese Solidarität in schwieriger Zeit sagen. Wir müssen ihnen sagen: Wir brauchen euch auch in der Zukunft.

(Beifall)

Haben Sie bitte Verständnis, wenn ich an dieser Stelle eine Bemerkung zu dem mache, was die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Frau Simonis in diesem Zusammenhang gesagt hat. Sie hat einen treuen Freund der CDU, langjähriger Vorsitzender des Verwaltungsrates eines großen internationalen Unternehmens, der der CDU in dieser schwierigen Zeit geholfen hat, attackiert und hat zum Boykott der Produkte seines Unternehmens aufgerufen. Ich kann dazu nur sagen: So etwas ist zutiefst unanständig. Unser Gemeinwesen braucht solche Menschen, die legal spenden, heute und in der Zukunft.

(Beifall)

Präsidium und Bundesvorstand haben aus der Finanzkrise die notwendigen Konsequenzen gezogen. Mit einer entsprechenden Entscheidung des Bundesparteitages können im Finanzwesen der Bundespartei alle erforderlichen Strukturreformen realisiert werden. Dem dient der Ihnen unter dem Punkt C 3 im Antragsheft vorgelegte Antrag des Bundesvorstandes „Änderungen des Statutes und der Finanz- und Beitragsordnung der CDU zur Reform des Finanzmanagements“. Die Parteiführung hat alle Anstrengungen unternommen, die offenen Sachverhalte und Fehlerquellen so weit wie möglich durch Befragung der betroffenen Personen und durch Prüfung seitens der Wirtschaftsprüfer der CDU-Bundespartei aufzuklären. Die Ergebnisse der Gutachter für die Jahre 1989 bis 1992 sowie für die Jahre 1993 bis 1998 haben es ohne jeden Zweifel gezeigt: Es gab eine erhebliche Zahl von unkorrekten Buchungen, von Nichterfassungen von Einnahmen, von Fehlern im Rechenwerk der CDU. Daraus resultierten fehlerhafte Rechenschaftsberichte.

Die Strukturreformen, die wir Ihnen vorschlagen, haben das Ziel, ein Controlling aufzubauen, damit uns so etwas nie wieder passiert. Es muss ein System von Checks und Balances geben, sodass Kontrolle möglich ist und Transparenz herbeigeführt werden kann. Deswegen bitten

wir Sie, diesen Strukturreformen Ihre Unterstützung zu geben. Die Parteiführung braucht sie, damit solche Fehler nie wieder auftreten.

(Beifall)

Die Herzog-Kommission, der wir für ihr großes Engagement danken, hat uns die wichtigsten Elemente der Strukturreformen vorgegeben:

Erstens die Einführung des Amtes eines Revisionsbeauftragten. Er hat die Aufgabe, unser gesamtes Rechnungswesen sowie Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung zeitnah zu prüfen. Ich sagte es bereits: Ein den modernen Methoden der Wirtschaft entsprechendes Finanzmanagement zwingt uns, auch Methoden eines zeitnahen Controllings anzuwenden.

Zweitens die Schaffung eines Haushaltsausschusses des Bundesvorstandes, dem fünf Mitglieder angehören, unter Vorsitz des Bundesschatzmeisters. Ziel muss es sein, eine größere Transparenz in allen finanziellen Fragen zu erreichen. Unsere Führungsgremien müssen, wie wir es 1999 begonnen haben, in aller Offenheit auch mit einzelnen Fragen des Haushaltes der Partei konfrontiert werden. Die Verantwortung dafür darf nie wieder einigen wenigen überlassen bleiben.

(Beifall)

Drittens. Alle Etats sollen in Zukunft im Einvernehmen mit Bundesvorstand, Generalsekretär und Bundesschatzmeister vom Haushaltsausschuss des Bundesvorstands aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen werden. Vor dem Beschluss hat der Revisionsbeauftragte eine schriftliche Stellungnahme vorzulegen.

Viertens. Der neue Bundesschatzmeister soll nach der neuen Finanzordnung seine Tätigkeit vor allem auf die Spendenakquisition konzentrieren. Es liegt in der Logik der Vorschläge der Herzog-Kommission, dass diese Funktion von einer Persönlichkeit aus der Wirtschaft und nicht von einem politischen Mandatsträger ausgeübt wird. Ich habe mich persönlich von Anfang an für eine solche Lösung engagiert.

Mit dieser neuen Struktur der Verantwortung unserer Finanzordnung soll das bisher nicht ausreichende Kontrollsystem der Bundespartei verbessert und auch die korrekte Vereinnahmung sowie die vollständige Klärung der Herkunft aller Spenden künftig sichergestellt werden. Wir gehen davon aus, dass aufgrund dieser Maßnahmen künftig keine Beanstandungen an der Rechnungslegung und der Erstellung des Rechenschaftsberichts mehr möglich sind.

Wir alle wissen, dass diese Veränderungen der Struktur natürlich nicht ausreichen, um die derzeitige finanzielle Situation der Bundespartei wieder auf eine bessere und gesicherte Grundlage zu stellen. Deshalb haben Präsidium und Bundesvorstand – auch unter Beratung von unabhängigen Experten – einen Sanierungsplan erarbeitet, der sowohl massive restriktive Maßnahmen bei den Ausgaben als auch Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmen umfasst.

Im Rahmen der Erstellung des Gutachtens zur Sanierung der Bundespartei haben die unabhängigen Wirtschaftsprüfer das vorhin schon erwähnte strukturelle Defizit in Höhe von jährlich 16,5 Millionen DM festgestellt. Außerdem tritt angesichts der zu bewältigenden Sonderlasten

das bereits seit langem bestehende finanzielle Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Ebenen der CDU in voller Schärfe zutage. Bereits der 37. Bundesparteitag 1989 in Bremen hat sich für eine grundsätzliche Verbesserung der Finanzausstattung der Bundespartei ausgesprochen, „um mittelfristig ein finanzwirtschaftliches Gleichgewicht erreichen zu können“.

Jetzt zwingt uns die Situation zum Handeln und dazu, eine Lösung nicht länger hinauszuschieben. Auf dieser Grundlage sind in Zusammenarbeit mit der Bundesfinanzkommission und einer vom Bundesvorstand einberufenen Finanzkommission unter Beteiligung der Landesverbände Vorschläge erarbeitet worden, um die Partei auf Dauer wettbewerbsfähig zu halten und eine zügige Entschuldung durchzuführen. Dem dient der zweite unter Ihnen vorgelegte Antrag des Bundesvorstands, mit der Überschrift „Finanzielle Konsolidierung der Bundespartei“.

Ich bedanke mich insbesondere für die enge Zusammenarbeit mit der bisherigen Generalsekretärin, Frau Merkel, und mit ihrem engagierten Bundesgeschäftsführer, Willi Hausmann. Ich bedanke mich dafür, dass Wolfgang Schäuble als scheidender Vorsitzender viel Herzblut und Engagement in die Arbeit am Sanierungsplan eingebracht hat. Mit ihnen allen zusammen haben wir die Vorschläge erarbeitet, die wir Ihnen heute schriftlich vorgelegt haben.

Die Bundesgeschäftsstelle wird auf der Grundlage des Sanierungskonzepts der Wirtschaftsprüfer ab sofort jährlich einen Betrag in Höhe von 8,5 Millionen DM zusätzlich einsparen. Um dieses Einsparziel erreichen zu können, wird die Bundesgeschäftsstelle in Berlin unter anderem ihren Personalbestand und ihre Sachkosten deutlich reduzieren. Es gab Zeiten, in denen die CDU-Bundesgeschäftsstelle weit über 200 Mitarbeiter hatte. Gegenwärtig arbeiten wir mit knapp 150 Mitarbeitern. Nach dem neuen Konzept werden wir in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin noch etwa 100 Mitarbeiter behalten. Außerdem wird die Bundesgeschäftsstelle ihren bisher üblichen Etatansatz für das Führen von Bundestagswahlkämpfen von 50 Millionen DM auf 40 Millionen DM senken. Dies entspricht einer weiteren Einsparung in Höhe von 2,5 Millionen DM jährlich.

Weitere Millionenbeträge können bei unseren Publikationen, vor allem beim „Union Magazin“, eingespart werden.

Ich weiß, dass solche Einschnitte schmerzhaft sind. Ich weiß auch, dass ein sparsam geführter Bundestagswahlkampf im Verhältnis zur wohlhabenden SPD, der vor allem durch die Wiedervereinigung ein erhebliches Vermögen zugeflossen ist, keine einfache Sache sein wird. Aber ich persönlich glaube, es wird dem Ansehen der CDU nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit nicht schaden, sondern nutzen, wenn wir auch in Wahlkämpfen mit einer neuen Bescheidenheit auftreten und auf teure Inszenierungen verzichten. Wir gewinnen damit Glaubwürdigkeit zurück und geben damit auch anderen ein Beispiel.

(Vereinzelter Beifall)

Die Kreisverbände sollen ab 1. Juli 2000 über einen Zeitraum von 5 Jahren zusätzlich 1 DM pro Mitglied und Monat an die Bundespartei abführen. Ziel ist es, das strukturelle Defizit der Partei im Wesentlichen durch die geschilderten Einsparungen auszugleichen und durch die erhöhten Einnahmen Schulden abzubauen und Sanktionsvorsorge zu treffen. Dann ist das Ziel erreichbar, dass die CDU spätestens in 5 Jahren ihre Schulden abgebaut hat.

Um den Kreisverbänden entsprechende Spielräume zu lassen, ob und wie sie die 1 DM pro Mitglied und Monat aufbringen wollen, können diese zusätzlichen Einsparleistungen auch in Form eines Einmalbetrags der Bundespartei über den Landesverband jährlich zugeleitet werden. Im Falle einer Einmalzahlung für 5 Jahre ist, wie sie den Unterlagen entnehmen können, ein entsprechender Rabatt auf die Gesamtsumme vorgesehen.

Schließlich – auch ein schwieriges Thema – hat die Bundesfinanzkommission bereits 1999 über die Anpassung der Beitragsregelung auf der Basis der Selbsteinschätzung der Mitglieder diskutiert und dem Bundesvorstand eine entsprechende Beschlussempfehlung vorgelegt. Diese ist auch Grundlage des Antrags des Bundesvorstands zu der hier zu entscheidenden neuen Beitragsstaffel. Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass der Durchschnittsbeitrag eines CDU-Mitglieds an seine Partei nach unseren letzten Erhebungen um rund 5 DM niedriger ist als der Durchschnittsbeitrag, den ein SPD-Mitglied an seine Partei zahlt und der bei 17 DM liegt.

Ich bin mir durchaus der unterschiedlichen Entwicklung beider Parteien und der Gewerkschaftsnähe der SPD, die sich auch auswirkt, bewusst. Aber, liebe Freunde, ich glaube schon, dass wir angesichts des Fehlens einer Zwangsumlage die jetzige Lage zum Aufbruch nutzen sollten, um überall in der Partei für eine Anpassung der Beiträge an die Einkommenssteigerungen und an die Preissteigerungsraten zu werben. Das würde allen helfen, den Ortsverbänden, den Kreisverbänden, den Bezirksverbänden, den Landesverbänden und der Bundespartei. Ich bitte Sie deswegen, die vorgelegte Beitragsstaffel heute zu beschließen.

(Vereinzelter Beifall)

Die strukturellen und finanziellen Entscheidungen, die wir in den nächsten Stunden auf diesem Parteitag treffen müssen, sind nicht einfach. Es handelt sich um den umfassendsten Sanierungsplan, den die CDU in ihrer Parteigeschichte jemals beschließen musste. Keine angenehmen Unwahrheiten, sondern unangenehme Wahrheiten!

Meine Bitte ist: Helfen Sie mit, dass die neue Parteiführung mit klaren Entscheidungen zu den Strukturfragen, um Fehler aus der Vergangenheit in Zukunft zu vermeiden, und zu den finanziellen Fragen die notwendigen Mittel in die Hand bekommt, um auch zukünftig eine wettbewerbsfähige CDU zu haben. Die brauchen wir im Interesse unseres Landes. Deswegen bitte ich Sie herzlich um die Unterstützung bei dieser schwierigen Diskussion und bei der Entscheidung über diese Anträge.

(Beifall)

Ursula Heinen, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Matthias Wissmann, für Ihren klaren und deutlichen Bericht und für die Einführung in die Anträge des Bundesvorstandes. Sie hatten in den letzten Monaten in einer besonders schwierigen Zeit das Amt des Schatzmeisters inne. Aber Sie haben mit Ihrer Arbeit wirklich die Grundlagen dafür gelegt, das wir in Zukunft ein offenes, ein solides und ein transparentes Finanzsystem haben werden. Dafür möchte ich Ihnen noch einmal recht herzlich danken.

(Beifall)

Darüber hinaus möchte ich darauf hinweisen, dass der Rechenschaftsbericht 1998, den wir gemäß § 23 Abs. 2 des Parteiengesetzes schriftlich vorlegen müssen, in ihren Tagungsunterlagen vorzufinden ist. – Ich komme nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich bitte Herrn Ferdinand Tillmann um seinen Bericht.

Ferdinand Tillmann: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zu meinem ganz nüchternen Bericht.

Am 7. November 1998, also vor eineinhalb Jahren, haben Sie Frau Bärbel Kleedehn, Dr. Franz Möller und mich erneut als Rechnungsprüfer gewählt. Die Aufgaben, die wir in dieser Funktion zu erfüllen haben, lassen sich auf zwei Hauptkomplexe zusammenfassen: erstens die ständige Überprüfung der Finanzwirtschaft der Bundespartei auf wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung und daraus folgende allgemeine Informations-, Beratungs- und Empfehlungstätigkeiten und zweitens die konkrete Prüfungstätigkeit hinsichtlich der Jahresabschlüsse und Rechenschaftsberichte der Partei.

Diese uns von Ihnen, meine Damen und Herren, übertragenen Aufgaben und die Verpflichtung, Ihnen heute darüber zu berichten, müssen nun vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Monate gesehen werden. Von unserer persönlichen Betroffenheit und Bestürzung als Mitglieder unserer Partei abgesehen stellte sich uns Rechnungsprüfern insofern die Frage nach der Qualität unserer Prüfungshandlungen und möglicher rechtlicher Konsequenzen. In der Vergangenheit nämlich hatten wir stets nach eigenen intensiven Prüfungen, aber auch auf der Grundlage der von der Bundesgeschäftsstelle abgegebenen Vollständigkeitserklärungen und uneingeschränkter Testate eines unabhängigen Wirtschaftsprüfungsbüros für den jeweiligen Rechenschaftsbericht der Parteiführung einwandfreies Handeln bescheinigt und insoweit seit 1989 bis zum Jahre 1997 die Entlastung des Bundesvorstandes beantragt, die dann von Ihnen auch immer einstimmig erteilt wurde.

Für uns Rechnungsprüfer stellte sich nun die Frage nach der Wirkung dieser Entlastungen in rechtlicher und auch politischer Hinsicht. Meine Damen und Herren, wir haben die Sachlage durch ein juristisches Gutachten überprüfen lassen, das ergibt: Die vom Bundesvorstand für diese Zeiträume vorgelegten und von den Rechnungsprüfern geprüften Rechenschaftsberichte waren in wesentlichen Teilen unvollständig und damit fehlerhaft. Die Umstände allerdings, auf denen die Fehlerhaftigkeit beruhte, sind erst Ende 1999/Anfang 2000, wie Sie wissen, bekannt geworden und waren damit bei der jeweiligen früheren Beschlussfassung über die Entlastung des Bundesvorstandes nicht bekannt.

Diese Umstände waren aber auch für die Rechnungsprüfer nicht erkennbar; denn Gegenstand unserer Prüfungen konnten keine unbekanntes und auch bei Anwendung größter Sorgfalt nicht erkennbaren – weil verschwiegenen – Umstände sein. Insoweit bestätigt auch der juristische Gutachter unter anderem, dass für uns Rechnungsprüfer keine Veranlassung besteht, die nach bestem Wissen und Gewissen erstatteten Prüfungsberichte zurückzunehmen.

Unabhängig davon entfalten die Entlastungsbeschlüsse durch die Parteitage hinsichtlich etwaiger Schadensersatzansprüche gegen einzelne Mitglieder des Bundesvorstandes keine

anspruchsmindernde Wirkung, sodass die in der Vergangenheit gefassten Beschlüsse keine weiteren negativen Folgen haben können.

Heute legen wir Ihnen unseren Prüfungsbericht für den Rechenschaftsbericht des Jahres 1998 vor. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass wir uns auch diesmal nicht nur auf die Prüfung des Rechenwerkes dieses Berichts beschränkt haben. Bei unseren Prüfungen haben wir unsere Schwerpunkte insbesondere auf die Personalkosten, die Parteitage, die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit und den Aufwand bei Wahlkämpfen gelegt. Darüber hinaus haben wir in mehreren Sitzungen stichprobenhafte Sachverhaltsprüfungen anhand unterschiedlicher Vorgänge und Belege durchgeführt und haben von den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle alle dafür notwendigen Auskünfte erhalten.

Wir haben uns bei Prüfungen des laufenden Betriebs in den Jahren 1998 und 1999 davon überzeugen können, dass die Belegführung innerhalb der CDU-Bundesgeschäftsstelle einwandfrei ist. Im Rahmen unserer Prüfungen haben wir bei der Aufstellung der Etats mitgewirkt und uns stets über den aktuellen Stand des Haushaltsvollzuges unterrichten lassen. Dabei haben wir festgestellt, dass gemeinsame Sparbemühungen gegriffen haben, wie es eben auch Herr Wissmann schon dargestellt hat.

Wir haben dies auch in unseren früheren Rechenschaftsberichten stets so bestätigen können. Heute weisen wir als Rechnungsprüfer aber aus aktuellem Anlass nochmals mit besonderem Nachdruck auf diese Tatsache hin. Denn es waren nicht die in der Bundesgeschäftsstelle geführten Unterlagen, die Anlass zu Beanstandungen gegeben haben. Wir stellen ausdrücklich fest, dass es bei der Diskussion in den letzten Wochen keine Kritik an der Amtsführung und der Behandlung der Parteifinzen durch den Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble, die Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und den Bundesschatzmeister Matthias Wissmann gab, eben weil es dazu keinen Anlass gibt.

So verdienen denn die Generalsekretärin, der Bundesschatzmeister und vor allem auch Bundesgeschäftsführer Dr. Willi Hausmann – bei ihm nicht nur für seinen beispielhaften Einsatz der letzten Monate, sondern auch für seine Arbeit darüber hinaus – große Anerkennung.

(Beifall)

Dennoch befindet sich die Bundespartei heute in einer äußerst schwierigen, vielleicht in der schwierigsten Finanzsituation ihrer Geschichte. Sie hat, wie Wirtschaftsprüfer in einem Statusbericht festgestellt haben, unabhängig von den zu befürchtenden Sanktionen durch den Bundestagspräsidenten ein erhebliches strukturelles Defizit.

Dieses Defizit hat zahlreiche Ursachen. Zu ihnen gehören auch jene Leistungen, die die CDU-Bundesgeschäftsstelle zugunsten nachgeordneter Gliederungen und Vereinigungen erbringt.

Wer die heute schon mehrfach beschriebenen Defizite beseitigen will, muss auch bereit sein, Strukturen zu verändern. Auf die Notwendigkeit von Strukturveränderungen haben wir schon früher – leider nur intern – hingewiesen. Insofern begrüßen wir den Antrag des Bundesvorstandes. Wir stimmen den vorgesehenen Strukturveränderungen im Großen und Ganzen zu. Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, dass darüber hinaus die Finanz- und Beitragsordnung der Partei einer gründlichen Überprüfung und Überarbeitung bedarf.

Wir appellieren erneut an die – demnächst neue – politische Führung, sich mit den von uns schon mehrfach vorgetragenen Empfehlungen zu befassen, zum Beispiel mit der Empfehlung, die Zahl der Delegierten zum Parteitag zu reduzieren, um dadurch mehr Flexibilität bei der Wahl des Tagungsortes zu haben und um dadurch erhebliche Einsparungen bei der Bundespartei, aber auch bei den Landes- und Kreisverbänden zu erreichen.

Schließlich empfehlen wir erneut, die Zuschüsse an die Vereinigungen kritisch zu überprüfen.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu gehört auch, die Kosten für das „Union Magazin“ auf den Prüfstand zu stellen – auch Herr Wissmann hat das soeben erwähnt – und über die Lastenverteilung bei der Stiftung Versorgungswerk angestrengt nachzudenken.

Wir begrüßen den geplanten Personalabbau, regen aber gleichzeitig eine sehr sorgfältige Aufgabenprüfung an. Bei der Diskussion über einen möglichen Verkauf der neuen Parteizentrale in Berlin sollten allerdings nach unserer Auffassung nicht nur ökonomische Gesichtspunkte betrachtet werden. Bedacht und geprüft werden müssen auch der Aspekt der Präsenz in Berlin und der Aspekt des Ansehens der Partei über die Grenzen der Bundeshauptstadt hinaus.

Die Bundespartei befand sich auch schon früher politisch und finanziell in schwierigen Situationen. Die derzeitige politische Krise scheinen wir mit dem heutigen Parteitag zu überwinden. Hingegen befinden wir uns finanziell auf der Talsohle. Wie lange der Weg aus dieser Talsohle sein wird, entscheiden Sie, die Delegierten, heute grundlegend mit. Wir haben die Chance, auch die finanzielle Krise zu überwinden, wenn wir alle zusammenstehen.

Wir müssen gemeinsam sparen. Wir müssen bei dem gemeinsamen Eintreten für unsere Ziele aber auch die Einnahmenseite verbessern. Dies erreicht keine Gliederung für sich allein. Deshalb appellieren wir als Rechnungsprüfer an Sie: Sorgen Sie in allen Ihren Verbänden für eine breite Unterstützung der Bundespartei.

An dieser Stelle ist es angezeigt – ich unterstreiche das, was Herr Wissmann in diesem Zusammenhang gesagt hat –, allen jenen zu danken, die die Partei in der Vergangenheit finanziell unterstützt haben. Unser Dank gilt allen Mitgliedern, die ihre Beiträge treu gezahlt haben. Unser Dank gilt aber auch allen ehrlichen Spendern, die durch ihre Zuwendungen uneigennützig einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie geleistet und damit dem Wohl unseres Gemeinwesens gedient haben.

(Beifall)

Heute steht die Entlastung des Bundesvorstandes für das Jahr 1998 an. Der Rechenschaftsbericht für 1999 wird zurzeit von der Bundesgeschäftsstelle erstellt und nach Prüfung und Testierung durch deren Wirtschaftsprüfer dem Bundesvorstand vorgelegt und so an den Bundestagspräsidenten weitergeleitet, bevor er dann auf dem nächsten Parteitag auf der Tagesordnung steht. Die Entlastung für das Jahr 1999 kann daher erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Schon heute können wir allerdings berichten, dass unsere Prüfungen der Haushaltsführung und der uns vorgelegten Unterlagen, wie vorhin schon von mir erwähnt, keinen Grund zur

Beanstandung ergeben haben. Den Rechenschaftsbericht des Jahres 1998 hat der Bundesvorstand gemäß § 24 Abs. 1 der Finanz- und Beitragsordnung beschlossen und den Rechnungsprüfern zur Prüfung und Berichterstattung vorgelegt.

Meine Damen und Herren, die Bundespartei, unsere politische Führung und die Bundesgeschäftsstelle verdienen in dieser schwierigen Zeit unser Vertrauen. Deshalb haben wir uns entschlossen, Ihnen den folgenden Entlastungsbeschluss zur Annahme zu empfehlen: Der Bundesparteitag erteilt dem Bundesvorstand für das Kalenderjahr 1998 Entlastung. Von dieser Entlastung sind nicht erfasst alle Vorgänge im Zusammenhang mit der so genannten Finanzaffäre. Insoweit wird die Beschlussfassung über die Entlastung des Bundesvorstandes auf einen späteren Bundesparteitag verlegt. – Ich bedanke mich für Ihre geduldige Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Ursula Heinen, Tagungspräsidium: Herr Tillmann, recht herzlichen Dank für Ihren Bericht und Ihre Arbeit als Rechnungsprüfer. – Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich erteile dem Mitglied der Mandatsprüfungskommission aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, Bernhard Herzog, das Wort.

Bernhard Herzog, Mandatsprüfungskommission: Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 14 Uhr von den 1 001 stimmberechtigten Delegierten des 13. Parteitages 985 anwesend. Der 13. Parteitag ist beschlussfähig.

(Beifall)

Ursula Heinen, Tagungspräsidium: Das ist eine klare Botschaft. – Recht herzlichen Dank, Ihnen, Herr Herzog, und den Kollegen aus der Mandatsprüfungskommission.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN DES BUNDESSCHATZMEISTERS UND DER RECHNUNGSPRÜFER SOWIE BESCHLUSSFASSUNG ZU DEN ANTRÄGEN DES BUNDESVORSTANDES

Auch hier bitte ich Sie, Wortmeldezettel zu nutzen, welche Sie am Tisch rechts vor der Bühne abgeben können. Es liegen zu den verschiedenen Anträgen einige Wortmeldungen vor, die ich jeweils dann, wenn der entsprechende Antrag an der Reihe ist, aufrufe. Zu den allgemeinen Bemerkungen liegen keine Wortmeldungen vor.

Deswegen rufe ich jetzt die Anträge zu dem Bereich C, zur Änderung des Satzungsrechts der CDU, im Einzelnen auf. Sie finden diese Anträge in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 69

bis 109. Wer sich zu diesen Anträgen zu Wort melden möchte, den bitte ich rechtzeitig, einen Wortmeldeschein abzugeben.

Ich rufe als Erstes die Anträge C 1 und C 2 auf, die ohne einen konkreten Ziffernbezug gestellt worden sind. Sie finden diese Anträge in Ihrer Antragsbroschüre auf Seite 69. Dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ich lasse dann über die Anträge C 1 und C 2 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von C 1 und Ablehnung von C 2. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes C 3 auf. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 69. Dazu gehört auch der Antrag C 4. – Gehe ich richtig in der Annahme, dass hierzu eine Wortmeldung vorliegt? – Herr Dr. Huck, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

Dr. Bernd Huck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Bei den Anträgen, über die wir jetzt sprechen, also die Anträge C 3 und C 5 des Bundesvorstandes, geht es nicht um finanztechnische Details. Es sind politische Anträge. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesem Beratungskomplex Ihre besondere Aufmerksamkeit zukommen ließen.

Meine lieben Parteifreunde, der Bundesvorstand hat heute ein ganzes Papier vorgelegt – darüber werden wir noch diskutieren, wir werden auch darüber abstimmen –, in dem er fordert – das ist der Tenor des Papiers –: Wir brauchen ein modernes Parteimanagement. Dies wird konkretisiert: Das Parteimanagement soll dem Management der Wirtschaft und der Verwaltung in nichts nachstehen. Es soll ein Höchstmaß an innerparteilicher Demokratie darstellen.

Wir alle wissen, dass in der Wirtschaft und Gott sei Dank auch seit Jahren in der Verwaltung für eine Verschlankung der Verwaltung und eine Verschlankung der Gremien eingetreten wird. In den Aktiengesellschaften haben wir kleinere Vorstände, in den großen kommunalen Einheiten gibt es eine kleinere Dezernentenrunde, weil dies effizienter und verantwortlicher ist.

Nun sehen wir uns heute unter C 3 einem Antrag des Bundesvorstandes ausgesetzt, in dem steht, dass neben den Mitgliedern des Präsidiums, die wir Delegierte wählen – das ist eines unserer höchsten Rechte –, die Ministerpräsidenten, soweit sie der CDU angehören, satzungsmäßig kooptiert werden. Sie sollen – also zwischen fünf, dem Status quo, und 16 – kraft Satzung, wenn auch ohne Stimmrecht, an den Präsidiumssitzungen teilnehmen. Meine lieben Parteifreunde, das entspricht nicht den Vorstellungen einer schlanken Verwaltung, auch nicht den Vorstellungen von mehr innerparteilicher Demokratie, sondern stellt genau das Gegenteil dar.

Ein Zweites: In diesem Antrag des Bundesvorstandes zur Reform der Parteiarbeit heißt es, wir sollten eine Kommission einsetzen, die grundsätzlich die Änderungen des Statuts oder auch der Parteiarbeit, die Reform der Parteiarbeit, erörtern soll. Dies soll sorgfältig erwogen werden und beim nächsten Parteitag zur Diskussion und zur Beschlussfassung gestellt werden. Das halten wir in Braunschweig für großartig. Ich finde, das ist eine ausgezeichnete Idee. Dazu aber passt nicht, dass ein Mosaikstein aus dieser so genannten Parteireform

herausgeklaut wird und ausgerechnet vor den Präsidiums- und Vorstandswahlen, die wir heute haben, zur Abstimmung gelangen soll. Das passt nicht zusammen. Wenn nämlich die Parteireform grundsätzlich diskutiert werden soll, wie es der Bundesvorstand will, dann bitte insgesamt. Dann sollte nicht ein Teil herausgegriffen werden, nur weil heute Präsidiumswahlen sind.

Diejenigen unter Ihnen, die schon bei vielen Parteitag waren, erinnern sich: Wir hatten schon einmal eine solche Diskussion. Auch damals habe ich das Wort ergriffen. Es ging auch um Präsidiumswahlen. Auf dem gleichen Parteitag sollte kurz zuvor die Satzung geändert werden: Die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden sollte von fünf auf sieben erhöht werden, weil es sieben Kandidaten gab. Das genau ist der Stil, den wir nicht mehr wollen. Wir wollen doch mehr Demokratie und innerparteiliche Auseinandersetzung.

(Beifall)

Ein Letztes – das passt dazu –: Mir ist vom sicherlich wohlmeinenden Parteifreunden gestern Abend und heute Morgen gesagt worden: Nimm doch mit Rücksicht auf die Medien deinen Antrag zurück. Es ist doch scheußlich. Die Geschlossenheit, der Eindruck in den Medien leidet, wenn wir hier kontrovers diskutieren. Liebe Freunde, wenn wir von Neuanfang und von mehr Demokratie auch in unserer Partei reden, dann muss es doch erlaubt sein, inhaltlich kontrovers zu diskutieren, kontrovers abzustimmen und das, was hier durch die Mehrheit zustande kommt, auch zu respektieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Professor Rupert Scholz das Wort.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Offene Diskussionen sind bei Satzungsänderungen notwendig und richtig. Insofern ist der Beitrag unseres Freundes aus Braunschweig mit Sicherheit berechtigt.

Aber nun zur Sache. Es geht darum – um dies noch einmal deutlich zu machen –, dass unsere Ministerpräsidenten und die Vorsitzenden der Landesverbände und der Vereinigungen an den Sitzungen des Bundesvorstandes beratend – ich unterstreiche es: beratend – teilnehmen können. Das war schon bisher Praxis; das war auch gut und sinnvoll, weil wir in unserem Spitzengremium eine breite Diskussionsgrundlage der gesamten Partei brauchen. Wir sind doch eine föderativ aufgebaute Partei. Das heißt: Unsere Landesverbände und unsere Ministerpräsidenten spielen eine ganz entscheidende Rolle. Deshalb gab es diese Praxis schon und sie hat sich bewährt. Es ist richtig, meine Damen und Herren, dass wir dies nun ausdrücklich in die Satzung schreiben; denn das muss klar sein. Das ist Inhalt des Antrages. Wir nehmen keine Diskussion in grundlegender Form über unsere Strukturen vorweg. Genau genommen geht es um nichts anderes als um eine Notifizierung dessen, was ohnehin übliche Praxis ist.

Wohlgemerkt: Das verstößt natürlich nicht gegen das Demokratieprinzip, nicht gegen das Prinzip der parteiinternen Demokratie. Denn das Recht zu entscheiden – um es noch einmal deutlich zu sagen –, das Recht abzustimmen, haben natürlich nur die Mitglieder des Präsi-

ums und des Bundesvorstandes, die gewählt sind. Hier aber geht es ausschließlich um eine beratende Teilnahme, um eine konsultative Form der Beteiligung. Es ist richtig, dass unsere gewählten Vorsitzenden, unsere gewählten Bundesvorstandsmitglieder, unsere gewählten Präsidiumsmitglieder den Sachverstand, den sie brauchen, auch die Kompetenz und die Argumentation der unteren Gliederungen der Landesverbände und der Länder beratend hinzuziehen, um für uns alle in Verantwortung Entscheidungen zu treffen.

Deshalb empfiehlt Ihnen die Antragskommission, diesen Antrag abzulehnen und den Antrag des Bundesvorstandes anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zu diesem Punkt, der Satzungsänderungen bezogen auf das Präsidium und den Bundesvorstand beinhaltet, liegen uns keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 3 und C 4 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

(Beifall)

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes C 5 auf. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 70. Dazu gehört auch der Antrag C 6. – Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor.

Dann lasse ich die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 5 und C 6 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartezeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist auch dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

Meine Damen und Herren, dies waren Anträge bezogen auf die Erweiterung hinsichtlich des Präsidiums und des Bundesvorstandes. Die folgende Anträge, also die Anträge ab C 7, beziehen sich alle auf das Finanzgebaren mit entsprechenden Vorschlägen. Hierzu gibt es eine Reihe von konkreten Einzelanträgen. Darüber hinaus aber gibt es auch einige Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache. Wir werden diese Wortmeldungen vorwegnehmen und anschließend über die einzelnen Anträge abstimmen lassen.

Das Wort zur allgemeinen Aussprache zu den folgenden Finanz-Punkten haben Ernst Behringer aus Baden-Württemberg, den ich jetzt aufs Podium zu kommen bitte, dann Dr. Detlef Gottschalck aus Hamburg, Manfred Carstens aus Oldenburg und Siegfried Kauder aus Baden-Württemberg. - Herr Ernst Behringer hat das Wort. – Ist er im Saal? – Bitte!

Ernst Behringer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich melde mich zu Wort, weil ich nachher gegen den Antrag des Bundesvorstandes stimmen werde. Warum kommt dieser Antrag erst jetzt, zumal doch die finanzielle Situation seit Jahren diffus ist?

Ich melde mich auch zu Wort, weil der Antrag des Bundesvorstandes so nicht unwidersprochen bleiben kann; sonst glauben sie, dies geht so weiter.

Ich komme vom Kreisverband Sigmaringen. Unsere Mitglieder sind über das Finanzgebaren der Bundespartei tief enttäuscht. Ich sage Ihnen auch: Wir im Kreisverband haben die Finanzen in Ordnung; unsere Kassen stimmen.

Die Schulden der Bundespartei sind ja nicht über Nacht entstanden. Jetzt, weil die Bundespartei finanziell mit dem Rücken an der Wand steht, sollen wir, die Mitglieder, die Kreisverbände, das ausgleichen.

Nun wird der glorreiche Vorschlag gemacht: 1 DM pro Mitglied. Es wird auch der glorreiche Vorschlag gemacht, dass Bundestagsabgeordnete DM 1000 als Sonderzahlung leisten sollen. Ich meine, 1000 DM, das ist zuwenig, da fehlt die Null, und zwar vor dem Komma.

(Vereinzelt Beifall)

Es fehlen auch die Vorschläge für Sonderzahlungen nicht nur der Abgeordneten, sondern auch der Staatssekretäre, der Minister, der Ministerpräsidenten, aber auch der Bürgermeister und Oberbürgermeister.

(Vereinzelt Beifall)

Dies ist nicht vorgetragen worden. Auch dieser Personenkreis muss einen Obolus zahlen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und sage Ihnen: Wenn wir als Kreisvorsitzende so wirtschaften würden, dann würden uns die Mitglieder zum Teufel jagen, aber nicht nach Stuttgart, sondern ein paar Etagen tiefer.

(Heiterkeit und Beifall)

Letzter Satz: Unter diesen obwaltenden finanziellen Umständen sage ich auf Schwäbisch: Mir gebet nix.

(Heiterkeit und Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Behringer, Sie haben auffällig unauffällig zum Punkt D das Wort genommen. Da alles mit allem zusammenhängt, ist damit Ihre Wortmeldung zu D verbraucht. – Als nächster hat Herr Dr. Gottschalck, Landesverband Hamburg, das Wort.

Dr. Detlef Gottschalck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zu den uns seit heute Morgen – und ich bitte, sich das einmal auf der Zunge zergehen zu lassen – immerhin schon vorliegenden Anträgen des Bundesvorstandes zur Änderung der Satzung und der Finanz- und Beitragsordnung Stellung nehmen, bei denen es sich - wer will das bestreiten? – um einen Schnellschuss handelt, um einen Schnellschuss, den ich für falsch halte, bei dem wir das berühmte Kind mit dem Bade ausschütten, bei dem wir, glaube ich, ein chaotisches System möglicherweise auch von – wie Matthias Wissmann gesagt hat – Checks and Balances schaffen, aber auch ein völlig unklares System von verschiedenen Finanzzuständigkeiten, was wir nach meiner Überzeugung nicht tun sollten.

Formell habe ich Bedenken dagegen, heute überhaupt über diese Anträge abzustimmen, und ich bitte Sie, mir das deswegen nachzusehen, weil ich als Justiziar der Hamburger CDU seit Jahren meine Erfahrungen mit satzungsrechtlichen Problemen aller Art habe. Ich glaube, es steht einem Bundesparteitag unserer CDU auch nicht besonders gut an, heute morgen Tischvorlagen für einen Antrag zu bekommen, den man problemlos vorher an die Delegierten hätte verschicken können.

(Beifall)

Ich darf den Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle daran erinnern, dass wir in § 5 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung eine Vorschrift haben, die vorsieht, dass Anträge 14 Tage vor dem Parteitag zu verschicken sind.

(Zustimmung)

Das ist zwar in einer Soll-Vorschrift geregelt, aber in meiner Ausbildung habe ich gelernt, dass „soll“ „muss“ bedeutet, wenn „kann“. Ich weiß nicht, warum nicht gekonnt werden konnte, denn der Antrag ist vom 20. März, und das ist ein paar Wochen her.

(Beifall)

Meine formelle Anregung an den Parteitag ist also die, heute über diese Anträge nicht zu entscheiden und sie von der Tagesordnung herunterzunehmen. Falls der Einwand noch kommen mag: Ich hatte heute Morgen schon versucht, das zu sagen, aber da hat man meine Wortmeldung, ich vermute einmal, übersehen. Deswegen stelle ich an dieser Stelle den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt ganz abzusetzen und auf einen nächsten Bundesparteitag zu vertagen, wenn wir uns in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden in Ruhe Gedanken über das gemacht haben, was hier vorgeschlagen wird.

(Beifall)

Für den Fall, dass nach Ihrer Meinung hier gleichwohl eine inhaltliche Debatte stattfinden soll, gestatten Sie mir einige wenige Anmerkungen. Wenn wir den Antrag so, wie er vorliegt, beschließen sollten, werden wir künftig einen aus meiner Sicht sehr unüberschaubaren Bereich von Finanzzuständigkeiten haben. Wir werden vier bis fünf Spitzenfunktionäre unserer Partei haben, die nach dem Wortlaut von Statut und Finanz- und Beitragsordnung auf die Finanzen zu achten haben. Da ist der Generalsekretär, da ist der Bundesgeschäftsführer, da ist der Schatzmeister, da ist der Finanzbeauftragte, und nach den Vorstellungen der Antragskommission gibt es auch noch einen Revisionsbeauftragten. Daneben gibt es eine Finanzkommission, dann gibt es einen fünfköpfigen Ausschuss des Bundesvorstandes, neu eingeführt, genannt Haushaltsausschuss, es gibt eine Controlling-Abteilung, und es gibt die drei Rechnungsprüfer. Meine Damen und Herren, all diese Persönlichkeiten sollen in Zukunft auf die Ordnungsgemäßheit unserer Finanzen achten und sollen sie verantworten. Das kann nicht gut gehen. Wir sind hier, glaube ich, über das Ziel hinausgeschossen. Wir haben in der Vergangenheit möglicherweise oder ganz bestimmt zu wenig Kontrolle gehabt. Dass nur zwei graue Eminenzen unsere Parteifinanzen verwalten, war sicherlich der ganz falsche Weg. Dass wir jetzt ein unüberschaubares Gremium von mehreren Persönlichkeiten und Kommissionen haben, die selber nicht wissen, wer wo wann wen oder was kontrolliert, halte ich aber auch für keinen gangbaren Weg. Deswegen noch einmal meine Anregung:

Lassen Sie uns das jetzt absetzen, lassen Sie uns das in den Kreisverbänden und den Landesverbänden in Ruhe diskutieren.

(Beifall)

Die Antragsflut zu diesem Thema zeigt ja, dass der Bedarf da ist. Lassen Sie uns das in Ruhe im nächsten Jahr diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das war am Ende ein Geschäftsordnungsantrag, diese Finanzbereiche – Bereich C, gegebenenfalls auch D, obwohl wir jetzt bei C sind – zu vertagen. Ich stelle diesen Antrag im Augenblick zurück und komme zu den weiteren Wortmeldungen. Ich weise allerdings darauf hin, dass wir heute Morgen die Tagesordnung mit diesen Punkten mit großer Mehrheit beschlossen haben.

(Zustimmung)

Aber der Geschäftsordnungsantrag steht im Raum. Wir werden auf ihn zurückkommen. – Nach der Rednerliste hat jetzt Manfred Carstens aus Oldenburg das Wort.

Manfred Carstens: Verehrte Delegierte und Gäste des CDU-Bundesparteitages! Mein Vorredner und andere haben zu der Finanzproblematik Stellung genommen. Ich möchte in aller Kürze zum Ausdruck bringen, dass das Sanierungskonzept, das Matthias Wissmann hier vorgetragen hat, seinen Namen wirklich verdient.

Unsere Finanzen müssen saniert werden. Auf der anderen Seite belegt das Sanierungskonzept aber auch deutlich, dass die Finanzen der CDU sanierbar sind. Matthias Wissmann konnte abschließend feststellen, dass dann, wenn dieses Konzept fünf Jahre wirkt, die zwischenzeitlichen Wahlkämpfe bezahlt werden und die vorhandenen Schulden abgetragen werden können. Darüber hinaus kann für die Immobilie, die wir in Berlin haben, in diesen fünf Jahren eine Tilgung in Höhe von 10 Millionen DM erfolgen. Dies ist ein Sanierungskonzept.

Was in diesem Zusammenhang aber noch zusätzliche Bedeutung hat, ist dies: Bei dem, was zunächst vorgesehen war, nämlich bei der Bundespartei etwa 6,5 Millionen DM jährlich einzusparen und zusätzlich 10 Millionen DM von den Kreisverbänden anzufordern, gab es ein Ungleichgewicht, das so nicht bestehen bleiben konnte. Die jetzige Konzeption sieht vor, dass die Kreisverbände noch 7,5 Millionen DM jährlich – auch das ist noch viel Geld – zu erbringen haben, dass die Bundespartei aber jährlich deutlich über 10 Millionen DM einsparen muss. Wenn man sanieren will, muss man erst einmal anfangen, sparsam zu sein. Man muss Geld einsparen. Das ist die erste Voraussetzung, um sanieren zu können.

Was jetzt weiterhin von Bedeutung ist, ist die Tatsache, dass die Kreisverbände gleichwohl schwer zu schaffen haben werden, um dieses Geld auch zur Verfügung zu haben. Deswegen muss das, was wir hier vorlegen, wahr, überzeugend und glaubwürdig sein. Wir sagen, dass die erwähnten Maßnahmen für einen Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen sind. Man muss sich nun aber darauf verlassen können, dass auch nach fünf Jahren, wenn man die Parteifinanzen saniert hat, das, was heute gesagt worden ist, noch gilt.

(Beifall)

Was jetzt gesagt wird und dann noch gelten muss, muss in der dazwischen liegenden Zeit von fünf Jahren auch glaubhaft praktiziert werden. Das heißt, in Bezug auf das, was jetzt an Einsparungen vorgesehen ist und was vernünftigerweise gespart werden kann, muss Jahr für Jahr neu belegt werden, dass auch wirklich entsprechend eingespart wurde. Dann hat man eine gewisse Zuversicht, dass es in fünf Jahren auch so aussieht, wie wir es zurzeit annehmen.

Keiner weiß genau, wie die Situation in fünf Jahren ist. Keiner weiß, was neu ansteht. Wir werden dann jeweils neu entscheiden müssen. Wir müssen nun aber – dies ist mein Wunsch und meine Bitte – der Wahrhaftigkeit wegen den vorgeschlagenen Weg in den nächsten fünf Jahren glaubwürdig beschreiten. Das heißt, wir müssen außerordentlich sparsam sein. Das bedeutet dann auch, dass die Bundesgeschäftsstelle - die Bundespartei – mit dem Geld, das wir ihr zur Verfügung stellen, sehr zurückhaltend umgehen muss. Man muss mit etwas weniger Geld sorgsam umgehen und zugleich politisch qualifizierte und gute organisatorische Arbeit leisten. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir demnächst auch wieder Wahlen gewinnen und die CDU-Kasse nach fünf Jahren gleichwohl in Ordnung ist. Dies muss das Signal von heute sein. – Schönen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, mir liegen noch zwei Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache vor, nämlich die von Herrn Kauder und die von Herrn Jungen. Danach werden wir den Geschäftsordnungsantrag behandeln und gegebenenfalls die einzelnen Anträge zu den Punkten C und D aufrufen. Ich sage dies, um Klarheit zu erreichen. Es könnte ja sein, dass eine Wortmeldung zur allgemeinen Debatte übersehen wurde. Da ich keinen Protest höre, gehe ich davon aus, dass dem nicht so ist. Als nächster hat Siegfried Kauder aus Baden-Württemberg das Wort.

Siegfried Kauder: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisvorstand, dem ich als Kreisvorsitzender vorstehe, wird seinen Solidarbeitrag zur Konsolidierung der Finanzen der Bundespartei leisten.

(Beifall)

Wir haben die wirtschaftliche Situation der Bundespartei nicht verschuldet, aber wir wollen sie als Mitglieder mit verantworten und wir wollen, dass damit ein Schlussstrich unter diese Angelegenheit gezogen wird. Meine Damen und Herren, Sie merken daran: Ich bin nicht bössartig. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass ich Jurist bin.

(Heiterkeit)

Norbert Blüm meint, das sei fast dasselbe, aber nicht ganz dasselbe.

Erlauben Sie mir als Juristen, auf einen Antrag einzugehen, der etwas peinlich ist. Wir müssen heute auf diesem Parteitag aber auch Peinliches besprechen. Es wurde ein Antrag auf Entlastung des Vorstandes gestellt. Sie haben gemerkt, dass der Vorschlag lautet, über diesen Entlastungsvorschlag unter Vorbehalten abzustimmen. Wir entscheiden über die Geschäftsführung des Bundesvorstandes für das Jahr 1998. Von der Entlastung soll all das ausgenommen werden, was mit der „Finanzaffäre“ zusammenhängt. Es möge mir einmal ein Jurist definieren, wie man den Begriff „Alles, was mit der ‚Finanzaffäre‘ zusammenhängt“, abgrenzt.

Erlauben Sie mir, schlicht und ergreifend ein, zwei Sätze aus einem Lehrbuch zu zitieren. „Eine Entlastung kommt nur bei einwandfreier Geschäftsführung und nach Erfüllung aller Pflichten in Betracht.“ Ein weiterer Satz: „Die Entlastung erstreckt sich auch auf Ersatzansprüche, die allen Mitgliedern des Vereins privat bekannt geworden sind.“ Also nicht nur das, was man hier öffentlich in Erfahrung gebracht hat, sondern auch alles, was einem privat bekannt geworden ist, ist mit der Entlastung des Bundesvorstandes vom Tisch.

Ich sage es noch einmal: Ich bin nicht böartig. Ich unterstelle keinem einzelnen Mitglied des Bundesvorstandes, dass etwas illegal gelaufen sei. Ich frage mich aber: Kann man von Mitgliedern dieser Partei, die für diese Partei sehr viel und in Wahlkämpfen fast alles geben, verlangen, dass sie in einer unklaren Situation den Bundesvorstand entlasten – und sei es auch nur mit gewissen Einschränkungen? Ich appelliere an den Bundesvorstand, den Antrag auf Entlastung – nur der Bundesvorstand kann einen solchen Antrag stellen – zurückzunehmen und ihn bis zum nächsten Bundesparteitag zurückzustellen. Wenn diese Zurücknahme des Entlastungsantrages nicht erfolgt, bitte ich Sie, die Entlastung – obwohl das peinlich wäre – nicht zu erteilen. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Peter Jungen das Wort. Zur allgemeinen Aussprache ist noch eine weitere Wortmeldung erfolgt, und zwar von Karl-Josef Laumann. Wir sind immer noch bei der Aussprache über die Anträge zu den Punkten C und D.

Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sie haben den Bericht von Matthias Wissmann gehört. Zu den Zahlen ist nichts mehr anzumerken. Es liegt Ihnen aber gleichzeitig der Rechenschaftsbericht für 1998 vor. Darin ist eine Liste der Spender enthalten, die der CDU im Jahre 1998 mehr als 20 000 DM gespendet haben. In diesem Bericht sind Angaben über die Spender enthalten. Die Spender sind Firmen und Privatpersonen. Es handelt sich um etwa 120 Spender. Davon sind ungefähr 50 Einzelpersonen. Dies ist also ein relativ überschaubarer Bereich. Früher wurden diese Angaben jedes Jahr einmal im Bundesanzeiger veröffentlicht. Dafür hat sich niemand interessiert und keiner hat es gelesen. Diesmal war das natürlich völlig anders.

Meine Damen und Herren, diese Spender sind von Magazinen und Fernsehstationen angerufen beziehungsweise angefaxt worden. Sie wurden gefragt, weshalb sie so viel Geld an die CDU gespendet haben und was sie damit für sich erreichen wollten. Es hieß, wer so viel spendet, tut dies doch nur, wenn er einen persönlichen Vorteil davon hat.

Was haben sie dafür bekommen? Viele von den Spendern und denen, die sie geworben haben, haben uns angerufen. Ich weiß, wovon ich rede, weil ich etwa 15 von den 50 Personen, die gespendet haben, selber geworben habe.

(Vereinzelt Beifall)

- Nein, deshalb rede ich hier nicht. Mir geht es um ein anderes Anliegen.

Viele von denen fühlen sich in die Nähe der Illegalität getrieben – und sei es auch nur, weil man ihnen in der Öffentlichkeit das Gefühl gegeben hat, es sei unanständig, für eine politische Partei

zu spenden, und natürlich besonders unanständig, für die CDU zu spenden. Denn in der Öffentlichkeit hat man Bestechung, illegale Spenden und anständige Spenden in einen Topf geworfen. Ich denke, es ist gut, dass Matthias Wissmann den Spendern gedankt hat. Aber wir müssen einmal darüber nachdenken, ob wir in dieser Richtung nicht mehr machen müssen, damit sie das Gefühl haben: Wir haben etwas staatsbürgerlich Richtiges und Wichtiges getan.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem so zustimmen, dann möchte ich an dieser Stelle den Vorschlag machen, dass der Bundestag in einer geeigneten Resolution, die der Bundesvorstand, das Präsidium, der oder die Vorsitzende oder die Generalsekretärin dem Parteitag unterbreitet, den Spendern, die legal und völlig ordentlich gespendet haben – sie sollen ja weiter spenden; das ist ganz wichtig für die weitere Arbeit –, öffentlich Dank ausspricht. Wir sollten das zu unserem Anliegen machen und offensiv angehen. Wir dürfen uns nicht in die Ecke der Illegalität drücken lassen.

(Beifall)

Dabei geht es nicht nur um die 120 Genannten, von denen 50 Personen sind, sondern eigentlich um alle, die in den vergangenen zwei Jahren - auch früher schon, aber besonders im Jahr der Bundestagswahl, im letzten Jahr und in den ersten Monaten dieses Jahres – gespendet haben. Sie alle sollten von der Partei auf diese Weise angesprochen werden: dadurch, dass wir das öffentlich machen, als ein Anliegen der Gesamtpartei darstellen, und darüber hinaus dadurch, dass sie angeschrieben werden, sei es von der Bundespartei oder der Parteebene, für die sie gespendet haben, die Landespartei oder die Kreispartei.

Wir diskutieren hier über die Finanzen der Bundespartei, aber sind uns darüber klar: Der größte Teil des Spendenaufkommens der Partei liegt in den Landes- und Kreisverbänden. Die werden zwar nicht jeder einzeln öffentlich genannt, aber doch herrscht dort die gleiche Atmosphäre der Verunsicherung wie bei denen, die im Rechenschaftsbericht genannt worden sind. Deshalb wäre es richtig, so denke ich, wenn wir uns nicht nur bedanken, sondern uns darüber hinaus bemühen, diese Verunsicherung zu beseitigen, und zwar sowohl bei der Bundespartei als auch bei den Landes- und Kreisverbänden. Wir werden die Spender gut behandeln müssen, sonst kommen sie uns nämlich abhanden und dann wird die Finanzierung der Arbeit der Partei auf Bundesebene, aber vor allen Dingen auch auf Landes- und Kreisebene in der Zukunft nicht mehr möglich sein.

Deshalb wäre ich Ihnen dankbar – da Sie dem ebenso zugestimmt haben –, wenn Sie diesem offensiven Vorgehen zustimmen würden und dem Bundesvorstand, wenn er Ihnen heute oder morgen einen solchen Vorschlag machen sollte, Ihr Placet geben, damit die Öffentlichkeit sieht: Wir stehen nicht nur dahinter, sondern wir begrüßen das. Das Parteiengesetz verlangt geradezu die Spendenfinanzierung, indem sie jede Mark, je nach Plafond, mit 50 oder 40 Pfennig aus der öffentlichen Hand belohnt. Also kann es nichts Illegales sein. Es ist eine höchst legale und vor allen Dingen eine höchst anständige bürgerliche Handlung, die wir auf diese Weise honorieren sollten. – Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Kauder, Sie haben vorhin Tagesordnungspunkt 13 und 14 verwechselt. Ihr Beitrag zur Entlastung hätte also zu Tagesordnungspunkt 14 erfolgen müssen; denn dieser betrifft die Entlastung für das Rechnungsjahr 1998 und der Antrag dazu wird von den Rechnungsprüfern gestellt. – Ich wollte das nur einmal anmerken; vielleicht hat sich Ihr Beitrag so erübrigt. – Als nächster Redner hat das Wort Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zu dem Thema der Finanzierung unserer Partei einmal etwas aus Sicht eines Kreisvorsitzenden, der den immerhin viertgrößten Kreisverband in Deutschland schon seit über zehn Jahren führt, sagen. Wir sind an einem Punkt, wo wir klar erkennen müssen: Wenn wir einen Neuanfang in unserer Partei wollen, sollten wir, bevor wir Angela Merkel und Ruprecht Polenz wählen, das Finanzproblem lösen. Nur so geben wir beiden eine Grundlage, auf der sie ihre Arbeit in den nächsten Jahren verlässlich planen können.

(Beifall)

Dabei ist zu bedenken, dass alle Ebenen der Partei kampagnenfähig sein müssen. Die Wahrheit ist, dass der Beitrag zur Bundespartei seit zehn Jahren 1,25 DM pro Mitglied beträgt. Wenn wir Kreisvorsitzenden ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass sich in diesen zehn Jahren die Beitragseinnahmen in den Kreisverbänden selbstverständlich erhöht haben, vor allen Dingen weil die Beiträge der Neumitglieder höher sind als bei denen, die in den 50er- und 60er-Jahren Mitglied der CDU geworden sind. Das strukturelle Problem der Bundespartei ist nun einmal, dass wir von diesen Steigerungen zehn Jahre lang nichts an die Bundespartei weitergegeben haben. Ich finde, das muss man einmal ganz ehrlich sagen. Deswegen kann es, wie einer der Vorredner sagte, nicht angehen, dass die Lösung in Nichtstun besteht, wenn wir wollen, dass unsere Bundespartei ihre identitätsstiftende Kampagnenfähigkeit für die CDU in Deutschland behält.

(Beifall)

Wir halten im Kreis Steinfurt seit vielen Jahren Neumitgliedertreffen ab. Wenn man unsere Neumitglieder fragt, warum sie Mitglied der CDU geworden sind, dann stellt man fest, dass über zwei Drittel aus bundespolitischen Gründen Mitglied der CDU geworden sind. Dies zeigt, wie wichtig es auch für uns in den Kreisverbänden ist, die Kampagnenfähigkeit der Bundespartei zu erhalten.

Deswegen bitte ich Sie schlicht und ergreifend, es Angela Merkel und Ruprecht Polenz nicht zu schwer zu machen und Ihr Placet zu dem Vorschlag zu geben, der Bundespartei für fünf Jahre 1 DM pro Mitglied und Monat zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Ich bitte den Bundesvorstand aber, in diesen Jahren einmal grundsätzlich die Verteilung des Geldes zwischen den Parteiebenen zu überdenken. Mein Kreisverband hat schon vor zehn Jahren den Vorschlag gemacht, sich die Beitragseinnahmen prozentual zu teilen. Damit wären alle Ebenen an Steigerungen, die im Laufe der Zeit nun einmal ganz normal sind, automatisch beteiligt. Jeder könnte vernünftig rechnen und sich bei seinen Ausgaben darauf einstellen. Das ist doch das Wichtigste: dass unsere Leute Politik machen können und von der Finanzseite her den Rücken endlich freibekommen. – Schönen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich habe noch eine letzte Wortmeldung vorliegen, von Sabine Töpfer-Kataw aus Berlin, Kreisverband Neukölln.

Sabine Töpfer-Kataw: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich spreche hier als Kreisvorsitzende. Ich habe heute gelernt, dass wir nicht nur das Problem haben, Strafe zahlen zu müssen für das Finanzgebaren der letzten Jahre, sondern dass wir auch ein strukturelles Defizit haben. Der Kreisverband Neukölln ist natürlich bereit, Solidarität mit der Bundespartei zu üben. Wir sind bereit für diese Solidarität, aber ich möchte natürlich wissen, wohin mein Geld geht, genauso wie das meine Kreisverbandsmitglieder wissen möchten.

Wir sprechen hier über eine Änderung der Strukturen. Wir sprechen hier über eine Änderung der Art und Weise, wie wir mit dem Geld umgehen. Gleichzeitig aber sind wir in der Situation, dass kein Etat vorgelegt wird. Es bleibt weiterhin Sache des Bundesverbandes, diesen Etat zu beschließen. Und, so haben wir gerade gelernt, uns kann der Rechenschaftsbericht für 1999 noch nicht vorgelegt werden, weil er – das ist verständlich – noch nicht fertig ist. Deshalb möchte ich Sie bitten, im Sinne des Antrages der Senioren-Union zu verfahren und die Rahmendaten offenzulegen. Das, was Sie, Herr Wissmann, zur Konsolidierung vorgetragen haben, mag nachvollziehbar sein, ist für mich aber viel zu schwammig, um sagen zu können: Das ist der Ansatz, um die Finanzen zu konsolidieren. Wenn die Rahmendaten vorliegen, dann können wir auch gerne darüber sprechen, ob wir die Abgabe um 1 DM oder um 1,50 DM erhöhen – aber erst, wenn wir wissen, wo es lang geht. – Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Damit haben wir die allgemeine Aussprache zu den Anträgen C und D beendet. Nun hatte vorhin Herr Dr. Gottschalck aus Hamburg den Geschäftsordnungsantrag gestellt, die Abstimmung über die Bereiche C und D zu vertagen. Ich gebe Rupert Scholz das Wort für die Antragskommission als Gegenredner.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Wenn man so grundlegende Fragen zu Satzungsänderungen in dem sensiblen Bereich der Finanzstruktur unserer Partei diskutiert und so etwas entscheiden muss, ist im Prinzip natürlich einzusehen, wenn jemand sagt: Dafür müsst ihr uns Zeit geben. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, in der Situation, in der wir sind und was das Signal angeht, das von diesem Parteitag ausgehen muss, haben wir keine Zeit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will Ihnen kurz die Daten offenlegen, wie die Entwicklung gewesen ist. Matthias Wissmann hat vorhin schon darauf hingewiesen, wie die Herzog-Kommission gearbeitet hat. Mit Recht hat auch Wolfgang Schäuble darauf verwiesen, was wir dieser Kommission zu verdanken haben. Meine Damen und Herren, die Herzog-Kommission hat ihren Bericht am 17. März vorgelegt. Am 20. März hat sich der Bundesvorstand damit befasst. Am 23. März ist an alle unsere Mitglieder über den UjD dieser Bericht der Herzog-Kommission hinausgegangen. Dann musste für diesen Parteitag die entsprechende satzungsmäßige Umsetzung vorbereitet werden. Deshalb sind die Antragsfristen bis zum 5. April verlängert worden. Die Antragskommission selbst hat sich gestern noch einmal ausführlich damit befasst und die eine oder andere Anregung eingearbeitet.

Liebe Freunde, vor diesem Hintergrund sehen Sie, dass der Vorwurf nicht begründbar ist, es habe nicht genügend Zeit oder nicht genügend Sorgfalt gegeben.

Deshalb die herzliche Bitte der Antragskommission, die ich Ihnen hier vortragen darf: keine Vertagung, sondern Entscheidung heute, Entscheidung zugunsten einer Finanzstruktur, wie sie keine andere Partei hat. Keine andere Partei hat so eine klare Controlling-Konstellation und alles das, was damit zusammenhängt. Matthias Wissmann hat es deutlich vorgetragen. Damit sind wir auch in diesen Fragen vorne. Das dürfen wir heute nicht verpassen, das dürfen wir nicht vertagen.

Deshalb werbe ich sehr dafür: Lehnen Sie den Vertagungsantrag ab! Lasst uns heute zu einer klaren Entscheidung in Richtung Neubeginn, in Richtung Erneuerung kommen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Gottschalck macht mich gerade darauf aufmerksam, dass er „nur“ für die Vertagung des Bereiches C plädiert hat. Im Hinblick auf die Bedeutung dieses Punktes gebe ich dem Parteivorsitzenden das Wort. Herr Dr. Schäuble, Sie haben das Wort.

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie einfach, noch einen Moment mitzudenken, was in den letzten Monaten war, wo wir stehen und was wir mit der anstehenden Abstimmung entscheiden.

Es hat zu meinen erfreulichen Erfahrungen in den bitteren Wochen gehört – ich habe das in meiner Rede gesagt, es war sehr ehrlich gemeint –, wie ich mit Roman Herzog, mit Paul Kirchhof und Hans Tietmeyer telefoniert habe, um sie dafür zu gewinnen, diese Arbeit für uns zu leisten. Ich zitiere jetzt einmal Professor Kirchhof, der nicht Mitglied unserer Partei ist. Er hat mir am Telefon gesagt: Es ist mir eine Ehre, dieser großen Partei in dieser schwierigen Zeit zu helfen.

(Beifall)

Nun haben die drei Herren uns ihre Vorschläge vorgelegt. Rupert Scholz hat eben den ganzen Ablauf genannt. Am 17. März lag der Bericht vor, bereits am 20. März haben wir im Bundesvorstand beraten, haben eine Kommission eingesetzt, haben beraten und beraten und Vorschläge vorgelegt. Wir haben die Antragsfrist verlängert. Natürlich ist das alles ganz ungewöhnlich. Ich hoffe übrigens, dass die Erfahrungen der letzten Monate in jeder Beziehung für diese unsere große Christlich Demokratische Union nicht nur ungewöhnlich, sondern einmalig bleiben.

(Beifall)

Deswegen müssen wir heute einen Neuanfang machen.

Jetzt liegt der Antrag vor, die Vorschläge der drei Sachverständigen, die der Bundesvorstand nach gründlicher Beratung, auch nach Beratungen mit der Finanzkommission, mit den

Schatzmeistern, den Generalsekretären und Geschäftsführern der Landesverbände übernommen hat, auf den nächsten Parteitag zu vertagen. Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, liebe Freunde, dass wir uns vor der Krise in einer heftigen Debatte allmählich der Erkenntnis genähert haben – Matthias Wissmann hat das angesprochen –, wir können uns nur einen Parteitag pro Jahr leisten. Der nächste Parteitag wird also irgendwann im Sommer 2001 sein. Wollen wir uns wirklich zumuten, den Neuanfang, der von diesem Parteitag ausgehen muss, und zwar nicht irgendwann, sondern heute und morgen, dadurch zu belasten, dass wir sagen: Wir hatten zwar hervorragende Ratgeber, die uns auch gute Vorschläge gemacht haben, aber die behandeln wir in anderthalb Jahren?

Liebe Freunde, ich bitte Sie herzlich: Tun Sie es nicht.

Wir können auch schlecht den Bereich D der Anträge behandeln, in denen es um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Partei geht, wenn C nicht entschieden ist. Den Bereich D müssen wir heute behandeln. Sonst ist die künftige Führung, ist die Partei, sind wir in einer ungewöhnlich kritischen Lage. Ich will das nicht weiter ausführen. Man muss in solchen Situationen auch für Geschäftspartner, etwa für Banken, klare und verlässliche Grundlagen schaffen. Also müssen wir über die Anträge D abstimmen. Und sollen wir wirklich die Beschlüsse über den Bereich D, Ausgaben und Einnahmen der Bundespartei, herbeiführen, ohne die Voraussetzungen zu schaffen, was uns Roman Herzog, Paul Kirchhof und Hans Tietmeyer vorgeschlagen haben, nämlich dauerhaft sicherzustellen, dass in unserem Rechnungswesen in der Zukunft alles vorbildlich in Ordnung ist?

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte Sie herzlich: Helfen Sie mit, dass wir Beschluss fassen.

Wenn ich gerade das Wort habe – ich möchte es nicht mehr allzu oft nehmen –, möchte ich Kollegen Kauder noch sagen: Ich bin darüber belehrt, dass wir die Entlastungen der Bundespartei nicht nach Amtszeiten von Bundesvorständen vornehmen, sondern nach Geschäftsjahren. Wir reden jetzt über das Rechnungsjahr 1998. Damit Sie nicht meinen, dieser Bundesvorstand sei in besonderer Weise persönlich betroffen: Es ist das letzte Jahr vor unserer Amtszeit. Unsere Amtszeit begann am 7. November 1998. Im Wesentlichen geht es um die Zeit vor dem 7. November 1998, für die von den Rechnungsprüfern in der Form, wie es Ferdi Tillmann vorgetragen hat, Entlastung beantragt worden ist. Ich habe mich in intensiven Gesprächen sowohl mit den Juristen der Bundesgeschäftsstelle als auch mit dem Rechnungsprüfer Franz Möller – Ferdi Tillmann war bei diesem Gespräch verhindert – darüber vergewissert, dass es keinen anderen rechtlichen Weg gibt, angesichts der noch nicht völlig geklärten Frage, wie es in der Vergangenheit war – Sie können die Berichte der Wirtschaftsprüfer lesen; sie sind veröffentlicht –, als die Entlastung so zu beantragen, wie es Ferdi Tillmann gemacht hat.

In diesem Rahmen muten wir Ihnen nichts zu, was die Partei nicht dringend braucht. Vorgesprochen ist, jetzt unser Rechnungswesen dauerhaft in Ordnung zu bringen und eine Grundlage dafür zu schaffen, dass die künftige Parteiführung den politischen Wettbewerb mit Rot-Grün bei einigermaßen Chancengleichheit bestehen kann. Völlige Chancengleichheit gibt es nicht; denn wir haben für den nächsten Bundestagswahlkampf halb so viel Geld wie die

Sozialdemokraten. Das sollte man wissen. Aber ein Minimum an Chancen muss die künftige Führung haben. Sonst würden wir das, was wir uns für den heutigen Parteitag vorgenommen haben, nicht leisten können. Ich bitte Sie herzlich.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich wiederhole: Herr Dr. Gottschalck hat beantragt, die Punkte C 7 ff. heute nicht zu beraten, sondern zu vertagen. Der Parteivorsitzende hat eben engagiert dagegen gesprochen. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer für die Vertagung stimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! –

(Vereinzelt Beifall)

Enthaltungen? – Mit überwältigender Mehrheit wurde der Vertagungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun, wie vereinbart, zur Beratung der Einzelanträge. Ich rufe auf den Antrag C 7 des Bundesvorstandes. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 70 folgende. Dazu gehören die Anträge C 8 bis C 17. Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Rainer Wieland aus dem Kreisverband Ludwigsburg.

Rainer Wieland: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorhin wurde gesagt, die Kreisverbände seien bereit, die Last mitzutragen, wenn sie wissen, was mit dem Geld geschieht. Auch der Kreisverband Ludwigsburg wird einer Belastung für fünf Jahre zustimmen. Aber wir müssen uns schon darüber klar sein, dass das Einsammeln mit diesen Beschlüssen an die Kreisverbände delegiert worden ist. Wir müssen also die unangenehmen Gespräche mit den Mitgliedern führen, weil nicht alle Kreisverbände diese Beträge aus der Portokasse bezahlen können. Deshalb muss es auch eine Art Gegenleistung geben.

Ich denke nicht, dass es richtig ist, den Haushaltsausschuss so zu installieren, dass das Präsidium dem Bundesvorstand entsprechende Vorschläge macht und dann sozusagen aus sich selbst heraus ein Haushaltsausschuss geboren wird. Der Kreisverband Ludwigsburg hat deshalb den Antrag C 15 eingebracht, dass der Haushaltsausschuss nicht nur aus Mitgliedern des Bundesvorstandes besteht. Die Anträge C 9 der Senioren-Union und C 10 des Kreisverbandes Erftkreis gehen noch weiter. Wir können mit diesen beiden Anträgen leben. Zumindest aber muss der Antrag C 15 umgesetzt werden, dass sich also das Gremium hälftig aus Nichtmitgliedern des Bundesvorstandes zusammensetzt, damit ein Minimum an Transparenz in die Bundespartei hinein gewährleistet ist. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen zu diesen Anträgen liegen mir nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 7 bis C 17 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dem Vorschlag der Antragskommission gefolgt worden.

Ich rufe auf den Antrag C 18 des Bundesvorstandes. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf der Seite 73 folgende. Hierzu sind keine Ergänzungs- und Änderungsanträge gestellt worden. Wortmeldungen liegen auch nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung

der Antragskommission zu dem Antrag C 18 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es einstimmig, wie vorgeschlagen, so beschlossen.

Wir kommen zu dem Antrag C 19 des Bundesvorstandes. Diesen finden Sie in der Sammlung der Anträge auf Seite 74. Dazu sind ebenfalls keine Ergänzungs- und Änderungsanträge gestellt worden. Wortmeldungen dazu liegen auch nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu dem Antrag C 19 abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist es ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den Antrag C 20 des Bundesvorstandes. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 74. Dazu gehören die Anträge C 21 und C 22. Klaus Herrmann hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Klaus Herrmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte darum, den Antrag C 22 nicht zusammen mit den Anträgen C 20 und C 21 zu behandeln. Der Antrag C 20 des Bundesvorstandes behandelt nämlich Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den Etatbeschlüssen richtig und notwendig sind. Der Antrag C 21 ist dazu eine Ergänzung. Der Antrag C 22 des CDU-Kreisverbandes Ludwigsburg behandelt einen ganz anderen Sachverhalt, der nur im gleichen Paragraph der Satzung aufgeführt ist. Deshalb bitte ich um getrennte Behandlung von C 20 und C 21 auf der einen Seite und C 22 auf der anderen Seite.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich bitte nach der nächsten Wortmeldung, die sich auf den Antrag C 22 bezieht, Rupert Scholz für die Antragskommission zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen. Zunächst aber hat das Wort zum Antrag C 22 Rainer Wieland aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Rainer Wieland: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag C 22 begehrt, dass künftig das Statut der CDU nur mit Zweidrittelmehrheit geändert werden kann. In unserem Statut ist vorgesehen – das wissen viele nicht –, dass man mit der absoluten Mehrheit des Parteitages die Satzung ändern kann. Diese Regelung stammt noch aus den 40er- und 50er-Jahren und ist Ausdruck des Kanzlerwahlvereins CDU. Die Satzung sollte jeweils so gestrickt werden können, wie man sie gerade brauchte. Ich erinnere mich an Parteitage, auf denen man ein oder zwei Kandidaten mehr hatte. Es wurde beispielsweise die Zahl der Stellvertreter erhöht. Vor dem Zusammenschluss der Union hatten wir es zum Schluss bis auf sieben stellvertretende Vorsitzende gebracht. Immer wurde eine solche Änderung hoppla hopp eingeführt.

Ich denke, eine Satzung, die Ihren Namen verdient, sollte nicht lediglich mit einer einfachen Mehrheit geändert werden können. Deshalb ist es unter dem Stichwort Neustrukturierung der Partei richtig, dass man die Hürde für eine Satzungsänderung höher hängt, um die Satzung dem Einfluss der Beliebigkeit zu entziehen.

(Vereinzelter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Klaus Herrmann hat vorgeschlagen, über die Anträge C 20 und C 21 im Zusammenhang, aber getrennt von Antrag C 22 abzustimmen. Die Antragskommission hat bis jetzt dafür votiert, über die Anträge C 20, C 21 und C 22 im Zusammenhang abzustimmen. Ich bitte Rupert Scholz, dazu Stellung zu nehmen.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Ich sehe kein Problem in der gesonderten Abstimmung. Man sollte aber einen Punkt beachten: Die bisherige Satzungslage ist sehr klar. Man braucht eine absolute Mehrheit. Der Antrag C 22 fordert nun für eine Satzungsänderung eine Zweidrittelmehrheit. Wenn man aber einmal davon ausgeht, wie die Präsenz bei Abstimmungen auf Parteitag ist, dann muss man sagen, dass zwischen beiden Positionen kein Unterschied liegt. Das wollte ich nur ergänzend sagen. Aber es ist keine Frage, dass man getrennt abstimmen kann.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Rupert Scholz, habe ich Sie richtig verstanden – es ist ja wichtig, dass man weiß, über was man abstimmt –, dass die Antragskommission vorschlägt, getrennt abzustimmen, und dass sie die Anträge C 20 und C 21 unterstützt und dementsprechend Antrag C 22 ablehnt? – Gut. – Sind Sie mit einer getrennten Abstimmung einverstanden? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir stimmen als erstes über die Anträge C 20 und C 21 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 20 und C 21 zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So weit wir dies gesehen haben, wurde der Empfehlung einstimmig gefolgt.

Jetzt kommen wir zum Antrag C 22. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag C 22 folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Abstimmungsergebnis lässt sich nicht auf Anhieb feststellen. Wenn man sich nicht sicher ist, dann ist es sinnvoll, die Abstimmung zu wiederholen. Es geht – ich möchte das wiederholen – um den Antrag C 22. Die Antragskommission empfiehlt hier Ablehnung. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission, nämlich den Antrag abzulehnen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Herr Tagungspräsident, Herr Kollege Rüttgers, wir sind im Augenblick der Auffassung, dass sich Ja- und Neinstimmen in etwa die Waage halten. Deswegen schlage ich vor, dass wir schriftlich abstimmen. Das tut mir zwar hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs leid, aber wenn wir jetzt die hochgehaltenen Karten zählen, dann wird es noch komplizierter.

Ich schlage vor, dass sich die Stimmzähler versammeln und dass Sie Ihre Stimmkarten zu Hand nehmen. – Es wird gerade eingewendet – das ist wohl richtig –, dass es sich bei C 22 um eine Satzungsänderung handelt. Eine Satzungsänderung bedarf nach unserer Satzung der absoluten Mehrheit. Das wären 501 Stimmen. Ich schlage vor, dass wir jetzt einfach darüber abstimmen.

Ich möchte jetzt das eigentliche Verfahren beschreiben: Auf dem Stimmblock 1 finden Sie drei Stimmzettel vor: Weiß bedeutet Ja, Rosa bedeutet Nein und Gelb bedeutet Enthaltung. Zur Erinnerung: Die Antragskommission hatte vorgeschlagen, den Antrag C 22 abzulehnen. Das Präsidium ist der Meinung, dass wir über den Antrag C 22 abstimmen sollten, weil es sich um

einen schriftlichen Antrag zur Satzungsänderung handelt. Wir stimmen also jetzt nicht wie üblich über den Vorschlag der Antragskommission ab, sondern über den Antrag C 22. Wer für den Antrag stimmen möchte, der nimmt den weißen Stimmzettel. Wer mit Nein stimmen möchte, der nimmt den rosa Stimmzettel. Wer sich enthalten möchte, der nimmt den gelben Stimmzettel. Besteht Klarheit über den Vorgang?

(Zurufe: Ja!)

Das scheint der Fall zu sein. Dann eröffne ich die Abstimmung über den Antrag C 22. Ich bitte die Auszähler, die Stimmzettel einzusammeln.

Darf ich nun noch einmal fragen: Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich diesen Vorgang ab und bitte um Auszählung. Wir setzen sofort danach die Beratungen fort. Ich unterbreche sie für wenige Minuten.

(Unterbrechung von 15.40 bis 15.54 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Abstimmung über den Sachantrag C 22 bekannt: Abgegebene Stimmen 873. Ungültige Stimmen 5; Enthaltungen 8; gültige Stimmen 865. Die erforderliche Mehrheit beträgt – ich hatte es bereits gesagt – 501 Stimmen. Für den Sachantrag haben gestimmt 422; mit Nein stimmten 438. Damit hat der Antrag nicht das nötige Quorum und ist deshalb abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin gefragt worden, warum wir das Verfahren, dass über den Antrag der Antragskommission immer vorrangig abgestimmt wird, nicht fortgesetzt haben. Das hätte man machen können. Aber wir hätten mit dem Ergebnis noch kein Votum für den Antrag gehabt und hätten noch ein zweites Mal abstimmen müssen. Das war der Grund, weswegen wir uns hier oben entschlossen haben, direkt abstimmen zu lassen, zumal das ein Eingriff in die Satzung bedeutete. Insofern war für jeden Delegierten dieses Abstimmungs-votum viel transparenter und klarer.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch über einige Anträge zu befinden. Aber wir haben noch nicht viele geschafft; denn insgesamt gibt es auf diesem Parteitag über 100 Anträge. Deshalb bitte ich um Nachsicht, wenn ich nach dieser demokratischen Abstimmung etwas zügiger verfare. Vielleicht muss der eine oder andere nicht unbedingt das Wort ergreifen.

Ich rufe als nächstes den Antrag C 23 auf; Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 75. Dazu gehören die Anträge C 24 bis C 27. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu diesen Anträgen C 23 bis C 27 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe dann den Antrag des Bundesvorstandes C 28 auf; Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 77 ff. Dazu gehören die Anträge C 29 bis C 57. Zu dem

Antrag C 47 haben wir eine Wortmeldung von Michael Breuer aus NRW. Herr Breuer, bitte schön.

Michael Breuer: Es geht mir darum, inwieweit für Spenden Spendenquittungen ausgestellt werden müssen. Der Antrag sieht vor, dass die Pflicht von Spendenquittungen nur für Spenden mit einem Wert von über 1000 DM besteht. Wir als Kreisverband schlagen Ihnen vor – wir erbitten dazu auch eine Stellungnahme von der Antragskommission –, dass grundsätzlich für alle Spenden Spendenquittungen ausgestellt werden müssen, damit man eine Gegenkontrolle hat. Das ist unsere Begründung. Das wird von uns in unserem Kreisverband und auch in anderen Kreisverbänden so praktiziert werden. Uns interessiert also eine Begründung, warum von der Antragskommission die Pflicht von Spendenquittungen nur bei über 1000 DM vorgesehen ist.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Rupert Scholz für die Antragskommission.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Das ist eine Frage der Bürokratie: Wenn Sie an irgendeinem Stand eine Sammlung durchführen und von jemandem, den Sie nicht kennen, 5 DM in eine Büchse hineingeworfen bekommen, wie wollen Sie diesem eine Spendenquittung geben, wenn er keine anfordert? Das Recht, eine Spendenquittung anzufordern, hat er immer. Ich denke, wir müssen hier ein bisschen auf die Praktikabilität achten. Deshalb bitte ich, diesen Vorschlag abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich komme dann zur Abstimmung. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 28 bis C 57 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen sind diese Anträge mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag C 58 auf. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 84. Dazu gehört auch der Antrag C 59. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 58 und C 59 zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe dann den Antrag C 60 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 85. Dazu gehören die Anträge C 61 und C 62. Wortmeldungen dazu liegen ebenfalls nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu C 60 bis C 62 abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist damit mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe dann den Antrag C 63 des Bundesvorstandes auf. Sie finden ihn auf Seite 86 in der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge C 64 bis C 66, C 72 zu Ziffer 15.3, C 76 bis C 78 und C 81. Auch hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den genannten Anträgen abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist einstimmig so beschlossen.

Jetzt rufe ich den Antrag C 67 auf. Sie finden ihn in der Antragsbroschüre auf Seite 89. Auch hier gibt es keine Wortmeldungen. Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 68 des Bundesvorstandes auf Seite 90 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehört der Antrag C 69. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu C 68 und C 69 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 70 auf. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 90 f. Dazu gehört auch der Antrag C 71. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag C 72 des Bundesvorstandes zu den Ziffern 15.1 und 15.2 auf. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 91 bis 93. Dazu gehören die Anträge C 73 bis C 75. Wortmeldungen liegen ebenfalls nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 72 zu den Ziffern 15.1 und 15.2 bis C 75 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag C 79 auf, der sich in der Antragsbroschüre auf Seite 94 befindet. Dazu liegt eine Wortmeldung für die Antragskommission von Rupert Scholz vor.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Ihr Augenmerk auf den vorgesehenen Abs. 3 des § 25 zu legen. Das betrifft die Ziffer 17 auf der Seite 95 der Antragsbroschüre. Dort steht im letzten Absatz:

Die nachgeordneten Gebietsverbände, die Vereinigungen und die Sonderorganisationen der Partei haben für ihren Bereich jeweils gleichartige Regelungen zu treffen.

Das ist eine Vorschrift beziehungsweise Regelung, die in dieser Form nach Auffassung der Antragskommission – die Antragskommission hat sich damit noch einmal befasst – einer Modifikation bedarf. Was ist die Ratio beziehungsweise das Gebot der Gleichartigkeit? Das Gebot der Gleichartigkeit betrifft auf der einen Seite das, was das materielle Finanzwesen angeht, wie man also mit Spenden umgeht, wie man Spenden annimmt, was man zu veröffentlichen hat usw.

Auf der anderen Seite erfasst das Gebot der Gleichartigkeit die Organisation, also - sei es auf der Ebene der Bundespartei, sei es auf der Ebene der Landesverbände oder der Sondervereinigungen - die Organisation der verantwortlichen Gremien oder Verantwortungsträger. Hier sind wir der Meinung, dass man die in der Tat relativ komplizierte Struktur, die die Bundespartei nunmehr erhalten hat, nicht von vornherein in sozusagen spiegelbildlicher Analogie allen Landesverbänden, Kreisverbänden, Sondervereinigungen usw. vorschreiben sollte, sondern dass hier die Möglichkeit der Flexibilität bestehen sollte.

(Vereinzelt Beifall)

Das bedeutet, dass dieser Absatz anders zu fassen ist. Er ist so zu fassen, dass erstens die Vorschriften der Organisation des Finanzwesens in der Zuständigkeit der Landesverbände, der Vereinigungen und der Sonderorganisationen liegen und dass zweitens Regelungen auf der Ebene der dezentralen Einrichtungen nur insoweit getroffen werden können, als ein entsprechendes Satzungsrecht besteht.

Am Beispiel klargemacht: Sicherlich kann nicht im Landesverband X der Kreisverband Y eine andere Regelung vorsehen, als es der Landesverband in seiner Satzung vorgibt; das liegt auf der Hand. Deshalb die ausdrückliche Klausel: soweit ihnen – sprich: jenen Vereinigungen, jenen Gebietsverbänden – ein Satzungsrecht zusteht. Ich bitte, dies entsprechend aufzunehmen und über die Empfehlung in der Form abzustimmen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Der Kollege Scholz hat noch einmal erklärt, was die Antragskommission vorsieht. Herr Kollege Scholz, das bezog sich allerdings auf den Antrag C 80. Das macht aber nichts. Dann ist das zumindest für den nächsten Antrag richtig gestellt.

Wir stimmen jetzt über C 79 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dies ist einstimmig angenommen.

Jetzt rufe ich den Antrag C 80 auf. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 94. Dazu gehören die Anträge C 82 bis C 84. Eine geänderte Empfehlung der Antragskommission finden Sie in der Sammlung der Initiativ-Anträge auf Seite 4. Dazu hat Rupert Scholz, wenn ich das richtig sehe, gerade eine Erklärung abgegeben.

Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Ich lasse deshalb über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 80 und C 82 bis C 84 abstimmen. Wer der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dies ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, zwischendurch hat ein Delegierter gefragt, warum, bis auf die eine Ausnahme, die ich begründet habe, immer zuerst über das Votum der Antragskommission abgestimmt wird. Nun kann man nicht sagen: Das war immer so. Diese Antwort würde nicht ausreichen. Aber es steht auch in unserer Geschäftsordnung, nämlich in § 10 Abs. 3 und in § 21 Nr. 1, dass im Normalfall über die Empfehlung der Antragskommission zuerst abgestimmt wird. Die Ausnahme mit Begründung haben wir vorhin in schriftlicher Form durchgeführt.

Ich rufe jetzt die Anträge C 85 und C 86 sowie C 110 und C 111 auf. Sie finden diese Anträge in der Broschüre auf den Seiten 97 und 104. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge gemeinsam zu behandeln. Ich frage: Liegen hierzu Wortmeldungen vor? – Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Thaddäus Kunzmann vorliegen. Das bezieht sich aber auf die Anträge C 89 und C 87 und nicht auf die jetzt von mir aufgerufenen Anträge. Ist das richtig? – Ich habe Sie nur sicherheitshalber gefragt.

Ich lasse jetzt, weil es keine Wortmeldungen gibt, über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen C 85, C 86, C 110 und C 111 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Jetzt rufe ich die Anträge C 87 bis C 101 der Jungen Union auf. Sie finden diese Anträge in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 97 bis 100. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge gemeinsam zu behandeln. – Herr Kunzmann, ich bitte Sie nun, das Wort zu nehmen.

Thaddäus Kunzmann: Liebe Parteifreunde, wir befassen uns heute im Wesentlichen mit den finanziellen und strukturellen Folgen der bestehenden Verschuldung und der drohenden Überschuldung unserer Partei. Die Beschlüsse, die wir hoffentlich noch fassen werden, können sich sehen lassen, wobei ich zugebe: In jedem Punkt stimme ich nicht gerne zu.

Im Laufe der vergangenen Monate habe ich mich oft gefragt: Wie kam es denn, dass ein System schwarzer Konten entstehen konnte? Wie kam es denn, dass unsere Bundespartei seit Jahren defizitär arbeitete, ohne dass jemand nachgefragt hat?

Angela Merkel hat im Rahmen der Regionalkonferenzen Defizite in der innerparteilichen Demokratie und Meinungsbildung beklagt. Ich will das jetzt gar nicht weiter ausdiskutieren. Ich frage nur: Wie kam es denn dazu, und warum haben wir es akzeptiert? Liegt es vielleicht auch daran, dass wir eine 25jährige Amtszeit eines Parteivorsitzenden hatten, die uns und unsere Partei wesentlich geprägt hat, im Positiven, aber auch im Negativen? Ich möchte das gar nicht bewerten, sondern nur bemerken: Mit Wolfgang Schäuble ist einer der intelligentesten Köpfe der deutschen Politik, nicht nur der CDU, ein Opfer der Bewältigung der negativen Folgen dieser 25jährigen Amtszeit.

Lag es nun an Helmut Kohl, oder lag es an der langen Amtszeit? Wahrscheinlich an beidem. Deshalb bitte ich Sie, in Konsequenz des Geschehenen darüber nachzudenken, ob neben den schmerzlichen finanziellen und strukturellen Einschnitten auch über die Begrenzung der Amtszeit des Parteivorsitzenden nachgedacht werden sollte.

Jetzt schlägt die Antragskommission – es war ja fast zu erwarten – den Verweis an eine Kommission vor, die im Übrigen noch nicht gebildet ist, sondern überhaupt erst mit Antrag B 19, der heute oder morgen erst beschlossen werden soll, eingesetzt wird. Liebe Parteifreunde, das ist ein bisschen vage, und eben weil es vage ist, andererseits jedoch auch kein Ad-hoc-Beschluss über die verschiedenen Möglichkeiten einer Amtszeitbegrenzung gefasst werden sollte – die Junge Union schlägt acht Jahre vor, andere schlagen zehn oder zwölf Jahre vor -, beantrage ich, dass wir den Antrag B 19 jetzt schon beschließen, und zwar mit einer Ergänzung. Zunächst heißt es dort ja:

Der 13. Bundesparteitag beauftragt den in Essen neu gewählten Bundesvorstand, eine umfassende Reform der Parteiarbeit vorzubereiten. Zu diesem Thema ist im Herbst 2000 eine Kreisvorsitzenden-Konferenz durchzuführen, auf der über eine breite Meinungsbildung

– jetzt kommt der Einschub –

insbesondere über eine Begrenzung von innerparteilichen Amtszeiten in den Kreisverbänden zu berichten ist. In der Folge ...

Liebe Parteifreunde, ich glaube, das ist ein Antrag, der dem Antrag B 19 nicht widerspricht, sondern ihn ergänzt. Die Antragskommission wird dadurch sicherlich keinen Schaden

nehmen, und mir würden Sie mit der Annahme dieses Antrages eine große Freude bereiten.
– Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Hausmann oder Herr Scholz, wollen Sie kurz für die Antragskommission Stellung nehmen?

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Sie haben es eben in dem Vortrag der Jungen Union gehört: Es geht um recht grundlegende Veränderungen. Wir von der Antragskommission haben Ihnen, wie ich denke, aus gutem Grund den Vorschlag gemacht, diese Anträge in der Tat an die morgen nach Antrag B 19 zu beschließende Kommission zur Reform der Parteiarbeit zu überweisen. Ich glaube, es hat wenig Sinn, wenn wir heute gleichsam aus dem Stegreif derart grundlegende Veränderungen beschließen. Eile geboten ist, wie Wolfgang Schäuble vorhin noch einmal gesagt hat, bei den Fragen der Satzungsänderungen im Bereich der Finanzstruktur. Was aber die Parteiarbeit in ihrer Allgemeinheit – bis hin zu Amtszeitbegrenzungen etc. – angeht, sollten wir alles in Ruhe und auf der Grundlage entsprechender Kommissionsempfehlungen beraten. Deshalb die Bitte: Überweisung an die nach B 19 zu beschließende Reformkommission! – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben es gehört: Rupert Scholz hat vorgeschlagen, das, was von Herrn Kunzmann vorgetragen worden ist, in der Kommission in Ruhe zu diskutieren, also heute nicht zu behandeln. Ich lasse jetzt auf der Grundlage der Empfehlungen der Antragskommission abstimmen.

Es geht um die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen C 87 bis 101. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, es liegen dem Parteitag noch 17 weitere Anträge vor, die sich auf das Satzungsrecht der CDU beziehen. Die Antragskommission hat diese Anträge geprüft und hat empfohlen, sie als erledigt zu betrachten oder aber zu überweisen. Um Zeit zu sparen, schlage ich Ihnen vor, diese Anträge gemeinsam zu behandeln und über die jeweilige Empfehlung der Antragskommission sozusagen *uno actu* zu entscheiden. – Ich höre keinen Widerspruch, rufe dann also die Anträge C 102 bis 109 und C 112 bis 120 auf.

Weil das die letzte Wortmeldung ist, darf ich Herrn Siegfried Kauder fragen, ob er sie noch wahrnehmen möchte.

Siegfried Kauder: Herr Tagungspräsident, wir nehmen die Anträge C 114 Ziffern 1 und 2 und C 115 zurück, weil sie sich erledigt haben.

Nicht erledigt hat sich unseres Erachtens Antrag C 114 Ziffer 3, in dem wir beantragen, ein Strafgeld in die Satzung aufzunehmen. Ein Strafgeld hat nichts mit Schadenersatz und nichts mit einer gerichtlich festzusetzenden Geldbuße im Falle einer Straftat zu tun. Ein Strafgeld ist so etwas wie Schmerzensgeld für immateriellen Schaden, den einer, der die Gesetze nicht

einhält, der Partei zufügt. Außerdem hat ein Strafgeld Abschreckungscharakter. Das heißt, das Strafgeld trägt dazu bei, das zu verhindern, was wir in Zukunft verhindern wollen, nämlich dass so etwas wie die Finanzaffäre noch einmal passieren kann. Deswegen bitte ich, dem Antrag C 114 Ziffer 3 stattzugeben und die Empfehlung der Antragskommission abzulehnen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Dazu ein Vertreter der Antragskommission, Herr Scholz oder Herr Hausmann? - Bitte.

Dr. Willi Hausmann, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt vor, diesen Antrag abzulehnen. Es geht hier um einen Vorschlag, der quasi einen Straftatbestand in die Finanzordnung, in das Statut unserer Partei aufnehmen will. Die Antragskommission hält dies nicht für angemessen. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, im Augenblick geht es, was diesen konkreten Punkt angeht, um Antrag C 114 Ziffer 3, den Sie auf Seite 105 der Antragsbroschüre finden. Da sich die Empfehlung von dem sonstigen Votum – Erledigung oder Überweisung – abhebt und es hier substantiell um Ablehnung geht, lasse ich über diesen Antrag gesondert abstimmen, wenn Sie einverstanden sind. Herr Dr. Hausmann, der Bundesgeschäftsführer, hat soeben für die Antragskommission Ablehnung von Antrag C 114 Ziffer 3 empfohlen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ersteres war die überwältigende Mehrheit.

Können wir dann über den Rest – dies bezieht sich auf die Anträge C 102 bis C 109 und C 112 bis C 120 – auf der Grundlage der Empfehlung der Antragskommission abstimmen? Wer, bezogen auf diese Anträge, der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einmütig so angenommen.

Meine Damen und Herren, damit hat der Parteitag über alle zur Änderung des Satzungsrechts vorliegenden Anträge – diese waren unter Punkt C zusammengefasst – Beschluss gefasst. Ich finde, das ist eine stolze Leistung. Ich möchte Ihnen herzlich für die konstruktive und zügige Mitarbeit danken.

(Beifall)

Wir kommen nun zu den Anträgen unter Punkt D. Zu diesen Anträgen liegen drei Wortmeldungen vor. Die Anträge zu Punkt D finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 110 bis 115. Wer sich dazu unbedingt zu Wort melden möchte, möge dies bitte rechtzeitig tun. Mittlerweile liegen dazu vier Wortmeldungen schriftlich vor. Da sich alle Wortmeldungen auf einen konkreten Punkt innerhalb des Paketes der Anträge unter Punkt D beziehen, gehe ich davon aus, dass wir darauf verzichten, hier noch eine allgemeine Aussprache zu führen, zumal wir sie vorhin schon in Verbindung mit Punkt C durchgeführt haben. Zu Antrag D 1 hat nun Klaus Herrmann aus Baden-Württemberg das Wort. Den Antrag D 1 finden Sie auf Seite 110 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge D 6 bis D 9 sowie D 11 und D 13 und außerdem die Initiativanträge D 14 bis D 18. Bitte schön, Herr Herrmann!

Klaus Herrmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche speziell zu Ziffer 4.3 des Antrages D 1. Über die Ziffern 1 bis 3 haben wir in den Delegiertenbesprechungen und in den Kreis- und Landesverbänden ausgiebig diskutiert. Es hieß dort immer, dass die Tabelle zur Selbsteinschätzung des Mitgliedsbeitrages ergänzt oder verändert werden solle. Nun soll heute aber mit Ziffer 4.3 eine Verdoppelung des Mindestbeitrages von 5 DM auf 10 DM beschlossen werden. Ich halte es für durchaus denkbar, dass man über so etwas auch diskutiert. Vielen Delegierten – auch in meinem Landesverband – war bis heute früh, als wir die Antragsbroschüre bekommen haben, aber nicht klar, dass der Mindestmitgliedsbeitrag nun für alle Mitglieder verbindlich verdoppelt werden soll. Ich meine, dass man darüber vorher gründlicher beraten und diskutieren sollte.

(Beifall)

Wenn man allerdings die Einleitung zu Ziffer 4 genau liest, stellt man fest, dass es dort heißt: „Darüber hinaus soll ... die Beitragsregelung ... neu gefasst werden.“ Vorher haben wir immer beschlossen: Es wird neu gefasst. – Meine Frage ist nun: Ist damit gemeint, dass wir heute nicht endgültig beschließen, sondern den Beschlussvorschlag quasi nur zur Kenntnis nehmen und die Beitragsordnung dann auf einem späteren Bundesparteitag geändert werden soll? Wenn das nicht so gemeint ist, wenn also gemeint ist, dass wir den Mindestmitgliedsbeitrag heute von 5 DM auf 10 DM verdoppeln, so kann man der Ziffer 4.3 meiner Auffassung nach heute nicht zustimmen.

(Beifall)

Ich füge aber ausdrücklich hinzu, dass ich eine Beratung und – nach Diskussion – gegebenenfalls Beschlussfassung in dieser Frage für richtig und sinnvoll halte. Deshalb bitte ich darum, dass man über Ziffer 4 des Antrags D 1 auf jeden Fall getrennt abstimmt. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, die Ziffern 1 bis 3, die ich für richtig und sinnvoll halte, mit großer Mehrheit anzunehmen. Über Ziffer 4 sollte, wie gesagt, separat diskutiert und abgestimmt werden.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Jung das Wort.

Dr. Franz-Josef Jung, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, es bei der jetzigen Regelung, wie sie der Antrag D 1 vorsieht, zu belassen. Erstens. Die Bundesfinanzkommission hat in Übereinstimmung mit den Landesverbänden – auch mit dem Landesverband Baden-Württemberg – diese Regelung erarbeitet.

Zweitens. Es gibt entsprechende Ausnahmeregelungen im letzten Absatz der Ziffer 4, wo Hausfrauen, Schüler, Studenten, Bundeswehrsoldaten, Zivildienstleistende, Auszubildende, Arbeitslose, Rentner usw. angesprochen sind.

Drittens möchte ich darauf verweisen, dass meines Erachtens immer wieder vergessen wird, dass für diejenigen, die entsprechende Steuern zahlen, die Hälfte des Beitrages gewissermaßen ersetzt wird. Von daher handelt es sich um eine Regelung, die tragbar ist. Ich erinnere

daran, dass Bundesschatzmeister Matthias Wissmann in seiner Rede deutlich gemacht hat, welch großer Unterschied bei uns im Hinblick auf das Beitragswesen beispielsweise zur SPD besteht. Wir müssen hier zu einer realistischeren Einschätzung kommen. Deshalb bitte ich bei der Regelung, wie sie der Bundesvorstand vorsieht, zu bleiben. – Besten Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben es gehört: Es geht jetzt um Ziffer 4 des Antrages D 1, den Sie auf Seite 110 der Antragsbroschüre finden. Unter Ziffer 4.3 geht es um die neue Beitragstabelle. Von Herrn Herrmann ist dafür plädiert worden, die Beschlussfassung zu diesem Punkt auszusetzen. Die Antragskommission hat dagegen gesprochen und dafür plädiert, bei dem Antrag, wie er vom Bundesvorstand vorgelegt worden ist, zu bleiben. Das ist die Lage.

Mein Vorschlag zum Verfahren ist, Herr Dr. Jung, dass wir jetzt zuerst über Ziffer 4 des Antrags D 1 und sodann über den anderen Teil des Antrags D 1, der ja nicht streitig ist, abstimmen. Einverstanden? Die Empfehlung der Antragskommission und in diesem Falle auch des Bundesvorstandes lautet, die vorgeschlagene Regelung für eine neue Beitragsordnung zu beschließen. Über diese Empfehlung lasse ich jetzt abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Zurufe)

Wir sind in der Abstimmung.

(Volker Bandmann: Ich hatte mich schon vorher zur Geschäftsordnung gemeldet, Herr Vorsitzender!)

– Ich frage meine Kollegen hier oben, ob sie das gesehen haben. Sind Sie einverstanden, dass wir, weil wir dies hier oben übersehen haben, Herrn Bandmann nun die Möglichkeit geben, seinen Einwand vorzutragen, bevor wir die Abstimmung zu Ende führen? Wenn Sie damit einverstanden sind, hat Herr Bandmann nunmehr das Wort.

Volker Bandmann: Herr Tagungspräsident, ich schlage vor, über diese Unterpunkte generell einzeln abstimmen zu lassen. Das ist mein Antrag.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Der hätte ein Eingreifen nicht gerechtfertigt. Denn dabei waren wir ja gerade. Wir hätten bei den anderen Punkten auch so verfahren können. Aber darauf komme ich gleich noch. – Ich bitte um Nachsicht, dass ich mit meinem toleranten Verhalten von den Vorschriften der Geschäftsordnung abgewichen bin.

Ich wiederhole noch einmal, über was wir jetzt abstimmen, weil das ja ein wichtiger Punkt ist: Es geht um den Antrag D 1 mit dem Unterpunkt 4. Dabei geht es um eine Veränderung der Beitragsstaffel, so wie das aus den Tagungsunterlagen ersichtlich ist. Antragskommission und Bundesvorstand schlagen vor, diesem Antrag zuzustimmen. Jetzt lasse ich noch einmal darüber abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die erste Frage, die wir nun klären müssen, ist, ob eine einfache Mehrheit ausreicht oder ob eine satzungsändernde Mehrheit nötig ist. – Die Juristen hier sind einhellig der Meinung, dass für diese Änderung eine einfache Mehrheit genügt. –

Nun zu der Frage, wie die Abstimmung ausgegangen ist. Ich habe das Präsidium befragt und dort war einhellige Meinung, dass das Erste eindeutig die Mehrheit war. Dann wäre der Antrag so beschlossen.

(Unruhe)

– Liebe Freunde, es ist ja zulässig, einen Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen. Ich gebe Ihnen das Wort.

Klaus Herrmann: Da es nicht klar ist, wie die Mehrheiten liegen, bitte ich darum, auch hierüber schriftlich abzustimmen. Denn es handelt sich um eine ausgesprochen wichtige Angelegenheit, die zahlreiche Mitglieder in unserer Partei betrifft.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Weil das ein wichtiger Punkt ist, müssen wir hier die Ruhe bewahren. Wir sind der Auffassung – wir haben uns hier vorne abgesprochen –, die Mehrheitsverhältnisse waren klar. Aber wenn das angezweifelt wird, wiederhole ich die Abstimmung und bitte die Kollegen hier oben, noch einmal darauf zu achten. Denn sie haben ja keinen Grund – ich bitte, uns soviel Vertrauen entgegenzubringen –, ein Votum, das klar ist, als unklar zu bezeichnen.

Wer also dem Antrag D 1 mit dem Unterpunkt 4 zustimmen will, so wie Antragskommission und Bundesvorstand das empfohlen haben, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Liebe Freunde, das Erste war nun wirklich eindeutig die Mehrheit. – Ein weiterer Beitrag zur Geschäftsordnung.

Rainer Wieland: Herr Tagungspräsident, Sie haben gesagt, es sei nur die einfache Mehrheit erforderlich. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit jetzt auf § 50 des Statuts richten, wo es heißt:

Soweit diese Satzungen keine Regelungen treffen, sind die jeweils gültigen entsprechenden Bestimmungen des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung, ... unmittelbar anzuwenden.

Die Finanz- und Beitragsordnung regelt nichts bezüglich der Mehrheit. Das heißt, das Statut ist anzuwenden. Für Änderungen des Statuts sind 501 Stimmen erforderlich.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Hier herrscht die einmütige Meinung – wir haben unseren Justitiar hier –, dass es sich bei Änderungen der Mitgliedsbeiträge, die in § 7 der Finanz- und Beitragsordnung geregelt sind, um ganz normale Beschlüsse handelt. In Absatz 2 heißt es dort:

Der Bundesparteitag beschließt über die Beitragsregelung.

Deshalb, so die Auffassung hier, wird kein Quorum wie bei Satzungsänderungen benötigt. Hier ist noch einmal gesondert aufgeführt: Beitragsregelungen sind nicht Teil der Satzung.

Meine Damen und Herren, ich gebe mir wirklich Mühe, das in Ruhe zu erläutern. Jetzt müssen Sie das aber so hinnehmen, wie es ist. Das lässt sich auch nicht unterschiedlich auslegen. Insofern bitte ich um Nachsicht, wenn ich jetzt in der Tagesordnung fortschreite.

(Beifall)

Wir haben jetzt den Unterpunkt 4 des Antrages D 1 beschlossen. Weil hierzu keine anderen Anträge vorliegen, können wir jetzt zum Gesamtpaket zurückkommen. Zu D 1 gehören die Anträge D 6 bis D 9 sowie D 11 und D 13 bis D 18. Den einen Teil haben wir beschlossen; ich lasse jetzt über den Rest abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Erste war klar die Mehrheit.

Ich rufe nun auf den Antrag des Bundesvorstandes D 2. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 112. Dazu gehören die Anträge D 3 bis D 5 und D 12. Ich habe noch zwei Wortmeldungen vorliegen. Die eine Wortmeldung bezieht sich auf die Anträge D 2 und D 3. Dr. Bernd Huck aus Niedersachsen.

Dr. Bernd Huck: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Nach der derzeit geltenden Rechtslage muss sich der Bundesvorstand nach pflichtgemäßen Ermessen um die Finanzen und das Vermögen der Partei kümmern. Dazu bedarf es keiner Ermächtigungsnorm, sondern dazu ist er als Organ der Partei verpflichtet. Soweit sich die Vorschriften nicht aus dem Parteiengesetz bzw. dem Statut ergeben, gilt das Vereinsrecht bzw. das BGB.

Was hier nun vom Bundesvorstand beantragt wird, ist ebenfalls eine Ermächtigungsnorm, in der aber das Wort „pflichtgemäß“ fehlt. Jetzt soll der Bundesvorstand nach freiem Ermessen entscheiden können, wem gegenüber er Ansprüche verfolgt und wem gegenüber nicht. Wir meinen, dass dies nicht im Sinne der Partei ist. Der Schatzmeister hat vorhin zu Recht dargelegt, wie ernst es um die Finanzen steht. Dann kann es nicht im freien Ermessen des Bundesvorstandes stehen, ob er Ansprüche geltend macht oder nicht, sondern dann muss er in pflichtgemäßen Ermessen die Ansprüche für die Partei geltend machen und das Vermögen der Partei zusammenhalten. Deswegen beantragen wir, den Antrag des Bundesvorstandes abzulehnen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Jung.

Dr. Franz-Josef Jung, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, hier liegt ein Missverständnis vor. Der Bundesvorstand wird nach diesem Antrag D 2 ermächtigt, über die Geltendmachung von Rechtsansprüchen jeglicher Art gegenüber Personen, Gebietsverbänden und Sonderorganisationen der CDU, die im Zusammenhang mit Verstößen gegen §§ 19 ff. PartG dem CDU-Bundesverband Schaden zugefügt haben, abschließend zu entscheiden.

Das ist der Wortlaut des Antrags des Bundesvorstandes, den die Antragskommission zur Annahme empfiehlt. Selbstverständlich hat der Bundesvorstand entsprechendes Ermessen auszuüben, und zwar in pflichtgemäßem Sinne. Es geht darum, dass der Bundesvorstand vom Bundesparteitag beauftragt wird, wenn die Dinge entsprechend klar zu beurteilen sind, die Entscheidung zu treffen. Das ist das Votum der Antragskommission. Was soeben unterstellt wurde, ist nicht beabsichtigt. Es geht um das klare Votum: Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, in dieser Art und Weise vorzugehen. Das ist unser Votum. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen D 2 bis D 5 und D 12 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag D 10 auf Seite 114 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor. Dann lasse ich über den Antrag D 10 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist das so beschlossen.

Wenn ich es richtig sehe, haben wir dieses Kapitel durch. Denn die Initiativanträge haben wir in Verbindung mit dem gesamten Antragspaket beschlossen. Kann ich davon ausgehen, Herr Jung und Herr Hausmann, dass wir damit alle vorliegenden Anträge beschlossen haben?

Meine Damen und Herren, das war ein schwieriges Unterfangen. Aber immerhin haben wir jetzt die Grundlagen für die finanzielle Konsolidierung der Bundespartei gelegt und überall die notwendigen Mehrheiten erreicht. Ich bedanke mich sehr herzlich

(Beifall)

und gebe die Leitung an Christoph Böhr weiter.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich beim Tagungspräsidenten Bernd Neumann für die kenntnisreiche Fahrt durch die schwierigen Klippen der Antragsberatungen, für die Lotsendienste, die er uns geleistet hat. – Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES

Die Entlastung des Bundesvorstandes ist von den Rechnungsprüfern beantragt worden. Hierüber ist abzustimmen. Bevor wir zu den Abstimmungen kommen, rufe ich Herrn Lothar Wölfle aus Baden-Württemberg auf:

Lothar Wölfle: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das Thema Entlastung hat vorhin bei einem kleinen Geplänkel schon einmal eine Rolle gespielt. Unser Vorsitzender Wolfgang Schäuble hat sinngemäß gesagt, dass der aktuell amtierende Vorstand nicht in besonderer Weise betroffen sei, weil es – das ist richtig – um das Jahr 1998 geht.

Mein Kreisvorsitzenderkollege Siegfried Kauder hat schon auf die juristische Bedeutung der Entlastung hingewiesen und auf die Problematik. Er hat auch den Hinweis auf das Jahr 1998 gebracht. Ich möchte mich politisch zu diesem Thema äußern.

Ich denke, liebe Freunde, die Basis erwartet von uns, erwartet von diesem Bundesparteitag, dass wir das, was war, nicht einfach abhaken nach dem Motto „Schwamm drüber“, sondern dass wir Zeichen setzen. Natürlich wird auch mein Kreisverband Solidarität zeigen; wir werden unseren finanziellen Beitrag leisten. Aber die Basis erwartet von den seinerzeit politisch Verantwortlichen dasselbe, nämlich dass ein eigener Beitrag geleistet wird.

Deswegen wäre es wichtig, bei diesem Tagesordnungspunkt, der Entlastung für das Jahr 1998 – wohlgermerkt nicht als Angriff auf den amtierenden Vorstand –, dass wir ein Zeichen

setzen und die Entlastung nicht erteilen. Das würde uns nicht hindern, einen neuen Vorstand zu wählen. Es geht lediglich darum, ob wir den seinerzeit amtierenden Vorstand aus der Haftung entlassen. Ich bitte Sie, dieses Zeichen mit mir zu setzen. – Vielen Dank.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wöfle. – Ich will Ihnen einmal den Textvorschlag der Rechnungsprüfer vorlesen, was die Entlastung des Vorstandes anlangt. Herr Wöfle, es könnte sein, dass Ihre Anregung in diesem Textvorschlag schon Berücksichtigung gefunden hat. Der Beschlussvorschlag der Rechnungsprüfer lautet:

Der Bundesparteitag erteilt dem Bundesvorstand für das Kalenderjahr 1998 Entlastung. Von der Entlastung sind noch nicht erfasst: alle Vorgänge im Zusammenhang mit der sogenannten Finanzaffäre. Insoweit wird die Beschlussfassung über die Entlastung des Bundesvorstandes auf einen späteren Bundesparteitag vertagt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, dass das, was Herr Wöfle vorgetragen hat, in diesem Textvorschlag Berücksichtigung findet.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung über die Entlastung des Bundesvorstandes, also über die von mir vorgetragene Formulierung der Rechnungsprüfer, mit der eben ausdrücklich genannten Einschränkung. Wer dieser Formulierung zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen, darunter die Mitglieder des Bundesvorstandes, ist die Entlastung des Vorstandes in der eben von mir vorgetragenen Formulierung bewerkstelligt.

Ich bedanke mich und rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

BERICHT DER GENERALEKRETÄRIN DER CDU DEUTSCHLANDS,
DR. ANGELA MERKEL

zugleich

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES DER CDU
DEUTSCHLANDS „ESSENER ERKLÄRUNG“ (A)

Ich bitte Sie herzlich um Ihre Aufmerksamkeit. Das Wort hat Angela Merkel.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Liebe Freunde! Wir haben dramatische Monate hinter uns. Die Zeit seit Herbst 1998 war, so glaube ich, für uns alle ein Wechselbad der Gefühle. Begonnen hat sie mit einer Niederlage bei der Bundestagswahl. Diese Niederlage hat uns zugesetzt. Dann kamen Wahlerfolge. Die hatte uns keiner zugetraut. Schließlich mussten wir nach den bekannt gewordenen Verstößen gegen das Parteiengesetz eine Bewährungsprobe bestehen. Die hat uns wahrlich mitgenommen.

In dieser Zeit, in diesen 16 Monaten, haben wir gezeigt, aus welchem Holz wir Christlichen Demokraten geschnitzt sind. Man hat versucht, uns in Lager aufzuteilen, in Flügel aufzuspalten,

Keile zwischen uns zu treiben. Aber alles ist gescheitert. Liebe Freunde, ich sage: Solche Versuche werden auch in Zukunft scheitern.

(Beifall)

Denn unsere Partei ist intakt. Ihre Mitglieder sind entschlossen. Das ist ein großes Pfund. Ohne die Unterstützung der 630 000 Mitglieder, der mehr als 10 000 Ortsverbände, der über 350 Kreisverbände hätten wir diese Zeit so nicht bewältigen können. Was in uns steckt, haben wir in den letzten Wochen gezeigt, ganz besonders auf den Regionalkonferenzen. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall)

Verantwortung, Veränderung, Vertrauen: So haben wir unsere Aufgabe auf unseren Regionalkonferenzen beschrieben. Wir wissen: Nur auf der Basis von Wahrheit und Klarheit kann wieder neues Vertrauen wachsen. Für die CDU kann es keine Diskussion um die Einhaltung von Recht und Gesetz geben. Wir, die CDU Deutschlands, sind die Partei, die wie keine andere für den Rechtsstaat steht. Das gilt für jeden von uns.

In diesem Geist ist die Parteiführung in den letzten Wochen ihren Kurs gegangen. Gerade weil wir die Aufklärung der Verstöße gegen das Parteiengesetz vorangetrieben haben, wird jetzt jeder Versuch scheitern, uns mundtot zu machen. Gerade weil wir berechtigte Kritik angenommen und die Konsequenzen gezogen haben, können wir selbstbewusst auftreten. Wir müssen uns von niemandem den Rechtsstaat erklären lassen, nicht von Gerhard Schröder, nicht von Rezzo Schlauch und schon gar nicht von Herrn Ströbele.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Herr Ströbele will diese Republik zerstören. Er will die CDU zerschlagen. Wir werden uns deshalb von Leuten wie Ströbele nicht sagen lassen, was mit den Stasi-Akten zu passieren hat, also von Leuten, die nicht einmal dann zustimmen, wenn es um das Abhören von Verbrechern geht. Es ist ganz klar, dass wir uns von diesen Leuten nichts sagen lassen.

(Beifall – Zurufe: Bravo!)

Mit das Bedauerlichste in den letzten Wochen war für mich, dass wir Wolfgang Schäuble im Amt des Vorsitzenden verlieren. Lieber Wolfgang Schäuble, ich habe sehr gerne mit Ihnen und für Sie gearbeitet. Diese 16 Monate sind für mich nicht nur politisch, sondern auch menschlich eine außerordentlich prägende Zeit gewesen. Ich denke, dass für unsere Zusammenarbeit kaum ein Satz so prägend war wie der auf unserem Europawahlplakat, das Sie selbst ausgesucht hatten: „Nicht immer einer Meinung, aber immer auf einem gemeinsam Weg!“ In diesem Geist will ich meine Arbeit fortsetzen. Lieber Wolfgang Schäuble, ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Man kann eine einschneidende Krise nicht mit einem Stichtag beenden. Aber in jeder Krise steckt eine Chance. Wir werden die Chance, die in unserer Krise steckt, beherzt ergreifen. Das ist das Leitmotiv unserer Essener Erklärung, über die wir noch im Einzelnen beraten. Wir haben – jeder spürt das heute schon den ganzen Tag – wieder genügend Raum gewonnen, um das öffentliche Interesse auf den Kern der politischen Auseinandersetzung in Deutschland

zu konzentrieren. Die Stunde unserer Gegner ist vorbei. Das gilt für Riester, Fischer und Schröder. Es geht jetzt wieder zur Sache.

(Beifall)

Es geht jetzt wieder zur Sache, nicht im Sinne von „Schwamm drüber“, sondern im Sinne von „Klartext reden“. Deutschland braucht politischen Wettbewerb. Deshalb braucht Deutschland eine starke CDU.

(Beifall)

Es ist ja klar, dass Rot-Grün weiter mit allen Mitteln versuchen wird, der Auseinandersetzung um Sachthemen zu entgehen. Denn trotz der dramatischen Niederlagen im letzten Jahr hat die Schröder-Regierung nichts dazugelernt: Ökosteuer, erneuter Rentenbetrug, mittelstandsfeindliche Steuerreform, Blamagen in der Gesundheitspolitik, eine Europapolitik, die keine ist, ein Aufbau Ost, der in der Schublade verschwunden ist, rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Das sind alles Projekte, die in Deutschland nicht mehrheitsfähig sind. Weil sie unausgegoren sind, müssen wir dagegen kämpfen.

(Beifall)

Das alles weiß man im Kanzleramt. Deshalb versuchen sie, solange es eben geht, den politischen Wettbewerb hinauszuschieben und zu verzerren. Aber das wird nicht länger möglich sein. Damit ist jetzt Schluss. Wir sind wieder da.

(Beifall)

Es ist natürlich angebracht, die Frage zu stellen: Wo stehen wir? Die politische Landschaft hat sich seit 1989/1990 ganz wesentlich verändert: Der Kalte Krieg ist vorüber, der Sozialismus ist zusammengebrochen, die Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit ist vollendet. Ich kann heute, zehn Jahre nach der Deutschen Einheit, vor Ihnen stehen. Das ist für mich nach wie vor keine Selbstverständlichkeit. Ich bin erfreut, erstaunt und manchmal immer noch sprachlos.

(Beifall)

Für diese CDU sind die Deutsche Einheit und der Aufbau Ost nicht einfach irgendeine erklärte Chefsache, die dann später schnell aufs Abstellgleis geschoben wird. Für diese CDU ist die Deutsche Einheit Herzenssache. Die Menschen spüren, dass das für uns nicht irgendeine technische Aufgabe ist, sondern dass wir für sie etwas übrig haben und dass wir den Aufbau Ost mit dem Herzen betreiben. Das soll auch weiter so bleiben.

(Beifall)

Dieses Bekenntnis zur deutschen Einheit hat die CDU geprägt. Nicht umsonst hat die CDU 1976 „Freiheit statt Sozialismus“ plakatiert. Manche von Ihnen haben damals im Wahlkampf mitgemacht; ich habe ihn mir im Fernsehen angeschaut. Ohne Zweifel hat sich der politische Wettbewerb seither verändert, aber nicht, weil wir unsere Positionen verändert haben. Die anderen mussten ihre Positionen räumen – eine nach der anderen –, weil sie von der Geschichte überholt wurden, während sich unsere Visionen bewahrheitet haben.

(Beifall)

Es waren die Visionen von der sozialen Marktwirtschaft, die enge Partnerschaft mit Amerika, die Freundschaft mit Frankreich. Es war auch die unermüdliche Arbeit an der Vision von einem geeinten, freien und friedlichen Europa. Es gab natürlich die Vision von der Deutschen Einheit, die doch längst – wenn wir ehrlich sind, müssen wir dies feststellen – kein gemeinsames Ziel aller Parteien in Deutschland mehr war.

(Beifall)

Die CDU war immer auf der richtigen Spur. Man kann es ruhig noch deutlicher sagen: Wir sind die Gewinner der Geschichte. Unsere Bilanz der letzten 50 Jahre stimmt.

(Beifall)

Wir müssen glücklicherweise nicht einräumen, uns in der Auseinandersetzung mit Kommunisten und Sozialisten getäuscht zu haben. Christliche Demokraten ändern eben nicht alle halbe Jahre ihre Überzeugungen. Weil wir auf der Basis fester Grundwerte stehen, weil sich in uns christlich-soziale, wertkonservative und liberale Überzeugungen bündeln, sind wir die große Volkspartei der Mitte. Für diese Politik der Mitte stehen große Namen, vorweg unser erster Vorsitzender Konrad Adenauer. Liebe Frau Werhahn-Adenauer, ich freue mich ganz besonders, dass Sie als eine seiner Töchter heute bei uns sind. Ich möchte Ihnen noch einmal ein ganz herzliches Willkommen sagen. Davon hat Konrad Adenauer geträumt, dass wir gemeinsam auf einem Parteitag sind.

(Beifall)

Für diese Politik stehen Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel – auch Sie begrüße ich heute ganz herzlich unter uns –,

(Beifall)

Lothar de Maizière, der in diesen Tagen 60 Jahre alt geworden ist, und natürlich Helmut Kohl.

(Beifall)

Helmut Kohl wollen wir auch von diesem Parteitag aus noch einmal ganz herzlich zu seinem 70. Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Wir alle wissen, dass es für ihn nicht leicht ist, das erste Mal seit 1951 nicht an einem Parteitag teilzunehmen. Wir wissen, dass auch ihm die letzten Wochen und Monate zugesetzt haben, auch wenn genauso klar ist, dass es um der Glaubwürdigkeit der Partei willen keine Alternative zu unserem Kurs der Aufklärung gegeben hat und gibt.

(Beifall)

Aber gerade weil wir dies wissen, lassen wir es nicht zu, dass sich die Linken die Deutungshoheit über die Bilanz seiner Leistungen anmaßen. Das machen noch immer wir. Wir schließen uns dem Satz von Lord George Weidenfeld an: „Kohls Werk“ – Ihr Werk, lieber Helmut Kohl – „bleibt historisch überragend.“

(Beifall)

Jetzt stehen wir am Beginn eines neuen Jahrhunderts. Es wird klar: Fast nichts wird mehr so sein, wie es einmal war. Beim nächsten Wahlparteitag im Jahr 2002 haben wir alle eine neue Währung, nämlich den Euro, in der Tasche. Die Industriestruktur hat sich in den letzten Jahren weltweit dramatisch geändert. Von ursprünglich 60 Autofirmen in der Welt gibt es heute nur noch 16. Bald werden es vielleicht nur noch 8 Firmen sein.

Vor kurzem wurde der sechsmilliardste Erdenbürger geboren. Im Jahre 2013 werden es 7 Milliarden sein. Wir werden in der Bundesrepublik Deutschland immer älter. Kamen 1960 auf 100 20- bis 59-Jährige 51 unter 20-Jährige und 32 über 59-Jährige, so wird im Jahre 2020 das Verhältnis nahezu umgekehrt sein, dann wird es nämlich nur noch 33 unter 20-Jährige und 57 über 59-Jährige geben. 1995 gab es 1,5 Millionen Online-Anschlüsse. Heute gibt es in Deutschland 7,3 Millionen Online-Anschlüsse. In wenigen Jahren werden es 25 Millionen sein. Sie sehen also schlaglichtartig, was diese Veränderungen für unser gesamtes Leben bedeuten.

Wenn ich sage, dass fast nichts mehr so sein wird, wie es einmal war, dann muss ich auch feststellen, dass es auch Dinge gibt, die bleiben werden: Noch immer schauen 20 Millionen Fernsehzuschauer zu, wenn die deutsche Fußballnationalmannschaft bei der Europameisterschaft spielt. Hoffentlich spielt sie gut in diesem Sommer!

(Heiterkeit und Beifall)

Thomas Gottschalk erreicht durch alle Generationen hinweg bis zu 15 Millionen Fernsehzuschauer. 80 Prozent aller Deutschen wollen eine Familie gründen. Die Deutschen gehören noch immer zu denen, die in Krisensituationen am bereitwilligsten spenden. Auch in Zeiten abnehmender Kirchenbindungen suchen die Menschen nach einem Sinn des Lebens. Kinder wollen, dass ihre Eltern für sie Zeit haben. Die Menschen wollen eine Heimat. Kurz: Es gibt Dinge und Werte, die eben immer gelten.

(Beifall)

Wir, die Menschen des 21. Jahrhunderts, bewegen uns in einem unglaublichen Spannungsfeld, nämlich zwischen der Alterung unserer Gesellschaft, der Globalisierung, der Technisierung und der ständigen Beschleunigung auf der einen Seite und dem Wunsch nach Heimat, Familie und Ehrenamt auf der anderen Seite. Die Politik muss dieses Spannungsfeld, diese beiden Seiten unseres Lebens, den Wandel und die Beständigkeit, gestalten. Sie darf dem Lauf der Dinge nicht hinterherrennen, sondern muss rechtzeitig die Weichenstellungen vornehmen. Gerade die Jungen fragen uns, wie denn unsere Antworten auf diese Veränderungen lauten. Sie geben sich nicht mit Betrachtungen der historischen Erfolge, mit undurchschaubaren Kompromissen oder mit ideologischen Allgemeinplätzen zufrieden. Die Jugend ist nicht politikverdrossen. Aber sie will, dass zur Sache geredet wird. Sie hat Recht, wenn sie das von uns fordert.

(Beifall)

Sie erwartet zu Recht, dass wir nicht auf ihre Kosten leben. Wie wir es – wenn wir ganz ehrlich sind – heute noch häufig tun. Das betrifft die staatlichen Haushalte, die sozialen Sicherungssysteme und den Schutz von Natur und Umwelt. Letzterem müssen wir uns als Opposition

wieder ganz besonders widmen, weil sich Trittin und seine Grünen fast schon schämen, überhaupt noch von Umweltpolitik zu sprechen; denn sie sind nur mit Ränkespielen, Atomausstieg und grüner Identitätskrise beschäftigt. Es ist geradezu absurd, dass exakt der Einstieg der Grünen in die Bundesregierung zusammenfällt mit dem Ausstieg der Grünen aus der Umweltpolitik.

(Beifall)

Es kommt heraus, dass die Grünen letztlich nur für den Zeitraum einer Generation denken, dass sie im Osten überhaupt nicht stattfinden, dass die jungen Leute ihnen weglaufen und dass die 68er längst mehr über ihre eigenen Pensionsansprüche nachdenken als über die Auswirkungen von Sendungen wie „Big Brother“ auf unsere Gesellschaft.

(Beifall)

Jetzt ringen sie verzweifelt um das, was einst ihre Basis war, und um das bißchen Profil, was sie in anderthalb Jahren Regierungszeit noch bewahrt haben. Wer auf einem Parteitag gegen den Export des Leopard-Panzers in die Türkei eintritt – man kann geteilter Meinung sein; aber die Grünen sind dagegen – und auf dem gleichen Parteitag beschließt, dass man dann, wenn dieser Panzer exportiert werden sollte, trotzdem nicht aus der Regierung austreten werde, der hat seine Seele ganz einfach an die Macht verkauft. Das ist die Situation der Grünen.

(Anhaltender Beifall)

Viele Menschen in unserem Land haben vielleicht nicht immer gleich alle Begriffe parat, mit denen wir unsere heutige Zeit beschreiben, zum Beispiel Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Aber sie spüren, dass sich in unserer Gesellschaft Gewaltiges tut. Sie sehen die Chancen für ihr Leben. Aber sie fragen sich auch: Kommen wir da eigentlich noch mit?

Auf unserem heutigen Parteitag werden viele Menschen, die sich für die CDU interessieren, aufmerksam zuhören, ob wir auf ihre Fragen eine Antwort haben oder ob wir wenigstens ihre Sorgen kennen: Menschen, die kirchlich gebunden sind – katholisch oder evangelisch, Gewerkschafter und Arbeitgeber, Arbeitslose, Auszubildende, Existenzgründer, Mittelständler, Jungunternehmer, Wissenschaftler und Künstler, Entwicklungshelfer, Engagierte für Menschenrechte, Familienmütter und -väter, Menschen, die ihre Eltern oder Behinderte pflegen, Umweltschützer, Vertriebene, ausländische Mitbürger, Landwirte, Soldaten, Polizisten sowie Menschen in Verbänden und Vereinen. Sie alle bilden das Fundament unserer Gesellschaft und wollen wissen: Welchen Beitrag leistet die CDU, um das 21. Jahrhundert zu gestalten?

Unser Pfund auf dem Weg in die Zukunft sind unsere Grundwerte und ihre gelebte Substanz. Ich sage das ganz bewusst als jemand, der erst seit zehn Jahren als aktiver Bundesbürger dabei ist. Diese CDU hatte immer einen klaren Kompass. Wer wie ich 35 Jahre keine Post nach Israel schicken konnte, wer wie ich nicht damit gerechnet hat, vor dem Rentenalter nach Amerika fahren zu können, wer wie ich fast nicht mehr geglaubt hat, dass sowjetische Truppen nicht nur nicht mehr in Deutschland sind, sondern dass es die Sowjetunion gar nicht mehr gibt, wer wie ich von der deutsch-französischen Freundschaft nur aus Büchern wusste und wer wie ich die Solidarnosc-Literatur aus Polen an der Grenze der DDR abliefern musste, der

weiß, wie wichtig es ist, Strukturen gegen Diktaturen zu festigen, und der weiß, in welchem Glücksfall der Geschichte wir leben.

Ich weiß, das wir die Beziehungen zu Amerika pflegen müssen, dass wir immer wieder für gute deutsch-israelische Beziehungen kämpfen müssen. Ich weiß um die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft, und ich weiß um den Schatz guter Beziehungen zu Polen und vielen anderen Ländern. Ich weiß auch, wie wichtig eine friedliche Entwicklung in Russland ist.

Ich sage es ganz bewusst: Aus Dankbarkeit für die gewonnene Freiheit muss jede Generation immer wieder neu dafür kämpfen, dass diese Ziele eingehalten werden. Sie sind kein Selbstläufer; sie müssen immer wieder erkämpft werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir das vergäßen, würden wir unseren inneren Kompass verraten. Aber genau dieser Kompass unterscheidet uns doch von den Sozialdemokraten. Sie haben jahrzehntelang gebraucht, die Soziale Marktwirtschaft überhaupt in ihr Programm aufzunehmen. Sie haben mit Sozialisten und Kommunisten gekungelt, und sie haben sich ewig mit ihrem Verhältnis zu Amerika und zur NATO herumgequält. Sie sind wankelmütig bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union. Sie haben ein gestörtes Verhältnis zu neuen Technologien. Sie denken in Kollektiven und nicht für den Einzelnen.

Sie haben kein Maß und schwankten im Wahlkampf 1998 zwischen Stollmann und Lafontaine hin und her. Schröder hat zu der Zeit, als Jürgen Rüttgers als Bundesforschungsminister mit viel Mühe vier neue Ausbildungsordnungen im Informationstechnologiebereich entworfen hatte – Herr Rüttgers, Sie werden sich erinnern, wie Sie das gegen die Kultusminister, zum Teil auch gegen die Wirtschaft erkämpfen mussten –, einen Studiengang für Informationstechnologie in Hildesheim geschlossen. Das war zeitgleich; man muss sich das einmal vor Augen führen.

(Beifall)

Wenn dieser gleiche Bundeskanzler Schröder nicht weit von hier, in Bochum, auf dem sozialdemokratischen Parteitag der SPD NRW sagt, Herr Rüttgers hätte für bessere Ausbildung sorgen sollen, dann kann ich nur sagen: Kurzzeitgedächtnis, daneben gelangt! Herr Schröder, Sie haben vor der Aufgabe versagt und nicht Jürgen Rüttgers.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, wer heute das Hohelied der Bildungspolitik singt und die Schulen ans Netz bringen will – das ist ja richtig –, den müssen wir daran erinnern, dass er vor kurzem noch Lehrer als „faule Säcke“ beschimpft hat und andere Dinge über die Bildungspolitik gesagt hat.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, bei den Sozialdemokraten bleibt doch völlig unklar, ob nun das kalte und letztlich unverbindliche Schröder-Blair-Papier des Balkan-Beauftragten Hombach in der SPD Gültigkeit hat oder ob man weiter dem Gedankengut der Sozialistischen Internationalen hinter-

herläuft. So, meine Damen und Herren, liebe Freunde, kann man allenfalls Zufallstreffer im Lotto landen. Aber so kann man keine Vision von der Gesellschaft der Zukunft entwickeln.

(Beifall)

Wir dagegen haben den Anspruch, den Weg in die Zukunft zu gestalten. Wir stellen uns den Veränderungen der Märkte nicht quer in den Weg; wir sehen ihnen aber auch nicht tatenlos zu. Unser Anspruch ist ganz klar wir sollten ihn uns immer wieder vor Augen führen –: Wohlstand und Teilhabe für alle, das heißt eine führende Rolle Deutschlands in einem fairen Wettbewerb um eine menschliche Gesellschaft mit anderen Ländern der Welt. Wir wollen Menschen sein, die stolz auf ihr Land sein können, aus dem sie kommen und in dem sie leben. Wir wollen eine Gesellschaft, die Markt und Menschlichkeit versöhnt. Das ist christlich-demokratische Politik.

(Beifall)

Ich frage mich manchmal, was eigentlich das Atemberaubende an dem Wandel ist, den wir alle spüren. Vielleicht sind es durch den Umgang mit Wissen und Informationen die völlig unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit denen wir zu leben lernen müssen. Unsere Verfahren sind zum Teil schwerfällig. Die Gerichtsprozesse von und gegen Unternehmen dauern länger als deren Existenz. Das Ausfüllen von Anträgen dauert manchmal länger, als man die Sache, die man beantragt hat, braucht. Wir spüren, dass wir schneller werden müssen, dass wir verschiedene Berufe lernen und andere Arbeitsbeziehungen entwickeln müssen, dass wir mehr Auswahl haben und mehr entscheiden müssen. Aber wir kommen häufig mit den Strukturen nicht klar.

Auf der anderen Seite bleibt manches wie es ist. Der Mensch wird weiterhin im Durchschnitt sechs Monate brauchen, bevor er den ersten Zahn bekommt, der Puls wird nicht schneller als 80 oder 90 Schläge pro Minute bei Menschen mit Bluthochdruck sein. Der Mensch wird nicht schneller als 5 Kilometer pro Stunde im Durchschnitt gehen können. Markt und Menschlichkeit in dieser Situation zusammenzubringen, das ist unsere Aufgabe und das ist unser Anspruch.

Manchmal frage ich mich: Was hätte eigentlich Ludwig Erhard als nationaler Politiker, als Wirtschaftsfachmann angesichts internationaler Finanz- und Kapitalmärkte gemacht? Erinnern wir uns an die Botschaft der Sozialen Marktwirtschaft! Ich meine, wir haben diese Botschaft in den vergangenen Jahren etwas vernachlässigt. Ich sage das ganz selbstkritisch auch in Richtung unserer Partei.

Denn hinter dieser Botschaft steckt eine Ethik, eine Ethik der Sozialen Marktwirtschaft. Das ist die Einsicht, dass nur eine Ordnung der Freiheit, die sich politisch in der Demokratie und wirtschaftlich in der Sozialen Marktwirtschaft ausdrückt, eine freie, eine sozial verantwortete und eine solidarische Gesellschaft schaffen kann. An der Weigerung, dies zu verstehen, sind die Diktaturen des Ostens zerbrochen. Die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft hat zwei Dinge zur Folge: Nicht alle können gleich sein. Aber es darf auch nicht sein, dass wenige alles und viele gar nichts haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Soziale Marktwirtschaft kennt auch im 21. Jahrhundert als Grundprinzip den Wettbewerb. Die CDU bekennt sich zum Wettbewerb. Die Soziale Marktwirtschaft wollen wir auch unter veränderten internationalen Bedingungen erhalten. Deshalb müssen wir als Bundesrepublik Deutschland den Anspruch erheben, Motor in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu sein. Nur so wird es gelingen, nicht wie Schröder beim Mittelmaß bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzukommen, sondern wieder Spitze bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu werden.

Liebe Freunde, die Arbeitslosenbilanzen zeigen doch, dass das erbärmlich ist, was im letzten Jahr geschaffen wurde. Schröder hat im letzten Jahr für 150 000 Menschen, die aus Altersgründen aus dem Berufsleben ausscheiden, im Westen nichts geschafft und im Osten noch schlechtere Bedingungen erzeugt. Das ist die Realität.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist richtig zu fragen: Wo entstehen denn Arbeitsplätze? Wir wissen, sie entstehen in den mittelständischen Unternehmen. Gerade die mittelständischen Unternehmen haben in den Zeiten der Globalisierung zum Teil schwierigere Kämpfe auszufechten, als es bei den großen Global Players der Fall ist. Deshalb ist es vorrangige Aufgabe der Politik, mittelständischen Unternehmen in besonderer Weise unter den Arm zu greifen. Dann verstehe, wer will – wir verstehen es nicht –, dass die Steuerreform der Bundesregierung von Rot-Grün vor allen Dingen mittelstandsfeindlich ist! Das darf nicht sein, und dagegen werden wir angehen.

(Beifall)

Man schadet natürlich dem Mittelstand, wenn man in Deutschland zusätzliche Steuern einführt. Ich nenne in diesen Zusammenhang nur die Ökosteuer. Die Ökosteuer ist auf allen Linien ein Versager: Sie hat keinen ökologischen Lenkungseffekt und sie hat Verzerrungen sozialer Natur zur Folge. Das sehen wir insbesondere bei den Familien: Familien mit wenigen Erwerbstätigen sind besonders benachteiligt; denn nur die Erwerbstätigen bekommen eine Entlastung.

Weiterhin hat die Ökosteuer völlig kontraproduktive Lenkungseffekte. Ich nenne Ihnen nur ein einziges Beispiel: Die Deutsche Bahn AG zahlt Ökosteuer, die Lufthansa zahlt keine. Was hat der Umweltminister geschafft: Bahn fahren wird teurer, Fliegen bleibt, wie es ist. Die Differenz steigt. Das ist Umweltpolitik von Rot-Grün. Wir sind dagegen, liebe Freunde; das kann man nicht machen.

(Beifall)

Auch die meisten landwirtschaftlichen Unternehmen sind mittelständische Betriebe. Wir fragen uns seit über einem Jahr: Was haben eigentlich die Landwirte Schröder getan?

(Heiterkeit und Beifall)

Ich weiß eins: Schröder hält den Landwirten immer wieder vor: Ihr habt mich nicht gewählt.

Liebe Freunde, was ist das für ein Bundeskanzler, der einen Eid auf das Wohl des gesamten deutschen Volkes schwört, dann ganzen Berufsgruppen vorhält, dass sie nicht für ihn

gestimmt hätten, und der dann seine Politik derart gestaltet, dass er diese Berufsgruppen nicht unterstützt? Das darf nicht Schule machen in Deutschland.

(Beifall)

Es ist doch völlig unsinnig, nach außen so zu tun, als ob man Unternehmen hofiert, wenn man im Grunde die Unternehmer düpiert. Der selbstständige Unternehmer, der persönlich haftet, der eine eigene Vision einbringt, für den sein unternehmerisches Tun mehr ist als eine Finanzinvestition, der verkörpert genau das, was wir Sozialpflichtigkeit des Eigentums nennen. Wenn wir es richtig machen, dann können wir von Fortschritt und Globalisierung profitieren. In den OECD-Ländern ist in den 90er-Jahren das Beschäftigungsvolumen insgesamt gewachsen. Aber es gibt zwischen den einzelnen Ländern riesige Unterschiede. Wir müssen feststellen: Wir sind kein Land mit einer niedrigen Steuerquote und einer niedrigen Staatsquote. Deshalb kommt es bei uns auch nicht zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit – wie es sein müsste – und deshalb müssen wir darüber nachdenken, wie wir es besser machen können.

Liebe Freunde, Globalisierung bedeutet, dass wir alle in einer Welt leben. Umweltverschmutzung, unverantwortlicher Ressourcenverbrauch, Bevölkerungswachstum, das trifft uns alle in Zukunft immer mehr und direkt. Wir haben es doch jetzt wieder bei der Flutkatastrophe in Mosambik gesehen: Wir können heute nicht mehr die Augen vor den Dingen verschließen, die an anderen Plätzen dieser Erde passieren. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass alle für ihre Entwicklungschancen eine faire Möglichkeit haben. Wer über eine Monopolbildung oder eine Abschottung der Märkte versucht, den Ländern der Dritten Welt ihren Anteil an der Zunahme des Wohlstands zu verweigern, der wird in einer globalen Welt scheitern.

Rot-Grün spricht von all diesen Gefahren überhaupt nicht mehr: nicht von der Erwärmung der Erde, nicht von der Abnahme der Artenvielfalt und nicht vom Abschmelzen der Polkappen. Denn Rot-Grün hat Angst, kein Rezept und keine Vision, wie man damit umgeht. Dazu sage ich: Wir müssen wieder die Partei des modernsten Umweltschutzes und der modernsten Hilfe für andere Länder werden, auch damit wir den Wohlstand in unserem eigenen Land erhalten können.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen auch einen Beitrag dazu leisten, dass die internationalen Institutionen wie der Internationale Währungsfonds und die Welthandelsorganisation ihre Strukturen weiterentwickeln, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden können. Wir müssen begreifen, dass wir die Soziale Marktwirtschaft mit ihren Vorteilen nur dann bei uns im Lande erhalten können, wenn wir uns den Aufgaben in der gesamten Welt stellen.

Rot-Grün hat auf dieses Vorgehen keine Antwort. Es kann ja noch nicht einmal einen Posten beim IWF besetzen. Wir sind dankbar, dass wir unseren Parteifreund Horst Köhler haben, damit er dort einen guten Job macht.

(Beifall)

Wenn Bundesaußenminister Fischer nach eineinhalb Jahren Tätigkeit als Außenminister zum ersten Mal Afrika besucht, wenn von der Bundesregierung die Ausgaben für die Außen- und Ent-

wicklungshilfepolitik in einem dramatischen Ausmaß gesenkt werden, dann ist das genau das Gegenteil einer ethischen Verpflichtung durch die Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen.

(Beifall)

Die Chance aus den globalisierten Märkten zu ergreifen, das heißt für uns: Wir müssen unsere Arbeitsmärkte öffnen, nach oben und nach unten – nach oben, indem wir die Rahmenbedingungen verbessern und eine Spitzenstellung in Forschung und Technologie ermöglichen. Wir dürfen nicht einfach die Anwender von Wissen sein. Wohlstand für alle wird es nur geben, wenn wir in möglichst vielen Feldern Spitze sind: zum Beispiel bei der Biotechnik, in der pharmazeutischen Industrie, bei der Chipherstellung und in der Software-Erstellung. Stattdessen ist Rot-Grün vor allen Dingen stolz, wenn es aus irgendetwas aussteigt. Der Ausstieg aus der Kernenergie – dies geschieht, obwohl wir die sichersten Kernkraftwerke der Welt haben – steht beispielsweise für diese wirklich unmögliche Politik.

(Beifall)

Denn, liebe Freunde – ich meine das sehr ernst -, in der früheren Sowjetunion stehen weiterhin 16 Reaktoren vom Reaktortyp Tschernobyl. Wir aber berauben uns unseres Technik- und Forschungssachverstands mutwillig und vorsätzlich dadurch, dass wir aus der Kernenergie aussteigen, und können in Zukunft, wenn es einmal zu kritischen Ereignissen kommt, nicht mehr helfen. Dafür trägt Rot-Grün die Verantwortung.

(Beifall)

Wir müssen immer wissen: Im Zweifelsfalle entwickelt sich der Fortschritt eben auch ohne uns. Schon jetzt steht das weltweite Projekt der Genomforschung kurz vor dem Abschluss, wie wir in den letzten Tagen gehört haben. Sicherlich ist auf diesem Gebiet noch vieles zu tun. Aber wenn wir in diesem Forschungswettbewerb nicht mit an der Spitze sind, dann verlieren wir sehr schnell den Anschluss. Deshalb brauchen wir eine Spitzenstellung, um überhaupt daran mitwirken zu können, was wir mit den dort erzielten Erfolgen und Ergebnissen machen.

Denn wir mit dem C in unserem Namen sind an dieser Stelle in den nächsten Jahren ganz besonders gefordert. Die Antwort auf die Frage, was wir von dem anwenden dürfen, was wir können, werden wir nur dann mitbestimmen können, wenn wir an der Spitze sind. Ohne Spitzenstellung in Forschung und Technologie gibt es keine Spitzenstellung in der Wahrnehmung moralischer Verantwortung. Nur wer bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien führt, der kann auch die Debatte über ihre Verwendung führen.

Unser Kriterium leitet sich vom christlichen Menschenbild ab. Es heißt Menschenwürde. Kein Mensch darf benutzt werden zu Zwecken, denen er nicht zugestimmt hat, und das Leben beginnt mit dem Embryo.

(Beifall)

Heilung ja, Menschenzüchtung nein, so muss die Devise lauten. Die Gentechnologie, die in den Verantwortungs- und Handlungsbereich des Arztes fällt, die mit dem ärztlichen Standesethos vereinbar ist, ist eine große Hoffnung. Die Träume von einem besseren Menschen aber haben schon oft unendliches Leid über die Menschheit gebracht.

(Beifall)

Liebe Freunde, machen wir uns nichts vor: Hier tut sich ein unglaublich schmaler Grat auf. Deshalb gilt wie in vielen Bereichen: Deutsche Gesetze alleine reichen nicht aus. Dass das Embryonenschutzgesetz Embryonen vom Augenblick ihrer Entstehung an schützt, das ist richtig. So muss es bleiben. Aber was ist gewonnen, wenn die Amerikaner Forscher, die mit embryonalen Stammzellen experimentieren wollen, mit öffentlichen Geldern unterstützen? Diesen Fragen, dem Schutz des Lebens insgesamt, auch dem des ungeborenen, müssen wir uns aus der Verantwortung vor den Menschen stellen.

Ich sage Ihnen voraus: Es wird hier in den nächsten Jahren harte Auseinandersetzungen geben. Wir als CDU bzw. wir als Bundesrepublik Deutschland müssen hierbei unsere Stimme erheben, und zwar laut und deutlich auf dem Boden unserer Grundwerte. Beliebigkeit und die Dinge einfach laufen zu lassen, das wird nicht gehen.

(Beifall)

Neben den Bereichen in Forschung und Technologie, in denen wir Spitze sein müssen und in denen Arbeitsplätze entstehen können, gibt es natürlich auch die Notwendigkeit, eine Politik für diejenigen zu machen, die nicht automatisch Gewinner aller Entwicklungen und Veränderungen sind. Wir müssen die Arbeitsmärkte auch nach unten öffnen, indem wir einfache Arbeit bezahlbar machen und die Anreize für Arbeitgeber erhöhen, auch niedrig bezahlte Jobs zu schaffen. Es kann und darf nicht weiter so bleiben, dass ein Elektriker fünf Stunden dafür arbeiten muss, um sich eine Arbeitsstunde seines Malerkollegens leisten zu können. Auch das ist eine Folge der rot-grünen Steuer- und Abgabepolitik. Wir haben eine Staatsquote von 49 Prozent und eine Steuer- und Abgabenlast von 43 Prozent nach 16 Monaten Rot-Grün. Das führt zu 16 Prozent Schattenwirtschaft. Das ist vollkommen klar. Das müssen wir bekämpfen.

(Beifall)

Ich sage uns voraus: Wir sind mit unserem Vorschlag des Kombilohns wichtige Schritte gegangen. Wir haben hier interessante Ansätze gehabt. Aber all das muss weiterentwickelt werden. Auch das wird uns in den nächsten Jahren in ganz unglaublichem Maße beschäftigen, wenn wir wirklich für alle faire Chancen und Teilhabe schaffen wollen.

Liebe Freunde, wir haben eben ein anderes Gerechtigkeitsverständnis als die Sozialdemokraten. Für uns geht es um mehr als um Umverteilung. Sozial gerecht ist für uns das, was Beschäftigung schafft, was Chancen eröffnet.

Und damit sind wir mitten in der spannenden Debatte um den notwendigen Wandel der sozialen Sicherungssysteme. Es war natürlich ein Bärendienst, dass Schröder und Riester gleich mit einer mehrfachen Rentenlüge gestartet sind. Im Wahlkampf hieß es, eine Reform sei nicht nötig. Das war Schröders Lüge Nummer 1. Dann wurde das Versprechen abgegeben, die Renten würden auch in Zukunft wie die Nettolöhne steigen. Drei Monate später wurde das Versprechen kassiert – Lüge Nummer 2. Kurz darauf hieß es, es gäbe zwei Jahre lang eine Anpassung um die Inflationsrate. Ergebnis: Die Inflationsrate betrug 1,8 Prozent, die Rentenanpassung 0,6 Prozent. Das war Lüge Nummer 3. Und vor der Rückkehr zur Netto-lohnformel – das steht uns noch bevor – wird jetzt an dem Nettoeinkommensbegriff herumge-

doktert. Das ist Lüge Nummer 4. Wie sehr muss man eigentlich mit seinem Latein am Ende sein, fragen wir diese Bundesregierung, wenn man in anderthalb Jahren Rentenpolitik viermal lügt und die Menschen vor den Kopf stößt?

(Beifall)

Aber wir wissen um die Bedeutung dieses Themas. Deshalb wollen wir mit der Bundesregierung den Versuch unternehmen, die Frage zu klären, wie sich die Alterssicherung in den nächsten 30 Jahren entwickeln kann. Dabei leitet uns eines: Die Menschen, die jungen und die alten, müssen wieder Vertrauen in die Altersvorsorge gewinnen. Jeder, der sich einmal die Alterspyramide anschaut – ich habe sie erst ansatzweise verdeutlicht –, weiß, dass für die heute unter Vierzigjährigen die Rente anders aussehen muss als die Rente unserer Väter und Mütter. Damit sage ich nicht, dass die älteren Menschen eine Rente beziehen, die sie sich nicht erarbeitet haben und die sie nicht weiterhin bekommen dürfen. Aber um der Generationengerechtigkeit Willen müssen wir mit den verschiedenen Generationen sprechen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir den Jüngeren keine höheren Belastungen zumuten können

(Beifall)

und dass wir versuchen müssen, mithilfe des Rentensystems die Altersarmut zu verhindern. Dies müssen die beiden Eckpfeiler unseres Rentenmodells sein, über das wir in den nächsten Wochen und Monaten werden sprechen müssen.

Schröder stellt heute nicht gedeckte Wechsel für die Generation von morgen aus. Das werden wir nicht mitmachen. Frau Fischer macht ein Gesundheitssystem, das zu einem Zwei-Klassen-System führt. Das werden wir nicht zulassen. Aber, liebe Freunde, auch für uns wird die Erarbeitung langfristig dauerhafter gerechter Alters- und Gesundheitssicherungssysteme kein einfaches Projekt sein. Wir müssen uns ihm aber stellen. Ansonsten werden uns die Menschen ihre Stimme nicht geben, wenn es wieder zur Wahlurne geht.

(Beifall)

Deshalb stellen wir uns den Verhandlungen um einen parteiübergreifenden Rentenkonsens – wenn auch nicht um jeden Preis. Wir werden auf einer vernünftigen Lösung bestehen, die die Realitäten nicht verschweigt, vor allem eine Lösung, die wieder aus der Glaubwürdigkeitskrise beim Thema Rente führt.

Liebe Freunde, ich weiß nicht, wie lange die Menschen im Jahr 2030 im Durchschnitt arbeiten werden. Ich weiß nur eines: Wir müssen die Partei sein, die auch für die Älteren Partei ergreift. Es geht nicht an, dass zu Lasten Dritter Menschen im Alter von 50, 55 oder 58 Jahren aus dem Arbeitsleben entlassen werden und sich in dieser Gesellschaft nicht mehr gebraucht fühlen. Auch dies wird eines der ganz großen Themen sein.

(Beifall)

Wir werden deshalb – wenn auch noch nicht auf diesem Parteitag ausführlich – im Herbst auf einem kleinen Parteitag das Thema Bildung besprechen. Es geht darum, dass die Gesellschaft, und zwar alle Generationen, das Lernen erlernen muss. Dies ist vielleicht eine der spannendsten und aufregendsten Aufgaben. Es geht nicht mehr darum, den letzten Berufs-

zweig der Erstausbildung das fünfte Mal zu verfeinern. Es geht darum, dass in der Schule die grundlegenden Techniken gelernt werden, um ein ganzes Leben lang lernen zu können.

(Beifall)

Dass man lesen, schreiben und rechnen können muss, ist keine Eigenschaft des 21. Jahrhunderts – obwohl man das heute vielleicht mindestens so häufig betonen muss wie im 20. Jahrhundert. Aber dass man auch Urteilsfähigkeit erlernen muss und dass man lernen muss, sich angesichts der Informationsvielfalt zu entscheiden – für mich gehört die Diskussion, ob man Fleiß, Ordnung und Disziplin benoten darf oder nicht, nun wirklich in die Mottenkiste, weil die Schüler wissen müssen, ob sie all dies können –, sollten wir immer wieder deutlich und laut sagen.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir es schaffen, Millionen von Eltern anzusprechen, wenn wir mit ihnen über Bildungspolitik diskutieren; denn sie sitzen nachmittags zu Hause mit ihren Kindern und wissen nicht, was sie noch alles lernen müssen, damit es ihr Kind wenigstens schafft, eine vernünftige Berufsausbildung zu bekommen und in dieser Gesellschaft klarzukommen. Ich beschimpfe damit nicht die Lehrer. Ich sage nur, dass große Unsicherheit über das besteht, was man heute können muss. Darüber muss es eine gesamtgesellschaftliche Debatte geben.

(Beifall)

Aber ich sage auch: Die Schule – Bildungspolitik – kann kein Reparaturbetrieb für das sein, was in den Familien versäumt wurde.

(Beifall)

Die Politik für die Familien wird über die Zukunft dieser Gesellschaft in ganz wesentlichem Maße entscheiden. Genau deshalb haben wir unsere programmatische Erneuerung 1998 mit dem Thema Familie begonnen. Lassen Sie uns das aber nicht in den Aktenschrank lesen! Lassen Sie uns vielmehr weiter darüber diskutieren, wie wir den Familien in dieser Gesellschaft eine lebenswerte Umwelt gestalten können.

Liebe Freunde, die Bundesregierung ergreift Maßnahmen. Es stellt sich aber die Frage, ob die Gleichstellung der Frau wirklich nur über die Erwerbstätigkeit erreicht werden kann. Das ist nicht das, was die Familien ausmacht. Familie – das bedeutet dauerhafte Bindungen, dauerhafte Verantwortung über die Generationen hinweg. Dort lernt man Verantwortung für sein ganzes Leben. Deshalb müssen wir den Familien helfen.

(Beifall)

Wir wissen doch, dass mit Digitalisierung, Informationsgesellschaft, Nanotechnologie und Satellitentechnik die Sehnsucht der Menschen nach Maßstäben und Prinzipien eher zu- als abnehmen wird. Ich sage Ihnen voraus: Auch wenn viele Menschen keine direkte Beziehung zu einer der Religionen haben werden, so werden sie doch immer wieder schauen, welches Angebot wir mit dem C in unserem Namen ihnen machen.

Wir sollten eine Partei sein, die Partei ergreift für Bindungen, für Menschen, die den Mut haben, sich in dieser Gesellschaft zu binden. Wir sollten Menschen ermutigen, sich bei komplizierten Sachzusammenhängen eine Meinung zu bilden. Wir sollten sie ermutigen, sich entscheiden zu können. Und wir sollten sie ermutigen, sich zu engagieren: Ältere für Jüngere, Menschen in Ehrenamt für kurzfristige und langfristige Projekte. Nur wer sich engagiert, schlägt Wurzeln. Das ist Teil unseres Verständnisses von Freiheit. Wir wissen doch, wie wichtig es ist, sich zu Hause zu fühlen. Offen zu sein für Veränderungen fällt leichter, wenn man weiß, wo seine Wurzeln sind. Wir glauben an Menschen, nicht an Systeme. Wir wollen den Menschen den Rücken stärken, damit sie in einer Welt des Wandels bestehen können. Nur so, liebe Freunde, erwächst ein mündiges Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat. Mündige Bürger in einem handlungsfähigen Staat! Starke Bürger, starker Staat – das sind die beiden Ziele, denen wir uns in einer aktiven Bürgergesellschaft verantwortlich fühlen müssen.

Ein glaubwürdiger Staat darf seine Bürger nicht durch Bürokratie tyrannisieren. Ein glaubwürdiger Staat muss dort stark sein, wo der Bürger ihn braucht. Er muss sich an Ordnung, Recht und Gesetze halten und darf nicht anfangen, von Bagatelldelikten zu sprechen. Liebe Freunde, für viele sind 100 DM kein Bagatelldelikt. Deshalb werden wir das nicht zulassen.

(Beifall)

Ich sage Ihnen voraus: Jede Aushöhlung des Rechtsempfindens wird die Menschen letztlich nur verunsichern und zu etwas führen, was ich als ganz große Gefahr ansehe: zu einer Zweiklassen-Gesellschaft in puncto Sicherheit – die einen können sich Sicherheit kaufen, die anderen bekommen sie nicht mehr. Das ist vielleicht eine der Herausforderungen der neuen Gesellschaft. Der Staat muss für die Sicherheit aller sorgen; das ist seine Aufgabe.

(Beifall)

Liebe Freunde, Eichelsche Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Kommunen und anschließende Sonntagsreden über die aktive Bürgergesellschaft, wie es der Kanzler gerne macht, passen nicht zusammen. Deshalb sage ich: Die Schnelligkeit des Wandels in unserer Gesellschaft erfordert flachere Strukturen, niedrigere Hierarchien. Deshalb müssen wir die kommunalen Spielräume stärken.

(Beifall)

Auch wir haben manchmal gesündigt. Die Kommunen aber müssen Vorrang haben in unserer Politik. Ansonsten wird sich niemand mehr engagieren, ansonsten wird niemand mehr kandidieren. Dass wir in Essen einen CDU-Oberbürgermeister haben und in Nordrhein-Westfalen weite Flächen schwarz sind und nicht rot, ist der Erfolg der Glaubwürdigkeit von CDU-Kommunalpolitik. So müssen wir weitermachen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist unser Verständnis von Heimat: dass das Gemeinwesen nicht eine anonyme Geldverteilungsmaschine ist, sondern ein Ort, wo ich gebraucht werde, wo ich entscheiden kann, wo ich Verantwortung übernehmen kann. Wir sagen den Menschen: Ihr

könnt in eurer Heimat so sein, wie ihr wollt. Unser Land zeichnet sich durch Vielfalt aus. Das ist es doch gerade, was unsere Gesellschaft so lebendig macht.

In einem solchen Verständnis ist es dann auch nur selbstverständlich, dass wir uns überall, ob in Berlin oder in Brüssel, gegen Überregulierung wehren. Damit spreche ich etwas an, was uns in den nächsten Monaten mit Sicherheit ganz intensiv beschäftigen wird: die zukünftige Struktur und Architektur Europas. Für mich steht sie am Scheideweg. Durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam ist europäische Politik immer stärker Innenpolitik geworden. Die Europäische Union und ihre 370 Millionen Bürger müssen jetzt entscheiden, welche gemeinsamen Interessen sie nach außen im internationalen Wettbewerb vertreten wollen, welche Entscheidungen sie dazu gemeinsam in Brüssel treffen müssen und welche Kompetenzen die Nationalstaaten behalten. Sie müssen entscheiden, wer zu dem künftigen Europa gehören soll, wie die Vertiefung der Zusammenarbeit aussehen soll und wie das Verhältnis von Kommission, Rat und Europäischem Parlament weiterentwickelt wird.

Liebe Freunde, dies ist eben nicht, wie viele heute noch denken, eine Diskussion für Spezialisten. Es ist eine Diskussion für alle Bürger in diesem Land, vor allen Dingen für alle, die sich politisch interessieren. Vielleicht ist es am wichtigsten, dass wir lernen, die europäischen Anliegen in eine Sprache zu übersetzen, in der auch die Bürger vor Ort sie wirklich nachvollziehen können.

(Beifall)

Weil das so wichtig ist und weil wir alle das doch spüren, wenn wir über die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie reden, wenn wir über die dritte Reinigungsstufe reden, wenn wir über das europäische Genehmigungsrecht sprechen, wenn die Menschen Anträge auf Forschungs- und Entwicklungsvorhaben nach Brüssel schicken, wenn sie Genehmigungen einholen, genau deshalb fragen sich doch die Menschen: Was für eine Europäische Union ist das, und wollen wir diese oder wollen wir eine andere? Wenn wir sagen, dass wir darüber offen diskutieren müssen, dann sind wir für ein richtig verstandenes Europa, und für dieses Europa sind wir auch dann, wenn wir sagen: Wir brauchen einen Verfassungsvertrag, in dem die Kompetenzen klar und eindeutig geregelt sind. Dann wird der Weg nach Europa für die Bürger, für die Menschen in einem guten Sinne weiter zu gehen sein.

(Beifall)

Es hat keinen Sinn, sich vor der Einsicht zu drücken, dass die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion natürlich erhebliche Auswirkungen auf unsere sozialen Sicherungssysteme hat. Ich finde, darüber können wir doch offen und ehrlich sprechen. Nichts ist schlimmer, als wenn den Menschen nach Jahren gleichsam vorgeknallt wird, dass nun nichts mehr zu ändern ist.

Die Innenpolitik der Europäischen Union darf auch nicht allein vom Europäischen Gerichtshof bestimmt werden.

(Beifall)

Wir müssen dies angehen für Europa und seine Vertiefung. Wenn dies nicht gelingt, wenn wir dies nicht schaffen, werden wir auch eines der wichtigsten Projekte gar nicht durchführen kön-

nen, das wir aber durchführen wollen: Ich spreche mich ausdrücklich dafür aus, dass wir ab 2003 die ersten neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union aufnehmen können. Liebe Freunde, Polen und Tschechien haben einen riesigen Beitrag dazu geleistet, dass wir heute nicht mehr im kommunistischen Osten leben müssen.

(Beifall)

Diese Länder haben ein Anrecht darauf, zur Europäischen Gemeinschaft, zur Europäischen Union zu gehören. Das ist über viele Jahre in vielen Reden gesagt worden, und heute kann es Realität werden, heute müssen wir dafür arbeiten.

Wir halten aber den von der Bundesregierung forciert betriebenen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union für falsch.

(Beifall)

Die Enttäuschung auf Seiten der Türkei ist heute schon vorprogrammiert, denn viele Versprechungen werden sich nicht halten lassen.

Das Andere ist: Wenn nicht erkennbar ist, wohin die Reise in Europa geht, dann werden auch die Menschen in Europa enttäuscht sein, und genau dies darf nicht passieren.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb müssen wir auch unvoreingenommen ein weiteres heißes Eisen anpacken, und zwar im europäischen Kontext: Wie gehen wir angesichts unserer alternden Gesellschaft und unseres Menschenbildes mit Zuwanderung und Asyl um? Es kann doch nicht sein, dass in einem Europa der gleichen Währung und der gleichen Wirtschaftsbedingungen die Belastungen durch Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge völlig unterschiedlich verteilt sind.

(Beifall)

Wenn Bundesinnenminister Schily schon der Meinung ist, den Menschen sagen zu müssen, dass die Grenze der Zumutbarkeit, der Belastung mit Zuwanderung und Asylbewerbern in Deutschland überschritten ist – und man kann ja darüber streiten, ob er das hätte öffentlich sagen sollen, aber wenn er es öffentlich sagt –, dann ist es seine tägliche Hausaufgabe, nach Brüssel zu fahren und zu versuchen, über einheitliche europäische Regelungen hierfür zu verhandeln. Das, liebe Freunde, vermissen wir!

(Beifall)

Wenn das europäische Asylrecht harmonisiert werden muss, dann spricht für mich auch nichts dagegen, dass wir uns in Deutschland daran beteiligen. Wenn das erfordert, dass wir über eine institutionelle Garantie des Asylrechts diskutieren, dann müssen wir dies unvoreingenommen tun und dürfen nicht von vornherein schon wieder sagen, dass das nicht in Frage kommt.

Deutschland wird weiterhin die Menschen, die in Not sind, aufnehmen. An dieser Grundhaltung der Bundesrepublik Deutschland wird sich nichts ändern. Aber eine Politik nach Lust und Laune, die mal Zuwanderung betreibt, die mal beklagt, dass wir zu viele Menschen haben, die

jeder grundsätzlichen Diskussion über Zuwanderung und anderes mehr aus dem Wege geht, eine solche Politik werden wir nicht dulden.

(Vereinzelt Beifall)

Die Wahrheit ist doch: Rot-Grün ist in der Frage einer systematischen Diskussion von Asylrecht und Zuwanderungspolitik schwer zerstritten.

(Beifall)

Gerade deshalb, liebe Freunde, sollten wir die Diskussion in einem vernünftigen Maße bestimmen. Aber auch das wird uns Kraft und Sachverstand kosten, und auf diese Arbeit müssen wir uns vorbereiten.

(Beifall)

Eines ist für mich auch sonnenklar: Wenn die Staaten der Europäischen Union und ihre Staats- und Regierungschefs einen Weg weiter beschreiten, wie sie ihn gegenüber Österreich in den letzten Wochen und Monaten beschritten haben, wird das Europa der Zukunft nicht das Europa der Bürger sein.

(Beifall)

Wir sind wahrlich keine Freunde der FPÖ. Ich brauche das hier nicht zu betonen. Aber anstatt die Regierung in Wien an ihren Taten zu messen, anstatt wirklich erst einmal abzuwarten, was dort geschieht, will man fast zwei Drittel der österreichischen Wähler einfach isolieren. Jetzt fangen alle schon wieder an, zurückzurudern, so gut es geht. Aber, liebe Freunde, was ist denn passiert? Gewonnen hat nur einer und das ist Haider. Den kennt jetzt jeder in Europa. Das ist das Ergebnis sozialdemokratischer Politik.

(Beifall)

Die Sache wird doch besonders absurd, weil sich gerade Schröder, was zweifelhafte Koalitionspartner angeht, an den eigenen Kopf fassen sollte.

(Beifall)

Liebe Freunde, es war nicht weit von hier, und es ist nicht lange her, da hat in diesem Land eine Partei einen Bundesparteitag abgehalten. Ich meine die PDS. Diese Partei stimmt nicht einmal für UNO-Einsätze bei Friedensmissionen. Mit dieser Partei koalitiert Schröder in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt. Dazu gibt es, so meint er, nichts zu sagen, und dann regt er sich über die ÖVP in Österreich auf. Das ist mit zweierlei Maß gemessen, und das werden wir nicht durchgehen lassen. Das muss man den Menschen sagen!

(Lebhafter Beifall)

Genauso blamabel ist es doch, wie die Bundesregierung unsere Bundeswehr im Kosovo-Konflikt behandelt. Liebe Freunde, die Bundeswehr braucht einen starken Minister, aber genau den hat sie jetzt nicht. Sie hat einen Minister, der mit allem beschäftigt ist, nur eben nicht damit, den Soldaten eine gute Ausrüstung und eine sichere Zukunft zu garantieren, einen Minister, der sich gegen Eichel und Schröder nicht durchsetzen kann. Ein solcher Verteidi-

gungsminister ist nicht der richtige Mann in dieser Zeit. Unsere Soldaten, die 10 000, die in internationalen Einsätzen tätig sind, haben ein Recht darauf, vernünftig ausgestattet und vernünftig versorgt zu sein. Unsere Soldaten haben ein Recht darauf, über die Zukunft der Bundeswehr informiert zu sein. Wir sind für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Wir sind dafür, dass hierfür eine vernünftige Ausstattung zur Verfügung gestellt wird. Auch dort werden wir uns intensiv in die Diskussion einmischen.

(Beifall)

So wird klar: Europäische Einigungspolitik ist heute Friedenspolitik. Wer ein Europa der Regionen will, der muss es den Menschen erlauben, in den Wettbewerb um die bessere Lösung einzutreten. Zentralismus heißt Gleichmacherei, und Gleichmacherei heißt Stillstand. Wir wollen zusammen mit unseren Freunden in der Fraktion der Europäischen Volkspartei – wir sind stolz darauf, dass Deutschland einen Beitrag dazu geleistet hat, dass die Fraktion der Europäischen Volkspartei die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament ist – die Visionen von Europa weiterentwickeln. Dafür steht die CDU.

(Beifall)

Liebe Freunde, Konrad Adenauer würde spätestens jetzt wahrscheinlich sagen: Die Lage war noch nie so ernst wie jetzt. – Ich habe mir erzählen lassen, dass er dies relativ häufig gesagt hat, und trotzdem kann ich diesen Satz in meiner Situation heute gut nachempfinden, denn die CDU Deutschlands steht am Anfang des 21. Jahrhunderts vor einer Bewährungsprobe.

Wir müssen unseren Anspruch in dieser Gesellschaft klarmachen: Ich will eine CDU, die die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft unter globalisierten Bedingungen weiterentwickelt. Ich will eine CDU, die es schafft, auch unter diesen neuen Bedingungen Markt und Menschlichkeit zu versöhnen.

Ich will eine CDU, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die Menschenwürde zu ihrem Maßstab bei der Bewertung technologischer Risiken macht.

Ich will eine CDU, die der Generationengerechtigkeit bei der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme zum Durchbruch verhilft.

Ich will eine CDU, die für ein Europa der Bürger eintritt.

Ich will eine CDU, die dem einzelnen Bürger Freiräume lässt und die ihm dort, wo der Bürger ihn braucht, einen starken Staat zur Seite stellt.

Ich will eine CDU, die die kleinen Einheiten unterstützt. Ein Bekenntnis zur Nation, zur Heimat, ein Bekenntnis zur eigenen Identität – das ist die Voraussetzung, sich in der Welt zurechtzufinden.

Ich will eine CDU, die für ein Deutschland eintritt, das ein tolerantes Land unter anderen ist, das sich nicht aufspielt und das sein Licht nicht unter den Scheffel stellt.

Ich will eine CDU, deren Mitglieder in die Meinungsbildung einbezogen werden, die selbstbewusst sind und diskutieren.

Ich will aber auch eine CDU, die nach Debatten und Diskussionen klare Entscheidungen trifft, Mehrheitsentscheidungen akzeptiert und auf dem gemeinsamen Weg vorangeht.

Liebe Freunde, wer, wenn nicht wir, kann die gewaltigen Aufgaben unserer Zeit angehen? Wann, wenn nicht jetzt, können wir die Chance nutzen, unseren Anspruch neu deutlich zu machen? Wir haben mit unserem christlichen Verständnis vom Menschen, mit unserem Wertefundament herausragende Möglichkeiten, den Anforderungen der neuen Zeit gerecht zu werden. Wir müssen die Wirklichkeit aufnehmen und wir müssen an uns selbst glauben.

Genau dies leitet uns auf den Weg, uns zu erneuern. Den Anfang haben wir mit Friedrich Merz gemacht und diesen Weg werden wir weitergehen.

Wir, die Union – CDU und CSU –, sind der stabile Faktor in Deutschland. Wir sind nicht immer einer Meinung in CDU und CSU, aber immer auf einem gemeinsamen Weg. Das macht den Reiz und die Stärke dieser Gemeinschaft aus. Wir stehen fest zusammen, so wie wir es in den letzten Monaten gesagt haben. Natürlich können und werden wir voneinander profitieren und lernen. In München wird unglaublich viel Vernünftiges formuliert.

(Heiterkeit und Beifall)

Lieber Michael Glos, einer der Sprüche, die mir unheimlich gut gefallen, heißt „Mir san mir“. Ich kann nur sagen: Dieser Spruch kann auch außerhalb Bayerns weiter seine Gültigkeit haben.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, die CDU ist in Bewegung: Fast auf den Tag genau vor 15 Jahren brachte schon einmal ein Parteitag in Essen einen großen Durchbruch für die CDU, der Essener Parteitag 1985 zur Frauenpolitik. Das war – die Frauen seufzen schon – eine echte Pionierarbeit für die große Volkspartei der Mitte.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe mich gefreut, dass in den vergangenen Wochen viel darüber diskutiert wurde, was eigentlich konservativ sei. Einer, der sich an der Debatte beteiligt hat, hat für mich richtigerweise geschrieben: „Konservativ kommt nicht von Konserve. Die Konservativen der Zukunft erkennt man am Mut zur Veränderung.“ Die Wirklichkeit annehmen, fähig zur Erneuerung sein und zugleich Wertvolles bewahren – genau das ist konservativ.

(Anhaltender Beifall)

Nach Essen 1985 wird in diesem Sinne von Essen 2000 wieder ein Signal ausgehen, ein Signal der Erneuerung, das uns die Kraft gibt, auch in diesem Jahrhundert erfolgreich zu sein.

Lieber Jürgen Rüttgers, wenn wir bei den Kommunalwahlen im September im Ruhrgebiet, im Herzen der Sozialdemokratie, Unglaubliches geleistet haben, wenn wir dem Bedürfnis der Menschen nach einer Erneuerung in diesem Lande nachgekommen sind, wenn wir es geschafft haben, fast absolute Mehrheiten in riesigen Landstrichen zu erreichen, dann kann ich nur sagen: Wir haben als Christliche Demokraten eine Lektion gelernt: mehr Offenheit. Genau dies fehlt der SPD in Nordrhein-Westfalen. Das haben die Menschen gespürt.

(Anhaltender Beifall)

Genauso, wie sich die Menschen ihre Städte und Landkreise in Nordrhein-Westfalen erobert haben, genauso bedürfen die Regierungsgeschäfte in Düsseldorf einer neuen Moral. Wolfgang Clement steht nicht für diese neue Moral. Deshalb wird es nur gehen, wenn wir auch in Düsseldorf einen Regierungswechsel mit einem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers herbeiführen. Ich sage Ihnen: So, wie wir es können, werden wir Sie in den nächsten Wochen unterstützen, damit dies gelingen kann.

(Lebhafter Beifall)

Die CDU wurde nach 1945 als Antwort auf die Erfahrungen mit einem totalitären Regime gegründet. Diese Erfahrung liegt für den Westen schon über ein halbes Jahrhundert zurück. Für all die, die aus dem Umbruch der DDR zur CDU gestoßen sind, ist diese Erfahrung noch ganz frisch. Die CDU steht jetzt vor einem Generationenumbruch. Diejenigen, die den Zweiten Weltkrieg zumindest noch als Kinder erlebt haben, bestimmen die Politik nicht mehr in der ersten Reihe. Stattdessen prägen diejenigen, die in der Nachkriegszeit groß geworden sind oder die sogar – wie ich – 35 Jahre ihres Lebens in einer Diktatur gelebt haben, die zukünftige Richtung unserer Partei.

Damals – 1989 – sind wir aufgebrochen. Ich bin mit meinen Kollegen von der Akademie der Wissenschaften in Berlin losgezogen. Zuerst habe ich bei der SDP Halt gemacht, aber da habe ich mich nicht lange aufgehalten. Mich zog es in den Demokratischen Aufbruch. Der Name war Programm. Später gehörten wir zur Allianz für Deutschland. Das war für uns alle eine unglaubliche Zeit: große Neugier auf das Neue. Einem Freund habe ich damals in sein Buch geschrieben: Geh ins Offene. – Was ist das für eine Aussicht: Geh ins Offene, in die Freiheit, in die neue Zeit? Dabei hatten wir eine ganz klare Gewissheit: Die Freiheit, die Demokratie ist ein Gut, das gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Daran hat sich nichts geändert.

Wer – wie ich – in der DDR gelebt hat, der weiß, dass Politik gegen die Natur des Menschen ein Frevel ist. Wir wissen um den Wert der Freiheit.

Unser Herz schlägt nicht links. Unser Herz schlägt für Deutschland und Europa.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Zukunft hängt einzig und allein von unserer eigenen Stärke ab. Die haben wir selbst in der Hand. Wir wollen die treibende Kraft in Deutschland, wir wollen wieder die Nummer eins werden. Wir haben ein klares bundespolitisches Ziel: der Wahlsieg 2002. Dafür, liebe Freunde, heißt es arbeiten. Dafür heißt es die Menschen begeistern. Rot-Grün kann sich warm anziehen. Denn jetzt geht es wieder zur Sache – für Deutschland, für die Menschen. Dafür trete ich an und dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall –
Die Delegierten erheben sich von Ihren Plätzen.)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, so beeindruckend Ihre Rede war, so beeindruckend war die Reaktion und der Dank des Parteitages. Selbst diejenigen, die seit vielen Jahren einen Bundesparteitag besuchen, können sich nicht erinnern, dass ein

Dank eines Parteitages einmal so ausgefallen ist wie heute. Herzlichen Dank für diese großartige Rede!

(Beifall)

Das war eine große, eine bedeutende, das war eine wichtige Rede – für unsere grundsätzliche Orientierung und für die Aktualität des Tages. Sie haben, liebe Angela Merkel, erinnert an die Erfolgsgeschichte der Christlich Demokratische Union Deutschlands. Sie haben Bilanz gezogen, aber genauso die Veränderungen beschrieben, vor denen Partei und Politik an der Schwelle zum neuen Jahrtausend stehen. Und Sie haben uns eingeladen, nach vorne zu schauen. Sie haben uns den Weg gewiesen und uns vor allem gezeigt, dass die CDU wieder angriffsfähig ist und den politischen Gegner wieder ins Visier nimmt. Vielen Dank für diese großartige Rede!

(Beifall)

In diesen Dank einschließen möchte ich den Dank für die Arbeit, die Sie in den letzten Wochen und Monaten geleistet haben. Das war eine harte Arbeit und das waren schwere Aufgaben, die Sie schultern mussten. Sie haben Mut bewiesen, Sie haben Entschlossenheit gezeigt und Sie haben Selbstbewusstsein behalten. In schweren Wochen haben Sie die Partei immer wieder aufgerichtet. Vielen Dank für Ihre Arbeit als Generalsekretärin der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Meine sehr verehrte Damen und Herren, wir kommen damit zur Aussprache zum Bericht der Generalsekretärin. Es liegen einige Wortmeldungen vor. Ich rufe zunächst Eberhard Baumbusch, Landesverband Baden-Württemberg, auf.

Eberhard Baumbusch: Liebe Parteifreunde! Es ist ungeheuer schwierig, jetzt noch die richtigen Worte zu finden.

(Beifall)

Als Berufsmacho muss ich sagen: eine klasse Rede, Frau Merkel.

(Beifall)

Das reicht eigentlich schon.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich spreche hier für mittelständische Unternehmer. Ich möchte meinen Dank zum Ausdruck bringen, dass Sie die Themen des Mittelstandes aufgegriffen haben. Wir haben Vertrauen, dass Sie in Zukunft die Steuerreform angehen und den Staat entbürokratisieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Baumbusch. – Als Nächster hat sich Ministerpräsident a. D. Professor Dr. Hans Filbinger gemeldet.

Prof. Dr. Hans Filbinger: Herr Tagungspräsident! Meine liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Es ist nicht selbstverständlich, dass ein Vertreter der älteren Generation in einer solchen Stunde das Wort bekommt und angehört wird. Ich bin mir bewusst, dass das ein Vorzug ist. Ich bedanke mich dafür und werde mich kurz fassen.

Meine lieben Parteifreunde, diese Stunde, diese Rede – das ist ein Signal und ein Aufbruch, der weit über diese Tagungsstätte hinaus in Stadt und Land bis in das letzte Dorf in der Bundesrepublik Deutschland hinausgeht. Es wird draußen die Sicherheit begründen, dass die CDU nun wirklich im Angriff ist, dass sie wieder da und ihre Aufgaben erfüllen wird.

(Beifall)

Es ist wahr: Die Mobilisierung der Partei ist von unten her, von den Orts- und von den Kreisverbänden ausgegangen; dann erst ist die Welle in die Landesverbände hineingeschwappt. Die Partei hat sich in ihrer ganzen Breite dagegen aufgebäumt, dass die Christlich Demokratische Union, die 50 Jahre deutsche Politik maßgeblich mitgestaltet hat, infolge der Affären nun weniger handlungsfähig und weniger entschlusskräftig sein würde, als das bisher der Fall war. Es ist ein Auftrag, der von der Basis her kommt und der in die Spitze dieser Partei hineingegangen ist.

Angela Merkel hat in ihrer großen Rede diesen Auftrag in einer wundervollen Art und Weise realisiert, hat die Ziele gesetzt und hat den Schwung gegeben, der nach vorne führen wird.

Meine lieben Parteifreunde, die Basis will haben – das ist ihr Auftrag, den wir entgegennehmen dürfen –, dass die Christlich Demokratische Union als die Volkspartei der Mitte weiter wirkt, die Partei, die die soziale Marktwirtschaft kreiert hat, welche eine Synthese zwischen dem Ortholiberalismus und der christlich-sozialen Lehre ist, die Partei, die die Wiedervereinigung geschaffen hat, und die Partei, die die Freundschaft mit den Völkern Europas und der Welt begründet hat. Das ist ein Vorgang von großer Bedeutung. Angela Merkel hat mit Recht erklärt, die Krise der CDU ist ihre Chance. Wir können die CDU erneuern und wir können sie verstärken, wenn wir – das sage ich mit Betonung – unser christliches Profil wieder entdecken. Dieses Profil ist die einzige Möglichkeit gegenüber der Sozialdemokratie wieder programmatische Durchschlagskraft zu erringen.

Wir kennen den Einwand, dass das Christentum als Folge der katastrophalen Einbußen, die es erlitten hat, möglicherweise nicht mehr die Kraft haben werde, die Menschen zu bewegen und dem Zeitgeist entgegenzutreten. Aber, meine lieben Freunde, ganz zweifellos war das 20. Jahrhundert eine Zeit der Gottesferne, ein antichristliches Interregnum, wie es kein anderer als Ernst Jünger bezeichnet hat. Aber es war eben nur eine Zeit des Übergangs. Angesichts der Sinnleere des Materialismus wenden sich viele Menschen von dieser Einstellung ab. Es zeichnet sich erneut und insbesondere bei der Jugend eine wachsende Aufgeschlossenheit gegenüber der Religion und der christlichen Lehre ab. Wir Christen sind keine Pessimisten, sondern Optimisten. Dieser Geist kann uns beflügeln. Wenn wir zunächst vielleicht auch Zweifeln gegenüberstehen: Es waren immer die Minderheiten, die die geistigen Bewegungen in Gang gesetzt haben. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass der Wille und die Kraft in uns stecken, als Christlich Demokratische Partei wieder nach vorne zu kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Zukunft, liebe Freunde, hängt von der Vergangenheit ab. Das ist ein Wort, das der gerade 100 Jahre alt gewordene Philosoph Hans-Georg Gadamer geprägt hat. Ich stelle die Frage: Wer sollte berufen sein, in unserer Zeit der großen historischen Umbrüche, der wissenschaftlichen, der sozialen, der technischen und der wirtschaftlichen Umbrüche, die geistig-politische Neuorientierung zu schaffen, wenn nicht die politischen Kräfte, die das christliche Erbe ernst nehmen und entschlossen sind, ihr politisches Handeln danach auszurichten.

(Vereinzelter Beifall)

Die Linke, meine Freunde, ist nach dem Zusammenbruch des Sozialismus-Marxismus mit ihrer Weisheit am Ende. Das hat Angela Merkel sehr deutlich formuliert. Die Linke hat keine Lehre für die Zukunft, kein Programm und keine Vision. Das kann man nicht zuletzt am Zustand der rot-grünen Regierung ablesen. Diese Regierung handelt nach einem Prinzip; das ist das Prinzip der Opportunität. Aber damit kann man Glaubwürdigkeit und Vertrauen auf die Dauer nicht erringen. Wir sind es, die sich an die Stelle dieser Partei setzen können, um auch im Bund wieder die Mehrheit zu erringen.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich, meine Freunde, in aller Kürze drei Punkte erwähnen, die zum Kernbereich unserer Partei gehören. Der erste betrifft den Bereich von Ehe und Familie. Angela Merkel hat darauf hingewiesen. Der Vorrang, den die Verfassung Ehe und Familie einräumt, wird durchkreuzt, wenn die rot-grüne Regierung das Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft von Gleichgeschlechtlichen so durchsetzen würde, wie es im Entwurf steht. Daran kann keine Rhetorik der Bundesjustizministerin etwas ändern. Der Verfassungsrechtler Professor Kirchhof sagt mir Recht, es sei eine Pervertierung des Verfassungsauftrags, was mit diesem Gesetzentwurf beabsichtigt werde.

(Vereinzelt Beifall)

Ein zweiter Punkt, meine Freunde. Der nach der Verfassung gegebene Lebensschutz für die ungeborenen Kinder ist nach der jetzigen Regelung nicht ausreichend. Vor 25 Jahren haben die Unionsparteien das Gesetz über die Fristenlösung, das die sozialliberale Regierung damals erlassen hatte, beim Bundesverfassungsgericht zu Fall gebracht. Ich habe damals mitgewirkt. Was Jahre später mit den Stimmen der Union beschlossen worden ist, meine lieben Freunde, ist in den Auswirkungen, wie die Wirklichkeit der Abtreibungspraxis beweist, nicht viel besser. Das lastet als eine schwere Hypothek auf uns.

(Vereinzelt Beifall)

Schließlich, meine Freunde, reagiert die Öffentlichkeit entsetzt auf die Gewalttätigkeit und Verrohung in vielen unserer Schulen. Es wurde seit 30 Jahren prophezeit, dass es so kommen werde, als Folge der Konfliktpädagogik, der antiautoritären Erziehung und der Entschärfung des Pornographieverbots. Im Zeichen einer falsch verstandenen Liberalität wurden die Schleusen für das geöffnet, was wir heute haben. Wir brauchen Mut zur Erziehung, und wir brauchen eine Korrektur der falschen Reformen in der Schul- und in der Bildungspolitik.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Schluss, meine Freunde. Der Generationenvertrag gilt nicht nur für die Renten und für die Sozialversicherung, sondern auch für die Kultur. Die junge Generation hat einen Anspruch darauf, dass ihr ein richtiges Bild von der deutschen Geschichte und nicht ein verzerrtes tradiert wird. Die deutsche Geschichte ist keine Geschichte von Verbrechern. Sie ist älter als die bösen 12 Jahre unter Hitler. Diese, unsere Geschichte umfasst mehr als 1 000 Jahre. Wir sollten die Geschichtsklitterung, die in manchen unserer Schulbücher und Lehrbücher betrieben wird, nicht einfach hinnehmen.

Wir Deutschen werden nicht bei unseren Nachbarn glaubwürdig, wenn wir von uns selbst nichts halten. Roman Herzog hat in seiner Rede im Hotel Adlon von der unglaublichen mentalen Depression der Deutschen gesprochen. Am 9. November 1989 haben die Menschen in Leipzig, Dresden, Berlin und anderswo nicht gerufen „Wir sind die Bevölkerung“, sondern sie haben skandiert „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“. Alle gekünstelten Erklärungen der politisch Korrekten können doch die Tatsache nicht verdecken, dass man vom deutschen Volk nicht mehr reden will, so wie viele ja auch von der Wiedervereinigung nichts mehr wissen wollten. Aber die Wiedervereinigung kam eben doch, weil das Volk es so wollte.

Die politisch Korrekten erfanden die Gefahr eines neu heraufziehenden Faschismus, den sie, wie es Joachim Fest kürzlich ausdrückte, als lieb gewordenes Hausgespenst ins Feld führen konnten, um die einst unangefochtene Bestimmung über Wörter und Begriffe zu erhalten. Aber diese Linke ist steril geworden. Sie leiert, wie derselbe Autor treffend sagt, die alten Stereotypen herunter. Es ist auch an diesem Punkt Zeit, dass wir zur Sache kommen. Wenn wir unsere Botschaft an die Menschen heranbringen, wenn wir sie mit aller Kraft vertreten, dann werden wir die viel zitierte geistig-politische Wende schaffen, die notwendig ist.

Liebe Angela Merkel, vielen Dank für Ihre aufrüttelnden Worte. Wir stehen hinter Ihnen. Wir wollen mit Ihnen diese Zukunft gestalten.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Filbinger. Es liegt mir noch eine Wortmeldung von Herrn Michael Borgis vom Landesverband Berlin vor.

Michael Borgis: Liebe Freunde, ich werde kein Korreferat halten. Ich will mich eigentlich nur ganz kurz outen. Als ich zu diesem Parteitag kam, war ich skeptisch, ob ich Angela Merkel meine Stimme geben kann.

(Zurufe: Oh!)

Da sie aber das Herz und die Seele der Partei so getroffen hat, habe ich mich überzeugen lassen. Bitte geben Sie alle Ihre Stimme Angela Merkel. Ich habe heute gelernt, dass wir mit ihr den Aufbruch schaffen können. Das wollte ich nur kurz sagen. – Danke.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Borgis. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe damit die Aussprache zum Bericht der Generalsekretärin und weise darauf hin, dass wir morgen anlässlich der Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 16.2.

gegebenenfalls noch eine Aussprache zum Text der Essener Erklärung haben können. Dazu ist heute Nachmittag schon eine Wortmeldung eingegangen. – Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE DER EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Dieser Bericht liegt Ihnen in schriftlicher Form vor. Ich bedanke mich ganz herzlich beim Verfasser dieses Berichtes, Herrn Hartmut Nassauer, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der Fraktion der Europäischen Volkspartei.

(Beifall)

Lieber Herr Nassauer, vielen herzlichen Dank Ihnen und allen Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der EVP, nicht nur für diesen Bericht, sondern auch für die wichtige Arbeit in den vergangenen Wochen und Monaten.

Ich darf dann den aktualisierten Bericht der Mandatsprüfungskommission bekannt geben, der eine gewisse Novität für unseren Bundesparteitag enthält. Zum Bundesparteitag sind 1 001 Delegierte eingeladen worden. Es sind anwesend 1 001 Delegierte. Der Parteitag ist vollzählig.

(Beifall)

Ich übergebe das Tagungspräsidium an Jürgen Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christoph. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde. – Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

WAHL DES BUNDESVORSTANDES

Vor Eintritt in die einzelnen Wahlgänge darf ich Sie auf Folgendes hinweisen:

Laut § 43 unseres Statuts werden die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU in geheimer Wahl mittels Stimmzettel gewählt. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit; sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

Der Bundesparteitag der CDU Deutschlands hat 1996 in Hannover die Einführung eines Frauenquorums beschlossen. Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist. Das steht in § 15 Abs. 3 unseres Statutes. Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang erfüllt, so kommt es bei eventuell folgenden ergänzenden Stichwahlen nicht mehr zur Anwendung.

Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine. Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre

Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können. - Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 18.1.

WAHL DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Zur Kandidatur bereit ist Angela Merkel.

(Beifall)

Angela Merkel hat sich bereits durch ihre tolle Rede eindrucksvoll vorgestellt, sodass wir auf eine weitere Vorstellung verzichten können. Dennoch muss ich Sie formell fragen, ob Sie damit einverstanden sind. – Ich stelle Einverständnis fest.

Bevor wir jetzt in den Wahlgang eintreten, habe ich noch ein paar Hinweise – was sein muss, muss sein: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock zur Hand, den wir heute schon benutzt haben. Wir werden die Wahl mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 durchführen. Wenn Sie für Angela Merkel stimmen möchten, dann schreiben Sie bitte Ja oder ihren Namen auf den Stimmzettel. Anderenfalls schreiben Sie bitte Nein. Wenn Sie sich enthalten möchten, dann schreiben Sie entweder Enthaltung oder lassen Sie den Stimmzettel leer. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig. Ist das Verfahren damit klar? – Ich höre keinen Widerspruch. Ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben.

Haben alle Delegierten die Gelegenheit gehabt, ihren Stimmzettel abzugeben? – Nein, das ist nicht der Fall. Darf ich Sie darauf hinweisen, dass Sie bitte zu den Urnen gehen müssen. Die Urnen kommen nicht vorbei. – Ich frage noch einmal, ob alle Delegierten die Gelegenheit hatten, ihren Stimmzettel abzugeben. Ich weise darauf hin, dass ich nicht mehr lange warten werde, weil wir etwas unter Zeitdruck sind. Ich bitte Sie herzlich, sich schnell zu den Wahlurnen zu begeben. – Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Ich bitte diejenigen, die ihren Stimmzettel noch nicht abgegeben haben, ihren Stimmzettel hochzuhalten.

Ich vermute, dass jetzt alle die Gelegenheit hatten, ihren Stimmzettel abzugeben. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann schließe ich den Wahlgang und unterbreche den Parteitag bis zur Bekanntgabe des Stimmergebnisses.

(Unterbrechung von 18.36 bis 18.48 Uhr)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an der großen Anzahl der Fotografen merken Sie, dass ein Ergebnis bekannt gegeben wird, sobald die Stimmzähler ausgezählt haben. Ich bitte Sie herzlich, Platz zu nehmen – selbst wenn es für Sie in den ersten Reihen etwas schwierig ist, unmittelbar die Bühne zu sehen; aber es gibt ja hier oben die Übertragung –, weil ich gleich gerne das Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden bekannt geben möchte.

Ich möchte das Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden bekannt geben: Abgegebene Stimmen 942. Ungültige Stimmen 0;

(Beifall)

Enthaltungen 7; gültige Stimmen 935. Die erforderliche Mehrheit beträgt also 469. Abgegeben wurden für Angela Merkel 897 Stimmen; das sind 95,94 Prozent.

(Lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Mit Nein stimmten 38 Delegierte. Das sind 4,06 Prozent. – Wenn sich Angela Merkel ein klein wenig freischwimmen kann, dann kann ich ihr die Frage stellen, ob sie die Wahl annimmt.

Dr. Angela Merkel: Ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich für die große Unterstützung und bitte darum, dass sie noch eine Weile anhält.

(Heiterkeit und lang anhaltender Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, da wir nun gerade unsere bisherige Generalsekretärin zur Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gewählt haben, rufe ich jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 18.2 auf:

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Das Statut der CDU Deutschlands sieht vor, dass der Generalsekretär auf Vorschlag der Parteivorsitzenden gewählt wird. Deshalb erteile ich unserer neuen Vorsitzenden, Dr. Angela Merkel, das Wort und bitte sie um ihren Vorschlag für das Amt des Generalsekretärs.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freunde! Ich möchte dem Bundesparteitag Ruprecht Polenz als Generalsekretär vorschlagen.

Ruprecht Polenz habe ich als Mitglied des Deutschen Bundestages als jemanden kennen gelernt, der in der Partei groß geworden ist, der für die Partei viel spannende Arbeit organisiert hat, der neue Formen der Parteiarbeit sehr stark bei sich selbst angewendet hat, der kommunalpolitische und wirtschaftspolitische Erfahrung hat und von dem ich glaube, dass wir zusammen mit ihm das, was wir auf den Regionalkonferenzen und in den letzten Monaten begonnen haben, nämlich einen Diskussions- und Meinungsbildungsprozess von unten nach oben zu organisieren, Entscheidungen vorzubereiten, sie dann zu treffen und in ein Wahlprogramm für 2002 einfließen zu lassen, gut hinbekommen werden. – Deshalb bitte ich Sie, die Wahl von Ruprecht Polenz zu unterstützen.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Dr. Merkel. – Ich darf jetzt Herrn Ruprecht Polenz das Wort zu einer Vorstellung geben. – Herr Polenz, Sie haben das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Ruprecht Polenz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor zwei Wochen hätte ich mir noch nicht vorstellen können, dass ich jetzt hier stehen würde. Als Frau Merkel mich zum ersten Mal gefragt hat, ob ich als Generalsekretär zur Verfügung stünde, habe ich gründlich überlegt, mich ausführlich mit meiner Frau und unseren Kindern beraten und zwei gute Freunde gefragt, ob sie mir das zutrauen würden. Denn ich gehöre nicht zu den Menschen, die sich von vornherein für jede Aufgabe für geeignet halten.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht ja bei einer solchen Entscheidung nicht nur um weit reichende Veränderungen im persönlichen und privaten Umfeld, wie Sie sich vorstellen können, sondern auch um eine große Verantwortung. Dann habe ich noch einen Rat befolgt, den mir früher mein Vater gegeben hat: Ich habe eine Nacht darüber geschlafen.

Nachdem mir alle zugeraten hatten, meine Kinder einverstanden waren und vor allem meine Frau gesagt hatte, ich solle Ja sagen, da habe ich mich Frau Merkel gegenüber dazu bereit erklärt. Ich habe gesagt: Ja, Frau Merkel, ich stehe zur Verfügung. Ich bin bereit, diesen Dienst für unsere Partei zu leisten, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

(Beifall)

Was bringe ich mit? Welche Erfahrungen kann ich einbringen? Oder, wie Journalisten in den letzten Tagen immer gerätselt haben: Wer ist Polenz?

Politisch begann ich als „alternativer 68er“ im RCDS an der Uni Münster. Es war die Zeit der großen Teach-ins mit über 1 000 Studenten in überfüllten Hörsälen – und davon immer mehr als zwei Drittel gegen uns. Manchmal blieb es nicht bei verbalen Attacken. Alle, die damals dabei waren, können sich an die außerordentliche Härte erinnern, mit der an den Universitäten gegen uns gekämpft wurde. Trotzdem gewannen wir mit dem RCDS im Wintersemester 1968/69 die Wahlen und lösten den linken AStA ab, in dem unter anderem Frau Matthäus-Maier Mitglied war.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Erfahrungen kamen mir später in der Kommunalpolitik zugute. Keine noch so turbulente Bürgerversammlung kam auch nur entfernt an die Stimmung heran, die damals dem RCDS von den Linksradiakalen entgegenschlug. Selbst die Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 80er-Jahre, anlässlich der ich auf vielen Veranstaltungen für die richtige Politik von Helmut Kohl gekämpft habe, waren dagegen fast ein Zuckerschlecken.

1975 hatte die CDU in Münster ein paar Anti-Jusos gesucht, weil die Juso-Hochschulgruppe die örtliche SPD unterwandert hatte und auf ihrem Marsch durch die Institutionen in die Kommunalpolitik drängte. So kamen der heute sächsische Finanzminister, Prof. Milbradt, und ich in den Rat der Stadt Münster.

1994 wurde ich direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Seitdem arbeite ich dort im Auswärtigen Ausschuss mit folgenden Schwerpunkten: Sicherheitspolitik, transatlantische Beziehungen zu den USA und Kanada, dazu Großbritannien sowie islamische Länder – darunter so schwierige wie der Iran und die Türkei.

Besonderes Augenmerk habe ich dabei stets auf die Lage der Menschenrechte gelegt und eng mit Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen zusammengearbeitet. Ich habe mich mit der Einwanderungs- und Integrationsproblematik in den USA und Kanada befasst und mir die Erfahrungen dieser Einwanderungsländer vor Ort eingehend angesehen.

Auf mehreren Reisen in die Türkei und den Iran habe ich mich mit den unterschiedlichen Auswirkungen des Islam auf Staat und Gesellschaft beschäftigt.

Bei der letzten Bundestagswahl konnte ich den Wahlkreis Münster erneut direkt gewinnen, obwohl er zu den 31 Zielwahlkreisen gehörte, die mit besonderer materieller und finanzieller Hilfe seitens der Bonner SPD-Baracke gekippt werden sollten.

(Beifall)

Bundesweit war ich 1998 der einzige, der diesem massiven Einsatz von finanziellen und materiellen Mitteln der SPD widerstehen konnte; in den anderen 30 Wahlkreisen hatte die SPD leider Erfolg. In Münster dagegen – das war in Deutschland sonst leider nirgendwo der Fall –gab es bei den Erststimmen einen Zugewinn. In der CSU hat nur mein Kollege Hartmut Koschyk dazugewinnen können.

Nun noch ein paar Daten zum beruflichen und persönlichen Werdegang: Ich bin 53 Jahre alt, katholisch, verheiratet, von Haus aus Jurist. Wir haben vier Kinder im Alter zwischen 12 und 22 Jahren. Ich bin in Sachsen geboren

(Vereinzelter Beifall)

und 1952 mit meinen Eltern und meinem fünf Jahre jüngeren Bruder in den Westen geflohen, weil meine Eltern nicht wollten, dass ich in der DDR eingeschult werde. Aufgewachsen bin ich in Bayern und Baden-Württemberg. Weil mein Vater Soldat war, mussten wir alle drei bis vier Jahre umziehen. Nach dem Abitur am humanistischen Gymnasium in Tauberbischofsheim war ich zwei Jahre bei der Bundeswehr, ich bin Leutnant der Reserve. Seit 1968 leben wir in Münster.

Ich war wissenschaftlicher Assistent von Professor Kirchhof und habe bis zu meiner Wahl in den Deutschen Bundestag als Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster gearbeitet, wo ich auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig war.

Es war mir immer wichtig, eine solide berufliche Grundlage außerhalb der Politik zu haben. Ich bin nicht mit meiner ganzen Existenz von der Politik abhängig.

(Beifall)

Deshalb bin ich der IHK Münster auch dankbar dafür, dass ich jederzeit zu ihr zurückkommen kann. Diese Sicherheit gibt mir die nötige innere Unabhängigkeit.

Zehn Jahre als Fraktionsvorsitzender, fast 20 Jahre ehrenamtlicher kommunalpolitischer Arbeit – diese Zeit hat mich politisch entscheidend geprägt, Kommunalpolitik in einer Großstadt mit über 50 000 Studenten, einer Großstadt, in der jeder Zweite mit Bildung, Ausbildung oder Weiterbildung zu tun hat, einer Stadt mit 80 Prozent Dienstleistungsanteil. Das traditionelle Image vom „schwarzen Münster“ stimmt schon lange nicht mehr. In Münster hatten die Grünen schon 1979, viel früher als anderswo, den Einzug in den Stadtrat geschafft. Mit Stimmanteilen bis zu 18 Prozent gehörte die Stadt seitdem zu den bundesweiten Hochburgen der Grünen. Seit der letzten Kommunalwahl ist daraus allerdings eine Sandburg geworden.

(Beifall)

Wir haben nicht nur die rot-grüne Mehrheit im Rathaus wieder abgelöst, sondern mit über 52 Prozent für die CDU die absolute Mehrheit gewonnen.

(Beifall)

Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker hier im Saal wissen, wie schwer es ist, „gegen die Amtskette“ zu gewinnen. Unser Kandidat Dr. Berthold Tillmann wurde im ersten

Wahlgang gegen die populäre Amtsinhaberin von der SPD mit über 56 Prozent zum Oberbürgermeister gewählt.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun erwarten Sie von mir mit Recht einiges darüber, wie ich mir mein Amt vorstelle. Dazu eine Vorbemerkung: Der unvergessene langjährige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel, der für die CDU immer wieder große Erfolge garantiert hat, sagt in seinen gesammelten Sprüchen:

Wer sich klar ausdrückt, riskiert nicht nur, als ungebildet zu gelten, sondern auch noch, kritisiert zu werden, während die unklare Rede sich dadurch vor Kritik schützt, dass die Kritiker nicht recht wissen, was eigentlich gemeint war.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich gehe dieses Risiko der Klarheit gern ein, und zwar in sechs Leitsätzen, unter die ich meine Arbeit als Generalsekretär stellen möchte und an denen Sie mich messen sollten. Es ist gewissermaßen das Schwarzbrot der Parteiarbeit. Sie wissen, nur dieses Schwarzbrot gibt Kraft – anders als etwa Sahnetorte.

Erstens: Wir müssen die politische Mitte zurückerobern, aber wir dürfen darüber unser christliches und soziales Profil nicht vergessen. Was heißt das? Parteien- und Wahlforscher sagen zu Recht, dass bei uns Wahlen in der politischen Mitte gewonnen werden; denn „Mitte“ steht politisch für Augenmaß, Mäßigung und einen gerechten Ausgleich der verschiedenen und oft widerstreitenden Interessen in unserer Gesellschaft. Genau diesen gerechten Ausgleich der Interessen erwarten die Menschen von einer Partei, der sie die Regierungsverantwortung anvertrauen. Deshalb ist die politische Mitte unser Schicksal und ihre Eroberung dort, wo wir sie verloren haben, unsere Hauptaufgabe.

Aber wir dürfen über der Faszination für die politische Mitte unsere Werte und das Einstehen für die sozialen Anliegen nicht vergessen. Dass wir diese Anliegen ernst genommen haben – denken Sie an die Soziale Marktwirtschaft! – hat einst den Erfolg der CDU begründet. Das alles verlangt viel Bewegung von uns. Wir müssen die Partei sein, von der die Menschen überzeugt sind, dass sie sich bewegt, und zwar in die richtige Richtung, nämlich in Richtung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes, ohne dabei unsere Wurzeln aufzugeben, aber auch, ohne die Zeichen der Globalisierung zu übersehen. Auf keinen Fall wollen wir uns mit dem Teil der politischen Mitte begnügen, den andere übriglassen.

(Beifall)

Zweitens: Wir müssen wirkliche Volkspartei sein, wir brauchen eine Renaissance der Mitglieder-CDU.

(Vereinzelter Beifall)

Der schmerzliche Schock der vergangenen Monate über Ereignisse überwiegend auf der Bundesebene darf nicht dazu führen, dass wir die große Innovationskraft und Lebendigkeit

übersehen, die uns Schwesterparteien CDU und CSU immer wieder auszeichnen – in den Ländern, in den Regionen, in den Städten und Gemeinden. Für die CDU als Volkspartei haben die Vereinigungen und Sonderorganisationen eine entscheidende strategische Bedeutung. Hier brauchen wir neue Impulse.

(Vereinzelter Beifall)

Eine Volkspartei braucht eine große Spannweite. Eine Volkspartei braucht auch kräftige Flügel, sonst kommen wir nicht vom Boden hoch. Aber jeder, der einem Flügel unserer großen Volkspartei angehört, muss immer wissen, dass man mit einem Flügel allein nicht fliegen kann.

(Beifall)

Wir werden in den kommenden Wahlkämpfen auf überzeugte und überzeugende Mitglieder setzen müssen, mehr auf Menschen statt auf Material, Hochglanzbroschüren, teure Anzeigenkampagnen oder Fernsehspots. Die Finanzlage der Partei lässt uns gar keine andere Wahl.

Aber das muss kein Nachteil sein. Ich sehe es eher als Chance für uns gegenüber einer SPD, die gerade laut darüber nachdenkt, wie sie ihre Wahlkämpfe mit viel Geld noch mehr nach amerikanischem Muster stricken kann. Materialschlacht wird also gegen Mitgliederwahlkampf stehen – teure SPD-Werbespots auf allen Kanälen gegen CDU-Argumente im direkten Gespräch mit den Menschen.

Wenn aber unsere Mitglieder diese zentrale Bedeutung bekommen müssen, dann hat eine lebendige Parteilarbeit vor Ort strategische Bedeutung auch für Erfolge auf Landes- oder Bundesebene. Warum beteiligen wir unsere Mitglieder nicht noch mehr an den politischen Entscheidungen? Nicht per Brief mit Porto – das ist bei über 630 000 Mitgliedern zu teuer. Aber die elektronischen Medien gestatten Mitgliederbefragungen mit vertretbarem Aufwand. Und die Regionalkonferenzen sollten wir auch beibehalten, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Lebendigkeit mit Geschlossenheit in den politischen Kernbereichen verbinden, Kritikfähigkeit und Loyalität vereinen, das ist unsere Hausarbeit. Oder lassen Sie es mich ganz einfach sagen: Von Parteien mit dem „C“ verlangt man mit Recht Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit. Daran werden wir gemessen. Deshalb werde ich mich als Generalsekretär besonders für Beispiele erfolgreicher und motivierender Parteilarbeit vor Ort interessieren. Wenn es sich terminlich machen lässt, werde ich gern auch zu Kreisparteitagen kommen, wenn Sie mich einladen.

(Beifall)

Wir brauchen eine Renaissance der Mitglieder-CDU, und dazu will ich meinen Beitrag leisten.

Drittens. Wir müssen es schaffen, die an uns geübte begründete Kritik immer wieder ernst zu nehmen und von ihr zu lernen. Es sind ja vor allem die schöpferischen Geister in unserem Land, die sich stets auch zu Recht als kritische Geister verstehen. Die Auseinandersetzung

mit der an uns jeweils geübten Kritik, soweit sie sachlich und berechtigt ist, ist in diesem Sinne auch eine Brücke zu den schöpferischen Geistern in unserem Land. Wir brauchen diese Menschen, weil wir sonst nicht in der Lage sind, die Meinungsführerschaft in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu erringen.

(Beifall)

Viertens. Wir müssen dort, wo unsere Organisation nicht stimmt, ein realistisches und professionelles Sanierungsmanagement betreiben. Wir brauchen flexible und lernfähige Strukturen der Aufbau- und Ablauforganisation. Hier müssen wir professionellen Rat suchen und beachten, und das immer wieder. Denn nichts veraltet im Zeitalter des strukturellen Wandels so schnell wie Wissen und Organisationsstrukturen.

Aus meinen Gesprächen mit meiner Brandenburger Kollegin Katharina Reiche und mit Günter Nooke weiß ich einiges über die strukturelle Organisationsschwäche unserer Partei im Osten. Wir müssen trotz aller Finanzknappheit sehen, dass wir hier gemeinsam zu Verbesserungen kommen.

Fünftens. Wir müssen die kommunikative Demokratie, die Mediendemokratie ernst nehmen. Was will ich damit sagen? Sie alle wissen, dass wir in der Mediengesellschaft mit ihren zwei Wirklichkeiten leben, der medialen Wirklichkeit, wie die alten und die neuen Medien sie zeigen, und der wirklichen Wirklichkeit. Deshalb dürfen wir uns nicht in einer Binnenzufriedenheit damit begnügen, im internen Parteikämmerlein unsere Werte und Ziele zu hegen und zu pflegen. Wir müssen stattdessen mit Hilfe der besten Kommunikationsfachleute ein unverwechselbares Öffentlichkeitsbild dessen schaffen, was wir sind und was wir wollen.

(Beifall)

Wir müssen dieses Öffentlichkeitsbild immer wieder auf seine Wirksamkeit und Treffsicherheit überprüfen. Dies gilt umso mehr, als wir vor der großen Aufgabe stehen, unser Profil für das 21. Jahrhundert neu zu schärfen und weiter zu entwickeln.

Sechstens. Wir müssen Wertorientierung mit Wertschöpfungsorientierung verbinden. Die CDU muss die glaubwürdige Partei der humanen, sozialen und ökologischen Werte sein. Aber wir dürfen dabei die ökonomischen und finanziellen Quellen der Wertschöpfung nicht gering achten. Wir sind nur dann glaubwürdig und überzeugend, wenn wir Wertorientierung mit Wertschöpfungsorientierung verbinden, wenn wir also wieder die Markt- und Meinungsführerschaft im finanziellen und ökonomischen Kompetenzfeld gewinnen.

Ich wende mich an Sie, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, mit der Bitte um Vertrauen. Ich werbe um Zustimmung und um Unterstützung für diese sechs Grundsätze für unsere Parteiarbeit:

Erstens. Wir müssen die politische Mitte zurückerobern, aber wir dürfen darüber unser christliches und soziales Profil nicht vergessen.

Zweitens. Wir müssen wirkliche Volkspartei sein. Wir brauchen eine Renaissance der Mitglieder-CDU.

Drittens. Wir müssen es schaffen, die an uns geübte begründete Kritik immer wieder ernst zu nehmen und von ihr zu lernen.

Viertens. Wir müssen dort, wo unsere Organisation nicht stimmt, ein realistisches und professionelles Sanierungsmanagement betreiben.

Fünftens. Wir müssen die kommunikative Demokratie, die Mediendemokratie, ernst nehmen.

Sechstens. Wir müssen Wertorientierung mit Wertschöpfungsorientierung verbinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bankier Alfred Herrhausen schrieb: „Die meiste Zeit geht damit verloren, dass man nicht zu Ende denkt“. Wir sollten also bei dem Weg, der vor uns liegt, mit Sorgfalt, Augenmaß und Umsicht zu Werke gehen. Nach den tiefen Tälern der letzten Zeit dürfen wir zuversichtlich sein, dass jetzt wieder Höhen vor uns liegen können. Für die harte Periode des Aufstiegs, die jetzt vor uns liegt, wünsche ich uns allen mit dem Gruß der Bergleute meiner nordrhein-westfälischen Heimat ein herzliches „Glückauf“!

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Polenz! – Meine Damen und Herren, bevor wir in den Wahlgang eintreten, bitte ich noch einen Augenblick um Ihre Aufmerksamkeit. Bitte nehmen Sie Ihren Stimmblock zur Hand. Wir werden die Wahl mit dem gelben Stimmzettel Nr. 2 durchführen.

Ich muss Sie auf Folgendes hinweisen: Gültig ist dieser Stimmzettel, wenn darauf entweder Ja oder der Name, Nein oder Enthaltung steht. Leere Stimmzettel zählen als Enthaltung. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig. – Ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben. -Hatten alle Delegierten Gelegenheit, ihren Stimmzettel abzugeben? –

Ich möchte noch einmal fragen: Gibt es jemanden, der seinen Stimmzettel noch nicht abgeben konnte? Ich sehe niemanden, der jetzt protestiert. Dann schließe ich den Wahlgang.

Bevor ich den Parteitag zum Auszählen der Stimmen unterbreche, möchte ich eine Bitte an die Landesgeschäftsführer richten. Die Landesgeschäftsführer werden gebeten, während der Unterbrechung die Stimmzettel für die folgende Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden im Büro der Organisationsleitung abzuholen. Der Parteitag wird nun für einige Minuten unterbrochen, bis die Auszählung erfolgt ist.

(Unterbrechung von 19.21 bis 19.34 Uhr)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nun das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 939, ungültige Stimmen: 2, Enthaltungen: 52. Das heißt, es wurden 885 gültige Stimmen abgegeben. Das bedeutet, dass die erforderliche Mehrheit 443 beträgt. Für Ruprecht Polenz wurden 781 Stimmen abgegeben. Das sind 88,25 Prozent.

(Beifall)

Herr Polenz, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Ruprecht Polenz: Ich nehme die Wahl an, bedanke mich für das Vertrauen und bitte um eine gute Zusammenarbeit im Sinne unserer gemeinsamen Sache. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Wir gratulieren Ihnen ganz herzlich, Herr Polenz, und wünschen Ihnen viel Glück und Freude bei Ihrer Arbeit, eine glückliche Hand, gute Ergebnisse zum Wohl unserer Partei und Gottes Segen.

Meine Damen und Herren, vier Landesverbände haben die Stimmzettel für die jetzt folgende Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden noch nicht bei der Organisationsleitung abgeholt. Es sind dies die Landesverbände Bremen, Oldenburg und Hannover sowie der Auslandsverband Brüssel. Da wir jetzt sofort in den nächsten Wahlgang eintreten werden – wir müssen etwas zügig arbeiten, weil die Zeit schon sehr weit fortgeschritten ist –, bitte ich die Geschäftsführer der genannten Landesverbände und des Auslandsverbandes Brüssel, bei der Organisationsleitung schnellst möglich die Stimmzettel abzuholen.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zu dem TAGESORDNUNGSPUNKT 18.3:

WAHL DER VIER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN

Es handelt sich um eine verbundene Einzelwahl. Ich benenne Ihnen die vier Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge:

Volker Rühle, Landesverband Schleswig-Holstein/Landesverband Hamburg,

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Landesverband Nordrhein-Westfalen,

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Landesverband Baden-Württemberg/Frauen-Union,

(Beifall)

und Christian Wulff, CDU Niedersachsen.

(Beifall)

Ich gehe davon aus, dass sich eine Kandidatenvorstellung erübrigt. – Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen noch folgende Hinweise: Erstens. Die Wahlen erfolgen auf dem großen gelben Stimmzettel, auf dem die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Zweitens. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens können – das ist selbstverständlich – so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also vier. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er zwei, drei oder vier Kreuze enthält. Drittens. Wie Sie wissen, hat der Bundesparteitag der CDU in Hannover einen Beschluss zur Gleichstellung von Männern und Frauen gefasst. Demzufolge muss ein Drittel der in einem ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist.

Haben alle Delegierten den großen gelben Stimmzettel erhalten? – Das ist noch nicht der Fall? Dann bitte ich um möglichst rasche Austeilung der letzten Stimmzettel. – Ich gehe davon aus, dass das jetzt der Fall ist und eröffne den Wahlgang.

Haben Sie alle Gelegenheit gehabt, Ihre Stimmzettel auszufüllen? – Damit schließe ich diesen Wahlgang und bitte um Auszählung.

Die Auszählung der Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen deshalb vor, bereits während der Auszählung die Wahl des Bundesschatzmeisters durchzuführen.

(Beifall)

Ich merke, dass Sie damit einverstanden sind. – Wir kommen nun zu dem TAGESORDNUNGSPUNKT 18.4:

WAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Ich gebe der Vorsitzenden, Frau Dr. Angela Merkel, das Wort.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, ich möchte Ihnen heute Herrn Ulrich Cartellieri für das Amt des Schatzmeisters der CDU Deutschlands vorschlagen. Herr Cartellieri ist Bankfachmann, also ein Wirtschaftsfachmann. Matthias Wissmann hat uns heute gesagt, welche Aufgaben auf die CDU Deutschlands zukommen. Ich bin deshalb sehr dankbar, dass Herr Cartellieri sich bereit erklärt hat,

(Vereinzelt Beifall)

für dieses Amt zur Verfügung zu stehen, und dass er seit Freitag Mitglied der CDU Deutschlands im Kreisverband Frankfurt am Main ist.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Uwe Lehmann-Brauns, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, vorgeschlagen ist unser brandneues Mitglied Dr. Ulrich Cartellieri. Ich gehe davon aus, dass es keine weiteren Kandidatenvorschläge gibt. – Das ist richtig. Wir bitten nunmehr Herrn Dr. Cartellieri, sich vorzustellen.

Dr. Ulrich Cartellieri (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin Ulrich Cartellieri, 62 Jahre, die letzten 30 Jahre als Bankkaufmann in den Diensten der Deutschen Bank. In der mittleren Periode dieser 30 Jahre habe ich hier in unmittelbarer Nähe, in Essen, gelebt; denn ich war auch verantwortlich für unser Geschäft an Rhein und Ruhr. Die wesentlichen Schwerpunkte meiner Tätigkeit waren das internationale Geschäft, die Konzernfinanzierung und volkswirtschaftliche Fragen.

Die Antwort auf die Frage, meine Damen und Herren, die mir heute und auch in den letzten Tagen ungezählte Male gestellt worden ist: Warum machen Sie das?, will ich, nachdem ich hier oben stehe, für Sie noch einmal anders formulieren, obwohl das nicht einfach ist. Es gilt hier ein Satz von Hofmannsthal, der schon mehr als einmal in meinem Leben gegolten hat:

Entziehe dich nicht dem einzigen Geschäft, vor dem dich schaudert. Dies ist das deine.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nun werden viele von Ihnen sagen: Aus diesem Mann kann nie ein Politiker werden. Aber das habe ich bekanntlich auch nicht vor. Insofern ist die Frage nach meinen politischen Talenten falsch gestellt.

Zwei Fragen aber habe ich zu beantworten: Warum bin ich hier und was glaube ich tun zu können?

Lassen Sie mich von dieser Stelle aus noch einmal sagen, dass es zu meinen Grundüberzeugungen gehört – insofern betrachte ich mich von Jugend auf als ein Zoon politikon -, dass wir zur Sicherung der gesellschaftlichen Stabilität zwei große funktionierende Volksparteien in der politischen Mitte brauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Eine von diesen beiden war angeschlagen und führt jetzt vor, wie sie auf einer für mich als Außenstehendem erstaunlichen gesunden und kraftvollen Basis aus sich selbst heraus regeneriert und ihre Führungsspitze neu formiert.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser Prozess hat mich sehr beeindruckt. Ich mache auch kein Geheimnis daraus, dass die Tatsache, dass diese Partei jetzt Frau Merkel an ihre Spitze beruft, mich besonders beeindruckt.

(Beifall)

Das ist der zweite Grund, warum ich Frau Merkel meine Unterstützung zugesagt habe.

Was kann ich beitragen, meine Damen und Herren? Ich hoffe zunächst einmal, dass schon die Tatsache, dass ein Finanzfachmann von außen sich ausgerechnet auf diesem Gebiet engagiert, positive Signale aussendet.

(Beifall)

Ich bitte Sie aber zugleich, mich nicht mit Erwartungen zu überfrachten, die ich nicht erfüllen kann. Es geht darum, Glaubwürdigkeit und Vertrauen wiederherzustellen. Das ist kein leichter Prozess. Aber er ist immer dann besonders schwer, wenn es ums Geld geht. Der Schock über das, was passiert ist, was möglich gewesen ist, sitzt draußen sehr tief. Wie es so schön heißt: Auch Wegweiser machen die Via Dolorosa nicht leichter.

Meine Damen und Herren, die primäre Aufgabe des Schatzmeisters ist die Mittelbeschaffung. Voraussetzung für die Gewinnung neuer Mittel von draußen ist zunächst die professionelle und transparente Reorganisation des Finanzwesens dieser Partei, dann die professionelle und transparente Führung des Finanzwesens dieser Partei durch den neuen Finanzbeauftragten.

(Beifall)

Dieser neue Finanzbeauftragte muss vordringlich gesucht werden. Diese Suche muss sofort beginnen. Daran will ich mitarbeiten.

Danach wird es darum gehen, draußen im Land wieder um offene finanzielle Unterstützung für diese Partei zu werben, eine Partei, die – anders als die SPD – ja nicht über ein eigenes Vermögen verfügt, aus dessen Erträgen sie ihre politische Arbeit finanzieren kann. Ich habe das Wort offen betont, weil mir einer der Umstände, der mit zu den Problemen in der Vergangenheit geführt hat, der zu sein scheint, dass es viele Geldgeber gibt, die durchaus bereit sind, politische Parteien zu unterstützen, die sich aber nicht offen dazu bekennen wollen. Ich glaube, dass wir diese Haltung überwinden müssen. Wir müssen dazu kommen, dass es auch in unserem Land – wie in der amerikanischen Demokratie – durchaus eine Ehre ist und dass man sich dazu bekennt, eine politische Partei zu unterstützen.

(Beifall)

Im übrigen aber gilt – damit bin ich am Schluss, denn ich bin gebeten worden, mich kurz zu fassen –: Je überzeugter die CDU jetzt wieder antritt, schon die nächste Wahl zu gewinnen, um so schneller wird sie wieder Freunde draußen finden, die auch bereit sind, sie zu finanzieren und zu unterstützen. Dabei will ich helfen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung und um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank für Ihre Vorstellung, Herr Dr. Cartellieri. Ich bedanke mich auch dafür, dass Sie für ein nicht vergnügungssteuerpflichtiges Amt in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands kandidieren.

Vor dem Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie um Aufmerksamkeit für folgende Hinweise: Erstens. Die Wahl des Bundesschatzmeisters wird mit dem beigeen Stimmzettel Nr. 3 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Zweitens. Gültig sind Stimmzettel, auf denen „JA“ oder der Name, „NEIN“ oder „ENTHALTUNG“ steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Drittens. Stimmzettel, die andere Bemerkungen tragen, sind ungültig. Ich eröffne hiermit den Wahlgang.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Ich stelle fest, dass dies der Fall ist. Hiermit schließe ich den Wahlgang.

Ich bitte, dass die Landesgeschäftsführer dort, wo sie bereits schon einen Stimmzettel abgeholt haben, jetzt auch den Stimmzettel für den Tagesordnungspunkt 18.5. – Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums – abholen. Ich bitte auch, dass sich die neun Kandidaten hier einfinden, um sich vorstellen zu können. Wir werden mit dem Wahlgang allerdings so lange warten, bis das Wahlergebnis für die Stellvertretenden Bundesvorsitzenden vorliegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands bekannt: Abgegebene Stimmen 965; ungültige Stimmen keine; Enthaltungen keine; gültige Stimmen 965. Die erforderliche Mehrheit beträgt danach 483 Stimmen.

Es wurden für Dr. Annette Schavan 849 Stimmen abgegeben. Das sind 87,98 Prozent.

(Beifall)

Auf Dr. Jürgen Rüttgers entfielen 722 Stimmen. Das sind 74,82 Prozent.

(Beifall)

Auf Christian Wulff entfielen 599 Stimmen. Das sind 62,07 Prozent.

(Vereinzelter Beifall)

Auf Volker Rühle entfielen 565 Stimmen. Das sind 58,55 Prozent.

(Vereinzelter Beifall)

Damit wurden im ersten Wahlgang alle vier stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Es wurde auch eine Frau gewählt. Damit ist das Frauenquorum erreicht. Ich gratuliere allen. – Frau Merkel schlägt vor, dass die vier stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf das Podium kommen sollen.

(Beifall)

Als Erste frage ich Frau Dr. Annette Schavan: Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Annette Schavan: Ich nehme die Wahl an und danke sehr für das Vertrauen.

(Beifall)

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Tagungspräsidium: Herr Dr. Rüttgers?

Dr. Jürgen Rüttgers: Ich schließe mich den Worten meiner Vorrednerin an.

(Beifall)

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Tagungspräsidium: Christian Wulff?

Christian Wulff: Ich nehme die Wahl an und freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Angela Merkel.

(Beifall)

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Tagungspräsidium: Volker Rühle?

Volker Rühle: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für die Unterstützung.

(Beifall)

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Tagungspräsidium: Wir gratulieren allen vier Gewählten.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 18.5 auf:

WAHL DER SIEBEN WEITEREN MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

Ich möchte die Landesverbände von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bitten, die Stimmzettel abzuholen, wenn dies noch nicht erfolgt ist.

Für die Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums sind folgende Kandidaten entsprechend der vorliegenden Kandidatenliste vorgeschlagen: Hermann-Josef Arentz, Roland

Koch, Hildegard Müller, Peter Rauen, Dr. Wolfgang Schäuble, Professor Dr. Dagmar Schipanski, Jörg Schönbohm, Christa Thoben und Arnold Vaatz. Ich gehe davon aus, dass von den Kandidaten gewünscht wird, sich vorzustellen. Ich darf deshalb die Kandidaten bitten, sich in alphabetischer Reihenfolge kurz vorzustellen. – Bei Herrn Schäuble soll darauf verzichtet werden. Dann bitte ich Herrn Arentz, sich kurz vorzustellen.

Hermann-Josef Arentz: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich bin 47 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern, Kölner von Geburt und Lebensart, Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA. Ich habe in den beiden letzten Jahren im Bundesvorstand der CDU mitgearbeitet. Ich stehe mit meiner Kandidatur für eine der drei großen Wurzeln der CDU, nämlich für die christlich-soziale Wurzel, die in der Führung unserer Partei genauso unverzichtbar ist wie die liberale und die konservative Wurzel.

Die CDU hat allen Grund, auch in sozialpolitischen Fragen den Kopf hoch zu tragen. Von Leuten wie Schröder, die die Rentner betrügen, den Jungen die Wahrheit nicht sagen, Gesundheit rationieren und die kleinen Leute, die Rentner und die Pendler mit der Ökosteuer quälen, von solchen Leuten müssen wir uns nicht auf der Nase herumtanzen lassen, wenn es um Gerechtigkeit geht.

Meine lieben Parteifreunde, ich sage das hier ganz bewusst als einer, der seit vielen Jahren in der CDA arbeitet, der aktives Mitglied in der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie ist, als jemand, der früher selber Betriebsrat und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender war, und als einer, der bis heute aktiv bei Kolping und in der KAB mitmacht.

Ich möchte diese Erfahrungen in das Präsidium der CDU einbringen, damit wir uns auch in Arbeitnehmerfragen und sozialen Fragen von der SPD nicht die Butter vom Brot nehmen lassen. Ich bitte um Ihre Stimme und um Ihr Vertrauen. – Danke schön.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Roland Koch, bitte.

Roland Koch: Mein Name ist Roland Koch. Ich bin Ministerpräsident in Hessen, und ich will das noch möglichst lange bleiben.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben am 7. Februar des vergangenen Jahres auch mit der Hilfe der Bundespartei eine wichtige Wahl gewonnen. Ich habe in den letzten Monaten ein vergleichsweise kompliziertes Erbe, manche sagen auch Vermächtnis zu verwalten gehabt, und wir haben uns durchgekämpft – sowohl bei der Wahl als auch in dieser schwierigen Zeit.

Wir haben in Hessen eine Koalition mit den Liberalen und haben festgestellt, dass eine solche Koalition sehr bestandskräftig sein kann. Ich wollte nie eine schwarz-grüne Koalition; ich bin heute heilfroh, dass ich eine schwarz-gelbe habe. Ich möchte, dass sie auch in Zukunft fortgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben im letzten Jahr während des Landtagswahlkampfes auch mit dem sehr schwierigen Thema der doppelten Staatsbürgerschaft Menschen ange-

sprochen. Viele hatten die Sorge: Ist das nicht ein Bereich, bei dem die CDU in Schwierigkeiten kommt? Wir haben mit Wolfgang Schäuble gemeinsam bewiesen, dass man eine Partei auch bei schwierigen Themen genau in der Mitte halten kann.

(Beifall)

Es gab sowohl bei jungen als auch bei älteren Wählern einen riesigen Zuwachs.

Ich möchte versuchen, meinen Beitrag dazu zu leisten, dass die Christlich Demokratische Union in ganz Deutschland mit diesen Erfahrungen so weiterarbeiten kann, wie wir bis zum November des letzten Jahres gearbeitet haben. Wir sind es wert, wieder schnell dorthin zu kommen. Ich will versuchen, meinen Beitrag auch in der Bundespartei dazu zu leisten. – Vielen Dank.

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Danke, Roland Koch. – Bitte, Hildegard Müller.

Hildegard Müller, Düsseldorf: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Hildegard Müller. Ich bin 32 Jahre alt und seit 14 Jahren in der CDU. Ich bin Diplomkauffrau von Beruf und arbeite in einer großen deutschen Bank – nicht d e r Deutschen Bank, aber e i n e r großen deutschen Bank.

Ich bin Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands und möchte für dieses Präsidium kandidieren, weil ich klarmachen möchte: Die junge Generation in der Union steht an der Seite der CDU in diesem Erneuerungsprozess. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass sich unsere Werte Nachhaltigkeit, Mitmenschlichkeit und Eigenverantwortung in konkrete Politik umsetzen, dass eine Politik Raum findet, die für alle generationengerecht ist. Weiterhin trete ich dafür an, dass wir eine Wirtschaftspolitik für Soziales machen. – Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Danke schön, Hildegard Müller. – Bitte, Peter Rauen.

Peter Rauen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich heiße Peter Rauen, bin 55 Jahre alt, seit 34 Jahren verheiratet, habe 2 Kinder. Ich bin genauso lange selbstständiger Unternehmer und führe ein Familienunternehmen in dritter Generation, das vor wenigen Tagen sein 100-jähriges Jubiläum feierte.

Ich bin Bezirksvorsitzender der Partei im Bezirk Trier und seit wenigen Wochen stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion für die Bereiche Finanzen und Wirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die rot-grüne Regierung wirbt um den Mittelstand, redet von seiner Bedeutung für die Arbeitsplätze und die Ausbildungsplätze in Deutschland. Als Mittelständler und als Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU/CSU stelle ich fest: Diese rot-grüne Regierung redet vom Mittelstand wie Blinde von der Farbe. Sie redet von Entlastungen und beschließt ständig neue Belastungen. Der Mittelstand spürt, dass Schröders Worten keine Taten folgen. Ich bin mir sicher, dass bei allem Buhlen der SPD um den Mittelstand dieser Mittelstand wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft seine Heimat bei der Union haben wird.

Ich würde gerne im neuen Präsidium unter Angela Merkel weiter mitarbeiten und bitte Sie herzlich um Ihr Vertrauen. – Danke schön.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Danke, Peter Rauen. – Als nächste bitte Frau Professor Schipanski.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich Ihnen ganz kurz vorstellen. Ein großer Teil von Ihnen kennt mich aus der Zeit meiner Kandidatur für das Bundespräsidentenamt.

Ich bin 56 Jahre alt und verheiratet mit Tigran Schipanski, der der Erste Beigeordnete des Ilm-Kreises ist. Wir haben drei Kinder: Zwillinge, die mittlerweile 23 Jahre alt sind und studieren, und eine Tochter, Angela, die im Moment im Abiturstress steht.

Ich habe Ihnen hier keine klassische Politikerlaufbahn vorzustellen, sondern die Laufbahn einer Wissenschaftlerin, die in den letzten Jahren in die Politik gewechselt ist. Ich habe angewandte Physik studiert, auf diesem Gebiet promoviert, habilitiert und absolvierte während dieser Zeit ein halbes Jahr lang ein Zusatzstudium in Nowosibirsk. Meine Qualifikationen erwarb ich an der Technischen Universität in Ilmenau und an der Technischen Universität Magdeburg.

25 Jahre lang habe ich Vorlesungen gehalten und Forschungen auf dem Gebiet der Mikroelektronik durchgeführt. Mir bereitete diese Tätigkeit über 25 Jahre an der Technischen Universität in Ilmenau sehr viel Freude, und ich brachte es, glaube ich, auch zu ganz guten Ergebnissen. Ich habe 100 wissenschaftliche Veröffentlichungen und neun Patente.

1990 bin ich nach der Wende zur Professorin für Festkörperelektronik berufen worden. 1995 wurde ich dann Rektorin der Technischen Universität in Ilmenau. Im gleichen Jahr hat mich Altbundeskanzler Kohl in seinen Rat für Forschung, Technologie und Innovationen berufen. Von 1996 bis 1998 war ich Vorsitzende des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik Deutschland, des Beratungsgremiums der Bundesregierung und der Länderregierungen auf dem Gebiet von Hochschulpolitik und Wissenschaftspolitik.

Sie haben mich 1999 als Kandidatin für das Bundespräsidentenamt kennen gelernt. Wir alle wissen, wie die Wahl ausgegangen ist. Ich wäre gerne Bundespräsidentin geworden,

(Beifall)

aber ich akzeptiere die demokratische Entscheidung.

Die CDU in Thüringen hat 1999 mit einem sehr beeindruckenden Ergebnis den Landtagswahlkampf gewonnen. Daraufhin hat mich Ministerpräsident Vogel in seine Landesregierung berufen. Ich bin seit Oktober 1999 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Thüringen. Ich muss Ihnen sagen, das macht mir sehr viel Spaß. Ich fühle mich in dieser Politik zu Hause, und ich habe sehr viele Ideen, für die ich mich einsetzen und die ich noch umsetzen möchte.

Ich bin seit Beginn dieses Jahres Präsidentin der Deutschen Krebshilfe. Das alles sind keine Ämter, die für eine Politikerlaufbahn typisch sind. Aber ich bin bewusst in die aktive Politik

übergewechselt, weil mir am Herzen liegt, dass wir den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland stärken.

(Beifall)

Für mich ist wichtig, dass wir die fundamentale Rolle von Wissenschaft und Forschung für unsere moderne Gesellschaft erkennen, dass wir sie im Bewusstsein der Bevölkerung verankern und dass wir für diese Politik eintreten. – Das ist mein erster Punkt, weshalb ich gerne im Präsidium mitarbeiten möchte und Frau Merkel in der Programmatik der CDU in den nächsten Jahre unterstützen möchte.

Meine Damen und Herren, Informations- und Kommunikationstechnologien beschäftigen uns tagtäglich mehr und mehr. Das Internet beherrscht schon teilweise unser Leben. Wir haben gehört, dass das Genom zu 99 Prozent entschlüsselt ist. Das bedeutet für die nächsten Jahre, dass wir Deutschland befähigen müssen, in diesen Wissenschaftsdisziplinen ganz vorne mitzuforschen, dass wir Deutschland dazu befähigen müssen, diese wissenschaftlichen Erkenntnisse in Produkte umsetzen zu können und mit diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes begleiten zu können. Dazu gehört neben der aktiven Unterstützung der Forschungspolitik ebenso eine ethische Begleitung. Dafür stehe ich im Präsidium ein.

(Beifall)

Ich stehe im Präsidium mit meiner Arbeit für die weitere Entwicklung der CDU ebenso dafür ein, dass wir uns angesichts unserer globalisierten Welt überlegen, wie wir weiter die Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllen können, und zwar im Rahmen von Internet, Telearbeit usw. Das ist eine neue Herausforderung an uns. Aber ich glaube, wir sind bereit, uns dieser Herausforderung zu stellen.

Neben diesen Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft ist ganz entscheidend, dass wir uns über die Werte, die unsere Gesellschaft in Zukunft begleiten sollen, verständigen. Da ist für mich das C der CDU das Entscheidende. Was bedeutet für uns christliche Nächstenliebe? Was bedeutet für uns im Rahmen der christlichen Nächstenliebe Toleranz, Freiheit, Verantwortungsbewusstsein und Gerechtigkeit? Darüber sollten wir diskutieren. Mit einer Wertebestimmung werden wir für die Bevölkerung die Werte der Zukunft definieren können.

Mit meinem persönlichen Lebensweg stehe ich nicht zuletzt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe ein Leben lang beides vereinbart. Dies war mir keine doppelte Belastung; dies war mir eine doppelte Freude.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne sehe ich die Familienpolitik nicht auf die Frauenpolitik oder die Sozialpolitik reduziert. Die Familienpolitik muss das Kernstück unserer

gemeinsamen Politik für die nächsten Jahre werden. Denn die Familie ist die Grundzelle unserer Gesellschaft. Diese gilt es zu wahren und zu stärken. – Vielen Dank.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Professor Schipanski. – Jörg Schönbohm, bitte.

Jörg Schönbohm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin 62 Jahre jung und war 35 Jahre in der Armee. Am 3. Oktober 1990 habe ich die Nationale Volksarmee übernommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Dann war ich Inspekteur des Heeres und damit Chef des Heeres. Danach wurde ich als Staatssekretär im Verteidigungsministerium berufen. Dieses Amt habe ich vier Jahre lang ausgeübt. Dann bin ich in die Politik gewechselt, und zwar nach Berlin als Innensenator.

(Beifall)

Ich wurde dort als „Generator“ und nicht als Senator begrüßt. Ich bin dort nach drei Jahren ausgeschieden, um den Wahlkampf der CDU in Brandenburg zu übernehmen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die CDU knapp 15 Prozent Zustimmung und die SPD 55 Prozent. Als dann am 5. September letzten Jahres die Stimmen ausgezählt wurden, hatten wir 28 Prozent und die SPD 39 Prozent.

(Lebhafter Beifall)

Aus der so genannten sozialistischen Festung war eine Sandburg geworden, die in sich zusammenrieselte. Daran wollen wir weiterarbeiten.

Diese Lebens- und Berufserfahrung möchte ich in meine Arbeit im Präsidium einbringen. Ich kann Ihnen sagen: Ich stehe für die deutsche Einheit und für unsere Nation. Denn ohne unsere Nation ist die Einheit nicht zu erklären. Ich stehe für die innere Sicherheit, weil die innere Sicherheit die Voraussetzung dafür ist, dass wir unsere Freiheitsrechte ausüben können und wir ein tolerantes Land sind. Ich stehe dafür, dass sich jeder in unserem Land sicher fühlen kann und die Familien wieder ihr Recht bekommen. In diesem Sinne bitte ich Sie, mich zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jörg Schönbohm. – Frau Christa Thoben bitte.

Christa Thoben: Mein Name ist Christa Thoben. Ich bin Jahrgang 1941. Nach Abitur und Volkswirtschaftsstudium habe ich eine Reihe beruflicher Stationen erlebt und gestaltet, gegen Widerstände gekämpft und mich für bestimmte Aufgaben engagiert.

Allerdings muss ich Ihnen sagen: In jüngster Zeit bin ich dadurch aufgefallen, dass ich freiwillig auf ein an sich herrliches Amt verzichtet habe, und zwar auf den Posten des Senators für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Berlin. Ich habe Verständnis dafür, dass insbesondere der Landesverband Berlin ein ganzes Stück enttäuscht ist. Ihnen möchte ich heute nur

sagen: Ich habe mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Sie schmerzt; aber sie war aus meiner Sicht unvermeidbar und zwingend.

Andere berufliche Stationen waren in der Wissenschaft. Ich habe elf Jahre in einem Wirtschaftsforschungsinstitut gearbeitet und sehr viel publiziert. Ich habe eine große Industrie- und Handelskammer geführt. Ich war Mitglied der letzten CDU-geführten Bundesregierung und musste mich – ich habe das mit großer Begeisterung getan – für den Umzug der Bundesregierung nach Berlin engagieren. Dort waren sehr viele Widerstände zu überwinden, und zwar sowohl in Berlin als auch in der alten Bundeshauptstadt Bonn.

Meine Damen und Herren, warum kandidiere ich für das Präsidium? Ich bleibe bei dem Hauptmotiv meines Engagements für die Politik: Es wird nicht gepfiffen, wenn Freiheit verloren geht. Freiheit ist nie vollendet. In jeder Situation der Gesellschaft, in jeder Situation der Wirtschaft muss wieder daran gearbeitet werden, dass das, was sich in der Wirklichkeit abspielt, unter Spielregeln erfolgt, die zukunftsfähig sind.

Zwei Themenfelder werden, wie dies bereits in der Vergangenheit war, besonders wichtig sein. Das erste Thema ist der Arbeitsmarkt. Wir sind auf dem Arbeitsmarkt noch längst nicht da angelangt, wo wir im 21. Jahrhundert sein müssten. Viel zu viele Elemente der wirklichen Arbeitswelt belegen wir mit negativen Begriffen. Die Menschen haben sich aus diesen Systemen längst entfernt. Wir müssen mit politischen Antworten folgen.

Das zweite Thema ist der Vorrang für die kleinen Einheiten. Abstrakt vertreten wir die Dezentralisierung. Aber die kleinen Einheiten wirklich so zu befähigen, dass sie viel mehr von den Aufgaben, die sie mit großer Begeisterung lösen wollen, wirklich erfüllen können, daran würde ich gerne weiter mitarbeiten.

Meine Damen und Herren, dabei geht es zum Beispiel nicht um das herkömmliche Ehrenamt, sondern um völlig neue Formen unbezahlter, freiwilliger Tätigkeit. Diese erbringen die Menschen nicht als Opfer, sondern in großer Freude und Begeisterung für das, was sie selbst regeln. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihr Vertrauen noch einmal schenken.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christa Thoben. – Arnold Vaatz, bitte.

Arnold Vaatz: Meine Damen und Herren! Ich bin Arnold Vaatz, 44 Jahre alt, von Beruf Diplom-Mathematiker und 1990 von der Bürgerbewegung zur CDU gestoßen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe mich in der letzten Zeit im Präsidium der CDU, dem ich seit zwei Jahren angehöre, dafür eingesetzt, dass wir trotz aller Auseinandersetzungen, die wir in Sachen Spendenaffäre hatten, darauf achten, dass sich die Gewichte nicht völlig verschieben, dass neben dem, was kritikwürdig ist und was aufgeklärt werden muss, gleichzeitig unsere Leistung und auch die große staatsmännische Leistung unseres früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl im allgemeinen Bewusstsein erhalten bleiben.

(Beifall)

Dazu stehe ich auch, weil ich diesem Mann aus tiefstem Herzen dankbar bin. Hätte es seinen Einsatz nicht gegeben, stünde ich heute nicht vor Ihnen. Dann müsste ich wohl damit rechnen, heute mein zehntes von den 15 Jahren Bautzen abzusitzen. Das wäre das Resultat, wenn Helmut Kohls Einsatz ausgeblieben wäre.

(Beifall)

Ich halte es für richtig, dass wir oft auf diesen Tatbestand hinweisen.

Ich habe von 1990 bis 1998 im sächsischen Kabinett zunächst das Amt des Staatskanzlei-chefs und dann das Amt des Umweltministers ausgefüllt. 1998 habe ich mich auf eine Kandi-datur für den Deutschen Bundestag eingelassen. Ich habe meinen Wahlkreis in Dresden direkt gewonnen und sitze seitdem im Deutschen Bundestag.

Es gibt noch ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt: der Kampf um die Köpfe der Menschen in Ostdeutschland. Wir müssen in die Offensive gehen und in Ostdeutschland um die Köpfe der Menschen kämpfen. Wir müssen diese Menschen für die Gesellschaft und für den Aufbau eines Staates gewinnen. Wir können das von der SED begründete Bewusstsein der Aufgaben des Staates nicht auf sich beruhen lassen. Nicht wir müssen uns diesem Fehlverständnis hinsichtlich der Aufgaben des Staates in Ostdeutschland annähern. Wir müssen vielmehr versuchen, die Menschen davon zu überzeugen, was unsere Vorstellung von den Aufgaben des Staates ist. Sonst werden wir in Ostdeutschland scheitern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Vor Eintritt in den Wahlgang darf ich auf Folgendes hinweisen: Die Wahl erfolgt auf den großen orangefarbenen Stimmzetteln, der alle Namen der Kandidaten für die weiteren Mitglieder des Präsidiums enthält. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts sind die Stimmzettel nur dann gültig, wenn mindestens die Hälfte und höchstens die Zahl der zu wählenden Kandidaten, also vier, fünf, sechs oder sieben Kandidaten, angekreuzt sind.

Bitte denken Sie auch daran, dass ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Wenn also beispielsweise bereits im ersten Wahlgang alle weiteren sieben Mitglieder des Präsi-diums gewählt wären, müssten sich darunter mindestens zwei Frauen befinden, damit dieser Wahlgang gültig ist.

Bevor ich den Wahlgang eröffne, frage ich: Haben alle Stimmberechtigten einen Stimmzettel? – Das ist der Fall. Ich eröffne den Wahlgang.

Ich möchte noch einen Hinweis geben: Sie waren den ganzen Tag so diszipliniert. Ich möch-te Sie bitten, daran zu denken, dass möglicherweise noch ein zweiter Wahlgang für die Wahl der Präsidiumsmitglieder notwendig ist. Dies wollen wir dann im Anschluss durchführen.

Ich möchte das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters bekannt geben: abgegebene Stimmen 883, davon ungültige Stimmen 0, Enthaltungen 4, somit gültige Stimmen 879. Die

erforderliche Mehrheit beträgt 440 Stimmen. Für Dr. Ulrich Cartellieri wurden 873 Stimmen abgegeben.

(Beifall)

Das entspricht 99,32 Prozent. – Der Vollständigkeit halber: Mit Nein stimmten 6.

Herr Dr. Cartellieri, ich darf Sie recht herzlich zur Wahl beglückwünschen und darf Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Ulrich Cartellieri: Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung. Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Herr Cartellieri, ich darf Ihnen im Namen des Parteitagetages viel Fortune in diesem schwierigen Amt wünschen – und immer eine prallgefüllte Kasse für die CDU.

(Heiterkeit)

Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel für die Wahl der Präsidiumsmitglieder abgegeben worden sind? – Dann schließe ich den Wahlgang.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich für einige organisatorische Hinweise um Ihre Aufmerksamkeit bitten: Die Auszählung der Stimmzettel zur Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Und es kann, wie Kollege Rehberg schon gesagt hat, dazu kommen, dass wir eine Stichwahl durchführen müssen.

Wir hatten ursprünglich seitens des Tagungspräsidiums davon geträumt, heute Abend auch noch die Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes vornehmen zu können. Dafür haben wir 31 Bewerbungen vorliegen; die Zahl der Bewerber kann sich auch noch erhöhen. Da es notwendig ist, dass die Kandidatinnen und Kandidaten Gelegenheit bekommen, sich vorzustellen, bräuchten wir allein dafür, wenn ich einmal von dem unwahrscheinlichen Fall ausgehe, dass sich alle an ihre Redezeit von zwei Minuten halten, über eine Stunde, wahrscheinlich eher anderthalb Stunden. Ich hielte es für unfair, wenn wir jetzt mit der Vorstellung begännen, diese dann unterbrächen, morgen fortsetzten und die Wahl im Anschluss daran durchführten.

Deshalb schlägt Ihnen das Tagungspräsidium vor, wie folgt zu verfahren: Wir werden morgen um 9 Uhr unmittelbar den Tagesordnungspunkt 18.6., Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes, aufrufen und mit der Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten beginnen.

Da wir jetzt warten müssen, bis das Ergebnis der Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums ausgezählt worden ist und wir vorschlagen, eine eventuelle Stichwahl noch heute Abend durchzuführen, sodass wir morgen direkt mit der Wahl der Beisitzer beginnen können, möchte ich Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind, wenn wir statt einer Unterbrechung heute Abend noch die Tagesordnungspunkte 20 bis 22 abwickeln. Es geht dabei um die Wahl des Bundesparteigerichtes und auch um die Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei.

Das ist ziemlich unkompliziert. Das können wir, falls Sie einverstanden sind, sofort machen.

Ich schlage nicht vor, dass wir noch mit der Beratung der weiteren Anträge beginnen, sondern dass wir das morgen einschieben. Nachdem wir heute schon den schweren Block mit den Satzungsänderungen gestemmt haben, gehe ich davon aus, dass wir das dann hinbekommen.

Darf ich Sie also fragen, ob Sie mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden sind. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann rufe ich jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 20 auf:

WAHL DES BUNDESPARTEIGERICHTS

Gemäß § 29 Abs. 2 unseres Statuts und §§ 5, 6 Abs. 1 der Parteigerichtsordnung der CDU werden dem 13. Parteitag in Essen insgesamt zwölf Mitglieder für das Bundesparteigericht der CDU für die Amtszeit vom 7. November 2000 bis zum 6. November 2004 vorgeschlagen. Dazu liegen den Delegierten die Kandidatenvorschläge in schriftlicher Form vor. Sie haben sie in Ihren Unterlagen. Es handelt sich um folgende Vorschläge:

Ordentliche Mitglieder: Dr. Eberhard Kuthning, Präsident des Oberlandesgerichts a. D., aus Celle als Vorsitzender; Bernhard Hellner, Dipl.-Ing. Dipl.-Jurist, Regierungsdirektor im Landesverwaltungsamt Thüringen; Dr. Heidi Lambert-Lang, Richterin am Bundesgerichtshof, Zweibrücken/Karlsruhe; Dr. Pia Rumler-Detzel, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a. D., aus Köln; Friedrich W. Siebeke, Rechtsanwalt am Oberlandesgericht, aus Mettmann.

Stellvertretende Mitglieder: Dr. Friedrich August Bonde, Präsident des Landgerichts, Bordschholm/Kiel; Dr. Peter Dany, Rechtsanwalt, Hamburg/Altenholz; Petra Kansy, Rechtsanwältin, Bad Honnef; Dr. Wolfgang Knippel, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht und Vizepräsident des Landesverfassungsgerichts Brandenburg, Potsdam; Helmut Rehborn, Oberstaatsanwalt a. D., aus Dortmund; Barbara Saß-Viehweger, Rechtsanwältin und Notarin, Berlin; Frank Strohscher, Dipl.-Jurist, Richter am Amtsgericht Gera Stadt.

Wir können über diesen Vorschlag offen abstimmen. Die erste Frage ist, ob Sie damit einverstanden sind, offen abzustimmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine zweite Frage ist, ob es weitere Kandidatinnen und Kandidaten gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag zustimmt, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine. Dann beglückwünsche ich alle Gewählten sehr herzlich und freue mich, dass sie sich für die neue Wahlperiode zur Verfügung gestellt haben. Wer einmal das Pech gehabt hat, als Kreisvorsitzender ein Verfahren bis zum Bundesschiedsgericht durchführen zu müssen, weiß, wie wichtig es ist und wie viel Arbeit darin steckt, und deswegen möchte ich ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung für die sorgsame und friedensstiftende Arbeit an das Bundesparteigericht sagen, insbesondere an Herrn Carl Sträter, Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D., aus Bonn und an Herrn Dr. Günter Wiechens, Vorsitzender Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof a. D., Zierenberg bei Kassel, die insgesamt zehn Jahre maßgeblich mitgearbeitet haben. Dafür unseren herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 21 auf:

**WAHL DER DELEGIERTEN UND STELLV. DELEGIERTEN ZUM
XIV. EVP-KONGRESS**

Das geht nun ganz schnell, denn diesen Punkt der Tagesordnung haben wir heute Morgen auf den kleinen Parteitag verschoben.

Somit rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 22 auf:

**WAHL DER CDU-MITGLIEDER UND STELLV. MITGLIEDER FÜR DEN
VORSTAND DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)**

Hier ist es laut § 31 Abs. 4 des Statuts so, dass normalerweise der Bundesausschuss auf Vorschlag des Bundesvorstandes diese Delegierten wählt. Jetzt wird die Wahl ersatzweise durch den Bundesparteitag vorgenommen. Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten liegen Ihnen schriftlich vor. Das sind viele, und ich gehe davon aus, dass Sie alle den Vorschlag in der Hand haben. Deshalb möchte ich es mir eigentlich ersparen, die Namen im Einzelnen zu verlesen. – Ich höre keinen Widerspruch.

Auch diese Wahl können wir offen durchführen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Wenn Sie mit dem Wahlvorschlag einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Zeichen mit der Stimmkarte. – Darf ich fragen, ob es Gegenstimmen gibt. – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – 1 Enthaltung. Damit sind die Kandidatinnen und Kandidaten bei 1 Stimmenthaltung gewählt.

Ich bedanke mich dafür, dass wir das einschieben konnten. Jetzt bleibt nichts anderes übrig, als die Beratungen bis zum Vorliegen des Ergebnisses der Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums zu unterbrechen. Ich darf Sie herzlich bitten, im Saal zu bleiben. Der Abend, den wir gleich gemeinsam feiern wollen, beginnt um 9 Uhr. Ich hoffe sehr, dass wir bis dahin alles erledigen können. Die Veranstaltung findet auch hier im Gebäude statt, so dass Sie keine große Mühe haben werden, pünktlich anwesend zu sein. Ich bedanke mich und unterbreche die Verhandlungen.

(Unterbrechung von 20.47 bis 21.05 Uhr)

Regina van Dinther, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums liegt vor. Ich gebe Ihnen nun das Abstimmungsergebnis bekannt.

Den 1. Platz belegt Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski mit 861 Stimmen. Das sind 87,68 Prozent.

(Beifall)

Insgesamt wurden 984 Stimmen abgegeben. Davon waren 2 Stimmen ungültig. Enthaltungen gab es keine. Das heißt, wir hatten 982 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt daher 492 Stimmen.

Frau Schipanski ist mit 861 Stimmen – das sind 87,68 Prozent – gewählt.

Auf Platz 2 landete Herr Dr. Wolfgang Schäuble mit 766 Stimmen. Das sind 78 Prozent.

(Beifall)

Platz 3: Hildegard Müller mit 733 Stimmen. Das sind 75 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 4: Roland Koch mit 650 Stimmen. Das sind 66 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 5: Jörg Schönbohm mit 589 Stimmen. Das sind 60 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 6: Hermann-Josef Arentz mit 505 Stimmen. Das sind 51 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 7 – damit kommen wir zu dem Ersten, der in die Stichwahl muss – kam Arnold Vaatz mit 476 Stimmen. Das sind 48 Prozent.

Platz 8: Peter Rauen mit 428 Stimmen. Das sind 44 Prozent.

Platz 9: Christa Thoben mit 343 Stimmen. Das sind 35 Prozent.

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt sechs weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt, darunter zwei Frauen. Somit ist das Frauenquorum von einem Drittel erreicht. Der Wahlgang ist damit gültig.

Es findet jetzt eine Stichwahl statt zwischen Arnold Vaatz und Peter Rauen. Die Zettel können jetzt von den Landesgeschäftsführern abgeholt werden. Ich bitte die Landesgeschäftsführer, sie dann an alle Delegierten zu verteilen.

Bevor unsere Herren und Damen Landesgeschäftsführer die Zettel austeilen, möchte ich folgenden Hinweis geben: Alles, was Sie auf den Tischen liegen lassen, bleibt auch dort für morgen; alles, was Sie unter den Tisch schmeißen, wird vom Ordnungsdienst weggeräumt.

Hat schon jemand einen Landesgeschäftsführer mit den neuen weißen Stimmzetteln gesehen? – Ich muss Sie um ein wenig Geduld bitten. Die Druckmaschinen sind nicht so schnell. Wir müssen das Ganze ordnungsgemäß durchführen, damit wir keine Anfechtung provozieren. Wir wollen morgen fertig werden. –

Sind jetzt die Stimmzettel angekommen? – Nein. Dann laufen die Druckmaschinen immer noch. Ich darf Sie um ein wenig Geduld bitten. Es geht nicht anders, als dass wir das so durchziehen, damit die Ergebnisse dieses Parteitages nicht angefochten werden können. – Waren alle Landesgeschäftsführer im Büro der Organisationsabteilung? –

Ich will schon einmal erläutern, wie dieser Wahlzettel, der jetzt ausgeteilt wird, aussieht. Es befinden sich die Namen der beiden Kandidaten auf dem Zettel. Unter 1 steht Peter Rauen und unter 2 steht Arnold Vaatz. Auf diesem Stimmzettel muss ein Name angekreuzt werden.

Ich eröffne schon einmal den Wahlgang für all diejenigen, die schon einen Stimmzettel haben. Ich schließe den Wahlgang aber erst, wenn jeder seinen Stimmzettel abgegeben hat. Das ist garantiert.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang. Das Ergebnis dieses Wahlganges geben wir während des Abends oder morgen früh bekannt. Es hängt davon ab, wie schnell die Auszählung erfolgt.

Ich weise Sie nochmals darauf hin, dass Sie Ihre Unterlagen auf den Tischen liegen lassen können. Alles, was unter den Tischen liegt, wird wie Abfall behandelt und weggeräumt.

Es gibt eine gesonderte Einladung für den jetzt stattfindenden Nordrhein-Westfalen-Abend, der in Halle 1 A stattfindet.

Morgen früh um 9 Uhr wird die Sitzung eröffnet. Für heute schließe ich den Parteitag und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 21.30 Uhr)

Dienstag, 11. April 2000

2. Plenarsitzung

Beginn: 9.02 Uhr

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich eröffne den Parteitag. Wir beginnen mit der Beratung der sonstigen Anträge und der Anträge zur Parteireform. Das sind die Abschnitte E und B der Antragsbroschüre.

(Beifall)

Ich möchte das Ergebnis der Stichwahl zur Besetzung des Präsidiums bekannt geben. Es wurden 911 Stimmen abgegeben. 2 Stimmen waren ungültig. Es gab 2 Enthaltungen. Folglich gab es 907 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 454 Stimmen. Es wurden für Peter Rauen 460 Stimmen abgegeben. Das entspricht 50,72 Prozent. Für Arnold Vaatz wurden 447 Stimmen abgegeben. Das entspricht 49,28 Prozent. Damit ist Peter Rauen in das Präsidium gewählt worden. Ich darf ihn fragen, ob er die Wahl annimmt. – Ist Peter Rauen im Saal? – Er hatte die Absicht, heute Morgen hier zu sein. Sobald er den Saal betritt, wird die Frage erneut an ihn gestellt. Ich unterstelle, dass er die Wahl annimmt.

Ich möchte Frau Thoben und Herrn Vaatz, die in diesem Wahlgang nicht gewählt worden sind, fragen, ob sie ihre Kandidatur für die 26 Mitglieder des Bundesvorstandes aufrechterhalten, damit in der Zwischenzeit ein Stimmzettel für die Wahl gefertigt werden kann. – Es wird mitgeteilt, dass Frau Thoben erklärt hat, sie würde nicht kandidieren. Ist Herr Vaatz im Saal, um seine Erklärung abzugeben? – Offenbar nicht. Dann wird diese Frage erneut an ihn gerichtet, sobald er den Raum betritt. Ich bitte die Landesgeschäftsführer der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Sachsen, uns mitzuteilen, wenn die Herren Rauen und Vaatz den Saal betreten.

Ich möchte im Namen aller Delegierten dem Landesverband Nordrhein-Westfalen und dessen Vorsitzenden Dr. Jürgen Rüttgers für den hervorragend gelungenen Nordrhein-Westfalen-Abend herzlich danken.

(Beifall)

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 24 auf:

SONSTIGE ANTRÄGE (E)
ANTRÄGE ZUR REFORM DER PARTEIARBEIT (B)

Ich möchte schon an dieser Stelle allen Delegierten, die sich um die Formulierung und die Erarbeitung der Anträge bemüht haben, herzlich danken.

Somit kommen wir zum Abschnitt E auf den Seiten 116 bis 151 in unserer Antragsbroschüre. Ich bitte diejenigen, die sich zu Wort melden möchten, dies rechtzeitig durch die Abgabe ihres Wortmeldescheins kundzutun.

Ich rufe den Antrag E 1 auf Seite 116 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Kommission „Sozialstaat '21“. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag E 1 abstimmen. Wer sich der Empfehlung der Antragskommission anschließen möchte, den bitte ich das durch das Kartenzeichen kundzutun. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich komme zu den Anträgen E 2 bis E 4 auf den Seiten 117 und 118 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung des Antrags E 3. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über Anträge E 2 bis E 4 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen.– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich möchte zu früher Stunde in unserer Mitte den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern und Vorsitzenden der CSU, Dr. Edmund Stoiber, begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe den Antrag E 5 auf der Seite 118 der Antragsbroschüre auf. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann lasse ich über den Antrag E 5 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe die Anträge E 6 und E 7 auf den Seiten 118 bis 131 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung von Antrag E 7. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge E 6 und E 7 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 8 auf den Seiten 131 und 132 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 8 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 9 auf der Seite 132 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 9 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 10 auf den Seiten 132 ff. der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesfachausschuss Forschung und Innovation. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 10 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 11 auf den Seiten 137 und 138 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in neuer Fassung und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 11 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den

bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 12 auf Seite 138 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 12 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 13 auf Seite 138 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Generalsekretär. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 13 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 14 auf der Seite 138 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Kommission zur Reform der Parteiarbeit. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über Antrag E 14 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dieses mit großer Mehrheit so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 15 auf der Seite 138 ff. der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung zur Prüfung durch den Generalsekretär. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über Antrag E 15 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dieses so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 16 auf Seite 139 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an das Bundesparteigericht. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über Antrag E 16 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dieses so beschlossen worden.

Ich rufe dann den Antrag E 17 auf Seite 139 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlussfassung zur Essener Erklärung, die wir noch vorzunehmen haben werden, als erledigt zu betrachten. Wird dazu das Wort gewünscht? – Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Bitte sehr.

Delegierter: Ich halte es nicht für zulässig, einen Antrag abzulehnen, wenn wir über die Essener Erklärung noch nicht beschlossen haben.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich würde empfehlen, um die Sache zu erleichtern, dass wir den Antrag E 17 im Zusammenhang mit den Abstimmungen zur Essener Erklärung wieder

aufrufen und dass er dort im Kontext abgestimmt wird. Sind Sie damit einverstanden? – Ich bedanke mich. Dann wird dieser Antrag zurückgestellt.

Ich rufe die Anträge E 18 bis E 23 auf den Seiten 140 und 141 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission macht einen eigenen Beschlussvorschlag. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Mir liegt die Wortmeldung von Hubert Hüppe aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen vor. Bitte sehr.

Hubert Hüppe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir hatten vor einigen Jahren den § 218 verändert. Das hat inzwischen zu der Lücke geführt, dass zum Beispiel behinderte Kinder bis zur Geburt getötet werden dürfen. Es ist der Fall „Tim“ bekannt geworden, wo das Kind die Abtreibung überlebt hat, obwohl es nach der Abtreibung stundenlang nicht versorgt worden ist.

Die Medien berichten von einem Fall in Zittau, dass, nachdem das Kind die Abtreibung überlebt hat, die Anästhesistin dieses Kind versorgen wollte, aber der abtreibende Arzt der Frau das Kind aus den Armen gerissen und es eigenständig mit der Hand auf dem Mund und auf der Nase erstickt hat.

Beide Fälle liegen der Staatsanwaltschaft vor, und in beiden Fällen konnte sich die Staatsanwaltschaft bis heute, obwohl der Fall „Tim“ schon fast drei Jahre her ist, nicht entscheiden, das Gericht anzurufen und es zu einem Strafverfahren kommen zu lassen.

Das bedeutet, nach deutschem Recht ist es wieder möglich, Behinderte zu töten, obwohl sie außerhalb des Mutterleibes lebensfähig sind. Ich meine, wenn wir das „C“ in unserem Parteinamen CDU wirklich noch ernst nehmen, dann müssen wir diesen Zustand für untragbar halten und wir müssen ihn ändern.

(Beifall)

Ich bin froh, dass unsere Schwesterpartei – Herr Stoiber ist ja hier – inzwischen einen entsprechenden Antrag mit Mehrheit angenommen hat, in dem gesagt wird: Ja, wir wollen eine Gesetzesänderung – selbst dann, wenn der Antrag im Bundestag keine Mehrheit findet –, weil seit Jahren über dieses Thema diskutiert wird, die Kinder aber weiterhin abgetrieben werden. Wahrscheinlich sind nur diese beiden Fälle so bekannt geworden.

Die Änderung durch die Antragskommission besagt nur, dass ein Antrag eingebracht werden soll, um die Diskussion zu vertiefen. Wir wollen aber die Diskussion nicht nur vertiefen, sondern wir wollen den Zustand ändern. Wir haben genug diskutiert. Es sind genug Kinder gestorben. Wir müssen das ändern, wenn wir das „C“ ernst nehmen.

(Beifall)

Deswegen darf ich Sie bitten, den Antrag E 22 des Kreisverbandes Unna anzunehmen, der die Bundestagsfraktionen auffordert, dieses Thema wieder aufzugreifen und gesetzlich initiativ zu werden. Es geht nicht grundsätzlich um die Frage der Abtreibung, sondern es geht um die Frage, ob wir die Gleichheit von Menschen mit Behinderungen und ohne Behinderungen wirklich ernst nehmen.

Wenn es so ist, dass in Deutschland inzwischen auch Kinder abgetrieben werden, weil sie das Merkmal „Chorea Huntington“ haben, eine Krankheit, die erst beim Erwachsenen mit 40 Jahren ausbricht, dann kann das keine medizinische Indikation sein. Ein solcher Zustand ist untragbar.

Jetzt möchte ich noch kurz etwas zum Antrag E 23 sagen. Wir haben zum Thema Klonen, Embryonenforschung und genetische Selektion als Kreisverband schon vor zwei Jahren einen Antrag gestellt. Der ehemalige Bundesvorsitzende Helmut Kohl hatte damals auf dem Parteitag gesagt, dieses Thema sei sehr wichtig, und wir müssten auch zu einer Entscheidung kommen. Es sollte aber erst eine Fachtagung stattfinden, um das Für und Wider zu diskutieren.

Diese Fachtagung hat stattgefunden. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir als CDU heute sehr wohl sagen können, ob wir es für richtig halten, dass Menschen geklont werden, ob wir es für richtig halten, dass Embryos selektiert werden, ob wir es für richtig halten, dass an Embryonen geforscht wird, obwohl damit der Tod der Embryonen in Kauf genommen wird, oder ob wir das alles für nicht richtig halten. Wir können auch darüber entscheiden, ob Embryonen gezüchtet werden dürfen oder nicht.

Deswegen bitte ich, meine Damen und Herren, den Anträgen E 22 und E 23 zuzustimmen, damit das, was auch unsere neue Vorsitzende gestern gesagt hat, nämlich dass uns der Schutz der Embryonen und der ungeborenen Kinder ein Herzensanliegen sei, nicht nur Worte bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht jetzt Hans-Peter Repnik.

Hans-Peter Repnik, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Die Anträge E 18 bis E 23 müssen wir im Zusammenhang sehen. Die Antragskommission hat sich mit diesen sehr grundsätzlichen Anträgen sorgfältig auseinander gesetzt.

Wir haben in den letzten Monaten und gerade in den letzten Tagen mit den neuen Erkenntnissen zur Genomanalyse eine veränderte Sachlage. Deshalb waren wir der Meinung, wir würden dem Kollegen Hubert Hüppe und den Antragstellern, gerade was die Anträge E 18 und E 23 anlangt, entgegenkommen, indem wir dieses sehr grundsätzliche Thema der Bundestagsfraktion nicht einfach überweisen, sondern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen ganz klaren Handlungsauftrag mitgeben.

Lieber Kollege Hubert Hüppe, ich darf noch einmal auf folgendes hinweisen: Wir haben vorgeschlagen:

Der 13. Parteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, noch in dieser Legislaturperiode eine Initiative zu ergreifen mit dem Ziel, den Schutz ungeborener Kinder zu verbessern.

Dies ist also keine Beerdigung dritter Klasse, indem wir einfach überweisen, sondern ein ganz klarer Auftrag an die Fraktion zu einer Initiative. Wir glauben, dass wir damit den Antragstellern gerecht werden, und bitten deshalb, diesen Anträgen in der von uns verändert vorgelegten Fassung zuzustimmen.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. – Wir kommen nunmehr zur Abstimmung und zwar zunächst über das Votum der Antragskommission. Ich bitte deswegen über die Anträge E 18 bis E 23 gemäß der Empfehlung der Antragskommission abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist dies mit sehr großer Mehrheit so beschlossen worden.

Wir kommen dann zu Antrag E 24 auf Seite 141 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 24 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen worden.

Es folgt der Antrag E 25 auf Seite 141 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen gibt es, soweit ich sehe, nicht. Dann lasse ich über den Antrag E 25 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen worden.

Ich rufe dann die Anträge E 26 und E 27 auf den Seiten 141 bis 148 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung des Antrages E 26. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge E 26 und E 27 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 28 auf der Seite 148 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 28 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen worden.

Ich rufe die Anträge E 29 und E 30 auf Seite 149 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge E 29 und E 30 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 31 auf den Seiten 149 f. der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission verweist den Antragsteller auf den Beschlussbericht des 10. Parteitag und empfiehlt insofern Nichtbefassung. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Dietrich Rusche vom Landesverband Hamburg hat das Wort. – Bitte sehr.

Dietrich Rusche: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mit unserem Antrag soll versucht werden, begangenes Unrecht wieder gutzumachen. Vor allem soll eine entscheidende Weichenstellung für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung in den neuen Bundesländern eingeleitet werden. Für die CDU sind die deutsche Einheit und der Aufbau Ost Herzenssache, hat Angela Merkel gestern gesagt. In erster Linie gilt dies natürlich für alle jene, die in den Jahren 1945 bis 1949 von den Kommunisten aus ihren Häusern, aus ihren Betrieben und von

ihren Höfen gejagt worden sind und die nach der Wiedervereinigung erleben mussten, dass der Staat ihnen ihr Eigentum vorenthielt und entgegen allen vorherigen Zusagen nicht zurückgab. Stattdessen mussten sie ohnmächtig mit ansehen, wie westdeutsche Spekulanten und Glücksritter mit gefüllten Brieftaschen ihr ehemaliges Eigentum erwarben. Dem Aufbau Ost hat das nicht gut getan. Die noch immer steigenden Arbeitslosenzahlen beweisen das seit Jahren.

Aber, wer konnte es auch anders erwarten? Nur wer an die Zukunft denkt und für sich und seine Nachkommen arbeitet, schafft bleibende Werte und dauerhafte Arbeitsplätze. Stattdessen kamen Manager aus dem Westen, die in erster Linie dem finanzpolitischen Ziel der Einnahmenmaximierung statt dem einer ökonomischen Aufbaupolitik verpflichtet waren, für eine vorübergehende Aufgabe in den Osten. So können keine blühenden Landschaften entstehen.

Das alles hätte aber nicht sein müssen. Welch riesige Chance ist hier vertan worden! Kein neues deutsches Wirtschaftswunder ist entstanden, stattdessen eine Bürde für unsere Volkswirtschaft. Die Verantwortung dafür tragen leider führende Vertreter unserer Partei. Deshalb ist es höchste Zeit, auch hier die Wahrheit ans Tageslicht zu befördern und dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen. Nach allen inzwischen bekannt gewordenen Tatsachen kann es heute keinen Zweifel mehr daran geben, dass die Sowjetunion ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung niemals von der Unumkehrbarkeit der Bodenreformmaßnahmen abhängig gemacht hat. Für die frühere Bundesregierung gab es infolgedessen keinen zwingenden Grund, die Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949 von der Rückgabe auszuschließen.

Meine Bitte richtet sich daher an Sie alle, besonders aber an die ehemals führenden Vertreter unserer Partei in der ehemaligen Regierung: Verschließen Sie sich nicht einer noch immer möglichen Korrektur des Unrechts. Wenn Sie sich im Interesse Deutschlands offensiv an der Wiedergutmachung beteiligen, eröffnen Sie damit dem Bundesverfassungsgericht die Chance und die Möglichkeit, das ehemalige Fehlurteil zu korrigieren. Die Annahme unseres Antrags, um die ich Sie sehr herzlich bitte, wäre dazu ein erster Schritt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Nunmehr bitte für die Antragskommission Volker Kauder.

Volker Kauder, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde aus Hamburg, die Sie diesen Antrag gestellt haben! Wir können sehr gut verstehen, dass Sie sich mit diesen Fragen intensiv befassen. Natürlich gibt es da unterschiedliche Einschätzungen bzw. Beurteilungen. Wir haben uns auf dem letzten Bundesparteitag mit dieser Frage ausführlich befasst. Wir haben dann dieses Thema im Rahmen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der so genannten „Scholz-Kommission“ behandelt. Es hat bei der Nutzung des Eigentums vor allem im landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Bereich eine ganze Reihe von Verbesserungen gegeben.

Natürlich ist es nicht zu dem gekommen, was ihr Ziel ist. Man kann aber nicht sagen, dass sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit diesem Thema nicht ausführlich befasst hat. Der Bericht der „Scholz-Kommission“ ist ja dem vorliegenden Antragsheft in wesentlichen Auszügen beigelegt. Ich glaube, es macht keinen Sinn, wenn wir auf jedem Bundesparteitag die gleiche

Diskussion führen, obwohl wir vom Ergebnis her wissen, dass die Entscheidungen nun einmal so gefallen sind und vom Bundesverfassungsgericht so akzeptiert worden sind.

Aufgrund der ausführlichen Diskussion auf dem letzten Parteitag, der intensiven Befassung in der Bundestagsfraktion und der Verbesserungen, die erreicht werden können, bitte ich Sie, dem Antrag der Antragskommission zu folgen, sich auf diesem Parteitag nicht erneut inhaltlich mit diesem Thema zu befassen.

(Vereinzelt Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Antrag E 31 in der Empfehlung der Antragskommission ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Zustimmung zur Antragskommission war nach Sicht des Präsidiums die klare Mehrheit. Dann ist das in der Form des Votums der Antragskommission beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag E 32 auf Seite 150 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über Antrag E 32 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen worden.

Ich rufe Antrag E 33 auf Seite 150 f. der Antragsbroschüre auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag E 33 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag E 34 auf Seite 3 der Sammlung der Initiativ-Anträge auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 34 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag E 35 auf Seite 3 der Sammlung der Initiativ-Anträge auf. Auch hier empfiehlt die Antragskommission die Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 35 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wir haben nunmehr die sonstigen Anträge, den Abschnitt E, beraten und beschlossen. Wir haben jetzt noch die Anträge zur Reform der Parteiarbeit zu beraten. Hierzu möchte ich einen Vorschlag machen: Der Kern der Empfehlung ist, eine Kommission einzusetzen und sämtliche Anträge zur Reform der Parteiarbeit an diese Kommission zu überweisen. Ich denke, dass es das Klügste wäre, es uns zu ersparen, die Anträge im Einzelnen zu überweisen, und eine Gesamtüberweisung vorzunehmen. Wenn sich also kein Widerspruch aus dem Plenum

rührt, können wir alle Anträge zur Reform der Parteiarbeit an die einzurichtende Kommission insgesamt überweisen. Gibt es Widerspruch zu diesem Verfahren? – Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich Sie, über die Anträge zur Reform der Parteiarbeit – das ist die Kategorie B auf den Seiten 40 bis 68 der Antragsbroschüre –, also die Anträge B 1 bis B 19, an die einzurichtende Kommission zur Reform der Parteiarbeit zu überweisen. Wer dies beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen.

Ich möchte dann fragen, ob Peter Rauen, dessen Wahl als eines der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums zu Beginn unserer heutigen Plenarsitzung bekannt gegeben ist, die Wahl annehmen möchte.

Peter Rauen: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Peter Rauen nimmt die Wahl an.

(Beifall)

Ich gratuliere zur Wahl und wünsche eine gute Amtsführung.

Wir müssen nun wissen, ob Arnold Vaatz, nachdem er nicht in das Präsidium gewählt worden ist, seine Kandidatur für eines der 26 Mitglieder des Bundesvorstandes aufrecht erhalten möchte, damit der Stimmzettel für den Wahlgang gefertigt werden kann. Ist Arnold Vaatz im Raum? – Dann bitten wir den Geschäftsführer des Landesverbandes Sachsen, zum Präsidium zu kommen, damit diese Frage schnellstmöglich geklärt werden kann.

Ich darf mich für Ihre Mitwirkung bei der zügigen Beratung der Anträge bedanken. Ich danke auch noch einmal allen Delegierten, die die Anträge formuliert haben.

Ich gebe den Vorsitz für die weitere Verhandlung an Frau Dr. Krogmann ab.

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 18.6.:

WAHL DER 26 WEITEREN MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES

Vor Eintritt in die Wahlgänge darf ich Sie nochmals auf folgendes hinweisen: Laut § 43 des Statuts werden die Mitglieder des Bundesvorstandes in geheimer Wahl mittels des Stimmzettels gewählt. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

Der Bundesparteitag der CDU Deutschlands hat 1996 in Hannover die Einführung eines Frauenquorums beschlossen. Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit dieser Wahlgang gültig ist; das steht in § 15 Abs. 3 des Statuts. Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang erfüllt, so kommt es bei eventuell folgenden ergänzenden Stichwahlen nicht mehr zur Anwendung.

Ich schlage Ihnen vor, die Stimmzettel wie gestern in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine.

Werfen Sie nach dem Ausfüllen Ihren Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne werfen können.

Uns liegen 31 Bewerbungen vor. Ich möchte darauf verzichten, Ihnen die Namen im Einzelnen vorzulesen. Bitte entnehmen Sie die Namen der Kandidaten der Liste, die Sie gestern mit Ihren Tagungsunterlagen bekommen haben.

Wir möchten nun allen Kandidaten die Gelegenheit geben, sich den Delegierten kurz vorzustellen. Ich bitte Sie herzlich, dabei Ihre Redezeit auf zwei Minuten zu begrenzen.

(Beifall)

Ich bitte die jeweils folgenden zwei Kandidaten, sich in der Nähe des Rednerpultes aufzuhalten, sodass keine unnötigen Verzögerungen eintreten.

Wir beginnen nun mit der Kandidatenvorstellung. Dafür darf ich zunächst Dieter Althaus an das Rednerpult bitten. – Bitte sehr, Herr Dieter Althaus.

Dieter Althaus: Sehr geehrte Tagungspräsidentin! Meine lieben Freunde! Ich heiße Dieter Althaus, bin 41 Jahre alt, komme aus dem Eichsfeld mitten in Deutschland, im schönen Freistaat Thüringen. Ich habe die große Freude, dass ich seit gut zehn Jahren für die CDU in Thüringen und in meinem Heimatwahlkreis die Verantwortung mit tragen darf. Ich bin seit Herbst 1990 im Thüringer Landtag und bin bis zum letzten Jahr auch kommunalpolitisch engagiert gewesen. Ich war von 1992 bis zum Oktober letzten Jahres Kultusminister im Freistaat. Wir haben die Bildungspolitik neu geordnet. Ich denke, sie ist leistungsfähig und besteht die in den nächsten Jahrzehnten anstehenden Herausforderungen.

(Beifall)

Ich bin nun Vorsitzender der Landtagsfraktion im Freistaat. Wir haben unter der Führung von Bernhard Vogel im letzten Jahr eine klare, absolute Mehrheit für die CDU errungen. Das ist gut für das Land, das ist gut für die Menschen, das ist gut für die CDU in Deutschland.

(Beifall)

Ich freue mich, dass wir gestern so deutlich gemacht haben, dass wir eine feste Grundlage haben, eine klare Orientierung und nun eine neue Vorsitzende, die mit den wichtigen Zukunftsaufgaben, die sie gestern benannt hat, in die nächsten Jahre geht. Ich möchte gerne helfen und im Bundesvorstand mitarbeiten – für die neuen Länder, für Thüringen, aber auch für Deutschland; denn dies ist eine große Chance, die Einheit zu gestalten. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Als nächster Ole von Beust, bitte.

Ole von Beust: Meine Damen und Herren! Mein Name ist Ole von Beust. Ich bin 44 Jahre alt, Rechtsanwalt, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Hamburgischen Bürgerschaft. Ich bitte um Ihre Unterstützung; ich bin der einzige Kandidat aus dem Landesverband Hamburg für

den Bundesvorstand. Wir brauchen Ihre Unterstützung, weil im nächsten Jahr nicht nur, wie gestern erwähnt wurde, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg Landtagswahlen sind, sondern auch in Hamburg Bürgerschaftswahlen stattfinden. Wir wollen auch in Hamburg siegen. Deshalb brauchen wir heute zumindest Ihre symbolische Unterstützung.

(Beifall)

Aber unabhängig von der Bitte um Ihre Unterstützung: Ich möchte die CDU unterstützen, die, wie ich finde, in den letzten Tagen mit einer gigantischen Entwicklung begonnen hat: Wir haben wieder Tritt gefasst. Gestern ist die Aufbruchstimmung entstanden. Und ich glaube, wer Tritt gefasst hat, wer in Aufbruchstimmung ist, der wird auch wieder siegen können. Darum, in diesem Sinne in der CDU Deutschlands mitwirken zu können, bitte ich Sie herzlich um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Als nächste Frau Dr. Böhmer, bitte.

Dr. Maria Böhmer: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Maria Böhmer. Ich bin 49 Jahre alt und komme aus Frankenthal. Ich bin stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Rheinland-Pfalz und Landesvorsitzende der Frauen-Union und kandidiere hier als Einzige aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz für die Beisitzer.

Vor gut einem Monat bin ich von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Ich habe die außerordentlich spannenden Aufgabengebiete Familie, Bildung, Forschung und Informationstechnologie. Auf diesen Feldern entscheidet sich, wie wir in Zukunft leben und ob Deutschland auf dieser Welt weiterhin Spitze sein wird. Deshalb, so denke ich, müssen wir beide Themen, Familienpolitik und Bildungspolitik, wieder mit aller Kraft als Sachthemen in die Diskussion einbringen. Unser Familienprogramm darf nicht in der Schublade liegen bleiben; es muß konkret werden, und wir müssen unsere Kinder fit machen für die Berufe der Zukunft.

Ich will meine politische Erfahrung und meine berufliche Erfahrung als Physikerin – ich lehre nach wie vor an der Universität Mainz Medienwissenschaften – gerne dafür einbringen, und ich würde weiter gerne im Bundesvorstand mitarbeiten. Dafür bitte ich Sie sehr herzlich um Ihr Vertrauen. – Danke.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Herr Eppelmann, bitte.

Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich grüße Sie alle von hier aus ganz herzlich.

Ich bin Brandenburger Bundestagsabgeordneter, Bundesvorsitzender der CDA, der Sozialausschüsse der CDU. Ich interessiere mich und engagiere mich außer in den Bereichen der Sozialpolitik bei dem, was Menschenrechte auf dieser Welt angeht, bin für ihre Durchsetzung da und frage mich intensiv nach den Grundwerten unserer Partei. Für einen evangelischen Theologen ist das vielleicht nicht sehr verwunderlich.

Wie Sie möglicherweise wissen, bin ich fünf Jahre Mitglied des Präsidiums unserer Partei gewesen. Unter Berücksichtigung der Stichworte „Neuanfang“ und „Generationenwechsel“ habe ich meinem Freund und Kollegen Hermann-Josef Arentz die Chance gegeben, und ich freue mich darüber, dass Sie ihm auch die Chance gegeben haben und er gewählt worden ist.

Ich möchte jetzt meine Erfahrung im Bundesvorstand weiter zur Verfügung stellen und bitte Sie um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön. - Jetzt Tanja Gönner, bitte.

Tanja Gönner: Guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Tanja Gönner. Ich bin 30 Jahre alt und komme, wie man an meiner Aussprache unschwer erkennen kann, aus dem schwäbischen Teil des Landesverbandes Baden-Württemberg.

Von Beruf bin ich Rechtsanwältin und als solche in einer Kanzlei tätig, die sich ausschließlich auf den Bereich der Insolvenzverwaltung spezialisiert hat. Meine Erfahrungen mit der Sanierung von Unternehmen würde ich gern in den Bereich der Sanierung der Finanzen dieser Partei einbringen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands und möchte deswegen auch den Gestaltungswillen der jungen Generation einbringen.

Als stellvertretende Vorsitzende der Württembergischen Sportjugend und als begeisterte Sportlerin bin ich auch im sogenannten vopolitischen Raum tätig. Es war immer die Stärke der CDU, dass wir in den Vereinen und Verbänden verwurzelt waren. Leider haben wir diese Verwurzelung etwas verloren. Wenn wir sie wiedergewinnen, sind wir in der Lage, wieder mitten ins Leben und zu den Menschen zurückzukehren. Dafür möchte ich mitarbeiten, und deswegen bitte ich um Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Jetzt Frau Dr. Görner, bitte.

Dr. Regina Görner: Schönen guten Morgen! Ich bin Regina Görner aus Saarlouis, 49 Jahre alt. Berufliche Erfahrungen habe ich in verschiedenen Ländern gesammelt, zunächst in der Wissenschaft. Ich habe Geschichte und Sozialwissenschaft studiert, in Mittelalterlicher Geschichte promoviert und ein paar Jahre als Kirchenhistorikerin gearbeitet, dann an der Schule, in der öffentlichen Verwaltung, in der Politikberatung.

Von 1985 bis 1989 war ich die persönliche Referentin der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit Rita Süßmuth. Danach bin ich als Gewerkschaftssekretärin zur ÖTV nach Hessen gegangen. 1990 wurde ich in den geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt. Ich war dort etwa zehn Jahre lang für die Bildungspolitik der Gewerkschaften zuständig, auch für die Jugendpolitik. Zu meinen Aufgaben gehörte der Aufbau der Jugendarbeit in den neuen Bundesländern. Ich habe die Interessen der im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Beamtinnen und Beamten auf Bundesebene vertreten.

Seit die saarländische CDU die Landtagswahl gewonnen hat, arbeite ich im Kabinett von Peter Müller als Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales.

(Beifall)

Ich bin mit 16 Jahren in die Junge Union gegangen, habe zunächst Kommunalpolitik gemacht und mich dann zunehmend für Sozialpolitik interessiert. Seit 1978 bin ich Mitglied des CDA-Bundesvorstandes. Ich gehöre der KAB und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an.

Für die CDU habe ich mich 1968 entschieden, weil ich das Konzept der sozialen Marktwirtschaft für das leistungsfähigste Wirtschafts- und Sozialsystem überhaupt gehalten habe. Ich bin immer noch dieser Auffassung, auch wenn man die soziale Marktwirtschaft heute nicht mehr in erster Linie gegen Stamokaps und Vertreter der Zentralverwaltungswirtschaft verteidigen muss, sondern eher gegen Wirtschaftsliberale anglo-amerikanischer Prägung.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass die große Zeit der sozialen Marktwirtschaft noch vor uns liegt. Auch für die Probleme einer globalisierten Wirtschaft lassen sich auf der Grundlage der Prinzipien Personalität, Subsidiarität und Solidarität Lösungen entwickeln, die den Menschen dienen, nicht nur den internationalen Finanzströmen.

Ich möchte im Bundesvorstand an der Entwicklung solcher Konzepte mitarbeiten und auch ein bisschen dazu beitragen, unter Beweis zu stellen, dass in der neuen CDU nicht nur Wirtschaftskompetenz vorhanden ist, sondern auch Sozialkompetenz.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Als Nächster Peter Hintze!

Peter Hintze: Ich bin Peter Hintze, 49 Jahre alt, stellvertretender Landesvorsitzender im schönen Nordrhein-Westfalen.

Zwei Dinge liegen mir am Herzen, zum einen unsere Europapolitik. Ich bin der Auffassung, dass wir hier ein sehr starkes Pfund haben und dass wir dieses Feld in den nächsten Jahren in der innenpolitischen Arena auch gründlich bearbeiten werden; Stichworte: Erweiterung der Europäischen Union, die Türkei-Frage, aber auch die Kompetenzdynamik zwischen Brüssel, Berlin und unseren Bundesländern. Ich habe die Aufgabe des europapolitischen Sprechers in unserer Fraktion übernommen und will dieses Thema auch im Bundesvorstand bearbeiten.

Zum Zweiten: Ich habe ein neues Amt, aber ich habe alte Grundsätze. Ich kann mich weiterhin nicht damit abfinden, dass Sozialdemokraten und PDS in einigen Ländern gemeinsame Sache machen.

(Zustimmung)

Ich finde es auch nicht gut, wenn in den Medien jetzt Krokodilstränen darüber vergossen werden, dass so ehrenwerte Herren wie Herr Gysi und Herr Bisky die politische Szene zu verlassen drohen.

(Zustimmung)

Schauen Sie einmal in den 14 Tage frischen Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und sehen Sie, was für eine ehrenwerte Partei die PDS ist. Es lohnt sich! – Schönen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt Herr Dr. Jung, bitte.

Dr. Franz-Josef Jung: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Ich bin Franz-Josef Jung, 51 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder, komme aus dem Rheingau. Ich bin jetzt Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei in Wiesbaden.

Meine Freunde, wir haben am 7. Februar letzten Jahres in Hessen – für viele überraschend – Rot-Grün abgelöst und damit den Siegeszug der Union in den Ländern mit eingeleitet. Ich denke, dass wir gestern eine gute Grundlage dafür geschaffen haben, dass wir diesen Siegeszug in den Ländern, jetzt beginnend in Nordrhein-Westfalen, fortsetzen, aber auch das Ziel haben, im Bund Rot-Grün schnellstmöglich abzulösen. Meine Freunde, ich denke, wir haben die bessere Politik und die bessere Mannschaft. Dazu möchte ich meinen Beitrag leisten, und deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. – Besten Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt Frau Dr. Kempen, bitte.

Dr. Yvonne Kempen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Yvonne Kempen und bin 40 Jahre alt. Vor Ihnen steht eine direkt gewählte hauptamtliche Bürgermeisterin.

(Beifall)

Ich bin seit sechs Monaten in Meckenheim im Amt, in einer Stadt mit 26 000 Einwohnern hier in Nordrhein-Westfalen.

Wir alle wissen, auf die Städte und Gemeinden kommt es an. Seit der Kommunalwahl kämpfen wir CDU-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister für eine starke Politik vor Ort.

Sie sehen: Es geht. Man kann Politik anders machen – menschlich, vertrauenswürdig, glaubwürdig. Das ist gar nicht so schwer. Wir müssen den Menschen nur zuhören, auf sie zugehen, ihnen Brücken bauen, Türen öffnen, ja einfach für sie da sein.

Wir sehen noch etwas: Wir von der CDU sind es, die vor Ort die Steuern senken, die kommunalen Haushalte entschulden und die Verwaltungen modernisieren. Wir von der CDU sind es, die vor Ort für Sicherheit und Ordnung sorgen, die Unternehmen ansiedeln, die Rahmenbedingungen bieten, damit Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Meine Damen und Herren, das müssen wir den Menschen hier in Nordrhein-Westfalen jetzt bis zur Landtagswahl sagen. Glauben Sie mir, sie verstehen es.

Meine Damen und Herren, Sie haben mich auf dem letzten Parteitag zum ersten Mal in den Bundesvorstand gewählt, um einen politischen Neubeginn von der Basis aus mit zu gestalten. Gerade in diesen Tagen ist das notwendiger denn je. Neuanfang beginnt dort, wo Menschen Heimat finden: in unseren Städten und Gemeinden. In diesem Sinne werbe ich auch weiterhin für Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Dr. Kempen. Karl-Josef Laumann, bitte!

Karl-Josef Laumann: Mein Name ist Karl-Josef Laumann, ich bin 42 Jahre alt, verheiratet und habe drei Kinder. Bevor ich 1990 für den Kreis Steinfurt in den Deutschen Bundestag gewählt worden bin, war ich 17 Jahre als Maschinenschlosser tätig. Sie können sich vorstellen, dass diese Zeit mich auch sehr geprägt hat. Im Bundestag habe ich mich vor allen Dingen der Sozialpolitik verschrieben. Seit drei Wochen bin ich der neue sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Warum kandidiere ich? Ich glaube, dass ich auch im Bundesvorstand einen Beitrag leisten kann, dass unsere CDU, was ich für ganz wichtig halte, auch zukünftig wieder besser bei den arbeitenden Menschen ankommt. Seien Sie deswegen genauso schlau wie die Bundestagsfraktion: Wählen Sie mich schlicht und ergreifend in den Bundesvorstand! – Schönen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Karl-Josef Laumann. Das war ein guter Rat. Herr Dr. Lehmann-Brauns!

Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Uwe Lehmann-Brauns. Ich bin Jurist, verheiratet und habe drei Kinder. Ich bin stellvertretender Vorsitzender der Berliner CDU-Fraktion und deren kulturpolitischer Sprecher.

Anstatt Ihnen von meinen „Heldentaten“ zu erzählen, möchte ich Ihnen fünf Positionen bzw. Aufgaben beschreiben, die mir besonders wichtig sind.

Erstens: die Erarbeitung und Handhabung eines aufgeklärten Geschichtsbildes statt der Verkürzung und Entstellung der deutschen Vergangenheit durch die politische Linke.

(Beifall)

Zweitens: die Anerkennung dieser Nation nicht nur auf Fußballplätzen als Eigenwert, allerdings in ihrer unauflösbaren Verbindung mit Europa.

Drittens: Berlin, für das ich hier kandidiere, meine Heimat, als dienende Hauptstadt ohne Kostgängermentalität, ohne Zentralismusanwandlung und ohne provozierte Rutschbahneffekte auf Kosten anderer Bundesländer.

Viertens: das Bekenntnis zur deutschen Verantwortung für die braune und die rote Vergangenheit, allerdings ohne auf den Stolz auf die Leistungen der Deutschen für Freiheit und Bürgerrechte, für Demokratie und Europa zu verzichten.

Schließlich fünftens: Politik für die Urbanität unserer Städte und vor allem auch Kulturpolitik als neue Aufgabenstellung für diesen Bundesvorstand, schon deshalb, um die kraftlose Besserwisserei des Herrn Naumann zu konterkarieren.

(Beifall)

Eine Schlussbemerkung: Ich freue mich über den neuen Anlauf dieses Bundesparteitages, die Republik, die wir so tief geprägt haben, für die Union zurückzuerobern. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Ich möchte die Landesgeschäftsführer jetzt bitten, sich im Büro der Organisationsleitung zu melden und die Wahlzettel für die Wahl der Beisitzer abzuholen, damit es gleich keine Verzögerungen gibt. – Als nächster hat Herr Thomas Leimbach das Wort.

Thomas Leimbach: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Ich bin Thomas Leimbach, 39 Jahre alt und seit 8 Jahren Landrat in Sachsen-Anhalt – ja, in Sachsen-Anhalt,

(Beifall)

in einem Land, das sich in einer fatalen Umklammerung der PDS befindet. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen aus täglicher Praxis berichten, warum bei dem Begriff „rote Laterne“ das Schwergewicht tatsächlich auf „Rot“ liegt.

Liebe Freunde, ich finde es entsetzlich, dass der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, zufrieden auf den Spaten gelehnt, über den Graben zwischen Ost und West lamentiert.

(Vereinzelt Beifall)

Als einziger Kandidat des Landesverbandes Sachsen-Anhalt bin ich nominiert worden, weil eine engagierte Verbindung zwischen der Bundes- und Landesebene nötig ist, weil eine aktive Verzahnung zwischen Bundes- und Landespartei Schulterschluss und Standfestigkeit braucht. Wenn wir gemeinsam denken und handeln, werden wir die Ergebnisse des Jahres 1999, die wir haben einfahren können, auch wiederholen können. In Sachsen-Anhalt haben wir die SPD 1999 schließlich mit 10 Punkten Unterschied schlagen können.

Vor 18 Monaten habe ich bei meiner erstmaligen Wahl in den Bundesvorstand zugesagt, meine kommunalpolitische Sicht einzubringen. Meine Damen und Herren, heute will ich mehr: Ich will die Umkehr der politischen Mehrheit nicht nur in Berlin, sondern auch und gerade in Sachsen-Anhalt. Wenn wir kämpfen, können wir die rot-grüne Lähmung und den rot-roten Stillstand beseitigen. Wir müssen dafür hart kämpfen. Das sind die Beweggründe für meine Kandidatur aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Leimbach. Als nächster hat Herr Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Helmut Linssen, bin 57 Jahre alt, seit 30 Jahren verheiratet und habe eine Tochter.

Ich komme vom schönen Niederrhein und bin Landtagsabgeordneter in Düsseldorf und mittelständischer Unternehmer. Ich habe mir immer auf das Panier geschrieben, die Soziale Marktwirtschaft zu realisieren, und ich tue das als Praktiker.

Ich möchte im Bundesvorstand dabei mitarbeiten, die von Angela Merkel gestern vor allen Dingen angesprochene Frage, wie wir als CDU die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt bewahren, zutreffend zu beantworten und für diese Aufgabe Freunde zu gewinnen. Ich möchte weiterhin – ganz aktuell – daran mitarbeiten, dass wir die Steuerreform unsererseits nicht mit einem faulen Kompromiss belegen, sondern dass wir diese mittelstandsfeindliche Steuerreform kippen.

Meine Damen und Herren, ich arbeite im Bundesvorstand mit und möchte das in der Phase des Neuanfangs gerne auch weiterhin mit aller Kraft tun. Ich bitte Sie dafür um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Helmut Linssen. Als nächster hat Herr Laurenz Meyer das Wort.

Laurenz Meyer: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Laurenz Meyer. Ich bin 52 Jahre alt. Seit Februar letzten Jahres bin ich Fraktionsvorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, vielleicht sollte ich Ihnen auch nicht vorenthalten, dass ich seit fünf Jahren – auch in diesem Bereich könnte ich einen kleinen Beitrag leisten – Schatzmeister in Nordrhein-Westfalen bin. Das ist eine Aufgabe, nach der sich einige nicht so sehr drängeln. Vielleicht können wir unserem neuen Schatzmeister bei seiner schweren Aufgabe ja helfen.

(Beifall)

Zur Sache selbst: Ich habe im Februar letzten Jahres meinen Job in der Industrie aufgegeben, weil ich dabei sein wollte, wenn die CDU nach über 30 Jahren in Nordrhein-Westfalen endlich an die Regierung kommt.

(Beifall)

Ich fand es sehr schlimm und heuchlerisch, wie die Sozialdemokraten in den letzten Monaten Kübel von Schmutz über uns ergossen haben, obwohl sie im eigenen Laden so viel aufzuräumen hätten.

(Beifall)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen deshalb versucht, dagegenzuhalten, wie Sie vielleicht gemerkt haben. Ich meine, wir müssen dagegenhalten. Wir müssen, von diesem Neubeginn hier ausgehend, als CDU jetzt wirklich kämpfen und dagegenhalten. Wenn wir das tun, werden wir auch wieder nach vorn kommen. Ich will dazu einen Beitrag leisten. Sie haben uns gestern schon ordentlich Rückenwind für unsere Landtagswahl gegeben. Versuchen Sie es mit meiner Wahl zusätzlich! Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Laurenz Meyer. – Als nächste Frau Michalk.

Maria Michalk: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin Maria Michalk, katholisch, habe drei erwachsene Kinder. Aus eigenem Erleben ist Familie für mich das Wichtigste im Leben. Ich bin 28 Jahre verheiratet. Mein Mann ist Bürgermeister; ich bin Geschäftsführerin eines mittelständischen Unternehmens. Wir erleben es auch nach zehn Jahren noch immer wie ein Wunder, dass wir unseren Freistaat Sachsen haben. Gerade deshalb begreifen wir unsere Heimat, unsere zweisprachige Oberlausitz, als Tor für die wirtschaftliche Entwicklung nach Mittel- und Osteuropa. Ich habe das Vergnügen, in meinem Unternehmen ein Stückchen dazu beitragen zu können, wirtschaftliche Kontakte nach Polen, nach Tschechien, nach Ungarn und jetzt auch nach Kroatien aufzubauen. Dabei wird deutlich, dass für unsere Zukunft Sprachkenntnisse ganz wichtig sind – eine politische Aufgabe, die nicht zum Nulltarif zu haben ist.

In den 50 Jahren, die ich lebe, habe ich 40 Jahre lang den so genannten demokratischen Zentralismus erlebt. Die Grausamkeiten und Konsequenzen dieses Regimes verkörpert leidvoll unsere zwischenzeitlich wunderschön gewordene Stadt Bautzen. Die letzten zehn Jahre meines Lebens habe ich Freiheit, Recht und Demokratie erlebt, die nur vom Mitleid der Menschen leben. Ich wurde Mitglied der letzten freigewählten Volkskammer und war vier Jahre im Deutschen Bundestag vertreten. Meine heutige politische Arbeit beschränkt sich ausschließlich auf ehrenamtliche Tätigkeiten. Ich bin zum Beispiel Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Bautzen. Wir freuen uns nicht nur über überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse, sondern seit gestern auch darüber, dass in unserem Kreisverband die Wiege unseres frisch gebackenen Generalsekretärs stand, dem ich gleich diese Karte, die ich hier in Händen halte, überreichen möchte, damit er seinen kleinen Geburtsort auch wirklich findet und uns bald besuchen kommt.

(Beifall)

Seit 1997 gehöre ich dem Bundesvorstand an und bewerbe mich heute zum dritten Mal um Ihre Gunst. Diese Arbeit im Bundesvorstand hat mir so viel Freude bereitet, dass ich in Umsetzung der strikten Trennung zwischen meiner beruflichen Arbeit und meiner politischen Arbeit jeweils einen Tag Urlaub nehme, wenn ich zu den Sitzungen fahre. Das heißt, 15 Tage meines Jahresurlaubes schenke ich der Partei, und zwar sehr gerne. Der Rest reicht – ich hoffe, man sieht es – noch für Erholung.

Wenn Sie also möchten, dass jemand, der zu Hause Kommunalpolitik diskutiert, daneben die Verantwortung für 200 Arbeitnehmer trägt und die Familie als das Wichtigste ansieht, weiterhin im Bundesvorstand vertreten sein soll, dann bitte ich um Ihre Stimme und bedanke mich in meiner sorbischen Muttersprache bei Ihnen mit „Dzakuju“.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Michalk. – Herr Professor Dr. Milbradt bitte.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ich bin Georg Milbradt, 55 Jahre, katholisch, verheiratet, habe zwei Kinder. Im Nebenberuf bin ich Professor der Wirtschaftswissenschaften, hauptamtlich sächsischer Finanzminister. Daneben bin ich noch stellvertretender Landesvorsitzender in Sachsen. In vertrete die Fachbereiche Wirtschaft, Steuern und Finanzen. Die Anfänge meiner politischen Arbeit hat ja Ruprecht Polenz in seiner Vorstellung gestern dargelegt: Ich war in Münster an der Hochschule tätig und engagiert in der Kommunalpolitik. Seit 1990 habe ich die Chance, den Aufbau in Sachsen von Beginn an in verantwortungsvoller Position zu begleiten.

Die CDU in Sachsen hat die solidarische Hilfe aus dem Westen genutzt. Sie können sich davon überzeugen, dass der Aufbau gelungen ist. Eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik ist unser Markenzeichen. Wir haben in Sachsen nicht vor unpopulären Maßnahmen zurückgeschreckt. Die Bürger haben uns trotzdem gewählt, sie haben Vertrauen. Man muss den Leuten nicht nach dem Mund reden.

Auf Bundesebene benötigen wir eine Steuerreform, die den Namen wirklich verdient. Wir haben im Moment einen Bundesfinanzminister, der sich vor der Neiddiskussion in der SPD fürchtet. Er hat eine Steuerreform vorgelegt, die die Unternehmen, sofern sie Kapitalgesellschaften sind, begünstigt und den Unternehmer, weil er ja auch konsumiert, benachteiligt. Die Steuerpolitik unterliegt dem Neidprinzip. So werden wir nicht weiterkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem ich schon in der Steuerreformkommission gegessen habe, die die Petersberger Beschlüsse erarbeitet hat, möchte ich gerade im Bereich der Steuer- und Wirtschaftspolitik weiter mitarbeiten. Ich meine, wir sollten in der CDU unser Markenzeichen, eine solide Steuer- und Wirtschaftspolitik, weiter polieren. Daran möchte ich gerne mitarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Professor Milbradt.– Philipp Mißfelder bitte.

Philipp Mißfelder: Frau Präsidentin! Liebe Delegierte! Ich heiße Philipp Mißfelder, bin 20 Jahre alt, stamme aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen und bin Bundesvorsitzender der Schüler-Union. Zurzeit bin ich Wehrdienstleistender in Berlin.

(Vereinzelt Beifall)

Sie erinnern sich: Das Gelöbnis im Bandler-Block wurde massiv von Autonomen gestört. Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtiger denn je, sich zu unserer Bundeswehr engagiert zu bekennen.

(Beifall)

Manch einer fragt sich: Muss denn wirklich ein 20-Jähriger in den Bundesvorstand gewählt werden? Ich antworte: Ja, hier stehe ich.

(Beifall)

Ich bewerbe mich für einen von insgesamt 40 Bundesvorstandssitzen. Die Jung- und Erstwähler stehen der CDU näher als je zuvor. Es liegt an uns, ein Zeichen dafür zu setzen, sie an

uns zu binden. Ich bitte Sie daher um Vertrauen in mich. Setzen Sie ein Zeichen! Ich bitte um Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Herr Dr. Notheis bitte.

Dr. Dirk Notheis: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Meine Name ist Dirk Notheis. Ich bin 31 Jahre alt, gelernter Diplom-Kaufmann, habe Betriebswirtschaft, Politik und Philosophie studiert, anschließend in Wirtschaftswissenschaften promoviert und bin seit fünf Jahren im Bankgeschäft tätig. Ich habe das Glück, bei einer internationalen Investmentbank junge Technologieunternehmen an die Börse, an den Neuen Markt, begleiten zu dürfen. Insofern gehört die Auswirkung der neuen Technologien auf Wirtschaft und Gesellschaft zu meinen Themen.

Ich bin seit 15 Jahren Mitglied der CDU. Aus der kirchlichen Jugendbewegung kommend bin ich damals im Zuge der Diskussion über den Nato-Doppelbeschluss zur CDU gekommen. Ich bin im CDU-Landesvorstand und war fünf Jahre lang Landesvorsitzender der Jungen Union in Baden-Württemberg.

Ich kandidiere heute für den Bundesvorstand, weil ich ein überzeugter Ehrenamtlicher bin, weil ich glaube, dass auch und gerade meine Generation ein Ausrufezeichen hinter das Ehrenamt setzen sollte und weil dieser Bundesvorstand neben Häuptlingen auch ein paar Indianer braucht. Darum bitte ich um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Notheis. - Herr Dr. Pflüger bitte.

Dr. Friedbert Pflüger: Ich bin Friedbert Pflüger, 45 Jahre alt, Vorsitzender des Europaausschusses des Deutschen Bundestages. Ich finde, dass war gestern ein großartiger Tag für unsere Partei: nach den quälenden Wochen eine großartige Rede und gute Stimmung auf dem Parteitag. Ich kandidiere, um Angela Merkel und den neuen Vorstand zu unterstützen und bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Pflüger. Frau Dr. Quisthoudt-Rowohl bitte.

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie mein Name und mein Akzent verraten, bin ich belgischer Herkunft. Seit knapp 27 Jahren bin ich verheiratet mit einem Deutschen, seit etwa 22 Jahren eingebürgerte Deutsche. Wir sind Eltern von vier Kindern. Da Europapolitik von Zeit zu Zeit auch im Europaparlament gemacht wird, möchte ich Sie als dessen Mitglied um Ihr Vertrauen bitten.

Angela Merkel hat mich gebeten, den Vorsitz einer neuen Arbeitsgruppe zu übernehmen, und zwar die Arbeitsgruppe „Ethik in Biotechnologie und Medizin“. Nach dem Motto „Konservativ

sein ist Fortschritt und Bewahren“ möchte ich auch auf diesem Gebiet gerne mitarbeiten. – Ich danke schon im Voraus für Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Herr Eckhardt Rehberg als nächster, bitte.

Eckhardt Rehberg: Mein Name ist Eckhardt Rehberg. Ich komme aus Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin Vater von zwei Kindern und von Hause aus Diplomingenieur für Informationsverarbeitung. Seit zehn Jahren bin ich Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag in Schwerin.

Ich habe mich dem vopolitischen Raum in zweierlei Art und Weise verschrieben, einmal als Gemeindevertreter in meiner Heimatgemeinde und zum anderen als einer von 18 Präsidenten eines Bundesligaver eins in Deutschland. Das ist im Augenblick bei Hansa Rostock mehr Bürde als Lust.

(Vereinzelt Beifall und Bravo-Rufe)

Aber ich gucke mit Optimismus in die Zukunft.

Ich möchte zwei Dinge in den Bundesvorstand einbringen. Das Erste: Das konservative Element, unsere Werteorientierung, unsere politische Grundfeste, die müssen wir sicher den aktuellen Tagesaufgaben anpassen, aber ohne sie zu verschieben.

Das Zweite, liebe Freunde: Ich bin dafür, dass wir die Samthandschuhe ablegen, den Kampfanzug anziehen, die Drahtbürste in die Hand nehmen, gerade nach dem PDS-Parteitag in Münster, dass wir deutlich machen, dass diese Partei in keinem Land und im Bund schon gar nicht auf die Regierungsbank gehört.

Ich bitte um Ihre Unterstützung, damit wir in Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 2002 Rot-Rot hinwegfegen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Rehberg.– Als nächste Katherina Reiche.

Katherina Reiche: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zukunft der CDU Deutschlands ist ein zentrales Thema des Parteitags. Diese möchte ich mitgestalten. Mein Name ist Katherina Reiche. Ich bin 26 Jahre alt, Brandenburgerin aus Potsdam. Ich bin Diplom-Chemikerin von Beruf, Gesellschafterin in einem mittelständischen Unternehmen, Bundestagsabgeordnete und seit neun Monaten sind wir glückliche Eltern unserer kleinen Maria.

(Vereinzelt Beifall)

Ob im Heimatkreisverband in Potsdam-Mittelmark, ob im Landesvorstand der CDU Brandenburg oder aber im Landesvorstand der Jungen Union, ich möchte, dass die Politik in meiner Heimat Brandenburg und im Bund die Handschrift der CDU trägt. Ich war 18 Jahre alt, als wir die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes feierten. Die Chancen, die sich plötzlich damit

boten, die Tore, die plötzlich offen standen, das empfand ich als das größte persönliche Glück, ein Leben in Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Deswegen war der Schritt in die Union der für mich einzig richtige. Es war eine gute Entscheidung.

Viele junge Menschen in den neuen Ländern denken ebenso. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, dass wir bei den jungen Menschen in den neuen Ländern großes Vertrauen genießen. Ich bin stolz, dass es die CDU Brandenburg geschafft hat, so viele junge Wähler an sich zu binden.

Diesen Trend müssen wir festigen und ausbauen. Wir müssen verhindern, dass die jungen Menschen in den neuen Ländern den Rattenfängermethoden der PDS auf den Leim gehen. Wir müssen verhindern, dass sich die PDS in weiteren Bundesländern ausbreiten kann. Die ewig Gestrigen schaden dem Land, die ewig Gestrigen mit ihrer linksideologischen Borniertheit, der Dumpfheit und dem Minderwertigkeitskomplex falscher Ostalgie. Es war unerträglich, nach Nordrhein-Westfalen zu kommen, in das Land, in dem die 50 glücklichsten Jahre der Bundesrepublik Deutschland geschrieben wurden, und Plakate von Linksextremisten zu sehen.

Ich fühle mich verpflichtet, die CDU durch meine Arbeit zu unterstützen. Ich würde mich freuen, hierfür Ihre Unterstützung zu finden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Reiche. – Als nächster Andreas Renner.

Andreas Renner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Andreas Renner. Ich bin 40 Jahre alt. Seit 1993 bin ich direkt gewählter Oberbürgermeister von Singen im Landkreis Konstanz. Ich konnte mich seinerzeit mit 61,5 Prozent im ersten Wahlgang in einer bis dato SPD-geführten Stadt gegen sechs Mitbewerber durchsetzen. Ich bin Mitglied des Bundesvorstandes seit 1992, bin Landesvorsitzender der KPV Baden-Württemberg seit dem letzten Jahr.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich bin stolz darauf, einer mittlerweile bärenstarken Gemeinschaft direkt gewählter CDU-Bürgermeister und -Oberbürgermeister anzugehören. Seit es auch hier in Nordrhein-Westfalen, dem größten Bundesland, die Direktwahl gibt, sind wir endlich so stark geworden, wie es uns zusteht.

Eine starke Kommunalpolitik ist die Basis einer guten und erfolgreichen Bundes- und Landespolitik. Ich kandidiere auch für die Zehntausende von Mandatsträgern in den Kreistagen und in den Gemeinderäten. Wir sollten die Basis stärken.

Ich möchte mich als Kommunalpolitiker in den Bundesvorstand einbringen. Sie könnten mir den nötigen Rückenwind für meine Wiederwahl im nächsten Jahr durch Ihr Votum mitgeben. – Herzlichen Dank für Ihr Verständnis dafür. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön. – Als nächster Hans-Peter Repnik.

Hans-Peter Repnik: Liebe Parteifreunde, mein Name ist Hans-Peter Repnik. Ich bin 52 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Töchter. Ich bin Vorsitzender der CDU Südbaden und vertrete den Wahlkreis Konstanz im Deutschen Bundestag.

In der Fraktion bin ich erster Parlamentarischer Geschäftsführer und habe dort unter anderem die Aufgabe, die Politiken zwischen den verschiedenen Ebenen zu koordinieren. Ich bin Ansprechpartner für die Freunde in der Europäischen Volkspartei in unserer Fraktion im Europäischen Parlament. Ich koordiniere die Politik zwischen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den unionsgeführten Ländern und den Landtagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Angela Merkel hat gestern gesagt, dass wir so schnell wie möglich – das nächste Datum bietet sich uns im Jahre 2002 – Rot-Grün ablösen müssen. Wenn uns dies gelingen sollte, brauchen wir eine klare Programmatik. Aber wir müssen auch mit einer einzigen Stimme reden. Es muss uns gelingen, zwischen unseren Freunden von Brüssel bis Stuttgart, von München – ab dem 14. Mai nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen – über Düsseldorf nach Berlin mit einer Stimme zu sprechen. Wir müssen die Parteikampagne starten. Dazu einen kleinen Beitrag zu leisten, habe ich den Auftrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich würde mich freuen, wenn mir der Bundesparteitag dazu ebenfalls ein Mandat geben würde. Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich um Ihre Stimme. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Repnik. – Als nächste Frau Erika Steinbach.

Erika Steinbach: Liebe Parteifreunde! Ich bin Erika Steinbach, 56 Jahre alt und verheiratet. Vor meinem politischen Leben habe ich zwei Berufe ausgeübt. Ich war Geigerin, habe Hunderte von Sinfoniekonzerten auf der Bühne mitgespielt, unter anderem den Cellisten Rostropowitsch begleitet und Friedrich Gulda. Das war etwas für das Herz. Auf der anderen Seite bin ich Informatikerin und war als Projektleiterin zuständig für die Automatisierung der hessischen Bibliotheken.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe meinen Wahlkreis in Frankfurt am Main zweimal direkt gewonnen. Mein Mitbewerber ist immer wieder Joschka Fischer, der heutige Außenminister, gewesen. Ich kenne ihn noch aus der Zeit, wo Anzug und Weste seine Klassenkampfeindbilder gewesen sind.

13 Jahre lang habe ich Kommunalpolitik gemacht, war Stadtverordnete. Das ist das Ferment von Politik überhaupt. Im vorpolitischen Raume bin ich seit fast zwei Jahren Präsidentin des Bundes der Vertriebenen – ein ehrenamtliches Präsidentenamt –, um damit deutlich zu machen, dass das ein Teil gesamtdeutscher Geschichte ist, für den wir eine besondere Verantwortung tragen.

Ich möchte gerne für Sie alle Politik mitgestalten und würde mich über Ihre Stimme sehr freuen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Steinbach. – Herr Stanislaw Tillich, bitte.

Stanislaw Tillich: Frau Vorsitzende! Stanislaw Tillich ist mein Name. Ich bin seit gestern 41 Jahre alt. Von Beruf bin ich Diplomingenieur, Konstrukteur, habe sechs Jahre in einem Elektronikunternehmen gearbeitet und war dann neun Jahre Europa-Abgeordneter und dort für den Haushalt zuständig. Ich bin seit dem vergangenen Herbst Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten im Freistaat Sachsen.

Wir leben seit 1990 in Freiheit. Wir haben auch im Osten Deutschlands den Wohlstand. Es geht nicht an, dass die Kommunisten immer nur fordern und keiner danke sagt. Es geht nicht, dass Europa besser sein soll, aber uns im Gegenzug immer mehr einschnürt. Es geht nicht, dass mittlerweile die Polen eine Rentenreform haben, aber wir noch keine. Es kann nicht sein, dass die anderen uns die Politik vorschreiben. Wir machen unsere eigene Politik, die christdemokratische Politik. Seit gestern habe ich wieder Lust, noch mehr Lust auf Bundespolitik. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Tillich. – Zwischendurch darf ich einen Gast begrüßen, nämlich Frau Dienstl. Sie ist Vizepräsidentin des Deutschen Sportbundes. – Angesichts der Tatsache, dass wir heute morgen in so sportlicher Weise wählen, darf ich Sie sehr herzlich auf unserem CDU-Parteitag begrüßen.

(Beifall)

Als nächster bitte Herr Dr. Vogel.

Dr. Bernhard Vogel: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Delegierte! Mein Name ist Vogel, Bernhard Vogel.

(Beifall)

Ich habe vor anderthalb Jahren um Ihr Vertrauen gebeten, damit wir gestärkt in die Thüringer Landtagswahl gehen können. Ich bitte heute um Ihr Vertrauen, weil wir gestärkt aus der Thüringer Landtagswahl hervorgegangen sind

(Beifall)

und weil ich mithelfen möchte, dass wir Wahlen gewinnen und dass der Neuanfang in der Union gelingt. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Regina van Dinther, Tagungspräsidium: Danke schön, Bernhard Vogel. Frau Angelika Volquartz, bitte.

Angelika Volquartz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin Angelika Volquartz aus Schleswig-Holstein, 53 Jahre alt, verheiratet, Mutter einer Tochter und Bundestagsabgeordnete für Kiel. Als Schulleiterin einer der größten Realschulen in Schleswig-Holstein habe ich die praktischen Grundlagen für meine spätere Schwerpunktarbeit in der Bildungspolitik erlernt und erworben.

Bis 1998 war ich bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion. Als Bundestagsabgeordnete – zuständig für BAFöG und das Schulwesen – kämpfte ich jetzt für Leistung und soziale Kompetenz unserer jungen Menschen. Nur die Jugend hat in unserer globalisierten Welt eine Chance, der wir die Möglichkeit zu einem modernen, leistungsorientierten Bildungswesen ermöglichen. Die Politik muss das Kapital, das in unseren jungen Menschen schlummert, fördern und fordern und vor allen Dingen frei setzen. Dafür will ich mich im Bundesvorstand einsetzen. Dafür bitte ich Sie alle um Ihr Vertrauen. – Danke.

(Beifall)

Regina van Dinther, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Volquartz. Als nächster bitte Matthias Wissmann.

Matthias Wissmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe Sie gestern lange genug mit den Realitäten der Finanzlage in unserem Sanierungsplan gequält. Ich kann es kurz machen: Ich möchte auch deswegen im Bundesvorstand wieder antreten, weil ich glaube, dass Wirtschaftspolitik, die mein Gebiet ist, auch in der Zukunft einen wichtigen Stellenwert für die CDU Deutschlands haben muss. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Regina van Dinther, Tagungspräsidium: Danke schön, Matthias Wissmann. Karin Wolff, bitte.

Karin Wolff: Liebe Freunde! Mein Name ist Karin Wolff. Ich bin 41 Jahre alt und gelernte Lehrerin. Ich bin zunächst in Darmstadt als Fraktionsvorsitzende kommunalpolitisch aktiv geworden. Ich bin dann 1995 in den hessischen Landtag gegangen und bin dort seit einem Jahr hessische Kultusministerin. Ich versuche, das Elend, das ich vorgefunden habe, zu beseitigen.

(Beifall)

Wir sind dort in der Situation, dass wir noch ordentlich pflügen können – das heißt: viel verändern können –, damit unsere Schülerinnen und Schüler mit den Schülerinnen und Schülern aus anderen Bundesländern mithalten können.

Ich habe ein zweites, ehrenamtliches Standbein. Ich versuche, die Verbindung zur Evangelischen Kirche zu halten. Als Landesvorsitzende des EAK einerseits und als Synodale meiner Landeskirche der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau andererseits. Wir dürfen nicht nur das „C“ im Parteinamen haben, wir müssen auch die Partnerschaft und das Gespräch mit den Kirchen immer wieder suchen. Diese Erfahrung möchte ich gerne in den Bundesvorstand einbringen. – Danke für Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Regina van Dinther, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Wolff. Herr Professor Dr. Otto Wulff, bitte.

Prof. Dr. Otto Wulff: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich heiße Otto Wulff, bin Jahrgang 33 und werde in Kürze 50 Jahre Mitglied der CDU sein.

(Beifall)

Die Senioren Union hat mich als ihren Kandidaten nominiert. Ich bin stolz darauf. Meine Aufgabe besteht darin – diese Aufgabe möchte ich gerne erfüllen – den Zigtausenden älteren Menschen im Lande, unseren Mitgliedern, Freunden und Förderern zu zeigen, dass sie in unserer Gesellschaft und in unserer Partei nicht abseits stehen, sondern dass wir sie brauchen und dass wir sie in unsere gemeinsame Verantwortung einbinden möchten.

Die CDU ist eine christlich-soziale, eine liberale und konservative Partei. Sie vertritt entsprechende Positionen. Aber als Volkspartei ist sie mehr. Sie ist die große Volkspartei der Generationen. Ich möchte durch meine Arbeit im Vorstand zwischen Jung und Alt Brücken bauen, deutlich machen, dass wir Politik mit Blick auf die Zukunft wie auf die Gegenwart gestalten wollen.

Es kommt mir auf einen weiteren Punkt an. Die Älteren in unserer Gesellschaft sind unsere wesentlichen Freunde. Sie unterstützen uns über alle Maßen bei Wahlen. Diese Älteren müssen wir gewinnen. Ich möchte sie vertreten und sie stärker als bisher in die CDU einbinden. Ich sage Ihnen: Die nächsten Wahlen werden wir gewinnen. – Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Regina van Dinther, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Wulff. – Unsere Kandidatinnen und Kandidaten waren sehr diszipliniert, sodass wir in weniger als einer Stunde diese Vorstellungsrunde hinter uns bringen konnten.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zur Wahl. Auf den grünen Stimmzetteln sind in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten aufgeführt. Nach § 43 Abs. 3 unseres Statuts müssen mindestens drei Viertel der zu wählenden Kandidaten und Kandidatinnen – also 20 – angekreuzt werden. Sie dürfen höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten ankreuzen, wie Positionen zu vergeben sind. Das sind 26. Die Stimmzettel sind also nur gültig, wenn sie zwischen 20 und 26 Kreuze enthalten. Stimmzettel, auf denen andere Namen hinzugefügt werden oder Sonstiges notiert wird, sind ungültig.

Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Nach dieser Berechnung müssen sich unter den Gewählten mindestens neun Frauen befinden, damit der Wahlgang gültig ist.

Ich will schon einmal ankündigen: Nach dem Wahlgang wird unser neuer Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Friedrich Merz, reden. Also verlassen Sie nach dem Wahlgang bitte nicht den Saal. Danach kommt einer der Höhepunkte des Vormittags. – Ich eröffne jetzt den Wahlgang.

Während die Stimmzettel noch eingesammelt werden, darf ich Sie auf die Aktion für den weiteren Aufbau der Frauenkirche in Dresden hinweisen. Im Foyer hat Frau Biedenkopf, die Ehefrau des sächsischen Ministerpräsidenten, einen Stand mit Produkten aus Sachsen aufgebaut. Durch den Erwerb dieser Produkte können Sie einen Beitrag zum Aufbau der Frauenkirche in Dresden leisten.

Der Wiederaufbau dieser im Februar 1945 zerstörten Kirche ist zu einem Symbol der Versöhnung und des Brückenschlags zwischen den früheren Feinden geworden. Ihr erfolgreicher Wiederaufbau wird ganz überwiegend durch Spenden aus vielen Ländern der Erde finanziert. Sie können sich daran beteiligen. Das Präsidium empfiehlt, diese von Frau Biedenkopf angebotenen Produkte zu kaufen. Vielen Dank.

Müssen noch Stimmzettel abgegeben werden? – Ich sehe hier vorne noch grüne Stimmkarten. Diese müssen noch eingesammelt werden. Halten Sie bitte Ihre grünen Stimmzettel hoch, damit die Einsammler sehen, wo sie noch hingehen müssen. – Wer hat seine Stimmzettel noch nicht abgegeben? Bitte halten Sie noch einmal Ihre grünen Stimmzettel hoch. – Hat jetzt jeder seinen Stimmzettel abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

Die Berliner Delegierten müssen noch ihre Stimmzettel abgeben. – Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann werde ich jetzt den Wahlgang schliessen. Ich bitte die Stimmzähler, sich zurückzuziehen und die Stimmzettel auszuzählen.

Wir haben ein Geburtstagskind in unseren Reihen, und zwar die Bürgermeisterin aus Nidda in Hessen, Frau Lucia Puttrich. Sie hat heute Geburtstag. Der Parteitag gratuliert recht herzlich.

(Beifall)

Ich gebe jetzt das Wort unserem neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, Abgeordneter aus dem schönen Nordrhein-Westfalen, genauer: aus dem schönen Sauerland.

Friedrich Merz (mit Beifall begrüßt): Frau Tagungspräsidentin! Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Liebe Freunde! Wir haben gestern Angela Merkel mit einem großartigen Wahlergebnis zur neuen Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt. Lassen Sie mich zunächst im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihr zu diesem großartigen Wahlergebnis herzliche Glückwünsche aussprechen.

(Beifall)

Ich tue das auch ganz ausdrücklich im Namen unseres ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Michael Glos, und aller Kolleginnen und Kollegen der CSU. Wir können stolz darauf sein, Angela Merkel als die erste Vorsitzende einer der großen Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland in unseren Reihen zu haben.

(Beifall)

Wie Angela Merkel ist auch Ruprecht Polenz Mitglied unserer Bundestagsfraktion. Auch ihm gilt unser herzlicher Glückwunsch. Wir werden in der Bundestagsfraktion gut zusammenarbeiten.

(Beifall)

Liebe Freunde, wie die Partei vollzieht auch die Bundestagsfraktion in diesen Wochen einen Generationenwechsel. Vielleicht wird uns allen – ich jedenfalls gebe es gerne zu – erst auf

diesem Bundesparteitag so richtig klar, was in den letzten Wochen und Monaten geschehen ist. Für uns hat sich viel verändert. Aber auch für die Bundesregierung mit Gerhard Schröder wird sich viel verändern. Vielleicht hat sich sogar schon etwas verändert: Sie alle sind nämlich über Nacht mindestens zehn Jahre älter geworden.

(Beifall)

Ich möchte mich zu Beginn meines Berichtes bei all denen bedanken, die mir zur Wahl zum Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gratuliert haben. Ich nehme diese Glückwünsche stellvertretend entgegen für alle Mitglieder des Fraktionsvorstandes, die neu oder wieder gewählt worden sind. Wir nehmen die Glückwünsche als Ansporn und Ermunterung, um in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode, in den nächsten zweieinhalb Jahren, die Auseinandersetzung mit der rot-grünen Bundesregierung wieder mit Energie und mit der Kraft der besseren Argumente neu aufzunehmen und fortzuführen. Die Schonzeit ist vorbei! Jetzt wird zur Sache geredet, Herr Schröder!

(Beifall)

Lassen Sie mich auch ein herzliches Wort des Dankes an unseren langjährigen Vorsitzenden Wolfgang Schäuble richten. Lieber Herr Schäuble, Sie selbst haben gestern an das erinnert, was Sie auf dem Bundesparteitag im Herbst 1998 in Bonn gesagt haben, als Sie zum Parteivorsitzenden gewählt worden sind. Sie haben gesagt: „Wir wollen alle Wahlen im nächsten Jahr gewinnen.“

Na ja, seien wir ehrlich, manch einer von uns hat sicherlich gedacht oder vielleicht auch leise gesagt: Das muss er jetzt so sagen. Er möchte mit Optimismus das neue Amt des Parteivorsitzenden angehen. Aber dann, liebe Freunde, haben wir alle sieben Landtagswahlen des Jahres 1999 gewonnen: in Hessen mit Roland Koch, in Bremen mit Hartmut Perschau, in Brandenburg mit Jörg Schönbohm, im Saarland mit Peter Müller, in Thüringen mit Bernhard Vogel, in Sachsen mit Kurt Biedenkopf und in Berlin mit Eberhard Diepgen. Wir haben alle gewonnen!

(Beifall)

Im Juni des letzten Jahres konnten wir die Europawahl so gut für uns entscheiden, dass CDU und CSU die mit Abstand größte Gruppe aller Parteien im gesamten Europäischen Parlament stellen können.

Jürgen Rüttgers und die CDU an Rhein und Ruhr sind unverändert stolz auf die 50,3 Prozent, die wir bei den Kommunalwahlen am 12. September des letzten Jahres erzielt haben. Wir stellen seitdem, lieber Herr Stoiber, mehr Landräte und Oberbürgermeister an Rhein und Ruhr als die CSU in Bayern.

(Beifall)

Dies ist ja nicht ganz neu für Sie. Sie waren am letzten Donnerstag Abend in meinem Bundestagswahlkreis, und Sie haben dort besonders viel Beifall bekommen, als Sie bei mir zu Hause, im Hochsauerlandkreis, in den voll besetzten Saal hinein gesagt haben: Das ist ja hier wie in Bayern.

Lieber Herr Stoiber, wenn ich nach der gewonnenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom oberen Ruhrtal zu Ihnen an die Isar in Ihren Wahlkreis komme, dann bin ich sicher, dass ich denselben Beifall bekomme, wenn ich dort sage: Das ist ja hier genauso schön wie in Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, die Erfolge des letzten Jahres wären alle nicht möglich gewesen, wenn uns Wolfgang Schäuble nicht schnell aus dem Schock der Niederlage bei der Bundestagswahl im Herbst 1998 herausgeführt hätte, wenn er uns nicht Mut gemacht hätte und Siegeszuversicht vermittelt hätte, dass wir es gemeinsam mit unseren Freunden in den Ländern schaffen können, und dass wir die bessere Alternative sind.

Dann ging diese Erfolgsserie des Jahres 1999 plötzlich, innerhalb weniger Wochen, zu Ende. Seit November des letzten Jahres haben wir die tiefste Krise unserer Geschichte zu bestehen. Aber wir können und wir werden sie bestehen, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass wir auch nach der verlorenen Bundestagswahl wieder gewinnen konnten und dass wir eine Parteibasis haben, auf die wir uns verlassen können und auf die wir stolz sein können.

(Beifall)

Dies gibt uns Selbstvertrauen, und dies bleibt nicht zuletzt das besondere Verdienst von Wolfgang Schäuble.

Deswegen lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal sagen, was ich auch in der Bundestagsfraktion gesagt habe, als wir heute vor genau sechs Wochen den Stabwechsel vollzogen haben. Sie, lieber Herr Schäuble, haben mehr als acht Jahre die Bundestagsfraktion geführt. Ich möchte Ihnen heute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sagen: Wir brauchen Sie auch zukünftig in der Bundestagsfraktion, und wir können und wir wollen auf Sie nicht verzichten.

(Anhaltender Beifall)

Meine lieben Freunde, Opposition im Deutschen Bundestag zu sein ist nur die zweitschönste Aufgabe. Aber es ist eine notwendige Aufgabe in der Demokratie. Wir sind mit 245 Abgeordneten seit dem 27. September 1998 die größte Oppositionsfraktion im deutschen Parlament. Wir sind als Opposition gleichberechtigter und konstitutiver Teil der parlamentarischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ohne uns wäre die Demokratie in Deutschland keine Demokratie.

Deshalb haben wir nicht nur einen parteipolitischen Auftrag. Wir haben auch einen verfassungspolitischen Auftrag zu erfüllen, nämlich die Regierung zu kontrollieren, sie zu kritisieren und Alternativen zur rot-grünen Regierungspolitik zu entwickeln. Dieser Auftrag wird uns helfen, das Vertrauen bei den 17,3 Millionen Bürgerinnen und Bürgern zu erhalten, die uns bei der letzten Bundestagswahl gewählt haben, und es bei denen zurückzugewinnen, bei denen wir es bei den letzten Bundestagswahlen verloren haben.

Nach der personellen Erneuerung an der Spitze der Fraktion und der Partei steht nun wieder die Sachauseinandersetzung mit der Bundesregierung auf der Tagesordnung.

Die Herausforderungen, vor denen Deutschland und Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen, liegen ziemlich klar auf der Hand: Mit 4,2 Millionen Arbeitslosen ist das größte gesellschaftspolitische Problem – nicht arbeitsmarktpolitische Problem – unseres Landes trotz aller rot-grünen Versprechungen unverändert nicht gelöst.

Die Europäische Union macht sich auf den Weg zu ihrer größten Erweiterung, deren Dimension für uns alle erst langsam wirklich klar wird.

Der Frieden in der Welt, auf dem europäischen Kontinent, ist immer wieder gefährdet. Mit Deutschland verbinden sich deshalb viele Hoffnungen, dass wir helfen, den Frieden zu bewahren und ihn dort, wo er verloren gegangen ist, wieder herzustellen.

Schließlich, liebe Freunde, verlangen nicht nur die jungen Menschen in unserem Land gerade von uns, von der Union, Lösungen für unverändert bestehende umweltpolitische Aufgaben. Der Nord-Süd-Konflikt spitzt sich zu, Hunger, Umweltzerstörung und Migration fordern Lösungen. Fehlanzeige auch hier bei Rot-Grün!

(Beifall)

Das ist nicht nur das Urteil der Opposition im Deutschen Bundestag: Die rot-grüne Bundesregierung hat zu allen diesen Fragen bisher keine oder grundlegend falsche Antworten gegeben. Lassen Sie mich einige Beispiele aufzählen:

Die Arbeitsmarktlage in Deutschland zeigt bisher keinerlei Anzeichen einer durchgreifenden Besserung. Von einem „Jobwunder“ etwa sind wir in Deutschland weiter entfernt denn je zuvor. Im Gegenteil, die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ist zum Ende der letzten Legislaturperiode mit dem Regierungswechsel zu Rot-Grün jäh beendet worden. Zur Erinnerung: Noch im letzten Jahr der alten Regierung hat es in der Bundesrepublik Deutschland einen Beschäftigungszuwachs von fast 300 000 gegeben.

Allein die demographische Veränderung wird dafür sorgen, dass etwa 200 000 Erwerbstätige weniger im Jahr Arbeit suchen. Saisonale Einflüsse und eine bessere konjunkturelle Lage, die vom Ausland getragen wird, verschönern die Statistik.

Der Aufbau Ost ist geprägt von nach wie vor überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit – am höchsten dort, wo SPD und PDS gemeinsam regieren. So sieht das aus, wenn der Kanzler etwas zur Chefsache erklärt!

(Beifall)

Nun flüchtet sich die Bundesregierung in europäische Beschäftigungspolitik. Wir erinnern uns doch noch gut: Als wir gesagt haben, woran es liegt, dass die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen doppelt so hoch ist wie in Baden-Württemberg, woran es liegt, dass die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen doppelt so hoch ist wie in Bayern, hat man uns den Vorhalt gemacht, das müsse man alles in bundespolitischer Zuständigkeit regeln, dafür brauche man die Bundesregierung.

Jetzt haben wir seit eineinhalb Jahren eine neue Bundesregierung. Jetzt heißt es, die Bundesrepublik Deutschland allein könne dieses Problem nicht lösen, es müsse auf europäischer Ebene gelöst werden.

Aber ich frage einmal: Was sollen die Länder wie die Niederlande, unsere unmittelbaren Nachbarn hier im Westen, Dänemark, Luxemburg, Österreich, Portugal, Irland und selbst Großbritannien ein Interesse daran haben, mit der Bundesrepublik Deutschland eine gemeinsame Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu machen? In diesen Ländern liegt die Arbeitslosigkeit mittlerweile bei 3 bis 4 Prozent. In diesen Ländern ist volkswirtschaftlich praktisch Vollbeschäftigung erreicht.

Nein, die Beschäftigungsprobleme in Deutschland lassen sich nicht auf europäischer Ebene lösen. Vielmehr lassen sie sich nur in nationaler Kraftanstrengung lösen, wenn wir uns dem Wettbewerb in Europa und in der Welt stellen.

(Beifall)

In Wahrheit ist das Beschäftigungsproblem in der Europäischen Union im wesentlichen ein Beschäftigungsproblem der vier großen Mitgliedstaaten Spanien, Italien, Frankreich und eben Deutschland.

Deutschland stellt seit dem 1. Januar 1999 mit seinen 82 Millionen Einwohnern und mit seiner Wirtschaftskraft rund ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes aller elf Euro-Teilnehmerstaaten. Deswegen ist die Beschreibung richtig, dass die anhaltende Schwäche des Euro im Verhältnis zu den anderen großen Währungen dieser Welt, insbesondere gegenüber dem Dollarraum, auch und gerade ein Ausdruck der wirtschaftspolitischen Schwäche der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall)

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Ich persönlich habe immer zu denen gezählt, die von Anfang an das Projekt des Euro für einen richtigen, einen notwendigen Schritt der politischen und der ökonomischen Integration der Europäischen Union gehalten haben. Nach innen hin ist der Euro dank der Politik der Europäischen Zentralbank jedenfalls im Wesentlichen stabil. Sie haben es bis jetzt geschafft, für den Euro nach innen seit mehr als einem Jahr Währungsstabilität zu garantieren.

Aber für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem amerikanischen Dollar und anderen großen Währungen ist die Europäische Zentralbank nicht zuständig.

Für den Wechselkurs ist die Wirtschaftspolitik zuständig. Wenn es richtig ist, dass der Wechselkurs einer Währung so etwas ist wie der Aktienkurs einer Volkswirtschaft, dann ist der Tiefstand des Euro seit dem Amtsantritt der Regierung Schröder der täglich neue Beweis seiner wirtschaftspolitischen Inkompetenz.

(Beifall)

Nun verkündet der Bundeskanzler in der letzten Woche im Rahmen einer Regierungserklärung stolz, es sei im Vorjahresvergleich gelungen, in Deutschland 20 000 neue Beschäftigte zu gewinnen. Nur 20 000! Sie sind ganz schön bescheiden geworden! Bei 4,2 Millionen Arbeitslosen in Deutschland bedeutet das: es würde 210 Jahre dauern, bis in Deutschland wieder Vollbeschäftigung erreicht ist. Meine Damen und Herren, die Regierung muss nach zwei Jahren wieder weg, weil sie es nicht schafft, in Deutschland mehr Beschäftigung zu organisieren.

(Beifall)

Wir alle kennen den Einwand, der uns gerade an dieser Stelle von SPD und Grünen entgegengehalten wird. Immer wieder und bis heute sagen sie: Ihr habt doch 16 Jahre lang Zeit gehabt, das Beschäftigungsproblem in Deutschland zu lösen. Damit auch hier die Erinnerung nicht gefälscht wird: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1982 bis 1990, also in der ersten Hälfte der Amtszeit der Regierung von CDU, CSU und FDP, den größten Zuwachs an Beschäftigung gehabt, den es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, und zwar innerhalb von zehn Jahren fast 3 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. So etwas ist in Deutschland bisher nie wieder der Fall gewesen. Einen solchen Beweis von wirtschaftspolitischer Kompetenz ist uns die rot-grüne Bundesregierung bis heute schuldig geblieben.

(Beifall)

Es tritt das glatte Gegenteil einer Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen in Deutschland ein. Die Unternehmen in Deutschland, insbesondere der Mittelstand, werden seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung steuerlich höher belastet denn je zuvor. Mit der Ökosteuer treibt die Bundesregierung unter dem Deckmäntelchen einer so genannten „ökologisch-sozialen Steuerreform“ die Verbraucherpreise und die Kosten der Unternehmen in die Höhe, ohne dass damit die Probleme der Rentenversicherung in Deutschland auch nur im Ansatz gelöst sind.

Folgerichtig und unvermeidlich ist in Deutschland die Staatsquote im ersten Jahr der rot-grünen Politik wieder auf 49 Prozent angestiegen – und sie steigt weiter. Aber ein Land, das rund die Hälfte seines Bruttoinlandprodukts durch den Staat verbraucht – und das mit steigender Tendenz –, solch ein Land ist keine Soziale Marktwirtschaft mehr. Wenn es auf dem Weg in die Staatswirtschaft so weitergeht, wird es tatsächlich eine Staatswirtschaft mit einem abnehmenden privaten Sektor.

(Beifall)

Deswegen müssen wir sie beim Wort nehmen, wenn es darum geht, die Abgaben- und Steuerbelastung in Deutschland zu senken.

Verkorkste Gesetze wie die Neuregelung der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse und das zur so genannten Scheinselbstständigkeit vernichten in Deutschland in großem Umfang Arbeitsplätze. Gleichzeitig wächst die Schattenwirtschaft mehr als doppelt so schnell wie die offiziell erfasste Wirtschaftsleistung.

Meine Damen und Herren, Schattenwirtschaft, geringfügige Beschäftigung und die so genannte bzw. tatsächliche Scheinselbstständigkeit haben eine Ursache gemeinsam, die unverändert, ja stärker denn je fortbesteht: Die Menschen in Deutschland – Arbeitnehmer wie Unternehmer – weichen dem regulären Arbeitsmarkt aus, weil sie seine Bedingungen nicht mehr bereit sind zu akzeptieren, weil sie Leistung und Gegenleistung von Arbeit und Bezahlung, von Steuern und staatlichen Leistungen, von Sozialversicherungsbeiträgen und Absicherung für Krankheit und Alter nicht mehr als angemessen ansehen. Wer das Gleichgewicht daher wieder herstellen will, wer das ohne Zweifel vorhandene große Volumen an Arbeit in Deutschland wieder in Beschäftigung umwandeln will, der muss dafür die Bedingungen in Deutschland nachhaltig verbessern.

(Beifall)

Wir werden uns deshalb heute noch – so hoffe ich jedenfalls – gründlich mit wichtigen Fragen der Bildungspolitik befassen. Ein Land, das über keine dauerhaft ertragreichen Rohstoffe verfügt, kann den weltweiten Wettbewerb um zukünftige Arbeitsplätze nur bestehen, wenn sein Bildungsangebot optimale Chancen bietet, Chancen nach individueller Begabung und individuellen Fähigkeiten.

Die Defizite, die die Bildungspolitik zu verantworten hat, sind allerdings nicht durch Zuwanderung von außen auszugleichen. Deshalb hat Jürgen Rüttgers Recht, wenn er verlangt, dass gerade hier in Nordrhein-Westfalen die Bildungsanstrengungen verstärkt werden. Liebe Freunde, Jürgen Rüttgers hat Anspruch darauf, vor der Kritik von Clement und Schröder, die in den letzten Tagen ständig wiederholt worden ist, in Schutz genommen zu werden.

(Beifall)

Es sind die unionsgeführten Landesregierungen und die unionsgeführte Bundesregierung gewesen, die die Zeichen der Zeit in der Bildungspolitik erkannt haben. Es sind unverändert SPD-geführte Bundesländer, die unseren Kindern Ausbildungs- und Bildungschancen vorenthalten.

(Beifall)

Völlig richtig schreibt deshalb die Tageszeitung „Die Welt“ vor gut zwei Wochen dazu:

Es war die linke eliten- und leistungsfeindliche Bildungspolitik, die über Jahrzehnte hinweg das Qualifikationsniveau so gesenkt hat, dass nun immer mehr Deutsche zum Straßenfegen nicht willig und zum Computer-Programmieren nicht fähig sind. Es war die linke Technologiefindlichkeit, die den Computer als Vorbote der Vereinsamung und die Biotechnologie als Teufelszeug gebrandmarkt hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist gerade einmal vier Jahre her, dass die Grünen noch eine sogenannte Sozialverträglichkeitsprüfung für Computer einführen wollten. Wer solche Partner in der Koalition hat, der braucht uns heute keine Belehrung darüber zu erteilen, wie man in das 21. Jahrhundert eintritt.

(Beifall)

Deshalb unterstützt die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Rüttgers hier in Nordrhein-Westfalen in seinem Versprechen, nach der Landtagswahl in einer von ihm geführten Landesregierung endlich die Bildungspolitik zu machen, die den Rückstand gegenüber Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen, Hessen und allen anderen von uns regierten Bundesländern aufholt.

(Beifall)

Übrigens, im Zusammenhang mit der so genannten Green Card, die ja keine Green Card ist, sondern ein Einwanderungsschein, ist zu fragen: Warum legt die Bundesregierung ihren Vorschlag eigentlich nicht dem Deutschen Bundestag in Form eines Gesetzesentwurfs vor? Warum soll dies auf dem Verordnungswege geregelt werden? Warum eigentlich soll die An-

werbestoppverordnung aus dem Jahre 1973 geändert werden, die erlassen worden ist, als in Deutschland 278 000 Menschen arbeitslos waren? Was hat sich eigentlich an der bisherigen Situation geändert, dass man jetzt angesichts dessen, dass wir in Deutschland 4,2 Millionen Arbeitslose haben, diese Anwerbestoppverordnung lockert?

(Beifall)

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren Vorschlag dem Deutschen Bundestag in Form eines Gesetzentwurfes vorzulegen und zur Diskussion zu stellen. Dann wird sich herausstellen, dass die Vorbehalte gegen diesen spontanen Vorschlag des Bundeskanzlers in den eigenen Reihen mindestens genauso groß sind wie bei uns, liebe Freunde.

(Beifall)

In Berlin steht in diesem Jahr eine Entscheidung an, die ohne uns nicht getroffen werden kann, nämlich die lange diskutierte und mindestens ebenso lange notwendige Steuerreform. Es ist an der Zeit – wir sprechen ja schon seit langem darüber –, dass in Deutschland endlich eine Steuerreform verwirklicht wird, mit der die hohe Steuerlast auf Investitionen und Arbeitsplätze verringert wird. Aber wenn die Sozialdemokraten bereits im Jahre 1996 bereit gewesen wären, das zu akzeptieren, was sie heute wie selbstverständlich zur Grundlage ihrer Vorschläge machen, wenn sie bereit gewesen wären, zu akzeptieren, dass wir in Deutschland bei den Investitionen und den Arbeitsplätzen eine Nettoentlastung brauchen, dann hätten wir diese Steuerreform im Jahre 1997 längst haben können.

Das Werk allerdings, das sie jetzt vorgelegt haben, konzentriert sich so ungeniert auf die großen Kapitalgesellschaften, wie man die Welt wohl nur aus den Augen des Aufsichtsrates von VW beurteilen kann.

(Beifall)

Damit gar kein Missverständnis aufkommt: Niemand von uns hat etwas gegen große, international tätige Konzerne und Kapitalgesellschaften, Deutschland braucht sie. Die Industriegeschichte dieser Welt wäre nicht so, wie sie ist, geschrieben worden, wenn es nicht große, international tätige deutsche Unternehmen gegeben hätte und unverändert gibt. Das Rückgrat unserer Volkswirtschaft aber bilden nicht die großen Unternehmen, sondern, liebe Freunde, die kleinen und mittleren Unternehmen, die Unternehmen, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch dann bereithalten, wenn die Lage des Betriebes einmal nicht so gut ist, deren Inhaber aber mehr das Wohl des Betriebes und der Mitarbeiter im Auge haben als nur den Börsenkurs.

(Beifall)

Der langjährige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und heutige Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung hat Recht, wenn er zur Steuerreform in der jetzigen Fassung schreibt: Die Steuerreform ist ordnungspolitisch ein Irrweg und steuersystematisch ein Bastard. Deshalb sage ich hier für alle meine Kolleginnen und Kollegen: Die rot-grüne Steuerreform ist so, wie sie bis jetzt vorliegt, nicht zustimmungsfähig. Sie muss erheblich nachgebessert werden, wenn sie die Zustimmung der Union in Bundestag und Bundesrat finden soll.

(Beifall)

Wir lassen uns auf diesem Kurs auch nicht von großen Industrie- und Wirtschaftsverbänden beirren. Ich habe Verständnis für die im Wesentlichen betriebswirtschaftliche Betrachtung vieler Unternehmensführer und vieler Unternehmensverbandsrepräsentanten, denen natürlich der Spatz in der Hand lieber ist als die Taube auf dem Dach. Aber wir Politiker, auch in der Opposition, haben eine andere, eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Wir wollen nicht über die Steuerpolitik die Diskriminierung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland auf Dauer festschreiben.

(Beifall)

Aber täuschen wir uns nicht: Selbst mit einer noch so gut gelungenen Steuerreform sind die Probleme unseres Landes, insbesondere die Beschäftigungsprobleme, nicht gelöst. Der höhere Teil der Abgabenlast, der die Entstehung neuer Beschäftigung verhindert, verbindet sich mit den steigenden Sozialabgaben. Gleichzeitig überaltert die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in so hohem Maße, dass der Generationenvertrag zwischen Alt und Jung, zwischen Jung und Alt bedroht ist, wenn nicht ein neuer Ausgleich gefunden wird. Die Bundesregierung aber täuscht Rentner und Beitragszahler gleichermaßen, seitdem sie unsere Rentenreform rückgängig gemacht hat, ohne zu sagen, was an die Stelle dieser Reform treten soll.

(Beifall)

Liebe Freunde, gleichwohl sind wir auch bei der Reform der Rentenversicherung, die der Zustimmung des Bundesrates nicht bedarf, bereit, unsere Verantwortung wahrzunehmen und hier mitzuwirken. Aber wir verlangen, dass die Bundesregierung ihrerseits sagt, was sie langfristig will. An erneuten Manipulationen der Rentenformel werden wir uns nicht beteiligen. Und die Glaubwürdigkeit dieser Bundesregierung ist bei den Rentnerinnen und Rentnern dieses Landes wohl endgültig zerstört, seitdem erst die vom Kanzler persönlich versprochene Beibehaltung der Nettolohnanpassung ausgesetzt wurde und die versprochene Anpassung in Höhe der Inflationsrate ebenfalls nicht eingehalten wurde. Diese Bundesregierung hat bei den Rentnerinnen und Rentnern unseres Landes jede Glaubwürdigkeit verspielt.

(Beifall)

Auf dieser Basis wird es in der Rentenpolitik ganz sicher nicht zu einer Einigung mit uns kommen.

Gerade im Zusammenhang von Sozial- und Steuerpolitik müssen auch wir wieder lernen, ganzheitlich und in Ordnungen zu denken und politisch zu handeln. Ich werde es mir auch in Zukunft nicht nehmen lassen, Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie man im Zusammenwirken von Steuer- und Sozialpolitik eine langfristige Sicherung der Alterseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland garantieren kann. Gerade die Jüngeren in unserem Land erwarten von der neuen Führung in Partei und Fraktion Antworten. Und diese werden wir ihnen geben, liebe Freunde.

(Beifall)

Solche Ordnungen müssen auf Werten aufbauen, sonst taugen sie nichts. Wir wollen Freiheit, Verantwortung und Solidarität. Und es ist als Erstes die Familie, die diese Werte vermitteln

kann. Wir stehen unverändert für den Vorrang der Familie. Die materielle Sicherung der Familie ist wichtig. Aber Familie geht nicht in Geld auf, wie die Schröder-Regierung meint. Wir wollen ein familienfreundliches Klima in Deutschland. Wir wollen weiter an einer Gesellschaft arbeiten, die den Familien in Deutschland mehr Mut und mehr Kraft gibt und die ihnen das Gefühl vermittelt, nicht die Dummen in unserer Gesellschaft zu sein.

(Beifall)

Stillstand gibt es auch in der Umweltpolitik, seitdem die rot-grüne Bundesregierung die Verantwortung übernommen hat. Die Bundesregierung bleibt bis heute die Antwort auf die Frage schuldig, was denn nach dem Ausstieg aus der Kernenergie an deren Stelle treten soll und wie sie das zwangsläufig entstehende Klimaschutzproblem lösen will. Es war schon aufschlussreich: Noch nie ist das Urteil des Sachverständigenrates für Umweltfragen in einem Jahresgutachten so vernichtend ausgefallen wie im Umweltgutachten 2000 über die bisherige Umweltpolitik dieser Bundesregierung. Durch die einseitige Ausrichtung auf den Ausstieg aus der Kernenergie, so heißt es dort, werde Deutschland bei der CO₂-Reduktion die Ziele des Kyoto-Protokolls nicht einhalten, bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien gehöre Deutschland zu den Nachzüglern in dieser Welt. Grundwasser, Artenschutz, Abfallwirtschaft, Altlasten – überall konstatiert das Umweltgutachten gravierende Mängel.

Auch die großen Umweltverbände stellen dieser Regierung ein verheerendes Zeugnis aus, einer Bundesregierung, die großspurig durch Umweltminister und Bundeskanzler angekündigt hat, jetzt werde mit der Umweltpolitik in Deutschland erst richtig begonnen. Das Gegenteil ist richtig: Diesen Kanzler, dem so ziemlich alles Wurst ist, interessiert das nicht. Was bedeuten schon Nachhaltigkeit, Schonung der Ressourcen und Generationenbilanz auch und gerade in der Umweltpolitik, wenn er sich nach acht Jahren Kanzler sowieso, wie er sagt, mit Doris ein schönes Leben machen will? Nein, meine Damen und Herren, wir müssen ihm früher Gelegenheit dazu geben, auch unserer Umwelt zuliebe.

(Beifall)

Wir werden uns in diesem Frühsommer besonders intensiv der Verteidigungspolitik und mit gut vorbereiteten parlamentarischen Initiativen auch wieder den Fragen der Außenpolitik zuwenden. Außen- und verteidigungspolitische Kompetenz waren und bleiben Markenkern der Union. Die Auseinandersetzung darüber mit der rot-grünen Bundesregierung ist überfällig.

Die Bundeswehr steht vor großen Herausforderungen und noch größeren finanziellen Problemen. Auf die Aufgaben des 21. Jahrhunderts ist sie nicht ausreichend vorbereitet. Und es ist jenseits des fehlenden militärischen Geräts ein beispielloser Skandal – der letzte Bericht, den Claire Marienfeld als von uns gestellte Wehrbeauftragte in der letzten Woche im Deutschen Bundestag abgegeben hat, ist ein beredtes Zeugnis -, dass es unseren Soldaten mittlerweile sogar Handwaschpaste und Radiergummis fehlen. Wir werden uns unverändert dafür einsetzen, dass die Wehrpflicht in der Bundeswehr bestehen bleibt und unsere Soldaten die zu ihrem Auftrag angemessene Ausstattung erhalten, liebe Freunde.

Wir werden uns in diesem Zusammenhang auch der Politik des Herrn Bundesaußenministers besonders liebevoll zuwenden. Meine Damen und Herren, dieser Mann, der von sich selbst so

tief beeindruckt ist, der die Rückkehr von Auslandsreisen mittlerweile inszeniert, als ob er sich selbst als Staatsgast in Deutschland empfängt,

(Heiterkeit und Beifall)

dieser Herr, dieser Bundesaußenminister wird sich mit allen seinen Widersprüchen in Zukunft wieder häufiger der parlamentarischen Verantwortung stellen müssen. Es gibt ja in Deutschland überhaupt kein Regierungsmitglied, das dermaßen abgehoben und selbstgerecht seine Politik für unantastbar erklärt wie der Herr Bundesaußenminister, der einen seiner alten Rollkragenpullis aus dem Schrank holen muß, damit man ihn auf den Parteitagen der Grünen überhaupt noch wiedererkennt.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, auch für Herrn Fischer ist die Schonzeit jetzt vorbei!

Wie überzeugend ist eigentlich eine Außenpolitik, die auf der einen Seite bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Ansprüche an Humanität und Verwirklichung der Menschenrechte vor sich her trägt, wenn man auf der anderen Seite, wenn dann ein Staatsbesuch in Russland oder in China oder im Iran ansteht, äußerstenfalls mahnend den Zeigefinger erhebt und auch gleich zu verstehen gibt, so ernst sei das alles gar nicht gemeint?

Wie überzeugend ist eigentlich eine Außenpolitik, der es gar nicht schnell genug gehen kann, die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union zu betreiben, die aber bei der Frage von Rüstungslieferungen an die Türkei – an das befreundete NATO-Land Türkei! – einen Kotau vor den Linksideologen in der eigenen Partei vollführt und damit dem Vertrauen auch und gerade in unsere Verlässlichkeit als Partner in der NATO schweren Schaden zufügt?

(Beifall)

Wie überzeugend ist eigentlich eine Außenpolitik, die sich auf ihre Herkunft aus den sogenannten Dritte-Welt-Bewegungen viel zugute hält, deren Entwicklungspolitik aber, wenn es konkret wird, von Konzeptionslosigkeit, Hilflosigkeit und ständig abnehmenden Haushaltsmitteln geprägt ist? Wie glaubwürdig ist diese Politik eigentlich? Nein, liebe Freunde, so eine Politik überzeugt niemanden, und sie schadet dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt.

(Beifall)

Wir werden nicht zuletzt in der Europapolitik die Regierung zwingen, Farbe zu bekennen und im Bundestag Rechenschaft darüber abzulegen, wie es in der Europäischen Union denn weitergehen soll.

Am letzten Donnerstag habe ich in der Aussprache zur Regierungserklärung ganz bewusst darauf hingewiesen – und will es hier noch einmal tun –, welch beispielloser Skandal in der unverändert fortbestehenden Haltung der Europäischen Union gegenüber der Republik Österreich liegt, welch beispielloser Skandal diese Behandlung Österreichs ist.

(Beifall)

Ich wiederhole es hier: Stellen wir uns doch einmal vor, was in Deutschland los gewesen wäre, wenn die alte Regierung wegen der Beteiligung der Kommunisten an der Staatsregierung in Frankreich den Staatspräsidenten nicht mehr eingeladen, gleichzeitig aber General Pinochet aus Chile zum Besuch der Hannover-Messe nach Deutschland eingeladen hätte. Stellen Sie sich einmal vor, was hier in Deutschland los gewesen wäre!

(Beifall)

Nein, wir müssen erkennen, dass die Behandlung Österreichs ausschließlich innenpolitische Gründe hat, und zwar im wesentlichen in zwei großen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in Deutschland und in Frankreich. Es geht gar nicht um Fragen der politischen Hygiene. Es geht nicht um die Abgrenzung nach links oder rechts. Es geht ausschließlich um den Versuch, die innenpolitischen Gegner in Frankreich und in Deutschland in die rechte Ecke zu drängen. Dies, liebe Freunde, werden wir nicht zulassen. Wir lassen uns nicht aus der Mitte verdrängen!

(Beifall)

Wir lassen uns nicht an den rechten Rand drängen.

Liebe Freunde, ich zitiere, was gestern in einer großen Tageszeitung stand. Dort steht: Die portugiesischen Sozialisten warnen davor, den Staatspräsidenten Russlands weiter zu isolieren. Gleichzeitig fordert der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland dazu auf, Österreich weiter zu isolieren. Der Kommentar dazu: Jetzt reicht es allmählich. Europas Sozialisten haben wohl nicht alle Tassen im Schrank.

(Beifall)

Ich füge aus meiner Sicht hinzu: Wer immer nur auf die innenpolitische Wirkung, und zwar auf die Medienwirkung bedacht ist, der wird nie ein außenpolitisches Schwergewicht werden.

(Beifall)

Wir treten den Wettbewerb um die schönsten Fernsehbilder, um die feinsten Anzüge, um die dicksten Zigarren mit Gerhard Schröder gar nicht erst an – Angela Merkel ganz gewiss nicht, liebe Freunde.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir überzeugen in der Sache. Deswegen fordern wir die Bundesregierung auf, sich auch und gerade in der Europapolitik für eine Fortsetzung des Kurses der letzten 40 Jahre, der letzten 50 Jahre einzusetzen. Die Europäische Union steht vor der größten Erweiterung ihrer Geschichte. Sie muss dazu selbst erweiterungsfähig werden. Allein mit einer Reihe von institutionellen Reformen in der Europäischen Union ist das nicht erreichbar. Die Europäische Union muß jetzt, in der laufenden Regierungskonferenz, den Einstieg in eine Kompetenzverteilung zwischen europäischer Ebene und Mitgliedstaaten finden. Gerade aus unserer deutschen Sicht ist dies unverzichtbar, denn die Länder in Deutschland, die mit ihrer eigenen Staatlichkeit Ausdruck unseres föderalistischen Staatsaufbaus sind, bestehen richtigerweise darauf, dass auch in Europa das Prinzip der Subsidiarität gilt, dass politische Entscheidungen

immer dann, wenn es möglich ist, auf der untersten politischen Ebene getroffen werden, auf der Ebene, die den Menschen am nächsten ist.

(Vereinzelt Beifall)

Umso leichter werden wir dann vermitteln können, dass die großen politischen Entscheidungen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, in der Formulierung eines gemeinsamen Rechtsrahmens für Asyl- und Ausländerpolitik, in Fragen der gemeinsamen inneren Sicherheit, in Grundsatzfragen der Umweltpolitik und nicht zuletzt in der Vollendung des europäischen Binnenmarktes und der Währungspolitik eben weiterhin auf europäischer Ebene getroffen werden. Nur so werden wir die Zustimmung der Menschen auch in Deutschland zu einem voranschreitenden europäischen Integrationsprozess erhalten können. Die Menschen wollen keine Konzentration aller politischen Entscheidungen auf der europäischen Ebene.

(Vereinzelt Beifall)

Wer Europa etwas Gutes tun will, muss dafür sorgen, dass Subsidiarität jetzt konkret wird.

(Beifall)

So wollen wir auch in der Opposition das Erbe annehmen, das die großen europäischen Staatsmänner der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts uns aufgetragen haben. Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, Helmut Kohl und Francois Mitterrand haben erkannt und immer gewusst, dass die europäische Integration die große Friedens- und Freiheitsordnung für ganz Europa ist. Sie haben auch gewusst, dass Fortschritte in Europa nur erreicht werden können, wenn Deutschland und Frankreich diesen Weg gemeinsam gehen. Liebe Freunde, Rot und Grün sind dabei, die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit zu vernachlässigen. Aber ohne eine enge Zusammenarbeit und ohne die Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Frankreich kann es keine Vertiefung der Europäischen Union geben.

Trotz allem, was war, was uns beschwert, was uns aus der Vergangenheit belastet: Liebe Freunde, dieses Vermächtnis von Helmut Kohl wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sorgsam hüten, und deshalb wird Helmut Kohl, solange er dem Bundestag angehört, seinen Platz im Plenum und seinen Platz in unserer Fraktion haben.

(Beifall)

Damit wird dann auch für jedermann klar: Die Union hält Kurs auch und gerade in der Europapolitik. Sie hält Kurs auch und gerade dann, wenn wir die Bundesregierung zwingen, ihre Prioritäten zu nennen. Sie hält Kurs, wenn es darum geht, die Menschen in Deutschland mitzunehmen in das beginnende 21. Jahrhundert mit seinen vielfältigen Chancen und Risiken.

Wir besitzen ein festes Fundament, auf dem wir stehen. Das ist die christliche Soziallehre und die evangelische Sozialethik; das ist unsere feste Verankerung in der Sozialen Marktwirtschaft; das ist unsere Bindung an liberale und wertkonservative Überzeugungen, die gerade in einer Zeit wie dieser Antworten zu geben vermögen. So wollen wir die vor uns liegende zweite Hälfte der Legislaturperiode nutzen, um Schritt für Schritt die Menschen in Deutsch-

land wieder von unserer Politik zu überzeugen. Wir haben die besseren Ideen, wir haben die besseren Konzepte, liebe Freunde. Wolfgang Schäuble hat gestern zu Recht betont: Die Union in Deutschland wird gebraucht.

(Beifall)

Die Bundestagsfraktion von CDU und CSU wird dazu ihren Beitrag leisten, in enger Zusammenarbeit mit den Führungen und den Vorsitzenden der beiden Schwesterparteien CDU und CSU. Wir werden den Anspruch wieder begründen und aufrechterhalten, dass wir nicht nur die größte Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland sind, sondern auch wieder die bestimmende Kraft in diesem Lande – auch und gerade im Deutschen Bundestag – werden wollen. Wir wollen wieder stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag im Jahre 2002 werden. Die Arbeit daran beginnt am heutigen Tag, liebe Freunde. Ich lade Sie ein: Machen Sie mit! Helfen Sie uns! Dann werden wir, CDU und CSU, es gemeinsam schaffen. – Ich danke Ihnen herzlich.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Regina van Dinter, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Rot-Grün kann sich warm anziehen. Die CDU ist wieder da. Wir danken Friedrich Merz für diese begeisternde Rede.

(Beifall)

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN
DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IN BAYERN,
MINISTERPRÄSIDENT DR. EDMUND STOIBER.

Wir freuen uns, dass der Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber bei uns ist.

(Beifall)

Er wird die Menschen an den Bildschirmen und uns Delegierten hier im Saal sicherlich vermitteln, wie schön es wäre, wenn auch Nordrhein-Westfalen endlich von uns regiert werden könnte, so wie das in Bayern schon viele Jahre der Fall ist. Bitte schön, ich gebe Ihnen das Wort.

Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender der CSU: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Angela Merkel! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Meine sehr verehrten Damen! Meine sehr verehrten Herren! Mein Gruß und die Gratulation der gesamten CSU gelten heute zuallererst der neuen Vorsitzenden der CDU, Angela Merkel, sowie dem gesamten neuen Führungsteam der CDU. Liebe Frau Merkel, ich gratuliere Ihnen auch persönlich zu Ihrer gestrigen beeindruckenden Rede und auch dazu, wie Sie die Positionen der CDU und auch der Union insgesamt dargestellt haben. Ich gratuliere Ihnen natürlich auch zu dem fantastischen Wahlergebnis, das nicht einmal CSU-Vorsitzende leicht erreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie haben – auch darf das ich hier sagen – in den letzten Monaten vor allem Glaubwürdigkeit, Durchsetzungskraft, Mut und auch Geradlinigkeit bewiesen. Damit haben Sie sich viele Sympathien weit über die CDU hinaus erworben. Das ist ein Vertrauenspotenzial, auf dem die CDU jetzt aufbauen kann und muss. Ich füge als Vorsitzender der Schwesterpartei, der CSU, hinzu: Bei dieser Aufbau- und Erneuerungsarbeit haben Sie die CSU als stabilen und verlässlichen Partner an Ihrer Seite.

(Beifall)

Ich wünsche mir eine starke CDU – im Interesse Deutschlands und auch im Interesse meiner Partei. Nur gemeinsam können wir, wie das Friedrich Merz gerade ausgeführt und gefordert hat, die bürgerliche Mitte wieder zur stärksten Kraft in Deutschland machen. Natürlich gibt es über den Weg dorthin – wie in der Vergangenheit auch - immer wieder Diskussionen zwischen CDU und CSU, wie es sie auch innerhalb der CSU und innerhalb der CDU gibt. Dass CDU und CSU auch einmal unterschiedliche Blickwinkel in Richtung des gemeinsamen Zieles haben, ist für zwei selbstständige Parteien ganz normal.

Wir werden uns aber – das sage ich an die Adresse aller unserer politischen Konkurrenten – von niemandem auseinander dividieren lassen.

(Beifall)

Alle Versuche – von wem auch immer –, CDU und CSU gegeneinander auszuspielen, werden scheitern. Die Menschen müssen spüren, dass CDU und CSU für die Zukunft unseres Landes arbeiten und dabei an einem Strang ziehen. Deswegen Glück auf und auf eine gute Zusammenarbeit!

Frau Merkel, Sie haben gestern in Ihrer Rede auch von einem langen Marsch gesprochen. Am Ende meiner Rede darf ich Ihnen symbolisch ein Marschgepäck für schwierige Wegstrecken mitgeben. Ich habe mir gedacht, ein roter Rucksack – als Herausforderung – mit Boxhandschuhen ist ein Symbol für Kampfkraft und Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. In dem Rucksack ist auch ein weiß-blauer Regenschirm als Zeichen der Verlässlichkeit und der Solidarität der CSU bei Wind und Wetter.

(Beifall)

Wir ringen natürlich um Führungspositionen, um Führungspersonal, auch um die Zustimmung derer, die Politik intensiv beobachten. Das reicht aber nicht. Deshalb finden Sie in dem Rucksack – Sie haben gestern so wunderbar gesagt „Mir san mir“; dieses Selbstbewusstsein hat uns ungeheuer gefallen! –

(Beifall)

auch einen Maßkrug. Der Maßkrug soll vor allen Dingen eines bedeuten: Wir brauchen, wenn wir Mehrheiten von über 50 Prozent – und in Deutschland solche von über 40 Prozent – erreichen wollen, mit Sicherheit auch immer die Lufthoheit über den Stammtischen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall)

Und schließlich habe ich noch ein kleines Utensil hineingetan, das ich nicht vergessen könnte. Wolfgang Schäuble wird dafür Verständnis haben. Sie haben sich ja am Sonntag zu meiner Überraschung geoutet, indem Sie gesagt haben: Natürlich muss Rostock in der Bundesliga bleiben. Aber ansonsten bin ich Anhänger von Bayern München. – Das verbindet uns Deswegen habe ich einen Schal hineingetan. Denn wir wollen nicht 1 mal, sondern 20 Jahre in der Champions League spielen.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, das erste Signal des Parteitages ist – das kam gestern in der Rede von Angela Merkel, heute in der Rede von Friedrich Merz deutlich zum Ausdruck –: Die CDU gewinnt neue Schubkraft. Die ruhigen Zeiten für Rot-Grün gehen zu Ende. Die letzten Monate haben die CDU und die Union insgesamt viel Vertrauen und Glaubwürdigkeit gekostet. Ich bin aber überzeugt: So wie die CDU mit dieser schwierigen Situation umgeht – personelle Erneuerung, Herzog-Kommission, Strukturreform –, das schafft auch wieder Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

Ich will – gerade hier in Nordrhein-Westfalen – nichts billig aufrechnen, weil man damit immer wieder Gefahr läuft zu suggerieren, man wolle die eigenen Fehler unter den Teppich kehren. Das wollen wir sicherlich nicht, Sie im besonderen Maße nicht. Aber es ist schon offensichtlich: Die SPD legt bei ihren eigenen Skandalen nicht dieselben Maßstäbe an, wie sie sie bei der CDU fordert. Das nenne ich in höchstem Maße ungläubig, gerade hier in Nordrhein-Westfalen, wo man für die Unwahrheit anscheinend ein neues Wort erfunden hat, nämlich die „Nachinformation“.

(Lebhafter Beifall)

Ich stelle mich gerne der Auseinandersetzung. Natürlich greift der politische Gegner uns – Sie im Besonderen – in gewissen Schwächeperioden an. Das ist auch völlig normal. Aber wenn man mit dem Finger auf den Anderen zeigt, dann muss man immer aufpassen, dass nicht Finger derselben Hand auf sich selbst zeigen.

Diese Heuchelei bei der SPD zieht sich durch: Während die Führungsspitze der Sozialdemokraten mehr Parteientransparenz – vor allen Dingen bei der CDU – und eine Einschränkung des Einflusses von Parteien fordert, hat sie selbst einen von außen nicht durchschaubaren Pressekonzern aufgebaut. Was tut eine Partei, die fordert, man möge sich aus vielen gesellschaftlichen Bereichen zurückziehen, mit 19 Zeitungsbeteiligungen mit einer täglichen Auflage von 2,5 Millionen? Zu viel Macht der Parteien beklagen, aber selbst überall die Finger drin haben – das ist die Doppelmoral der SPD.

(Beifall)

Aufklärung und Konsequenzen sind wichtig. Aber die Zukunft Deutschlands ist mehr als die Aufarbeitung der Vergangenheit. Im Interesse der Zukunft unseres Landes: Jetzt muss die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Bundesregierung in den Mittelpunkt der politischen Diskussion rücken. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Diese rot-grüne Koalition braucht eine starke Opposition. Friedrich Merz hat – erlauben Sie mir, dass ich auf diesen Vorgang noch einmal kurz eingehe – das letzten Donnerstag bei der Debatte über den EU-Gipfel in

Lissabon im Bundestag eindrucksvoll vorgemacht. Das hat Wirkung gezeigt. Wie getroffen der Kanzler war und wie schwach anscheinend sein Nervenkostüm ist, zeigt seine Entgleisung: Wer Friedrich Merz wegen der Kritik an der Haltung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegenüber Österreich mit Herrn Haider vergleicht, der hat nicht alle Tassen im Schrank.

(Lebhafter Beifall)

Ich will nur kurz darauf hinweisen, dass diese Entscheidungen gegenüber Österreich das Bestreben der Osterweiterung eher erschwert. Denn natürlich wird in den Staaten, die Mitglied werden wollen – vor allem in Tschechien, Ungarn und Slowenien –, vermerkt, wie man hier von außen her in die Willensbildung eines Volkes einzugreifen versucht. Wir werden diese Diskussion noch weiter führen.

In den letzten Monaten sind die Fehler der Bundesregierung zu einem großen Teil – aus den bekannten Gründen – untergegangen. Rot-Grün ist beim zentralen Wahlkampfversprechen, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, kaum vorangekommen. Wenn die Bundesanstalt für Arbeit – leider ist dieses Datum völlig untergegangen – feststellt, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit im März um 8 000 gestiegen ist – das ist nicht meine Zahl, das ist die Zahl von Herrn Jagoda –, dann ist das ein Armutszeugnis für eine Regierung, die diesen Bereich zum wesentlichen Merkmal ihrer Arbeit gemacht hat. Wir haben heute - das darf man nie vergessen – insgesamt weniger Arbeitsplätze als vor einem Jahr. Diese Regierung schafft keine neuen Arbeitsplätze, auch wenn sie diesen Eindruck erwecken will. Schauen Sie sich die Zahlen an: Wir haben heute weniger Arbeitsplätze als im letzten Jahr! Das ist die Bilanz, die wir der Regierung um die Ohren hauen müssen.

(Beifall)

Eichel benachteiligt mit seiner einseitigen Steuerreform den Mittelstand. Riester schlägt seit Monaten eine Rentenreform vor, die zwar seine eigene Rente sichern würde, aber nicht die der heute 20- bis 40-Jährigen. Und entgegen seinen Ankündigungen im Wahlkampf hat Schröder in einem Willkürakt die Nettolohnanpassung bei der Rente aufgegeben. Das war und bleibt ein eklatanter Vertrauensbruch gegenüber 19 Millionen Rentnerinnen und Rentnern.

Herr Schröder entpuppt sich in Sachen Rentenbetrug als Rückfalltäter. Frau Merkel hat gestern darauf hingewiesen – wir müssen das immer wieder in Erinnerung rufen. So darf man nicht mit seinen Versprechen umgehen. Zunächst sagt er, man brauche keinen Demographiefaktor. Als er an die Regierung kommt, sagt er: Mit mir ist eine Änderung der Nettolohnformel nicht zu machen. – Dann gibt er relativ kurzfristig die Nettolohnformel auf, stellt sich im Fernsehen hin und sagt „Tut mir Leid, ich habe mich getäuscht, ich bitte um Entschuldigung!“ und hält anschließend erneut nicht sein Wort: Statt um den vollen Inflationsausgleich von 1,9 Prozent will er die Renten jetzt nur um 0,6 Prozent erhöhen. Das ist Rentenbetrug in Fortsetzung. Das dürfen wir nicht durchgehen lassen.

(Beifall)

An die Adresse der rot-grünen Koalition sage ich: Wenn das so weitergeht, dann machen Rentenkonsensgespräche zwischen allen Parteien keinen Sinn.

Wir werden diese Regierung stellen, im Interesse Deutschlands und Europas. Schon in den nächsten Wochen geht es darum, bei der Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Land in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen, mit Jürgen Rüttgers an der Spitze möglichst wieder an die großartigen Wahlerfolge des vergangenen Jahres anzuknüpfen.

Die Menschen haben Rot-Grün bei den Europawahlen und den zahlreichen Landtagswahlen im letzten Jahr die gelbe Karte gezeigt. Für diese großen Erfolge stehen eine ganze Reihe von Köpfen. Da steht, angefangen im Februar des letzten Jahres, Roland Koch. Da steht Hartmut Perschau in Bremen. Da steht Peter Müller in Saarbrücken. Da steht Bernhard Vogel in Erfurt. Da steht Jörg Schönbohm in Brandenburg. Da stehen Kurt Biedenkopf in Dresden und Eberhard Diepgen in Berlin. Ich möchte Volker Rühle ganz besonders erwähnen, der einen aufopferungsvollen Landtagswahlkampf für die CDU geführt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Für diese Erfolge der CDU steht jedoch ganz besonders auch Wolfgang Schäuble. Lieber Wolfgang Schäuble, ich möchte Ihnen auch an dieser Stelle für die hervorragende Zusammenarbeit, den engen Schulterschluss und auch die gewachsene persönliche Freundschaft danken.

(Beifall)

Wir beide haben auch sehr stürmische Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU erlebt. Das war nicht immer zum Vorteil des Gesamtunternehmens; ich will das nicht näher ausführen. Deswegen, meine Damen, meine Herren, glaube ich, dass die enge Zusammenarbeit, vor allen Dingen das Vertrauen gegenüber dem anderen Kollegen grundlegende Voraussetzung ist, dass die bürgerliche Mitte in Deutschland stark ist. Sie ist notwendig für Europa. Ohne die starke bürgerliche Mitte in Deutschland ist bürgerliche Mitte in Europa nicht zu bündeln. Wir haben eine Doppelaufgabe. Dahinter muss man persönliche Eitelkeiten und Ähnliches zurückstellen. Ich werde alles tun, mit Angela Merkel dasselbe gute Vertrauens- und Freundschaftsverhältnis aufzubauen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Welches sind die großen Herausforderungen, die sich heute stellen? Ich möchte sie als die vier großen Herausforderungen nennen.

Erste große Herausforderung. Wie können wir im Zeitalter der Globalisierung und des Internets zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen? Welche Auswirkungen haben die großen Unternehmensfusionen? Wenn bei Unternehmensfusionen die Arbeiter mir als bayerischem Ministerpräsidenten entgegenrufen: Die, die wir gewählt haben, haben nicht die Macht, und die, die die Macht haben, haben wir nicht gewählt!, dann müssen wir diesen Satz – viele Menschen skandieren ihn – sehr ernst nehmen. Wir müssen auf diesen Satz eine Antwort finden.

Wie können wir, meine Damen und Herren – zweitens –, angesichts des harten globalen Wettbewerbs soziale Sicherheit und Mitmenschlichkeit im nationalen Rahmen bewahren? Wenn ein Unternehmen heute Entlassungen ankündigt, loben die Analysten das und der Börsen-

kurs geht nach oben. Hat im Zeichen von Shareholder Value ein Unternehmen, das einen Mitarbeiterstamm auch über eine Flaute hinweg hält, heute noch eine Chance? Wie kann die soziale Marktwirtschaft im harten weltweiten Konkurrenzkampf bestehen?

Dritte Herausforderung. Wie werden wir mit den Fragen der Wanderungsbewegungen, der Migration in Europa ohne große gesellschaftliche Auseinandersetzungen fertig? Jahr für Jahr – darauf hat Jürgen Rüttgers hingewiesen – verzeichnen wir einen Zuzug von über 700 000 Menschen in unser Land. Das sind mehr Menschen, als zum Beispiel in Dortmund leben.

Viertens. Wie sieht die Zukunft Europas aus? Das ist eine Schicksalsfrage. Welche Entscheidungsspielräume haben nationale Parlamente, haben Nationen künftig noch? Welche Rolle spielt Deutschland in Europa?

Mit einer Politik der Beliebigkeit und Prinzipienlosigkeit à la Schröder und Fischer werden wir diese Probleme nicht lösen. Als Ideologen waren beide früher verlässlich falsch gelegen. Heute heißt ihre Antwort Beliebigkeit. Von klaren Konzepten und Kurshalten keine Spur.

Schröder erklärt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Chefsache. Tatsächlich setzt er auf einen europäischen Beschäftigungspakt und schiebt damit die Verantwortung immer mehr nach Brüssel ab, obwohl Brüssel das gar nicht lösen kann.

Rot-Grün verspricht soziale Gerechtigkeit. Tatsächlich teilt die Bundesregierung mit ihrer Gesundheitsreform die Menschen in zwei Klassen ein. Spitzenmedizin für jedermann – das war unser Markenzeichen – ist nicht mehr drin, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben heute die Situation, dass Spitzenmedizin nur noch die Leute bekommen, die es sich leisten können. Der medizinische Fortschritt wird durch Budgetierung rationiert. Das ist ein Riesenproblem, das morgen im Zentrum der Auseinandersetzungen in dieser Republik stehen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wie bereits gegenwärtig durch die Rationierung mit alten Menschen in den Krankenhäusern und Arztpraxen umgegangen wird - ich will das nicht näher ausführen -, das halte ich für einen Skandal. Die alten Menschen sind am medizinischen Fortschritt nicht mehr beteiligt. Nur haben sie keine Pressure-Group. Sie können nicht auf die Straße gehen.

(Beifall)

Der Bundesinnenminister Schily sagt angesichts einer hohen Zuwanderungsquote in Deutschland: Das Boot ist voll. Der Bundeskanzler setzt auf Zuwanderung durch Green Cards.

Rot-Grün sieht die Türkei als künftiges Mitglied der Europäischen Union. Aber gleichzeitig verweigert die Bundesregierung dem NATO-Mitglied die Lieferung deutscher Panzer.

Das alles – um nur ein paar Facetten zu zeigen – ist Politik ohne Prinzipien. Das ist Beliebigkeit. Das ist die „neue Mitte“ von Herrn Schröder, heute so und morgen so. Das ist nicht die Mitte, meine Damen, meine Herren. Beliebigkeit ist nicht die Mitte. Anpassung an Zeitgeister-

scheinungen ist nicht die Mitte. Die Mitte definieren wir. Es wird unsere große Aufgabe sein, den Menschen immer wieder klarzumachen: Die Partei der Mitte ist CDU/CSU, nicht die SPD.

(Beifall)

Die so genannte „neue Mitte“ ist ein semantischer Werbetrick, mit dem Schröder bei der Bundestagswahl 1998 viele Wählerinnen und Wähler getäuscht hat. Mit diesem Begriff gaukelt er eine Politik vor, die es mit Rot-Grün in Wirklichkeit nicht gibt. Es kann sie auch gar nicht geben. Denn es gibt keine „neue Mitte“, sondern es gibt nur die eine Mitte, nämlich die bürgerliche Mitte.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür stehen CDU und CSU. Wir haben ein festes Wertefundament. Wir haben unsere Wurzeln im christlichen Menschenbild, in der katholischen Soziallehre und in der evangelischen Sozialethik. Das, meine Damen, meine Herren, ist unser Kompass in vielen Fragen. Deswegen stehen wir nicht für die Beliebigkeit, die andere gegenwärtig als Mitte ausgeben. Diese Auseinandersetzung ist eine ganz zentrale. Ich hoffe, dass ein neues Signal aus Essen in puncto Mitte und CDU kommt.

(Beifall)

Wir stehen deshalb für Wertgebundenheit und Offenheit für Neues, für Selbstverantwortung und Solidarität. Wir stehen für kulturelle Identität und Toleranz sowie für Vielfalt und Dezentralität. Die Verbindung dieser Grundsätze zu einem klaren und verlässlichem Gesamtkonzept, das ist die Politik der bürgerlichen Mitte. Dafür standen glaubwürdig in den letzten fünf Jahrzehnten CDU und CSU. Dafür stehen wir auch in der Zukunft. Hinter diesen Werten steht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Auf dieser Grundlage können wir mit einem klaren Kurs die großen Aufgaben der Zukunft meistern.

Lassen Sie mich ein paar Worte zur Herausforderung Nummer 1 sagen: Unser Land braucht neue zukunftsfähige Arbeitsplätze. In der klassischen Industriegesellschaft – das Land Nordrhein-Westfalen ist ein Paradebeispiel dafür – war die Industrieproduktion der Motor der Wirtschaft. Das ist heute anders. Neue Technologien entwickeln sich mit rasanter Geschwindigkeit. Die Dynamik für Wirtschaftswachstum und für neue Arbeitsplätze liegt nicht mehr – wie im letzten Jahrhundert – in der Kohle, im Stahl, beim Schiffbau oder in der Automobilindustrie. In diesem Jahrhundert wird es drei neue Wirtschaftslokomotiven geben: die Informations- und Kommunikationstechnologie – ich fasse sie heute unter dem Begriff Internet zusammen –, die Biowissenschaften – also die life sciences – und die Materialwissenschaften. Auf diese Technologien müssen wir daher setzen. Hier müssen wir investieren, damit wir weltweit an der Spitze stehen.

Wir können uns Rückstände nicht mehr länger leisten. In Deutschland arbeiten lediglich 5 Prozent aller Beschäftigten im Kommunikationssektor. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind es doppelt so viele. Wir haben daher hier auch nur die Hälfte des Wachstums von Amerika. Wir setzen zu wenig auf die Wachstumsbereiche des 21. Jahrhunderts. Warum hat uns Finnland abgehängt? 25 Prozent der Beschäftigten in Finnland arbeiten bereits heute in diesen drei Disziplinen. Friedrich Merz hat schon eine ganze Reihe von Punkten genannt, warum das in Deutschland leider nicht der Fall ist und warum es ein Nord-Süd-Gefälle gibt.

Ein vernünftiger Fortschritt erfordert Offenheit für neue Technologien. Das war und bleibt ein Markenzeichen der politischen Mitte in Deutschland. Ich frage einmal ganz vorsichtig: Wo sind denn die Kompetenzzentren für die großen Zukunftsfelder in Deutschland angesiedelt? Wo spielt denn die Musik in der Informations- und Kommunikationstechnologie, bei der Bio- und Gentechnik? Wo wird das Venture-Kapital in Deutschland investiert? Es wird in erster Linie dort investiert, wo CDU und CSU Verantwortung tragen. Darauf möchte ich in aller Bescheidenheit hinweisen. Deswegen ist der Regierungswechsel in Düsseldorf im Interesse Nordrhein-Westfalens und Deutschlands notwendig. Mit Rot-Grün kann in diesem Bereich nichts bewegt werden. Das ist der Punkt.

(Beifall)

Friedrich Merz hat zu Recht darauf hingewiesen: Regierungsparteien in Kiel und auch hier in Düsseldorf setzen auf Programmatik aus den 80er und 90er-Jahren. Die Grünen haben beispielsweise einen kompromisslosen Computerboykott im Jahre 1986 beschlossen. Im Jahre 1998 forderten sie anlässlich der Bundestagswahl ein Ende der Gentechnik. Wie wollen Sie denn mit solchen rückwärts gewandten Parteien den Fortschritt erzielen? Auf diese Weise können wir nicht im weltweiten Wettbewerb mit Amerika, mit Japan und mit anderen großen Industrienationen mithalten. Deswegen ist im Interesse unseres Landes der Regierungswechsel in Berlin, aber auch in Düsseldorf unbedingt notwendig.

(Beifall)

Es gibt keine moderne Technologie, die bei den Grünen nicht schon auf dem Index stand – vielleicht mit Ausnahme des Müsli mixers.

(Heiterkeit)

Wir können uns Technikfeindlichkeit und Rückschritt nicht leisten. Wenn Deutschland jetzt nicht den Anschluss an die Weltspitze findet, dann werden wir unseren Wohlstand und auch unsere sozialen Standards nicht halten können. Arbeitsplätze entstehen dort, wo Unternehmen investieren. Sie wollen dafür beste Rahmenbedingungen. Dazu gehören ein hervorragendes Bildungssystem sowie exzellente wirtschaftliche Standortfaktoren.

Wir leben heute in einer Wissensgesellschaft. Früher musste sich Wissen Kapital suchen. Heute ist es genau umgekehrt. Das Kapital, das breit verfügbar ist, sucht sich das Wissen. Wissen wird zum entscheidenden Rohstoff, zum entscheidenden Standortfaktor. Im globalen Wettbewerb um Arbeitsplätze können unsere jungen Menschen daher nur mit einer exzellenten Ausbildung mithalten. Ich schaue mir die Ausbildung nicht nur in Deutschland an. Mein Konkurrent – wenn ich das einmal so sagen darf – ist im Besonderen der Gürtel um Bologna, Turin und Mailand. Wenn ich sehe, wie private Institutionen die jungen Italiener ausbilden, dann muss ich sagen, dass viele in Deutschland die Zeit verschlafen haben, so dass sie gegenüber den anderen Nationen in Europa nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

(Beifall)

Jedes Kind muss daher die Bildung und Ausbildung erhalten, die seinen Begabungen, Neigungen und Talenten am besten entspricht. Machen Sie dies vor allen Dingen in den rot-

grün regierten Ländern zum zentralen Thema der Auseinandersetzung! Die Schwäche mancher Länder liegt in der mangelhaften Ausbildung. Ich will nun wirklich nicht auf den Putz hauen, muss aber sagen: Ein Kind in Schleswig-Holstein hat in vier Jahren Grundschule insgesamt ein Jahr weniger Unterricht als ein Kind in Baden-Württemberg oder in Bayern. Jürgen Rüttgers, ein Kind in Nordrhein-Westfalen hat natürlich einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Kindern aus dem Süden des Landes. Das kann doch nicht richtig sein. Wir müssen den Menschen klar machen, dass aufgrund dieser Probleme ein Regierungswechsel nötig ist.

(Beifall)

Wenn wir aber die Menschen entsprechend ihren Begabungen, Neigungen und Talenten am besten fördern wollen, dann müssen wir auch die Eliten stärker fördern. Das war bei uns lange Zeit ein Tabu. Das gegliederte Schulwesen schafft dafür die besten Voraussetzungen. Jeder Mensch soll in unserer Gesellschaft das leisten können und dürfen, was er am besten kann. Das entspricht unserem Verständnis von freier Entfaltung der Persönlichkeit. Das ist die Politik der Mitte; das ist die Politik von CDU und CSU.

Rot-grüne Bildungspolitik heißt dagegen: Nivellierung und Gleichmacherei. Diese Politik ist im Prinzip gescheitert. Das wurde mehrfach bestätigt. Die TIMSS-Studie hat wie eine Bombe eingeschlagen. In dieser unabhängigen Studie wurde der Bildungsstandard in den fünften bis siebten Klassen an unseren Schulen verglichen. Wenn nach dieser Studie, lieber Jürgen Rüttgers, Nordrhein-Westfalen anderthalb Jahre gegenüber anderen Ländern in Deutschland hinterherhinkt, dann muss man sagen, dass das eine Benachteiligung der Kinder in diesem Lande durch eine falsche Politik ist. Das muss geändert werden.

(Beifall)

Vielleicht haben Sie etwas über den Eignungstest für wehrpflichtige junge Menschen in der Bundeswehr gelesen. Es doch frappierend, dass gerade die jungen Männer – ich will das jetzt nicht näher erläutern; vielleicht wird Frau Schavan heute Nachmittag darauf zu sprechen kommen – aus den Ländern Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen und auch in meinem Land Bayern in den Tests besser sind. Die jungen Menschen aus anderen Ländern sind doch nicht dümmer. Aber sie haben eine falsche Bildungspolitik, Nivellierung und Gleichmacherei, auszubaden.

(Beifall)

Wer eine solche Bildungspolitik betreibt, der muss sich nicht wundern, wenn er dann Green Cards für ausländische Eliten benötigt. Natürlich brauchen wir auch ausländische Eliten. Darüber muss uns niemand belehren. Meine Damen und Herren, Sie können sich denken, in welchen Ländern Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnisse für Spitzenkräfte in der Vergangenheit großzügiger gewährt worden sind, nämlich dort, wo heute die größten Industrien der Informations- und Kommunikationstechnologie sind. Natürlich brauchen wir auch Spitzenkräfte aus anderen Ländern. Das hat niemand bestritten. Aber der Schwerpunkt unserer Politik muss doch auf der Ausbildung junger Menschen bei uns liegen. Deswegen hat Jürgen Rüttgers völlig Recht, wenn er hier den Schwerpunkt für die Bildungspolitik formuliert und fordert. Deswegen bedarf er auch hier der notwendigen Unterstützung; denn dies ist ein zentrales Thema.

(Beifall)

Ich weiß, dass die Bildungspolitik von unseren nationalen Medien nie gerne als Thema aufgegriffen wird, weil sie Angelegenheit der Länder ist. Aber die Frage der Bildungschancen ist für mich eine zentrale Frage der Sozialpolitik. Wenn Teilhabe wichtiger wird als Umverteilung, dann müssen wir die Menschen optimal ausbilden. Schauen Sie sich doch bitte einmal in Ihren Ländern um! Wo gibt es den größten Zuwachs an privaten Eliteschulen? Es ist ein Witz, dass die Politik von SPD und den Grünen dazu geführt hat, dass die Betuchten ihre Kinder auf private Schulen schicken, während die anderen sozusagen die Normalausstattung bekommen, mit der sie später, wenn sie 20 Jahre sind, nicht richtig konkurrieren können. Das darf nicht sein! In Bayern wird das nie passieren!

(Beifall)

Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind auch exzellente wirtschaftliche Rahmenbedingungen notwendig. Wir brauchen erstens weniger Konsumausgaben und mehr Zukunftsinvestitionen, vor allen Dingen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und in Wissenschaft und Forschung. Eine jüngst vom Bundesforschungsministerium vorgestellte Studie belegt: Zwischen den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie dem Wirtschaftswachstum eines Landes besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Doch was tut die grüne Bundesregierung? Sie kürzt die Zukunftsinvestitionen. Bis zum Jahr 2003 sinkt die Investitionsquote des Bundeshaushalts auf unter 10 Prozent. Das ist der niedrigste Wert in der Nachkriegsgeschichte. Die Forschungsausgaben werden ebenso zusammengestrichen wie die Ausgaben für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und vor allen Dingen für die Bahn. Seitdem Fischer und Trittin mit dem Dienstwagen chauffiert werden, haben sie für die Bahn nichts mehr übrig.

(Vereinzelter Beifall)

Rot-Grün sieht in der Bahn wohl nicht mehr das Verkehrsmittel der Zukunft, sondern nur noch ein Risiko für den Bundeshaushalt. Das ist eine verkehrte Politik.

Um exzellente wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, brauchen wir zweitens eine mutige und rasche Steuerreform, die diesen Namen auch verdient. Ich betone das, um zu unterstreichen, was Friedrich Merz in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt hat.

Zu dem Verhalten des jahrelangen Betonsozialisten Hans Eichel, der früher als hessischer Ministerpräsident in der Steuerreformdebatte der 90er-Jahre keine einzige Mark hergeben wollte, weil er der Meinung war, der Staat brauche jede Mark für seine Ausgaben, sage ich nun: Eichel hat die Steuerpolitik zusammen mit Lafontaine blockiert, und zwar massiv. Das ist vergessen worden. Heute möchte Herr Eichel als Bundesfinanzminister den Verkauf von Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften zur Begeisterung der großen Vorstandsvorsitzenden völlig steuerfrei stellen. Da muss ich ehrlich sagen: Das ist genau das Gegenteil von dem, was man noch vor zwei Jahren getan hat. Auch wenn es richtig ist, muss man darauf hinweisen. Wenn dieser Bundesfinanzminister zum Beispiel den Metzgermeister, der mit 60 Jahren sein Geschäft für 300 000 bis 400 000 DM verkauft, um ein bisschen für seinen Lebensunterhalt im Alter vorzusorgen, nicht mit einem halbierten Steuersatz entlastet, sondern ihn voll zur Kasse bittet, also mit 50 Prozent, und dieser Metzgermeister deshalb die Hälfte seines Erlöses hergeben muss, dann ist das eine Benachteiligung der kleinen Leute.

Ich wundere mich, was in diese SPD gefahren ist. Ich wundere mich, dass sie die kleinen Leute überhaupt nicht mehr sieht.

(Beifall)

Exzellente wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfordern drittens mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Schauen Sie sich die letzte OECD-Studie an – Politik sollte auch etwas mit Fakten zu tun haben –: Bei einem Wachstum von 1 Prozent steigt die Zahl der Beschäftigten in den Niederlanden und in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits an, aber in Deutschland sinkt die Zahl der Arbeitsplätze bei einem solchen Wachstum. Das zeigt uns ganz deutlich: Die Hürden für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind bei uns offenbar höher als in anderen Ländern. Die Rahmenbedingungen für unseren Arbeitsmarkt sind zu starr. Das zwingt unsere Unternehmen zu überdurchschnittlicher Rationalisierung und zum Arbeitsplatzabbau.

Was tut Rot-Grün? 630-Mark-Gesetz, Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit und viele andere Regelungen sind Kahlschlagsversuche im Bereich des Mittelstandes und der Selbstständigen. Die wirtschaftspolitische Bilanz von Rot-Grün ist ein Armutszeugnis. Da kann von Mitte keine Rede sein. Diese Politik hat fatale Auswirkungen. Deutschland ist zusammen mit Italien im Jahre 1999 zum ersten Mal Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa. Ich sage Ihnen voraus: Wir werden mit dieser Regierung im Jahre 2000 – leider – Schlusslicht bleiben. Das signalisieren schon heute große Wirtschaftsinstitute. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht nach wie vor Stillstand.

Ich erlaube mir auch, auf die Entwicklung des Euro hinzuweisen. Der Euro ist auf Talfahrt, vor allem deshalb, weil die internationalen Finanzmärkte kein Vertrauen in die Politik des größten Euro-Landes haben. Der Bundeskanzler argumentiert – wir werden dieser Diskussion nicht ausweichen –, der Innenwert des Euro sei stabil. Das ist zu kurz gedacht. Eine Währung, die nach außen schwach ist, kann auf Dauer auch nicht nach innen stabil sein. Schröder hat den Euro als „kränkelnde Frühgeburt“ bezeichnet. Bei diesem Stiefvater wird der Euro noch lange nicht auf die Beine kommen. Dafür müssen wir ihn in die Haftung nehmen.

(Beifall)

Unsere Aufgabe heißt: zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. CDU und CSU haben dafür die richtigen Ansatzpunkte. Wir wissen: Dazu gehört Offenheit gegenüber dem technischen Fortschritt. Aber es muss ein Fortschritt im Dienste der Menschen sein. Dazu gehört ein Steuersystem, das Anreize fördert, und ein Bildungssystem, das fördert und fordert. Das ist Politik der bürgerlichen Mitte.

Unser Land braucht des Weiteren verlässliche soziale Sicherheit und Menschlichkeit. Nur eine Gesellschaft, in der es ein ausreichendes Maß an sozialer Sicherheit gibt, kann sozial stabil sein. Die soziale Stabilität eines Landes ist ein Wettbewerbsfaktor ersten Ranges.

Ich würde mich freuen, meine Damen und Herren, wenn sich auch die großen, von mir geschätzten Herren Henkel, Hundt und Stihl einmal dazu bereit erklärten, die ethische Herausforderung der Unternehmer auch für sich selber zu formulieren.

(Beifall)

Hier haben auch die Unternehmer ein Stück weit Verantwortung. Warum übernimmt man nur die „Green Card“? Dann sollte man auch die Unternehmenskultur der Vereinigten Staaten übernehmen. Dort kann jemand viele Positionen nicht erreichen, wenn er nicht bewiesen hat, dass er in seinem persönlichen Umfeld, in seiner Gemeinde auch soziale Verantwortung getragen hat. Genau das brauchen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Die Mitarbeiter dürfen nicht das Gefühl haben, nur ökonomische Verfügungsmasse zu sein. Sie müssen sich mit ihrem Unternehmen identifizieren können, um wirklich motiviert zu sein. Dann sind sie zu notwendigen Anpassungen, zu besonderen Leistungen und auch zur Weiterbildung bereit.

Eine Unternehmenskultur, die diese Identifikation ermöglicht, ist Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft. Das kommt mir bei den Diskussionen um die großen Fusionen in letzter Zeit ein wenig zu kurz. Es geht hier immer um Menschen; das dürfen wir nicht vergessen.

Ich glaube, als Ministerpräsident eines modernen Landes bewiesen zu haben, wie stark ich auf die High-Tech-Bereiche setze. Trotzdem sage ich auch hier: Nicht alle können mit der Globalisierung Schritt halten. Nicht alle sind dem verschärften Wettbewerbsdruck gewachsen.

Wir wollen auch den Schwächeren, den weniger Mobilien, den weniger Qualifizierten eine Zukunftsperspektive geben. CDU und CSU wollen an der Sozialen Marktwirtschaft festhalten.

Wenn morgen wieder jemand schreibt: „Aha, der Stoiber will sozusagen die SPD links überholen“, dann muss ich sagen: Diejenigen, die so etwas schreiben, haben nicht begriffen, was katholische Soziallehre und evangelische Sozialethik ist und wie das christliche Menschenbild insgesamt aussieht. Das dürfen wir bei aller Wettbewerbssituation mit den Amerikanern niemals vergessen. Sonst haben wir keine Chance, Volkspartei der Mitte zu bleiben.

(Lebhafter Beifall)

Das alles zeigt aber auch: Wenn wir als Standort wettbewerbsfähig bleiben wollen, wenn wir unsere sozialen Sicherungssysteme funktionsfähig halten wollen, dann müssen wir ein Stück mehr auf Eigenverantwortung setzen, vor allem in der Renten- und Krankenversicherung.

Wir brauchen sicherlich ein zielgerichteteres soziales Sicherungssystem. Meine Damen und Herren, wir haben hier eine riesige Verantwortung. Ein Drittel unseres Bruttosozialprodukts geben wir für unsere sozialen Sicherungssysteme aus. Aber unser Bruttosozialprodukt wächst nicht mehr in dem Maße, wie es zur Abfederung dieser Entwicklung notwendig wäre. Deswegen muss die Reform unserer sozialen Sicherungssysteme in den nächsten fünf Jahren gelingen. Wir haben wirklich nicht mehr viel Zeit. Deswegen will ich in aller Deutlichkeit sagen: Die Zielgerichtetheit der sozialen Sicherungssysteme ist eine ganz große Herausforderung für uns.

Die wirklich Bedürftigen brauchen Hilfe. Wer dagegen nichts leistet, obwohl er etwas leisten kann, darf dem Staat nicht auf der Tasche liegen. Wer sich selbst helfen kann, der soll auch für sich Verantwortung übernehmen.

Meine Damen und Herren, ich sage auch: Wo zum Beispiel Eltern in der Schule außerhalb der Schulzeit Kinderbetreuung übernehmen können, braucht der Staat das nicht zu organisieren. Alte Menschen sollen möglichst lange in den Familien und nicht in Heimen betreut werden. Dabei müssen wir die Familien unterstützen. Das meinen wir, wenn wir von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Selbstverantwortung und Solidarität reden. Das ist Politik der bürgerlichen Mitte. Dafür stehen CDU und CSU.

Meine Damen, meine Herren, bei aller Veränderung brauchen die Menschen gerade heute Beständigkeit, Menschlichkeit, Orientierung und Lebenssinn. Der Mensch braucht auch Fixpunkte, die ihm vertraut sind und die ihm Halt geben. Ich bin froh, dass sich Angela Merkel gestern in ihrer Rede diesem Thema gewidmet hat. Das Streben nach materiellem Wohlstand ist kein ausreichendes Lebensziel.

Vor allem viele jungen Menschen fragen und suchen nach mehr. Wir dürfen diese Menschen in ihrer Suche nach Lebenssinn und Menschlichkeit nicht allein lassen. 71 Prozent aller 16- bis 29-Jährigen hätten gerne eine eigene Familie und Kinder. Aber die Institution Familie ist heute stark gefährdet. Familien mit Kindern gibt es immer weniger. Damit verliert dieser Bereich für viele an politischem Interesse. Die Familie ist eine der gefährdetsten Institutionen. Deswegen müssen wir die Familie in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen.

Viele haben Angst vor zu großen materiellen Einschränkungen. Für viele ist der Wunsch nach Familie mit den Anforderungen der modernen Arbeitswelt – Verfügbarkeit zu jeder Stunde, Mobilität – nicht in Einklang zu bringen. Das widerspricht sich natürlich. Deshalb will die Wirtschaft natürlich Arbeitnehmer, die möglichst ohne Familie zu jeder Tages- und Nachtzeit einsetzbar sind. Das alleine kann aber nicht ein Motiv für unsere Christlich-Soziale und Christlich Demokratische Union sein.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Ehe und Familie sagen: Natürlich haben Ehe und Familie in einer Zeit des Wandels und der Mobilität eine besondere Bedeutung für den Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft. Wir wissen, es gibt verlässliche Lebensgemeinschaften auch ohne Trauschein. Aber wir wissen aus der Statistik auch, dass die mit Trauschein die verlässlicheren sind.

Damit wir die Diskussion auf die richtigen Füße stellen: 80 Prozent der Jugendlichen, die in einer Ehe geboren werden, erleben, dass die Eltern zu ihrem 18. Geburtstag noch zusammenleben. In nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist es genau umgekehrt: Dort sehen 80 Prozent der Jugendlichen bei ihrem 18. Geburtstag, dass ihre Eltern getrennt leben. Glaubt denn jemand, dass man damit die Kinder besonders fördert?

Deswegen muss es weiterhin unser Interesse sein, materielle und auch immaterielle Grundlagen für die Familien zu legen.

(Beifall)

Wir sind offen für alle Lebensformen, wollen aber nicht alle gleichermaßen privilegieren.

(Beifall)

Ehe und Familie werden von unserer Verfassung aus gutem Grund besonders geschützt. Als Parteien der bürgerlichen Mitte sind wir die Parteien der Familie. Rot-Grün dagegen steht wiederum für Beliebigkeit. Rot-Grün will die völlige Gleichstellung der Ehe und der Familie mit anderen Lebensgemeinschaften.

Was im Justizministerium gegenwärtig ausgeheckt wird, widerspricht im Prinzip dem Gefühl der Mehrheit der Menschen, die wir repräsentieren. Deswegen müssen wir hier dagegehalten.

(Beifall)

Dritte Herausforderung: Die Migration. Unser Land braucht kulturelle Identität und Toleranz. In einer Welt ohne Grenzen gehen viele Menschen dorthin, wo sie die besten Lebenschancen für sich sehen. Wanderungsbewegungen sind eine Konstante in der Geschichte der Menschheit. Aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte und des zunehmenden Wohlstandsgefälles hat die Migration heute allerdings eine neue Dimension erreicht.

Der anhaltende Zuzug von Menschen stellt eine große Herausforderung für das Miteinander dar. Es besteht die Gefahr, dass unsere Gesellschaft auseinander drifft und in viele Kulturen zerfällt, mit unterschiedlichen Vorstellungen zum Beispiel zu den Menschenrechten, zur Stellung der Frau und des Kindes oder zum Rechtsstaat.

Wir halten entschieden an der europäischen, humanistischen, christlich-abendländischen Prägung unseres Landes fest. Das heißt für uns aber nicht Abschottung, sondern Integration und Toleranz. Das ist für uns die Politik der bürgerlichen Mitte.

Wir werden den gesellschaftlichen Frieden auch in Zukunft nur bewahren, wenn die Anstrengungen zur Integration verstärkt werden. Integration ist aber nur möglich, wenn die Zahl der Zuwanderer die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht übersteigt. Für die Stabilität unserer Gesellschaft ist es daher auch notwendig, die Zuwanderung zu begrenzen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen, meine Herren, ich habe von über 700 000 pro Jahr gesprochen. Ich glaube, dass das eine Zahl ist, die wir ohne Weiteres integrieren können, obwohl das eine große Integrationsleistung voraussetzt. Aber wer generelle Diskussionen über eine Green Card führt, der muss ein Einwanderungsbegrenzungs-gesetz auf die Tagesordnung setzen.

(Beifall)

Innerhalb dieser Zahl von 700 000 können wir natürlich umschichten bzw. unterschiedliche Prioritäten setzen. Davor weicht die SPD zurück. Das sollten wir in den nächsten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit der Green Card zur Diskussion machen.

(Beifall)

Die vierte und letzte Herausforderung ist für mich die Zukunft Europas. Hier stehen wir vor entscheidenden Weichenstellungen: Wie kann die Osterweiterung gelingen? Wo liegen die Grenzen Europas? Welche Strukturen und Kompetenzen soll Europa haben?

Die europäische Integration ist das erfolgreichste Friedensprojekt in der Geschichte des alten Kontinents. Für diejenigen wie meine Generation, die das im Nachklang des Krieges noch erlebt haben, geht noch immer eine große Faszination von den Namen Robert Schumann, Jean Monnet, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer aus. Die europäische Einigung trägt vor allen Dingen die Handschrift der Union und nicht die der SPD. Dafür stehen die Namen Konrad Adenauer und Helmut Kohl und nicht die von Willy Brandt und ähnlichen.

(Beifall)

Jetzt geht es um die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte durch die Erweiterung der Europäischen Union. Wir wollen und wir brauchen die Osterweiterung. Meine Damen, meine Herren, das ist für uns eines der ganz großen weiteren Ziele. Aber wir müssen den richtigen Weg finden und dürfen den Ländern in Osteuropa nicht suggerieren, sie bräuchten weniger Anstrengungen zu unternehmen. Wir sollten innerhalb der Europäischen Union vernünftige Reformen anpacken. Denn die Europäische Union ist im Rahmen ihrer Institutionen immer noch auf das Europa der Sechs und nicht auf das Europa der 15 und schon gar nicht auf das Europa der 27 zugeschnitten.

Der Bundeskanzler weigert sich, die Bevölkerung in diesen Diskussionsprozess mit einzubeziehen, weil er Angst hat, diese Dinge zu erläutern. Wir müssen ihn dazu zwingen. Friedrich Merz hat zu Recht am letzten Donnerstag in diesem Zusammenhang eine ganz entscheidende Frage gestellt: Wie wollen wir mit der Herausforderung der Osterweiterung, die für mich dieselbe Qualität hat wie die Römischen Verträge, umgehen?

Von entscheidender Bedeutung ist es, zu fragen: Verstehen die Menschen alles? Wir diskutieren gegenwärtig verstärkt über Elemente direkter Demokratie in Deutschland. Wir in Bayern haben sie in hohem Maße und haben manchmal auch unsere Probleme damit. Die Menschen wollen mehr partizipieren. Sie wollen in zunehmenden Maße an Entscheidungen teilnehmen. Gerade im kommunalen Bereich gibt es immer mehr Bürgerentscheide. Die Bürger wollen in der Landes- und Bundespolitik mitreden; das ist auch gut so.

Aber es ist zu spüren, dass die Menschen manchmal nicht mehr wissen, wer zum Beispiel für die FFH-Richtlinie zuständig ist, wer für die 3. Reinigungsstufe, die Frau Merkel gestern angesprochen hat, verantwortlich ist und wer für das Problem BSE zuständig ist. Sie fragen sich, an wen sie sich in bestimmten Fällen wenden können. Demokratie setzt immer Verantwortlichkeit voraus. Wenn der Bürger zu einem aus seiner Sicht Verantwortlichen kommt und der sagt: „Dafür ist Europa zuständig“, dann gefährden wir die Faszination für Europa. Die Frage der genauen Abgrenzung der Zuständigkeiten ist wichtig, damit die Menschen wissen: Dafür ist der Bundeskanzler; dafür ist der Ministerpräsident zuständig und dafür kann ich den Präsidenten der Europäischen Kommission packen.

Gegenwärtig weiß der Bürger nicht, wer eigentlich zuständig ist. Das muss sich ändern. Noch vor Abschluss der Regierungskonferenz 2000 muss die Kompetenzverteilung in Europa grundsätzlich geklärt werden:

- Was gehört in die regionale Etage?
- Was gehört in die nationale Etage?
- Was gehört in die Brüsseler Etage?

Eine Verwischung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten entfremdet die Bürgerinnen und Bürger von der Politik, schadet der Demokratie und gefährdet die europäische Einigung.

(Beifall)

Dieser Parteitag ist ein Signal zum Aufbruch. Die Herren Schröder und Fischer konnten es sich in der Tat monatelang auf ihren Sesseln bequem machen. Jetzt müssen wir wieder deutlich die Finger auf die Wunden dieser Regierung legen und die Fehler von Rot-Grün aufdecken. Wir müssen und werden das Schrödersche Märchen von einer Politik der „neuen Mitte“ entzaubern als das, was es ist: moralische Beliebigkeit und prinzipienlose Wendigkeit.

Politik der Mitte, das bedeutet vor allem Aufgeschlossenheit für neue Technologien und Förderung von Innovationen statt Technologiefeindlichkeit und Fortschrittsverweigerung.

Politik der Mitte, das bedeutet die Schaffung eines begabtgerechten Bildungsangebotes für alle statt Gleichmacherei und Mittelmaß.

Politik der Mitte bedeutet Neubelebung der Sozialen Marktwirtschaft statt Umverteilung oder Marktwirtschaft pur.

Politik der Mitte heißt Stärkung statt Relativierung von Ehe und Familie.

Politik der Mitte heißt eine tolerante Gesellschaft – gerade auch im Umgang mit den bei uns lebenden Ausländern –, aber keine unkontrollierte Zuwanderung und keine multikulturelle Gesellschaft als Ziel.

Politik der Mitte, das heißt ein Europa der Vielfalt und des Wettbewerbs statt einem europäischen Zentralstaat.

(Beifall)

Die CSU, ja wir alle, wir werden die Auseinandersetzung über die Politik der bürgerlichen Mitte in Deutschland annehmen und führen.

Die jetzige Regierung aus Toskanafraktion und opportunistischen Ökofundis ist eine Fehlbesetzung für Deutschland.

(Beifall)

Eine Regierung, der es genügt, sich ihrer Ämter und ihrer Macht zu erfreuen, ist eine Fehlbesetzung für Deutschland. Die Arbeitslosen, die Rentner, der Mittelstand, die Existenzgründer, die Facharbeiter, unsere Bauern, unsere Familien, sie alle haben eine bessere Politik verdient. Deutschland insgesamt hat mehr verdient.

(Beifall)

Wir alle haben jede Chance, dieses rot-grüne Intermezzo zu beenden, wenn wir es nur wollen.

Meine Damen, meine Herren, ich glaube, dass der 10. und 11. April 2000 in die spätere Zeitrechnung als ein wichtiges Datum eingehen wird. Der 10. und 11. April 2000 bedeutet das Signal zum Aufbruch in Deutschland. Dieses Datum bedeutet: Die CDU ist wieder da und die CSU ist an ihrer Seite.

(Beifall)

Wir werden alles dafür tun, im Jahre 2002 in gemeinsamer Verantwortung eine neue Regierung in Berlin zu installieren und die Rot-Grünen in den Ruhestand zu schicken, auch wenn er noch etwas früh ist. Aber sie haben ihn sich verdient. Im Interesse Deutschlands müssen sie wieder weg. Diese Zielsetzung ist unsere wesentlichste. Dafür muss heute ein weiteres Signal gegeben werden.

Alles Gute! Viel Erfolg für die CDU! Viel Erfolg für Sie, Angela Merkel, auch für Sie, Friedrich Merz, und alle anderen! Wir stehen an Ihrer Seite, wir wollen gemeinsam für diesen Erfolg kämpfen. – Danke schön.

(Lang anhaltender Beifall)

Regina van Dinther, Tagungspräsidium: Lieber Edmund Stoiber, der Parteitag der CDU Deutschlands bedankt sich recht herzlich. Wir freuen uns vor allen Dingen darüber, dass Sie unserer neuen Vorsitzenden, Angela Merkel, den Rucksack mitgebracht haben. Es würde uns sehr freuen, wenn Sie in Zukunft wirklich Seite an Seite kämpften. Stoiber und Merkel – was werden Schröder und Fischer alt aussehen, wenn wir als CDU und CSU gut zusammenstehen! Zieht euch warm an!, kann ich da nur sagen.

Wir in Nordrhein-Westfalen bedanken uns recht herzlich beim bayerischen Ministerpräsidenten – ebenso wie bei allen anderen Ministerpräsidenten der CDU – für die Unterstützung bei unserem schwierigem Wahlkampf. Wir haben den politischen Streit angezettelt, weil wir auf unsere Themen setzen, weil wir Zukunftsthemen behandeln müssen. Dies haben Sie in Ihrer Rede deutlich gemacht. Sie haben aufgeführt, wie weit wir von dem entfernt sind, was in Bayern und in den CDU-geführten Ländern schon geleistet worden ist. Vielen Dank für die Unterstützung für unseren Jürgen Rüttgers, der hier Ministerpräsident werden will. Wir brauchen diese Unterstützung in den nächsten Wochen von allen. Dafür bedanken wir uns recht herzlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Ergebnis der Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes bekannt geben. Es wurden 959 Stimmen abgegeben, davon waren 12 Stimmen ungültig. Es gab keine Enthaltungen. Somit haben wir 947 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 474 Stimmen.

Es wurden abgegeben

– für Herrn Dr. Bernhard Vogel 873 Stimmen – das sind 92,19 Prozent –,

(Beifall)

für Frau Godelieve Quisthoudt-Rowohl 794 Stimmen – das sind 83,84 Prozent –,

(Beifall)

für Herrn Hans-Peter Repnik 792 Stimmen – das sind 83,63 Prozent –,

(Beifall)

für Frau Dr. Yvonne Kempen 790 Stimmen – das sind 83,42 Prozent –,

(Vereinzelter Beifall)

für Karin Wolff 771 Stimmen – das sind 81,41 Prozent –,

(Vereinzelter Beifall)

für Tanja Gönner 748 Stimmen – das sind 78,99 Prozent –,

(Vereinzelter Beifall)

für Katharina Reiche 738 Stimmen – das sind 77,93 Prozent –,

(Vereinzelter Beifall)

für Laurenz Meyer 725 Stimmen – das sind 76,56 Prozent –,

(Vereinzelter Beifall)

für Dr. Maria Böhmer 723 Stimmen – das sind 76,35 Prozent –, für Matthias Wissmann 685 Stimmen – das sind 72,33 Prozent –, für Dieter Althaus 668 Stimmen – das sind 70,54 Prozent –, für Erika Steinbach 660 Stimmen – das sind 69,69 Prozent –, für Maria Michalk ebenfalls 660 Stimmen – das sind auch 69,69 Prozent –, für Philipp Mißfelder 659 Stimmen – das sind 69,59 Prozent –, auch für Prof. Dr. Otto Wulff 659 Stimmen – das sind ebenfalls 69,59 Prozent –, für Andreas Renner 655 Stimmen – das sind 69,17 Prozent –, für Eckhardt Rehberg 654 Stimmen – das sind 69,06 Prozent –, für Karl-Josef Laumann 638 Stimmen – das sind 67,37 Prozent –, für Dr. Regina Görner 603 Stimmen – das sind 63,67 Prozent –,

(Vereinzelter Beifall)

auch für Dr. Friedbert Pflüger 603 Stimmen – das sind 63,67 Prozent –,

(Vereinzelter Beifall)

für Angelika Volquartz 585 Stimmen – das sind 61,77 Prozent –,

(Vereinzelter Beifall)

für Rainer Eppelmann 580 Stimmen – das sind 61,25 Prozent –, für Dr. Franz-Josef Jung 573 Stimmen – das sind 60,51 Prozent –,

(Vereinzelter Beifall)

für Dr. Helmut Linssen 569 Stimmen – das sind 60,08 Prozent –, für Ole von Beust 565 Stimmen – das sind 59,66 Prozent – und für Prof. Dr. Georg Milbradt 530 Stimmen, das sind 55,97 Prozent. – Diese Herrschaften sind in den neuen Bundesvorstand der CDU gewählt.

Auf den folgenden Plätzen – ab Platz 27 – liegen Dr. Dirk Notheis mit 527 Stimmen – das sind 55,65 Prozent –, Stanislaw Tillich mit 475 Stimmen – das sind 50,16 Prozent –, Thomas Leimbach mit 443 Stimmen – das sind 46,78 Prozent –, Peter Hintze mit 432 Stimmen – das sind 45,62 Prozent – und Dr. Uwe Lehmann-Brauns mit 338 Stimmen, das sind 35,69 Prozent.

Meine Damen und Herren, der Parteitag hat sehr klug gewählt: Wir haben das Quorum erfüllt – die notwendige Zahl von Frauen ist erreicht – und es sind genügend Stimmen abgegeben worden, sodass gleich der erste Wahlgang gültig war und diejenigen, die ich gerade genannt habe, auch wirklich die neuen Mitglieder des Bundesvorstandes sind und Ihre Zustimmung

dazu geben müssen. – Ich gebe jetzt unserer Bundesvorsitzenden, Frau Angela Merkel, das Wort.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Ich bin an das Rednerpult gekommen, um denjenigen noch einmal zu danken, die jetzt nicht mehr im Bundesvorstand, nicht mehr im Präsidium vertreten sind: Arnold Vaatz, Christa Thoben, Claudia Nolte, Brigitte Baumeister, Otti Geschka, Christine Lieberknecht, Rita Pawelski, Anne-Katrin Glase, Peter Hintze, Dr. Heiner Geißler, Reimer Böge und Thomas Leimbach. Eberhard Diepgen erwähne ich deshalb nicht, weil er uns im Präsidium weiter beratend zur Seite stehen wird. Stellvertretend für all die, denen ich danken möchte, nenne ich Norbert Blüm.

(Beifall)

Lieber Norbert Blüm, ich möchte Ihnen für Ihre jahrzehntelange Arbeit im Bundesvorstand, im Präsidium und als stellvertretender Bundesvorsitzender ganz herzlich danken. Sie werden uns fehlen. Es war zwar nicht immer so, dass wir in allem hundertprozentig einer Meinung gewesen waren. Manchmal haben Sie Themen angesprochen, bei denen wir wussten, worum es gehen wird. Aber, lieber Norbert Blüm, ich würde mich freuen, wenn es möglich wäre, dass wir, wenn wir Rat suchen und Hilfe brauchen, weiterhin zu Ihnen kommen. Herzlichen Dank!

Ich bitte Sie, kurz nach vorne zu kommen, lieber Norbert Blüm. Weil Sie jetzt vielleicht etwas mehr Zeit haben, auch einmal mit Ihrer Frau zusammensitzen, haben wir uns gedacht, Blumen sind vergänglich, und deshalb möchten wir Ihnen als Anerkennung und Dank eine Flasche Bordeaux – St. Emilion, Grand Cru – schenken. Das kann sich die CDU gerade noch leisten. – Lieber Norbert Blüm, alles Gute, und bleiben Sie uns treu, auch wenn Sie in den Gremien nicht mehr vertreten sind.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angela Merkel! – Meine Damen und Herren, es sind Ihnen die gewählten Mitglieder des neuen Bundesvorstandes vorgelesen worden. Ich darf der Einfachheit halber fragen, ob eines der genannten gewählten Mitglieder die Wahl nicht annimmt. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ergibt sich aus dieser doppelten Verneinung, dass alle Gewählten die Wahl annehmen. Ich bedanke mich.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen und unsere Beratungen zu Punkt 16 vom gestrigen Tage fortsetzen, möchte ich erstens einem Geburtstagskind gratulieren, nämlich dem hessischen Delegierten Gottfried Milde jr. Lieber Herr Milde, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Zweitens darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass Angela Merkel seit gestern Nachmittag Hunderte von Glückwunschtelegrammen erhalten hat. Darunter sind zwei, von denen wir glauben, dass Sie von ihnen Kenntnis erhalten sollten, weil sie von Persönlichkeiten stammen, die mit der Christlich Demokratischen Union seit vielen Jahrzehnten in einer besonderen Weise verbunden sind. Helmut Kohl hat ein Glückwunschtelegramm an Angela Merkel gesandt,

(Beifall)

und Altbundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog hat ein Glückwunschtelegramm an Angela Merkel gesandt.

(Beifall)

Als Mitglied der CDU wünscht er uns ausdrücklich einen guten Aufbruch und eine gelingende Erneuerung der Partei in den kommenden Wochen und Monaten.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ZUM POLITISCHEN ANTRAG DES
BUNDESVORSTANDES „ESSENER ERKLÄRUNG“ (A)

Wir fahren hierzu mit den Beratungen fort. Bevor wir uns mit den A-Anträgen im Einzelnen befassen, rufe ich die Generaldiskussion zu der Essener Erklärung auf. Dazu liegen bisher zwei Wortmeldungen vor. Als Erster hat sich der sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf gemeldet. Lieber Herr Biedenkopf, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Wir wollen jetzt nach den großen Reden von Friedrich Merz und Edmund Stoiber die Essener Erklärung beraten. Ihre Überschrift lautet: Die Krise als Chance. Dass wir aus unserer Krise eine Chance machen können, haben wir an den letzten beiden Tagen, gestern und heute, bewiesen.

Wir wollen uns mit dieser Erklärung Aufgaben für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts stellen. Dass wir uns diese Aufgaben stellen, ist keine Selbstüberschätzung. Wir bauen auf – so steht es in der Essener Erklärung – auf den Leistungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von denen in den vorausgegangenen Reden schon viel gesprochen wurde.

Die Christlich Demokratische Union – lassen Sie uns das noch einmal ins Gedächtnis rufen, ehe wir das 21. Jahrhundert und seine Herausforderungen vermessen – hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts 36 Jahre lang regiert. Alle wesentlichen Entscheidungen, auf denen wir heute aufbauen, sind damals von CDU und CSU, zuerst unter der Führung von Konrad Adenauer, zuletzt – in den letzten 16 Jahren dieser Regierungszeit – unter der Führung von Helmut Kohl getroffen worden. Diese Entscheidungen haben Deutschland geprägt. Sie haben den Weg von der Vision der Westintegration, der europäischen Union, der sozialen Marktwirtschaft, der deutschen Wiederbewaffnung und Mitgliedschaft in der NATO, den Römischen Verträgen bis zur deutschen Einheit vorgezeichnet. Helmut Kohl hat mit den von uns allen getragenen Entscheidungen über den NATO-Doppelbeschluss und die Revitalisierung der europäischen Entwicklung die Voraussetzungen für diese Einheit geschaffen. Dass wir uns jetzt von einer westdeutschen CDU zu einer gesamtdeutschen CDU entwickeln konnten, ist in besonders eindrucksvoller Weise durch die Wahl unserer neuen Parteivorsitzenden gestern zum Ausdruck gebracht worden.

In dieser Zeit wurde der Kalte Krieg überwunden; die Bipolarität in Europa und der Welt ist zu Ende gegangen. Die große Vision der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich erfüllt.

In den zurückliegenden 10 bis 20 Jahren haben sich große Veränderungen in Europa und der Welt abgezeichnet. Diese Veränderungen stellen uns vor neue Aufgaben, und von

diesen neuen Aufgaben ist in der Erklärung von Essen die Rede. Ich möchte sie nur kurz rekapitulieren.

Meine Damen und Herren, die wichtigste große Veränderung, die das ganze 21. Jahrhundert prägen wird, ist die Veränderung in der Entwicklung unserer Bevölkerung. Die Weltbevölkerung explodiert, und die europäische Bevölkerung schrumpft. Daraus werden in vielfältiger Weise Spannungen, Herausforderungen, Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen entstehen. Wenn wir sie bewältigen wollen, müssen wir jetzt und in den nächsten Jahren die richtigen Entscheidungen treffen.

Die zweite Veränderung ist die Revolution der Arbeitswelt und der Wirtschaft.

Die dritte große Veränderung ist die voranschreitende europäische Erweiterung und Integration im großen Rahmen der Europäischen Union, einer Friedens- und Rechtsgemeinschaft, die vor allem die Freiheit schützen soll.

Schließlich wächst in vielen Teilen der Welt nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Armut. Das heißt, die Spannung zwischen Arm und Reich wird größer.

Aus diesen Veränderungen, die in meinen Augen die wesentlichsten sind, erwachsen die Aufgaben, die auf der Tagesordnung für das 21. Jahrhundert stehen. Die Veränderung in der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung berührt nicht nur die Rentenversicherung oder die Gesundheitspolitik. Sie berührt auch eine andere entscheidende Frage: Wie können wir in unserem Land die Fähigkeit zur Innovation, zur weiteren Entwicklung des Landes, zur Aufnahme des Neuen und damit die Voraussetzungen für Spitzenleistungen im weltweiten Wettbewerb auch dann erhalten, wenn die Bevölkerung älter wird?

Daraus ergeben sich Konsequenzen für unser Bildungssystem, für die Neugestaltung unserer Universitäten und Hochschulen.

Das lebenslange Lernen, von dem wir schon immer gesprochen haben, nimmt eine ganz neue Gestalt an. In zehn oder zwölf Jahren werden die Universitäten nicht nur Studenten ausbilden, sondern auch Menschen, die aus dem Beruf zur Universität zurückkehren. Wir werden dann Studiengänge für 40- und 50-Jährige haben. Wir werden eine neue Gestaltung des Unterrichts, der Forschung und der Lehre in den Hochschulen entwickeln müssen, um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Wir können bei all diesen Aufgaben auf guten Grundlagen aufbauen: dem Zukunftsprogramm vom Mai 1998 und den Erfurter Leitsätzen vom April 1999. Beide sind in die Essener Erklärung eingegangen.

Im Bereich von Wirtschaft und Arbeit wird die normale Vollzeitätigkeit immer stärker an Bedeutung verlieren. Die Arbeitswelt wird zunehmend von einer Vielfalt der Tätigkeiten, vom Wechsel von selbstständiger zu abhängiger Arbeit und wieder zurück gekennzeichnet sein. Der Arbeitsplatz wird nicht mehr der primäre Ort sozialer Integration sein. Das bedeutet, dass andere Orte sozialer Integration an Bedeutung gewinnen, unter ihnen vor allem die Gemeinde, aber auch andere Formen sozialer Interaktion und Zusammenarbeit. In einer veränderten Arbeitswelt werden die Menschen mehr und mehr Halt in Bereichen suchen und finden, die außerhalb der Arbeitswelt liegen.

Dies wird nach meiner Überzeugung zu einer Renaissance des Gemeindelebens, der Kommunalpolitik führen. Die Kommunalpolitik und die Gemeinden werden Aufgaben nicht nur im finanziellen und sozialen Bereich, nicht nur in der Administration, sondern auch als Lebensmittelpunkt der Menschen erhalten und wieder übernehmen müssen, die wir eine Zeitlang – und zwar lange – auch an den Arbeitsplatz und die Unternehmen delegiert haben.

Als wir vor 30 oder 40 Jahren über Unternehmensreform oder -mitbestimmung sprachen, war das Unternehmen ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Sozialverband für Millionen von Menschen. Dieser stabile, mit auf Dauer angelegten Arbeitsplätzen verbundene Sozialverband hat sich grundlegend verändert. Auf diese Veränderungen müssen wir antworten, und zwar nicht nur im Bereich der Sozialpolitik, sondern auch in einer ganzen Reihe anderer Bereiche.

Die Erweiterung Europas – auch sie wird in der Essener Erklärung angesprochen – hat eine ganze Reihe von Dimensionen. Edmund Stoiber hat – wie vorher auch Friedrich Merz – bereits über die Notwendigkeit der Neugestaltung der Zuständigkeiten in Europa gesprochen. Das ist ein scheinbar abstraktes Thema. Zuständigkeitsfragen sind aber Machtfragen. In diesem Zusammenhang wird über die Machtverteilung in Europa gesprochen. Deutschland kann in Europa nur als ein Bundesstaat leben und integriert werden, indem innerhalb Deutschlands die Machtverteilung durch die Bundesländer stattfindet. Ein zentralistisches Deutschland ist mit Europa nicht vereinbar. Deshalb muss nicht nur in der deutschen, sondern auch in einer europäischen Verfassung festgehalten werden, dass wir in Deutschland eine bundesstaatliche Ordnung brauchen und dass diese durch die zukünftige Entwicklung Europas respektiert werden muss. Ohne den Respekt für die bundesstaatliche Ordnung in Deutschland hat ein europäischer Verfassungsvertrag keine Chance.

(Beifall)

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die europäische Entwicklung eine auf lange Zeit angelegte Entwicklung sein wird. Ich habe heute Morgen die Gelegenheit gehabt, mit dem chinesischen Botschafter zu sprechen, der mir gesagt hat, man rechne in China bei den Entwicklungen, insbesondere bei der Einbeziehung der westlichen Teile des Landes in die dynamische Entwicklung im östlichen Teil des Landes, in Zeiträumen von Generationen. Wir werden keine Zeiträume von Generationen brauchen, aber wir werden mit Sicherheit den Zeitraum von ein oder zwei Generationen brauchen. Denn das, was jetzt geleistet werden muss – die Einbeziehung von 100 Millionen Menschen in die Europäische Union durch die Erweiterung –, ist nicht nur eine Frage der Finanzen oder der Bewilligung von Fördermitteln oder der Übertragung von Normen aus Brüssel nach Prag, Warschau, Budapest, Vilnius oder in andere ost- und mitteleuropäische Städte. Es stellt sich vielmehr die Frage der Einbeziehung in ein Normen- und Denksystem der hoch entwickelten Industrienationen. Dafür brauchen die Menschen Zeit. Wenn wir ihnen diese Zeit nicht lassen, antworten sie auf Unsicherheiten, in denen sie leben, mit Angst vor dieser Entwicklung. Aus dieser Angst erwachsen neue Spannungen, Renationalisierungen, neue Fremdenfeindlichkeit und damit genau all das, was wir in Europa überwinden wollen.

(Beifall)

Deshalb müssen wir diesen Erweiterungsprozess mit Augenmaß betreiben, ohne das Ziel aus dem Blick zu verlieren.

Wir brauchen eine Weitergabe unseres Wissens aus den hochentwickelten Industrienationen, vor allen Dingen aber auch aus unseren eigenen Erfahrungen mit der deutschen Einheit an unsere Nachbarn im Süden und im Osten, die in die Europäische Union hineinwollen. Wir werden diese Erfahrungen gerade durch die Bundesländer weitergeben können. Unsere bundesstaatliche Ordnung hat nicht nur den Vorteil, dass sie ein Macht verteilendes Prinzip verwirklicht. Unsere bundesstaatliche Ordnung hat auch den Vorteil, dass die Länder Anwälte guter Nachbarschaft sind – über die Grenzen hinaus in andere europäische Länder.

Wir stehen vor den Herausforderungen der Weltmärkte, vor der Globalisierung. Angela Merkel hat uns gestern daran erinnert – dafür war ich besonders dankbar –, dass der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft nicht in erster Linie einen materiellen Inhalt hat, sondern eine ethische Idee ist. Sie hat richtigerweise gesagt: Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Teil der freiheitlichen Ordnung. – Wenn sich die Märkte nun weltweit ausdehnen, muss diese Ausdehnung jene ethische Bindung mit vollziehen. Es kann und darf nicht passieren, dass Wirtschaftsmacht aus dem Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft ausbricht, indem sie sich weltweit engagiert und die bisherigen Bindungen, die ethischen Bindungen, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinter sich lässt

(Beifall)

und damit die Soziale Marktwirtschaft zu einer leeren Hülse wird, über die sich diejenigen, die weltweit agieren, die Global Players, nicht mehr besonders aufregen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, das heißt die Bindungen von Macht zum Schutz der Freiheit, weltweit ihre Wirkungen entfalten können.

(Beifall)

Dabei werden uns die neuen Kommunikationsmöglichkeiten, wenn wir sie richtig nutzen, ebenso behilflich sein wie den Unternehmen, die zu Global Players werden. Das Internet muss nicht nur ein Erfolg der Internationalisierung der Wirtschaft sein. Das Internet kann auch ein wertvolles Instrument für die Internationalisierung der ethischen Bindungen der Wirtschaft sein. So möchte ich es auch eingesetzt wissen.

Schließlich werden wir in diesem 21. Jahrhundert in besonders intensiver Weise mit den wachsenden Unterschieden zwischen Reich und Arm auf unserer gemeinsamen Erde konfrontiert werden. Liebe Freunde, wenn das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 2,5 Prozent wächst, gibt es viele von uns, die sagen, das sei nicht genug.

Tatsächlich bedeutet das, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in einem Jahr um 100 Milliarden DM zunimmt oder um 1 200 DM pro Kopf der deutschen Bevölkerung. Das heißt, am Ende eines Jahres mit 2,5 Prozent Wachstum sind wir real – inflationsbereinigt – im statistischen Mittel jeder um 1 200 DM wohlhabender. Das Bruttoinlandsprodukt in Indien beträgt pro Kopf insgesamt 700 DM im Jahr. Also wächst in Deutschland bei 2,5 Prozent Wachstum das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt in Indien.

In dem Maße, in dem diese Entwicklungen fort dauern, werden die Diskrepanzen größer. Diese Diskrepanzen werden sich nicht mehr in irgendeiner fernen Welt abspielen, sondern sie werden durch die internationale Vernetzung aller internationalen Informationen immer mehr in unser Leben eindringen – und wenn aus keinem anderen Grund, dann in immer stärkerem Maße als eine Mahnung, als eine ethisch-moralische Irritation, die wir auf die Dauer nur ablegen können, wenn wir uns entscheiden, Zyniker zu werden. Das werden wir nur können, wenn wir unsere eigenen moralischen Bedingungen infrage stellen. Insofern besteht ein viel tiefgreifenderer Zusammenhang, als wir ihn erkennen können, wenn wir nur über die ökonomische Seite der Globalisierung sprechen. Denn was die Globalisierung wirklich bedeutet – die Welt als ein Dorf –, ist: Ich sehe immer mehr, wie mein Nachbar woanders lebt. Alleine diese Bilder werden uns immer mehr zu der Frage leiten, ob wir das auf Dauer so akzeptieren können.

Die Agenda für das 21. Jahrhundert war und ist nach meiner Überzeugung immer eine Aufgabenstellung für Jüngere. Deshalb werden Sie verstehen, dass ich über die Ergebnisse dieses Parteitages besonders glücklich bin. Hier hat ein Führungswechsel und ein Generationenwechsel stattgefunden, der dazu führt, dass jetzt diejenigen, deren Lebensspanne – wenn es nach der Lebenserwartung geht – fast die gesamte erste Hälfte des 21. Jahrhunderts betragen wird, die Aufgabe übernehmen, diesen Zeitraum politisch zu gestalten. Es ist so: Die Lebenserwartung der geburtenstarken Jahrgänge, aus denen sich die neue Führung zu einem wesentlichen Teil rekrutiert, reicht bis in die Mitte dieses Jahrhunderts und die Lebenserwartung ihrer Kinder oder meiner Enkel bis gegen Ende dieses Jahrhunderts. Liebe Freunde, wenn wir über die Agenda des 21. Jahrhunderts reden, reden wir von einem Zeitraum, der schon bevölkert ist. Das ist keine abstrakte Aufgabe, es ist eine konkrete Herausforderung.

Unsere Aufgabe als Union in den kommenden Jahren - beginnend von heute an – wird es sein, mit der Ehrlichkeit, die notwendig ist, die neuen Wirklichkeiten zu erkennen, mit der Offenheit, die notwendig ist, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, mit der Phantasie, die notwendig ist, die richtigen Fragen zu stellen, und mit dem Ehrgeiz, der Kraft und der Entschlossenheit, die notwendig sind, um die richtigen Antworten zu finden, mit der Arbeit an dieser Agenda zu beginnen. Ich bin überzeugt davon, dass wir nach dem großen Erfolg der Gestaltung des Fundaments in den zurückliegenden 50 Jahren für diese Aufgabe jetzt die Kraft mitbringen, mit der neuen Führung, mit der neuen Entschlossenheit, mit der neuen Offenheit die Agenda für das 21. Jahrhundert anzupacken.

Lassen Sie mich zum Schluss noch dieses sagen: Wenn das nicht in den nächsten zehn bis 15 Jahren gelingt, dann wird das sehr schwierig. Denn dann werden diejenigen, die die Aufgabe jetzt übernommen haben – das liegt nun einmal in der Natur der Sache –, nicht mehr in der gleichen Weise offen und zukunftsorientiert denken. Aber nachfolgen werden die geburtenschwachen Jahrgänge. Die Wählerschaft in Deutschland wird immer älter werden. Ich möchte, dass wir alle gemeinsam in der neuen Führung, die Älteren und die Jüngeren, in dieser Tagesordnung für das 21. Jahrhundert unsere neue große Herausforderung sehen – eine Herausforderung, die die Union aufnimmt und die dadurch, dass sie sie aufnimmt, den Menschen im Land wieder Hoffnung macht. Wir wollen daran arbeiten, dass aus dieser Hoffnung Wirklichkeit wird. Wir wollen ebenso wie die zweite Hälfte des 20. auch die erste

Hälfte des 21. Jahrhunderts prägen. Mit der Essener Erklärung stellen wir uns dieser Aufgabe. Deshalb bitte ich Sie, ihr zuzustimmen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrte Damen und Herren! Wir wollen mit der Essener Erklärung durch Beschluss des Parteitages demonstrieren, dass wir zur Sachpolitik zurückgekehrt sind. Ich danke Kurt Biedenkopf für die Einführung in die Essener Erklärung, die wir dann Punkt für Punkt beschließen worden. Er hat mit der Klarheit, die wir von ihm gewohnt sind, dargelegt, worum es geht. – Als nächster Redner in der Generaldebatte hat sich Kurt-Dieter Grill aus Niedersachsen zu Wort gemeldet.

Kurt-Dieter Grill: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vieles von dem, was Kurt Biedenkopf hier vorgetragen hat, kann ich auf das beziehen, was Inhalt meines Beitrages ist, sowohl was die Essener Erklärung als auch was den folgenden Tagesordnungspunkt zur Bildungspolitik angeht. Herr Biedenkopf, wenn wir die zentralen Aufgaben, die sich aus einer wachsenden Weltbevölkerung und der Tatsache, dass wir in einem globalen Dorf leben – wir sehen, wie der Andere lebt –, beschreiben, so wie Sie das getan haben, dann gehört im positiven wie im negativen Sinne zu der ökonomischen und sozialen Betrachtung die Wahrnehmung der ökologischen Dimension dazu. Was mir bei der Essener Erklärung und der Agenda für das 21. Jahrhundert fehlt, ist die ökologische Dimension des 21. Jahrhunderts. Sie findet in dieser Essener Erklärung nicht den Niederschlag, den sie aufgrund ihrer zentralen Funktion als Lebensgrundlage des Menschen einnehmen müsste.

Wolfgang Schäuble hat gestern davon gesprochen, dass es darum gehe, gerechte Lebenschancen überall auf der Welt zu schaffen, und hat gesagt, die neue soziale Marktwirtschaft sei in ihrer ökonomischen und sozialen Dimension auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Das wird sie aber nur sein, wenn wir in der neuen sozialen Marktwirtschaft die Ökologie nicht vergessen. Deshalb sollten wir wieder den Begriff aufnehmen, über den wir schon in Hamburg gestritten haben, und von einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft sprechen.

Die Union hat eine Antwort auf die Herausforderungen der Nachhaltigkeit, als Konsequenz aus den Verabredungen internationaler Politik, die in Rio – nicht zuletzt von Helmut Kohl, Angela Merkel und Klaus Töpfer – auf den Weg gebracht worden sind. Deswegen glaube ich, dass wir die Essener Erklärung nicht nur um das ergänzen müssen, was der Bundesfachausschuss Umwelt und Energie zur Ergänzung vorgeschlagen hat, sondern dass wir darüber hinaus ein Kapitel beschreiben müssten, das die ökologische Herausforderung des 21. Jahrhunderts darstellt.

Hier ist in der einen oder anderen Rede gesagt worden, es gehe darum, Markt und Menschlichkeit miteinander zu versöhnen. Liebe Freunde, die Union hat in den letzten 16 Jahren gezeigt, dass man nicht nur Markt und Menschen, Ökonomisches und Soziales, verknüpfen sollte, sondern dass wir in der Lage sind, auch Markt und Ökologie miteinander zu versöhnen.

Dies ist ein Pfund aus unserer Arbeit der letzten 16 Jahre. Ich will nur daran erinnern, dass es die Union war, die die ökologische Blockade der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten 1983 weggefegt hat, mit Friedrich Zimmermann am Anfang.

In die ethischen Bindungen, die Kurt Biedenkopf für die soziale Marktwirtschaft reklamiert hat, gehört auch die Verantwortung für die Ökologie. Das muss sich in unseren Programmsätzen wiederfinden. Die Essener Erklärung nimmt zum Beispiel den Begriff der Umweltbildung überhaupt nicht auf. Ich halte das für ein schweres Versäumnis.

(Vereinzelt Beifall)

Ich halte es für ein Versäumnis, dass wir nicht klar machen, dass zur Bildungspolitik nicht nur Humanität, soziale Verantwortung oder Wohlstand gehören. Wir können Wohlstand nur verantworten, wenn er nicht zu Lasten der Natur erworben wird, sondern mit der Natur pfleglich umgegangen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen mahne ich an, dass wir in dem, was wir aufschreiben – das gilt für die Essener Erklärung, das gilt für die Bildungspolitik –, unseren Grundsatzbeschluss von Hamburg nicht vergessen. Die CDU hat in Hamburg nach einem intensiven Streit beschlossen, dass wir die ökologische und soziale Marktwirtschaft haben wollen. Das war unser programmatischer Ansatz. Doch das, was hier aufgeschrieben ist, enthält den Begriff „ökologisch und sozial“ nicht. Wir müssen entscheiden, ob wir das in Zukunft wieder weglassen oder ob wir das, was wir im Grundsatzprogramm, dem ersten gesamtdeutschen Grundsatzprogramm, in jeder unserer programmatischen Äußerungen wieder auftauchen lassen. Es muss fester Bestandteil sein.

Denn wir haben mit der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft das Instrument der Nachhaltigkeit in der Hand. Ich sage das, weil die Linken, insbesondere die Grünen, das Wort Nachhaltigkeit in einer bewusst diffusen Auslegung als neues Kampfinstrument und nicht als die Verantwortung für ökonomisches, soziales und ökologisches Handeln im Sinne des Dreiklangs, im Sinne der Dreifaltigkeit – wie man das so zu nennen pflegt – interpretieren.

Die Marktwirtschaft hat bewiesen, dass sie nicht nur die sozialen und ökonomischen Probleme lösen kann. Vielmehr ist 1989 und 1990 deutlich geworden, dass die soziale Marktwirtschaft, weil sie längerfristig denkt, als das, was wir bis 1989 auf der anderen Seite gehabt haben, die ökologische Aufgabe nachhaltiger bewältigen kann, als jedes andere politisch-ökonomische System im globalen Maßstab.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass wir die Frage der Ökologie in die Betrachtung unserer fundamentalen Lebensgrundlagen einbeziehen müssen. Sie, Herr Biedenkopf, haben etwas zu der Frage Europa, lange Zeiträume und Ungeduld gesagt. Ich füge hinzu: Eine der schwierigsten Aufgaben der Osterweiterung der Europäischen Union wird die Bewältigung der ökologischen Probleme sein, die damit verbunden ist. Die Ökologie – damit verbunden europäische Standards und Herausforderungen an den Zustand der Umwelt und der Umwelttechnik in den osteuropäischen Ländern – wird eine der größten finanziellen Herausforderungen bei der Osterweiterung sein.

Wir selber haben in unserer Maßgabe, dass christliche Verantwortung die Natur einschließt, 1990 Umweltpolitik als eine Weltfriedenspolitik beschrieben. Was hindert uns daran, das auf

die Agenda des 21. Jahrhunderts zu nehmen? Denn wenn die Zahl der Menschen wächst – das bestreitet ja niemand –, dann bedeutet das zuallererst die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen, von Wasser und Energie. Das ist unsere Verantwortung, die mir in der Agenda 21 zu kurz kommt.

Lassen Sie mich schließen mit einer Bemerkung, meine Damen und Herren, warum ich heute und an dieser Stelle das einbringe. Jeden Tag wird klarer, dass Rot-Grün nicht in der Lage ist, diese zentralen Herausforderungen zu beantworten. Unter Grünen verkommt die Umweltpolitik. Warum, meine Damen und Herren? Weil mit Jürgen Trittin jemand Umweltminister geworden ist, für den Umweltpolitik das Vehikel des Sozialisten zum Weg an die Macht gewesen ist und keine Herzensangelegenheit.

(Vereinzelt Beifall)

Man sagt, er kennt außer dem Kernenergieausstieg kein Thema. Bei der Klimapolitik versagt er. Es gilt das Wort meines Freundes Jürgen Gansäuer: Trittin ist unbestechlich; er nimmt noch nicht einmal Vernunft an.

(Vereinzelt Beifall)

Weil Grün versagt und weil wir Ende der 80er Jahre eine erfolgreiche, nicht nur nationale, sondern auch europäische und globale Umweltpolitik begonnen haben, sollten wir im Sinne bester konservativer Wurzeln die ökologische Herausforderung genauso auf die Agenda nehmen wie die ökonomische und die soziale. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle: Herzlichen Dank an Kurt-Dieter Grill für die Beleuchtung der ökologischen Dimension, die in unserem Grundsatzprogramm fest verankert ist. Die Essener Erklärung soll ja kein neues Grundsatzprogramm sein. – Als nächster hat sich Peter Jungen aus Nordrhein-Westfalen zu Wort gemeldet.

Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in der Generaldebatte auf ganz wenige Punkte beschränken,

(Vereinzelt Beifall)

die mir im Hinblick auf die Diskussion über die Globalisierung besonders wichtig erscheinen. Es heißt mittendrin: Dies wird große Auswirkungen auf die Arbeitswelt haben.

Meine Damen und Herren, die Frage ist: Nur dort? Wird es nur Auswirkungen auf die Arbeitswelt haben oder sind es vor allen Dingen Veränderungen, die sich für die Wirtschaftsstrukturen und die Gesellschaftsstrukturen ergeben, zu deren Veränderungen natürlich die Arbeitswelt gehört? Manchmal habe ich den Eindruck – auch bei der Lektüre dieses Papieres, aber vor allen Dingen bei vielen Diskussionsbeiträgen in den letzten ein oder zwei Jahren in der Partei – , dass wir entweder den Blick für das verdrängen, was in der Welt stattfindet, oder vielleicht sogar Angst vor der Globalisierung haben. Ich bin froh, dass Frau Merkel gestern sehr deutlich gemacht hat – ich finde, sie ist sogar schon weiter gegangen, als der Antrag formuliert –, dass dazu keine Veranlassung besteht. Wieso sollten wir eigentlich Angst davor haben? Kein Land

der Welt hatte nach dem Zweiten Weltkrieg mehr von der sogenannten Globalisierung profitiert als wir. Da hieß es nur anders.

Was ist denn schlecht daran, dass heute mehr Menschen daran teilnehmen können als in den 50er- und 60er Jahren? Ist es christlich, sich gegen den Wunsch anderer Länder und anderer Erdteile abzuschotten in der Weltwirtschaft mitzumachen? Gilt Solidarität nur im eigenen Land oder gilt sie nicht gerade den Armen dieser Welt gegenüber, die sich jetzt selbst helfen wollen, die keine Almosen, sondern sich selber helfen, die teilnehmen wollen? Ist es nicht solidarischer, ihnen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, als uns abzuschotten?

Meine Damen und Herren, gerade unter dem Gesichtspunkt der Grundwerte unserer Programme müssen wir da mutiger werden. Wir haben keinen Grund zur Verzagttheit. Es gibt Menschen in unserem Land, die Angst haben, zum Teil aus Unwissenheit. Hier hat die Politik die Aufgabe die Menschen aufzuklären statt – wie ich manchmal den Eindruck habe – die Angst vor der Globalisierung noch zu verstärken. Das wäre ein Versagen der Politik. Denn davonlaufen können wir sowieso nicht.

Lester Thurow hat vor kurzem in einem Buch den Satz geschrieben – ich finde, er passt sehr gut –: Gesellschaften, die von Ängstlichen beherrscht werden, sind niemals wohlhabende Gesellschaften. Wenn das richtig ist, meine Damen und Herren, dann sind wir in den letzten Jahrzehnten, als die Union regiert hat, nicht von Ängstlichen regiert worden. Sonst wären wir heute kein wohlhabendes Land. Ich sage: noch kein wohlhabendes Land.

Im Papier heißt es – das ist die richtige Richtung –: Niedrige Staatsquote, Absenkung von Steuer- und Abgabenlast, flexible arbeitsrechtliche Strukturen – das mache es möglich, die Dynamik der Wirtschaft freizusetzen und Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist richtig. Aber reicht es denn aus, meine Damen und Herren?

Wir müssen auch die Frage stellen – alle Gruppen dieser Partei müssen ergebnisoffen diskutieren, was wir noch verkraften können –: Hat sich der Sozialstaat nicht so entwickelt, dass er in vielen Fälle unsozial wird? Die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz sagt dazu: Ziel dieser Reformen muss es sein, die soziale Sicherung zu gewährleisten, nämlich für diejenigen Vorsorge zu schaffen, die durch Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter in finanzielle Not geraten sind.

Manche sagen, das Ende des rheinischen Kapitalismus sei gekommen. Das hat natürlich nichts mit der Neuwahl unserer Frau Vorsitzenden zu tun. Es hat vielmehr damit etwas zu tun, dass eine ganz bestimmte Vorstellung von Kooperatismus möglicherweise nicht mehr besteht.

Wir können etwas von den angelsächsischen Ländern lernen – nicht alles, aber vieles –, was wirtschaftliche Dynamik, Durchsetzung von Innovationen und Förderung von Unternehmern bewirken können. Wir können nämlich lernen, wie Wachstum und Beschäftigung entsteht. Es ist in den letzten zehn Jahren eindeutig feststellbar, dass ein Transformationsprozess in eine moderne, innovationsgetriebene, durch eine große Zahl von Neugründungen beherrschte Volkswirtschaft stattgefunden hat. Das Resultat ist: Die Beschäftigung ist seit den 70er-Jahren in den USA um 60 Prozent gestiegen, im OECD-Bereich – einschließlich der

USA – um 37 Prozent und in Deutschland um magere 5 Prozent. Wir müssen in diesem Zusammenhang einmal darüber nachdenken, ob wir in Deutschland einen Mangel an Arbeit oder nicht vielmehr einen Mangel an Arbeitgebern und Unternehmen haben. Die Unternehmen in Amerika sind offensichtlich besser in der Lage, die Rahmenbedingungen für Neugründungen in Millionenhöhe zu nutzen.

Unsere Zahl der Selbstständigen liegt weit unter dem Durchschnitt der OECD. Sie lag einmal weit darüber. Es ist notwendig, hier zu einer Änderung zu kommen. In den 60er-Jahren kamen vier Selbstständige auf einen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Heute kommen zwei Mitarbeiter im öffentlichen Dienst auf einen Selbstständigen. Diese Zahl zeigt deutlich, wie bei uns die Entwicklung in die falsche Richtung geht.

Die Zahl der jungen Unternehmen wächst zu langsam. Während in den USA die seit 1985 gegründeten Unternehmen mit einem Umsatz von über 100 Millionen Dollar in bestimmten Teilbereichen einen Anteil von 50 Prozent haben, liegt in Deutschland der Anteil deutlich unter 20 Prozent. Hier zeigt sich, dass uns die Dynamik dieser Gründer- und Unternehmerkultur der USA bis heute noch nicht erreicht hat.

Ich will noch etwas zur aktuellen Situation bezüglich der IT-Spezialisten sagen. Ich habe das Gefühl, dass die Diskussion in unserem Lande ein bisschen an der tatsächlichen Problematik vorbeigeht. In Nordkalifornien sind 1998 60 Prozent der neuen Unternehmen im informationstechnologischen Bereich von Asiaten gegründet worden, die entweder selbst oder deren Eltern eingewandert sind. Gestern ist eine Studie von „Business Week“ veröffentlicht worden. In ihr wurden die wichtigsten 50 IT-Spezialisten der Welt aufgelistet. Unter diesen 50 Personen befinden sich viele, deren Namen Sie alle kennen, zum Beispiel Steve Jobs und Bill Gates. Aber darunter befindet sich nicht ein einziger Europäer, aber eine ganze Reihe von Asiaten. Wir sollten einmal darüber nachdenken, ob wir so weitermachen können. Wir sollten zu einer anderen Vorstellung von Gründer- und Unternehmerkultur kommen.

Eine gerade veröffentlichte Studie über Unternehmerkultur, die in allen G7-Ländern durchgeführt wurde, zeigt ein erschreckendes Ergebnis: In Deutschland werden die Folgen normaler unternehmerischer Handlungen – also Erfolg haben, Wohlstand und Beschäftigung schaffen sowie reich werden – und die möglicherweise negativen Folgen – also Misserfolg haben oder sogar in Konkurs gehen – gleichermaßen negativ von der Bevölkerung beurteilt. Das sollte uns einmal zu denken geben. Wie wollen wir junge Menschen ermuntern, Risiken einzugehen, wenn sie gleichermaßen – egal, ob es gut oder schlecht läuft – schief angesehen werden?

Selbst die EU-Kommission hat in ihrer neuen Organisationsstruktur eine neue Generaldirektion „Unternehmer“. Die Aufgabe dieser Generaldirektion ist: Förderung des Unternehmergeistes. Es wird also nicht von der Förderung des Unternehmensgeistes gesprochen. Vor diesem Hintergrund muss ich feststellen: In dem Antrag, den wir nachher verabschieden, taucht das Wort Unternehmer nicht ein einziges Mal auf. Man muss sich fragen, was sich die Verfasser dabei gedacht haben. Ist es Absicht oder nur Zufall? Ich hoffe, dass es Zufall ist. Denn: Wenn es Absicht wäre, würde es bedeuten, dass wir von der Dynamik, die sich insbesondere in den angelsächsischen Ländern ausgebreitet hat, bis heute eigentlich nichts verstanden haben.

(Vereinzelter Beifall)

– Offensichtlich sitzen einige Unternehmer im Saal, die wissen, was ich meine. Es sind aber immer noch viel zu wenige. – In den USA ist der Unternehmer für die Durchsetzung von Innovationen wiederentdeckt worden. Das zeigt die hohe Zahl von Neugründungen. Innovationen lassen sich leichter über Neugründungen als über bestehende Strukturen einführen.

Was bedeutet eigentlich „neue Ökonomie“? Sie ist durch die Durchsetzung von Innovation, durch große Produktivitätssprünge, hohe Beschäftigungszuwächse und starkes Wachstum gekennzeichnet. Die USA haben im elften Jahr ein durchschnittliches Wachstum von über 4 Prozent. Im letzten Quartal betrug es über 7 Prozent. Das muss uns sehr zu denken geben.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung hat zur Ziffer 12 einen Ergänzungsantrag eingebracht. Er enthält das Wort Unternehmer. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, könnten Sie dafür sorgen, dass das Wort Unternehmer wenigstens ein einziges Mal vorkommt.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur Steuerpassage machen, in der geschrieben steht, dass die Unternehmensteuerreform nicht in erster Linie Großfusionen fördern darf. Ich frage mich seit Wochen, was das eigentlich heißt. Sollte sich diese Passage auf eine Anfang März bekannt gewordene Fusionsabsicht bezogen haben? Wenn dem so ist, dann muss man sagen, dass das völlig an der Sache vorbeigeht; denn sie würde nach dem Umwandlungssteuergesetz stattfinden, welches die CDU beschlossen hat und welches nicht Teil des Programms der neuen Regierung ist.

Die steuerfreie Veräußerung von Kapitalgesellschaften führt ja eben nicht zu Fusionen, sondern – im Gegenteil – sie führt dazu, dass Kapital frei gesetzt wird und dass es bei der entsprechenden Steuerstruktur im Unternehmen bleibt. Wenn wir uns gegen Großfusionen aussprechen, dann sollten wir nicht den Eindruck erwecken, wir hätten in diesem Punkt Vorurteile. Alle Unternehmen, ob große oder kleine, haben ihre Funktion. Das Wichtigste ist, dass sie schnell wachsen.

Die Nichtdiskriminierung von Unternehmern gegenüber Kapitalgesellschaften hinsichtlich der Besteuerung ist das Entscheidende. An der Stelle müssen wir nachbessern. Zu diesem Zweck ist der Antrag gestellt worden.

(Zuruf: Bevorzugung!)

– Aus dem Saal kommt der Einwand Bevorzugung. Wir wären schon mit einer Nichtdiskriminierung zufrieden. Auch wir haben es während unserer Regierungszeit nicht geschafft. Eigentlich sollte der § 34 des Einkommensteuergesetzes von uns abgeschafft werden. Wir sollten deshalb jetzt alles tun, um bei den Beratungen im Bundestag und Bundesrat darauf hinzuwirken, dass nicht nur die Nichtdiskriminierung durchgesetzt wird, sondern dass es – wenn möglich – eine Bevorzugung derjenigen gibt, die ein persönliches Risiko tragen.

Wir brauchen vor dieser Entwicklung keine Angst zu haben. Auch gestern wieder haben einige aus unseren Reihen von Neoliberalismus, Turbokapitalismus und voodoo economics gesprochen. Die meisten übersehen, dass der Neoliberalismus eine der wesentlichen geistigen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft ist. An diese Quelle sollten wir uns gelegentlich erinnern.

(Vereinzelter Beifall)

Wir sollten doch nicht unsere Gründerväter mit einem Schlagwort beschimpfen, das die meisten nur als Kampfmittel und nicht zur Beschreibung der Realität benutzen.

Der Herausgeber des „Wallstreet Journal Europa“ hat vor kurzem in einer Konferenz gesagt: Ich weiß gar nicht, worüber sich die Europäer so aufregen. Im Grunde genommen hat die Globalisierung einen europäischen Hintergrund. Die heutige Welt ist im Wesentlichen auf europäischen Standards, Werten und Konzepten gegründet.

Eine Bemerkung am Rande: Das World Wide Web – jeder nennt es nur „www“ – ist keine amerikanische Erfindung. Es ist von einem Engländer erfunden worden, der in Oxford ausgebildet wurde und am European Center for Nuclear Research (CERN) in Genf gearbeitet hat. Die Europäer haben häufig mit den Erkenntnissen ihrer wissenschaftlichen Forschung nichts angefangen. Diese wurden in Amerika umgesetzt. Darüber sind wir gelegentlich überrascht und wir wissen nicht, was wir mit den Erfindungen, die von Amerika zu uns kommen, anfangen sollen. Ein bisschen mehr Mut! Keine Verzagtheit! Die Europäer haben die Entwicklungen in der Vergangenheit mehr beeinflusst, als wir es selber heute wahrnehmen. Viele Ideen sind von Europa nach Amerika „ausgewandert“, wurden dort mit Erfolg umgesetzt und kommen jetzt an den Ausgangspunkt zurück.

Lassen Sie mich mit einem chinesischen Sprichwort schließen, das ich vor einem Jahr in Erfurt benutzt habe – damals konnte ich mir noch nicht vorstellen, wie viele Veränderungen es in zwölf Monaten geben kann –:

Wenn die Winde der Veränderung wehen, was machen die Leute? Die einen bauen Mauern, die anderen bauen Windmühlen.

In diesem Sinne sollten wir lieber Mauern niederreißen und Windmühlen bauen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Jungen. Als letzter Redner in der Generaldebatte hat sich Dr. Peter Liese aus Nordrhein-Westfalen zu Wort gemeldet.

Dr. Peter Liese: Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz drei Gedanken zu unserem Thema „Zur Sache“ vortragen. Diese haben sehr viel mit der Essener Erklärung zu tun. Ich unterstütze diese Erklärung. Aber wir alle sollten uns auch darüber klar sein, was wir beschließen und dass wir unsere neue Führung auch dann unterstützen müssen, wenn uns der Wind wieder einmal ins Gesicht bläst.

Zur Sache: Wir wollen die Regierung angreifen und gute Oppositionsarbeit machen. Ich hatte in den letzten Wochen den Eindruck, dass wir über die Frage, wie wir dies machen, einige Meinungsverschiedenheiten hatten, wenn nicht in der CDU, so doch zwischen CDU und CSU. Vielleicht wird noch immer die Debatte geführt, ob wir als Opposition nur die Aufgabe haben, zu kritisieren und draufzuhauen, oder ob wir auch eigene Konzepte entwickeln sollen und ob wir unbequeme Wahrheiten auch dann aussprechen müssen, wenn uns das in den Umfragen nicht sofort positive Zustimmung bringt. Ich plädiere für Letzteres.

Ich danke Herrn Ministerpräsidenten Stoiber, dass er einige Äußerungen, die in den letzten Wochen von der CSU kamen, relativiert hat; denn wir müssen Glaubwürdigkeit zurückgewin-

nen. Glaubwürdigkeit gewinnt man nicht mit Populismus, sondern nur mit glaubwürdigen und überzeugungsfähigen Konzepten. Daran müssen wir arbeiten.

Ich möchte kurz zwei Sachpunkte ansprechen. Der erste ist das Thema Energie- und Umweltpolitik. Angela Merkel und Friedrich Merz haben sehr viel Gutes dazu gesagt. Sie haben auch deutlich gemacht, dass wir an der Kernenergie festhalten müssen und den Ausstiegskurs der rot-grünen Bundesregierung nachhaltig kritisieren müssen. Auch das ist nicht überall populär. Aber wir müssen es um der Sache willen tun, nicht nur deshalb, weil es ökonomischer Unsinn ist, wenn man nach dem nationalen Ausstieg den Atomstrom dann im Rahmen des europäischen Binnenmarktes aus Frankreich oder aus der Ukraine bezieht, sondern auch aus umweltpolitischen Gründen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus dem europäischen Ausland nennen: Die Grünen behaupten immer, man könne aus der Kernenergie aussteigen, ohne zusätzlich Schadstoffe in die Luft zu pusten. Das ist reine Theorie. Schweden hat in den letzten Monaten mit dem Ausstieg aus der Kernenergie begonnen. Aber Schweden will nicht wie Deutschland oder Großbritannien seinen Schadstoffausstoß drastisch reduzieren. Schweden will seinen CO₂-Ausstoß sogar noch erhöhen. Der Grund ist, dass man die Kernenergie durch fossile Brennstoffe ersetzt.

Herr Grill, der einer meiner Vorredner war, hat auch Recht, wenn er fordert, dass wir nicht in der Kritik stecken bleiben dürfen. Es ist richtig, wenn wir die Ökosteuer so kritisieren, wie es Angela Merkel gestern getan hat. Es ist ein absoluter Wahnsinn, wenn die Bundesregierung beschließt, dass das Bahnfahren teurer werden soll. Das soll auch noch ökologisch sein? Das ist ein ganz schlechtes Konzept.

Wir haben unter der Regierung Kohl mit Angela Merkel als Umweltministerin viel für den Klimaschutz erreicht. Aber wir alle wissen, dass wir nicht genug erreicht haben. Wir müssen den Menschen Antworten geben, wenn sie uns fragen: Welche Konzepte für den weltweiten Klimaschutz stellt ihr euch eigentlich zukünftig vor? Wie wollt ihr das, was die CDU/CSU-geführte Bundesregierung international versprochen hat, in die Tat umsetzen? Darauf müssen wir antworten: Das geht nur, wenn wir an der Kernenergie festhalten und wenn wir Alternativen nutzen.

Noch ein Wort zum Thema Europa: Ich danke Herrn Ministerpräsident Stoiber, dass er sich klar zur Europapolitik von Konrad Adenauer, Helmut Kohl und der CDU bekannt hat. Ich stehe zu der Aussage der Essener Erklärung, dass eine Kompetenzabgrenzung in Europa notwendig ist. Es ist richtig, dass hier mehr Klarheit geschaffen werden muss. Aber Herr Ministerpräsident Stoiber – das hätte ich ihm gern selber gesagt – stellt in meinen Augen – ich glaube, auch in den Augen vieler anderer – etwas leider immer wieder falsch dar: Den Bäckermeister Huber, den er als Beispiel angeführt hat, sollten wir unterstützen. Aber wir sollten nicht Herrn Neuber von der WestLB unterstützen. Deswegen ist der Kommissar Monti in Brüssel das falsche Feindbild. Die Europäische Kommission prüft eine Beschwerde der – ich betone – deutschen Privatbanken gegen die WestLB. Herr Neuber ist nicht mit dem Bäckermeister Huber zu vergleichen. Auch die WestLB ist nicht mit den Sparkassen zu vergleichen.

Die Sparkassen wären dankbar, wenn die Filzokratie in Nordrhein-Westfalen beendet würde und wenn die Gelder der Sparer und der Gewährsträger nicht für Freiflüge der Landesregie-

rung verschwendet würden. Deswegen müssen wir sorgfältig trennen: Diejenigen, die die Sparkassen bekämpfen wollen und den kleinen und mittleren Unternehmern und natürlich auch den Bäckermeistern – ich kann das gut beurteilen, weil ich aus einer Bäckerfamilie stamme – das Leben schwer machen wollen, sind unsere Gegner. Aber Herr Neuber mit seinem Filz bei der WestLB ist eben auch unser Gegner. Wenn jemand wie Herr Monti Herr Neuber das Leben schwerer machen will und dafür sorgen will, dass die WestLB nicht überall dort ihre Finger drin hat, wo sie als öffentliche Bank nichts zu suchen hat, dann ist uns das nur Recht und dann sollten wir die Europäische Kommission beim Kampf gegen die WestLB unterstützen. Wenn es um die Sparkassen geht, dann muss unser Widerstand gewiss sein. – Vielen Dank!

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Liese! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Generalaussprache vor. Ich schließe deshalb die Generalaussprache. Bevor wir in die Beschlussfassung über die Anträge einsteigen, möchte ich einem weiteren Geburtstagskind gratulieren, nämlich Herrn Norbert Eyck aus Marzahn, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Herzlichen Glückwunsch, Herr Eyck!

(Beifall)

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ZUM POLITISCHEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES „ESSENER ERKLÄRUNG“

Das sind die Anträge mit dem Kennbuchstaben A. Sie finden diese Anträge in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 1 bis 39. Wer sich zu einzelnen Anträgen zu Wort melden möchte, den bitte ich, möglichst schon jetzt eine Wortmeldungskarte abzugeben. Wir beginnen mit dem Antrag A 1 und dann in Folge mit den Anträgen A 2, A 3 und A 4, weil diese keinen konkreten Bezug zu einer Ziffer der Essener Erklärung haben. – Ich rufe den Antrag A 1 auf. Dazu liegt eine Wortmeldung vor, nämlich die von Herrn Minister Dr. Michael Krapp aus Thüringen.

Dr. Michael Krapp: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Entwurfsfassung der Essener Erklärung wird getreu dem Motto unseres heutigen Parteitags auch redaktionell schnell zur Sache gegangen: Nach einem kurzen Rückblick auf die prägnante politische Kraft der CDU in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und nach kurzer treffender Reflektion des Verhältnisses von Krise und Chance aus aktuellem Anlass wird unsere Tagesordnung für das 21. Jahrhundert entworfen. Die Antragskommission hat bereits viele Anträge eingearbeitet. Ich darf dafür danken, dass auch der Antrag vom Landesverband Thüringen, A 30, der den Prozess der inneren Einheit betrifft, schon eingearbeitet worden ist.

Diese Agenda des 21. Jahrhunderts ist gut. Sie wird von den Menschen in diesem Lande auch dringend von uns erwartet.

Gerade deswegen sollten wir aber nicht darauf verzichten, ausdrücklich zu sagen, woher wir kommen und was unser geistiges Fundament ist. Diesen Bezug zum Wertesystem und zum Grundsatzprogramm der CDU soll die vom Landesverband Thüringen vorgeschlagene Präambel der Essener Erklärung herstellen.

Ich bedanke mich, dass die Antragskommission diesen Antrag schon eingearbeitet hat und empfehle ihn zur Annahme durch die Delegierten. – Vielen Dank.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Krapp. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass wir zur Abstimmung über den Antrag A 1 kommen können. Herr Dr. Krapp hat erläutert, dass der Antragsteller der Empfehlung der Antragskommission zustimmt. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Delegiertenkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Anträge A 2 und A 4 auf den Seiten 1 und 2 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Generalsekretär. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Anträge A 2 und A 4: Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag A 3 auf den Seiten 1 und 2 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung: Wer der Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 5 auf. Sie finden diesen Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 2. Dazu gehören die Einzelanträge A 6 bis A 8. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 5 bis A 8: Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 9 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 4. Dazu gehören die Einzelanträge A 10 bis A 12. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann stimmen wir über die Anträge A 9 bis A 12 ab: Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 13 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 5. Dazu gehören die Einzelanträge A 14 bis A 17. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 13 bis A 17: Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 18 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 6 f. Dazu gehören die Einzelanträge A 19 bis A 25. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 18 bis A 25: Wer den Empfehlungen der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ansonsten einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 26 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 10. Dazu gehören die Einzelanträge A 27 bis A 35. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 26 bis A 35: Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 36 auf. Sie finden ihn in der Antragsmappe auf Seite 14. Dazu gehören die Einzelanträge A 37 und A 38. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Einzelanträgen A 36 bis A 38: Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 39 auf. Sie finden ihn in der Antragsmappe auf Seite 15. Dazu gehören die Einzelanträge A 40 bis A 42. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Einzelanträgen A 39 bis A 42: Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesmal einstimmig ohne Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 43 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 16. Dazu gehören die Einzelanträge A 44 bis A 46. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Einzelanträgen A 43 bis A 46: Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 47 auf. Sie finden ihn in Ihrer Antragsmappe auf Seite 17. Dazu gehört der Einzelantrag A 48. Mir liegt erneut keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Einzelanträgen A 47 und A 48. Wer den Empfehlungen der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 49 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 18. Dazu gehören die Einzelanträge A 50 und A 51. Mir liegt erneut keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 49 bis A 51. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 52 auf. Sie finden ihn in Ihrer Antragsmappe auf Seite 18 f. Mit aufgerufen wird der Einzelauftrag A 53. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 52 und A 53. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 54 auf. Sie finden ihn in Ihrer Antragsmappe auf Seite 19 f. Mit aufgerufen werden die Einzelaufträge A 55 bis A 62. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Einzelanträgen A 54 bis A 62. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 63 auf. Sie finden ihn in Ihrer Antragsmappe auf Seite 24. Dazu gehören die Einzelanträge A 64 und A 65. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 63 bis A 65: Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 66 auf. Sie finden ihn in Ihrer Antragsmappe auf Seite 24 f. Mit aufgerufen werden die Einzelanträge A 67 und A 68. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 66 bis A 68. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 69 auf, in Ihrer Antragsmappe auf Seite 25. Es werden keine weiteren Einzelanträge mit aufgerufen. Mir liegt keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag A 69: Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 70 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 25 f. Mit aufgerufen werden die Einzelanträge A 71 bis A 76. Mir liegt wieder keine Wortmeldung vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission zu A 70 bis A 76. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den genannten Einzelanträgen folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 77 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 27 f. Mit aufgerufen werden die Einzelanträge A 78 und A 79. Wieder keine Wortmeldungen? – Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu A 77 bis A 79. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 80 auf. Er befindet sich in der Sammlung der Anträge auf Seite 28 ff. Mit aufgerufen werden die Einzelanträge A 81 bis A 84. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu A 80 bis A 84. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 85 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 31. Mit aufgerufen werden die Anträge A 86 bis A 89. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist wieder nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu A 85 bis A 89. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei vier Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 90 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 32 f. Mit aufgerufen werden die Einzelanträge A 91 bis A 95. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu A 90 bis A 95. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 96 auf. In der Sammlung der Anträge finden Sie A 96 auf Seite 34 f. Mit aufgerufen werden die Anträge A 97 und A 98. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu A 96 bis A 98. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 99 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 36. Mit aufgerufen sind die Anträge A 100 und A 101. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu A 99 bis A 101 zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 102 auf. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf Seite 37. Mit aufgerufen wird der Antrag A 103. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu A 102 sowie A 103. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu diesen beiden Anträgen zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 104 auf. In der Sammlung der Anträge finden Sie den Antrag A 104 auf Seite 38. Mit aufgerufen wird der Antrag A 105. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission zu den beiden Einzelanträgen A 104 sowie A 105 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 106 auf. In der Sammlung der Anträge finden Sie ihn auf Seite 39. Es wird kein weiterer Einzelantrag mit aufgerufen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag des Bundesvorstandes A 106 Abstimmung. Wer der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen ansonsten so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Essener Erklärung beraten und entschieden. Wir kommen dann zur Schlussabstimmung über die Essener Erklärung in der jeweils durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung. Wer in dieser Schlussabstimmung der Essener Erklärung in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das bei einer Enthaltung ansonsten so beschlossen. – Ich bedanke mich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Christoph Böhr für die zügige Leitung der Antragsberatungen und Ihnen für die konstruktive Haltung zu diesem Thema. – Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 23 auf:

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„AUFBRUCH IN DIE LERNENDE GESELLSCHAFT -
BILDUNGSPOLITISCHE LEITSÄTZE“

Ich erteile Frau Dr. Annette Schavan das Wort.

Dr. Annette Schavan: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Bildung bewirkt Selbstständigkeit. Bildung ist ein Schlüssel für individuelle Lebenschancen. Bildung begründet Wohlstand und wirkt als Motor für gesellschaftliche Entwicklungen.

Deshalb sind wir davon überzeugt – das ist auf diesem Parteitag in vielen Reden gesagt worden –: Fragen nach Bildung und Erziehung, nach Ausbildung, Wissenschaft und Forschung gehören an die vorderste Stelle der Tagesordnung für das 21. Jahrhundert. Deshalb müssen wir über dieses Thema sprechen – wir, die wir noch hier geblieben sind. Ich verspreche Ihnen, dass meine schöne vorbereitete Rede gleich in schriftlicher Form verteilt werden wird. Diese Rede mute ich uns in ihrer vollen Länge und Schönheit nicht mehr zu. Die können Sie dann nachlesen.

(Beifall)

Ich sage nur weniges gleichsam als Auftakt zu einer bildungspolitischen Debatte, die wir als Union im nächsten halben Jahr führen wollen hin zum kleinen Parteitag, auf dem wir uns eingehend und ausführlich mit der Bildungspolitik beschäftigen wollen.

Ich will nur wenige Punkte ansprechen, die gleichsam zur Botschaft dieses Parteitages gehören, die dem Essener Leitantrag zugrunde gelegt sind und die die Kernstücke unseres Aufbruchs in eine lernende Gesellschaft ausmachen.

Die Bildungspolitik der CDU muss eine Bildungspolitik sein, bei der, liebe Freunde, niemand zum Modernisierungsverlierer wird und keiner seine Talente verstecken muss.

(Beifall)

Die Bildungspolitik der CDU orientiert sich nicht an Ideologien, nicht an Institutionen und nicht an besitzstandswahrenden Gruppen, sondern an Kindern und Jugendlichen. Die Bildungspolitik der CDU bricht eine Lanze für Kinder und Jugendliche, damit sie in unserer Gesellschaft ernst genommen werden, damit sie sich entfalten können und damit sie mit ihren Talenten wuchern können. Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt unserer CDU-Bildungspolitik.

(Beifall)

Wir wollen den Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik. Wir scheuen den Wettbewerb nicht. Wir wollen einen Wettbewerb um die besseren Schulen, die besseren Hochschulen und die bessere Weiterbildung. Wir wollen den Wettbewerb um geeignete Wege in eine lernende Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

(Beifall)

Im Rahmen dieses Wettbewerbs beobachten wir seit Jahren: Sozialdemokraten versuchen mit Ideen von gestern, in der Regel mit Ideen aus den 70er-Jahren, das Bildungswesen der Zukunft zu gestalten. Es kann nicht funktionieren, mit Ideen des 20. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert Politik zu machen.

(Beifall)

Sie reden von Qualität und bauen weitere Gesamtschulen. Sie verweigern vergleichbare Schulabschlüsse. Sie reden von sozialer Verantwortung und verweigern jungen Menschen die Vorbereitung auf Zukunftsbranchen. Es ist schon mehrfach gesagt worden; aber man kann es nicht oft genug wiederholen: In Zeiten, in denen in Baden-Württemberg zusätzliche Studienplätze in den IT-Berufen geschaffen wurden, hat Gerhard Schröder als niedersächsischer Ministerpräsident in Hildesheim eine Fakultät für Informatik geschlossen. Diese Widersprüche durchschauen junge Leute – und wir auch.

(Beifall)

Hier, in NRW, sind in diesen Tagen eine Reihe von Daten genannt worden. Dies ist ein schönes und großes Land und die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind nicht weniger begabt und nicht weniger fleißig als anderswo. Deshalb kann nicht zugelassen werden, dass die Schulen hier immer mehr ins Gerede kommen und dass Kinder und Jugendliche, wenn es um den Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik geht, benachteiligt werden. Deshalb

brauchen wir ab dem 14. Mai eine neue, eine bessere Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Deshalb brauchen wir den Wechsel durch Jürgen Rüttgers. Es bedarf eines Ministerpräsidenten, der etwas von Bildung versteht und keine Qualitätsverluste in seinen Schulen zulässt, wie es die SPD-Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen seit 20 oder 30 Jahren tun.

(Beifall)

Wer über Bildungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts spricht, der muss über neue Wege des Wissenszugangs und über den demographischen Wandel sprechen, der muss sich fragen, wie es erreicht werden kann, dass in einer älter werdenden Gesellschaft genügend Ideen vorhanden sind, wie Erneuerung möglich ist und wie Zukunft gestaltet wird.

Unseren bildungspolitischen Leitantrag durchzieht wie ein roter Faden die Überzeugung: Bildung, Erfindungsgabe und Organisation neuer Technologien – das sind die Quellen von Wohlstand, sind die eigentlichen und einzigen Wettbewerbsvorteile am Beginn des 21. Jahrhunderts. Liebe Freunde, neue Bedingungen für die Schaffung von Wohlstand und neue Bedingungen für die gesellschaftliche Entwicklung werden wir nur dann schaffen können, wenn wir unser Bildungswesen weiterentwickeln, und zwar weit über das hinaus, was wir schon erreicht haben. Aufbruch in eine lernende Gesellschaft - das ist unsere Antwort auf die neue Quelle von Wohlstand und Entwicklung, auf Bildung und Erziehung im 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Wir reden aber nicht nur von Technik oder Ökonomie. Wir reden nicht nur von Köpfen. Wir sind davon überzeugt, dass Bildung nicht nur eine Frage des Kopfes, sondern auch eine Frage des Herzens ist. Deshalb sagen wir: Bildung geht nicht ohne Erziehung, und Erziehung geht nicht ohne Werte.

(Beifall)

Es ist nicht rückwärtsgewandt, wenn wir sagen: Mut zur Erziehung! Es ist wahr, dass dies ein Satz aus den 70er-Jahren ist. Aber dieser Satz ist wieder richtig am Beginn des 21. Jahrhunderts. Wenn wir die Kinder und Jugendliche heute Ernst nehmen wollen, dann müssen wir ihnen auch sagen, was trägt, was die wertvollen Grundlagen unseres Gemeinwesens sind. Wir müssen ihnen sagen, was unserer Meinung nach für die Zukunft Wert hat, was wichtig und wertvoll ist. Wir dürfen sie nicht alleine lassen, wenn es um Grundlagen, wenn es um Orientierung geht. Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch darauf, dass sie eine wirklich pädagogisch wohlwollende Begleitung bekommen. Deshalb beschimpfen wir nicht die Lehrer. Vielmehr zollen wir ihnen Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit, eine der schwierigsten und schönsten Aufgaben in diesem Land.

(Beifall)

In jedem Menschen stecken Talente. Darum wollen wir – auch das ist ein Kerngedanke unseres Leitantrags –, dass Kinder und Jugendliche mit musischen, mit gestalterischen, mit praktischen Talenten zum Zuge kommen. Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden. Deshalb wollen wir, dass die SPD Schluss damit macht, die Hauptschule kaputtzu-

reden. Die Hauptschule ist die Schule, die Investitionen und Weiterentwicklung benötigt. Sie ist die Schule, die ein besonderes Lernkonzept hat.

(Beifall)

Es ist die Schule für Kinder und Jugendliche, die nicht nur über Modelle, Theorien und Abstraktionen lernen.

Liebe Freunde, damit sind wir beim Thema Qualität. Bildungspolitik beschäftigt sich nicht nur mit Kindern, die mehr oder weniger begabt sind, sondern mit Kindern und Jugendlichen, die ganz unterschiedliche Begabungen haben. Deshalb wollen wir ein differenziertes Bildungswesen. Deshalb wollen wir mehr Qualität. Ich kann es auf der Kultusministerkonferenz seit vielen Jahren beobachten: Die Kolleginnen und Kollegen von SPD und den Grünen diskutieren und lamentieren über Qualität. Wenn es aber zur Sache geht, wenn es um die Frage der Qualitätsuntersuchungen, um vergleichbare Schulabschlüsse geht, wenn es darum geht, transparent zu machen, was in unseren Schulen geschieht, dann verweigern sie sich. Wir sagen: Qualitätsentwicklung in unseren Schulen bedeutet vergleichbare Abschlüsse bei allen Schularten, regelmäßige Vergleichsuntersuchungen. Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch darauf, dass sie das Richtige richtig lernen und mit dem Schulabschluss etwas anfangen können.

(Beifall)

Bildungsreformen in Deutschland - sei es in der Hochschule, sei es in der Schule oder in der Weiterbildung – müssen internationalen Maßstäben gerecht werden. Deshalb wollen wir die Fremdsprache bereits in der ersten Klasse unserer Grundschulen.

(Beifall)

Und deshalb wollen wir, dass man in Deutschland zügiger studieren kann und dass man bereits nach zwölf Jahren das Abitur machen darf. Wir wollen einen verantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen.

(Beifall)

Das durchschnittliche Alter beim Abitur läuft in Deutschland auf 20 Jahre zu. Das durchschnittliche Alter beim Examen liegt bei 29 Jahren, das durchschnittliche Alter bei der Promotion bei 34 Jahren. Das ist im internationalen Zusammenhang ein Wettbewerbsnachteil. Deshalb ist es richtig, dass wir Alternativen anbieten. Deshalb ist es richtig, dass in Thüringen Hochschulreformen durchgesetzt wurden – auch in Baden-Württemberg –, dass Studiengänge eingerichtet wurden, die die Chance bieten, in der Regelstudienzeit mit dem Studium fertig zu werden, die die Chance bieten, mit 25 Jahren selbständig beziehungsweise berufstätig werden zu können. Bildungsreform in Deutschland – auch Hochschulreform – heißt, mit der Lebenszeit der jungen Menschen verantwortlich umzugehen, heißt, nach zwölf Jahren Abitur, mit 25 Jahren Examen machen zu können, und vielleicht auch, mit 28 Jahren promoviert zu sein. Das müssen wir voranbringen, und zwar über all da, wo wir regieren – im Wettbewerb um eine bessere Bildungspolitik.

(Beifall)

Bildungsreformen dürfen nicht am öffentlichen Dienstrecht scheitern. Das gilt für unsere Schulen, auch für unsere Hochschulen. Es reicht nicht aus, Lehrer öffentlich zu loben. Die Leistung muss sich für die Lehrerinnen und Lehrer in unseren Schulen lohnen.

(Beifall)

Deshalb sagen wir in unserem Leitantrag: Wir wollen eine offene Diskussion über verschiedene Leistungen im Lehrberuf. Wir wollen eine Diskussion über ein Dienstrecht, das gegenüber den Engagierten gerechter ist als das Dienstrecht, das wir jetzt haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, ein zentraler Punkt im Leitantrag ist die Weiterbildung. Ich gehe darauf jetzt nicht näher ein. Aber ich bin davon überzeugt: Der Schlüssel der lernenden Gesellschaft liegt nicht primär in der Schule, auch nicht in der Hochschule. Der Schlüssel der lernenden Gesellschaft liegt im Beitrag aller Bildungseinrichtungen zu einem lebenslangen Lernen. Der Schlüssel der lernenden Gesellschaft liegt in einer qualifizierten Infrastruktur für Weiterbildung. Deshalb fordern wir die Einrichtung der Stiftung „Bildungstest“, einer Stiftung, die im Bereich der Weiterbildung Beratung, Transparenz und Auskunft über Qualität gibt. Wir wollen keine staatliche Reglementierung, wir wollen nicht mehr Verordnungen, wir wollen keine Weiterbildungspflicht. Aber wir wollen Qualitätskontrollen, Transparenz und Verbraucherschutz in diesem Bereich, und zwar über die Stiftung „Bildungstest“.

Ein Schwerpunkt ist die berufliche Bildung. Auch hier sollten wir hier kein Kurzzeitgedächtnis haben. Es ist keine 20 Jahre her, dass auf Titelseiten großer Wochenzeitungen stand: Ausbildung im Betrieb ist Ausbeutung.

Die Sozialdemokraten haben das damals dankbar aufgenommen. Heute wissen wir: Die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit ist die Partnerschaft von Schule und Betrieb, die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit ist die duale Ausbildung.

(Zustimmung)

Deshalb finden sich in unserem Leitantrag eine Menge Impulse, wie wir mehr Betriebe motivieren können, wie Schule und Betrieb so aufeinander abgestimmt werden, dass zukunftsfähige Konzepte der beruflichen Bildung gewährleistet sind.

Dazu gehört aber, dass nicht nur wir in der Bildungspolitik einen Beitrag leisten. Dazu gehört auch, dass die Wirtschaft einsieht, dass mit dem Abbau von Arbeitsplätzen nicht gleichzeitig Ausbildungsplätze abgebaut werden dürfen. Liebe Freunde, Ende der 80er-Jahre gab es in Baden-Württemberg noch rund 100 000 Ausbildungsplätze. Mitte der 90er-Jahre waren es 67 000, und heute sind es rund 76 000. Wer in Zeiten der Rezession Ausbildungsplätze abbaut, der muss sich nicht wundern, wenn er in Zeiten des Aufschwungs qualifizierte Kräfte suchen muss. Deshalb dürfen Ausbildungsplätze nicht abgebaut werden, deshalb brauchen wir Rahmenbedingungen, damit mehr Betriebe, auch kleine Betriebe, ausbilden können. Wir brauchen flexible Ordnungen der Prüfungen. Wir brauchen eine flexible Anwendung von beruflicher Bildung in Schule und Betrieb, und wir als Christlich Demokratische Union bleiben die Lobby der beruflichen Bildung.

(Beifall)

Duale Ausbildung ist nicht nur die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Sie ist der Bereich unseres Bildungswesens, von dem zwei Drittel aller Jugendlichen betroffen sind. Sie ist der Bereich unseres Bildungswesens, von dem viel mehr junge Menschen in ihrer weiteren Biographie betroffen sind als von dem, was in unseren Gymnasien geschieht.

Liebe Freunde, zur Hochschulpolitik: Der RCDS hat sein Bildungsprogramm vorgelegt. Wir haben im Vorfeld in der Kommission viel darüber diskutiert, wie wir unsere Hochschulen weiterentwickeln. Wir fordern die Abschaffung der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen. Es muss einen Wettbewerb geben. Studierende müssen sich ihre Hochschule und Hochschulen ihre Studierenden auswählen können.

(Beifall)

Vor allem aber sind wir davon überzeugt, dass Weiterentwicklung der Hochschulen bedeutet, dass unsere Studierenden nicht in der Masse untergehen, dass sie als Personen wieder wahrgenommen werden. Wir brauchen kleinere Einheiten in unserer Hochschullandschaft. Wir brauchen eine ausdifferenzierte Hochschullandschaft, in der die Fachhochschulen, die Berufsakademien, spezielle Hochschulen – nicht nur riesengroße Systeme – einen großen Stellenwert bekommen. Es kann nicht sein, dass ein hochbegabter Studierender, der sich etwas Besonderes leisten will, ins Ausland geht. Er muss hier Begleitung und Tutorien finden, er muss hier in seinen Talenten wahrgenommen werden.

(Zustimmung)

Der Wissenschaftsstandort Deutschland, der besser ist als sein Ruf, darf nicht kaputtgeredet werden. Er braucht Weiterentwicklung in der Weise, dass Studierende aus dem Ausland hier attraktive Studienbedingungen finden und dass junge Menschen aus Deutschland in unseren Hochschulen als junge Wissenschaftler wahrgenommen werden und etwas zählen.

Deshalb haben wir auch gesagt: Wir brauchen mittelfristig Ideen zur Bildungsfinanzierung. Wer über Bildungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts spricht, der kann sich um das Thema der Studienfinanzierung nicht dauerhaft herumdrücken. Noch haben wir unterschiedliche Meinungen, weil auch die Ausgangslagen – zum Beispiel in Ost und West – unterschiedlich sind. Klar muss aber sein: Die Christlich Demokratische Union braucht in absehbarer Zeit auch ein Konzept dafür, wie wir es schaffen, dass durch Hochschulfinanzierung und Studienfinanzierung die finanzielle Eigenständigkeit unserer Hochschulen größer wird, als sie jetzt ist. Wir wollen keine isolierte Debatte über Studiengebühren, aber die Debatte tabuisieren zu wollen und das BAföG hochzuhalten, das ist kein Konzept für das 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Liebe Freunde, der bildungspolitische Leitantrag ist kein neues bildungspolitisches Grundsatzzprogramm. Wir haben ein bildungspolitisches Grundsatzzprogramm aus dem Jahre 1993. Alles, was wir jetzt tun, baut darauf auf. Es setzt Schwerpunkte, es setzt Prioritäten für eine Generation, die – das hat die 13. Shell-Studie in den letzten Wochen ganz deutlich gezeigt – eine junge Generation ist, die zuversichtlich in die Zukunft geht. Es ist eine junge Generation, die deutlich die Herausforderungen der modernen Gesellschaft spürt, eine junge Generation, die sich durch Leistungsbereitschaft, durch Ausdauer und Beharrlichkeit auszeichnet, eine

junge Generation, die zu Anstrengungen bereit ist, eine junge Generation, die etwas leisten möchte. Wir müssen den jungen Menschen die Chance dazu geben. Wir müssen ihnen nicht erklären, dass die Welt sich geändert hat. Das haben sie vor uns gemerkt. Sie gehen damit nicht verängstigt und nicht bekümmert um. Sie stellen sich den Herausforderungen. Deshalb haben sie einen Anspruch auf eine bessere Bildungspolitik, deshalb haben sie einen Anspruch auf ein leistungsfähiges Bildungs-, Ausbildungs- und Hochschulwesen.

Junge Menschen bereiten sich nicht auf ein Leben in der Spaß- und Freizeitgesellschaft vor. Sie nehmen berufliche Perspektiven ernst. Sie erwarten von uns, dass wir ihnen qualifizierte Bildung und Ausbildung liefern. Deshalb möchte ich uns aufrufen, dass wir im nächsten halben Jahr die öffentliche Debatte über die besseren Alternativen der Union in Fragen von Bildung und Erziehung, von Ausbildung, Wissenschaft und Forschung führen, dass wir die besseren Alternativen dort, wo wir regieren, auch umsetzen. Ich möchte uns einladen, dass wir das Gespräch mit jungen Menschen suchen, die uns im Jahre 1999 bei allen Wahlen großes Vertrauen geschenkt haben. Dieses Vertrauen muss ausgebaut werden. Nichts interessiert junge Menschen so sehr wie die Frage nach Bildung und Erziehung, nach Zukunftsperspektiven, nach besserer Ausbildung, Wissenschaft und Forschung.

Wir setzen Signale für eine bessere Bildungspolitik, Signale dafür, dass Kinder und Jugendliche ernst genommen werden. Wir wollen nachhaltige Bildungspolitik, die der jetzt jungen Generation die Chancen gibt, die wir gehabt haben. Wir wollen junge Menschen mit ihrem Bemühen, selbständig zu werden, diese komplizierte Welt und diese unübersichtliche Zeit zu durchschauen, jetzt nicht im Stich lassen. Wir wollen eine öffentliche Debatte über Bildung und Erziehung, und wir wollen als Christlich Demokratische Union ein starker Partner der Jugend am Beginn des 21. Jahrhunderts sein. So wollen wir die Debatte eröffnen, und auf dem kleinen Parteitag im Dezember werden wir in die Tiefe gehen, in die Details gehen, zur Sache gehen, um ein bildungspolitisches Angebot zu machen, um ein Programm vorzulegen, das junge Menschen in Deutschland überzeugt.

(Anhaltender Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Liebe Annette Schavan, herzlichen Dank nicht nur für die Vorstellung des Antrages, sondern auch für die engagierte Arbeit in der Kommission! – Wir kommen nun zur Aussprache. Mir liegen bisher zwei Wortmeldungen vor, zuerst die von Frau Dr. Cornelia Alsheimer.

Dr. Cornelia Alsheimer: Frau Tagungspräsidentin! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Schavan, ich danke Ihnen für diese wegweisenden Gedanken zu unserem Programm und möchte noch eine kleine Ergänzung anbringen.

Wir fordern gerechte Chancen für Frauen im Bildungswesen. Das ist gut so. Das steht auch ganz vorn in unserem Programm. In den weiteren Ausführungen wird dieser Gedanke im Programm leider nicht mehr erörtert. Gerechte Chancen für Frauen bedeutet, die Bildungschancen für Mädchen an unseren Schulen zu stärken und zu sichern – und dies insbesondere in den Bereichen, in denen Jungen auch heute noch einen Wissensvorsprung haben. Das sind insbesondere die Naturwissenschaften und die Informationstechnik, das heißt gerade die Fächer, die die besonders großen Zukunftschancen in sich tragen.

Meine Damen und Herren, wenn – darüber gibt es sehr leidvolle Erfahrungsberichte – in einem reinen Mädchengymnasium drei Jahre nach dessen Öffnung für Jungen in einem vormals rein weiblich besetzten Physikleistungskurs mehr als 80 Prozent Jungen und nur noch vereinzelt Mädchen sitzen, stimmt in unserem Bildungssystem etwas nicht. Es besteht dann Handlungsbedarf im Bereich der Lehrerbildung, im Bereich der Lehr- und Lernbücher. Wir sollten – das sage ich ganz bewusst als Lehrerin, die selbst an einer katholischen Mädchenschule unterrichtet – zumindest darüber nachdenken dürfen, ob monoedukative Lerngruppen, das heißt reine Mädchenlerngruppen in bestimmten Fächern nicht ihre Berechtigung haben. Ich bitte die Kommission, diesen Gedanken bei ihren Beratungen mit einzu beziehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich gebe nun Dr. Jürgen Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers: Liebe Freunde! Es ist mir ein persönliches Anliegen, in dieser Debatte noch einmal das Wort zu ergreifen, weil – darüber haben wir hier schon diskutiert, liebe Annette Schavan – bei uns im Landtagswahlkampf das Thema Bildung eines der zentralen Themen ist. Bildung ist eben die Neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Liebe Freunde, jeder weiß: Die Industriegesellschaft geht und die Wissensgesellschaft kommt. Der Reichtum des alten Nordrhein-Westfalen lag unter Tage in Stollen und Gruben bei Kohle und Eisen. Der Reichtum des neuen NRW liegt in den Köpfen und Händen der Menschen. Das ist der Rohstoff der Zukunft. Deshalb treibt es uns natürlich um, dass wir jetzt seit 30 Jahren eine rote Bildungspolitik haben, die Zukunftschancen für unsere Kinder und Jugendlichen systematisch zerstört hat. Das wollen wir hier in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai ändern.

(Beifall)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern leider die größten Klassen. Jede 8. Unterrichtsstunde fällt aus. Inzwischen geben nordrhein-westfälische Eltern 400 Millionen DM jedes Jahr für Nachhilfeunterricht aus. Das heißt, leider wird bei uns im Lande Bildung wieder eine Frage des Geldes. Das darf nicht sein. Ich stimme Annette Schavan ausdrücklich zu: Bildungschancen muss jedes Kind in unserem Lande bekommen, einmal und, wenn es sein muss, auch zweimal, und zwar unabhängig davon, ob die Eltern arm oder reich sind.

(Beifall)

Deshalb unterstützen wir eine Politik, die von mehr Möglichkeiten ausgeht, die von mehr Differenzierung ausgeht, die mehr Chancen eröffnet wird.

Wir brauchen deshalb auch mehr Wettbewerb, zum Beispiel unter den Schulen. Eine der ersten Maßnahmen, die wir nach der Regierungsübernahme ergreifen werden, ist, die ungleiche Vorschrift aufzuheben, wonach 112 Eltern in Nordrhein-Westfalen eine Gesamtschule durchsetzen können, unabhängig davon, was die Mehrheit der Eltern in dem jeweiligen Ort oder der jeweiligen Gemeinde will.

(Beifall)

Wir führen hier das Mehrheitsprinzip ein. Die Mehrheit soll entscheiden, welche Schulen sie unten vor Ort haben will. Das finden wir fair und gerecht.

(Beifall)

Wir werden auch zentrale Abschlussprüfungen einführen, und zwar nicht nur bei den Gesamtschulen und nicht nur bei den Gymnasien, weil es nicht so sein darf, dass man auf der einen Schule leichter seinen Abschluss bekommt, während es auf der anderen Schule ungleich viel schwieriger ist. Es wäre sonst unfair und ungerecht. Wir haben uns auch dafür entschieden – damit Frauen besser Familie und Beruf verbinden können –, in Nordrhein-Westfalen Schritt für Schritt mehr Ganztagschulen einzuführen, und zwar nicht nur im Bereich der Gesamtschulen, sondern vor allen Dingen im Bereich der Hauptschulen, aber auch im Bereich der Realschulen und der Gymnasien.

Wir haben heute bereits darüber diskutiert - Edmund Stoiber und Friedrich Merz haben es angesprochen –, wie wichtig es ist, dass wir dafür sorgen, dass unsere Kinder auch im modernen Kommunikationsbereich Zukunftschancen haben. Deshalb wollen wir die Aktion „Schulen ans Netz“ schnell fortführen. Liebe Freunde, bei uns soll es aber nicht nur Computer in den Schulen geben, sondern es soll auch wieder über Werte und Erziehung geredet werden. Auch im Computerzeitalter muss man wissen, wie die Koordinaten eines Lebens sind. Das heißt, wir brauchen Werte und Erziehung für unsere Kinder und jungen Leute in den Schulen.

(Beifall)

Ich möchte von dem, was wir uns vorgenommen haben, einen letzten Punkt ansprechen. Erziehung funktioniert nur, wenn die Lehrer sich untereinander im Lehrerkollegium kennen. Erziehung kann nur funktionieren, wenn Lehrerinnen und Lehrer ihre Schüler kennen. Auch das ist eine der Aufgaben, die mittelfristig zu lösen wir uns vorgenommen haben. Wir wollen die großen Schulfabriken wieder abschaffen und zu leistungsfähigen, aber überschaubaren Schuleinheiten kommen, damit Kinder sich in ihrer Schule auch wohl fühlen und nicht anonym in einem riesigen Schulzentrum herumlaufen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist eine der großen Zukunftsaufgaben, wenn nicht die zentrale Zukunftsaufgabe. Ich finde es richtig, dass, auch wenn wir auf diesem Parteitag aufgrund der Ereignisse plötzlich etwas anderes im Mittelpunkt behandeln mussten, die CDU Deutschlands und auch die CDU in Nordrhein-Westfalen – Annette Schavan, in dieser Hinsicht unterstützen wir Sie – sich jetzt des Themas Bildung annehmen. Wer will, dass Kinder und junge Leute eine Zukunft haben, muss etwas für ihre gute Ausbildung tun. Wir wollen am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass wir – dies sage ich auch im Blick auf den Wettbewerb mit den südlichen Ländern – das beste Bildungssystem nach Nordrhein-Westfalen holen. Das verspreche ich Ihnen. – Vielen herzlichen Dank.

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Rüttgers. Ich rufe nun Carsten Schwarz auf.

Carsten Schwarz: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich freue mich darüber, dass die CDU heute das erste Mal das große Thema, das – wie der ehemalige Bundespräsident Herzog gesagt hat – Megathema Bildung anpackt. Wir vom RCDS halten von dem Programm, das vorgelegt wurde, sehr viel. Es ist ein sehr gutes Programm. Mit diesem Programm werden wir den Genossen, gerade den Genossen hier in Nordrhein-Westfalen, ganz klar zeigen, wer die Kompetenz im Bildungsbereich besitzt. Es ist nämlich die CDU, die in diesem Bereich die Kompetenz besitzt, nicht aber eine Partei, die gerade hier in Nordrhein-Westfalen mit dem Qualitätspakt fast 2000 Stellen im wissenschaftlichen Bereich einstreicht oder die – ich erinnere an die Zeit von Schröder als Ministerpräsident – einen ganzen Fachbereich einkassiert und kaputtmacht, nämlich einen Fachbereich in der Informatik, die für das Fortbestehen unserer Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung ist.

Mit den meisten Punkten des vorgelegten Programms sind wir, wie gesagt, einverstanden. Einen Knackpunkt hat Frau Dr. Schavan schon angesprochen. Bei diesem Punkt sind wir in der Tat anderer Meinung. Das ist das Thema der Studiengebühren. Es ist ganz klar: In Deutschland ist das Studium gebührenfrei. Das ist ein hohes Gut, mit dem wir dem Ausland voraus sind. Es muss klar sein, dass das Studium in Deutschland auch weiterhin gebührenfrei ist. Das bekannte Argument, dass die arbeitende Krankenschwester das Studium des Arztsohnes finanziert, zieht mittlerweile nicht mehr. Es gibt viele Gutachten, die darauf Bezug nehmen und dieses belegen.

Die Studiengebühren werden also sicherlich ein Knackpunkt in diesem Bereich sein. Dieser Punkt ist aber eigentlich nur eine Marginalie. Den Rest des Programms unterstützen wir nach Kräften. Ich bin davon überzeugt, dass die Union mit diesem Programm, das wir auf einem Kleinen Parteitag später verabschieden werden, den Sozialdemokraten die Kompetenz im Bildungsbereich wieder abnehmen wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich rufe nun Rainer Bleiler aus dem Landesverband Berlin auf.

Rainer Bleiler: Sehr geehrte Parteitagsdelegierte! Wir erinnern uns noch sehr gut an die Worte von Ministerpräsident Stoiber, der die wirtschaftliche Misere klar angesprochen hat. Wenn wir von bildungspolitischer Offensive und von Leitsätzen sprechen, fordere ich an dieser Stelle mehr Ökonomie in den Schulen. Was sich dort auf beiden Seiten – sowohl aufseiten der Lehrer als auch aufseiten der Schüler – abspielt, ist hanebüchen. Wenn man als Personalleiter in einem amerikanischen Unternehmen bei Abiturienten einmal nachfragt, was Schecks, Kaufverträge oder anderes sind, ergibt sich, dass dies nicht bekannt ist.

Ich erwarte hier nicht die Kenntnisse aus einem juristischen oder betriebswirtschaftlichen Studium, aber es gibt keine Grundlagen. Wenn wir bildungspolitische Leitsätze verabschieden, dann lassen Sie uns bitte nicht im Allgemeinen bleiben. Wir brauchen mehr Ökonomie an den Schulen, auch auf Lehrerseite. Wir brauchen Lehrer, die dafür einstehen, dass wir eine soziale Marktwirtschaft brauchen, die wettbewerbsfähig ist. Hier müssen die Grundlagen gelegt werden. Deswegen meine Forderung: Bitte mehr Ökonomie an die Schulen durch ein entsprechendes Schulfach! – Danke schön.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Wir kommen jetzt zur letzten Wortmeldung, Herr Michael Borgis aus Berlin-Steglitz.

Michael Borgis: Meine Damen und Herren! Ich habe es – wie Herr Rüttgers – etwas mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass wir das Thema Bildung ans Ende gestellt haben, leider vor halbleeren Bänken abhandeln müssen. Ich habe mich eigentlich nur deshalb zu Wort gemeldet, weil ich dem Kleinen Parteitag nicht angehöre, ich Ihnen aber dennoch ein, zwei Sachen, die mir am Herzen liegen, mit auf den Weg geben möchte.

Wir müssen bedenken, dass Schule aus zwei Komponenten gemacht wird: aus Schülern und Lehrern. Ich will zuerst von den Schülern sprechen. Wir wollen Werte vermitteln. Was dazu gesagt wurde, war alles hundertprozentig richtig. Wir dürfen nicht nur von der Wichtigkeit des IT-Bereichs, von Globalisierung usw. reden. Es fängt mit der Wertevermittlung an. Und wo fängt die Wertevermittlung an? Doch nicht erst in der Schule, sondern schon sehr viel früher, nämlich im Elternhaus und in der Kita. Mit den Werten, die dort vermittelt werden, kommen diese jungen Menschen in die Schule. Das heißt, wir müssen gesellschaftspolitisch wirken und versuchen, den jungen Menschen schon vor dem Schulalter die entsprechenden Werte zu vermitteln, damit sie dann, wenn sie in die Schule kommen, schon ein gewisses Bewusstsein dafür haben, dass sich Lernen lohnen kann und dass es für bessere Leistung bessere Zensuren gibt.

Viel wichtiger für mich ist noch – ein Schlagwort, das hier bisher nicht aufgenommen worden ist –: Wir müssen die Ausbildung der Lehrer ändern. Die Lehrer, die heute an den Schulen die Werte vermitteln sollen – ich weiß, wovon ich rede, auch ich war 25 Jahre Lehrer –, sind, zumindest in Berlin, meist weit über 50. Wie will ich denn mit denen einen neuen Anfang wagen? Wir brauchen also junge Lehrer, die an den Hochschulen eine bessere Ausbildung genießen und Werte vermitteln wollen. Die alten Modelle, die wir aus den 70er-Jahren kennen, sind überholt.

Um junge Lehrer an die Schule zu lassen, muss für die Bildung Geld ausgegeben werden. Das möchte ich dem Kleinen Parteitag mit auf den Weg geben: mehr Geld für die Bildung, mehr Geld für die Ausbildung von jungen Lehrern, damit wir die jungen Menschen besser erziehen können. – Schönen Dank.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Borgis. Wir alle freuen uns auf die Diskussion auf dem Kleinen Parteitag. Ich danke Ihnen für die Wortbeiträge und schließe nun die Aussprache zu diesem Tagungsordnungspunkt.

Wir haben eben den Antrag E 17 auf Seite 139 der Antragsbroschüre noch nicht verabschiedet. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlussfassung der Essener Erklärung als erledigt zu betrachten. Wird dazu das Wort gewünscht? – Dann lasse ich über den Antrag E 17 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist dann so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir sind fast am Ende der Tagesordnung dieses 13. Parteitags der CDU Deutsch-

lands hier in Essen in der Grugahalle angekommen. Ich darf mich im Namen des Tagungspräsidiums sehr herzlich bei Ihnen bedanken. Wenn ich mir überlege, was für eine umfangreiche Tagesordnung wir zu absolvieren hatten, wenn ich mir überlege, welche Beschlüsse auf der Tagesordnung standen, dann muss man feststellen, dass wir dies mit einer bewundernswerten Disziplin und Entschlossenheit erledigt haben.

Erlauben Sie mir als Landesvorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes auch noch dies: Ich freue mich sehr darüber, dass von diesem 13. Bundesparteitag hier in Essen in der Grugahalle ein Signal der Geschlossenheit, ein Signal des Neuaufbruchs ausging. Damit hat dieser Bundesparteitag für uns im Wahlkampf eine wichtige Unterstützung geliefert, für die ich mich auch im Namen der Delegierten aus Nordrhein-Westfalen bei Ihnen sehr herzlich bedanke.

(Beifall)

Zum Abschluss dieses Parteitages gebe ich das Wort nun an die neugewählte Bundesvorsitzende, Angela Merkel.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Lieber Edmund Stoiber! Meine Damen und Herren! Ein Parteitag geht zu Ende – ein Parteitag, auf dem wir zur Sache gesprochen haben, ein Parteitag, der uns mit einer neuen Mannschaft ausgestattet hat, ein Parteitag, von dem wir zu Hause alle sagen können: Dies war ein Parteitag des Aufbruchs.

(Beifall)

Ich glaube aber auch, dass wir zu Hause in den Kreis- und Ortsverbänden sagen müssen: Aufbruch ist noch nicht geleistete Arbeit. Wir haben also eine Menge vor uns. Wir müssen die Beschlüsse für Transparenz in unserer Finanzordnung umsetzen. Wir sind auf die Solidarität der Kreisverbände, auf die Solidarität unserer Mitglieder angewiesen. Wir werden sie einfordern und mit ihnen diskutieren. Wir werden die Essener Erklärung weiter bearbeiten müssen. Sie gibt uns eine Tagesordnung: In Bundestag und Bundesrat wird uns ganz intensiv das Thema einer gerechten Steuerreform für den Mittelstand beschäftigen. Wir werden uns mit den Fragen des Technologiefortschritts befassen. Wir werden schauen müssen, wie wir in den parteiübergreifenden Rentengesprächen unsere Vorstellungen deutlich machen. Und wir müssen aufpassen, dass Europa ein Europa der Bürger wird.

Liebe Freunde, es gibt also viel zu tun. Aber als allererstes, lieber Jürgen Rüttgers, wollen wir – insbesondere nachdem wir jetzt in Essen waren – den CDU-Freunden in Nordrhein-Westfalen und ganz besonders Ihnen als Spitzenkandidat, helfen, die sozialdemokratischen Burgen in Düsseldorf zu stürmen, nachdem das bei den Kommunalwahlen so toll geklappt hat.

(Beifall)

Die nächsten vier Wochen heißt es, für Mehrheiten in Nordrhein-Westfalen zu kämpfen. Dem fühlen wir uns verpflichtet. Dabei wollen wir alle mitmachen.

Dann haben wir in diesem Jahr noch viel vor. Wir werden im Juni einen großen Sozialstaatskongress abhalten, auf dem wir uns mit der Frage auseinandersetzen: Was ist eigentlich

sozial? Wir werden im Herbst auf dem Kleinen Parteitag – wahrscheinlich in Baden-Württemberg – das Thema Bildungspolitik abschließend beraten. Ich bitte Sie alle: Nehmen Sie das, was Sie von Annette Schavan, was Sie von Jürgen Rüttgers gehört haben, mit in Ihre Orts- und Kreisverbände und diskutieren Sie darüber. Ich bin der festen Überzeugung: Nicht nur im Wahlkampf von Nordrhein-Westfalen, sondern überall sind Eltern interessiert, ins Gespräch über die Zukunft der Bildung zu kommen. Es ist ein prima Thema, um weit in den vorpolitischen Raum hineinzukommen und sich zu unterhalten. Machen Sie Veranstaltungen mit Schülern, machen Sie Veranstaltungen mit Lehrern, machen Sie vor allen Dingen Veranstaltungen mit Eltern. Lassen Sie die Menschen sprechen, lassen Sie sie zu uns kommen, dann werden wir wieder spannend.

(Beifall)

Liebe Freunde, ferner werden wir - auch davon haben viele auf diesem Parteitag gesprochen – darstellen müssen, was wir uns unter sozialer Marktwirtschaft vorstellen. Dabei wird es spannend sein, insbesondere mit dem Mittelstand ins Gespräch zu kommen. Wir sollten versuchen, Mittelständler anzusprechen und mit ihnen darüber zu diskutieren, wo in den nächsten Jahren die Arbeitsplätze entstehen und wie wir in diesem Bereich die Dinge voranbringen können.

Vergessen Sie nicht: Wir haben heute relativ schnell ein Packet von Anträgen behandelt. Dieses Packet von Anträgen hat sich mit der Zukunft der Parteiarbeit befasst. Das kommt jetzt auf die Kreisvorsitzenden zu.

Denn wir haben sie gebeten, mit diesen Anträgen in ihre Kreisverbände zu gehen und dort ausführlich zu diskutieren. Wir wollen im Herbst eine Kreisvorsitzendenkonferenz veranstalten, auf der die Meinungsbildung der einzelnen Kreisverbände beraten werden soll. Das soll die Vorbereitung auf unsere Debatten auf dem nächsten Parteitag sein.

Wenn wir uns das nächste Mal auf einem Bundesparteitag treffen, haben wir schon wieder zwei Landtagswahlen zu bestehen gehabt, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg. Das heißt also, wir haben nicht zu rasten und nicht zu ruhen, sondern wir haben viel vor, wir haben zu kämpfen.

Insofern, liebe Freunde, war der Aufbruch ein ganz wichtiges Signal. Wir müssen diesen Aufbruch in unsere Partei hineinragen und gestalten. Das ist die Aufgabe der nächsten Monate.

(Beifall)

Dass wir es hier gut hatten, dass wir diskutieren konnten, das haben wir vielen zu verdanken, zuallererst dem gastgebenden Landesverband Nordrhein-Westfalen. Ganz herzlichen Dank, lieber Jürgen Rüttgers!

(Beifall)

Wir sind hier in der Grugahalle in Essen gut betreut worden. Wir sind gut versorgt worden. Wir haben gute Sicherheit gehabt. Wir bedanken uns bei der Polizei, bei der Feuerwehr,

(Beifall)

bei den Sanitätern und Ärzten, bei der Technik. Das Licht ist angeblieben, toi, toi, toi.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Natürlich bedanken wir uns auch bei den Medien für eine deutlich anwesende, immer sichtbare und – hoffentlich auch bis zum Ende – faire Berichterstattung.

(Beifall)

Ich möchte mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, bei den Mitgliedern der Antragskommission und bei denen bedanken, die die Finanzbeschlüsse vorbereitet haben.

(Beifall)

Dieser Parteitag stand unter vielerlei zeitlichen Restriktionen. Dieser Parteitag musste manchmal ad hoc vorbereitet werden, weil sich die Sachlage geändert hatte. Alle waren bereit dabei mitzumachen. Das war toll.

Liebe Freunde, liebe Delegierte, liebe Gäste, ganz besonders lieber Edmund Stoiber, ganz herzlichen Dank, dass Sie bei uns waren, den Delegierten Dank für das disziplinierte Durchhaltevermögen, für die gute Anwesenheit, dafür, dass wir nach außen ein Signal gesetzt haben: Wir wollen kämpfen, wir sind wieder da.

In diesem Sinne beenden wir den Parteitag mit dem Lied der Deutschen.

(Beifall – Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist geschlossen.

(Beifall)

(Schluss: 14.44 Uhr)

ANHANG

Beschlussprotokoll des 13. Parteitages der CDU Deutschlands vom 10. bis 11. April 2000 in Essen

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Bestätigung der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
9. Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden
10. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1998 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz und zugleich
Einführung in die Anträge des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands zu den Konsequenzen der Finanzaffäre
– Anträge auf Änderung des Satzungsrechts (C)
– Anträge zur finanziellen Konsolidierung der Bundespartei (D)
11. Bericht der Rechnungsprüfer
12. Bericht der Mandatsprüfungskommission
13. Aussprache zu den Berichten des Bundesschatzmeisters und der Rechnungsprüfer sowie Beschlussfassung zu den Anträgen des Bundesvorstandes
14. Entlastung des Bundesvorstandes
15. Bericht der Generalsekretärin der CDU Deutschlands
zugleich
Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
„Essener Erklärung“

- 16.1. Aussprache zum Bericht der Generalsekretärin
- 16.2. Beschlussfassung zum politischen Antrag des Bundesvorstandes „Essener Erklärung“ (A)
17. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments – wird schriftlich vorgelegt –
18. Wahl des Bundesvorstandes
 - 18.1. Wahl des Vorsitzenden
 - 18.2. Wahl des Generalsekretärs
 - 18.3. Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden
 - 18.4. Wahl des Bundesschatzmeisters
 - 18.5. Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums
 - 18.6. Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes
19. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
20. Wahl des Bundesparteigerichts
21. Wahl der Delegierten und Stellvertretenden Delegierten zum XIV. EVP-Kongress in Stuttgart
22. Wahl der CDU-Mitglieder und Stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
23. Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Aufbruch in die lernende Gesellschaft – Bildungspolitische Leitsätze“ – mit anschließender Aussprache –
24. Anträge zur Reform der Parteiarbeit (B)
Sonstige Anträge (E)
25. Schlusswort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch den Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteitages am 10.4.2000 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident: Dr. Jürgen Rüttgers MdB
Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Beisitzer:

| | |
|------------------------------|--|
| Tanja Gönner | Landesverband Baden-Württemberg |
| Dr. Uwe Lehmann-Brauns MdA | Landesverband Berlin |
| Jörg Schönbohm MdL | Landesverband Brandenburg |
| Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB | Landesverband Braunschweig |
| Bernd Neumann MdB | Landesverband Bremen |
| Dirk Fischer MdB | Landesverband Hamburg |
| Dr. Martina Krogmann MdB | Landesverband Hannover |
| Otti Geschka | Landesverband Hessen |
| Eckhardt Rehberg MdL | LV Mecklenburg-Vorpommern |
| Ursula Heinen MdB | Landesverband Nordrhein-Westfalen |
| Manfred Carstens MdB | Landesverband Oldenburg |
| Christoph Böhr MdL | Landesverband Rheinland-Pfalz |
| Peter Jacoby | Landesverband Saar |
| Dr. Fritz Hähle MdL | Landesverband Sachsen |
| Prof.Dr. Wolfgang Böhmer MdL | Landesverband Sachsen-Anhalt |
| Dietrich Austermann MdB | Landesverband Schleswig-Holstein |
| Christina Tasch MdL | Landesverband Thüringen |
| Angelika Gemkow MdL | Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft |
| Jochen Borchert MdB | Evangelischer Arbeitskreis |
| Regina van Dinther MdL | Frauen-Union |
| Hildegard Müller | Junge Union |
| Peter Götz MdB | Kommunalpolitische Vereinigung |
| Peter Rauen MdB | Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung |
| Helmut Sauer | Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung |
| Dr. Bernhard Worms | Senioren-Union |

Zu TOP 3:

Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4:

Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 13. Parteitag bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

| | |
|------------------------------|------------------------------|
| Vorsitzende: | Dr. Angela Merkel MdB |
| Stellv. Vorsitzender: | Dr. Willi Hausmann |
| Weitere Mitglieder: | Dr. Christoph Bergner MdL |
| | Beate Blechinger MdL |
| | Rainer Eppelmann MdB |
| | Peter Götz MdB |
| | Dr. Fritz Hähle MdL |
| | Peter Hintze MdB |
| | Dr. Franz-Josef Jung MdL |
| | Volker Kauder MdB |
| | Philipp Mißfelder |
| | Hildegard Müller |
| | Hartmut Nassauer MdEP |
| | Bernd Neumann MdB |
| | Dr. Friedbert Pflüger MdB |
| | Peter Rauen MdB |
| | Eckhardt Rehberg MdL |
| | Peter Repnik MdB |
| | Herbert Reul MdL |
| | Helmut Sauer |
| | Dr. Annette Schavan |
| | Birgit Schnieber-Jastram MdB |
| | Prof. Dr. Rupert Scholz MdB |
| | Jürgen Schreier MdL |
| | Carsten Schwarz |
| | Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB |

Dr. Bernhard Vogel MdL

Angelika Volquartz MdB

Rüdiger von Voss

Matthias Wissmann MdB

Dr. Bernhard Worms

Zu TOP 5: Die **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender:

Ulf Leisner

Leiter der Hauptabteilung Organisation
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:

Frieder Fundis

Geschäftsführer
des CDU-Bezirksverbandes
Nordwürttemberg

Bernhard Herzog

Abteilungsleiter
CDU-Landesgeschäftsstelle
Nordrhein-Westfalen

Silke Müller

Geschäftsführerin
des CDU-Landesverbandes Bremen

Hans-Joachim Pack

Geschäftsführer
des CDU-Landesverbandes Saar

Randolf Stamm

Geschäftsführer
des CDU-Landesverbandes Sachsen

Waltraud Wannhoff
Geschäftsführerin
des CDU-Landesverbandes
Braunschweig

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Jürgen Zander
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzende: Bernhard Albrecht
KGF Bonn
Hans-Joachim Woelke
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Weitere Mitglieder:

| | | |
|-----------------------|-----|-------------------------|
| Ahlfänger, Jörg | KV | Berlin-Hohenschönhausen |
| Ahus, Margit | KV | Oberbergischer Kreis |
| Aldenhoff, Alfred | KGF | Darmstadt-Stadt |
| Andresen, Carl | KGF | Schleswig-Flensburg |
| Arnold, Johannes | KGF | Fulda |
| Arntz, Michael | KGF | Erfthkreis |
| Auer, Anton | KGF | Konstanz |
| Becher, Martina | KGF | Chemnitzer Land |
| Bergmann, Frank | KGF | Hildesheim |
| Bockolt, Olaf | KGF | Rendsburg-Eckernförde |
| Brummundt, Günter | KGF | Minden-Lübbecke |
| Burfeind, Jörg-Dieter | KGF | Braunschweig |
| Cramer, Karin | KGF | Leer |
| Dietrich, Uwe | KGF | Bergstraße |
| Dönninghaus, Jürgen | KGF | Heidenheim/Ostalb |
| Eckmann, Iris | KGF | Burgenlandkreis |

| | | |
|---------------------|------|----------------------|
| Ehm, Lothar | KGF | Dessau |
| Elsemann, Josef | KGF | Wesel |
| Gatzka, Wilma | KGF | Wetterau |
| Gerhards, Fr. W. | KGF | Cochem-Zell |
| Gießler, Cornelia | KV | Erfurt |
| Goda, Walter | KGF | Vechta |
| Göttlicher, Heike | KGF | Ludwigsburg |
| Grigó, Alexandra | UBG | |
| Hansen, Petra | BGSt | |
| Hasche, Brigitte | KGF | Lüchow-Dannenberg |
| Haßler, Dietmar | KGF | Dresden |
| Hempel, Harald | KGF | Potsdam-Mittelmark |
| Hildebrandt, Arnold | KGF | Bielefeld |
| Hog, Renate | KGF | Tuttlingen |
| Hollburg, Rainer | KGF | Lörrach |
| Hoy, Ralf-Peter | KGF | Celle |
| Jähn, Christoph | KGF | Aue-Schwarzenberg |
| Jantos, Eduard | KGF | Mansfelder Land |
| Johne, Andreas | KGF | Bautzen |
| Jüttermann, Jürgen | BzGF | Trier |
| Kamperdick, Udo | KGF | Bottrop |
| Kinkal, Michael | KGF | Halberstadt |
| Kirchfeld, Heinz | KGF | Soltau-Fallingbostal |
| Kirsten, Roland | KGF | Delitzsch |
| Klaassen, Ippe | KGF | Osterholz-Scharmbeck |
| Kleiner, Ansgar | KGF | Stuttgart |
| Köberich, Petra | KGF | Odenwaldkreis |
| Kramer, Gerlinde | KGF | Grafschaft Bentheim |
| Landau, Ulla | KGF | Lahn-Dill |

| | | |
|---------------------------|------|--------------------|
| Lanzerath, Walter | KGF | Euskirchen |
| Lehnert, Josef | KGF | Bad Kreuznach |
| Liebers, Peter | KGF | Sächsische Schweiz |
| Loskant, Christoph-Justus | KGF | Hannover-Stadt |
| Luckey, Manfred | BzGF | Ostwestfalen-Lippe |
| Lüttgens, Hanswalther | KGF | Paderborn |
| Machel, Roswitha | BzGF | Uelzen |
| Machill, Johannes | KGF | Steinfurt |
| Mehler, Karin | LV | Baden-Württemberg |
| Mehringer, Peter J. | KGF | Groß-Gerau |
| Meisel, Reinhold | KGF | Neckar-Odenwald |
| Meyer, Matthias | KGF | Bitburg und Daun |
| Mosblech, Claudia | KGF | Duisburg |
| Orthey, Harald | BzGF | Koblenz-Montabaur |
| Ozimek, Gerd | KGF | Düsseldorf |
| Patzenhauer, Rudolf | KGF | Merseburg-Querfurt |
| Pelzer, Hans-Georg | KGF | Neuss |
| Quinkert, Antonie | KGF | Hochsauerland |
| Reichl, Josef | KGF | Böblingen |
| Reiss, Waltraud | KGF | Karlsruhe-Land |
| Richter, Dieter | KGF | Elbe-Elster |
| Richter, Jens | KGF | Verden |
| Rüeck, Helmut W. | KGF | Schwäbisch Hall |
| Samson, Ludger | KGF | Recklinghausen |
| Saube, Joachim | KV | Uecker-Randow |
| Schielke, Holger | KV | Hameln-Pyrmont |
| Schimmer, Dagmar | BzGF | Bergisches Land |
| Schmidt, Hasso | KGF | Leipzig |
| Schrader, Siegbert | KGF | Vogtland |

| | | |
|-------------------------|-----|--------------------|
| Schröck, Gerhard | KGF | Rheingau-Taunus |
| Schultheiß, Gisela | KGF | Marburg-Biedenkopf |
| Schurig, Arno | KGF | Berlin-Marzahn |
| Schwartz, Helmut | KGF | Düren |
| Seehaus, Margrit | KGF | Dahme-Spreewald |
| Seyfarth, Matthias H.E. | KGF | Leverkusen |
| Solberg, Norbert | KGF | Essen |
| Stauß, Marianne | KGF | Trier-Stadt |
| Storto-Weigel, Anne | KGF | Main-Kinzig |
| Ströbele-Both, Petra | KGF | Herne |
| Tiemann, Hans-Friedrich | KGF | Steinburg |
| Treuer, Hans-Jürgen | KGF | Baden-Baden |
| Voß, Mark | KGF | Nordfriesland |
| Weber, Günther | KGF | Mayen-Koblenz |
| Westeppe, Paul | KGF | Wuppertal |
| Wiemann, Franz | KGF | Warendorf-Beckum |
| Wießel, Bernd | KGF | Altmark-Salzwedel |
| Wolff, Werner | KGF | Aachen-Land |
| Zeeb, Klaus | KGF | Esslingen |
| Ziegner, Elke von | KGF | Harburg-Land |
| Zimmermann, Werner | KGF | Neuwied |

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8/9: Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Schäuble MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10/13: Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters, Matthias Wissmann MdB, und den schriftlich vorgelegten Rechenschaftsbericht 1998 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz** nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den mündlichen **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die **Mandatsprüfungskommission des 13. Parteitages** erstattete am Montag, den 10. April 2000, 14.30 Uhr, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 14.05 Uhr von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 13. Parteitages 985 anwesend.

Der 13. Parteitag ist beschlussfähig.“

(Vor Aufruf von TOP 18 – Wahl des Bundesvorstandes – aktualisierte die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht dahingehend, dass um 17.30 Uhr **alle** 1001 voll stimmberechtigten Delegierten anwesend waren.)

gez. Ulf Leisner
– Vorsitzender –

gez. Frieder Fundis

gez. Bernhard Herzog

gez. Silke Müller

gez. Hans-Joachim Pack

gez. Randolph Stamm

gez. Waltraud Wannhoff

Zu TOP 13: Beratung und Beschlussfassung über die Anträge des Bundesvorstandes auf Änderung des Satzungsrechts (C) als Konsequenz der Finanzaffäre

Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über die Anträge zu den Änderungen des Satzungsrechts in offener Abstimmung nach Aussprache folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 120 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ und in der „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- C 1 Annahme
- C 2 Ablehnung
- C 3 Annahme
- C 4 Ablehnung
- C 5 Annahme
- C 6 Ablehnung
- C 7 Annahme idF der Antragskommission
- C 8 Ablehnung
- C 9 Ablehnung
- C 10 Ablehnung
- C 11 Annahme idF der Antragskommission
- C 12 Annahme idF der Antragskommission
- C 13 Ablehnung
- C 14 Annahme idF der Antragskommission
- C 15 Ablehnung
- C 16 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 17 Ablehnung
- C 18 Annahme idF der Antragskommission
- C 19 Annahme
- C 20 Annahme idF der Antragskommission
- C 21 Annahme idF der Antragskommission
- C 22 Ablehnung
- C 23 Annahme idF der Antragskommission
- C 24 Ablehnung
- C 25 Erledigung
- C 26 Annahme idF der Antragskommission
- C 27 Annahme idF der Antragskommission
- C 28 Annahme idF der Antragskommission
- C 29 Annahme idF der Antragskommission

- C 30 Annahme idF der Antragskommission
- C 31 Annahme idF der Antragskommission
- C 32 Annahme idF der Antragskommission
- C 33 Annahme idF der Antragskommission
- C 34 Ablehnung
- C 35 Annahme idF der Antragskommission
- C 36 Ablehnung
- C 37 Ablehnung
- C 38 Ablehnung
- C 39 Annahme idF der Antragskommission
- C 40 Ablehnung
- C 41 Annahme idF der Antragskommission
- C 42 Annahme idF der Antragskommission
- C 43 Ablehnung
- C 44 Annahme idF der Antragskommission
- C 45 Ablehnung
- C 46 Annahme idF der Antragskommission
- C 47 Ablehnung
- C 48 Ablehnung
- C 49 Ablehnung
- C 50 Ablehnung
- C 51 Ablehnung
- C 52 Annahme idF der Antragskommission
- C 53 Erledigung
- C 54 Ablehnung
- C 55 Erledigung
- C 56 Erledigung
- C 57 Erledigung
- C 58 Annahme idF der Antragskommission

- C 59 Annahme idF der Antragskommission
- C 60 Annahme idF der Antragskommission
- C 61 Ablehnung
- C 62 Ablehnung
- C 63 Annahme idF der Antragskommission
- C 64 Annahme idF der Antragskommission
- C 65 Ablehnung
- C 66 Erledigung
- C 67 Annahme idF der Antragskommission
- C 68 Annahme idF der Antragskommission
- C 69 Ablehnung
- C 70 Annahme idF der Antragskommission
- C 71 Ablehnung
- C 72 Annahme idF der Antragskommission
- C 73 Annahme idF der Antragskommission
- C 74 Ablehnung
- C 75 Ablehnung
- C 76 Annahme idF der Antragskommission
- C 77 Annahme idF der Antragskommission
- C 78 Ablehnung
- C 79 Annahme idF der Antragskommission
- C 80 Annahme idF der Antragskommission
- C 81 Annahme idF der Antragskommission
- C 82 Annahme idF der Antragskommission
- C 83 Annahme idF der Antragskommission
- C 84 Erledigung
- C 85 Annahme
- C 86 Annahme
- C 87 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit

- C 88 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 89 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 90 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 91 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 92 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 93 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 94 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 95 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 96 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 97 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 98 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 99 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 100 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 101 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 102 Überweisung an Bundesparteigericht
- C 103 Überweisung an den Generalsekretär
- C 104 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 105 Erledigung
- C 106 Erledigung
- C 107 Erledigung
- C 108 Erledigung
- C 109 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- C 110 Ablehnung
- C 111 Ablehnung
- C 112 Erledigung
- C 113 Erledigung
- C 114 Ziffer 1 und 2 vom Antragsteller zurückgezogen
- C 114 Ziffer 3 Ablehnung
- C 115 vom Antragsteller zurückgezogen

- C 116 Erledigung
- C 117 Erledigung
- C 118 Erledigung
- C 119 Erledigung
- C 120 Erledigung

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 13. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 13: Beratung und Beschlussfassung über die Anträge des Bundesvorstandes zur finanziellen Konsolidierung der Bundespartei (D) als Konsequenz der Finanzaffäre

Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über die Anträge zur finanziellen Konsolidierung der Bundespartei in offener Abstimmung nach Aussprache folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 18 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ und in der „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- D 1 Annahme idF der Antragskommission
- D 2 Annahme
- D 3 Überweisung an den Generalsekretär (Punkt 2)
- D 3 Ablehnung (Punkt 1)
- D 4 Ablehnung
- D 5 Ablehnung
- D 6 Überweisung an den Generalsekretär
- D 7 Überweisung an den Generalsekretär
- D 8 Überweisung an den Generalsekretär
- D 9 Überweisung an den Generalsekretär
- D 10 Überweisung an den Bundesvorstand
- D 11 Überweisung an den Generalsekretär
- D 12 Erledigung

- D 13 Überweisung an den Generalsekretär
- D 14 Annahme idF der Antragskommission
- D 15 Annahme idF der Antragskommission
- D 16 Ablehnung
- D 17 Ablehnung
- D 18 Überweisung an den Haushaltsausschuss (Satz 1)
- D 18 Annahme (Satz 2)

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 13. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 14: Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands erteilte dem Bundesvorstand auf Antrag der Rechnungsprüfer in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen die folgende eingeschränkte Entlastung für das Rechnungsjahr 1998:

„Der Bundesparteitag erteilt dem Bundesvorstand für das Kalenderjahr 1998 Entlastung. Von der Entlastung sind noch nicht erfasst alle Vorgänge im Zusammenhang mit der sogenannten ‚Finanzaffäre‘; insoweit wird die Beschlussfassung über die Entlastung des Bundesvorstandes auf einen späteren Bundesparteitag vertagt.“

Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 15/16.1.: Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Generalsekretärin der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis. Dieser Bericht war zugleich die Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands für die „Essener Erklärung“.

Zu TOP 16.2.: **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes für die „Essener Erklärung“ (A)**

Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über die Anträge zur „Essener Erklärung“ in offener Abstimmung nach Aussprache folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 106 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- A 1 Annahme idF der Antragskommission
- A 2 Überweisung an den Generalsekretär
- A 3 Ablehnung
- A 4 Überweisung an den Generalsekretär
- A 5 Annahme idF der Antragskommission
- A 6 Annahme idF der Antragskommission
- A 7 Erledigung
- A 8 Annahme idF der Antragskommission
- A 9 Annahme idF der Antragskommission
- A 10 Erledigung
- A 11 Annahme idF der Antragskommission
- A 12 Ablehnung
- A 13 Annahme idF der Antragskommission
- A 14 Annahme idF der Antragskommission
- A 15 Annahme idF der Antragskommission
- A 16 Erledigung
- A 17 Erledigung
- A 18 Annahme idF der Antragskommission
- A 19 Erledigung
- A 20 Annahme idF der Antragskommission
- A 21 Annahme idF der Antragskommission
- A 22 Erledigung
- A 23 Ablehnung
- A 24 Annahme idF der Antragskommission
- A 25 Ablehnung
- A 26 Annahme idF der Antragskommission
- A 27 Annahme idF der Antragskommission

- A 28 Annahme idF der Antragskommission
- A 29 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- A 30 Annahme idF der Antragskommission
- A 31 Annahme idF der Antragskommission
- A 32 Annahme idF der Antragskommission
- A 33 Ablehnung
- A 34 Ablehnung
- A 35 Ablehnung
- A 36 Annahme idF der Antragskommission
- A 37 Annahme idF der Antragskommission
- A 38 Annahme idF der Antragskommission
- A 39 Annahme idF der Antragskommission
- A 40 Ablehnung
- A 41 Annahme idF der Antragskommission
- A 42 Annahme idF der Antragskommission
- A 43 Annahme idF der Antragskommission
- A 44 Annahme idF der Antragskommission
- A 45 Annahme idF der Antragskommission
- A 46 Ablehnung
- A 47 Annahme idF der Antragskommission
- A 48 Ablehnung
- A 49 Annahme
- A 50 Erledigung
- A 51 aus systematischen Gründen abgelehnt
- A 52 Annahme
- A 53 Ablehnung
- A 54 Annahme idF der Antragskommission
- A 55 Annahme idF der Antragskommission
- A 56 Annahme idF der Antragskommission

A 57 Ablehnung
A 58 Annahme idF der Antragskommission
A 59 Annahme idF der Antragskommission
A 60 Erledigung
A 61 Annahme idF der Antragskommission
A 62 Annahme idF der Antragskommission
A 63 Annahme
A 64 Ablehnung
A 65 Ablehnung
A 66 Annahme
A 67 Ablehnung
A 68 Ablehnung
A 69 Annahme
A 70 Annahme idF der Antragskommission
A 71 Annahme idF der Antragskommission
A 72 Ablehnung
A 73 Ablehnung
A 74 Ablehnung
A 75 Ablehnung
A 76 Ablehnung
A 77 Annahme idF der Antragskommission
A 78 Ablehnung
A 79 Annahme idF der Antragskommission
A 80 Annahme idF der Antragskommission
A 81 Annahme idF der Antragskommission
A 82 Ablehnung
A 83 Annahme idF der Antragskommission
A 84 Ablehnung
A 85 Annahme idF der Antragskommission

- A 86 Ablehnung
- A 87 Ablehnung
- A 88 Erledigung
- A 89 Annahme idF der Antragskommission
- A 90 Annahme idF der Antragskommission
- A 91 Ablehnung
- A 92 Annahme idF der Antragskommission
- A 93 Ablehnung
- A 94 Annahme idF der Antragskommission
- A 95 Ablehnung
- A 96 Annahme idF der Antragskommission
- A 97 Ablehnung
- A 98 Annahme idF der Antragskommission
- A 99 Annahme idF der Antragskommission
- A 100 Annahme idF der Antragskommission
- A 101 Annahme idF der Antragskommission
- A 102 Annahme idF der Antragskommission
- A 103 Annahme idF der Antragskommission
- A 104 Annahme idF der Antragskommission
- A 105 Annahme idF der Antragskommission
- A 106 Annahme

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 13. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 17:

Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlichen **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hartmut Nassauer MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 18: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP 18.1.: Wahl des/der Vorsitzenden

Es wurde gewählt:

Dr. Angela Merkel MdB

| | |
|-------------------------------------|-----|
| Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: | 942 |
| Ungültig: | 0 |
| Enthaltungen: | 7 |
| Gültige Stimmen: | 935 |
| Zur Wahl erforderliche Mehrheit: | 468 |
| Ja: | 897 |
| Nein: | 38 |

Zu TOP 18.2.: Wahl des Generalsekretärs

Es wurde gewählt:

Ruprecht Polenz MdB

| | |
|-------------------------------------|-----|
| Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: | 939 |
| Ungültig: | 2 |
| Enthaltungen: | 52 |
| Gültige Stimmen: | 885 |
| Zur Wahl erforderliche Mehrheit: | 443 |
| Ja: | 781 |
| Nein: | 104 |

Zu TOP 18.3.: Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden

| | |
|-------------------------------------|-----|
| Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: | 965 |
| Ungültig: | 0 |

| | |
|----------------------------------|-----|
| Enthaltungen: | 0 |
| Gültige Stimmen: | 965 |
| Zur Wahl erforderliche Mehrheit: | 483 |

Es wurden gewählt:

| | |
|-------------------------|-----|
| Dr. Annette Schavan | 849 |
| Dr. Jürgen Rüttgers MdB | 722 |
| Christian Wulff MdL | 599 |
| Volker Rühle MdB | 565 |

Danach wurden im ersten Wahlgang 4 Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter eine Frau. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP 18.4: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Dr. Ulrich Cartellieri

| | |
|-------------------------------------|-----|
| Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: | 883 |
| Ungültig: | 0 |
| Enthaltungen: | 4 |
| Gültige Stimmen: | 879 |
| Zur Wahl erforderliche Mehrheit: | 440 |
| Ja: | 873 |
| Nein: | 6 |

Zu TOP 18.5.: Wahl der weiteren 7 Mitglieder des Präsidiums

| | |
|-------------------------------------|-----|
| Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: | 984 |
| Ungültig: | 2 |
| Enthaltungen: | 0 |
| Gültige Stimmen: | 982 |
| Zur Wahl erforderliche Mehrheit: | 492 |

Die Kandidaten erhielten folgende Stimmen:

| | |
|--------------------------------|-----|
| 1. Prof. Dr. Dagmar Schipanski | 861 |
| 2. Dr. Wolfgang Schäuble MdB | 766 |
| 3. Hildegard Müller | 733 |
| 4. Roland Koch MdL | 650 |
| 5. Jörg Schönbohm MdL | 589 |
| 6. Hermann-Josef Arentz MdL | 505 |
| 7. Arnold Vaatz MdB | 476 |
| 8. Peter Rauen MdB | 428 |
| 9. Christa Thoben | 343 |

Danach sind als **weitere Mitglieder des Präsidiums im 1. Wahlgang gewählt:**

Prof. Dr. Dagmar Schipanski

Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Hildegard Müller

Roland Koch MdL

Jörg Schönbohm MdL

Hermann-Josef Arentz MdL

Unter ihnen befinden sich 2 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Es wurde eine **Stichwahl** zwischen folgenden Kandidaten erforderlich:

Arnold Vaatz MdB

Peter Rauen MdB

Die **Stichwahl** hatte folgendes Ergebnis:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 911

Ungültig: 2

Enthaltungen: 2

| | |
|----------------------------------|-----|
| Gültige Stimmen: | 907 |
| Zur Wahl erforderliche Mehrheit: | 454 |

Die Kandidaten erhielten folgende Stimmen:

| | |
|---------------------|-----|
| 1. Peter Rauen MdB | 460 |
| 2. Arnold Vaatz MdB | 447 |

Es wurde gewählt:

Peter Rauen MdB

In das Präsidium wurde nicht gewählt:

Christa Thoben

Zu TOP 18.6.: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

| | |
|-------------------------------------|-----|
| Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: | 959 |
| Ungültig: | 12 |
| Enthaltungen: | 0 |
| Gültige Stimmen: | 947 |
| Zur Wahl erforderliche Mehrheit: | 474 |

Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:

| | |
|---|-----|
| 1. Dr. Bernhard Vogel MdL | 873 |
| 2. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP | 794 |
| 3. Hans-Peter Repnik MdB | 792 |
| 4. Dr. Yvonne Kempen | 790 |
| 5. Karin Wolff MdL | 771 |
| 6. Tanja Gönner | 748 |
| 7. Katherina Reiche MdB | 738 |
| 8. Laurenz Meyer MdL | 725 |

| | |
|----------------------------------|-----|
| 9. Dr. Maria Böhmer MdB | 723 |
| 10. Matthias Wissmann MdB | 685 |
| 11. Dr. Dieter Althaus MdL | 668 |
| 12. Erika Steinbach MdB | 660 |
| 13. Maria Michalk | 660 |
| 14. Philipp Mißfelder | 659 |
| 15. Prof. Dr. Otto Wulff | 659 |
| 16. Andreas Renner | 655 |
| 17. Eckhardt Rehberg MdL | 654 |
| 18. Karl-Josef Laumann MdB | 638 |
| 19. Dr. Regina Görner | 603 |
| 20. Dr. Friedbert Pflüger MdB | 603 |
| 21. Angelika Volquartz MdB | 585 |
| 22. Rainer Eppelmann MdB | 580 |
| 23. Dr. Franz-Josef Jung MdL | 573 |
| 24. Dr. Helmut Linssen MdL | 569 |
| 25. Ole von Beust MdHB | 565 |
| 26. Prof. Dr. Georg Milbradt MdL | 530 |

Danach wurden im **1. Wahlgang** insgesamt **26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt**, darunter 10 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten:

| | |
|--------------------------------|-----|
| 27. Dr. Dirk Notheis | 527 |
| 28. Stanislaw Tillich | 475 |
| 29. Thomas Leimbach | 443 |
| 30. Peter Hintze MdB | 432 |
| 31. Dr. Uwe Lehmann-Brauns MdA | 338 |

Zu TOP 19: Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsit-**

zenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 20: Wahl des Bundesparteigerichts der CDU

Es wurden **für die Zeit vom 7. November 2000 bis 6. November 2004** in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen **gewählt**:

Ordentliche Mitglieder:

Präsident des Oberlandesgerichts a.D.

Dr. Eberhard Kuthning – Vorsitzender – (Celle)

Dipl.-Ing. Dipl.-Jurist
Regierungsdirektor im
Landesverwaltungsamt Thüringen

Bernhard Hellner (Bad Kösen)

Richterin am Bundesgerichtshof

Dr. Heidi Lambert-Lang (Zweibrücken/Karlsruhe)

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a.D.

Dr. Pia Rumler-Detzel (Köln)

Rechtsanwalt am Oberlandesgericht

Friedrich W. Siebeke (Mettmann)

Stellvertretende Mitglieder:

Präsident des Landgerichts

Dr. Friedrich August Bonde (Bordesholm/Kiel)

Rechtsanwalt

Dr. Peter Dany (Hamburg/Altenholz)

Rechtsanwältin

Petra Kansy (Bad Honnef)

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht
und Vizepräsident des Landesverfassungsgerichts Brandenburg

Dr. Wolfgang Knippel (Potsdam)

Oberstaatsanwalt a.D.

Helmut Rehborn (Dortmund)

Rechtsanwältin und Notarin

Barbara Saß-Viehweger (Berlin)
Dipl.-Jurist
Richter am Amtsgericht Gera-Stadt
Frank Strohscher (Gera)

Zu TOP 21: Dieser TOP wurde abgesetzt, weil der XIV. EVP-Kongress erst im Januar 2001 stattfindet.

Die Wahl der Delegierten wird im Herbst 2000 durch den Bundesausschuss (Kleiner Parteitag) erfolgen.

Zu TOP 22: Wahl der CDU-Mitglieder und Stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)

Es wurden in offener Abstimmung bei 1 Enthaltung einstimmig gewählt:

15 Ordentliche Mitglieder:

Elmar Brok MdEP

Michael Gahler MdEP

Ursula Heinen MdB

Peter Hintze MdB

Peter Kittelmann MdA

Dr. Egon A. Klepsch

Dr. Martina Krogmann MdB

Karl Lamers MdB

Horst Langes

Prof. Dr. Gerd Langguth

Armin Laschet MdEP

Dr. Angela Merkel MdB

Hartmut Nassauer MdEP

Doris Pack MdEP

Dr. Karl von Wogau MdEP

15 Stellvertretende Mitglieder:

Dr. Christoph Bergner MdL
Andreas von Gehlen
Dr. Guido Herz
Ruth Hieronymi MdEP
Dr. Werner Langen MdEP
Christine Lieberknecht MdL
Hildegard Müller
Markus Pösentrup
Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP
Franz-Josef Reuter
Peter Scheib
Dr. Andreas Schockenhoff MdB
Reinhard Stuth
Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB
Annette Widmann-Mauz MdB

Danach wurden im 1. Wahlgang insgesamt 30 Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt, darunter 10 Frauen. Somit wurde das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP 23: Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Aufbruch in die lernende Gesellschaft – Bildungspolitische Leitsätze“

Nach Aussprache wurde der Antrag des Bundesvorstandes an den Bundesausschuss (Kleiner Parteitag) zur Beratung und Beschlussfassung im Herbst 2000 überwiesen.

Zu TOP 24: Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes zur Reform der Parteiarbeit (B)

Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über die Anträge zur Reform der Parteiarbeit (B) in offener Abstimmung nach Aussprache folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge ist in der „Sammlung der Anträge und Empfeh-

lungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- B 1 Annahme idF der Antragskommission
- B 2 Annahme idF der Antragskommission
- B 3 Ablehnung
- B 4 Annahme
- B 5 Ablehnung
- B 6 Ablehnung
- B 7 Ablehnung
- B 8 Annahme
- B 9 Annahme
- B 10 Ablehnung
- B 11 Ablehnung
- B 12 Ablehnung
- B 13 Annahme
- B 14 Überweisung an den Generalsekretär
- B 15 Annahme idF der Antragskommission
- B 16 Annahme idF der Antragskommission
- B 17 Annahme idF der Antragskommission
- B 18 Annahme idF der Antragskommission
- B 19 Annahme
- B 20 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- B 21 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- B 22 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- B 23 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- B 24 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- B 25 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- B 26 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- B 27 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit

B 28 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 13. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 24: Beratung und Beschlussfassung über die Sonstigen Anträge (E)

Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands fasste über die Sonstigen Anträge (E) in offener Abstimmung nach Aussprache folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ und in der „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- E 1 Überweisung an Kommission „Sozialstaat 21“
- E 2 Annahme idF der Antragskommission
- E 3 Annahme
- E 4 Annahme idF der Antragskommission
- E 5 Ablehnung
- E 6 Annahme idF der Antragskommission
- E 7 Annahme
- E 8 Ablehnung
- E 9 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 10 Überweisung an BFA Forschung & Innovation
- E 11 Annahme idF der Antragskommission und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 12 Ablehnung
- E 13 Überweisung an den Generalsekretär
- E 14 Überweisung an Kommission zur Reform der Parteiarbeit
- E 15 Überweisung an den Generalsekretär
- E 16 Überweisung an Bundesparteigericht
- E 17 Erledigung

- E 18 Annahme idF der Antragskommission
- E 19 Annahme idF der Antragskommission
- E 20 Annahme idF der Antragskommission
- E 21 Annahme idF der Antragskommission
- E 22 Annahme idF der Antragskommission
- E 23 Annahme idF der Antragskommission
- E 24 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 25 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 26 Annahme
- E 27 Annahme idF der Antragskommission
- E 28 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 29 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 30 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 31 Nichtbefassung
- E 32 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 33 Nichtbefassung
- E 34 Annahme
- E 35 Annahme

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 13. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 25: Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, **Dr. Angela Merkel**
MdB

Beschlüsse

Essener Erklärung

Präambel

Grundlage der Politik der CDU Deutschlands ist das christliche Verständnis vom Menschen. Daraus abgeleitet sind die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir sind überzeugt, dass diese Werte zu den unverzichtbaren Grundlagen unserer Gesellschaft gehören; sie bieten Orientierung für unser politisches Handeln. Im Mittelpunkt unserer Politik steht die unverletzliche Würde des Menschen in allen Phasen des Lebens. Das menschliche Leben entfaltet sich in der Verantwortung für sich selbst und für die Gemeinschaft. Ausgehend von dieser Überzeugung werden wir uns den neuen Herausforderungen mutig stellen, die Zukunft tatkräftig gestalten und die Schöpfung für künftige Generationen bewahren. Auf der Basis christlicher Grundwerte will die CDU die Chancen, die uns die neuen Entwicklungen am Beginn des 21. Jahrhunderts bieten, nutzen, um allen Menschen Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft zu eröffnen.

I. Die CDU am Scheideweg – Die Krise als Chance

1. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat die Entwicklung unseres Landes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachhaltig geprägt: Die Integration Deutschlands in die Wertegemeinschaft der freien Staaten des Westens, die Soziale Marktwirtschaft, die Neuordnung des Systems der sozialen Sicherheit und insbesondere die Teilhabe der Rentner am Wohlstandsfortschritt der Gesellschaft, die Deutsche Einheit, der europäische Einigungsprozess – all diese Entscheidungen wurden gegen den zum Teil erbitterten Widerstand der deutschen Sozialdemokratie durchgesetzt. Sie wurden vor allem geprägt durch Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl. Darauf sind wir stolz.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts können wir mit Freude und Dankbarkeit feststellen: Der Kalte Krieg zwischen Ost und West ist überwunden, der Kommunismus ist zusammengebrochen, Demokratie und Freiheit haben sich durchgesetzt. Es wurde deutlich: Nur eine Ordnung der Freiheit – ausgedrückt in der politischen Ordnung der Demokratie und der wirtschaftlichen Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft – ist in der Lage, eine Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung zu schaffen, die durch Freiheit, soziale Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität geprägt ist. An der Weigerung, diese Erkenntnis anzunehmen, sind die totalitären und diktatorischen Systeme des Ostens 1989/1990 zerbrochen.

Nicht erst mit dem neuen Jahrhundert, sondern mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Kommunismus hat also ein neues Kapitel in der Geschichte Deutschlands

und Europas begonnen. Dies verlangt von uns, die wir die politische Tagesordnung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgreich gestaltet haben, unseren Auftrag für das 21. Jahrhundert neu zu bestimmen.

2. Auf dem Parteitag in Erfurt im April 1999 haben wir damit begonnen. Die Erfurter Leitsätze setzen den Rahmen für notwendige Entscheidungen sowohl für eine schlagkräftige Struktur der Partei als auch für unsere inhaltliche Weiterentwicklung. Sie beschreiben den Aufbruch '99. 1999 wurde nach der Niederlage bei der Bundestagswahl im Herbst 1998 das Jahr unseres Aufbruchs und ein Jahr großartiger Wahlsiege. Wir haben die Europawahl haushoch gewonnen, Bremen und Berlin klar gehalten, SPD-Bastionen in Hessen, im Saarland und in Brandenburg gestürmt, absolute Mehrheiten in Thüringen und Sachsen errungen, sensationelle Ergebnisse bei Kommunal- und Bürgermeisterwahlen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, erzielt.

In Schleswig-Holstein war der Regierungswechsel lange greifbar nahe. Doch seit einigen Monaten hat sich die CDU mit Vorgängen auseinander zu setzen, die wir noch vor kurzem nicht für möglich gehalten hätten. Die bekannt gewordenen Verstöße gegen das Parteiengesetz, gegen die Grundsätze der Transparenz und der innerparteilichen Demokratie haben unsere Partei, für die die Einhaltung von Recht und Gesetz zu ihrer Identität gehört, ins Mark getroffen. Weitaus bedeutender als der daraus entstandene finanzielle Schaden ist deshalb der Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust, der eingetreten ist.

3. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands muss die Chance, die in dieser Krise liegt, für ihre Erneuerung nutzen. Dieser ohnehin notwendige Prozess wird durch die Vorgänge der letzten Monate zusätzlich beschleunigt. Wir ziehen die notwendigen innerparteilichen Konsequenzen für mehr Transparenz und Kontrolle. Wir setzen unsere inhaltliche Erneuerung fort; wir sind für konstruktive Kritik aufgeschlossen und pflegen einen offenen Meinungs austausch. Denn nur so werden wir so schnell wie möglich wieder mehrheitsfähig und schaffen die Voraussetzungen, unser politisches Erbe, unsere Grundwerte und unsere politische Kompetenz als Volkspartei der Mitte für das 21. Jahrhundert zukunftsfähig zu machen. Denn wir wissen: Erneuerung schafft Mehrheiten. So können wir die Voraussetzungen für den Regierungswechsel 2002 schaffen.

Unsere Mitglieder haben uns in dieser Krise besonders unterstützt und sich als Basis unserer politischen Kraft erwiesen. Wir sind ihnen zu großem Dank verpflichtet.

II. Unsere Maßstäbe und Prinzipien

4. Wir wollen Orientierung statt rot-grüne Beliebigkeit. Je schneller der Wandel der Gesellschaft ist, desto wichtiger werden Orientierung und Richtung. Wir lassen uns leiten vom christlichen Verständnis vom Menschen, das den Einzelnen frei, verantwortlich und unantastbar in seiner Würde sieht. Im christlichen Menschenbild sind Freiheit und Mit-

verantwortung verankert. Das unterscheidet uns von individualistischen und kollektivistischen Denkansätzen gleichermaßen. Die CDU ist die große Volkspartei der Mitte. In ihr bündeln sich wertkonservative, christlich-soziale und liberale Überzeugungen. Das „C“ in unserem Namen gehört zum Grundverständnis der Union.

Wir wollen Mitmenschlichkeit statt rot-grünes Verteilungsdenken. Die soziale Qualität des Zusammenlebens in unserem Staat lässt sich nicht an der Höhe des Umverteilungsvolumens messen. „Wohlfahrt für alle“ muss im 21. Jahrhundert durch „Teilhabe für alle“ ergänzt werden. Neben Transferzahlungen werden Chancen zur Teilhabe am Arbeits- und am gesellschaftlichen Leben immer wichtiger. Wir brauchen gelebte Solidarität und den direkten Austausch in der Familie, der Nachbarschaft, den Kommunen.

Wir wollen Freiheit statt rot-grüne Bevormundung. Wir nehmen den Bürger ernst – als urteilsfähigen Menschen, der sein Leben in die Hand nimmt. Tragfähige Antworten auf die neuen Fragen unserer Zeit stärken die Freiheit des Einzelnen. Sie schützen die Freiheit vor Bevormundung durch verkrustete Bürokratien und komplizierte Entscheidungswege. Sie sichern die Freiheit für eine Beteiligung an den Zukunftsentscheidungen. Wir sagen ja zu einer Gesellschaft, die den Bürgern mehr Wahlmöglichkeiten bietet, vielfältige Chancen eröffnet, die in der Teilnahme an der politischen Willensbildung und Transparenz der Entscheidungsstrukturen selbstverständlich sind, in der Leistung und Innovation honoriert, Solidarität und Toleranz gefördert werden. Wir sagen ja zu einer Gesellschaft, in der sich der Gemeinsinn entwickelt und in der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für andere Bürger, für Gemeinschaften und für das Gemeinwohl besteht. Wir bekennen uns ausdrücklich zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, die jedermann ohne Ausnahme an Recht und Gesetz bindet. Wir wenden uns gegen falsch verstandene Toleranz gegenüber Gesetzesverstößen und Angriffe auf unsere staatliche Ordnung.

Wir haben klare Maßstäbe für unser Handeln. Die Bürger erwarten nicht nur Diskussionen und Debatten, sondern die Umsetzung von Ideen, von Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Sie erwarten Entscheidungen für die Zukunft. Akzeptiert werden Entscheidungen dann, wenn sie nachvollziehbar begründet und in politisches Handeln umgesetzt werden, statt nur Betroffenheit zu vermitteln. Dauerhaften Bestand haben Entscheidungen, wenn sie gerecht sind und vor der nächsten Generation Bestand haben. Wirksam sind Entscheidungen, wenn sie vernetzte Sachverhalte regeln und nicht nur Teillösungen anbieten. Wer die Arbeitslosenversicherung auf Kosten anderer Sozialversicherungen saniert, hat weder Neues noch Gütliches geschaffen. Glaubwürdig sind Entscheidungen, wenn sie in der Achtung vor dauerhaften Werten getroffen werden. Für die Christlich Demokratische Union ist das die Verantwortung vor Gott und den Menschen.

III. Zur Sache – Die Tagesordnung für das 21. Jahrhundert

5. Der Wandel unserer Zeit hat viele Kennzeichen: Die demographische Entwicklung in Deutschland und der Welt ist eines davon. In weiten Teilen der Welt steigen die Bevölkerungszahlen weiter dramatisch an. Erst vor kurzem wurde der 6-milliardste Erdenbürger geboren. Die Folgen für die wirtschaftlich-soziale Entwicklung in vielen Ländern der Welt,

für ihr Streben nach Teilhabe am Wohlstand, aber auch die Auswirkungen auf den Schutz der natürlichen Ressourcen sind offenkundig. Wenn eine Weltbevölkerung von 6 Milliarden Menschen, in diesem Jahrhundert sogar von 10 Milliarden und mehr, die Ressourcen nicht erschöpfen, die Umweltbelastungen tragbar halten und nicht zu unberechenbaren Explosionen zwischen Arm und Reich führen soll, dann müssen wir Brücken bauen für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt.

In Deutschland und Europa haben wir es mit einer demographisch genau gegenläufigen Entwicklung zu tun: Der Altersaufbau unserer Bevölkerung hat sich grundlegend gewandelt. Die Zahl der älteren Menschen wächst. Es werden deutlich weniger Menschen geboren. Diese Entwicklung hat vielfältige Ursachen. Wohlstand, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Bildung haben den Menschen in den westlichen Industrienationen ungeahnte Entfaltungsspielräume eröffnet. Die Familie steht heute in Konkurrenz zu anderen Lebensentwürfen, die mehr Freiräume für Beruf und Privatleben zu bieten scheinen und oft auch materiell attraktiver sind. Wir treten deshalb dafür ein, die Familien als Leistungsträger und Ort der Vermittlung von Werten in unserer Gesellschaft zu stärken und zu fördern. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen.

All diese Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf die Zuwanderung und die Integration ausländischer Mitbürger. Sie stellen uns vor große Herausforderungen an die Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen, der Erhaltung der Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft, an unsere sozialen Sicherungssysteme, die Teilhabe am Wohlstand im Alter auch unter den Bedingungen einer veränderten Demographie.

6. Nach Jahren der Trennung haben wir am Ende des 20. Jahrhunderts die Deutsche Einheit erhalten. Wir sind seither auf dem Weg, die innere Einheit zu gewinnen, gut vorangekommen. Neben den unbestreitbaren und sichtbaren Erfolgen beim Prozess des Zusammenwachsens gibt es aber auch zehn Jahre nach dem Fall der Mauer noch vieles, was trennt und überwunden werden muss.

Die jungen Länder drückt eine hohe Arbeitslosigkeit; die Wirtschaftskraft hat das Durchschnittsniveau der alten Länder bei weitem noch nicht erreicht, und im Bereich der Infrastruktur besteht nach wie vor ein erheblicher Nachholbedarf. Die jungen Länder werden daher auch in den kommenden Jahren auf besondere Solidarität angewiesen sein.

Neben der Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse ist es eine wichtige Aufgabe, das gegenseitige Verständnis weiter zu fördern. Besonders die junge Generation ist gefordert, zusammen mit den Älteren aus dem Bewusstsein einer gemeinsamen Geschichte und Kultur Zukunftskräfte zu entwickeln und ihre Chancen im geeinten Deutschland und im sich einigenden Europa zu nutzen.

7. Der Wandel unserer Zeit hat noch weitere Kennzeichen: Globalisierung, Europäisierung, Digitalisierung, Mobilität und Flexibilität. Der Wandel erfasst alle Lebensbereiche. Die Politik hat die Aufgabe, diesen Wandel mitzugestalten. Wir wollen Brücken schlagen in

eine noch offene Zukunft und dem Wandel ein menschliches Gesicht geben. Der Schutz der Würde des Menschen ist ein großes Thema auch im 21. Jahrhundert. Das christliche Menschenbild ist uns Richtschnur, wenn es um den Schutz des Lebens geht.

Wir erarbeiten neue Antworten auf neue Fragen – für uns und unser Land.

Deutschland braucht neue Antworten zum Verhältnis von Bürger und Staat

8. Unser demokratischer Rechtsstaat, seine Regeln und Institutionen haben sich bewährt. Hier gelingt es, die unterschiedlichen Willensbildungen und Interessen zusammenzuführen, im Sinne des Gemeinwohls zu prüfen und dann nach Abwägung verschiedener Interessen verbindlich zu entscheiden. Parlament und Regierung werden auch künftig Entscheidungszentren unserer Demokratie bleiben. Denn ausschlaggebend für das Vertrauen der Menschen in den Staat ist, dass er sich im Rahmen seiner Handlungsmöglichkeiten auch tatsächlich als handlungsfähig erweist. Wir brauchen nachvollziehbare Entscheidungsprozesse, Ergebnisse und Strukturen. Deshalb muss neu geprüft werden, was Staat und Politik leisten können und sollen und was nicht. Unser Ziel ist der Abbau überflüssiger staatlicher Regelungen.

Der Staat muss auch in Zukunft für Ordnung und Sicherheit unseres Gemeinwesens sorgen. Wir brauchen einen starken Rechtsstaat, aber der Staat muss nicht alles zentral und bürokratisch regeln und bestimmen, zumal die Bürger heute in freierem Maß ihre Lebensentwürfe wählen und ihr Umfeld gestalten wollen.

9. Fortschreitende Individualisierung und gestiegene Mobilität haben den Menschen mehr Freiheit gebracht. Sie haben aber auch Veränderungen in gewachsenen Strukturen hervorgerufen wie etwa in der geringer gewordenen Bereitschaft, sich in Kirchen, Gewerkschaften oder politischen Parteien zu engagieren. Die Menschen erwarten heute eine Gesellschaft, die dem Einzelnen die gewünschten Freiheitsspielräume erhält, ohne solidarische Pflichten aufzugeben. Deshalb brauchen wir auch hier mehr Teilhabe, müssen wir vielfältige Formen fördern und neue entwickeln, in denen sich Menschen engagieren und Teilhabe leben: in der kommunalen Selbstverwaltung, in Stadtteilarbeit und Bürgerinitiativen, in Zukunftswerkstätten, im Ehrenamt. Wir müssen die kleinen Einheiten stärken. Die Kommunen brauchen mehr Handlungsvollmachten und Gestaltungsspielräume bis hin zu einer grundlegenden Reform zur Stärkung und Sicherung der kommunalen Finanzautonomie. Das gilt für die Erneuerung der Verwaltung, für mehr Effizienz und Bürgernähe wie auch für das Angebot von Beteiligungsmöglichkeiten in Städten und Gemeinden, im Bereich der Planung, der Schulen, der sozialen Einrichtungen.
10. Dringend Not tut eine Reform unserer bundesstaatlichen Ordnung. Es müssen wieder klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeitsbereiche definiert werden. Wir müssen klären, welcher Ebene unserer bundesstaatlichen Ordnung wir welche Entscheidungs-

kompetenzen zuordnen. Die Länder müssen in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben zu finanzieren. Konkurrierende Gesetzgebung muss im Lichte der Subsidiarität überprüft werden. Länderfusionen und Neugliederungen müssen diskutiert werden.

Deutschland braucht neue Antworten auf die Veränderungen im Arbeitsleben

11. Globalisierung und europäischer Einigungsprozess, der Wandel der Industriegesellschaft zur Informations- und Wissensgesellschaft, die Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Arbeitswelt machen Wissen und Bildung zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor der Zukunft. Wissen und seine Vermittlung nehmen heute die Rolle ein, die einst körperliche Arbeitskraft und Rohstoffvorkommen hatten. Die veränderte Wirtschaft hat auch Auswirkungen auf Unternehmensstrukturen und die Tarifpolitik. Dies führt nicht nur zu Veränderungen in unserem Arbeitsleben, dies führt auch zu einem neuen Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, sozialer Arbeit, Ehrenamt. Die Teilhabe aller am Arbeitsleben und am gesellschaftlichen Leben wird zur zentralen Frage unserer Gesellschaft.

12. Die Soziale Marktwirtschaft hat den lange dominanten Konflikt zwischen Arbeit und Kapital durch sozialen Ausgleich überwunden und Wohlstand für alle möglich gemacht. Heute geht es darum, die Soziale Marktwirtschaft unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft weiter zu entwickeln, um Arbeit zu schaffen und sozialen Ausgleich neu zu organisieren. Die Neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die globale soziale Frage.

13. Auch im 21. Jahrhundert bleibt eine Politik für mehr wirtschaftliche Dynamik die entscheidende Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für Wohlstand und soziale Sicherheit. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in den nächsten Jahren hängt nicht zuletzt von neuen, in der Fläche entstehenden Arbeitsplätzen ab. Wir stellen fest, dass es den Industriestaaten, die auf eine geringere Staatsquote und eine Absenkung der Steuer- und Abgabenlast, einen Anstieg der Investitionen zu Lasten konsumtiver Ausgaben, aktive Arbeitsmarktpolitik sowie flexible tarif- und arbeitsrechtliche Strukturen setzen, besser gelingt, die Dynamik ihrer Wirtschaft freizusetzen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Unternehmensteuerreform darf nicht in erster Linie Großfusionen fördern und Personengesellschaften sowie selbständige Unternehmer benachteiligen; sie muss vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen, die den Großteil der Arbeitsplätze schaffen, entlasten.

Arbeit für alle bleibt unser Anspruch. Wir finden uns mit der hohen Arbeitslosigkeit nicht ab. Gerade in den neuen Ländern, wo die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch liegt wie im Bundesdurchschnitt, muss die Politik für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung ohne Abstriche fortgesetzt werden. Der Aufbau Ost muss Priorität behalten.

Deutschland braucht wettbewerbs- und leistungsfähige Arbeitsmärkte. Vor allem Arbeitsplätze im unteren Vergütungsbereich werden kaum zur Verfügung gestellt, obwohl die Gesellschaft einen großen Bedarf im einfachen Dienstleistungsbereich hat. Ferner existieren kaum Anreize, diese Arbeitsplätze anzunehmen, sofern es sie gibt. Wir müssen mehr Durchlässigkeit erreichen zwischen den Systemen staatlicher Absicherung und den Arbeitsmärkten. Im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme müssen Anreize vorhanden sein, die dazu führen, dass angebotene Arbeit auch tatsächlich angenommen wird.

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt werden entscheidend bestimmt durch die Möglichkeiten, mobil zu sein. Damit wir auch in Zukunft mobil bleiben, wollen wir die hohe Qualität und Leistungsfähigkeit unseres Verkehrssystems weiter vorantreiben. Wir setzen uns für eine leistungsfähige, umweltgerechte Infrastruktur ein und wollen eine optimale Vernetzung aller Verkehrsträger erreichen.

Neue Arbeitsplätze entstehen durch Innovationen. Wer an der Spitze der Forschung steht, wird als erster Antwort auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen geben können. Deshalb braucht Deutschland mehr Forschung, mehr Technik und auch mehr Veränderungsbereitschaft.

Uns geht es vor allem auch um die junge Generation. Wir wollen die Aufbruchstimmung bei den jungen Menschen nutzen und ihnen Chancen eröffnen, sich als Nachwuchswissenschaftler, als Existenzgründer und qualifizierte Fachkräfte zu bewähren.

Wir wollen die Teilhabe an den Erträgen des wirtschaftlichen Fortschritts durch eine verstärkte Beteiligung am unternehmerischen Vermögen verbessern. Von den hohen Wertzuwächsen innovativer Unternehmen sollen möglichst viele profitieren. Aktienbesitz ist deshalb – neben dem Erwerb von Wohn- und Grundeigentum – eine immer wichtiger werdende Form der Teilhabe im 21. Jahrhundert.

Wir wollen die Chance zur Teilhabe am Erwerbsleben deutlich erhöhen durch eine stärkere Öffnung des Arbeitsmarktes für einfach qualifizierte Tätigkeiten, durch verbesserte und erweiterte Weiterbildungsangebote für Arbeitnehmer und Erwerbslose im Sinne einer vorausschauenden Wirtschafts- und Sozialpolitik, durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die CDU will qualifizierte Kinderbetreuungsangebote. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau.

Deutschland braucht neue Antworten zur Weiterentwicklung seiner sozialen Ordnung

14. Entscheidungen müssen vor der nächsten Generation Bestand haben können. Dies wird gerade bei der Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme und der Reform unseres Steuersystems deutlich.

Dringend erforderlich ist zum einen eine Reform unserer Alterssicherung. Sie muss alle drei Säulen beinhalten: In der gesetzlichen Rentenversicherung wollen wir Verlässlichkeit wiederherstellen. Die Beitragszahler müssen erkennen können, was die Beiträge für

ihre Altersvorsorge wert sind. Das ist nur möglich, wenn die Auswirkungen der gestiegenen Rentenbezugsdauer gerecht auf Rentner und Beitragszahler verteilt werden, wie wir es mit dem demographischen Faktor vorgeschlagen haben. Die betriebliche Altersvorsorge muss so gestaltet werden, dass Arbeitnehmer ihre erworbenen Ansprüche schneller und einfacher als heute von einer Beschäftigung zur nächsten mitnehmen können. Die ergänzende private Altersvorsorge muss weiter gestärkt werden. Dazu gehört die Freistellung von Aufwendungen für die Altersversorgung von Steuern und Abgaben. Kleinverdiener müssen zusätzlich gefördert werden.

15. Auch unser Gesundheitssystem muss flexibel und leistungsfähig bleiben, damit wir die Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt sichern können. Mehr Wettbewerb unter den Leistungsanbietern wird Innovation erzeugen und Wirtschaftlichkeitsreserven freisetzen. Erweiterte Wahlmöglichkeiten werden die Souveränität der Versicherten stärken und die Qualität der Leistungen verbessern.
16. Nicht zuletzt braucht Deutschland auch eine konsequente Steuersenkungspolitik, die spürbar Arbeitnehmer und ihre Familien, kleine, mittlere und große Unternehmen entlastet. Wachstum und Kaufkraft müssen gestärkt werden, Leistung muss sich lohnen. Neben eine konsequente Steuersenkungspolitik muss eine tiefgreifende Steuervereinfachung treten. Wo Anreize bestehen, sich den Pflichten als Staatsbürger zu entziehen, müssen sie beseitigt werden. Alle Einkommen unterliegen grundsätzlich der Besteuerung.

Deutschland braucht neue Antworten auf dem Weg zur Wissensgesellschaft

17. Deutschlands Bildungssystem darf nicht ins Mittelfeld abrutschen, sondern muss wieder überall vorbildlich werden. Die Qualität von Bildung und Ausbildung in Deutschland entscheidet über die Lebenschancen des Einzelnen und über die Zukunftsperspektiven unserer Wirtschaft. Wir wollen den Aufbruch in die lernende Gesellschaft schaffen.

Die politische Tagesordnung für das 21. Jahrhundert ist wesentlich geprägt durch die digitale Revolution, das heißt die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechniken in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Verwaltung und auch in vielen persönlichen Lebensvollzügen. Die neuen Möglichkeiten der globalen Kommunikation, der globalen Wissensbeschaffung und des globalen Handels mit Waren und Finanzwerten verändern Arbeitsstrukturen und Arbeitstechniken tiefgreifend. Dabei ist das rasante Tempo der Entwicklungen von besonderer Bedeutung. Es ist Aufgabe der Politik, die Menschen auf diesen Wandel vorzubereiten. Eine moderne Politik muss sich an dem Ziel messen lassen, wie viele Entfaltungschancen sie den Menschen im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung eröffnet.

Der Zugang zu einer qualifizierten Bildung ist eine strategische Frage für eine vorausschauende Sozial- und Wirtschaftspolitik. Wirtschaft und Politik müssen schon frühzeitig

die richtigen Signale geben und junge Menschen auf die Chancen aufmerksam machen, die sich in den großen Zukunftsbranchen eröffnen. Statt als scheinbares Patentrezept ausländische Arbeitnehmer für den IT-Bereich nach Deutschland zu holen, müssen in erster Linie unsere Jugendlichen in Deutschland für die Zukunft fit gemacht werden. Unser Land kann sich Technologiefeindlichkeit nicht leisten.

Das Bildungssystem der Zukunft muss sich an alle Alters- und Berufsgruppen wenden. Aufgrund des beschleunigten Wandels und der älter werdenden Erwerbsbevölkerung erhält gerade die Weiterbildung eine besondere Bedeutung. „Weiterbildung mit 50“ statt „Rente ab 60“ ist gerechter und wirtschaftspolitisch sinnvoller. Die Älteren in unserer Gesellschaft werden für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gebraucht. Es gilt, auch älteren Menschen Anreize zur Weiterbildung zu geben.

18. Wir begreifen den Bürger als eigenständig und eigenverantwortlich Handelnden. Der Einzelne muss seine Stärken und Möglichkeiten entfalten können, damit er im Wandel von Globalisierung, technologischem Fortschritt, Digitalisierung besteht. Eine optimale Ausbildung in Schule, beruflicher Bildung, Hochschule und Weiterbildung ist dazu ebenso eine Voraussetzung wie die Möglichkeit, eine eigenständige, starke Identität im sozialen Gefüge der Familie, der Nachbarschaft, der Region und der Nation ausbilden zu können. Der schnelle Wandel darf den Einzelnen nicht heimatlos machen. Soziales Lernen ist mindestens so wichtig wie die Vermehrung des Wissens. Bindungen schaffen Identität. Sie sind das innere Gegengewicht zur steten Veränderung im Äußeren. Gerade auf dem Weg zur Wissensgesellschaft gilt es, sowohl die Familie als auch die inneren Bindekräfte der Gesellschaft insgesamt zu fördern – vor allem auf kommunaler Ebene und im Ehrenamt.

Deutschland braucht neue Antworten für seine Rolle in Europa und in der Welt

19. Europäische Gemeinschaft und Europäische Union haben sich als Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung bewährt. Im 21. Jahrhundert können wir Europäer die großen Aufgaben nur noch in enger Zusammenarbeit bewältigen. Als Land in der Mitte Europas hat gerade Deutschland ein vitales Interesse an einer gemeinsamen europäischen Politik im Geiste der Partnerschaft und Freundschaft. Nach der erfolgreichen Verständigungspolitik mit unseren westlichen Nachbarn in den letzten 50 Jahren ist die Hinwendung zu den ost- und südosteuropäischen Ländern eine neue Jahrhundertaufgabe. Wir wollen die politische Verständigung und den geistigen Austausch mit ihnen, auch im Interesse des Friedens.

Die Gestaltung der Europäischen Union nicht nur als Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch als politische Union stellt die föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland vor neue Herausforderungen und verändert die nationalen Entscheidungsspielräume. Die Erweiterung der Europäischen Union setzt eine Vertiefung der europäischen Integration zwingend voraus. Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit muss die

Europäische Union institutionell in Zusammensetzung, Arbeitsweise und Entscheidungsverfahren ihrer Organe weiterentwickelt werden, um unter veränderten Bedingungen handlungsfähig zu bleiben und transparenter zu werden. Dies schließt auch einen weitgehenden Ausbau des Systems der Mehrheitsentscheidungen im Rat bei gleichzeitiger Mitentscheidung des Europäischen Parlamentes ein. Bei europäischen Entscheidungsprozessen müssen die Bundesländer ihre Interessen vertreten können.

Den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union muss es unbenommen bleiben, bilateral engere Kooperationen zu vereinbaren, als dies zunächst auf gesamteuropäischer Ebene möglich ist.

20. Wir treten dafür ein, ab 2003 die ersten Länder als neue Mitglieder in die Europäische Union aufzunehmen, sofern sie die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllen. Gerade Deutschland zieht aus einer Erweiterung der Europäischen Union Nutzen, wird diese doch dazu führen, unser Land aus der Randlage in der Europäischen Union herauszuführen und es von Nachbarn umgeben sein zu lassen, die Partner in der Union sind.

Wir müssen den Mut haben, ehrlich auch über die Ziele und Grenzen der Europäischen Union zu sprechen und die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union klar zu definieren. Den von der Bundesregierung forciert betriebenen Beitritt der Türkei in die Europäische Union halten wir für falsch, denn er überfordert den Einigungsprozess. Wir fordern vor diesem Hintergrund eine gründliche und alle Argumente abwägende öffentliche Debatte über die Ziele, Inhalte und Grenzen der Erweiterung sowie das Selbstverständnis der Europäischen Union.

21. Wer es gut mit Europa meint, muss die Erweiterung der Europäischen Union auch als Chance nutzen, die Kompetenzen zwischen Brüssel und den Nationalstaaten neu zu definieren. Europa muss dort handeln können, wo die Nationalstaaten allein nicht mehr in der Lage sind, die Probleme ihrer Völker zu lösen. Dazu zählen vor allem die Sicherung von Frieden in Freiheit, das weltweite Engagement für Demokratie und Menschenrechte, die Bewahrung des freien Wettbewerbs im Binnenmarkt, die konsequente Bekämpfung der international organisierten Kriminalität, die Bewältigung der sozio-ökonomischen Herausforderungen angesichts der Globalisierung und die Bewahrung der Schöpfung. Die zur Bewältigung solcher Aufgaben erforderlichen Befugnisse, Zuständigkeiten und Souveränitätsrechte müssen auf die Europäische Union übertragen werden.

Aber die Europäische Union kann nicht für alles zuständig sein. Was auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene zufriedenstellend geregelt werden kann, braucht nicht und darf nicht auf europäischer Ebene geregelt werden. Nur wenn anstehende Entscheidungen möglichst nahe bei den betroffenen Bürgern fallen, werden sie auch von diesen verstanden und akzeptiert. Wir fordern deshalb eine umfassende Neuregelung der Zuständigkeiten in der Europäischen Union und in Deutschland; wo notwendig, müssen Regelungen

gen - auch europäische - zugunsten nationaler, regionaler oder kommunaler Verantwortung zurückgeführt werden. Für die Europäische Union streben wir einen Verfassungsvertrag an, in dem die Zuständigkeiten der Ebenen klar geregelt werden.

22. Europa muss seinem politischen Willen, Frieden, Sicherheit und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, auch glaubhaft Ausdruck verleihen können. Die Europäische Union muss in Partnerschaft mit den USA über eine gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit verfügen. Wir treten deshalb für den Ausbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO ein. Dazu soll die Westeuropäische Union in die Europäische Union übergehen. Auch in der europäischen Entwicklungspolitik muss die außenpolitische Verantwortung Europas deutlich werden.

Deutschland muss an den gemeinsamen Aufgaben im Rahmen der Europäischen Union und des NATO-Bündnisses teilnehmen und die Rechte und Pflichten, die es mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen übernommen hat, in vollem Umfang wahrnehmen. Die Bundeswehr trägt entscheidend dazu bei, die politische Handlungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Sie muss mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein, um ihren Auftrag erfüllen und den Schutz ihrer Soldaten gewährleisten zu können. Wir setzen uns für die Erhaltung der allgemeinen Wehrpflicht ein.

23. Nicht zuletzt gefördert durch die sich sprunghaft entwickelnden Informations- und Kommunikationstechnologien wächst auf allen Kontinenten der Erde das Bewusstsein dafür, dass die Menschen dieser einen Welt in einer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft stehen. Während das 20. Jahrhundert von Kolonialismus, Nationalismus, vielfältigen Diktaturen, von zwei Weltkriegen und dem Jahrzehnte andauernden Ost-West-Gegensatz geprägt war, haben wir im 21. Jahrhundert erstmals die Chance, eine neue Weltordnung zu gestalten, die überall für Frieden in Freiheit, Menschenrechte und Demokratie sowie menschenwürdige Lebensbedingungen eintritt.

Wesentlicher Bestandteil der neuen Weltordnung muss ein neues Welthandelssystem mit freiem und fairem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sein. Der WTO kommt hier eine wachsende Bedeutung zu. In der neuen Weltordnung muss die Öffnung der Märkte selbstverständlich sein, denn dies bringt im Ergebnis Vorteile für alle.

24. Nur auf der Basis eines globalen Ordnungsrahmens, so wie er 1992 durch die Agenda 21 in Rio entwickelt worden ist, kann die Bewahrung der Schöpfung wirklich gelingen. Dieser Ordnungsrahmen bedeutet aber keine planerische Festlegung, sondern er gibt die Orientierung für künftige Entwicklungen vor. Unser Leitbild zur Ausfüllung dieses Rahmens ist die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft.

Im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung muss es eines der wichtigsten Ziele sein, Formen der Energiegewinnung zu entwickeln, die ökologisch vertretbar und weltweit

einsetzbar sind. Die hochentwickelten Industrieländer mit ihrem hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Energie stehen hier in der Pflicht, ihr Know-how und ihr wirtschaftliches Potential zum Nutzen der internationalen Völkergemeinschaft einzusetzen.

25. Wir leben in einer Welt, in der über eine Milliarde Menschen weniger als 2 US-\$ pro Tag zur Verfügung haben. Wir setzen uns ein für mehr Hilfe zur Selbsthilfe – auch durch verbesserten Zugang zu den Weltmärkten, durch bessere Bildung und wirksamere medizinische Hilfe sowie durch die Vermittlung von ökonomischem und technischem Know-how.

Wir müssen Vorbild sein für lokales Handeln und eine nachhaltige, zukunftsbeständige Entwicklung. Diese Herausforderung anzunehmen, ist nicht nur im Interesse der Menschen in den betroffenen Ländern, sondern auch in unserem eigenen nationalen und europäischen Interesse.

IV. Entschlossen nach vorn

26. Nach den Ereignissen der zurückliegenden Monate setzt die CDU Deutschlands in Essen ein Signal des Neubeginns. Wir nutzen die Chance, verloren gegangenes Vertrauen wiederzugewinnen. Wir setzen unseren in Erfurt begonnenen Erneuerungsprozess fort. Auf dem Kleinen Parteitag im Dezember vergangenen Jahres haben wir ein neues familienpolitisches Programm verabschiedet. Ein weiterer Kleiner Parteitag wird noch in diesem Jahr unser bildungspolitisches Profil weiterentwickeln. Die Kommissionen zur Reform des Sozialstaates und zur Stärkung der kleinen Einheiten erarbeiten derzeit auf der Grundlage der Erfurter Leitsätze ihre Konzepte.

Wir wissen: die Opposition von heute ist die Regierung von morgen. Entschlossen gehen wir nach vorn und schaffen die Voraussetzungen dafür. Wir wollen die Mehrheiten in den Kommunen, in den Ländern und in Deutschland bis zur Bundestagswahl 2002 zurückgewinnen. Unser Land und Europa brauchen eine starke CDU, die den Menschen Zuversicht und Vertrauen in ihre eigene Kraft gibt, die ihnen in Deutschland die Chance für ein Leben in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bietet und die die Zukunftsaufgaben unseres Landes kraftvoll gestaltet.

Reform der Parteiarbeit

Die Krise als Chance begreifen

1. Die CDU Deutschlands hat als große deutsche Volkspartei in Bund, Ländern und Gemeinden die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt.

Sie konnte dies leisten, weil sich immer wieder hochqualifizierte Frauen und Männer für politische Ämter zur Verfügung gestellt haben. Sie war erfolgreich, weil sich unzählige Mitbürgerinnen und Mitbürger ehrenamtlich und uneigennützig für die Ziele der CDU engagiert haben. Entscheidend war nicht zuletzt, dass die CDU ein hauptamtliches Management auf- und ausgebaut hat, das ihre politische Arbeit mit der notwendigen Kompetenz und Professionalität versah.

2. Die derzeit vorhandenen Strukturen des politischen Managements der CDU sind im wesentlichen in den 70er Jahren entwickelt worden. Die große Reform-Initiative des Bremer Parteitages 1989 konnte nur teilweise umgesetzt werden, weil die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands alle politischen und administrativen Kräfte gebunden hatte. Die in jüngster Vergangenheit erkennbar gewordenen fehlerhaften Entwicklungen sind nun ein weiterer, und überdies besonders dringlicher Grund, jetzt das politisch-administrative Management der CDU einer umfassenden Überprüfung zu unterziehen. Dabei müssen folgende Ziele im Vordergrund stehen:

- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das im Hinblick auf Arbeitsweise und Effizienz dem Management in Wirtschaft und Verwaltung nicht nachsteht.
- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das ein Höchstmaß an innerparteilicher Demokratie und ein umfassendes Controlling aller administrativen Vorgänge organisiert.
- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das auch unter sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen ehrenamtliches Engagement und hauptamtliche Arbeit erfolgreich miteinander verbindet.
- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das auf verpflichtenden politischen Tugenden wie Offenheit, Solidarität, Kompromissbereitschaft, Toleranz, Ehrlichkeit, Uneigennützigkeit, Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit gründet.
- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das klar darauf ausgerichtet ist, dem Bürger zu dienen. Die CDU ist bürgernah, oder sie ist keine Volkspartei.

Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands beschließt deshalb die folgenden Leitideen für ein modernes Parteimanagement. Diese Leitideen orientieren sich vor allem am Reformbedarf auf der Ebene der Bundespartei. Sie wollen aber auch die nachgeordneten Gliederungen in die Pflicht nehmen, ihr regionales oder lokales Management zu überprüfen und wo notwendig zu reformieren.

3. Modernes Parteimanagement muss auf allen Ebenen geprägt sein vom Grundsatz größtmöglicher Transparenz. Demokratische politische Entscheidungen sind immer Mehrheitsentscheidungen, und diese Mehrheiten müssen offen erkennbar sein.

Vorrangiges Ziel des politischen Managements in dieser Zeit der Neuorientierung der CDU Deutschlands muss das werbende Eintreten für ein neues Verständnis von innerparteilicher Diskussion und Willensbildung sein. In der CDU muss es möglich sein, Diskussionen zu führen, deren Ergebnis am Anfang noch nicht feststeht. Die Erringung von Mehrheiten ist wichtig, aber sie ist nicht wichtiger als die Frage, wozu Mehrheiten gewonnen und genutzt werden sollen. Wenn die Balance zwischen Offenheit in der innerparteilichen Diskussion und Geschlossenheit im Vertreten nach außen zu Lasten der Offenheit verloren geht, wird der Raum für die Antworten auf Zukunftsfragen zu eng. Die Geschlossenheit einer politischen Formation schließt deshalb den Respekt für andere Meinungen ausdrücklich ein und nicht aus.

4. Für das Parteimanagement der CDU gilt auf allen Ebenen das Prinzip der sachorientierten und kooperativen Führung. Dieses Prinzip verpflichtet zu einer vertrauensvollen und loyalen Zusammenarbeit zwischen den politischen Führungskräften und den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Vertrauen und Loyalität werden nicht beschädigt, wenn in der Sache gebotener Widerspruch vorgetragen wird.

Für das Parteimanagement der CDU gilt ferner das Prinzip der größtmöglichen Transparenz. Dies verpflichtet zu einer umfassenden und zeitnahen Information aller am Management Beteiligten über alle relevanten Vorgänge.

Das Parteimanagement der CDU hat die ständige Motivation aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blick. Es fördert gezielt Eigenverantwortlichkeit und Identifikation mit der CDU als Arbeitgeber.

Es trägt für eine leistungsgerechte Gehaltsstruktur ebenso Sorge wie für die im Management einer politischen Partei unverzichtbare Bereitschaft, die Arbeitskraft über das übliche Maß hinaus zur Verfügung zu stellen.

Das Parteimanagement der CDU arbeitet auf der Grundlage einer detaillierten Personalplanung, die es erlaubt, je nach politischen Anforderungen qualifizierte und leistungsstarke Mitarbeiter zu gewinnen. Die Personalplanung muss aber auch in der Lage sein, Mitarbeitern eine berufliche Perspektive außerhalb der CDU-Strukturen zu eröffnen. In einer lernenden Gesellschaft hat die Personalplanung darüber hinaus die Aufgabe, den Mitarbeitern den Erwerb neuen Wissens und neuer Fertigkeiten zu ermöglichen und sie dazu auch anzuhalten.

5. Die CDU Deutschlands nimmt – zusammen mit anderen demokratischen Parteien – den Verfassungsauftrag wahr, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. In diesem Sinne ist die Bundesgeschäftsstelle Dienstleistungszentrum für alle Ebenen der Partei. Sie nimmt die Administration der Bundespartei wahr, sie erarbeitet die für die inhaltlich-politische Arbeit der CDU notwendigen Materialien, sie leistet Presse- und PR-

Arbeit, sie führt die Geschäfte der Bundesgremien und sie organisiert politische Veranstaltungen vielfältiger Art.

Von der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle profitieren alle nachgeordneten Gliederungen der CDU. Es ist deshalb eine gemeinsame Aufgabe aller Gliederungen, eine angemessene Finanzausstattung der Bundesgeschäftsstelle sicherzustellen. Eine Verständigung darüber setzt u.a. voraus, dass die Bundesgeschäftsstelle ihre Arbeitsstrukturen an modernen Management-Methoden orientiert und dabei zugleich eine strikte Aufgaben-Kritik vornimmt mit dem Ziel, den Finanzbedarf in Kongruenz mit der finanziellen Leistungskraft der Gesamtpartei zu bringen.

6. Zu einem modernen Parteimanagement gehört unabdingbar auch ein zeitgemäßes Management der Kommunikation in mehrfacher Hinsicht:

- Kommunikation zwischen den Dienststellen der CDU auf Bundes-, Länder- und Kreisebene sowie in den Parlamenten,
- Kommunikation zwischen den CDU-Gliederungen und ihren Mitgliedern,
- und die Kommunikation der CDU mit interessierten Bürgern.

Die Entwicklung moderner Kommunikationsmedien und die Möglichkeit, Informationen und Meinungen rasch und preiswert auszutauschen, eröffnen der politischen Arbeit ganz neue Chancen, die es im politischen Wettbewerb zu nutzen gilt. Mit dem öffentlichen Internet-Angebot, dem Mitgliedernetz und dem KandiNet hat sich die CDU diese moderne Entwicklung zu eigen gemacht, die es ständig auszubauen und zu aktualisieren gilt.

Es kommt jetzt darauf an, die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien parteiweit zu implantieren. Der Generalsekretär wird aufgefordert, dazu im Laufe dieses Jahres ein umfassendes Kommunikationskonzept vorzulegen mit dem Ziel, die technische Ausstattung der CDU in allen Gliederungen so auf der Höhe der Entwicklung zu halten, dass kompatible Kooperationen problemlos möglich sind.

Wir streben an, im Bundestagswahlkampf 2002 die modernen Kommunikationstechnologien als ein wesentliches Instrument unserer Arbeit einzusetzen. Bereits auf mittlere Sicht wollen wir – nicht zuletzt auch aus Kostengründen – erreichen, dass Informationen weitestgehend papierlos ausgetauscht werden.

7. Der 13. Bundesparteitag beauftragt den in Essen neu gewählten Bundesvorstand, eine umfassende Reform der Parteiarbeit vorzubereiten. Zu diesem Thema ist im Herbst 2000 eine Kreisvorsitzenden-Konferenz durchzuführen, auf der über eine breite Meinungsbildung in den Kreisverbänden zu berichten ist. In der Folge wird eine Kommission eingesetzt, die einen Beschlussvorschlag über die Reform der Parteiarbeit für den Parteitag im Jahre 2001 unter Berücksichtigung des Diskussionsprozesses in der Bundespartei vorbereitet.

Änderungen des Statuts der CDU

Das Statut der CDU vom 27. April 1960, zuletzt geändert am 21. Oktober 1996, wird wie folgt geändert:

1. In § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitag) wird in Absatz 2 an den letzten Unterabsatz folgender neuer Satz angefügt:

„Die Ministerpräsidenten der Länder, soweit sie der CDU angehören, nehmen an den Sitzungen des Präsidiums beratend teil.“

2. In § 33 (Zusammensetzung des Bundesvorstandes) wird folgender neuer Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Ministerpräsidenten der Länder, soweit sie der CDU angehören, sowie die Vorsitzenden der Landesverbände und der Bundesvereinigungen der Partei nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes beratend teil. Gleiches gilt für den Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), soweit er der CDU angehört.“

3. § 34 (Zuständigkeiten des Bundesvorstandes) wird wie folgt geändert:

3.1. In Absatz 1 wird folgender neuer Satz 3 angefügt:

„Er beschließt insbesondere über alle Etats der Bundespartei, über alle finanziellen Abschlüsse, insbesondere Jahresabschlüsse der Bundespartei sowie über den vom Parteiengesetz vorgeschriebenen Rechenschaftsbericht der gesamten Partei vor dessen Weiterleitung an den Präsidenten des Deutschen Bundestages und über die mittelfristige Finanzplanung.“

3.2. In Absatz 2 wird folgender neuer Satz 2 angefügt:

„Dabei berichtet das Präsidium auch über Stand und Entwicklung der Finanzen der Bundespartei, insbesondere über die vom Bundesvorstand beschlossenen Etats, sowie über die mittelfristige Finanzplanung.“

3.3. Hinter Absatz 3 wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

„(4) Der Bundesvorstand bestellt den Revisionsbeauftragten der Bundespartei. Das Nähere regelt die Finanz- und Beitragsordnung.“

Die bisherigen Absätze 4 (alt) bis 6 (alt) werden zu Absätzen 5 (neu) bis 7 (neu).

3.4. In Absatz 6 (alt) werden folgende Sätze 3 bis 5 angefügt:

„Das Präsidium unterbreitet dem Bundesvorstand den Wahlvorschlag für einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Haushaltsausschuss, den der Bundesvorstand aus seiner Mitte

wählt und dem der Vorsitzende und der Generalsekretär nicht angehören dürfen. Die Wahl des Haushaltsausschusses erfolgt auf der 1. ordentlichen Sitzung des Bundesvorstandes nach seiner Konstituierung; der Wahlvorschlag des Präsidiums kann durch weitere Vorschläge aus der Mitte des Bundesvorstandes ergänzt werden. Den Vorsitz des Haushaltsausschusses führt der Bundesschatzmeister.“

4. § 35 (Haftung für Verbindlichkeiten) wird wie folgt geändert:

4.1. In Absatz 4 werden die Worte „Maßnahmen nach § 23a Abs. 1 Parteiengesetz“ ersetzt durch die Worte „Maßnahmen aufgrund des Parteiengesetzes“.

4.2. An Absatz 4 wird folgender neuer Satz angefügt:

„Werden Maßnahmen aufgrund des Parteiengesetzes von der Bundespartei schuldhaft verursacht, so haftet sie gegenüber den Landesverbänden, den ihnen nachgeordneten Gebietsverbänden sowie den Vereinigungen und Sonderorganisationen der Partei für den daraus entstehenden Schaden.“

5. § 37 (Zuständigkeiten des Generalsekretärs) wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 wird folgender neuer Satz 3 angefügt:

„Dazu zählen auch alle finanziellen Geschäfte der Bundespartei.“

6. In § 41 (Erforderliche Mehrheiten) wird folgender neuer Satz 4 angefügt:

„Alle Etatbeschlüsse sowie die Beschlüsse über den gesetzlichen Rechenschaftsbericht der Partei und über die mittelfristige Finanzplanung bedürfen der Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes; für dessen Zusammensetzung sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen maßgebend.“

7. § 46 (Finanzwirtschaft der Bundespartei) wird wie folgt geändert:

Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Alle Etats und die mittelfristige Finanzplanung der Bundespartei werden vom Haushaltsausschuss im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen. Vor der Beschlussfassung ist der jeweilige Entwurf des Etats und der mittelfristigen Finanzplanung vom Haushaltsausschuss dem Finanzbeauftragten zur Prüfung und schriftlichen Stellungnahme vorzulegen.

Die Entwürfe aller Etats und der mittelfristigen Finanzplanung der Bundespartei müssen den Mitgliedern des Bundesvorstandes mindestens 7 Tage vor der Beschlussfassung schriftlich vorgelegt werden. Gleiches gilt für die Beratung und Verabschiedung des

gesetzlichen Rechenschaftsberichts der Partei. Den Entwürfen der Rechenschaftsberichte ist ferner eine schriftliche Stellungnahme des Haushaltsausschusses beizufügen. Die vom Bundesvorstand auf alleinigen Vorschlag seines Haushaltsausschusses beschlossenen Etats und die mittelfristige Finanzplanung werden den Vorständen der Landesverbände der Partei, der CDU in Niedersachsen und der Bundesvereinigungen der Partei zur Kenntnisnahme übersandt und anschließend veröffentlicht.“

Weitere Änderung des Statuts der CDU

Das Statut der CDU vom 27. April 1960, zuletzt geändert am 21. Oktober 1996, wird wie folgt geändert:

In § 30 (Zusammensetzung des Bundesausschusses) wird in Absatz 1 die Ziffer 4 wie folgt neu gefasst:

„(1) Der Bundesausschuss setzt sich zusammen aus:

4. den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse und dem Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), sofern er der CDU angehört.“

Änderung der Geschäftsordnung der CDU

Die Geschäftsordnung der CDU vom 23. Juni 1975, zuletzt geändert am 21. Oktober 1996, wird wie folgt geändert:

In § 6 (Antragsrechte) wird in Absatz 1 die Ziffer 6 wie folgt neu gefasst:

„(1) Antragsberechtigt zum Bundesparteitag sind:

6. die Bundesfachausschüsse der CDU zu den jeweiligen Leitthemen eines Parteitages und der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK).“

Änderung der Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO)

Die Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO) vom 17. November 1969, zuletzt geändert am 18. Oktober 1995, wird wie folgt geändert:

8. § 4 (Spendenrichtlinien) wird wie folgt geändert:

8.1. Absatz 1 erhält folgende Neufassung:

„(1) Spenden und sonstige Zuwendungen an die Partei, dienen der Finanzierung ihrer verfassungsmäßigen, gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben. Spenden sind abzulehnen, wenn ersichtlich ist, dass der Spender persönliche Vorteile damit verfolgt. Wer ein öffentliches Amt bekleidet oder ein Mandat innehat oder Wahlbewerber ist, darf Spenden nur zur unverzüglichen und unmittelbaren Weiterleitung an die Partei annehmen. Spenden von Einrichtungen der Öffentlichen Hand oder von Unternehmen, die erkennbar überwiegend im Eigentum der Öffentlichen Hand stehen, werden nicht entgegengenommen.“

8.2. Absatz 2 erhält folgende Neufassung:

„(2) Alle Spenden sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen einzunehmen und öffentlich zu verzeichnen (§§ 24, 25 Parteiengesetz).

Spenden dürfen grundsätzlich nur über Bankkonten abgewickelt werden; die Annahme von Barspenden, die den Betrag von DM 3.000,— übersteigen, ist unzulässig.

Bei Spenden über DM 1.000,— (§ 25 Abs. 1 Ziffern 3 und 5 PartG) ist in jedem Falle eine Spendenbescheinigung auszustellen, und zwar auch dann, wenn der Spender darauf verzichtet. Aus der Bescheinigung müssen der Name des Spenders und die Höhe der Spende ersichtlich sein.

Sonstige finanzielle Zuwendungen außer Beiträgen und Sonderbeiträgen an die Partei werden entsprechend den für Spenden geltenden rechtlichen Regelungen vereinnahmt, verbucht und veröffentlicht.“

8.3. *(bisheriger Regelungsvorschlag des Bundesvorstandsantrags entfällt)*

8.4. *In Absatz 4 wird an Unterabsatz 1 folgender neuer Satz angefügt:*

„Die Spendenbescheinigungen der Bundespartei werden nur vom Finanzbeauftragten der Bundespartei oder einem von ihm damit Beauftragten unterschrieben.“

9. § 17 (Bundesschatzmeister) wird wie folgt geändert:

9.1. *Die Überschrift wird geändert in: „§ 17 (Finanzielle Geschäfte der Bundespartei)“*

9.2. Absatz 1 erhält folgende Neufassung:

„(1) Soweit das Statut der CDU und diese Finanz- und Beitragsordnung nichts anderes bestimmen, führt der Generalsekretär auch die finanziellen Geschäfte der Bundespartei im Rahmen einer vom Bundesvorstand auf gemeinsamen Vorschlag der Bundesfinanzkommission, des Haushaltsausschusses und des Finanzbeauftragten zu erlassenden Finanzgeschäftsordnung. In ihr sind insbesondere auch Auftragsvergabe und Zeichnungsberechtigung der Bundesgeschäftsstelle nach dem Grundsatz zu regeln, dass alle finanzwirksamen Vorgänge der Bundespartei stets von zwei Zeichnungsberechtigten gemeinsam unterschrieben und verantwortet werden, soweit solche Vorgänge einen Betrag von DM 5.000,— im Einzelfall überschreiten. Ferner ist dort zu regeln, dass der Finanzbeauftragte oder ein von ihm Beauftragter für die ordnungsgemäße Verbuchung, Verwaltung und etwaige Veröffentlichung aller der Bundespartei zufließenden Spenden zuständig ist.“

10. Hinter § 17 wird der bisherige § 22 (Beschaffung von Finanzmitteln) als neuer § 18 in folgender Fassung eingefügt:

„§ 18 (Bundesschatzmeister)

(1) Der Bundesschatzmeister ist für die Beschaffung der finanziellen Mittel der Bundespartei verantwortlich, die für die politische und organisatorische Arbeit der CDU erforderlich sind. Er nimmt alle für die Bundespartei bestimmten Spenden entgegen und leitet sie unverzüglich weiter.

(2) Der Bundesschatzmeister kann im Benehmen mit der Bundesfinanzkommission Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um ein optimales Spendenaufkommen zu gewährleisten.

(3) Der Bundesschatzmeister führt den Vorsitz des Haushaltsausschusses und ist berechtigt, jederzeit Einsicht in die Kassen, Konten und Buchführung der Bundespartei zu nehmen.

(4) Der Landesschatzmeister hat gegenüber den dem Landesverband nachgeordneten Verbänden die dem Bundesschatzmeister nach Absatz 2 zustehenden Rechte.“

11. Hinter § 18 (neu) wird folgender neuer § 19 eingefügt:

§ 19 (Finanzbeauftragter der Bundespartei)

„(1) Der Finanzbeauftragte der Bundespartei ist als Leiter ihres Finanz- und Rechnungswesens für die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der Parteifinzen verantwortlich. Diese Verantwortung umfasst die Verbuchung und Bescheinigung von Spenden, die Finanz- und Haushaltssteuerung der Bundespartei sowie die Erstellung des gesetzlichen Rechenschaftsberichts. Dazu kann er von allen nachgeordneten Gebietsverbänden, den Vereinigungen und den Sonderorganisationen der Partei alle erforderlichen Auskünfte verlangen.“

(2) Finanzbeauftragter kann nur sein, wer über die erforderliche fachliche Qualifikation und über eine umfassende berufliche Erfahrung in der Finanzwirtschaft verfügt und nicht Träger eines öffentlichen Amtes oder Mandates in leitender Stellung der öffentlichen Verwaltung tätig ist. Der Finanzbeauftragte der Bundespartei ist hauptamtlich tätig und gehört nicht dem Bundesvorstand an.“

11A. Hinter § 19 (neu) wird folgender neuer § 19a eingefügt:

(Text beruht auf Ziff. 15.3 des Antrags des Bundesvorstandes zu § 24 Abs. 4/neu FBO)

„§ 19a (neu) (Revisionsbeauftragter)

(1) Der vom Bundesvorstand bestellte Revisionsbeauftragte ist weisungsunabhängig. Er hat die Aufgabe, das gesamte Rechnungswesen sowie die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Bundespartei einschließlich von deren besonderen Vermögensträgern zeitnah begleitend zu prüfen sowie aufgrund von Prüfungserfahrungen den Bundesvorstand zu beraten. Der Revisionsbeauftragte legt seine Berichte dem Bundesgeschäftsführer, dem Generalsekretär und dem Bundesvorstand vor.

Er prüft nach seinem Ermessen Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben, das Vermögen und die Schulden der Bundespartei und ihrer Vereinigungen sowie Maßnahmen, die sich finanziell auswirken können.

(2) Die Prüfung erstreckt sich auf die Einhaltung der für die Haushalts- und Wirtschaftsführung geltenden Vorschriften gesetzlicher, vertraglicher und satzungsmäßiger Art und der entsprechenden Grundsätze sowie insbesondere auch darauf, ob

1. alle Etats (einschließlich der Nachtrags-Etats) eingehalten worden sind,
 2. die im Etat jeweils vollständig zu erfassenden Einnahmen und Ausgaben begründet und belegt sind und die Jahresrechnung sowie die Vermögensrechnung der Bundespartei ordnungsgemäß aufgestellt worden sind,
 3. wirtschaftlich und sparsam verfahren wird,
 4. die Aufgabe mit geringerem Personal- oder Sachaufwand oder auf andere Weise wirksamer erfüllt werden kann.
- (3) Der Bundesvorstand kann mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließen, dass der Revisionsbeauftragte auch die Landesverbände der Partei und die CDU in Niedersachsen sowie die Landesvereinigungen der Partei im Hinblick auf den gesetzlichen Rechenschaftsbericht prüft. Die sich daraus ergebenden Prüfungsberichte und Beratungsvorschläge sind über den Bundesgeschäftsführer an den Parteivorsitzenden, den Generalsekretär und an den Bundesschatzmeister sowie an den Finanzbeauftragten zu leiten; der Generalsekretär unterrichtet die jeweils betroffenen Landesverbände der Partei und die CDU in Niedersachsen sowie Bundes- und Landesvereinigungen der CDU.“

12. § 18 (Bundesfinanzkommission) wird wie folgt geändert:

12.1. § 18 wird zu § 20 (neu)

12.2. Absatz 3 erhält folgende neue Fassung:

„(3) Die Rechnungsprüfer, der Revisionsbeauftragte und der Finanzbeauftragte nehmen an den Sitzungen der Bundesfinanzkommission beratend teil.“

13. § 19 (Rechnungsprüfer) wird wie folgt geändert:

13.1. § 19 wird zu § 21 (neu)

13.2. In § 19 (Rechnungsprüfer) wird folgender neuer Absatz 4 angefügt:

„(4) Der Revisionsbeauftragte und der Finanzbeauftragte unterstützen die Rechnungsprüfer bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.“

14. § 20 (Etatbeschlüsse) wird wie folgt geändert:

14.1. § 20 wird zu § 22 (neu)

14.2. Absatz 1 erhält folgende Neufassung:

„Alle Etats und die mittelfristige Finanzplanung der Bundespartei werden vom Haushaltsausschuss im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen. Vor der Beschlussfassung ist der jeweilige Entwurf des Etats und der mittelfristigen Finanzplanung dem Finanzbeauftragten zur Prüfung und schriftlichen Stellungnahme vorzulegen.“

14.3. Absatz 2 erhält folgende Neufassung:

„(2) Der Beschluss des Bundesvorstandes über den ordentlichen Etat und über die mittelfristige Finanzplanung ist vor Beginn des Rechnungsjahres zu fassen. Der beschlossene Etat und die mittelfristige Finanzplanung werden veröffentlicht.“

14.4. In Absatz 3 erhält der letzte Satz folgende neue Fassung:

„Die Landesverbände und die Vereinigungen legen sie dem Bundesschatzmeister und dem Finanzbeauftragten der vor.“

15. § 23 (Etat der Bundesgeschäftsstelle) wird wie folgt geändert:

15.1. Absatz 1 wird wie folgt neugefasst:

„(1) Alle Einnahmen und Ausgaben der Bundespartei werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben im Rechenwerk der Bundespartei erfasst. Der Vollzug der im ordent-

lichen Etat vorgesehenen Ausgaben obliegt dem Bundesgeschäftsführer. Gleiches gilt für alle Wahlkampfetats und sonstigen Sonder-Etats der Bundespartei und für die jeweiligen Nachtrags-Etats.

Bargeld, Schecks, Überweisungsträger und ähnliche Wertpapiere, die für die Bundespartei bestimmt sind, müssen unverzüglich dem Finanzbeauftragten zur Verbuchung zugeleitet werden.“

15.2. Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden zum neuen Absatz 3 zusammengefasst und erhalten folgende neue Fassung:

„(3) Die Deckung unabweisbarer zusätzlicher Ausgaben im Rahmen einer Position des jeweiligen ordentlichen oder besonderen Etats der Bundespartei durch für eine andere Position desselben Etats vorgesehene Mittel bedarf der vom Generalsekretär zu beantragenden Zustimmung des Haushaltsausschusses. Dem Antrag ist eine schriftliche Stellungnahme des Finanzbeauftragten beizufügen. Sonstige während des Haushaltsjahres notwendig werdende Änderungen der jeweiligen Etats bedürfen eines vom Generalsekretär gemeinsam mit dem Bundesschatzmeister und dem Finanzbeauftragten zu beantragenden Beschlusses des Bundesvorstandes, der von dessen Haushaltsausschuss vorbereitet wird.“

16. § 24 (Rechenschaftsberichte),

§ 25 (Rechnungslegung),

§ 27 (Unterrichtungsrechte) sowie

§ 28 (Widerspruchsfreie Finanz- und Beitragsordnungen) werden wie folgt geändert:

„In § 24 Abs. 1 Satz 1, in § 25 Abs. 1 Satz 2 und in Abs. 2 sowie in § 28 Abs. 2 Satz 1 wird jeweils das Wort „Bundesschatzmeister“ ersetzt durch das Wort „Generalsekretär“; in § 27 Abs. 1 werden die Worte „Der Bundesschatzmeister kann“ ersetzt durch die Worte „Der Bundesschatzmeister und der Generalsekretär können“.

17. In § 25 (Rechnungslegung) erhält Absatz 3 folgende Neufassung:

„(3) Der Finanzbeauftragte kann im Einvernehmen mit der Bundesfinanzkommission und dem Revisionsbeauftragten nähere Einzelheiten bestimmen hinsichtlich

1. der Buchführungsorganisation und des Rechnungswesens,
2. der Vereinnahmung, Abrechnung, Meldung, Weiterleitung, Bescheinigung und Veröffentlichung von Spenden.

Die Bundespartei weist ihre Konten und Bankverbindungen öffentlich aus. Sie unterstehen unmittelbar der gemeinsamen Verantwortung von Vorsitzendem, Generalsekretär, Bundesschatzmeister und Finanzbeauftragtem. Neue Konten dürfen nur mit gemein-

samer schriftlicher Zustimmung von Vorsitzendem, Generalsekretär, Bundesschatzmeister und Finanzbeauftragtem eingerichtet werden. Auslandskonten sind unzulässig.

Bargeldkassen auf der Bundesebene dürfen nur mit Zustimmung des Finanzbeauftragten geführt werden; der jeweilige Barbestand soll DM 20.000,— nicht übersteigen.

Der Bundesvorsitzende, der Generalsekretär, der Bundesschatzmeister, der Revisionsbeauftragte und der Finanzbeauftragte sind einzeln oder gemeinsam berechtigt, jederzeit Einsicht in Kassen, Konten und Buchführung der Bundespartei zu nehmen.“

18. § 28 (Widerspruchsfreie Finanz- und Beitragsordnungen) FBO wird wie folgt geändert:

18.1. Hinter Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die Organisation ihres Finanzwesens regeln die nachgeordneten Verbände, die Vereinigungen und die Sonderorganisationen in eigener Verantwortung, soweit ihnen ein entsprechendes Satzungsrecht zusteht.“

18.2. Absatz 2 (alt) wird zu Absatz 3 (neu).

Finanzielle Konsolidierung der Bundespartei

Beschluss D1

Ergänzung der Finanz- und Beitragsordnung

1. Zur Sanierung der Bundesfinanzen und zur Erhaltung einer dauerhaften Kampagnefähigkeit der Bundespartei führen die Kreisverbände ab 1. Juli 2000 über einen Zeitraum von fünf Jahren zusätzlich 1,00 DM pro Mitglied und Monat ab. Die Kreisverbände sind bei der Umsetzung ihrer Verpflichtung frei. Dabei geht der Bundesparteitag davon aus, dass das strukturelle Defizit der Bundespartei im wesentlichen durch Einsparungen ausgeglichen wird und innerhalb dieser fünf Jahre die derzeitige Verschuldung abgebaut ist. Über die getroffenen Maßnahmen ist jährlich dem Bundesparteitag in geeigneter Form zu berichten.

2. Es ist den Kreisverbänden dabei freigestellt, ob und wie sie die 1,00 DM pro Monat und Mitglied erheben oder in einem Einmalbeitrag jährlich oder in einer Gesamtsumme der Bundespartei über den Landesverband zuleiten. Bei einer einmaligen Zahlung für fünf Jahre erhalten die Kreisverbände einen Rabatt von 10 Prozent auf die Gesamtsumme.

3. Für die Abführung gilt § 22 Abs. 2 Statut der CDU.

4. Darüber hinaus soll auf der Grundlage der Finanz- und Beitragsordnung die Beitragsregelung entsprechend dem Beschluss der Bundesfinanzkommission vom 10. Mai 1999 wie folgt neu gefasst werden:
 - 4.1 *Jedes Mitglied der Partei hat regelmäßig Beiträge zu entrichten.*
 - 4.2 *Die Höhe der Beiträge ergibt sich im einzelnen durch Selbsteinschätzung des Mitglieds.*
 - 4.3 *Für die Selbsteinschätzung gilt folgende vom Bundesparteitag beschlossene Tabelle:*

Richtwerte zur Selbsteinschätzung der Beitragshöhe

| Monatliches Bruttoeinkommen | | Monatlicher Beitrag | |
|-----------------------------|-----------|---------------------|------------|
| | DM | | DM |
| bis | 2.000,00 | | 10,00 |
| bis | 3.000,00 | 10,00 | bis 20,00 |
| bis | 4.000,00 | 20,00 | bis 30,00 |
| bis | 5.000,00 | 30,00 | bis 40,00 |
| bis | 7.000,00 | 40,00 | bis 70,00 |
| bis | 10.000,00 | 70,00 | bis 100,00 |
| über | 10.000,00 | 100,00 | und mehr |

Für Hausfrauen, Schüler, Studenten, Bundeswehrsoldaten, die ihren Wehrdienst ableisten, Zivildienstleistende, Auszubildende, Arbeitslose, Rentner und Mitglieder mit geringem Einkommen kann der Kreisverband eine Sonderregelung der Beitragszahlung treffen sowie Mitgliedsbeiträge stunden und erlassen (§ 7 Abs. 3 FBO).

Begründung:

1. Die Bundespartei sieht sich durch die gesetzlichen Folgen der fehlerhaften Rechenschaftslegung in der Vergangenheit vor erhebliche finanzielle Herausforderungen gestellt.

Darüber hinaus hat die Bundespartei aus der Zeit vor November 1998 Altschulden in Höhe von 25 Millionen Mark abzutragen.

2. Angesichts der zu bewältigenden Sonderlasten tritt jetzt das bereits seit langem bestehende finanzielle Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Ebenen der CDU in voller Schärfe zutage. Unabhängige Wirtschaftsprüfer haben im Haushalt der Bundespartei ein strukturelles Defizit in Höhe von jährlich 16,5 Millionen Mark festgestellt. Bereits der 37. Bundesparteitag 1989 in Bremen hat sich für eine „grundsätzliche Verbesserung der Finanzausstattung der Bundespartei“ ausgesprochen, „um mittelfristig ein finanzwirtschaftliches Gleichgewicht erreichen zu können“. Die Lösung dieser Aufgabe kann nicht länger hinausgeschoben werden.
3. Diese finanzielle Situation macht die Bundespartei, wenn nicht rasch durchgreifende Abhilfe geschaffen wird, weitgehend handlungsunfähig, weil zur Finanzierung der allge-

mein-politischen Arbeit und von politischen Kampagnen, die modernen Erfordernissen gerecht werden, die notwendigen Finanzmittel weder zur Verfügung stehen noch seitens der Bundespartei beschafft werden können.

Es kommt jetzt darauf an, in einem solidarischen Kraftakt aller Ebenen der Partei die anstehenden Sonderlasten gemeinsam zu bewältigen und die für die Gesamtpartei unverzichtbare Arbeit auf Ebene der Bundespartei auf eine langfristig solide Grundlage zu stellen.

4. Auf der Grundlage des Sanierungskonzeptes der Wirtschaftsprüfer erwirtschaftet die Bundesgeschäftsstelle ab sofort durch Einsparungen jährlich einen Betrag in Höhe von 8,5 Millionen DM.

Um diese Einsparziele erreichen zu können, wird die Bundesgeschäftsstelle in Berlin u.a. ihren Personalbestand und ihre Sachkosten deutlich reduzieren.

Es wird darauf geachtet werden, dass an ausscheidende Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle keine überhöhten Abfindungen gezahlt werden.

5. Die Bundesgeschäftsstelle senkt ihren bisher üblichen Etat-Ansatz für die Führung von Bundestagswahlkämpfen von 50 auf 40 Millionen Mark ab. Dies entspricht einem weiteren Einsparvolumen in Höhe von 2,5 Millionen Mark jährlich im Laufe von vier Jahren.

Eine weitere wesentliche Entlastung für die Bundespartei soll darüber hinaus durch die Reduzierung bisheriger Publikationen erreicht werden.

6. Zur Vorsorge für die Zahlung der nach Ansicht der CDU Deutschlands vom Bundestagspräsidenten zu Unrecht geforderten Zahlung von 41 Millionen DM erhält die CDU Deutschlands von der CDU Hessen ein zinsloses Darlehen in Höhe von 15 Millionen DM. Dieses Darlehen wird als unantastbare Sonderrücklage geführt. Die Zinsen werden der Sonderrücklage vollständig zugeführt. Die Sonderrücklage hat den ausschließlichen Zweck, in größtmöglichem Umfang Vorsorge für die Zahlung an den Bundestagspräsidenten im Falle des rechtlichen Unterliegens zu treffen. Im Falle des teilweise oder vollständigen Obsiegens vor Gericht wird der freiwerdende Teil inklusive der Zinsen an die CDU Hessen zurückgeführt.

Beschluss D2

Der Bundesvorstand wird ermächtigt, über die Geltendmachung von Rechtsansprüchen jeglicher Art gegenüber Personen, Gebietsverbänden und Sonderorganisationen der CDU, die im Zusammenhang mit Verstößen gegen §§ 19 ff. PartG dem CDU-Bundesverband Schaden zugefügt haben, abschließend zu entscheiden.

Sonstige Beschlüsse

Beschluss D18

Über die getroffenen Maßnahmen ist jährlich dem Bundesparteitag in geeigneter Form zu berichten.

Beschluss E3

Die CDU setzt sich dafür ein, dass die bei der Osterweiterung der Europäischen Union vom Europäischen Rat in Kopenhagen im Juni 1993 festgelegten Kriterien auch weiterhin als Maßstab für den Beitritt gelten, in denen es u.a. heißt: „Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben.“ Dies umfasst auch die Aufhebung bzw. Abschaffung menschenrechtswidriger Dekrete in den östlichen Nachbarstaaten.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass das Recht, aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden und damit das Recht auf die Heimat als fundamentales Menschenrecht und Bestandteil des universellen Völkerrechts in die Europäische Charta der Grundrechte aufgenommen wird. Den Formulierungen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sollte entsprochen werden, in denen es heißt: „Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben. Niemand darf gezwungen werden, seine Wohnstätte und seine Heimat zu verlassen. Jeder, der dazu gezwungen wurde, seine Wohnstatt und seine Heimat zu verlassen, hat das Recht auf Rückkehr in seine Wohnstätte und die Heimat.“

Beschluss E7

CDU-Reformforderungen an die EU-Regierungskonferenz 2000

Beim Abschluss des Amsterdamer Vertrages kamen die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten in Protokoll 7 überein, eine umfassende Reform der EU-Institutionen vorzunehmen, damit die Europäische Union auch nach den Beitritten um die Staaten Mittel- und Osteuropas handlungsfähig bleibt. Der Europäische Rat von Köln im Juni 1999 hat diesen Reformbedarf anerkannt und die Einberufung einer EU-Regierungskonferenz 2000 in Aussicht gestellt, die sich vor allem auf folgende Fragen beschränken soll:

- Größe und Zusammensetzung der Kommission;
- Stimmengewichtung im Rat einschließlich doppelter Mehrheit und Sperrminorität;
- Ausdehnung der Mehrheitsentscheidung im Rat.

In Übereinstimmung mit dem Bericht der „drei Weisen“ (Jean-Luc Dehaene, Richard von Weizsäcker, David Simon) fordert die CDU, dass diese Fragen nicht isoliert behandelt werden dürfen. Der Übergang auf das Startlinienmodell bei den Erweiterungsverhandlungen macht eine weiterreichende Reform nötig. Für die CDU soll die Reform die europäische Integration vertiefen und der raschen Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union dienen. Hierfür ist die umfassende Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen im Rat unbedingte Voraussetzung; sie ist der wichtigste Maßstab für den Erfolg der Regierungskonferenz 2000. Die Differenzierung der Beitrittsverhandlungen nach den Reformfolgen darf nicht zur Verzögerung der Erweiterung um die erfolgreichsten Kandidaten führen. Es geht um nichts Geringeres als um die Wiedervereinigung Europas, um Frieden, Freiheit und Wohlstand für den gesamten europäischen Kontinent im 21. Jahrhundert.

Angesichts dessen stellt die CDU mit Besorgnis fest, dass derzeit auf Ebene der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten kaum eine Profilierung zu Gunsten der Weiterentwicklung der Europäischen Union festzustellen ist. Eine Profilierung findet eher auf nationaler Ebene zu Lasten der Europäischen Union statt.

Die Beitrittskandidaten sind weiterhin informell, aber umfassender als bisher an den Verhandlungen über die institutionellen Reformen zu beteiligen. Zur Beschleunigung der Verhandlungen sollte der Europäische Rat die Europäische Kommission mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs als Verhandlungsgrundlage beauftragen.

1. Europäisches Parlament

1.a) Ausdehnung der Mitentscheidung

Die Ausdehnung der Mehrheitsentscheidung im Rat erfordert zur demokratischen Legitimität zwingend die Ausdehnung der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.

Die CDU fordert daher, in der 1. Säule grundsätzlich die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments vorzusehen, was auch bei Gesetzgebungsakten in den Sektoren Landwirtschaft und Fischerei überfällig ist.

1.b) Legislativwünsche des Europäischen Parlaments

Im Abkommen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission am Vorabend der Bestätigung der Prodi-Mannschaft durch das Europäische Parlament hat sich die Europäische Kommission verpflichtet, Legislativwünsche des Europäischen Parlaments nachzukommen.

Die CDU fordert, die Kommission im EU-Vertrag zu verpflichten, einen legislativen Initiativantrag des Europäischen Parlaments im Rahmen eingeschränkten Ermessens umzusetzen. Als symbolische Aufwertung des Parlaments sollten die EU-Richtlinien und EU-Verordnungen vom Präsidenten des Europäischen Parlaments (mit-)unterzeichnet werden.

1.c) Neuverteilung der Mandate

Mit der vertraglichen Festlegung auf höchstens 700 Mitglieder ist das Größenproblem des Europäischen Parlaments gelöst, aber nicht das Problem des unterschiedlichen Stimmengewichts der Stimmbürger in den verschiedenen Mitgliedstaaten.

Die CDU fordert daher, vertraglich einen Schlüssel zur Mandatsverteilung festzulegen, der die Bevölkerungsstärke repräsentativer als bisher berücksichtigt und zugleich den Interessen kleiner und mittlerer Staaten z.B. durch fünf Grundmandate gerecht wird.

2. Europäische Kommission

2.a) Größe der Kommission

Die Handlungsfähigkeit einer Kommission mit über 20 Mitgliedern droht verloren zu gehen. Andererseits wäre noch für lange Zeit die Akzeptanz von Kommissionsentscheidungen in denjenigen Mitgliedstaaten gefährdet, die keinen EU-Kommissar stellen würden.

Die CDU fordert daher die Aufgabe des zweiten Kommissarsposten der großen Mitgliedstaaten. Übersteigt in Zukunft die Zahl der Mitglieder der Kommission die Zahl von sinnvoll zugeschnittenen Politikbereichen, sollten Juniorkommissare eingeführt werden.

2.b) Rolle des Kommissionspräsidenten

Der Rücktritt der Santer-Kommission und die Anhörungen der Prodi-Kommission haben die Notwendigkeit einer stärkeren Rolle des Kommissionspräsidenten deutlich gemacht.

Die CDU fordert daher, dem Kommissionspräsidenten das Recht einzuräumen, Kommissionsmitglieder zu ernennen und bei Fehlverhalten entlassen zu können sowie ihm die klare Organisations-, Koordinierungs- und Richtlinienkompetenz für die Arbeit der Kommission zu übertragen.

2.c) Stärkung der demokratischen Legitimation des Kommissionspräsidenten

Für eine stärkere Rolle des Kommissionspräsidenten bedarf er einer noch stärkeren Legitimation.

Die CDU fordert daher, dass der Präsident der Europäischen Kommission künftig durch das Europäische Parlament auf Vorschlag einer qualifizierten Mehrheit des Europäischen Rates gewählt wird. Der Kommissionspräsident soll die übrigen Mitglieder seiner Kommission selbst aussuchen können (bei Wahrung des Gebots, dass jeder Mitgliedstaat mit einem Kommissar oder einem Junior-Kommissar vertreten sein sollte).

3. Rat

3.a) Stimmgewichtung

Von allen EU-Institutionen ist der Rat am stärksten reformbedürftig. Der Beitritt zahlreicher kleiner und mittelgroßer Staaten würde bei Beibehaltung des bisherigen Stimmen-

schlüssels im Rat die großen Mitgliedstaaten benachteiligen. Es muss ein Ausgleich im Rat zu ihren Gunsten erreicht werden.

Die CDU fordert daher die Einführung der doppelten Mehrheit (Stimmenzahl und Bevölkerungszahl). So wird zusätzlich zur bestehenden Gewichtung der Stimmen auch eine Mehrheit der durch diese Mitgliedstaaten vertretenen Bevölkerung verlangt. Das bisherige Quorum für die qualifizierte Mehrheit ist beizubehalten.

3.b) Ausdehnung der Mehrheitsentscheidung und Kompetenzabgrenzung

Der Bericht der „drei Weisen“ unterstreicht die aus dem Einstimmigkeitserfordernis herrührenden Blockadegefahren bei einer erweiterten Union.

Die CDU fordert daher, in der 1. Säule die Einstimmigkeit auf Entscheidungen von Verfassungscharakter (Vertragsänderungen, Beitritte, Eigenmittelbeschlüsse, Wahlverfahren) zu beschränken. Bei der Harmonisierung indirekter Steuern sind Entscheidungen mit Mehrheit sinnvoll. Klare Kompetenzabgrenzungen zwischen europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene erleichtern wesentlich den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen. Die Bundesregierung sollte unabhängige Institute beauftragen, Vorschläge zur Abgrenzung insbesondere für die Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik vorzulegen. Mit einer klaren Kompetenzabgrenzung könnte auch Artikel 308 (General Klausel für die Schaffung neuer Kompetenzen) ersatzlos gestrichen werden.

3.c) Organisation des Rates und seiner Arbeit

Der Trumpf-Piris-Bericht über das Funktionieren des Rates hat die Defizite der Organisation des Rates offengelegt. Lösungen für die immer komplexer und politischer werdenden Fragen innerhalb der Union können nicht von einem Mitgliedstaat innerhalb eines halben Jahres vorbereitet und entscheidend vorangebracht werden. Dieses Problem wird sich nach der Erweiterung verschärfen.

Die CDU fordert daher, den Rat grundlegend umzugestalten. Der Grundsatz der Gewaltenteilung muss auch in der Europäischen Union gelten. Der Rat ist deshalb als zweite Kammer des Gesetzgebers weiterzuentwickeln. Solange er noch exekutive Aufgaben, insbesondere in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wahrnimmt, ist diese Tätigkeit klar von der Gesetzgebung zu trennen. Nur im Europäischen Rat sowie im Allgemeinen Rat, sofern er als Legislativ-Rat tätig ist, ist an der halbjährlichen Rotation des Vorsitzes festzuhalten. In den Fachministerräten, denen stärker der Charakter als Ausschüsse des Legislativ-Rats zukommt, sollten jeweils verschiedene Mitgliedstaaten für jeweils fünf Jahre den Vorsitz wahrnehmen.

Zur Verstärkung der Ratsarbeit und der besseren Einbindung der Europapolitik in die nationale Politik sollte der Allgemeine Rat ein in Brüssel anzusiedelndes ständiges Gremium werden, dessen Mitglieder auf der nationalen Ebene die Europazuständigkeit als Minister haben sollten.

4. Ausschuss der Regionen (A.d.R.)

Der A.d.R. verfügt bisher nur über eine begrenzte Legitimation, weil seine Mitglieder zum Teil keine gewählten Repräsentanten sind und weil der A.d.R. bei Beschneidung seiner Rechte nicht einmal Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) erheben kann.

Die CDU fordert, dass dem A.d.R. künftig nur gewählte Mitglieder angehören sollen und A.d.R. ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof im Hinblick auf seine eigenen Rechte erhalten soll.

5. Zweiteilung der Verträge und Flexibilitätsklausel

Im Sinne der Transparenz und der Stärkung der Legitimität der Europäischen Union, wie sie auch das Bundesverfassungsgericht fordert, kommt der jetzt auszuarbeitenden Europäischen Charta der Grundrechte hohe Bedeutung zu.

Die CDU fordert, entsprechend der Idee der „drei Weisen“ den vorhandenen Text des EU-Vertrags in zwei Teile aufzuspalten.

- Der grundlegende Vertrag würde die Ziele und Grundsätze, die Kompetenzabgrenzung, die Bürgerrechte, also die Grundrechtscharta, und den institutionellen Rahmen enthalten. Er bedürfte zur Änderung weiterhin der Ratifizierung durch die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament.
- Ein zweiter Teil würde die anderen Vorschriften der derzeitigen Verträge enthalten. Er wäre einfacher zu ändern.

Die im Amsterdamer Vertrag eingeführte Flexibilitätsklausel, die es einer Mehrheit von Mitgliedstaaten erlauben soll, im Integrationsprozess voranzuschreiten, ohne auf das „langsamste Boot im Konvoi“ zu warten, ist an Bedingungen geknüpft, die ihre Anwendung fast unmöglich machen.

Die CDU fordert daher, eine der weiteren Vertiefung dienende Zusammenarbeit ohne das Vetorecht eines Mitgliedstaates durch eine Mehrheit von 75 Prozent der Ratsstimmen zu ermöglichen. Die Flexibilitätsklausel sollte insbesondere auf die GASP ausgedehnt werden.

6. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Die mit der Einsetzung von Javier Solana als Hoher Beauftragter der GASP sichtbar gemachte intergouvernementale Zusammenarbeit im Bereich der GASP wirkt in ihrer Parallelität zum vergemeinschafteten Teil mit dem für die Koordinierung der Außenbeziehungen verantwortlichen EU-Kommissar, Chris Patten, langfristig ein Darstellungs- und Effizienzproblem auf.

Die CDU fordert daher:

- Der Hohe Beauftragte der GASP muss in seiner Stellung gegenüber dem Rat gestärkt werden. Auf Dauer müssen der Hohe Beauftragte der GASP und der EU-Kommissar für

die Koordinierung zuständige der Außenpolitik die Europäische Union nach außen hin vertreten.

- Aufnahme einer Evolutivklausel für die GASP in den EU-Vertrag, die eine spätere Vergemeinschaftung der GASP erlauben würde.
- Um eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen EU und NATO zu fördern, soll der Hohe Beauftragte der GASP an den Sitzungen des NATO-Rates, der NATO-Generalsekretär an den Sitzungen des Rates der EU-Außenminister teilnehmen dürfen.

7. Die Gemeinsame Verteidigung

Die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO geht auf langjährige Forderungen der USA nach stärkerer Lastenteilung im Bündnis und dem Beschluss über das „Combined-Joint-Task-Force-Konzept“ des Berliner NATO-Gipfels im Juni 1996 zurück. Die NATO darf durch die Stärkung der europäischen Verteidigung nichts an ihrer Bedeutung für die kollektive Verteidigung Europas einbüßen.

Der Europäische Rat von Köln im Juni 1999 hat die Einbeziehung der Aufgaben der Westeuropäischen Union (WEU) in die Europäische Union gewünscht. Der Termin, der für die vollständige Umsetzung dieser Erklärung anberaumt wurde, ist derselbe wie für die Regierungskonferenz, nämlich der Europäische Rat im Dezember 2000 unter französischer Ratspräsidentschaft.

Die CDU fordert:

- Vollständige Einbeziehung der WEU in das bestehende institutionelle Gefüge der Europäischen Union (keine neue Säule!).
- Aufnahme der automatischen Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 WEU-Vertrag als Protokoll in den EU-Vertrag für diejenigen EU-Mitgliedstaaten, die dazu bereit und fähig sind.
- Die Verteidigungsfähigkeiten („defence capabilities“) Europas müssen insbesondere auch durch die Schaffung von Transport- und Aufklärungskapazitäten ausgebaut werden. Die vorgesehenen Kürzungen des deutschen Verteidigungshaushaltes durch die Bundesregierung in den kommenden Jahren um 18 Milliarden DM würden den Aufbau von europäischen Verteidigungskapazitäten unmöglich machen. Auch würde sich die technische Lücke zwischen den USA und Europa weiter vergrößern.

8. Innen- und Rechtspolitik

Der Europäische Rat von Tampere im Oktober 1999 hat in diesem, für den Bürger immer wichtigeren Bereich ein Arbeitsprogramm verabschiedet.

Die CDU fordert darüber hinaus, folgende Punkte auf die Tagesordnung der Regierungskonferenz 2000 zu setzen:

- Möglichst schon vor 2004 Einführung des Verfahrens der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments und der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat bei allen Maßnahmen bezüglich Kontrollen an den Außengrenzen, Asyl und Flüchtlinge, Einwanderung und justitielle Zusammenarbeit in Zivilsachen (1. Säule);
- fünf Jahre nach Inkrafttreten des künftigen EU-Vertrags Einführung des Verfahrens der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments und der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat sowie des alleinigen Initiativrechts der Kommission bei Maßnahmen im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen (Überführung der 3. Säule in die 1. Säule);
- Einführung einer europäischen Staatsanwaltschaft, die befugt ist, in allen in den Verträgen festgelegten Fällen ein Ermittlungsverfahren einzuleiten;
- Festlegung strenger Rechtsschutzgarantien sowie eine Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle von Europol und Eurojust.

9. Einheitliche Außenvertretung

Die unterschiedliche Außenvertretung der Europäischen Union (Warenverkehr: Gemeinschaft, Dienstleistungshandel und Währungsangelegenheiten: Union) genügen nicht mehr den Anforderungen der Notwendigkeit einer kohärenten Politik im Zeitalter der Globalisierung.

Die CDU fordert daher, die Außenvertretungskompetenz in allen Wirtschaftsfragen der Gemeinschaft zu übertragen. Gleichzeitig können so Europäische Union und Europäische Gemeinschaft in einer einzigen Rechtspersönlichkeit verbunden werden.

10. Europäischer Entwicklungsfonds

Das Nebeneinander verschiedener entwicklungspolitischer Aktivitäten der Gemeinschaft und des von der Kommission verwalteten Europäischen Entwicklungsfonds lässt sich nicht länger vertreten.

Die CDU fordert daher die Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den Haushalt der Gemeinschaft.

Beschluss E11

Die CDU respektiert die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen als der Ehe einen partnerschaftlichen Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Auch in solchen Beziehungen können Werte gelebt werden, die grundlegend sind für unsere Gesellschaft. Dies gilt für nicht-eheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern; dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Die CDU tritt werbend für Toleranz ein. Sie wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung. Eine rechtliche Gleichstellung dieser Lebensgemeinschaften

mit der Ehe lehnen wir ebenso ab wie die Schaffung eines eigenen Rechtsinstitutes.

Der 13. Parteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf zu prüfen, welche rechtlichen Hindernisse, die dem gemeinsamen Leben und der gegenseitigen Fürsorge gleichgeschlechtlicher Partner im Wege stehen, beseitigt werden können.

Beschluss E18

Der 13. Parteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, noch in dieser Legislaturperiode eine Initiative zu ergreifen mit dem Ziel, den Schutz ungeborener Kinder zu verbessern. Im Rahmen dieser Initiative sollen insbesondere auch die mit den Möglichkeiten der Präimplantations-Diagnostik und der pränatalen Diagnostik sowie die mit den Schwangerschaftsabbrüchen bei embryopathischer Indikation verbundenen ethischen und rechtlichen Fragen vertieft behandelt werden.

Beschluss E26

Für eine handlungsfähige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

I. Einführung

Die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union hat in den letzten Monaten eine besondere Dynamik erhalten. Der NATO-Gipfel vom April 1999 in Washington D.C. und die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Köln und Helsinki haben die Grundlage für die Verstärkung der GASP im Sicherheits- und Verteidigungsbereich gelegt. Aus dieser müssen nun die institutionellen und operationellen Schlussfolgerungen gezogen und umgesetzt werden. Vordringliche Aufgaben sind dabei

1. die Herstellung militärischer Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, zunächst im Bereich der Petersberg-Aufgaben,
2. die Entwicklung von Instrumenten und Mechanismen des militärischen und nicht-militärischen Krisenmanagements einschließlich präventiver Politiken und
3. die Überführung der Beistandspflicht nach Art. 5 WEU-Vertrag in den EU-Vertrag.

Die Lösung dieser Aufgaben bildet die Voraussetzung zur Schaffung eines europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, der die äußere und innere Sicherheit für die Bürger erhöht. Alle Überlegungen zur ESVP haben das Ziel, die europäische Integration zu fördern und die Europäer, insbesondere die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, in enger Kooperation mit der NATO ihre gestiegene sicherheitspolitische Verantwortung sichtbar wahrzunehmen. Eine handlungsfähige ESVP dient dem Abbau der strategischen Asymmetrie zwischen den europäischen und nordamerikanischen NATO-Partnern und damit sowohl der Stärkung der NATO wie auch der Vertiefung des europäischen

Einigungsprozesses.

II. Militärische Handlungsfähigkeit

Die tragischen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien haben gezeigt, dass die Europäische Union zu gemeinsamem militärischen Handeln in der Lage sein muss, um ihre GASP mit dem nötigen Maß an Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft auszustatten. Eine solche Handlungsfähigkeit soll, wird und kann die NATO weder ersetzen noch duplizieren, insbesondere in der kollektiven Landesverteidigung, die die Erhaltung der Machtbalance in Europa erfordert; daher spricht sich die CDU auch weiterhin für eine angemessene militärische Präsenz der USA auf dem europäischen Kontinent aus. Die NATO wird im Gegenteil entlastet und gestärkt, wenn die Europäer auf den Gebieten Friedenserhaltung und -schaffung, vertrauensbildende Maßnahmen, Frühwarnung, Krisenprävention und -management und der Sicherung humanitärer Einsätze im Einvernehmen mit der NATO größere Verantwortung übernehmen. Für die Europäer geht es daher nicht vorrangig darum, eigene militärische Instrumente und Strukturen zu schaffen, sondern – vor dem Hintergrund der bestehenden NATO-Strukturen – gemeinsame Verfahren zur politischen Entscheidungsfindung und zur Mobilisierung militärischer Kräfte im EU-Rahmen zu schaffen. Die NATO kann so zusätzliche Vitalität gewinnen, indem ihre innere Lastenverteilung verbessert und eine direkte, transparente Abstimmung und Zusammenarbeit mit der EU geschaffen werden.

Voraussetzung gemeinsamen militärischen Handelns im Rahmen der GASP ist die volle Integration der WEU in die EU einschließlich Artikel 5 (automatische Beistandspflicht) als Protokoll des EU-Vertrags für diejenigen EU-Mitgliedstaaten, die dazu bereit und in der Lage sind. Die CDU begrüßt es, dass als erster Schritt eine Personalunion des Hohen Vertreters der GASP mit dem Amt des Generalsekretärs der WEU erreicht wurde. Die Funktionen der Parlamentarischen Versammlung der WEU sollen bei der Integration der WEU in die EU auf das Europäische Parlament übergehen, das zunehmend die Gemeinsame Außen- und Sicherheits- und Verteidigungspolitik parlamentarisch kontrollieren soll. Die parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen soll bei den nationalen Parlamenten verbleiben.

Um die EU in die Lage zu versetzen, autonom militärische Operationen im Rahmen der Petersberg-Aufgaben durchzuführen, müssen aber weitere Bedingungen erfüllt werden:

1. Auf der Grundlage existierender nationaler, bilateraler und multinationaler Arrangements wie insbesondere des Euro-Korps und anderer der WEU zugewiesener Verbände müssen die militärischen Kapazitäten der Europäer effizienter organisiert sowie zusätzliche Anstrengungen unternommen werden. Dies gilt insbesondere für logistische und Aufklärungskapazitäten sowie die Bereitstellung polizeilicher Sicherungskräfte zur Friedensüberwachung. Am Ende dieser Entwicklung könnten durchaus Formen gemeinschaftlicher europäischer Streit- und Sicherungskräfte stehen.
2. Die technologischen und industriellen Grundlagen militärischer Handlungsfähigkeit müssen gestärkt werden. Die Schaffung einer europäischen Rüstungsindustrie und Rüstungspolitik, insbesondere bei Standardisierung und Beschaffung ist ein entscheidender Faktor für die Wirksamkeit der ESVP. Hier muss und kann die Europäische Kommission einen wesentlichen Beitrag leisten, etwa durch industriepolitische Maßnahmen im Ver-

gabewesen, der Wettbewerbspolitik, Forschung sowie der Einfuhr- und Ausfuhrkontrollen, für die ein Weißbuch der Europäischen Union ausgearbeitet werden muss. Zur besseren Erreichung dieser Ziele fordert die CDU die Einrichtung einer Europäischen Rüstungsagentur.

Parallel zum Ausbau der militärischen Handlungsfähigkeit muss die EU ihr nicht-militärisches Instrumentarium der Krisenprävention und des Krisenmanagements weiter ausbauen, verbessern und fortentwickeln sowie die Koordinierung mit dem nationalen Instrumentarium der einzelnen Mitgliedstaaten intensivieren. Hier kommt wiederum der Europäischen Kommission besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Sie kann im Rahmen ihrer Zuständigkeiten insbesondere im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen, der Entwicklungspolitik, der technischen und finanziellen Zusammenarbeit, der humanitären Unterstützung, der Minenräumung, der Migrationspolitik, der Wahrung und Förderung der Menschenrechte und demokratischer Reformen einschließlich der Unterstützung und Beobachtung von Wahlen einen entscheidenden Beitrag leisten.

III. Entscheidungsfindung

Die ESVP muss im institutionellen Rahmen der GASP mit enger Beteiligung der Europäischen Kommission und voller Information des Europäischen Parlaments entwickelt werden. Dabei müssen die Kapazitäten des Hohen Vertreters der GASP und des Generalsekretärs des Rates sowie seiner Planungs- und Frühwarnereinheit effizient und umfassend genutzt und in enger Kooperation mit dem EU-Kommissar für Auswärtige Beziehungen und seinen insbesondere mit Konfliktverhütung und Krisenmanagement befassten Stellen, eingesetzt werden. Der Hohe Vertreter soll dabei alle Aufgaben, die nicht sinnvoll von rotierenden Präsidentschaften erledigt werden können, übernehmen und gegenüber diesen eine mitgestaltende Rolle wahrnehmen.

Die neue Dynamik, die in der Erklärung des Europäischen Rates von Köln ihren Niederschlag gefunden und durch den Amtsantritt des Hohen Vertreters für die GASP im Oktober 1999, die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki sowie die Schaffung vorläufiger ESVP-Ratsgremien (Politisches und Sicherheitspolitisches Interimskomitee, Militärisches Gremium, Militärstab) im März 2000 zusätzliche Impulse erfahren hat, sollte es möglich machen, dass der Europäische Rat spätestens im Dezember 2000 förmliche Beschlüsse zur Verwirklichung der wesentlichen institutionellen Voraussetzungen einer militärischen Sicherheitspolitik im EU-Rahmen treffen kann, nämlich

- regelmäßige gemeinsame Sitzungen der Außen- und Verteidigungsminister als Sicherheitspolitischer Rat,
- die Ablösung des Politischen Komitees durch das Politische und Sicherheitspolitische Komitee,
- der Ausbau erforderlicher Aufklärungs- und Analysekapazitäten wie ein Satellitenzentrum und ein sicherheitspolitisches Institut.

Die im Rahmen der Kölner Erklärung zur ESVP eingesetzte Arbeitsgruppe muss dazu ange-

halten werden, die für die Übertragung der Aufgaben der WEU auf die EU erforderlichen Beschlüsse so vorzubereiten, dass der Europäische Rat im Dezember 2000 abschließend entscheiden kann.

Der Hohe Vertreter der GASP sollte in denjenigen Ratsgremien (z.B. dem Allgemeinen Rat der Außenminister, gemeinsamer Rat der Außen- und Verteidigungsminister) den Vorsitz innehaben, die sich mit der außen- und sicherheitspolitischen Agenda Europas befassen. Der Hohe Vertreter sollte ein Initiativrecht zur Befassung des Rates und des Europäischen Rates mit außen- und sicherheitspolitischen Themen erhalten.

Insgesamt sollte die Kooperation zwischen EU und NATO verbessert werden. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen europäischen NATO-Partner, die nicht Mitglied der EU sind, sowie gegebenenfalls auch andere europäische Staaten, die dies wünschen, sich an militärischen Maßnahmen der EU beteiligen können, ohne dass die Entscheidungsautonomie der Europäischen Union in Frage gestellt wird. Gespräche über eine förmliche Zusammenarbeit zwischen EU und NATO sind so rechtzeitig einzuleiten, dass die entsprechenden Mechanismen spätestens im Zeitpunkt der Übernahme der WEU-Funktionen durch die EU arbeitsfähig sind.

Die oben genannten Maßnahmen sowie die für Dezember 2000 anstehenden Beschlüsse des Europäischen Rates müssen so rechtzeitig vorbereitet werden, dass sie über die laufende Regierungskonferenz 2000 Eingang in den EU- und den EG-Vertrag finden können.

Beschluss E34

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, den gegen Österreich verhängten „bilateralen“ Boykott der politischen Beziehungen unverzüglich zu beenden. Gegenüber den 13 EU-Regierungen, die ebenfalls „bilaterale“ Boykotte praktizieren, ist auch auf deren unverzügliche Boykottbeendigung hinzuwirken. Insofern wird die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit der finnischen und der dänischen Regierung tätig zu werden, die bereits offen ein Ende des Boykotts gefordert haben. Die CDU Deutschlands ist überzeugt, dass die ÖVP und ihr Bundesparteiohmann und Bundeskanzler Schüssel Garant für die pro-europäische Orientierung und die innere Liberalität Österreichs bleiben.

Beschluss E35

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, die bei der im Sommer dieses Jahres anstehenden Vergabe der Lizenzen für den neuen UMTS-Standard zu erzielenden beträchtlichen Einnahmen nicht in der Bundeskasse versickern zu lassen, sondern zweckgebunden für den zügigen Ausbau der Infrastruktur zur Umsetzung dieses neuen Standards in den strukturschwachen Regionen unseres Landes einzusetzen.

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hartmut Nassauer

Die fünfte Direktwahl hat das politische Koordinatensystem im Europäischen Parlament verändert. Mit 233 Mandanten wurde die EVP die mit Abstand stärkste Fraktion. Maßgeblichen Anteil daran hatten die Unionsparteien aus Deutschland. CDU und CSU gewannen mit 53 von 99 deutschen Mandaten eine glanzvolle absolute Mehrheit, die sie zur stärksten nationalen Delegation nicht nur der EVP-Fraktion, sondern des gesamten Europäischen Parlaments machte. Demgegenüber erreichten Sozialdemokraten und Grüne zusammen lediglich 40 Mandate. Die europäischen Wähler haben damit die politischen Gewichte nachhaltig von links zur Mitte verschoben und vor allem in Deutschland ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, dass die Zukunft Europas nicht durch die Sozialisten, sondern durch die Christdemokraten und die mit ihnen in der EVP-Fraktion zusammengeschlossenen Parteien der Mitte bestimmt werden soll. Die Analyse der Ergebnisse wie auch die Erfahrungen im Wahlkampf belegen, dass das Wahlergebnis ein Erfolg für die eindeutige, unmissverständliche Haltung der Christdemokraten in der Kampagne zur Einführung des Euro – respektiert auch von denen, die sie nicht teilten – wie auch für die klare Position im Kampf gegen Missmanagement in der Kommission und bei der Aufdeckung der BSE-Krise zu werten ist. Unübersehbar ist auch, dass die Wähler der rot-grünen Regierung nach nur neun Monaten ihrer Tätigkeit eine klare Absage ins Stammbuch schreiben wollten.

Neue Mehrheit – neue Möglichkeiten

Die Stärkung der Mitte eröffnet für die EVP-Fraktion neue Handlungsmöglichkeiten. Bisher war zur Mehrheitsbildung im Europäischen Parlament der Konsens mit den Sozialdemokraten oft eine geradezu reflexartig eingenommene Haltung. Die Notwendigkeit ergab sich insbesondere aus den Zwängen des Mitentscheidungsverfahrens bei der Gesetzgebung. Hier muss das Parlament, um seine Position einem Gemeinsamen Standpunkt des Rates gegenüber in zweiter Lesung durchsetzen zu können, eine absolute Mehrheit von 314 Stimmen zusammenbringen. Dazu war in aller Regel Kooperation der beiden großen Fraktionen des Parlaments, der Sozialdemokraten und der EVP, erforderlich. Unübersehbar kam diese Konsenshaltung einigen Mitgliedsparteien, z.B. den christlich-sozialen Volksparteien der Benelux-Länder mit reichhaltiger großkoalitionärer Erfahrung, entgegen.

Ein betont konsensualer Politikansatz birgt für Christdemokraten im Europäischen Parlament Probleme. Unzweifelhaft haben die Wähler in Deutschland bei der Europawahl nicht für die Christdemokraten votiert, um sie zum Konsens mit linken Parteien zu ermuntern. Das Wählervotum macht vielmehr unübersehbar die entschiedene Auseinandersetzung mit sozialistischer und grüner Politik zum Auftrag. Eine stärker mit der liberalen Fraktion und weiteren bürgerlichen Kräften abgestimmte Haltung bietet der EVP unter den neuen Mehrheitsbedin-

gungen eher als in der Vergangenheit die politische Option, eigenen Positionen zur Mehrheit zu verhelfen.

In der ersten wichtigen Personalentscheidung des neugewählten Parlaments hat die EVP-Fraktion erstmals einen Schritt in diese Richtung getan. Nachdem die Sozialisten den legitimen Anspruch der EVP auf das Amt des Parlamentspräsidenten und die Benennung eines eigenen Kandidaten entgegen allem parlamentarischen Brauch nicht akzeptieren wollten, gelang es der EVP-Fraktion, auf der Grundlage einer Absprache mit den Liberalen, ihre Kandidatin Nicole Fontaine bereits im ersten Wahlgang gegen den Sozialisten Mario Soares mit breiter Mehrheit zur Parlamentspräsidentin wählen zu lassen.

Einsetzung der Prodi-Kommission

Die Einsetzung der EU-Kommission war eine erste Machtprobe des neuen Parlaments mit dem Rat, aber auch eine Standortbestimmung für das Parlament selbst. Nach dem Rücktritt der Santer-Kommission im Gefolge von Missmanagement und Skandalen, ausgelöst durch eine vom Parlament versagte Haushaltsentlastung für die Kommission und die Untersuchungen einer vom Parlament eingesetzten Kommission unabhängiger Sachverständiger, war das Parlament gehalten, bei seinem Vertrauensvotum für eine neue Kommission seine Verantwortung dafür zu bedenken, dass die neue Kommission hinsichtlich ihrer Kompetenz und Integrität unanfechtbar war und im übrigen ihre Bereitschaft bekundete, mit dem Parlament vertrauensvoll zusammenzuwirken. In einer besonders schwierigen Situation befand sich dabei die CDU/CSU-Gruppe, nachdem Bundeskanzler Schröder anders als frühere Bundesregierungen und entgegen europäischen Gepflogenheiten den Unionsparteien als größten Oppositionsfraktionen Teilhabe an der Verantwortung in der Europäischen Kommission durch Benennung eines Kommissionskandidaten verweigerte. Damit wurden die beiden deutschen Kommissionsposten für die in der Europawahl vernichtend geschlagene rot-grüne Koalition reserviert und die mit Abstand stärkste politische Gruppe deutscher Europaparlamentarier von der Mitwirkung in der Kommission ausgeschlossen. So entschloss sich die EVP-Fraktion nur unter schweren Bedenken, die durch den Rücktritt der Santer-Kommission ausgelöste europäische Krise dadurch zu beenden, dass sie der Prodi-Kommission das Vertrauen aussprach.

Poetterings 5-Punkte-Papier

Zuvor hatte der neue EVP-Fraktionspräsident, der deutsche Christdemokrat Hans-Gert Poettering, in Verhandlungen mit dem designierten Kommissionspräsidenten Prodi eine Vereinbarung ausgehandelt, in der in fünf Punkten die zukünftige Zusammenarbeit der Kommission mit dem Parlament skizziert wurde. Anwesenheitspflicht der Kommissare in Plenar- und Ausschusssitzungen, Berücksichtigung parlamentarischer Vorschläge für Gesetzesinitiativen, ernsthafte Prüfung von Rücktrittsaufforderungen des Parlaments gegen ein Kommissionsmitglied, Dialog über die Reform der Kommission und die Verpflichtung der Kommission, die institutionelle Reform im Rahmen der Regierungskonferenz voranzutreiben, beschreiben die

Position eines deutlich gestärkten und erkennbar selbstbewusster gewordenen Parlaments im Umgang mit der Europäischen Kommission. Hinzu kommt, dass Wirtschaftsgesetzgebung sich inzwischen zu 2/3 auf europäischer Ebene vollzieht, und das Europäische Parlament zu 80% im Verfahren der Mitentscheidung beteiligt ist. Der öffentliche Dialog mit der Europäischen Zentralbank ist ein zusätzlicher Beweis für gewachsene Bedeutung aber auch steigende Verantwortung des Europäischen Parlaments.

Erweiterung der EU

Das Generalthema der europäischen Politik ist die Erweiterung. Die CDU/CSU-Gruppe versteht die Aufnahme der Mittel- und Osteuropäischen Kandidatenländer in die Europäische Union als europäische Wiedervereinigung nach einem Jahrhundert mit zwei verheerenden europäischen Bürgerkriegen und damit als historische Chance vor allem für die Deutschen, nun auch mit ihren östlichen Nachbarn in gesichertem Frieden und in einem Rahmen der Freiheit, der Demokratie und des Rechts zu leben. Um diesen Schritt vollziehen zu können, muss die Europäische Union zunächst selbst ihre Erweiterungsfähigkeit herstellen; die Kandidatenländer müssen demgegenüber ihre Beitrittsfähigkeit nachweisen. Grundlage sind die Kopenhagener Kriterien von 1993. An ihrer Spitze rangieren die Forderungen nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Schutz der Minderheiten sowie die Errichtung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die dem Wettbewerb im Binnenmarkt standhalten kann.

Europäische Union und Türkei

Die Erweiterungsdiskussion hat inzwischen die Frage nach den Grenzen Europas aufgeworfen. Nach Ansicht der CDU/CSU-Gruppe war es ein verhängnisvoller Fehler des Europäischen Rates von Helsinki, der Türkei einen Kandidatenstatus für einen EU-Beitritt einzuräumen. Erfolgreich in die Europäische Union integriert werden können nur Staaten, mit denen es ein Fundament gemeinsamer Überzeugungen gibt, getragen von Geschichte, Kultur, Wertvorstellungen, Staats- und Gesellschaftsverständnis, wie sie in dem europäischen Kulturkreis gewachsen sind. Auch eine politische Gemeinschaft braucht ein gemeinschaftliches Fundament. Das gilt insbesondere dann, wenn sie sich zu einer politischen Union weiterentwickeln will, der sie gewichtige Souveränitätsrechte übertragen will. Nur auf einer tragfähigen gemeinschaftlichen Grundlage können die auch in der Europäischen Union reichlich vorhandenen Unterschiede überwunden, vielfältig auseinanderstrebende Kräfte gebündelt und in der globalen Welt kraftvoll zur Wirkung gebracht werden. Ohne gemeinschaftliches Fundament erschöpft sich die Kraft in der ständigen Bewältigung von Zwiespälten. Für überzeugendes und geschlossenes Handeln nach außen bleibt dann kein Raum.

Die Türkei ist weit überwiegend kein europäisches Land; ihre Einbindung würde die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union bei weitem überfordern und damit auch die Zielsetzung der politischen Union entscheidend schwächen. Da die Türkei auf absehbare Zeit die Kopenhagener Kriterien nicht erfüllen wird, kann die nun bevorstehende kontinuierliche Dokumen-

tation der Beitrittsunfähigkeit die Beziehungen zu diesem wichtigen und immer zuverlässigen Verbündeten Türkei nur belasten. Die CDU/CSU-Gruppe tritt daher uneingeschränkt für engste partnerschaftliche Beziehungen mit dem strategischen Verbündeten Türkei ein und dringt darauf, das Verhältnis EU - Türkei nicht auf eine illusorische Mitgliedschaftsperspektive zu verengen, sondern auf dauerhafte und partnerschaftliche Beziehungen zu gründen.

Regierungsbildung in Österreich

Nicht nur die geographische Reichweite der Europäischen Union wird diskutiert; auch die Frage, welchen Grad von Vertiefung sie erfahren soll, muss entschieden werden. Darauf hat die CDU/CSU-Gruppe den Blick im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Regierungsbildung in Österreich gelenkt. Mit ihren Sanktionen haben die 14 EU-Staaten erstmals massiv versucht, auf die Regierungsbildung eines Mitgliedstaates Einfluss zu nehmen. Dieses Vorgehen wird von dem europäischen Vertragswerk nicht gedeckt und beschreibt auch keine Entwicklung, die akzeptiert werden könnte.

Regierungsbildungen nach demokratischen Wahlen gehören zum Kernbestand souveräner Rechte, die auch zukünftig unangetastet bei den Mitgliedstaaten verbleiben müssen. Innenpolitische Entwicklungen können nur unter engen, in den Art. 6 und 7 des EU-Vertrages präzise umschriebenen Voraussetzungen Gegenstand der Einwirkung der Europäischen Union sein. Nur bei schwerwiegender und anhaltender Verletzung der Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit kann der Rat auf Antrag der Kommission oder eines Drittels seiner Mitglieder nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und Anhörung des betroffenen Mitgliedstaates einstimmig einen schwerwiegenden Regelverstoß feststellen und sodann in einem zweiten Schritt mitgliedstaatliche Rechte suspendieren.

Es ist offenkundig, daß keine dieser Voraussetzungen erfüllt sind, weder die inhaltlichen noch die eines ordnungsgemäßen Verfahrens. Die Behauptung der EU-14, man handele lediglich bilateral, umgeht die vertraglichen Anforderungen und ist damit ein Akt der Willkür. Inzwischen wird deutlich, dass Österreich vom informellen Willensbildungsprozess in der EU de facto dadurch ausgeschlossen ist, dass österreichische Botschafter in informelle Gespräche nicht einbezogen werden und österreichische Ratsvertreter dementsprechend mit vorgefertigten Haltungen der EU-14 konfrontiert werden, an deren Erarbeitung sie nicht teilgenommen haben. Diese Verhaltensweisen verstoßen gegen die EU-Verträge und gefährden die Einigung in der EU in allen Fragen, in denen nur einmütig und einstimmig Fortschritt möglich ist.

Die CDU/CSU-Gruppe hat daher diese Sanktionen gegen einen Mitgliedstaat von vornherein scharf abgelehnt und deutlich gemacht, dass sie in diesem Vorgehen vor allem einen Missbrauch des EU-Rahmens durch die Sozialistische Internationale sieht. Bundeskanzler Schröder kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, dass er sich über Nachbarschafts- und Freundschaftspflichten gegenüber Österreich in besonders schäbiger Weise hinweggesetzt hat.

Regierungskonferenz 2000

Ziel der im Februar eröffneten Regierungskonferenz 2000 ist die Herstellung der Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union. Übereinstimmung besteht darüber, dass die Konferenz mindestens die unerledigten Reste der Amsterdamer Vertragsverhandlungen aufarbeiten muss. Für die Zusammensetzung der Kommission, die Stimmengewichtung im Rat und die Mehrheitsentscheidungen müssen neue Lösungen gefunden werden, wenn die Europäische Union durch die Aufnahme von bis zu 12 Mitgliedern nicht handlungsunfähig werden soll. Die geltenden Regeln zur Entscheidungsfindung aus der Zeit der Sechser-Gemeinschaft sind schon jetzt in der Union der 15 eine schwere Hypothek für eine effektive Meinungsbildung. Die CDU/CSU-Gruppe tritt daher entschieden dafür ein, dass die Europäische Union sich Entscheidungsmechanismen gibt, die ihre Handlungsfähigkeit auch für den Fall der Aufnahme von bis zu 12 Mitgliedern gewährleistet und darüber hinaus ihren Charakter als politische Union nicht verfälscht. Wenn, wie es den Anschein hat, die Zustimmung kleinerer Mitgliedstaaten für eine Beschränkung der Zahl der Kommissare auf 20 nicht zu erreichen ist, dann muss der Kommissionspräsident künftig in die Lage versetzt werden, durch den Zuschnitt der Portfolios zwischen großen und kleineren Mitgliedstaaten in angemessener Weise zu unterscheiden. Mehrheitsentscheidungen im Rat bedürfen nicht nur der Mehrzahl der Mitgliedstaaten; diese müssen auch die Mehrheit der Bevölkerung in der Europäischen Union repräsentieren. Mehrheitsentscheidungen im Rat müssen die Regel werden und von dem Mitentscheidungsverfahren des Europäischen Parlaments begleitet sein.

Entschieden setzt sich die CDU/CSU-Gruppe dafür ein, die Agenda der Regierungskonferenz nicht auf dem gegenwärtigen Stand einzufrieren. Unterstützung findet der Vorschlag der Dehaene-Gruppe auf Teilung des Vertragswerks in einen Grundsatzteil mit Verfassungsrang, für dessen Änderung die bisherigen Ratifizierungsverfahren auch weiterhin Geltung haben sollen. Ein eher technischer Vertragsteil sollte einem erleichterten Änderungsverfahren unterworfen werden, bei dem unter Verzicht auf die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente oder Referenden eine qualifizierte Ratsentscheidung und die Zustimmung des Europäischen Parlaments genügen sollten. Bedingung dafür ist, dass alle Zuständigkeitsübertragungen von den Mitgliedsstaaten auf die Gemeinschaft ausnahmslos der Zustimmung der nationalen Parlamente bedürfen.

Kompetenzüberdehnung am Beispiel Tabakwerbeverbotsrichtlinie

Das gegenwärtige europäische Vertragswerk ist in seiner Struktur mit der Zuständigkeitsverteilung in der bundesdeutschen Verfassung nicht vergleichbar. Die enumerativen Gesetzgebungskataloge des Grundgesetzes mit ihrer klaren Trennung von Bundes- und Länderzuständigkeiten, spiegeln eine Rechtstradition wieder, die in die Europäischen Verträge keinen Eingang gefunden hat. Die Grenzen zwischen gemeinschaftlichen und mitgliedstaatlichen Zuständigkeiten verschwimmt daher immer mehr. Die Problematik wird durch die Kommission dadurch verschärft, dass sie Kompetenzen im Zweifel ausdehnend auslegt. Ihrer Rolle als Hüterin der Verträge ist sie dementsprechend bisher vorwiegend als Sachwalterin der Gemeinschaft gerecht geworden, während zu einer abgewogenen Vertragsauslegung auch die angemessene Berücksichtigung der mitgliedstaatlichen Rechtspositionen gehört.

Dies ist in der Auseinandersetzung um die Tabakwerbverbotsrichtlinie besonders deutlich geworden. Da die Harmonisierung von Rechtsvorschriften im Gesundheitswesen vertraglich ausdrücklich ausgeschlossen ist, stützte die Kommission ihr im übrigen eindeutig gesundheitspolitisch motiviertes Vorgehen auf ihre Binnenmarktkompetenz. Das führte zu dem absurden Ergebnis, der vermeintlichen Gefahr wettbewerbsverzerrender Tabakwerbung dadurch zu begegnen, dass man sie kurzerhand völlig verbot. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt daher die noch von der Regierung Kohl angestrebte Klage beim EuGH, nachdem sowohl eine qualifizierte Ratsmehrheit wie auch eine Mehrheit des Europäischen Parlaments das bedenkliche Vorgehen der Kommission unterstützt hatte.

Kompetenzkatalog

Aus diesem wie aus anderen Beispielen folgt, dass nunmehr Klarheit darüber geschaffen werden muss, wofür die Europäische Union zuständig sein soll und wofür die Mitgliedstaaten. Diese Klarheit kann am ehesten durch einen Kompetenzkatalog mit klarer Trennung der gemeinschaftlichen und mitgliedstaatlichen Befugnisse herbeigeführt werden. CDU und CSU sind davon überzeugt, dass Europa mehr Zustimmung erwerben wird, wenn eindeutiger als bisher geklärt ist, was die Europäische Union tun darf und soll, und welche politischen Aufgaben weiter Sache der Mitgliedstaaten sind.

Namenverzeichnis

Alsheimer 226

Althaus 153

Arentz 132

Bandmann 89

Baumbusch 114

Behringer 67

Bellmann 46

von Beust 153

Biedenkopf 202

Bleiler 229

Blüm 51

Böhmer 154

Böhr 92 ff., 201, 215 ff.

Borgis 117, 230

Breuer 82

Carstens 70

Cartellieri 128

van Dinther 141 ff., 167 ff.

Eppelmann 154

Filbinger 115

Fischer 144 ff.

Geschka 120 ff.

Gönner 155

Görner 155

Gottschalck 68

Grill 207

Hähle 207 ff.

Hausmann 87

Heinen 54 ff.

Herzog 64

Herrmann 79, 88, 90

Hintze 156

Huck 65, 91

Hüppe 147

Jung 88, 91, 157
Jungen 72, 209
Kauder, Siegfried 71, 86
Kauder, Volker 150
Kempen 157
Koch 132
Krapp 215
Krogmann 152 ff.
Kunzmann 85
Laumann 74, 158
Lehmann-Brauns 127 ff., 158
Leimbach 159
Liese 213
Linssen 159
Martens 18
Merkel 93, 120, 128, 201, 231
Meyer 160
Merz 170
Michalk 161
Milbradt 162
Mißfelder 162
Müller, Hildegard 37, 133, 220 ff.
Müller, Peter 32
Nassauer 305
Neumann 64 ff.
Niedergesäß 43
Niinistö 19
Noack 40
Notheis 163
Pflüger 42, 163
Polenz 120
Quisthoudt-Rowohl 163
Rauen 133
Rehberg 131 ff., 164
Reiche 164
Reiniger 16
Renner 165
Repnik 148, 166
Ronsöhr 130 f
Rüttgers 10, 14 ff., 118 f, 139 ff., 227, 230
Rusche 149

Schäuble 7, 14, 21, 76
Schavan 220
Schipanski 134
Schönbohm 37 ff., 136
Scholz 66, 75, 80 ff.
Schwarz 35, 229
Steinbach 166
Stoiber 183
Stritzl 50

Teufel 47
Thoben 136
Tillich 36, 167
Tillmann 61
Töpfer-Kataw 75

Vaatz 137
Vogel 167
Volquartz 167

Wieland 78 f., 90
Wissmann 54, 168
Wölfle 92
Wolff 168
Wulff 168

Zander 36